

**Sprache und Recht**

Institut für deutsche Sprache  
Jahrbuch 2001





# Sprache und Recht

Herausgegeben von  
Ulrike Haß-Zumkehr



Walter de Gruyter • Berlin • New York  
2002

Redaktion: Franz Josef Berens

© Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die  
US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

**Sprache und Recht** / hrsg. von Ulrike Haß-Zumkehr. – Berlin ; New York :  
de Gruyter, 2002  
(Jahrbuch ... / Institut für Deutsche Sprache ; 2001)  
ISBN 3-11-017457-X

© Copyright 2002 by Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Druck und buchbinderische Verarbeitung: WB-Druck GmbH & Co., Rieden/Allgäu

## Inhalt

<b>Ulrike Haß-Zumkehr:</b> Vorwort der Herausgeberin .....	VII
<b>Gerhard Stickel:</b> Vorbemerkungen über Sprache und Recht .....	1
<b>Georg Stötzel:</b> Sprache, Recht und Öffentlichkeit – Gesellschaftliche Relevanz des Themas aus linguistischer Sicht .....	7
<b>Thomas-M. Seibert:</b> Recht, Sprache und Öffentlichkeit: Der Preis des Rechts .....	19
<b>Johannes Schwitalla:</b> Die Inszenierung von Gerichtsverhandlungen im Fernsehen – „Streit um Drei“ (ZDF) und „Richterin Barbara Salesch“ (Sat.1) .....	39
<b>Gisela Harras:</b> Mord, Totschlag & Handlung – Verursachung und Verantwortung in der Handlungssprache .....	54
<b>Ralph Christensen / Michael Sokolowski:</b> Wie normativ ist Sprache? Der Richter zwischen Sprechautomat und Sprachgesetzgeber .....	64
<b>Ludger Hoffmann:</b> Rechtsdiskurse zwischen Normalität und Normativität .....	80
<b>Christoph Sauer:</b> Vom Großen im Kleinen. Über kulturelle Ressourcen juristischer Interaktionen und Darstellungen .....	100
<b>Paul Kirchhof:</b> Rechtsprechen ist mehr als Nachsprechen von Vorgeschriebenem .....	119
<b>Dietrich Busse:</b> Bedeutungsfeststellung, Interpretation, Arbeit mit Texten? Juristische Auslegungstätigkeit in linguistischer Sicht .....	136
<b>Josef Klein:</b> Parlamentarischer Diskurs als Schnittstelle zwischen politischer Allgemeinsprache und Rechtssprache .....	163
<b>Markus Nussbaumer:</b> Grenzgänger – Gesetzestexte zwischen Recht und Politik .....	181
<b>Theo Stemmler:</b> Zur Sprache der deutschen Landesverfassungen: Ein Test .....	210
<b>Gerard-René de Groot:</b> Rechtsvergleichung als Kerntätigkeit bei der Übersetzung juristischer Terminologie .....	222
<b>Petra Braselmann:</b> Gleiches Recht für alle – in allen Sprachen? ....	240
<b>Ingo Warnke:</b> Umbrüche in Recht und Sprache der Frühen Neuzeit .....	255
<b>Hans Hattenhauer:</b> Wie der Rechtsstaat zur Sprache kam: 1854–1881–1930–1937–1986 .....	266
<b>Heidrun Kämper:</b> „Übergesetzliches Recht“. Reflexionen nationalsozialistischen Unrechts in der frühen Nachkriegszeit .....	284

<b>Hans Jürgen Heringer: Eine Beleidigung!</b>	
Ein paar linguistische Überlegungen .....	300
<b>Norbert R. Wolf: Gibt es einen sprachlichen Fingerabdruck?</b>	
Oder: Was kann die Kriminalistik von der Sprachwissenschaft erwarten? .....	309
<b>Christa Baldauf: Autorenerkennung im BKA – Linguistik unter     Zugzwang? .....</b>	321
<b>Gerhard Struck: Fachsprachenerwerb, sprachliche Dressur und     versteckte Wertung in der deutschen Juristenausbildung .....</b>	330
<b>Wilhelm Grieshaber / Joanna Becker: Fachspezifische     Fremdsprach(en)ausbildung für Juristinnen und Juristen im     Spannungsfeld zwischen fremdsprachlicher Fachausbildung und     fachspezifischer Fremdsprachenausbildung .....</b>	343
<b>Katharina Falkson / Ingrid Lemberg / Eva-Maria Lill:</b>	
Das Deutsche Rechtswörterbuch – Ein Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache .....	355
<b>Angelika Becker:</b>	
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Sprache des Rechts“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften – Projektdarstellung .....	361
<b>Podiumsdiskussion: Kann man Gesetze verständlich machen? .....</b>	366
<b>Anschriften der Autoren .....</b>	393
<b>Das Institut für Deutsche Sprache im Jahre 2001 .....</b>	397

## Vorwort der Herausgeberin

Dieser Band enthält die teilweise überarbeiteten Vorträge der Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache, Mannheim, die unter dem Titel *Sprache und Recht* im März 2001 stattfand. Einleitende Bemerkungen über das Verhältnis dieser beiden Größen oder Systeme und über die Perspektiven der jeweiligen Wissenschaftsdisziplinen auf das Verhältnis von Sprache und Recht bzw. Recht und Sprache enthalten nachfolgend Gerhard Stickels *Vorbemerkungen über Sprache und Recht*.

Ziel der Tagung war, das interdisziplinäre Gespräch zwischen Sprach- und Rechtswissenschaft ein weiteres Mal anzuregen. Dieses Gespräch begann spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts und verdichtete sich immer wieder im Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Zuletzt brachten in den 70er und frühen 80er Jahren des 20. Jahrhunderts die Forderungen nach einer ‚bürgernäheren‘ Amts- und Verwaltungssprache Linguisten und Juristen an einen gemeinsamen Tisch, und auch bei den Beratungen über eine geschlechtergerechte Neuformulierung von Gesetzen in den 80er und 90er Jahren wurden Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler hinzugezogen.

Das Interesse der Disziplinen am Zusammenspiel von Sprache und Recht ist wechselseitig und bezieht die jeweils aktuelle gesellschaftliche Perspektive mit ein. Von den vielen möglichen thematischen Schnittpunkten wurden für den vorliegenden Band diejenigen ausgewählt, die den Tagungsorganisatoren zu Beginn des dritten Jahrtausends am wichtigsten erschienen. Jeder thematische Block wird sowohl aus linguistischer wie aus juristischer Perspektive, d.h. von Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftlern sowie von Juristen beleuchtet. Es handelt sich um die folgenden:

- Das Verhältnis von Sprache, Recht und Öffentlichkeit generell und in ihrer jüngsten Entwicklung. Es impliziert wesentliche Berührungen der Rechtssprache mit der politischen Sprache, wie schon einzelne Schlagwörter wie *Rechtsstaat*, *Lauschangriff*, *Doppelpass* nahe legen. Die Beiträge von Georg Stötzel, Thomas M. Seibert und Paul Kirchhof beleuchten allgemeine und diejenigen von Markus Nussbaumer und Josef Klein speziellere Aspekte dieses Themas. Hans Hattenhauer führt dies an einigen historischen Beispielen vor. In den genannten Beiträgen werden die weitreichenden Folgen der Tatsache deutlich, dass nicht alle, aber viele Gesetze über die rechtliche Regelung einzelner Bereiche hinaus auch

der Herstellung bzw. Vergewisserung des Wertekanons der Gesellschaft dienen (sollen).

- Die Erforschung der kommunikativen Besonderheiten rechtsrelevanter Situationen, insbesondere von Gerichtsverhandlungen fördert einerseits die Theorien- und Methodenentwicklung der Linguistik<sup>1</sup> und kann andererseits der Rechtspraxis zu einem besseren Verständnis von Einflüssen und Bedingungen diskursiver Rechtsfindung verhelfen. Die Beiträge von Ludger Hoffmann und Christoph Sauer zeigen solche Faktoren auf. Dass und wie schließlich auch das medial vermittelte Bild von Gerichtsverhandlungen auf das Verhalten Prozessbeteiligter einwirken kann, führt Johannes Schwitalla vor.
- Rechtssprache und Sprache im Rechtswesen. Hier galt es, möglichst neue Sichtweisen aus Linguistik und Rechtswissenschaft zu entfalten. Die Beiträge von Gisela Harras und Ralph Christensen/Michael Sokolowski gehen dabei auf sprach- bzw. rechtsphilosophische Grundlagen zurück; Paul Kirchhof stellt die Besonderheiten des Rechtsprechens in einen sowohl historischen wie politischen Kontext. Dietrich Busse zeigt von der Seite der Rezipienten bzw. der juristischen Auslegung von Gesetzestexten her, wie weit intertextuelle Bezüge in der Rechtssprache ausgreifen. Theo Stemmler demonstriert, zu welch z.T. seltsamen und missverständlichen Interpretationen Nicht-Juristen gelangen können, die die Verfassungen der deutschen Bundesländer lesen – Texte, die keineswegs primär an Juristen adressiert sind. Trotz der relativ großen Nähe der juristischen Fachsprache zur Gemeinsprache gleicht die Juristenausbildung nicht selten einer – zudem tendenziösen – Dressur, wie Gerhard Struck belegen kann.
- Historische Rückblicke auf das Verhältnis von Sprache und Recht liefern exemplarisch die Beiträge von Hans Hattenhauer, Ingo Warnke und Heidrun Kämper. Wandlungen des Rechtssystems gehen immer mit Veränderungen nicht nur der Rechtssprache im engeren Sinne einher.
- Dies gilt auch für gegenwärtige und zukünftige Veränderungen der nationalen Rechtssysteme im Zuge der europäischen Einigung. Gerard-René de Groot demonstriert, wie Rechtsvergleichung zur Feststellung eigentlich inkompatibler Begriffsinhalte führt und leitet daraus Forderungen für eine bessere Rechtslexikografie ab. Petra Braselmann benennt spezifische Probleme und Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den Amts- und Arbeitssprachen der EU. Welche Herausforderungen diese Situation für die Juristenausbildung darstellt, behandeln Wilhelm Griebhaber und Joanna Becker.
- Der Nutzen der Linguistik für die Kriminologie und bei der Beweisführung vor Gericht. Dieser Nutzen ist durchaus gegeben, obwohl von ei-

<sup>1</sup> Vgl. Klein, Wolfgang (2000): Was uns die Sprache des Rechts über die Sprache sagt. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 115–148.

nem ‚sprachlichen Fingerabdruck‘ des Individuums nicht die Rede sein kann, wie sowohl der Universitätslinguist Norbert R. Wolf als auch die BKA-Linguistin Christa Baldauf aus unterschiedlichen Perspektiven begründen. Hier wie auch in dem Beitrag von Hans Jürgen Heringer über den juristischen Umgang mit Beleidigungen wird deutlich, inwiefern linguistische Expertise forensisch nützlich sein kann.

Die Referate zu den angesprochenen Themenblöcken werden ergänzt um informative Darstellungen zu einigen Institutionen bzw. Projekten: Katharina Falkson, Ingrid Lemberg und Eva-Maria Lill erinnern an das vielen bekannte Unternehmen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften *Deutsches Rechtswörterbuch* und zeigen darüber hinaus wie man sich in diesem lexikografischen Langzeitprojekt den Anforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft stellt. Angelika Becker informiert über die Ziele der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Sprache des Rechts“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Ingeborg Lasser, eine der Teilnehmerinnen an der die Tagung beschließenden Podiumsdiskussion, ist ebenfalls Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Über einen neuen, fremdsprachbezogenen Ansatz in der Juristenausbildung finden sich Informationen im Beitrag von Wilhelm Grießhaber / Joanna Becker.

In der Bundesrepublik wie in der Schweiz gibt es institutionalisierte Stellen mit den Aufgabe, Bürgernähe, Verständlichkeit und Anwendbarkeit von Gesetzen zu gewährleisten und zu vergrößern. Ihre Vertreter bestritten zusammen mit Ingeborg Lasser die Podiumsdiskussion zum Thema „Kann man Gesetze verständlich machen?“ In den hier abgedruckten Diskussionsbeiträgen der Podiumsteilnehmer sind zugleich Darstellungen der genannten institutionalisierten Stellen enthalten: Werner Hauck vertritt die diesbezügliche Arbeit der Schweiz, Barbara Wieners-Horst diejenige der Bundesrepublik und Ulrich Karpén die *Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung e.V.*

Für die vielfältige Unterstützung und gelingende Kooperation bei Konzeption und Organisation der Tagung wie bei der Erstellung dieses Bandes sei Franz Josef Berens, Cornelia Häusermann, Ludger Hoffmann, Gerhard Stickel, Annette Trabold und Team, Norbert R. Wolf und Sigrid Ziehr herzlich gedankt. Besonderer Dank aber gilt den Referentinnen und Referenten und nicht zuletzt den zuhörenden und mitdiskutierenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung für ihr großes Interesse und Engagement, die in die Beiträge dieses Bandes gewinnbringend eingeflossen sind.

Ulrike Haß-Zumkehr





GERHARD STICKEL

## Vorbemerkungen über Sprache und Recht

Gemeinsame Veranstaltungen von Juristen und Linguisten haben oft das Generalthema: „Recht und Sprache“. Von solchen Tagungen, Kolloquien und Symposien gab es in den 80er Jahren recht viele. *Recht und Sprache*: grammatisch eine Koordination mit *und*. Die Reihenfolge der Konstituenten eines solchen Gefüges sollte man semantisch nicht überbewerten, aber häufig gibt die erste Konstituente den ersten Platz einer Rangfolge an oder auch den Ausgangspunkt einer bilateralen Beziehung. Das ist nebenbei einer der Gründe, warum dem Sprachfeminismus bei Personenbezeichnungen mit Doppelformeln das sog. Titanicprinzip so wichtig ist: ‚Frauen zuerst‘; demnach also nicht *Bürger und Bürgerinnen*, sondern *Bürgerinnen und Bürger*, *Professorinnen und Professoren* usw. Beim Thema *Recht und Sprache* ist das Recht Ausgang und Zweck der Unternehmung, geht es meist um eine Klärung von Rechtsfragen durch Beschreibung und Analyse des Sprachgebrauchs im Rechtswesen. Juristen suchen dabei im Interesse ihres eigenen Faches den Dialog mit Linguisten, erhoffen sich von diesen vielleicht sogar Vorschläge zur Verbesserung der Rechtssprache.

Für diese Tagung haben wir die herkömmliche Reihenfolge umgekehrt und „Sprache und Recht“ zum Thema gemacht.<sup>1</sup> Das geschah keineswegs aus Unhöflichkeit gegenüber den Juristen, um das Recht hinter die Sprache auf den zweiten Platz in einem protokollarischen Defilee zu setzen. Nein, die gewählte Reihenfolge entspricht der fachlichen Perspektive von Linguisten, die von Sprache einiges wissen und verstehen, vom Recht aber, besonders von Rechtswissenschaft, nur wenig. Eine Tagung, die von Sprachwissenschaftlern, die vom Institut für Deutsche Sprache ausgerichtet wird, kann nur „Sprache und Recht“ heißen. Das Thema „Recht und Sprache“ wäre für Linguisten eine fachliche Vermessenheit.

Mit der Abfolge „Sprache und Recht“ wollen wir selbstverständlich den Juristen, die sich dankenswerterweise an dieser Tagung aktiv beteiligen, nicht

---

<sup>1</sup> Das *wir* bezieht sich auf den Vorbereitungsausschuss unter Federführung von Ulrike Haß-Zumkehr (IDS). Sie wurde bei der thematischen und personellen Planung unterstützt von Ludger Hoffmann (Univ. Dortmund) und Norbert R. Wolf (Univ. Würzburg).

unsere fachliche Perspektive aufdrängen. Wir würden dann ja auf die so wichtige komplementäre Betrachtungsweise verzichten müssen. Mir ist aber der Hinweis wichtig, dass es eine solche Perspektivendifferenz gibt und dass sie beachtet werden sollte. Linguisten, die sich eingehender mit Rechtstexten oder forensischen Diskursen befassen, laufen leicht Gefahr, ihre eigenen fachlichen Zugänge zu den sprachlichen Phänomenen zu vernachlässigen und stattdessen juristisch oder quasijuristisch zu argumentieren, wobei für das linguistische wie das juristische Verständnis der behandelten Phänomene nur wenig herauskommt. Umgekehrt treffen wir Linguisten bei manchen Juristen, die sich mit den sprachlichen Aspekten ihres Gegenstands befassen, auf etwas naive, wenn auch meist ziemlich selbstbewusste Meinungen und Auffassungen von Sprache. Typisch ist die Haltung von Vorsitzenden in Verwaltungs- oder Zivilverfahren, die linguistische Gutachten beiseite wischen mit der Bemerkung: „In Fragen der deutschen Sprache ist das Gericht selbst sachverständig.“

Was nun ist die linguistische Perspektive auf die Rechtssprache? Als Forscher gehen Linguisten in das Gebiet des Rechts wie in eine Region, deren Sprache oder Dialekt sie genauer kennenlernen möchten. ‚Sprache‘ und ‚Dialekt‘ sind hier aber eigentlich nicht die passenden Termini. Denn was im Bürgerlichen Gesetzbuch steht, was Anwälte sagen und schreiben, was Richter äußern und Notare formulieren, macht ja keine Sprache in einem umfassenden Sinn aus wie Deutsch, Französisch oder Spanisch, auch keinen Dialekt wie Schwäbisch oder Mecklenburger Platt. Es geht bei dieser ‚Sprache‘ um spezielle Arten der Sprachverwendung, und zwar meist des Standarddeutschen, in einem bestimmten Sach- und Lebensbereich. In der Linguistik spricht man auch von einer Domäne, d. h. einem pragmatisch bestimmten Kommunikationsbereich mit spezifischen Eigenschaften des Sprachgebrauchs. Andere Domänen sind etwa der Sprachgebrauch im religiösen Kultus, im Sport, in der Familie usw.

Was motiviert das besondere linguistische Interesse an der Sprachdomäne des Rechts? Mit einer genaueren Eingrenzung der Rechtssprache und ihrer Bestimmung als Fachsprache will ich Sie und mich hier nicht aufhalten. Lassen Sie uns unter Rechtssprache vorläufig, also begrenzt auf die Tagungseröffnung, ganz summarisch den Sprachgebrauch im Rechtswesen verstehen, einen Sprachgebrauch, der über die Justiz hinaus auch in die Domänen der Politik und der Verwaltung reicht. Für Linguisten gibt es nach meinen Beobachtungen drei Gründe für ihr Interesse an der Rechtssprache:

1. die sprachhistorische Bedeutung der Rechtssprache,
2. die pragmatischen Eigenschaften der Rechtssprache und
3. das lebenspraktische Mitbetroffensein durch Rechtstexte.

Die Bedeutung des Rechtswesens für die Entwicklung der deutschen Sprache will ich nur kurz andeuten, zumal dies in einem der Vorträge morgen näher behandelt wird. Zu den Kriterien für den Ausbau einer Sprache zu einer

Hochsprache, also zu einer umfassend nutzbaren Standardsprache mit maximaler sozialer und regionaler Reichweite in ihrem Geltungsbereich, gehört ihre Verwendung als Rechts- und Verwaltungssprache. Andere Kriterien sind ihre Verwendung in Wissenschaft, Religion und natürlich auch in der schönen Literatur. Anstöße zur Entwicklung des Deutschen zur heutigen Standardsprache, in der sich (noch) alles sagen lässt, was wir wissen und wollen, sind nicht nur Martin Luther und den deutschsprachigen Dichtern und Philosophen des 18. Jahrhunderts zu danken, sondern auch dem Rechtsgelehrten Christian Thomasius, der es 1687 als erster wagte, seine Vorlesungen auf Deutsch zu halten und damit zur Emanzipation des Deutschen als Wissenschafts- und Rechtssprache beitrug. Die Ablösung des Lateinischen durch das Deutsche als Rechtssprache kann in ihren Folgen für die Etablierung einer überregionalen deutschen Einheitssprache gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In seinen politischen Auswirkungen wurde dies freilich durch den Alamodismus des deutschen Adels und auch dadurch behindert, dass das Römische Reich deutscher Nation bis zu seinem jämmerlichen Ende 1806 neben Deutsch auch Latein als Amtssprache beibehielt.

Zum zweiten Grund: Für die synchronische Untersuchung der Gegenwartssprache ist der Sprachgebrauch im Rechtswesen vor allem unter pragmalinguistischem Aspekt attraktiv. Wie in keinem anderen Berufs- und Lebensbereich (allenfalls noch in der Religion) ist in der Justiz und in weiten Teilen der mit ihr sprachlich verwandten öffentlichen Verwaltung alles Handeln sprachlich. Das Einsperren eines Straftäters, das Kassieren von Bußgeldern liegen im Grund schon außerhalb des eigentlichen juristischen Handelns und Interagierens. Rechtliches Ordnen, Bewerten und Entscheiden sind stets sprachgebunden. Recht geschieht, indem Recht gesprochen wird. Rechtsetzung, Rechtsvereinbarung, Rechtsstreit und Rechtsfindung sind sprachliche Verfahren, vollziehen sich in verbalen Interaktionen, die sich an schon vorhandenen Texten orientieren und in der Regel zu deutlich abgrenzbaren Texten führen. Die Rechtsanwendung ist zu einem wesentlichen Teil durch Texte normiertes normatives Sprachhandeln. Das ist nur eine sehr pauschale Charakterisierung der Rechtssprache aus der Sicht der Pragmalinguistik, die sich mit Sprachverwendungen unter dem Aspekt ihrer Zweckorientierung befasst. Der Sprachgebrauch im Rechtswesen erscheint von außen als so klar in seinen Funktionen bestimmt, dass er sich für Untersuchungen von sprachlichem Handeln unter überschaubaren, geordneten Bedingungen geradezu anbietet. Dass die pragmatische Klarheit in der juristischen Wirklichkeit oft fehlt bzw. erarbeitet werden muss, ergibt sich dann erst bei genauerer Untersuchung, ändert aber nichts an der Attraktivität des sprachlichen Gegenstands.

Zur Faszination der Rechtssprache gehört auch ihre Nähe zur fachlich unspezifischen Gemeinsprache. Dass diese Nähe nur scheinbar ist, verweist schon auf den dritten Grund für das Interesse von Linguisten an der Rechts-

sprache, ihre eingeschränkte Verständlichkeit für Laien. Als juristische Laien werden Linguisten wie alle Bürgerinnen und Bürger von vielerlei Rechtstexten betroffen. Meist sind das keine Gesetze oder Urteile, sondern Verwaltungstexte wie Bescheide, Mahnungen, Verfügungen, die sich auf Gesetze oder Verordnungen stützen. Hinzu kommen unter anderem Verträge, die zu unterschreiben sind, die Beteiligung an einem Rechtsstreit, einem Strafverfahren oder auch eine ehrenamtliche Tätigkeit als Schöffe. Bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten stößt ein Linguist wie andere Menschen auf Texte und mündliche Äußerungen, die er nur schwer oder gar nicht versteht. Und das ist ärgerlich, weil nicht abzusehen ist, welche praktischen Folgen der missverständliche oder nur teilverständliche Text für den Einzelnen hat. Das Problem lässt sich übrigens nicht an exotisch klingenden Termini festmachen wie in manchen Naturwissenschaften oder entlegenen Sportarten. Ihre bemerkenswerte Fremdwortarmut macht die Rechtssprache aber keineswegs zugänglicher als andere Fachsprachen. Und so beginnt mancher Linguist schon aus persönlichem Betroffensein sich mit der Rechtssprache und ihren Spezifika auseinanderzusetzen, wobei meist Verständlichkeitsfragen im Mittelpunkt stehen. Von daher ergibt sich geradezu selbstverständlich, dass linguistische Untersuchungen der Rechtssprache meist die Perspektive der ‚rechtsunterworfenen‘ Laien einnehmen und durchweg sprachkritisch orientiert sind. Verständlichkeitsfragen werden uns auch in diesen drei Mannheimer Tagen beschäftigen, sollten aber die Tagung aus der Sicht des Vorbereitungsausschusses nicht dominieren.

Zu den verschiedenen Aspekten des komplexen Themenbündels gehört eine Variante des Generalthemas, nämlich „Sprachen und Recht“, *Sprachen* also im Plural. Die Bedingungen und Folgen, die mit der europäischen Mehrsprachigkeit für das Rechtswesen in der Europäischen Union verbunden sind, werden vermutlich auch für die Laien in den Mitgliedsstaaten zunehmend bedeutsam werden. Schon in einigen Jahrzehnten wird man vermutlich sein Recht nicht nur in der eigenen Sprache suchen und vielleicht auch bekommen können. Dies ist gerade auch für Germanisten eine Entwicklung, auf die sie aus der Tradition ihres Fachs heraus nicht vorbereitet sind. Seit den Gründervätern der Germanistik, den Brüdern Grimm, sind wir es gewohnt, Rechtssprache in erster Linie als Teil der eigenen Sprache und ihrer Geschichte zu sehen. Wie die Fortentwicklung des Rechts ist auch die Sprachentwicklung aber schon jetzt unter den Bedingungen und im Kontext der europäischen Mehrsprachigkeit zu sehen.

Ich will nun nicht versuchen, alle Teilthemen, die in den bevorstehenden Vorträgen und Diskussionen behandelt werden, zu präliedieren. Kurz erwähnen möchte ich nur noch eine Frage: Angesichts der aktuellen sprachpolitischen Diskussion in Deutschland hätte es nahegelegen, in völlig anderer Ausdeutung der Beziehung von Sprache und Recht ein weiteres Teilthema zu behan-

deln, das aber bei der Tagungsvorbereitung in seiner Brisanz nicht vorhersehbar war, die Frage nämlich, ob und inwieweit die deutsche Sprache gesetzlich geschützt werden kann oder geschützt werden sollte. Ein Sprachschutzgesetz wird von einer neuen, mitgliederstarken Sprachgesellschaft, dem Verein Deutsche Sprache, immer lauter gefordert. Auch einzelne Politiker haben sich in den letzten Wochen entsprechend geäußert. Das Institut für Deutsche Sprache hat sich entschieden gegen ein solches Gesetz ausgesprochen. Es wäre reizvoll, gemeinsam mit Juristen zu erörtern, was mit einem Sprachschutzgesetz wovor geschützt werden könnte (die deutsche Sprache vor bestimmten Wörtern oder die deutschen Menschen vor sprachlichen Neuerungen?) und ob ein solcher Schutz, falls überhaupt sinnvoll, mit unserer Verfassung vereinbar wäre. Aber, wie gesagt, solche Fragen sind nicht Teil des geplanten Programms. Ich will auch mit dieser Andeutung nicht rasch noch das Themenspektrum erweitern. Ich glaube aber, dass sich das Thema zumindest für Pausengespräche im Foyer eignet oder auch für das Treffen bei Brezeln und Wein heute Abend im Institut.

Wenn es um Recht und Sprache oder um Sprache und Recht geht, zitiert man gerne Konfuzius, obwohl dieser einen extrem engen und autoritären Sprachbegriff hatte. Seine Sprachbetrachtung schließt mit der Mahnung: „Also dulde man keine Willkür in der Sprache. Das ist es, worauf alles ankommt.“<sup>2</sup> Ich biete zur Abwechslung Aristoteles an, der in Band I, 2 seiner „Politik“ schreibt: „Die Sprache dient aber dazu, das, was nützlich und schädlich, was gerecht und ungerecht ist, offenkundig zu machen.“ Leider ist auch dies keine deskriptive Feststellung, sondern eher der Wunsch nach einer idealen Sprache. Die Sprache, so wie wir sie nun einmal haben, dient eben nicht nur dazu, offenkundig zu machen, was gerecht und ungerecht ist, sie eignet sich vorzüglich auch zur Vorbereitung von Verbrechen, zum Beleidigen und Erpressen, zum Lügen und Betrügen, und zwar ohne dass dies immer offenkundig würde. Aristoteles dachte vielleicht nur an den speziellen Sprachgebrauch im Rechtswesen eines entwickelten Rechtsstaates. Dort finden wir Texte zur Unterscheidung von Recht und Unrecht, dort wird in geregelten diskursiven Verfahren über Schuld und Unschuld befunden. Und das scheint im Großen und Ganzen sogar zu funktionieren. Da aber die Sprache, die wir als Muttersprache erworben haben, in der wir sozialisiert sind, in ihrer Struk-

---

<sup>2</sup> Das vollständige Zitat lautet: „Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist. Ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist, so kommen die Werke nicht zustande. Kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht. Gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft das Recht nicht. Trifft das Recht nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man keine Willkür in der Sprache. Das ist es, worauf alles ankommt.“ Konfuzius. Zitiert nach Rudolf Wassermann: Recht und Verständigung als Element der politischen Kultur. In: Wassermann, R./Petersen, J.: Recht und Sprache. Heidelberg 1983. S. 40–63. hier: S. 40.

tur keine guten Verwendungszwecke gegenüber schlechten auszeichnet, bleibt die grundsätzliche pragmatische Frage, wie das Rechtswesen seinen Sprachgebrauch so eingerichtet hat, dass damit Recht erhalten und Recht geschaffen wird. Ich erhoffe mir von dieser Tagung hierzu wenigstens Teilantworten. Andere Teilnehmer, Linguisten wie Juristen, haben vermutlich noch andere Fragen, zu denen sie hoffentlich ebenfalls verwertbare Antworten erhalten werden. Uns allen wünsche ich für die nächsten Tage lehrreiche Vorträge und anregende Diskussionen. Nehmen Sie diesen Wunsch bitte auch als Signal dafür, dass die Tagung hiermit eröffnet ist.

GEORG STÖTZEL

## Sprache, Recht und Öffentlichkeit – Gesellschaftliche Relevanz des Themas aus linguistischer Sicht

### Abstract

In Zeiten des moralischen oder technischen Wandels werden die in der Allgemeinsprache sedimentierten bzw. aufgehobenen Werte und Grenzlinien fragwürdig, und der allgemeinsprachliche Diskurs gerät in Spannung zu den rechtssprachlichen Spezialdiskursen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung.

Was man sagt, was sagen wir, wann – im Hinblick auf die Abtreibungsproblematik oder das Klonen von Embryonen – „das Leben“ oder „Leben“ beginne, ab wann, sagt man, sagen wir, sei – im Hinblick auf die Organverpflanzung – „der Mensch tot“? Soll die gleichgeschlechtliche Partnerschaft eine „Ehe“ genannt werden, sollten RU 486 und Viagra „Medikamente“ oder „Tötungspille“ bzw. „Lifestylepille“ heißen? Über diese und ähnliche Sach- und Sprachfragen wird bei der Rechtsformulierung im Parlament und seinen Nebenorganen ‚parliert‘ oder bei der Rechtsprechung im Gericht das Urteil „im Namen des Volkes“ (heißt das auch im Namen der Sprache des Volkes?) gesprochen. Was in solchen Brisanzphasen aus sprachwissenschaftlicher Perspektive augenscheinlich wird, soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden:

Einmal geht es um die in den frühen 80er Jahren beobachtbare Wandlung der Verwendung des Wortes *Bullen* (als Bezeichnung von Polizisten) vom beleidigenden Schimpfwort zur umgangssprachlichen Fremd- und Selbstbezeichnung (in Filmen des Schimanski-Genres bzw. in Ausdrücken wie *Bullenballett*, *Bullenorden*) und um die analoge Wandlung in der Rechtsprechung über dieses problematische „Sprachdelikt“.

Zum anderen geht es um den medien-öffentlichen und parlamentarisch-öffentlichen Streit um die Artikulation eines neuen Grenzpunktes zwischen Leben und Tod im Hinblick auf die Organverpflanzung. Dabei besteht das sprachlich Dilemmatische dieses Problemverhalts darin, dass zum Zeitpunkt des *Hirntodes* der Mensch unter dem Gesichtspunkt des Schutzes durch das Grundgesetz „so tot wie nötig“ und vom Standpunkt der Organspende aus „so lebendig wie möglich“ sein soll.

Immer handelt es sich auch um sprachliche Handlungen mit immensen gesellschaftlichen Folgen.

„Sprache und Recht ... aus sprachwissenschaftlicher Sicht ... und dabei die Perspektive der Öffentlichkeit ein[...]beziehen“ – so forderte es die „thematische Skizze“ der Veranstalter dieser Tagung. Wahrhaft ein weites Feld – alles was Recht ist.

Was fällt uns nicht alles ein, wenn wir aus der Perspektive der Öffentlichkeit auf dieses Feld blicken. In Zeitungen – dem klassischen Öffentlichkeitsme-

dium – wurde vor einem Vierteljahr, als ich mit der Konzipierung dieses Vortrags begann, zum 2. Advent 2000 mitgeteilt, dass ein Gericht eine fristlose Kündigung für gerechtfertigt hält, wenn jemand auf einer Weihnachtsfeier seinen Chef „Arschloch“ nennt, – auch wenn dies zu vorgeschrittener Stunde und nach einigem Alkoholkonsum geschieht. Ein unverzichtbarer prophylaktischer adventlicher Hinweis auf die Übersetzung sprachlicher Verhaltensweisen in die juristische Interpretationssprache und auf lebenspraktische Konsequenzen aus einem Sprachdelikt.

Der Hinweis auf die „vorgeschrittene“ Stunde verdeutlicht, dass das Gericht nicht nur einfach auf den Gebrauch des Wortes abhebt, sondern auch auf den situativen Kontext der Äußerung, der hier allerdings nicht im Sinne „mildnerer Umstände“ gewertet wird. Neben solchen klassisch zu nennenden Fällen rechtsbrisanter Sprachgebrauchs des Beleidigens werden in öffentlichen Medien auch Einordnungsprobleme thematisiert, wenn diese begrifflichen Subsumierungen neuartiger oder neu zu bewertender Phänomene von großer praktischer Relevanz sind. So lesen wir in Zeitungen – und hier wird es im wörtlichen Sinne todernt, dass – nach Meinung der Kirche – die Abtreibungspille RU 486 eine „Tötungspille“ sei und nicht als „Medikament“ im Sinne krankenrechtlicher Bestimmungen bezeichnet werden dürfe, denn „Medikament“ bedeute „Heilmittel“, die Schwangerschaft sei aber keine Krankheit, von der die Frau „geheilt“ würde, und folglich sei diese Abtreibungspille auch nicht „erstattungsfähig“ (wie es in der Verwaltungssprache heißt).

In ähnlicher Weise mit dem Blick auf die lebenspraktischen Folgen machten die Zeitungen den erstattungsrechtlich relevanten semantischen Streit öffentlich, ob die Potenzpille Viagra als „Medikament“ interpretiert werden dürfe, ob sie vom Arzt „verordnet“ werden dürfe und von den Krankenkassen erstattet werden müsse, oder ob sie eine privat bezahlbare „Lifestyle-Pille“ sei.

Meldungen bezüglich einer neuen Abtreibungs- und einer neuen Potenzpille verweisen auf juristische Einordnungsprobleme aufgrund wissenschaftlich-technischer Fortschritte hin. Es gibt aber auch Meldungen, die auf sozialen gesellschaftlichen Wandel hinweisen und auf den sich aus diesem Wertewandel ergebenden Wandel in der Rechtsprechung und in der Rechtssprache.

So berichten Zeitungen im Mai 1983 darüber, dass die 6. Kammer des Arbeitsgerichts Frankfurt geurteilt habe: „Keine [unverheiratete!] Frau darf gegen ihren Willen mit Fräulein angeredet werden“. Dieses Urteil stellt sich als nach-vollzogene Verrechtlichung des Realitätswandels dar, der sich im Verlauf der Gleichberechtigungs- und Emanzipationsdiskussion vollzogen hat, als sich die Sichtweisen des Geschlechterverhältnisses veränderten. Ebenso berichten die öffentlichen Medien intensiv über rechtsrelevante Konflikte auf dem besonders heiklen Feld des Verhältnisses von Bürgern zu Repräsentanten des Staates in Form von Polizisten oder Soldaten. Obrigkeitsstaatliches Denken wird in der Verurteilung einer Nürnberger Marktfrau gesehen, die Polizisten mit dem in ihrem Soziolekt üblichen, aber juristisch



bedenklichen Pronomen *du* angedredet hatte. Am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 über die Verwendung des Tucholsky-Zitats „Soldaten sind Mörder“ und seiner öffentlichen Rezeption ließ sich zeigen, dass zwar die Rechtsprechung sich von obrigkeitsstaatlichem Denken gelöst hat, dass aber in der Öffentlichkeit Stellvertreter-Konflikte in Form von unauthenthischen Urteilsinterpretationen ausgetragen wurden, wonach die „Ehre der Bundeswehr“ nicht genügend geschützt worden sei.<sup>1</sup>

An den Titeln der Vorträge dieser Tagung erkennt man, dass bezüglich des gewählten Themas Sprachwissenschaftler und Sprachwissenschaftlerinnen in vielfacher Hinsicht ihre Kompetenz eingebracht haben. Ich möchte in meiner Analyse das Verhältnis von Rechtsprechung und Gesetzgebung als Rechtsformulierung auf der einen Seite und von gesellschaftlichem und sprachlichem Wandel auf der anderen Seite behandeln. Mit dem Akzent auf Sprachwandel und Rechtswandel möchte ich also einen ganz bestimmten Aspekt des Verhältnisses von Allgemeinsprache und Rechtssprache in den Vordergrund stellen und schließe beispielsweise die Frage der Verständlichkeitsforschung – „Wie kann Rechtssprache in Umgangssprache übersetzt werden?“ – aus. Vielmehr möchte ich anhand von Beispielen zeigen, welche Probleme in Brisanzphasen des Verhältnisses von allgemeinsprachlichem Diskurs und rechtssprachlichen Spezialdiskursen augenscheinlich werden.

Bei gesellschaftlichem Wandel, der sich als Wandel sittlicher Werte vollziehen und in einer Wertediskussion reflektieren kann, oder der sich durch technischen Wandel und neu zu bewertende Handlungsmöglichkeiten ergibt, bei solchem Wandel wird das Verhältnis von „Gesellschaftssystem und dem Rechtssystem als Teilsystem des Gesellschaftssystems“<sup>2</sup> brisant. „Allgemein wird heute anerkannt, daß das Recht durch die gesellschaftliche Entwicklung mitbestimmt wird und sie zugleich mitzubestimmen vermag“.<sup>3</sup> Bezüglich dieses Zusammenhangs von Recht und sozialem Wandel gehen Juristen davon aus, dass die Werthaftigkeit „im steten Vollzug des Soziallebens“ sich ändere und dass mit dem Wandel der Stellung zu diesen sozialen Werten auch eine Wandlung beispielsweise der strafrechtlichen Auffassung von der Schutzwürdigkeit dieser Werte verbunden sei. Der Gesetzgeber müsse derartige Wandlungen erfassen und „rechtzeitig“<sup>4</sup> – d. h. der sozialen Praxis in noch gerade akzeptablem Abstand nachhinkend – z. B. Ehebruch als Straftatbestand oder die Tatbestände der Unzucht zwischen Männern aufheben.

Mit der oben zitierten Luhmannschen Interpretation des Rechtssystems

<sup>1</sup> Siehe Burkhardt, Arnim (1996): Das Zitat vor Gericht. Linguistische Anmerkungen zur Rezeption eines denkwürdigen Satzes von Kurt Tucholsky. In: Böke, K./Jung M./Wengeler, M. (Hg.) (1996): Öffentlicher Sprachgebrauch. Opladen. S. 138–173.

<sup>2</sup> Luhmann, Niklas (1974): Rechtssystem und Rechtsdogmatik. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz. S. 50.

<sup>3</sup> Luhmann, Niklas (1972): Rechtssoziologie 2. Reinbek bei Hamburg. S. 295.

<sup>4</sup> Otto, Harro (1998): Grundkurs Strafrecht. Die einzelnen Delikte. Berlin/New York. S. 3.

als gesellschaftliches Subsystem wird dem Rechtssystem der traditionale Charakter eines metaphysischen Phänomens genommen und die juristische Ebene zu einem gesellschaftsimmanenten System oder Streitfeld deklariert, das – wie alle gesellschaftlichen Felder – Ergebnis und Motor gesellschaftlicher Auseinandersetzung ist. Bei solchen notwendigerweise interessegebundenen und so verstandenen „parteilichen“ Auseinandersetzungen ist die Sprache als realitätskonstitutives und handlungsorientierendes Medium von großer Bedeutung. Infolge dessen fallen Probleme rechtssprachlicher Artikulation sowohl bezüglich normenfixierender Rechtsformulierung wie auch normeninterpretierender Rechtsprechung zumindest teil- oder aspektweise in die Domäne der Sprachwissenschaft. Es versteht sich von selbst, dass Phasen rasanter sozialer Veränderungen besonders aufschlussreich für sprachtheoretische Analysenentwürfe sind, weil in diesen Phasen zwei idiomatische Systeme unterschiedlicher „Gangart“ – zwei Diskursebenen – in Reibung geraten: Das gesamtgesellschaftliche System, dessen Selbstverständnis und Interpretation sich in einer ‚offenen‘, d.m. allgemeinverständlichen öffentlichen, Umgangssprache artikulieren, einerseits – und andererseits das Rechtssystem, das seinen spezifisch begrenzten Ausdruck in einer ‚disziplinierten‘ definitionsmächtigen Rechts- und Verwaltungssprache findet.

Wir veranschaulichen dies an einem für Nichtbetroffene relativ unterhaltsamen Fall. Bei der Anpassung der Gesetzgebung und der Rechtsprechung an gesellschaftlichen Wandel ist zu beobachten, dass z. B. bei der Beurteilung von Beleidigungen in relativ sensibler Weise das Recht „realistisch“ und differenzierend fortentwickelt wird, indem oft zeitnäher als in Wörterbüchern dem Sprachgebrauch bzw. seinem Wandel nachgespürt wird und die juristische Beurteilung die Veränderung von heiklen, das Persönlichkeitsrecht betreffenden Sprachgebrauch berücksichtigt. Ein illustrativer Fall ist der Beurteilungswandel der Bezeichnung von Polizisten als *Bullen* in den Jahren 1980 bis 1983, den Sie in der Textbeilage belegt finden.

In der frühen Nachkriegszeit wurde der Gebrauch des Wortes *Bullen* als Bezeichnung für Polizisten eindeutig der Gauner- und Verbrechersprache zugewiesen.

Problematische Berühmtheit erlangte in den 70er Jahren das damalige Schimpfwort *Bulle* durch linksterroristische Slogans wie *Auf Bullen darf geschossen werden* und 1987 belegt DER SPIEGEL in seinem Bericht über die beiden Polizistenmorde an der Frankfurter Startbahn West, dass die Demo-Teilnehmer durchweg von *Bullen* sprechen. In einem Brief des mutmaßlichen Besitzers der Tatwaffe steht, es sei möglich, „... die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir ... Bullen töten“ (DER SPIEGEL Nr. 47, 16.11.1987, S. 29), – und Dr. Bernhard Vogel (CDU) kommt mit folgender Thematisierung dieses Sprachgebrauchs zu Wort: „Wenn man zum Polizisten *Bulle* sagt, dann ist man eher bereit, auf ihn zu schießen“.

Offenbar unbeeinflusst von diesem etablierten Sprachgebrauch gewaltbereiter Gruppen kommt die deutsche Rechtsprechung – als hätte sie sich zeichentheoretisch an linguistisch-pragmatischen Konzepten orientiert – zu Beginn der 80er Jahre zu einer Beurteilung des allgemeinen Sprachgebrauchs, die die Verwendung des Wortes *Bulle* weitgehend entkriminalisiert.

Sehen wir uns die Phase des Wandels in diesem konkreten Sprachkonflikt genauer an: Ab 1980 kommt es innerhalb der gerichtlichen Instanzen zu Auseinandersetzungen darüber, ob die Bezeichnung (bzw. die „Anrede“) eines Polizisten als *Bulle* als Beleidigung zu bestrafen sei. Im Juli 1980 berichten die Zeitungen über einen Fall, in dem verschiedene Gerichtsinstanzen uneinig über die Beurteilung des Sprachzustandes sind, ob nämlich die öffentliche Verwendung der Bezeichnung *Bulle* eine Beleidigung von Polizisten sei. „Im vorliegenden Fall hatte ein Demonstrant bei einem Einsatz der Polizei im Gelsenkirchener Parkstadion mehrmals gerufen: ‚Schmeiß die Bullen raus‘. Das Amtsgericht hatte darin keine Beleidigung, sondern nur eine Berufsbezeichnung nach der Art der Anrede für den englischen ‚Bobby‘, den französischen ‚Flic‘ oder den amerikanischen ‚Cop‘ gesehen.“ So berichtet die WZ vom 25.07.1980 über ein Urteil offenbar sprachvergleichend und pragmatisch geschulter oder beratener Richter oder Richterinnen.

Das als nächste Instanz angerufene Landgericht Essen dagegen urteilte (so wörtlich die FAZ vom 25.07.1980): „die Bezeichnung ‚Bulle‘ sei in der Umgangssprache noch abwertend und ehrkränkend. Obwohl dieses Wort seit geraumer Zeit häufig gebraucht werde, habe es sich noch nicht derart verselbstständigt, daß es als wertfreie, wenn auch saloppe Berufsbezeichnung gelten könne.“ Die hervorstechendsten Eigenschaften des männlichen Rindviehs „wie Reizbarkeit, dumpfe Angriffslust und blinde Gewaltanwendung haften dem Wort ‚Bulle‘ nach wie vor an und werden so dem Polizeibeamten, der als ‚Bulle‘ bezeichnet wird, beigemessen“.

Auch im weiteren Zitat belegt die FAZ, wie explizit und differenziert sprachbezogen hier juristisch argumentiert wird: Das Gericht verkenne nicht, „daß das Wort ‚Bulle‘ auch durch den häufigen Gebrauch dabei ist, seine negative Bedeutung einzubüßen. Das wird beispielsweise dadurch sichtbar, daß es nicht selten in besonders beleidigenden Zusammensetzungen (Scheißbulle) oder mit Zusätzen (dreckiger Bulle) benutzt wird. Andererseits erweist sich die fortbestehende abwertende Bedeutung aus den Zusammenhängen, in denen es gebraucht wird. Sofern die Polizei als ‚Freund und Helfer‘ tätig wird, findet das Wort ‚Bulle‘ keine Verwendung. Greift sie freilich in hoheitlicher Gewaltausübung ein, ist das Wort ‚Bulle‘ schnell bei der Hand.“ An der Schlagzeile „‚Bulle‘ bald ein Spitzname? Polizisten dürfen sich noch beleidigt fühlen“ erkennt man, dass die FAZ äußerst realistisch einen am wandelnden Sprachgebrauch sich orientierenden juristischen Beurteilungswandel andeutet. Schon hier zeigt sich, dass eine Gegenüberstellung von Rechtssprache und Umgangssprache als Systeme und eine Ana-

lyse von Bedeutungen gleichlautender Ausdrücke in Rechtssprache und Gemeinsprache nicht statisch-kontrastiv bleiben darf. Die hier vorgeschlagene Konzentration auf den Sprachwandel kann uns sehr plastisch darüber belehren, dass die Gegenstände „sprachinfiziert“, genauer: sprachkonstituiert sind. Eine diachron-dynamische Analyse zeigt uns nämlich, dass der Gebrauch des juristischen Terminus *Beleidigung* umstritten ist, weil – sprechakttheoretisch gesprochen – bei identischem Äußerungsakt die Bedingungen für die Realisation der Illokution ‚beleidigen‘ im Fluss sind. In diesen Übergangs- oder Brisanzphasen kommt es zu einer Bewertungskonkurrenz gerichtlicher Instanzen, die dem konkurrierenden Sprachgebrauch in Brisanzphasen der Gemeinsprache im wörtlichen Sinne entspricht. Nur ist – wegen des Entscheidungsdrucks im Hinblick auf die Urteilsfindung – diese Heterogenität im Instanzenweg des Rechtswegestaates utilitaristisch gesteuert. Offenbar wird aber auch, dass die Kriterien für die juristische Beurteilung einer Äußerung als Beleidigung nicht nur sachlich umstritten sind, sondern auch sprachlich diachronisch-fließend. Das zeigt sich, wenn wir zu unserem Fall zurückkehren und ihn weiter verfolgen.

Drei Jahre später kommt es nämlich zu einer gewandelten und überaus medienwirksamen gerichtlichen Beurteilung des Sprachgebrauchs. Im August 1983 bestätigt das Berliner Kammergericht den Freispruch eines Schöffengerichts vom Jahresanfang, das einen Redakteur der Berliner „*Tageszeitung*“ vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen hatte. Der Redakteur war für den Abdruck von Leserbriefen verantwortlich gewesen, in denen von „*Bullen*“ die Rede war. Die Richter verhehlen nicht, dass sich das Wort weiter zur Beleidigung eigne, sie stellen aber in Abrede, dass es in jedem Fall des Gebrauchs „automatisch“ eine Beleidigung darstelle, d. h. die Richter berücksichtigen hier offensichtlich den Unterschied von type und token, den Unterschied zwischen Lexikoneintrag und pragmatischer Dimension: „In der Urteilsbegründung sagten die Richter, im Laufe der Zeit sei eine Entwicklung eingetreten, die das Wort ‚*Bulle*‘ nicht mehr automatisch als eine Beleidigung erscheinen lasse. So gebe es bei der Polizei zum Beispiel eine Tanzgruppe mit dem Namen ‚*Bullenballett*‘, und es werde ein ‚*Bullenorden*‘ verliehen.“ (so wörtlich die FAZ vom 22.08.1983)

Die Gerichte konstatieren und werten also bei ihrer Urteilsfindung, dass von Seiten der Polizei *Bulle* in Komposita wie *Bullenballett* sozusagen selbstironisch als Eigenbezeichnung verwendet wird. Von diesen Veränderungen in der Gemeinsprache – sicher unterstützt durch populäre Filme des Schimanski-Genres, in denen *Bulle* als Fremd- und Selbstbezeichnung für Polizei geläufig und normal vorkommt – erfährt man über Zeitungen mehr als in unseren großen Wörterbüchern, die noch 1999 *Bulle* nur als umgangssprachliche und abwertende Fremdbezeichnung von Polizeibeamten anführen.

Verwies die selbstverständliche Benennung des bisher behandelten Diskurstyps *Rechtsprechung* schon selbst darauf, dass das Recht sprachlich ver-

fasst ist, so macht bei dem im zweiten Vortragsteil thematisch zentralen Diskurstyp *Gesetzgebung*, der die parlamentarische Rechtschaffung bezeichnet, nicht schon die Bezeichnung bewusst, dass dieser Prozess eine Sprachhandlung ist, bei der die Delegierten rechtskonstitutiver Organe Kompromissprozesse rhetorisch aushandeln. Diese verfassungsgemäße konkrete Gesetzgebungstätigkeit als Rechtschaffung durch Parlamentarier (d. h. Parlierende) wird aufgefasst als Ausformulierung und Weiterschreibung der Verfassung. Bezüglich des Themas „Sprache, Recht, Öffentlichkeit“ ist das Parlament – wie die Vorträge der Tagung zeigen – ein zentraler Beobachtungsort, eine ausgezeichnete Schnittstelle bezüglich Öffentlichkeit und Recht, insofern hier die Delegierten des Volkes Recht schaffen, das im Namen des Volkes gesprochen wird. Unter sprachwissenschaftlichem Gesichtspunkt sind viele Facetten des Gesetzgebungsvorgangs interessant. Für uns erscheinen mir aber besonders bedeutsam die Aspekte parlamentarischer Gesetzgebung, die zwar auch die arbeitsteilig notwendige Präzisierung betreffen, bei denen aber in erster Linie die parteiliche und mehrheitlich abgestimmte Normierung von Sprachgebrauch augenscheinlich wird.<sup>5</sup>

Öffentliches Interesse haben besonders Gesetzgebungsverfahren hervorgerufen, in denen es um die grundlegenden Begrifflichkeiten menschlicher Gesellschaft geht: Um Leben und Tod, um Ehe und Sexualität, um gesellschaftlichen und technischen Wandel und um die Anpassung der Gesetze an diesen Wandel. Die Rolle von Sprache und Öffentlichkeit bei der parlamentarischen Gesetzgebungsdebatte lässt sich anschaulich demonstrieren und präzisieren an den Diskussionen über den Beginn des Lebens und damit den Beginn der Existenz einer durch das Grundgesetz geschützten Person, wie sie im Zusammenhang der Abtreibungsproblematik geführt wurden. In gleicher Weise aufschlussreich ist etwa die komplementäre Debatte über den Zeitpunkt des Todes, in der im Hinblick auf die Organverpflanzung zu klären war, ab wann ein Mensch tot sei, d. h. als tot gelten solle.<sup>6</sup> Den tiefgehenden Zusammenhang von sprachkonstituierter Wertorientierung der Gesellschaft und Gesetzesbegrifflichkeit demonstrieren auch parlamentarische Debatten über die mögliche rechtliche Anerkennung von Alternativformen der Ehe – seien es nun „eheähnliche Lebensgemeinschaften“ verschiedengeschlechtlicher Partner oder die so genannte „Homo-Ehe“ – oder aber die 25 Jahre dauernde Auseinandersetzung über „Vergewaltigung in der Ehe“ als Verbrechen, die den bisher privaten und rechtlich unzugänglichen Binnen-

---

<sup>5</sup> Sprachliche Präzisionsarbeit und parteiliche Definitionsarbeit mögen geleistet werden bei jeder, auch öffentlich kaum beachteter Gesetzgebungsarbeit – etwa über die gerade in Vorbereitung befindliche „Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen“, die „seit Jahren überfällig“ ist (s. Nachrichten aus der Arbeit, Bosch Stiftung, 9. Jg., Ausg. 2.12.2000, S. 1).

<sup>6</sup> Schon Ende der 60er Jahre gab es angesichts der Erfindung so genannter Herz-Lungen-Maschinen ähnliche Probleme, als Zeitungen eine „Neue Definition des Todes“ forderten.

raum Ehe prinzipiell rechtswirksam aufschloss und anderen Lebensräumen gleichstellte.

Die Geschichte der Umsetzung der Verfassungsforderung nach Gleichstellung „unehelicher Kinder“, die heute „Kinder von nicht verheirateten Partnern“ heißen, demonstriert ebenso das dynamische Verhältnis von gemeinsprachlichem und juristischem Sprachspiel (das Wittgenstein als Verknüpfung von Rede- und Lebensformen definiert hat) wie auch die Diskussion über die typologische Differenzierung in „weiche“ und „harte“ Pornographie. Wir haben bei unseren Arbeiten am Handbuch „Kontroverse Begriffe“<sup>7</sup> und bei den laufenden Arbeiten an einem kleinen zeitgeschichtlichen Wörterbuch<sup>8</sup>, das die Ergebnisse unserer Diskursanalysen lexikographisch aufbereitet, gemerkt, dass es bei einer ganzen Anzahl umstrittener Wörter immer auch einen juristischen Aspekt gibt. Zur Veranschaulichung habe ich Ihnen sechs Artikel des neuen kleinen Wörterbuchs in die Hand gegeben (Stichwörter: *Aids*, *RU486/Abtreibungspille*, *Berufsverbot*, *Doppel-pass/doppelte Staatsbürgerschaft*, *Lauschangriff*, *Pornographie*).

Da die rechtliche Problematik immer auch eine rechtssprachliche Thematik impliziert und da der juristische Fachdiskurs sowohl durch Interpretations- als auch die Legitimationsverpflichtungen natürlicherweise verbunden ist mit der „ordinären“ Sprache, in der er seine „Heimat“ hat, existiert eine breite Palette juristischer Literatur zu Problembereichen wie Zensur und Kunst mit Titeln wie „Literatur vor dem Richter“<sup>9</sup> oder „zur Lebenslage nichtehelicher Kinder“<sup>10</sup> oder zu „Wertewandel und Familienrecht“<sup>11</sup> oder über die rechtliche Einordnung der „Nichtehelichen Lebensgemeinschaft“<sup>12</sup>. Diese Literatur ist in Bezug auf heterogenen Sprachgebrauch und unterschiedliche Wertsetzungs-Argumentationen in der Gemeinsprache mindestens so aufschlussreich und relevant wie die bisher von der Sprachwissenschaft als einseitige Diät bevorzugten Kontroversen im Bereich „Sprache und Politik“. Im Rahmen dieses Vortrags können wir an einem Beispiel einige Aspekte verdeutlichen, die auch in den ausgehändigten Zeitungstexten belegt sind.

<sup>7</sup> Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York.

<sup>8</sup> Erscheint 2002 bei Olms, Hildesheim.

<sup>9</sup> Dankert, Birgit/Zechlin, Lothar (Hg.) (1988): *Literatur vor dem Richter*. Baden-Baden; Buschbaum, Silke (1997): *Literarische Zensur in der BRD nach 1945*. Frankfurt am Main.

<sup>10</sup> Vaskovics, L. A./Rost, H./Rupp, M. (1997): *Lebenslage nichtehelicher Kinder. Rechtstatachliche Untersuchung zu Lebenslagen und Entwicklungsverläufen nichtehelicher Kinder*. Bonn.

<sup>11</sup> Schwab, Dieter (1993): *Wertewandel und Familienrecht*. Hannover. (Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft).

<sup>12</sup> Z. B.: de Witt, Siegfried/Huffmann, Johann-Friedrich (1983): *Nichteheliche Lebensgemeinschaft*. München.

Medizinische Erfindungen und neue Operationsmöglichkeiten haben in den letzten 30 Jahren dazu geführt, eine neue Grenze zwischen Leben und Tod zu ziehen, um die Möglichkeiten der Transplantation lebender Organe von Sterbenden ausschöpfen zu können, ohne gegen das Grundrecht auf Schutz des Lebens zu verstoßen.

Bis zum Ende der 50er Jahre galt als verlässliches Todeskriterium der Herz-Kreislauf-Stillstand. Die Möglichkeiten künstlicher Beatmung und Reanimation und das bahnbrechende Ereignis der ersten Herztransplantation 1967 durch Christian Barnard in Kapstadt machten dieses Kriterium obsolet. Als 1968 eine Kommission von Ärzten, Juristen und Ethikern in USA an der Festlegung eines geeigneten Todeskriteriums arbeitet, titeln deutsche Zeitungen: „Neue Definition des Todes gefordert“. Der Tod des Menschen als Person, der sog. *personale Tod* soll nun mit dem Ende der Funktionsfähigkeit des Hirnorgans gleichgesetzt werden. Der Ausdruck *Hirntod* soll den Ausdruck *Tod* ersetzen, der bisher das Lebensende der ganzen Person bezeichnete. Organe betreffend wird von *Funktionsversagen* oder *Absterben* gesprochen, man unterscheidet nun zwischen *biologischem menschlichen Leben*, das durch intensivmedizinische Behandlung nach dem Hirntod weiter erhalten werden kann, und dem *Leben als Person*, dem *personalen menschlichen Leben*, das aktive Hirntätigkeit voraussetzt. 1982 wird die sog. Havard-Definition in ihrer technischen Fassung vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer nach mehrjährigen Beratungen „festgeschrieben“, wonach fünf Ausfallerscheinungen des Zentralnervensystems, die über 12 Stunden gleichzeitig bestehen müssen, als operationalisierte Kriterien des Hirntodes gelten.

In Deutschland erreicht die kontroverse Debatte Ende 1992 – im Vorfeld des ersten deutschen Transplantationsgesetzes – die breite Öffentlichkeit. Es formiert sich eine regelrechte Kampagne gegen die Anerkennung des Hirntodes als Tod eines Menschen; sprachthematisierend wird das neue Todeskriterium als unberechtigte und gefährliche Umdeutung des Todes im Interesse der Transplantationsmedizin abgelehnt. Auch solche Thematisierungen verdeutlichen, dass Rechtswerte sprachliche und moralische Werte sind. 1992 wurde im Leib einer am 8. Oktober für hirntot erklärten Mutter ein ungeborenes Kind – das öffentlich so genannte *Erlanger Baby* – am Leben erhalten und so der Öffentlichkeit anschaulich der Tod als Prozess bewusst gemacht, in dem die Organe ihre Funktion zu unterschiedlichen Zeiten einstellen: d. h. die umgangssprachliche Rede vom Zeitpunkt des Todes wird obsolet, wenn personal Tote biologisch Gebärende sein können.

Das deutsche Parlament beriet 1995 über ein Transplantationsgesetz und hatte das verzwickte Problem zu lösen, eine Lebens- oder Sterbensphase abzugrenzen, in der der Organspender vom Gesichtspunkt der Transplantations-

technik aus so lebendig wie möglich und aus der Grundgesetz-Perspektive so tot wie nötig – nämlich hirntot – sein sollte. Als Institution, die das komplexe und zumeist auch heterogene gesamtgesellschaftliche Interessenspektrum kompromissfähig und idealerweise konsensfähig parliert, fungiert das Parlament als Sprechhandlungsort strittiger und letztendlich mehrheitlicher Entscheidungsfindung und daraus resultierender Gesetzesformulierung. Im skizzierten „Fall“ musste es einen „Gegenstand“, den Grenzpunkt zwischen Leben und Tod, aus zwei schwer zu versöhnenden Gesichtspunkten schaffen: ein ernstes Dilemma, da bei sprachlichen Objekten der Gesichtspunkt – der als point de vue immer auch ein Standpunkt ist – erst den Gegenstand erschafft, wie uns de Saussure belehrt hat.

Natürlich wurden im öffentlichen Streit Argumente und Vokabeln gebraucht, die einen Gesichtspunkt dominant zu setzen suchten und somit einen bestimmten Gegenstand „Tod“ zu erschaffen suchten, im Sinne der „Gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“.

Die Zeitungen zitieren medizinische Autoritäten wie den Leiter der Westfälischen Klinik für Psychiatrie und Neurologie, der die Gleichsetzung von Tod und Hirntod für „wissenschaftlich und ethisch falsch hält“. Der Hirntod sei höchstens als „beginnendes Sterben“ zu bewerten.

Dagegen werten Ärzteverbände, Juristen und die großen Kirchen den Hirntod als medizinisch klar definiertes und zuverlässiges Todeskriterium. „Ohne Hirn kann der Mensch nichts mehr tun, nichts mehr erfahren, nichts mehr erleiden“, so wird ein Münchner Neurologe in der „Rheinischen Post“ vom 29.6. 1995 zitiert. Die Kirchen sehen die Organentnahme als Eingriff in den Sterbeprozess dann als gerechtfertigt an, wenn sie dem Willen des Spenders entspreche und dem Leben anderer Menschen unmittelbar diene.<sup>13</sup>

In welcher problematischer Spannung der öffentliche gesellschaftliche Diskurs und die parlamentarische Rechtsetzungspraxis stehen, können folgende Äußerungen verdeutlichen:

Am Anfang der brisanten Diskussion in Deutschland stellt die FR Ende 1992 fest: Das Kriterium des Hirntodes ist „gesellschaftlich und kulturell in weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht akzeptiert.“

Anlässlich der ersten Lesung 1995 betont die Rheinische Post (29.6.1995, Kommentar von H. Möller), dass ein Transplantationsgesetz notwendig, ja überfällig sei, um Sicherheit in die Praxis der Organverpflanzung zu bringen, dass aber sowohl Zustimmung wie Zweifel „am Hirntod als Kriterium für den Tod“ festzustellen seien. Am 25.6.1997 beschließt der Bundestag mit 2/3-Mehrheit ein Transplantationsgesetz mit der Formulierung, dass „der

<sup>13</sup> Die Lehre von der leiblichen Auferstehung wird in diesem Zusammenhang nicht thematisiert.



Tod des Organspenders nach Regeln, die dem Stand der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft entsprechen“, festgestellt werden solle (RP 26.6.1997, S. 1). Dazu die „Rheinische Post“: „Praktisch bedeutet dies derzeit allerdings den Zeitpunkt des Hirntods“ als Entscheidungskriterium.

Die Verwendung des unscheinbaren Wortes „derzeit“ und anderer Zeitadverbien wie „noch“ oder „noch nicht“ in den Zeitungskomentaren<sup>14</sup> zeigt: Auch die öffentlichen Massenmedien reflektieren die andauernde Veränderlichkeit des ethisch-kulturellen Wertebewusstseins und einen entsprechenden Sprachwandel im Zusammenspiel mit medizinisch-technischen Entwicklungen und Rechtsfixierungen.<sup>15</sup>

An diesen beiden Fällen habe ich exemplarisch das komplexe Zusammenspiel der drei Dimensionen des Vortragsthemas – Sprache, Recht und Öffentlichkeit – darzustellen und dabei den zeichentheoretisch-pragmatischen Begriff der Lebensform als gesellschaftliche Sprachpraxis zu buchstabieren versucht.

Der hier behandelte Problemverhalt des Lebensformen- und Sprachspiele-Wandels im Sinne Wittgensteins hat nicht nur die Aufmerksamkeit der sprachgeschichtlichen oder diskurstheoretischen Forschung gefunden.

Rechtsphilosophische und rechtssoziologische Ansätze gehen schon länger und selbstverständlich gleichermaßen von der Sprachvermitteltheit so genannter Tatsachen und von der Konstitution des Rechtssystems einer Gesellschaft durch die diversen sozialen Kommunikationen aus. Für die „realitätsnahe“ Assimilation von Gesetzgebung und Rechtsprechung haben juristische Institutionen eine Vielzahl von rechtssoziologischen Lebensform-Analysen in Auftrag gegeben, die – im Hinblick auf bestimmte Rechtsfragen – den Mentalitäts- und Wertewandel der unmittelbaren Gegenwart analysieren.

Unsere sprachwissenschaftliche Perspektive richtet sich selbstreflexiv auf die allgemeine gesellschaftliche Selbstverständigungsdiskussion und auf den Nachweis der Relevanz der Sprache bei der Erzeugung des so genannten lebenspraktischen Orientierungswissens. Die juristischen Analysen richten sich auf den gleichen Objektbereich, allerdings mit besonderem Interesse an den etablierten und zukünftigen institutionalisierten „Regelungen“ des Lebens – und auch des Sterbens, wie wir gesehen haben.

---

<sup>14</sup> Ganz ähnlich das „noch“ der FAZ bezüglich der Beleidigung von Polizisten (s. o.).

<sup>15</sup> Am 5.12.98 beispielsweise wird der Erzbischof von Köln Joachim Kardinal Meisner mit der Aussage zitiert, die Identifikation des Hirntodes mit dem Tod des Menschen, von dem das deutsche Transplantationsgesetz ausging, sei wissenschaftlich nicht mehr zu halten (RP 5.12.98 im Zusammenhang mit der Diskussion über das Abtreibungsmittel RU 486).

Die Sprachwissenschaft konzentriert sich auf den öffentlichen Sprachgebrauch als Ausdruck von Realitäts- und Werteverstärkungen und auf gesellschaftliche Relevanzindikatoren wie Sprachheterogenität und Sprachwandel. Die juristischen Lebensformanalysen sind durchweg an der exakten Soziologie orientiert und erzeugen aufgrund statistischer Analysen oft ein reibungserzeugendes Pendant oder Korrektiv zum medienvermittelten öffentlichen Bewusstsein.

So betrachtet bietet das hier aus meiner Sicht behandelte Tagungsthema ein weites Arbeitsfeld an für die vielbeschworene wissenschaftliche Interdisziplinarität.

THOMAS-M. SEIBERT

## Recht, Sprache und Öffentlichkeit: Der Preis des Rechts

Bevor ich beginne eine kurze Mitteilung. Ich nehme.  
*Richter Azdak im „Kaukasischen Kreidekreis“ (Brecht)*

### Abstract

Wer Gerechtigkeit will, bekommt ein Urteil. Das ist ein alter Spruch, der im Verhältnis zwischen Sender und Empfänger der Rechtsbotschaft immer neu institutionell umzusetzen und persönlich zu verarbeiten ist. Am Anfang steht die nicht fachlich gemeinte Rechtsfrage: Was hätte ich tun sollen? Sie muss nicht, aber sie kann einen Prozess in Gang setzen. Über das Zeichen, das eine Klage enthält, wird dann mit den Mitteln der Sprache justizöffentlich disponiert. Das Dispositiv der Justiz hat seinen Preis, und dieser Preis schlägt sich in medialen Kosten nieder: in Geldnachteilen, in Zeit und Wahrheit. Das sind die Kosten des Rechtsstaats, die sprachpragmatische Analysen beziffern können. – Und was gewinnt man statt dessen? Hier reicht die Spannweite vom Lobpreis der Ordnung über die schwache Trostrede, der Naturzustand des Kampfes aller gegen alle werde überwunden, bis zum resignativen Abschied, wonach gar nichts zu gewinnen und überhaupt nur Verluste zu realisieren seien, also eben der Rechtsstaat, aber nicht Gerechtigkeit zu erwarten steht. Semiotisch gesehen, gewinnt man mit dem Justizdispositiv auch nichts vom Kern des Rechts – das wäre gar nicht möglich –, sondern man erfährt die Disposition darüber, was als Recht und Unrecht gilt. Das gerade ist Inhalt einer Entscheidung. Man weiss nachher, was als „Recht“ gilt. Das bleibt äußerlich – zum Glück. Glauben muss man es nicht.

Wenn man Recht, Sprache und Öffentlichkeit in ihren gemeinsamen Beziehungen erfassen will, dann trifft man auf Justiz und Verwaltung. Dort wird Recht öffentlich. Es wird verkündet oder ausgeführt. Das institutionalisierte, konkret praktizierte Recht ist zwar nicht das Recht, von dem ich träume. Aber wenn ich träume, habe ich auch nichts mit der Justiz zu tun. Ich träume etwas anderes. Zu unterscheiden ist die je individuelle Frage nach dem, was ich tun soll, erwarten darf und hoffen kann, vom institutionalisierten Dispositiv der Justiz. Ich sehe die Pragmatik dieses Dispositivs an Kommunikationsumstände gebunden, die allen bekannt sind und doch in die rechtslinguistische Analyse<sup>1</sup> selten Einlass finden. Das gilt insbesondere für Geld und Zeit, es gilt weniger für die Frage nach Macht, aber auch diese erscheint in einer verhüll-

---

<sup>1</sup> Was das ist, fasst Friedrich Müller zusammen: „Warum Rechtslinguistik? Gemeinsame Probleme von Sprachwissenschaft und Rechtstheorie“ in: Erbguth, W./Müller, F./Neumann, V. (Hg.) (1999): Rechtstheorie und Rechtsdogmatik im Austausch. Gedächtnisschrift für Bernd Jeand'heur. Berlin. S. 29–42.

ten Weise, wenn etwa – wie allgemein verbreitet und häufig berechtigt – nur die Unverständlichkeit des Rechts in seiner justizdispositiven Form beklagt wird.<sup>2</sup> Zu den vielen kleinteiligen Analysen, die über die Kommunikation zwischen dem Rechtsstab einerseits, den unmittelbar Beteiligten und der weiteren Öffentlichkeit andererseits vorliegen, will ich eine pragmatische Beobachtung von mittlerer Reichweite beifügen, die sich in einen Satz zusammenfassen lässt: Recht kostet etwas, und Gerechtigkeit hat ihren Preis. Das hat schon der Dichter beobachtet und gefragt: „Ihr wollt eine Gerechtigkeit haben, aber wollt ihr zahlen? Wenn ihr zum Fleischer geht, wißt ihr, daß ihr zahlen müßt, aber zum Richter geht ihr wie zum Leichenschmaus.“<sup>3</sup> Was der Azdak sagt, gehört in eine abstrakte Einsicht mit vielfältigen Konsequenzen. Die Formel dafür hat Michel Foucault präsentiert.<sup>4</sup> Wer über das Verhältnis der Sprache im Recht und seiner öffentlichen Zubereitung handelt, spricht über:

### Das Justizdispositiv

Über das Dispositiv kann man sich empören, aber man tut es besser nicht gegenüber dem Richter. „Ich glaub’s Ihnen – sagt die Grusche zum Azdak – daß Sie’s kurz machen wollen, nachdem ich gesehen hab, wie Sie genommen haben!“ Aber die Wahrheit ist nicht so offensichtlich, wie ihr erster Anschein glauben lässt: „Halt’s Maul – kann der Azdak sagen – Hab ich etwa von dir genommen?“ Die Justiz macht Unterschiede. Sie behandelt nicht alle gleich, und die Ungleichbehandlung des Ungleichen ist ihr Vorteil. Auf Gleichbehandlung pochen nur diejenigen, die nichts bezahlen können und ihren Vorteil nicht erkennen, weshalb der Richter sagt: „Von euch Hungerleidern krieg ich nichts, da könnt ich verhungern“. Was kriegt der Richter also? Hat er nicht früher einmal seinem Staat jahrelang unentgeltlich und pflichttreu gedient, richtet er nicht ohne Ansehen der Person und ist allen gemeinsam und damit dem gemeinen Wohl verpflichtet? Das Menetekel der falschen Rechtsverheißung steht am Anfang der Geschichte des modernen Richters, und dabei handelt es sich um jenes sagenhafte königliche Wort, das den Justizangehörigen befiehlt:<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Erinnert werden soll an: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, bearb. v. I. Radke: Der öffentliche Sprachgebrauch. Stuttgart 1991 und an: R. Wassermann und J. Petersen (Hg.) (1983): Recht und Sprache. Beiträge zu einer bürgerfreundlichen Justiz, Heidelberg.

<sup>3</sup> Dieses und alle anderen folgenden Zitate sind entnommen aus: Bertolt Brecht: Gesammelte Werke Bd. 5, Frankfurt a. M. 1967, hier S. 2099 (6. Szene „Der Kreidekreis“). Die Herausforderung dieses Stücks Literatur für das Recht hat zuerst Hans-Georg Soeffner erkannt: „Strukturanalytische Überlegungen zur gerichtlichen Interaktion“, in: Reichertz, Jo (Hg.) (1984), Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Tübingen, S. 189–225.

<sup>4</sup> Michel Foucault: Dits et écrits. Bd. 3. 1976–1979. Paris 1994. S. 300 f. zum Begriff des Dispositivs in einem Gespräch mit Angehörigen des Département de Psychanalyse der Universität Paris VIII.

<sup>5</sup> Vgl. Diesselhorst, Malte (1984): Die Prozesse des Müllers Arnold und das Eingreifen Friedrichs des Großen. Göttingen. S. 53.

„Denn sie müssen nur wissen, daß der geringste Bauer, ja was noch mehr ist, der Bettler, eben sowohl ein Mensch ist, wie Seine Majestät sind, und dem alle Justiz muß widerfahren werden, indem vor der Justiz alle Leute gleich sind, es mag sein ein Prinz, der wider einen Bauer klagt, oder auch umgekehrt, so ist der Prinz vor der Justiz dem Bauer gleich; und bei solchen Gelegenheiten muß pur nach der Gerechtigkeit verfahren werden, ohne Ansehn der Person.“

Das war die Sache des Müller Arnolds gegen den Freiherrn von Gersdorff wegen rückständigen Pachtzinses aus einem Mühlenbetrieb, und man schrieb den 11. Dezember 1779, als das Kammergericht in Berlin das abschließende Urteil erließ. *Hört also nun die Geschichte des Richters: Wie er Richter wurde, wie er Urteile sprach, was er für ein Richter ist.*<sup>6</sup>

Man darf erst einmal feststellen: Frauen kennt die Justiz bis weit in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht. Es war also ein Richter. Von diesem Richter durften Geld, konservative Einstellung und Rangbewusstsein erwartet werden. Wohlgemerkt: Der Richter steht und stand nicht oben in der Hierarchie der Machthaber. Im Kaiserreich durfte vielmehr erwartet werden, dass er eine Anwartschaft als Reserveoffizier besaß. Selbstverständlich kann bis heute Richter nur werden, wer die höhere Schule besucht und nach dem Abitur ein dreieinhalb bis vierjähriges Hochschulstudium absolviert hat. Daran schließen sich Referendariat und Assessur mit einer Dauer zwischen jeweils zwei bis drei Jahren an. Gerade die Arbeit des Gerichtsassessors diene (und dient bis heute) der Eingewöhnung in die Meinungen, die Urteilen zugrundeliegen sollten. Bis zur Einweisung in eine gerichtliche Planstelle konnten früher fünf, aber auch viel mehr Jahre vergehen, wenn die Personalakte Qualifikationsberichte mit fragwürdigem Inhalt enthielt.<sup>7</sup> Deshalb wurde erwartet, dass der preußische Gerichtsassessor seine Dienste nicht nur unentgeltlich anbot, sondern auch die Mittel für ein Leben, das man „standesgemäß“ nannte, durch Bankbürgschaft nachwies.<sup>8</sup> Das alles legt es – ohne irgendeine Klassenjustizthese bemühen zu müssen – nahe, den historischen Richter als Diener des jeweils herrschenden Königs und Kaisers zu verstehen. Sein Spruch ergeht im Dienste der Macht.<sup>9</sup>

Das ist die Grundlage für das „Dispositiv“ der Justiz. Michel Foucault bezeichnet mit diesem Ausdruck eine Diskursformation, in der bereichsspezifisch differenziert Macht, Recht und Wahrheit verknüpft sind.<sup>10</sup> Das Dispositiv ist also mit den Institutionen der Justiz nicht einfach identisch, es markiert vielmehr den Übergang der idealen Rechtsfrage in die Sphäre der praktizierten Justiz. Die Rechtsidee bleibt unangetastet. Über sie wird dis-

<sup>6</sup> Brecht (Fn. 3), S. 2065 (5. Szene „Die Geschichte des Richters“).

<sup>7</sup> Vgl. Simon, Dieter (1975): Die Unabhängigkeit des Richters. Darmstadt. S. 42 f.

<sup>8</sup> Engelmann, Bernt (1988): Die unsichtbare Tradition. Richter zwischen Recht und Macht 1779–1918. Köln. S. 197.

<sup>9</sup> Vgl. Peters, Dorothee (1973): Richter im Dienst der Macht. Zur gesellschaftlichen Verteilung der Kriminalität. Stuttgart.

<sup>10</sup> Foucault, Michel (1976): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. Orig.: Paris, dt.: Frankfurt a.M. 1983, S. 105 f.

poniert, aber sie wird nicht durch das Dispositiv erzeugt. Vielmehr antwortet das Dispositiv auf eine außerhalb gefühlte Not (*urgence*), die es zulässt, Heterogenes in einem Diskurs zu verbinden, der die ursprünglich zugrundeliegenden Antriebe aufnimmt und dabei verändert.<sup>11</sup> Verändert wird etwa die Rechtsidee im Justizdispositiv. Es bezieht sich zwar auf die Rechtsfrage und bezieht seine Legitimation daraus, dass irgendwo etwas in Not war oder jemand protestierte und von jemandem etwas wünschte.<sup>12</sup> Die Rechtsfrage in ihrer modernen Form nimmt regelmäßig die Mittel des Justizdispositivs in Anspruch, das geschieht aber nicht am Anfang des Prozesses und noch nicht einmal notwendig in seinem gesamten Verlauf, denn nicht Recht, sondern Texte oder Präjudizien regieren im Verfahren. Demgegenüber bezeichnet Recht nach einer berühmt gewordenen kategorischen kantischen Formel Freiheit, nämlich konkret jene freie Handlung, die als einzige die Handlungen aller anderen als ebenfalls frei respektiert und deshalb zu tolerieren ist.<sup>13</sup> Recht im kategorischen Sinne ist nicht identisch mit der Frage, was tatsächlich anbefohlen wird und was die Justiz entscheidet. Die Frage nach dem Recht ist auch nicht juristisch-fachlicher Natur, sie ist lediglich die Triebfeder aller juristischen Analysen und die Grundlage für jede Kritik des institutionalisierten Dispositivs der Justiz.<sup>14</sup>

Allerdings beherrscht sie das Justizdispositiv nicht, denn disponiert wird mit anderen Mitteln über die von jedem unterschiedlich bezeichnete Differenz von Recht und Unrecht. Auch das ist eine unhintergehbare Einsicht der Rechtslehre. Das Recht ist mit der Befugnis zu zwingen unauflöslich verbunden. Der rechtliche Zwang nimmt alle empirischen Machtmittel in Anspruch. Aber Macht ist nicht manifeste Gewalt. Die Form des Dispositivs bindet die Rechtsgewalt an Formregeln und begrenzt sie auf diese Weise.<sup>15</sup> Neuzeitlich bindet das Dispositiv die Rechtsform vor allem an Wahrheitsbedingungen, die untersucht werden müssen, ehe von „Recht“ gesprochen werden kann. Wer regiert, kann also nicht unmittelbar befehlen, sondern muss sich dafür bestimmter Formen bedienen, und diese Formen werden wiederum inhaltlich bestimmt durch das Medium der Wahrheit.<sup>16</sup> Das kostet etwas.

<sup>11</sup> Vgl. Foucault (Dits. Bd. 3), S. 301; dt. in: Foucault: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wahrheit und Wissen. Berlin 1978. S. 119f.

<sup>12</sup> Seibert, Thomas-M. (1996): Zeichen, Prozesse. Grenzgänge zur Semiotik des Rechts. Berlin. S. 80 ff.

<sup>13</sup> Immanuel Kant (1797): Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. Königsberg. § C.

<sup>14</sup> Vgl. Simon, Josef (1989): Philosophie des Zeichens. Berlin/New York. S. 293 ff. zu „Rechtszeichen“.

<sup>15</sup> Foucault (Dits. Bd. 3), S. 152 ff.) führt das am Beispiel seiner Untersuchung zum Gefängnis (*Surveiller et punir*) in einem Gespräch in Turin aus (in der deutschen Ausgabe 1978 (Fn. 11), S. 76 ff.).

<sup>16</sup> Vgl. Abschnitt 1.2 „Die Wahrheit der Rechtsbehauptung hebt die Gewalt nicht auf“ bei: Müller, Friedrich/Christensen, Ralph/Sokolowski, Michael (1997): Rechtstext und Textarbeit. Berlin. S. 104–111.

Es kostet die jeweiligen Machthaber ein Stück möglicher Durchsetzungskraft, es kostet den juristischen Formwillen ein Stück möglicher Genauigkeit, und es kostet die Wahrheit ein Stück verlässlicher Überprüfungsmöglichkeit. Das vertragen alle drei Bereiche schlecht.<sup>17</sup> Sie werden unrein, wenn sich das Dispositiv der Justiz formiert. Das gilt zunächst für die Öffentlichkeit, auch wenn gerade sie eine Bedingung für die Entstehung des modernen Justizdispositivs ist.

Die Stellung des Richters – also: *wie er Urteile sprach, was er für ein Richter ist* – ist durchaus verbunden mit einem bestimmten Verständnis von Öffentlichkeit. Aber man trifft auf unreine oder „uneigentliche“ Öffentlichkeit. Die Verhandlung ist – wie man weiß – seit der französischen Revolution öffentlich, hat aber gewöhnlich kaum Zuhörer. Zuhörer sind praktisch die Unreinen, die ein warmes Plätzchen suchen. Auch historisch hat sich die Gerichtsberichterstattung schnell zum Medium der Öffentlichkeit im Justizsystem entwickelt.<sup>18</sup> Auch der Richter wird öffentlich und aufgrund eigener Rechtsformen eingesetzt, und schließlich wird das Recht, an das man ihn binden will, ebenfalls öffentlich bekannt gemacht. Aber auch diese Formen sind unrein. Wer anders als die justizinternen Funktionsträger las das Reichsgesetzblatt? Wer liest heute die vielfältigen Gesetz- und Verordnungsblätter? Schärfer gesagt: Wer versteht überhaupt, dass ein Preis für die Rechtsform gezahlt werden muss angesichts des zweiten Gesetzes zur Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes vom 17. November 2000? Aber keine Sorge, das Unterlassen ist nicht kausal für die Beschneidung von Freiheitsräumen, denn wer es gelesen hat, der las.<sup>19</sup>

Das Rindfleischetikettierungsgesetzes vom 26. Februar 1998 (BGBl. I S. 380), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2489), wird wie folgt geändert:

...

2. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Worte „der Verordnung (EG) Nr. 820/97“ werden durch die Worte „den Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen“ ersetzt.
- b) Die Worte „ , insbesondere im Sinne des Artikels 14 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 820/97,“ werden gestrichen.

Das ist ein zufälliges und doch charakteristisches Beispiel. Zufällig werden derzeit gerade grundsätzliche Fragen der Ernährung mit Rindfleisch gestellt.

<sup>17</sup> Im Ergebnis als „Fremdbestimmung der Justiz“ nachzulesen bei Lamprecht, Rolf (1995): Vom Mythos der Unabhängigkeit. Über das Dasein und Sosein der deutschen Richter. Baden-Baden. S. 103 ff.

<sup>18</sup> Henning, Jörg: Gerichtsberichterstattung in den deutschen Tageszeitungen 1850–1890. In: Schönert, J. (Hg.) (1991): Erzählte Kriminalität. Zur Typologie und Funktion von narrativen Darstellungen in Strafrechtspflege, Publizistik und Literatur zwischen 1700 und 1920. Tübingen. S. 349–367.

<sup>19</sup> In Bundesgesetzblatt Jahrgang 2000 Teil I Nr. 50, ausgegeben zu Bonn am 24. November 2000, S. 1510.

Viele Betroffene spüren hier eine Not. Sie meinen, das Justizdispositiv bedienen zu sollen, das ihre Not in Gesetze, Verordnungen und Erlasse fasse. Das erledigt die Institution prompt. Aber sie stellt andere Fragen als solche nach dem Sinn der Tiermehlverfütterung. Sie fragt nach Satzbeziehungen zum Rindfleischetikettierungsgesetz, das schon zwei Jahre alt ist. Zwischen dem 26. Februar 1998 und dem 17. November 2000 liegt eine Zeit vieler dispositiver Fragen. Man hat auf diese Fragen mit einer Menge von Rechtsakten geantwortet, die jene Verordnung (EG) Nr. 820/97 ersetzt haben. Die Art, in der das geschieht, verlangt satztransformationelle Feinlinguistik. Sie führt eine Form ein, und zwar so viel Form, dass niemand mehr alltäglich – Wie soll ich etikettieren, geschweige denn: was soll ich essen? – zu fragen wagt. Beklagt sich hier jemand? *Wenn ihr zum Fleischer geht, wißt ihr, daß ihr zahlen müßt, aber zum Richter geht ihr wie zum Leichenschmaus.*

Was erwartet man also vom Fleischer, den man bezahlt? Ein Stück Rindfleisch vielleicht, aber das muss man sich selbst zubereiten. Es gibt also so schnell nichts zu schmausen.<sup>20</sup> Der Richter bedient, aber er liefert etwas anderes als die Kundschaft entgegennehmen möchte. Die Kundschaft fühlt sich bedroht und sagt das auch, wenngleich diese Wahrheit nur in erfundenen Gerichtsdialogen mitgeteilt werden kann:

*Simon:* Ein schöner Tag, wollen wir nicht fischen gehn? sagte der Angler zum Wurm.

*Azdak:* Ich bin mein eigener Herr, sagte der Knecht und schnitt sich den Fuß ab. ...

*Simon:* Aber „Der Furz hat keine Nase“!

*Azdak:* 10 Piaster Strafe für unanständige Sprache vor Gericht, damit du lernst, was Justiz ist.

*Grusche:* Das ist eine saubere Justiz. Uns verknallst du, weil wir nicht so fein reden können wie die mit ihren Anwälten.

*Azdak:* So ist es. Ihr seid zu blöd. Es ist nur recht, daß ihr's auf den Deckel kriegt.

*Ihr seid zu blöd.* Das kann nur der Azdak sagen. Jedem historischen Richter, der so etwas sagt, droht die Macht des Justizdispositivs. Als dem großen König Friedrich das Judikat seiner Richter nicht gefiel, ließ er sie unter Berufung auf die Gleichbehandlung aller einsperren. *Ich liebe euch wie ein Vater, sagte der Zar zu den Bauern und ließ dem Zarewitsch den Kopf abhaun.*<sup>21</sup> Bis heute wird darüber gestritten, was man von der Forderung zu halten hat – wie es im königlichen Erlass heisst – „ein nachdrückliches Exempel zu statuieren, und die Rätthe, sowohl von der dorthigen Regierung als auch von dem hiesigen Kammergericht, deshalb nachdrücklich zu bestrafen.“<sup>22</sup> Es waren immer die Machthaber, die Richter einsetzten und maßregelten, so dass die Richter mit der Staatsmacht zwar nicht identisch sind, aber von ihr wesent-

<sup>20</sup> Seit langem erkannt von Soeffner (Fn. 3), S. 192.

<sup>21</sup> Brecht (Fn. 3), S. 2099.

<sup>22</sup> Vgl. Diesselhorst (Fn. 5), Müller Arnold, S. 118, der das Vorgehen des Königs kritisiert (ebd., S. 64), während Wesel es verteidigt (Wesel, Uwe: Geschichte des Rechts. Von den Frühformen bis zum Vertrag von Maastricht. München 1997. S. 400).



lich abhängen. Verschwindet der Großfürst, muss sein Richter fürchten, nicht mehr lange bestellt zu sein. Aber er verschwindet nicht zeitgleich mit dem Fürsten. Er mag sich durchsetzen wie der Azdak, denn sein Medium ist nicht nur die Macht, es ist auch Wahrheit, und die Form dafür ist Sprache. Deshalb kann – wer unter dem Fürsten Richter geworden ist – es unter der Herrschaft des Volkes womöglich bleiben. Das muss nicht unbedingt daran liegen, dass der Richter dem Volk gefällt. Vielleicht hat er Respekt erworben, Autorität also, die über das Ende eines Machthabers hinausreicht. Diese Spruchautorität gewinnt er über die Benutzung einer bestimmten Form und die Kopplung dieser Form mit der Wahrheitsfrage. Die Wahrheitsfrage wiederum wird weder in einer wie immer gearteten idealen Sprechsituation gestellt noch dort beantwortet. Sie erscheint im Kontext des justiziellen Verfahrens und unterliegt damit der Verfahrensherrschaft.<sup>23</sup> Über Recht wird im Gerichtssaal entschieden, und diese Gerichtsentscheidungen (Urteile, Beschlüsse) gelten praktisch im Dispositiv meist schlechthin als „das Recht“. Dieses Recht ist je nach Perspektive eckig und verquer oder eingängig und erwartungsgemäß. Dabei wird die Perspektive wesentlich vom Ergebnis bestimmt. Wer gewinnt, sieht den Urteilsinhalt als den Erwartungen entsprechend. Wer verliert, kann immer noch unterschiedlich beschieden werden. Eine Begründung eignet sich um so weniger zum öffentlichen Vortrag, je deutlicher der Machthaber sich daraus vernehmen lässt. Deshalb rät der Dichter dem noch nicht bestellten Kandidaten für das Richteramt:<sup>24</sup>

Junger Mann, rate Ihnen ernsthaft, nicht in Öffentlichkeit in geklippte, zackige Sprechweise zu verfallen. Können nicht angestellt werden als Wachhund, wenn heulen wie Wolf. Kapiert?

Der heulende Ton in Urteilen ist zu vermeiden. Man halte sich zurück. Das Urteil soll „trocken“ sein, d. h. seine sprachliche Verknüpfungsleistung soll nicht als Regel im Urteil selbst formuliert werden. Im Justizdispositiv werden Sprachzeichen nur verknüpft. Sie sind noch einmal codiert und damit ihrer ursprünglich alltäglichen Bedeutung beraubt, selbst wenn von Telefonanrufen oder von Straßenbahnschienen und nicht vom Gewaltbegriff, von Mittel/Zweck-Relationen oder Anschauungen zur Verwerflichkeit die Rede ist. Das lässt zwar immer wieder öffentliche Appelle laut werden, mit denen Allgemeinverständlichkeit eingefordert wird.<sup>25</sup> Die Differenz zwischen all-

<sup>23</sup> „Quand les représentants du souverain avaient à résoudre un problème de droit, de pouvoir, ou une question d'impôts, de moers, de rente foncière ou de propriété, on prenait quelque chose de parfaitement ritualisé et régulier: l'inquisition, l'enquete.“ (Michel Foucault: „La vérité et les formes juridiques“, in: ders. Dits et écrits. Bd. 2/ 1970–1976. Paris 1994, S. 581).

<sup>24</sup> Brecht (Fn. 6), S. 2077.

<sup>25</sup> Ein unermüdlicher Appellant in diesem Sinne ist Rudolf Wassermann: „Recht und Verständigung als Element der politischen Kultur“, in: Wassermann, R./Petersen, J. (Fn. 2), S. 59.

gemeinem Handeln und der Formation des Dispositivs wird damit aber nicht behoben, sondern eher noch befestigt. Die Isolation des Akts ist schon die Voraussetzung für jene Klage über die Unverständlichkeit seiner Bewertung, und sie ist auf Vorformen angewiesen, die ihrerseits fixiert, archiviert und aufgrund von Aktenwissen reglementiert sind.<sup>26</sup> Deshalb merken die Beteiligten nicht unmittelbar, sondern nur nachträglich, dass die Justiz etwas anderes bezeichnet hat, als sie für bezeichnet hielten. Den heulenden Ton kann man getrost vermeiden. Jeder versteht, was mitgeteilt worden ist, aber es wird nicht mitgeteilt, wie der Gegenstand der Information formiert worden ist und was daraus für künftige Formationen folgt. Was eben noch Medium des Ausdrucks war, wird unversehens zum Gegenstand der Bezeichnung, so wie es der Azdak vorführt: „10 Piaster Strafe für unanständige Sprache vor Gericht, damit du lernst, was Justiz ist“. Es ist – so belehrt – nicht schwer einzusehen, was Recht kostet. Es kostet – der Azdak sagt es –:

## Geld

Dabei beginnen wir ganz an der Oberfläche: Die Justiz kostet Geld.<sup>27</sup> Ich nehme. Das muss man so buchstäblich nehmen, wie es der Azdak meint. Zunächst einmal nehmen die Sprecher vor Gericht, die Advokaten der einen wie der anderen Seite, dann nehmen die vom Gericht Beauftragen, die Sachverständigen und Zeugen, die Schreiber, Kanzlisten, Zusteller und Gerichtsvollzieher, und schließlich nehmen völlig selbstverständlich auch noch die Richter selbst, wenn auch vergleichsweise bescheiden. Jede Partei bei Gericht hat eigene Auslagen – manche davon im Sinne des Kostenrechts notwendig, andere nur nützlich –, aber sie trägt auch die Auslagen des Gerichtsbetriebs für Zustellung und Ladung, für die Ausfertigung eines Urteils oder die Erteilung einer Klausel, und schließlich hat sie die Gerichtskosten für Urteile und Beschlüsse zu tragen wie auch die Kosten der Zwangsvollstreckung, den Auftrag an den Gerichtsvollzieher oder die Tätigkeit des Rechtspflegers im Termin zur Zwangsversteigerung. Alles kostet etwas, und ein wesentlicher Teil des Rechts, über den fleißig veröffentlicht und subtil gestritten wird, ist Kostenrecht.

Von dieser Oberfläche aus gelangt man mit einem soziologischen Blick schnell ins Innere. Bevor der Richter den Parteien Gelegenheit zum Vortrag gibt, will er selber etwas über Geld wissen:<sup>28</sup>

Der Gerichtshof wünscht zu wissen, was das Honorar des Anwalts ist.

*Der erste Anwalt erstaunt: Wie beliebt? Der Azdak reibt freundlich Daumen und Zei-*

<sup>26</sup> Vgl. Vismann, Cornelia (2000): Akten. Medientechnik und Recht. Frankfurt a.M. S. 11, 84, 97 et passim.

<sup>27</sup> Also kein „Rechtsstaat zum Nulltarif“, vgl. Lamprecht (Fn. 17), S. 109 f.

<sup>28</sup> Brecht, ebd., S. 2095.

*gefingert*. Ach so! 500 Piaster, Euer Gnaden, um die ungewöhnliche Frage des Gerichtshofs zu beantworten.

*Azduk*: Habt ihr zugehört? Die Frage ist ungewöhnlich. Ich frag, weil ich Ihnen ganz anders zuhör, wenn ich weiß, Sie sind gut.

Das ist ein entwaffnendes Kompliment. Güte bestimmt sich nach Geld. Geld regiert also nicht nur das Voranschreiten des Prozesses. Es herrscht in jedem formulierten Inhalt des Rechts. Dementsprechend ist das Justizdispositiv vorzugsweise auf Geldzahlungen eingerichtet. Andere Leistungen sind möglich, aber oft schwieriger zu realisieren, vor allem: Sie kommen seltener vor. Geld regiert das Rechtssystem auf der Folgenseite. Man beobachte, was man mit Anspruchsgrundlagen im ordentlichen Rechtsstreit erkämpfen kann, oder man überlege, mit welchem Ergebnis die alltägliche Straftat sanktioniert werden kann. Die Skala der gesetzlich vorgesehenen Rechtsfolgen ist nicht groß. Das System der Strafen wird differenziert nach Geld- und Freiheitsstrafen, und fast jede Strafvorschrift nennt auf ihrer Rechtsfolgenseite „Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu ...“ Dabei gilt die Regel, dass Ersttäter keine Freiheitsstrafen zu erwarten haben. Auf der zivilrechtlichen Seite kennt das bürgerliche Recht zwar viele mögliche Rechtsfolgen – tatsächliche Handlungen wie Bäume pflanzen oder Bäume entfernen oder Rechtsakte wie die Abgabe einer Willenserklärung, zu der verurteilt werden kann. Dennoch besteht der gewöhnliche Urteilsausspruch fast immer in einer Verpflichtung, an jemanden Geld zu zahlen, mehr noch: Es gibt eine Tendenz, Streitsituationen so zu rationalisieren, dass anstelle irgendwelcher faktischer oder symbolischer Handlungen Geldzahlungen vereinbart werden.

Soweit etwa im Strafrecht etwas vereinbart wird – und es wird viel vereinbart für Minister, für Vorstandsmitglieder oder für ganz normale Arbeitnehmer –, dann wird Geld anstelle von Freiheit als Medium der Übelzufügung gewählt. Anstelle einer möglicherweise verwirkten Strafe vereinbart der geständige Täter eine Geldbuße, die im Wege einer Einstellung unter Auflagen gezahlt wird. Geldbußen können sechs- und siebenstelligen Summen umfassen. Schon der Gesetzgeber schreibt vor, dass bei kleiner Schuld Geldstrafen erteilt werden sollen, obwohl gerade die kleinen Straftäter häufig kein Geld haben, weshalb ja gestohlen und geraubt, gefälscht und getäuscht wird. Kleine Geldstrafen ersetzen die Freiheitsstrafe. Anstelle einer Freiheitsstrafe, die verbüßt werden müsste, tritt regelmäßig ein symbolischer Bewährungsausspruch, ergänzt durch die Auflage, dass Geld gezahlt werden soll. Solche Bewährungsauflagen können je nach Belieben wieder sechs- und siebenstelligen Summen umfassen; und wenn im privaten Rechtsstreit ein Vergleich geschlossen wird, sollte man sich von gutgemeinten Verhaltensdirektiven trennen und Geldzahlungen vereinbaren.

Geld ist also im Recht als eigenes Medium der Kommunikation anerkannt. Mit Geld lässt sich Recht codieren, weil jede geleistete Zahlung eine Wirkung auf Dritte und damit auch auf den Adressaten selbst hat. Die Zahlung ist mit der Nichtzahlung in der gleichen Form verbunden wie Recht und Un-

recht.<sup>29</sup> In weiten Bereichen des Rechts wird das Ausbleiben von Zahlungen durch die Rechtsform selbst zum Unrecht erklärt. Wer eine Zahlung versprochen hat und dennoch nicht zahlt, befindet sich im Unrecht. Wer zur Zahlung nicht vorher schon verpflichtet erscheint, aber doch zahlt, erbringt damit eine Leistung, die von der Öffentlichkeit als Unrechtsausgleich kommuniziert werden kann. Gleichzeitig bringt die Zahlung der Seite desjenigen, der sie verspricht, einen Vorteil. Sie erspart Schlimmeres, meist den Entzug der Freiheit. Wenn man das zur Kenntnis nimmt, bemerkt man, dass die Form der Kommunikation mit Geld die Form der Kommunikation über Recht bestimmt.<sup>30</sup> Dabei dominieren als Merkmale das Verhältnis von Inklusion und Exklusion sowie deren Verteilung. Es ist Gemeingut geworden, dass Recht eine binäre Codierung vornimmt,<sup>31</sup> also einen Anspruch entweder zu-erkennt oder ablehnt, eine Leistungspflicht entweder annimmt oder ablehnt, eine Strafbarkeit entweder bejaht oder verneint. War man zu einer Leistung verpflichtet oder nicht? Ist dafür ein bestimmter Zeitpunkt vereinbart worden oder nicht? Gab es einen Grund für Nichtstun oder nicht? Hat man einen Fehler gemacht oder nicht? Das sind Formmerkmale, die im Rahmen der Kommunikation über Geld nicht nur wiederkehren, sondern in Geldbeträgen noch besser und deutlicher als in Verhaltensformen ausgedrückt werden können. Das ist auch der Grund dafür, dass es rational ist, im Rechtsstreit Geld zu verlangen und nicht auf irgendwelchen Handlungen zu bestehen. Recht lässt sich hervorragend in Geldwerten ausdrücken.<sup>32</sup> Die scharfe Trennung, die das Recht zwischen Recht und Unrecht vornimmt (und die – wenn man die Perspektive ändert – von ihrer Schärfe viel verliert und gelegentlich noch nicht einmal trennt), wird mit Geld völlig selbstverständlich und problemlos: Man hat es oder man hat es nicht. Es wird gezahlt oder die Zahlung bleibt aus. Wenn gezahlt wird, ist der Anspruch erfüllt – ohne dass noch weiter interessieren muss, wie gut begründet das Recht, aufgrund dessen erfüllt worden ist, eigentlich gewesen ist, ob die Zahlung gut oder schlecht erledigt, willig oder unwillig vorgenommen worden ist. Die sozialen Kosten der binären Verteilung sind hoch, die Gewinne liegen auf der Innenseite des Rechts. Man muss ihm nicht mehr zustimmen, man muss nur noch zahlen.

Die Kosten steigen noch, wenn man sich das zweite Formmerkmal verdeutlicht, das Recht vom Geld als Kommunikationsmedium bezieht. Das ist

<sup>29</sup> Zum Codevergleich vgl. Luhmann, Niklas (1988): *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M. S. 11, 84, 97 sowie ders. (1993): *Das Recht der Gesellschaft*. Frankfurt a. M., S. 168 ff. für „Recht“.

<sup>30</sup> Falls es Rechts- und Kulturbürger, die den „Kaufmann von Venedig“ moralisch ernst nehmen, nicht glauben, adressiert an sie David Seymour „Letter from Shylock“, *Law and Critique* VIII, S. 217–222.

<sup>31</sup> Vgl. auch Luhmann, *Recht* (Fn. 29), S. 68 ff.

<sup>32</sup> Auch Sprache lässt sich über die zwei Seiten des Sprachzeichens ebenso gut in Geld wechseln; vgl. dazu Coulmas, Florian (1992): *Die Wirtschaft mit der Sprache*. Frankfurt a. M. S. 26 ff.

das Moment der Verteilung selbst. Für Geld ist klar, dass derjenige, der es haben will, vorher eben nicht darüber verfügt, und derjenige, der es überträgt, anschließend ein Minus zu verbuchen hat.<sup>33</sup> Geld ist – wie der Spruch zum Betrug als Vermögensdelikt lautet – nie „weg“, sondern es ist nur aufgrund möglicherweise unrechtmäßiger Zahlungsvorgänge „woanders“. Die Geldmenge bleibt konstant. Weder die Verteilung noch ihre Skalierung ließen sich mit einer geistigen Erfindung wie dem Recht plausibel machen. Dennoch wird hier in derselben Weise gedacht. Rechte werden übertragen. Derjenige, der ein Recht hatte und es überträgt, hat es anschließend nicht mehr. Dafür wird in der Regel gezahlt. Ob etwas ein Recht ist und Vermögenswert hat, zeigt sich umgekehrt daran, dass ein anderer dafür zu zahlen bereit ist. Wenn man für die Verwendung eines Zeichens bereit ist, Geld zu zahlen, dann ist das Warenzeichenrecht entstanden. Demgegenüber lässt die Sprachverteilung im Streitverfahren durchaus den Eindruck zu, dass Recht auf beiden Seiten vorhanden ist; es hängt von Perspektive und Ausdrucksweise ab, ob der Kläger „mehr“ Recht als die verklagte Gegenseite hat. Es wird zu einem philosophischen Problem, wenn das Recht, das die eine Seite für sich behauptet, in der Ausdrucksweise der anderen gar nicht mehr vorkommt.<sup>34</sup> Dieses Problem lässt sich mit Geld nicht nur lösen. Geld ist für das Justizdispositiv in solchen Fällen geradezu die Voraussetzung, um das herbeizuführen, was hermeneutisch unlösbar wäre: zu entscheiden, und der einen Seite etwas zu geben, was man der anderen wegnimmt. Darin besteht gerade die erlösende Kraft einer Entscheidung. Danach wissen alle, auf welcher Seite man den positiven und auf welcher anderen man den negativen Wert ansiedeln muss.

Mit Geld wird also nicht nur für Justiz oder für die Rechtsgewährung bezahlt. Geld ist ein strukturierendes Merkmal des Justizdispositivs. Die Eigenschaften der Geldkommunikation rationalisieren den Umgang mit dem Recht, wenn darüber öffentlich mit Machtanspruch zu disponieren ist.<sup>35</sup> Geldzahlungen lauten immer auf Beträge, die sie untereinander ohne weiteres Erklärungsbedürfnis in ein Rangverhältnis setzen. Beträge sind Zahlen, und Zahlen strukturieren auch die Kategorien des Erlebens, so wie es im Justizdispositiv zum Formmerkmal des Rechts wird. Mit der Syntaktik des Zählens lässt sich vom Geld zu einer weiteren zählbaren Form des Rechts übergehen.<sup>36</sup> Es kostet nicht nur Geld. Es kostet auch

<sup>33</sup> Luhmann (Fn. 29), Wirtschaft, S. 247 f.

<sup>34</sup> Lyotard, Jean-François (1983): *Le différend*. Paris, dt.: *Der Widerstreit*. München 1987. Nr. 12.

<sup>35</sup> Foucault, Michel (1966): *Les mots et les choses*. Paris. 6. Kap., „Echanger“, Abschnitt II „Monnaie et prix“ und Abschnitt V „La formation de la valeur“ (dt. Frankfurt a. M. 1971. S. 214 ff., 239 ff.).

<sup>36</sup> Es liegt nur scheinbar am Rande, dass Zahlen für die Rechtslogik die Voraussetzung dafür sind, die ungenaue Umgangssprache durch Kalküle ersetzen zu können; vgl. Rüdiger, Jürgen: *Die Denkform der Alternative in der Jurisprudenz*. Berlin, Heidelberg, New York 1969. S. 140 f.

## Zeit

Auch insofern kann man zunächst an der Oberfläche bleiben. Recht kostet Zeit, weil alle Handlungen, die im Dispositiv enthalten sind, in einer gewissen Ausführlichkeit dargestellt werden müssen. Sie werden über ein Quantum an Zeit erstreckt, und diese Quantifizierung ist wichtig. Die Durchsetzung von Recht verlangt die Anordnung von Zeiten. Im Justizdispositiv sind das Fristen und Termine. Fristen quantifizieren Zeit, und Termine brauchen Zeit. Beide Formen haben denselben Effekt. Sie machen Zeit knapp.

In Anbetracht der vielen Fälle behandelt der Gerichtshof heute immer zwei Fälle gleichzeitig.

Sagt wiederum der Azdak, ehe er einen Scheidungsfall neben einem Sorgerechtsfall behandelt.<sup>37</sup> Wer ein Amtsgericht kennt, weiß, dass hier nicht – wie der Dichter gedacht haben mag – parodiert wird. Um 9 Uhr sind mindestens 2 Sachen angesetzt, oft auch mehr. Wir verhandeln sie gleichzeitig und nacheinander. Aber die Paradoxie des gleichzeitigen Nacheinander wird unsichtbar gemacht, indem die „Terminsache“ je nach Zuwendungsart entweder auf ihre Behandlung wartet oder sich als eilig vordrängt. „Eilsachen“ bevölkern das Verhandlungszimmer. Einige davon sind schon nach der Prozessordnung eilig, weil sie als Haftsache oder als Verfahren der einstweiligen Verfügung bezeichnet werden. Aber pragmatisch kann jede Sache durch geeignete Nutzung von Augenblicken zur Eilsache werden. Die Einteilung der Zeit bestimmt gleichzeitig das Gewicht einer Sache. Wenn der Klägervertreter vor der Tür wartet oder wenn er sich mit seinem verehrten Gegner „verabredet“ hat, dann drängt er sich vor. Das ist nicht geschriebener, aber praktizierter Prozess. Der praktizierte Prozess verlangt im Termin gleichzeitige Anwesenheit. Das ist eine der schwierigsten Leistungen im Rahmen eines Verfahrens, das zwar mit und anhand von Akten geführt wird, aber in einer mündlichen Verhandlung kulminiert. Alle Untersuchungen zur Dialogik in Verhandlungen werden strukturiert von der zeitlichen Anwesenheit der Beteiligten und ihrer Vertreter: Wie lange darf die Verhandlung dauern? Wieviel Zeit hat man selbst bis zum nächsten Termin? Die Zeit ist knapp, und unter dieser pragmatischen Bedingung sind die Beiträge im Terminsdialog zu sehen.

Termine markieren die Stationen des Verfahrens und verleihen dem ansonsten ununterscheidbaren Strom der Zeit ihre Bedeutung. Sie selbst bewirken Knappheit. Der Zeitdruck entsteht durch den Termin, während dieser selbst den sachlichen Ertrag der bis dahin verstrichenen Zeit aufnehmen soll. Er muss natürlich von den Beteiligten vorbereitet werden. Man mag also unablässig über eine Sache nachdenken und großartige Schriftsätze produziert haben; was gilt, erweist sich erst im Termin. Der Termin wird damit zum besonderen Augenblick, dessen Charakter sich mit jenem Augenblick, der den

<sup>37</sup> Brecht (Fn. 3), S. 2079.

Ausgang und Anlass einer Sache bildet, umso intensiver vermischt, je länger das Verfahren dauert. Man weiß am Ende nicht mehr so genau, warum man eine Sache begonnen hat, aber man erinnert sich an ihren Verlauf in der verhandelten Zeit. Die Terminierung gibt einem Thema professionellen Sinn. Auch wenn es „als solches“ gar nicht als Thema erschiene, man es außerhalb eines Termins also als „unwichtig“ abtun würde, wird eine beliebige Angelegenheit in eben dem Augenblick zur wichtigen Sache, in dem über sie verhandelt werden soll. Aber die Aufmerksamkeit reicht auch nur solange. Ist der Termin vorbei, der Vergleich geschlossen oder das Urteil gesprochen, dann ist die Sache erledigt. Der Sinn des Rechts erweist sich professionell an der „Vordringlichkeit des Befristeten“ – wie Niklas Luhmann in einer frühen Arbeit<sup>38</sup> die systemische Transformation des Alltags in Verwaltungsleistungen charakterisiert hat. Das gilt für erste und letzte Dinge, und das zu verstehen ist eine Professionsleistung, die auch die Berufsangehörigen trainieren müssen. Man kann sich häufig schwer damit abfinden, dass „wirklich wichtige“ Sachen es nicht mehr sind, weil der Termin dafür vorbei ist. Der Sinn ist erschöpft, weil die Zeit abgelaufen ist.<sup>39</sup>

Neben dem Termin geben Fristen dem justizdispositiven Recht das wesentliche Gepräge. Es gibt Klagefristen und Einspruchsfristen, Einlassungsfristen wie Rechtsmittelfristen, sogar über den Inhalt eines unzweifelhaften Anspruchs soll nur innerhalb der Verjährungsfrist gestritten werden. Die juristische Verständigung steht damit nicht nur insgesamt unter einem Zeitvorbehalt;<sup>40</sup> jeder konkrete Termin wird in seiner Bedeutung und seinem Verlauf von den vorangegangenen Fristen bestimmt. Erst wenn die Frist zur Klageerwiderung abgelaufen ist, findet ein Termin überhaupt statt, und man kann – endlich – in der Sache vortragen, was man die ganze Zeit sagen wollte. Hat man aber nach einem Versäumnisurteil die Einspruchsfrist nicht zu einer ausreichend vollständigen Sachdarstellung genutzt, wird im anschließenden Termin nur noch darüber gestritten, ob der Termin den nicht vorgetragenen Stoff der Verhandlung überhaupt aufnehmen kann und darf. Im modernen Recht steigt die Fristbindung. Der Preis wird damit in die Höhe getrieben, denn es ist ein ganz und gar unalltägliches Verständnis notwendig, um zu begreifen, dass eine wichtige Eingabe nur deshalb nicht mehr zur Kenntnis genommen wird, weil sie einen Tag nach Fristablauf eingegangen ist.<sup>41</sup>

Zeit hat aber noch eine weitergehende Bedeutung als es Zeitquanten in Fristen und Zeitpunkte der Terminierung vermuten lassen. Sie bildet im Jus-

<sup>38</sup> Luhmann, Niklas: Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten. In: ders. (1971): Politische Planung. Opladen. S. 143 ff.

<sup>39</sup> Auch hier bietet bemerkenswerter Weise Niklas Luhmann die einzige juristische Referenz; vgl. ders. (1972): Rechtssoziologie. Reinbek. Kap. V. 4. „Recht und Planung“, insbes. S. 348 ff.

<sup>40</sup> Wie ihn Luhmann, Recht (Fn. 29), S. 126 ff. beschreibt.

<sup>41</sup> Seibert, Thomas-M. (1983): Verständigungsschwierigkeiten zwischen Gericht und Betroffenen. In: Zeitschrift für Linguistik und Literaturwissenschaft 13, S. 61 f.

tizdispositiv eine eigene Pragmatik aus, für die zwei Stichworte leitend sind: Erfahrung und Erwartung.<sup>42</sup> Erfahrung heißt das Zeitbewusstsein für gegenwärtige Vergangenheit. Ohne Erfahrung kann man angesichts der Vagheit von Justiztexten und im Hinblick auf den vorgerichtlichen Streitstand wenig über die Behandlungsform im Rahmen eines Verfahrens sagen. Erfahrungen werden in Personen, in bestimmten Gesichtspunkten und vor allem über informelle Kanäle als Maximen weitergegeben. Erfahrungen setzen Zeitbewusstsein voraus. Man muss beispielsweise an einer gewissen Anzahl von Verfahren teilgenommen haben, um etwas zu erfahren. Aber das ist auch nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung. Erfahrung beruht auf selbst gesetzten, dennoch irritierbaren Bedeutungen und bildet eine spezifische Zeitsemantik aus. Meist wirkt Justizerfahrung konservativ, eben weil das Justizdispositiv sich an vergangenen Abläufen orientiert und deren Muster für die Gegenwart heraufbeschwört. Notwendig ist dieser Konservatismus der Erfahrung nicht.<sup>43</sup> Man könnte sich vorstellen, dass gerade die Beobachtung konservativer Konflikterledigung einen neuen Versuch wahrscheinlich macht – aus Erfahrung. Aber das wird nicht erwartet. Die Erwartungen an das Justizdispositiv sind mindestens so beharrlich wie die Erfahrungen, die es konstituieren.

Die Ausbildung von Erwartungen setzt Erfahrungen voraus. Erwartungen fassen die gegenwärtige Zukunft im Rahmen des Justizdispositivs in Sätze. Man erwartet nicht irgend etwas, sondern eine bestimmte Behandlung der Sache, eine Reihenfolge, in der etwas geschehen wird, und einen Inhalt, den man sich bei justizförmiger Erfahrung vorstellen kann, ohne ihn gehört haben zu müssen. Dabei müssen Erwartungen an das Verfahren und seinen Inhalt keineswegs immer zutreffend sein oder auch nur im wesentlichen den Ausgang einer Streitsache angeben. Es kommt immer wieder und gerade in den später berühmt gewordenen Fällen dazu, dass gänzlich neue Abfolgen und unerwartete Inhalte den weiteren Verlauf bestimmen.<sup>44</sup> Aber die zeitgebundene Erwartung bestimmt dann immer noch, wie man auf solche Abweichungen reagieren darf: in der Regel mit Empörung, weil man von der Justiz die Wiederholung des Gleichen erwarten darf. Findet sich für diese Empörung kein Publikum, mag die Erwartungshaltung korrigiert werden; man macht neue Erfahrungen. Zeit ist in diesem Zusammenhang der Stoff für die Herausbildung und für die Anpassung oder Änderung eines subjektiven Bewusstseins. Die Form, die diesen Stoff prägt, sind einzelne Rechtsätze, die nach einer in der angelsächsischen Theorie geläufigen These Imperative darstellen. Diese Rechtsimperative machen dann einen weiteren

<sup>42</sup> Vgl. allgemein Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Frankfurt a. M. S. 399 ff.

<sup>43</sup> Vgl. Deleuze, Gilles (1969): Logik des Sinns. Paris (dt. Frankfurt a. M. 1969), „23. Serie der Paradoxa: Von Aon“ (S. 203 ff.).

<sup>44</sup> Das ist das Aufsehererregende an Prozessen, vgl. Dubischar, Roland (1997): Prozesse, die Geschichte machten. Zehn aufsehererregende Zivilprozesse aus 25 Jahren Bundesrepublik Deutschland. München.



fundamentalen Faktor der Preisbildung aus. Sie beschränken, was sie gewährleisten sollen, nämlich:

## Freiheit

Wir lassen – soweit die Kosten des Justizdispositivs zu berechnen sind – die freiheitssichernden Aufgaben des Rechts aus. Sie bleiben auf den eigenen subjektiven Monolog über das, was man tun soll, beschränkt. Um dieses subjektive Sollen geht es im Dispositiv der Justiz nur noch ganz vermittelt. Die justizdispositive Prüfung findet über Stationen verteilt statt, soll objektiv sein und ist – wie beschrieben – an das durch Fristen und Termine strukturierte Verfahren gebunden.

Wie wirkt sich diese Form auf den Inhalt der Rechtsordnung aus? Kann man Recht und Zwang trennen, kann man gerechtfertigte von ungerechtfertigter Freiheitseinschränkung unterscheiden? Jedenfalls nicht auf den ersten Blick. Recht ist unauflösbar mit der Befugnis zu zwingen verbunden – heißt es nicht nur in Kants Rechtsbegründung.<sup>45</sup> Gerade die moderne rechtstheoretische Diskussion hat den freiheitsbeschränkenden Charakter des Justizbetriebs betont. Herbert L. A. Hart ist dabei ebenso drastisch geworden wie Jean-François Lyotard: Man sieht eben nicht von Anfang an, ob der Befehlshaber, der das Schießgewehr führt, ein Bandit oder der treue Diener eines hohen Herrn ist, der Gehorsam verlangen darf. Lyotard stellte für den Rechtsdiskurs die Frage, woran man erkenne, dass der Befehl, Isaak zu opfern, göttlich und der, die Kinder von Izieu zu deportieren, teuflisch sei;<sup>46</sup> Hart fragte nach der Freiheit im Recht mit einem Bild aus dem Raubüberfall:<sup>47</sup> Was unterscheide den Befehl des Bewaffneten, der in eine Bank stürmt, sein Schießgewehr ziehe und den Angestellten auf der anderen Seite des Schalters vor die Wahl: Geld oder Leben? stelle, von dem Steuereinnahmer? Beide lassen eine Wahl. Man kann schließlich Hab und Gut verteidigen und sein Leben riskieren. Gegen den Räuber ist das nicht nur Widerstand, sondern gerechtfertigte Notwehr. Aber auch gegenüber dem Steuereinnahmer bleibt den Gewaltunterworfenen eine Wahl. Man kann täuschen, man erklärt nicht, was man hat, oder man bringt in Abzug, was nicht ausgegeben worden ist. Das ist aber nicht mehr als Notwehr zugelassen, sondern wird als Steuerverkürzung bestraft. Deshalb muss der Rechtsbefehl subtil formuliert werden und nicht einfach als: Du sollst demjenigen Geld geben, der es verlangt. Es muss – wie Hart betont – eine zweite Klasse von

<sup>45</sup> Zur Erinnerung: Kant (Fn. 13), MSR § D.

<sup>46</sup> Lyotard (Fn. 34), S. 184 (Nr. 164).

<sup>47</sup> Hart, H. L. A. (1961): *The Concept of Law*. Oxford. S. 19 (Kap. II „Laws, Commands, and Orders“) diskutiert damit die Imperativtheorie des Rechts: „The most important of these situations is one to which the word ‚imperative‘ seems specially appropriate. It is that illustrated by the case of the gunman who says to the bank clerk, ‚Hand over the money or I will shoot you‘“.

Regeln eingeführt werden, die den Unterschied zwischen dem Bankräuber, der den Straftatbestand der räuberischen Erpressung erfüllt, und dem Finanzbeamten, der die Steuerprüfung durchführt, erst einmal begründet und die Vorschriften der Notwehr durch solche der Abgabenordnung ersetzt. Der rechtliche Befehlshaber verzichtet darauf, mit vorgehaltenem Schießgewehr zu zwingen. Er zwingt mit Reduktionen der Sprache und tauscht dafür nicht nur das Risiko ein, getäuscht zu werden, sondern muss auch eine Prozedur bereitstellen, in der die sekundären Regeln praktiziert werden, die eine Rechtspflicht von der Erpressung unterscheiden.<sup>48</sup> Gegen das Gebot, Steuern zu zahlen, kann man sich immerhin noch durch einen Widerspruch wehren, auch wenn man die verlangten Steuern dennoch sofort zahlen muss. Das Justizdispositiv codiert Zwang nach den Regeln eines Verfahrens. Man muss Widerspruch einlegen, den Widerspruch muss man begründen, dann muss man zu einem Termin erscheinen und bestimmte Auskünfte geben, und schließlich soll man dann eine Entscheidung entgegennehmen, die man für rechtmäßig halten muss. Das ist die Erscheinungsform der Freiheit im Dispositiv.

Dort erhalten die sekundären Regeln des Justizverfahrens primäre Bedeutung. Der Weg wird zum Ziel, d. h. die Form bestimmt Inhalt und Zielrichtung des eigenen Verhaltens. Man kann überhaupt nur noch bestimmte Sachen wollen, wenn man das Dispositiv bedient. Jeder freie Bürger, der dem staatlichen Steuerbefehl folgt, meint zwar, im Ergebnis Steuern sparen zu können, wenn er es geschickt anstellt, seine Vermögensverhältnisse zu ordnen. Aber vordergründig gebietet ihm die Rechtspflicht erst einmal, sich auf einem amtlichen Vordruck zu erklären, der nur in der vorgedruckten Form den möglichen Sprachinhalt wiedergeben kann und ebenso obligatorisch ergänzt wird durch die sprachtheoretisch wenig beachteten Anlagen GSE, KSE, N, V und FW, die alle 5 bis 10 Jahre ihre Leitbuchstaben ändern. Falls der Formularunterworfenen das Formularwesen verachtet und wegen der auferlegten Prozedur den Pflege-Pauschbetrag als ständig hilflose Person in seiner Wohnung im Inland beantragen sollte, macht er sich strafbar, denn schwarzer Humor macht falsche Angaben nicht richtig, und zu richtigen Angaben wird jeder am Ende des amtlichen Erklärungsvordrucks verpflichtet. Dagegen ist kein Einspruch möglich.

Die Steuererklärung ist nur eine besonders sinnenfällige Form des Freiheitsverlusts durch Recht. In anderen Bereichen ist die Sprache syntaktisch

<sup>48</sup> Was dazu führt – wie Stanley Fish in der Diskussion des Hart'schen Beispiels prägnant formuliert –, dass das Gewehr sich nicht mehr vor, sondern im Kopf befindet: „And this leads me to a second aphorism: not only is there always a gun at your head; *the gun at your head is your head*; the interests that seek to compel you are appealing and therefore pressuring only to the extent they already live within you, and indeed *are you* (Hervorhebung i. O. von Stanley Fish (1989): *Doing what comes naturally. Change, Rhetoric, and the Practice of Theory in Literary and Legal Studies*. Durham/London. S. 520).

weniger reglementiert und semantisch breiter deutbar als in den schematisierten Sprechweisen des Steuerrechts, der Grundbuchordnung oder des Handelsregisters. Überall aber herrschen Muster, überall werden vorformulierte Formen bereitgestellt, und nur selten fällt der mitlebenden Öffentlichkeit auf, dass Wesentliches geregelt wird. Denn alle Fragen unterwerfen den Fragesteller der Form. Wer fragt, hat seine Freiheit schon verloren. An dieser Stelle verzweigt sich auch der theoretische Weg. Entweder man verzweifelt an den Fallen der Fragestellung, ist ermüdet von den Erfahrungen und Erwartungen im Justizverfahren und arm geworden durch Kosten; oder man entwickelt eine Fähigkeit für das, was man mit Geld, Zeit und Sprachbindung schon bezahlt hat.<sup>49</sup> Das Geschäft mit dem Recht ist auf beiden Seiten von Nebengeschäften unter der Theke geprägt. Zwar wird der Preis nicht ernstlich genannt, und man erfährt auch nichts über die Qualität oder den Nutzen der Dienstleistungen, die man zu bezahlen hat. Da aber der Charakter des Geschäfts nicht offenbar wird und sich die um Recht Streitenden eher als Kämpfende und Krieg Führende<sup>50</sup> denn als Wirtschaftende verstehen, wird das erhoffte Resultat auch nach dem Muster von „Sieg/Niederlage“ codiert. Man muss sich schon mit der griechischen Metapher des „Pyhrrus-Sieges“ behelfen, um in diesem Code den Fall zu verbuchen, dass man zwar gewinnt, aber nicht das erhält, was man erhofft hat und tatsächlich ebenso verliert wie die auch offensichtlich verlierende Gegenseite. Zwar bereiten die Kosten im Justizdispositiv alle Beteiligten auf Verluste vor. Aber die Modi der Anpassung oder der Abweichung von Erwartungen, die Einführung alternativer Frage-/Antwortvarianten, die Befristung und Terminierung von Inhalten – das alles zwingt zur Kleinarbeitung großer Anliegen. Auf diese Weise wird vorbereitet, was der Zweck des Dispositivs ist: über beliebige Anliegen im Rahmen einer Entscheidung disponieren zu können. Man bezahlt für die Möglichkeit einer Entscheidung. Einer der beiden Werte, auf deren Formalisierung das Verfahren hinarbeitet, wird an seinem Ende als Recht bezeichnet. Die so strukturierte Zeichenkette entspricht nur ganz selten den Erwartungen der Beteiligten. Semiotisch gesehen, gewinnt man mit den Mitteln und auf den Wegen des Justizdispositivs nichts vom Kern des Rechts – das wäre auch gar nicht möglich –, sondern man erlebt die Disposition darüber, was als Recht und Unrecht bezeichnet werden kann und tatsächlich bezeichnet wird. Nur die Bezeichnung ist Gegenstand einer Entscheidung.<sup>51</sup> Man weiß nach dem Durchgang durch ein Verfahren, was als „Recht“ gilt. Das muss man nicht persönlich glauben. Man darf anderer Mei-

<sup>49</sup> Sie wird entwickelt von Richard H. Posner (1995): *The new Institutional Economics Meets Law and Economics*. In: ders., *Overcoming Law*. Cambridge und London, S. 426–443.

<sup>50</sup> „Une domination de type guerrier“ nennt sie Foucault in einem Gespräch über die „Mikrophysik der Macht“ (in: ders.: *Dits*. Bd. 3, S. 152).

<sup>51</sup> Das System werde sich an diesem Punkt selbst zum Rätsel, resümiert Luhmann die Funktion von Entscheidungen (Recht, S. 307 ff.).

nung bleiben und an dem jeweils eigenen Gefühl vom wahren Recht oder der richtigen Gerechtigkeit festhalten.

Ein letzter Blick soll der Frage gelten, wie man das eigene Rechtsgefühl und die eigene Sprache mit dem vermitteln kann, was das bereits bestehende Netzwerk von Macht, Recht und Wahrheit der individuellen Sprachlichkeit abverlangt. Was will ich, wenn ich einen Prozess führe und wie bringe ich das ein? Was das Justizdispositiv erforderlich macht, sind

## Sprachtaktiken

Eine Taktik entwickelt man bei der Verfolgung von Zielen, für die Sprache als Mittel eingesetzt wird. Diese analytisch wirkende Begriffsbestimmung hat eine wichtige praktische Schlussfolgerung, die heißt: Habe ein Ziel! Und wenn du ein Ziel hast, dann mache dir klar, welche anderen Ziele zur Disposition stehen, also im Dispositiv verfügbar sind.<sup>52</sup> Welche werden von anderen verfolgt? Nur wenn man sich darüber klar ist, kann man vernünftig über eine Taktik nachdenken. Das unmittelbar gefühlte subjektive Recht, das sich schon Begriffsbestimmungen, Maximenklärung und intersubjektiven Vergleich gefallen lassen muss, wird damit einem weiteren Test ausgesetzt: Was willst du eigentlich? Diese Frage kann – wenn man die Kosten des Dispositivs kennt – nicht mehr naiv beantwortet werden; und naiv hieße: wir wollen alles zugleich! Was man will, besteht in einem Kompromiss, der kein idealistisch getönter Konsens ist. Er ist taktisch, weil er die Bedingungen des Dispositivs reflektiert. Aber er entspringt weder militärischer noch ökonomischer Taktik, sondern ist im Medium der Sprache zu formulieren. Das macht einen Unterschied. Wenn man sich darüber klar geworden ist, dass macht- wie wahrheitsbedingte Sprachveränderungen zu den Kosten des Justizdispositivs gehören, dann kann man nur in einem verhältnismäßig schmalen Bereich scheinbare Natürlichkeit üben. Das ist der Bereich der Erzählung<sup>53</sup>, der aus der Perspektive der Sprachfreunde gar nicht so schmal ist, wie es in einem rechts- oder machtbetonten Blick auf den Rechtsapparat wirken könnte. Jedes irgendwie geartete Rechtsbegehren kommt nur in Gang, wenn der Begehrende etwas erzählt. Nun wissen wir, dass nicht jede Erzählung den Rechtsapparat in Gang setzt, und wir ahnen inzwischen, dass – einmal in Gang gebracht – dieser Apparat etwas anderes produziert, als der erste Erzähler vielleicht beabsichtigt oder gemeint haben mag.<sup>54</sup> Aber immerhin: Das macht die Erzählung nicht entbehrlich. Im Gegenteil zwingen die Prozessordnungen die amtlichen Verwahrenden – Polizisten wie Richter und

<sup>52</sup> Vgl. Ballweg, Ottmar (1989): Entwurf einer analytischen Rhetorik. In: Schanze, Helmut/Kopperschmidt, Josef (Hg.): Rhetorik und Philosophie. München. S. 229–247.

<sup>53</sup> Binder, Guyora/ Weisberg, Robert (2000): *Literary Criticism of Law*. Princeton, mit dem Abschnitt 3.2: Narrative as Law's Antagonist and Salvation, S. 232–260.

<sup>54</sup> Fish, Stanley (1989): Working on the Chain Gang: Interpretation in Law and Literature. In: ders. (Fn. 48), S. 87 ff.

Staatsanwälte – den Zwangsbeteiligten Gelegenheit zur Äußerung zu geben; § 69 der Strafprozessordnung bestimmt: Der Zeuge ist zu veranlassen, das, was ihm von dem Gegenstand seiner Vernehmung bekannt ist, im Zusammenhang anzugeben. Freilich: Er soll nicht alles angeben, sondern eine gezielte Auswahl. Das Schlüsselwort dafür heißt „erheblich“. Erheblich ist, was als Tatsache für die Entscheidung einer Rechtsfrage von Bedeutung ist. Der Rechtsfall wird durch Sätze konstituiert, mit denen das für die Entscheidung Bedeutsame beschrieben wird. Insofern ist die juristische Fallkonstitution<sup>55</sup> mit der sprachanalytischen Grundfrage: Was ist der Fall? allenfalls teilweise in Einklang zu bringen. Denn viele Abläufe und ein weiter Bereich von Umständen, die alltäglich als berichtenswert gelten, stehen für den Wahrheitscode, wie er in der Justiz praktiziert wird, zur Disposition. Sie sind „unerheblich“.

In gleicher Weise wird für Beschuldigte großzügig eingeräumt (§ 136 StPO): Die Vernehmung soll dem Beschuldigten Gelegenheit geben, die gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe zu beseitigen und die zu seinen Gunsten sprechenden Tatsachen geltend zu machen. Aber hier ist Vorsicht geboten. Wer weiß, dass im Justizdispositiv die Vernetzung mit alltäglicher Wahrheit erforderlich ist, und wer auch weiß, wie wenig Alltagswahrheiten in amtliche Ermittlungen einfließen, der wird den Schluss ziehen dürfen, dass die bessere Sprachtaktik für Angeklagte darin liegt zu schweigen. Schweigen als wirksamer Redebeitrag ist dem öffentlichen Sprachempfinden oder dem gelegentlich so genannten „natürlichen Rechtsgefühl“ am wenigsten beizubringen. Die Amtsinhaber wissen darum. Sie schweigen nicht immer und nicht dauerhaft, aber sie schweigen am Anfang – an dem Anfang, an dem der Angeklagte reden soll. Sie wissen um den Preis, den man für einen Zeitvorsprung zahlen muss. Auch diese Sprachtaktik kann man dem Azdak ablauschen:

Ich hör, ihr wollt geschieden werden. Wie lang seid ihr schon zusammen?

– 40 Jahre, Euer Gnaden.

Und warum wollt ihr geschieden werden?

– Wir sind uns nicht sympathisch, Euer Gnaden.

Seit wann?

– Seit immer.

Ich werd mir euern Wunsch überlegen und mein Urteil sprechen, wenn ich mit dem andern Fall fertig bin.

Es kann und darf auch gar nicht sofort entschieden werden. Zwischen den Fragen nach den erheblichen oder unerheblichen Umständen und einer Entscheidung liegt Zeit. Zeit ist nötig, um die Streitenden von der Bedeutung zu trennen, die sie selbst bezeichnet haben. Das gehörte zu den bereits benannten Kosten im Justizdispositiv. Noch unbenannt ist der häufig unerwar-

<sup>55</sup> Vgl. Feldner, Birgit/ Forgó, Nikolaus (Hg.) (2000): Norm und Entscheidung. Prolegomena zu einer Theorie des Falls. Wien/New York.

tete oder den Erwartungen der Verfahrensbeteiligten eben nicht entsprechende Ausgang einer Sache. Die Justiz macht Fehler. Über ihre Fehler darf man sich nicht wundern im Rahmen eines Systems, das in jeder Operation eine Binarität aufbaut und behauptet, es gebe zwischen den zur Wahl stehenden Alternativen nur eine richtige Lösung. Das ist die Justizprätention. Bei so viel Prätention gehört Fehlerhaftigkeit zum Verfahren so unauflöslich wie der Kostenvorschuss zur Einreichung einer Klageschrift.<sup>56</sup> Da soll es vorkommen, dass im Urteil die Falschen geschieden werden – so wie vom Azdak, der nicht die alten Eheleute scheidet, sondern die Magd Grusche von dem ihr aufgedrängten Scheinvater des angenommenen Kindes. Wer aber seinen Kreidekreis kennt und die Scheidungsbedürftigkeit von Beziehungen in rechter Weise einschätzt, der weiß, dass das falsche Ergebnis hier richtig ist. Der Azdak verdeckt diese Paradoxie mit einem alten Justiztopos und einem neuen Verhaltensangebot; er schließt die Sitzung mit einem Bedauern und einer Einladung:

Hab ich die Falschen geschieden? Das tät mir leid, aber es bleibt dabei, zurück nehme ich nichts, das wäre keine Ordnung. Ich lade euch dafür zu meinem Fest ein, zu einem Tanz werdet ihr euch noch gut genug sein.

Der Leichenschmaus, zu dem wir gehen, wenn wir in die Justiz eintreten, ist nur auf den ersten Blick eine todtraurige Angelegenheit. Man muss von dem Liebsten Abschied nehmen: von der subjektiven Gerechtigkeit, von der Schnelligkeit, mit der sie kommen, und von der Gleichheit, in der sie alle verwöhnen soll. Aber es ist am Ende doch ein Fest. Klammheimlich darf dabei jeder Teilnehmer sich selbst gratulieren. Er lebt nämlich noch.<sup>57</sup>

---

<sup>56</sup> Zu lernen ist das von der amerikanischen Rechtstheorie; vgl. Posner, Richard H.: *So What Has Pragmatism to Offer Law*. In: ders. (Fn. 49), S. 387 ff.

<sup>57</sup> Ein wunderbarer Schluss, den Soeffner (Fn. 3, S. 223) schon vorgelegt hat.

JOHANNES SCHWITALLA

## Die Inszenierung von Gerichtsverhandlungen im Fernsehen – „Streit um Drei“ (ZDF) und „Richterin Barbara Salesch“ (Sat.1)

### Abstract

Die beiden Gerichtssendungen werden auf dem Hintergrund wirklicher Gerichts- und Schlichtungsverhandlungen nach Formen der fernsehmedialen Aufbereitung untersucht. Dabei zeigt sich, dass *Streit um Drei* eine Unterhaltungssendung ist, in der komödienartige Bühnenunterhaltung mit juristischer Information verbunden wird (Infotainment), während in der Sendung *Richterin Barbara Salesch* verschiedene Elemente des Affekt-Fernsehens kombiniert werden.

### 1. Die Sendungen

Untersucht wurden die in den Jahren 2000 und 2001 wichtigsten Gerichtssendungen im Fernsehen, nämlich *Streit um Drei* vom ZDF und *Richterin Barbara Salesch* von Sat.1. Beide Sendungen werden von montags bis freitags zwischen 15 und 16 Uhr ausgestrahlt. Im ZDF sind es von montags bis donnerstags Zivilfälle mit dem ehemaligen Richter Guido Neumann; am Freitag verhandelt der Rechtsanwalt Ulrich Volk arbeitsrechtliche Streitigkeiten. Sat.1 brachte bis September 2000 nur Zivilverhandlungen mit Betroffenen, danach fingierte Strafverhandlungen, immer mit derselben Richterin Barbara Salesch.

*Streit um Drei* begann am 12. April 1999. In jeder Sendung werden drei Fälle verhandelt; der dritte hat oft einen etwas skurrilen Charakter. Nach der Beweisaufnahme zieht sich der Richter zur Beratung zurück. In der Zwischenzeit befragt der Moderator Ekkehard Brandhoff Studiogäste zum Fall. Dann spricht der Richter sein Urteil und erläutert es; zusätzlich informiert der Rechtsexperte Wolfgang Büser über Gerichtsurteile in ähnlichen Fällen. Die Redakteurin Eva Appel sieht ihre Sendung als dem öffentlichen Sender ZDF angemessenes Infotainment, hier: die Kombination von juristischem Fachwissen, gebunden an Komplikationen, die aus klar konturierten Charaktertypen resultieren.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> „Wir wollen tolle Geschichte machen“; Interview vom 22.1.01.

*Richterin Barbara Salesch* begann am 1. September 1999, damals noch von 18 bis 18.30 Uhr, seit Oktober 2000 im Nachmittagsprogramm, ebenfalls von 15 bis 16 Uhr. In der ersten Phase, als noch Betroffene, meist Freunde oder Nachbarn, ihren Konflikt vortrugen, war die Sendung eine Mischung von Zivil- bzw. Schlichtungsverhandlung, Bekenntnis- und Beziehungsshow. Mit dem Wechsel zu Strafverhandlungen verstärkte sich die Tendenz zum Affekt-Fernsehen, teils durch Themen der Sexualität, verbunden mit Bedrohung (Erpressung durch Nacktfotos, sexuelle Nötigung, Vergewaltigungsversuch), teils mit dem Thema der psychischen und körperlichen Gewalt (Beleidigung, Brandstiftung, Einbruch, Körperverletzung, Mordversuch). Neben den Gefühlen der Bedrohung weckt die Sendung auch solche des Mitleids (ein Baby ist ertrunken; eine junge Mutter ist querschnittgelähmt). Zum Unterhaltungswert beider Sendungen tragen kurze, direkte Streitgespräche zwischen den Parteien bei, in den Strafverhandlungen von Sat.1 auch kurze, rituelle Geplänkel zwischen Staatsanwalt und Verteidigerin.

In beiden Sendern werden die Fallgeschichten von Autoren geschrieben; beim ZDF sind es über 50. Die Redaktionen verändern diese Skripts nach ihren dramaturgischen Vorstellungen. Die Schauspieler (ZDF) und Komparsen (Sat.1) bekommen eine ausführliche Biografie der Person, die sie darstellen sollen, die Schilderung des Tathergangs aus ihrer Perspektive und einige Hinweise, was sie in der Verhandlung sagen können. Sie haben also keinen Text zu lernen, sondern sie sollen beim Sprechen improvisieren. An manchen Stellen merkt man, dass die Sprecher Auswendig-Gelerntes, wie z. B. die eigene Adresse, nur mühevoll reproduzieren können. Vorbereitete Äußerungen erkennt man an Wortspielen (K: *frisches Blut in den Betrieb* – B: *ich bin doch kein Vampir*, ZDF, 15.9.00),<sup>2</sup> an running gags und an eher geschriebensprachlichen als gesprochen Sprachlichen Formulierungen aus den Vorlagen der Autoren (*die schokobraune, wunderschöne Frau an der Tür*, ZDF, 15.9.00).

Beide Sendungen werden nicht live gesendet. Zum ersten Inszenierungsfilter der Präsentation durch Schauspieler, der rigiden Verhandlungsführung, vorbereiteter Äußerungen etc. kommt also ein zweiter Filter der nachträglichen Bearbeitung (Schnitte, Piepstöne zur Überlagerung von unanständigen Wörtern). Die Unterschiede der beiden Sendungen betreffen die Konzeption, den Ablauf, die sozialen Milieus und die Richter als Sympathieträger. Im ZDF sprechen die Richter meist mit ruhiger Stimme. Barbara Salesch dagegen spricht mit einer sehr expressiven Prosodie, d. h. mit großen Tonhöhenunterschieden, mal sehr laut bis zum Schreien, mal sehr leise, mit normalem Sprechtempo und sehr schnell. Auch ihre Mimik reicht von breitem Lächeln

---

<sup>2</sup> K=Kläger/in, B=Beklagte/r, A=Angeklagte/r, R=Richter/in, SA=Staatsanwalt, V=Verteidiger/in.



(das tut sie regelmäßig, wenn sie eine Partei zum ersten Mal ermahnt) bis zum bitterbösen Blick. Sie bewegt viel mehr als ihre männlichen Kollegen vom ZDF ihren Oberkörper, und sie macht weite Handbewegungen. Guido Neumann (mehr noch als Ulrich Volk) auf der einen Seite und Barbara Salesch auf der andern Seite verkörpern gegensätzliche Charaktertypen: Neumann den alten, weisen, gelassenen Richter, Salesch die impulsive, Empathie und Strenge zeigende Frau. Beide sind Angebote für eine parasoziale Beziehungsfigur. Dabei wirkt Salesch im Gegensatz zu Neumann bei den Fernsehzuschauern polarisierend: Manche mögen ihre impulsive Art sehr, manche überhaupt nicht.

## 2. Aspekte der medialen Aufbereitung

### 2.1 Die Reduktion der Komplexität

In wirklichen Zivilverhandlungen kennt der Zuschauer nicht die Vorgeschichte; er/sie muss die Streitlage mühsam aus der Verhandlung rekonstruieren. Der Richter beginnt die Verhandlung oft mit dem Satz: *Sie wissen, worum es geht*. Und auch wenn der Zuschauer ahnt, worum es geht, gibt es immer wieder Unverständliches: Die Juristen sprechen in ihrer Fachsprache, die der Laie nicht versteht; sie lachen und der Zuschauer weiß nicht warum. Es gibt Nebensequenzen und Unterbrechungen, oder die Interaktion spaltet sich in zwei Konstellationen auf. Der Richter diktiert die Aussagen ins Diktiergerät, spielt das Gesagte vor, muss es korrigieren, noch einmal vorspielen usw. Alles das gibt es in den Fernsehsendungen in der Regel nicht. Hier gehen die Verhandlungen viel geordneter, durchsichtiger und vorhersehbarer vor sich.

### 2.2 Die zeitliche Kontingentierung

In *Streit um Drei* dürfen die drei Verhandlungen einer Sendung nur 13 bis 15 Minuten dauern. In Wirklichkeit dauern Zivilverhandlungen meistens sehr viel länger. Die zeitliche Begrenzung erfordert eine zügige, gut geplante Verhandlungsführung mit einer klaren Handlungsabfolge ohne Schleifen.<sup>3</sup> Notfalls werden in beiden Sendungen Überlängen einfach herausgeschnitten. Verglichen mit den quälend langen Einigungsverhandlungen in wirklichen Schiedsgerichtsverfahren, einigten sich die Parteien in der ersten Phase der Sat.1-Sendung recht schnell. Die Richter dulden Streitgespräche zwischen den Parteien nur für kurze Zeit.

---

<sup>3</sup> Der Ablauf der Verhandlungen folgt in seiner Grundstruktur den Gerichtsverhandlungen. Der immer gleiche Ablauf trägt zur Verstehbarkeit der Sendung bei. In den Zivilverhandlungen von *Streit um Drei* sind es folgende Teile: Abstract durch R, Vortrag der Klage durch K, Erwiderung durch B, eventuell Zeugenauftitte, Rückfragen und Reformulierungen der Positionen durch R, Unterbrechung der Sitzung, Urteil.

In Sat.1 wird die Sendung durch Werbeblöcke unterbrochen. Das macht eine interessen-weckende Vorschau und ein Resümee vor der Fortsetzung notwendig. Um der Kürze willen fasst die Richterin unmittelbar nach der Beweisaufnahme die entscheidenden juristischen Gesichtspunkte zusammen und verliest dann ihr Urteil. Hier tritt der Inszenierungscharakter offen zu Tage: Das Urteil muss vor der Verhandlung geschrieben worden sein.

### 2.3 Die dramaturgische Bearbeitung

Das Zuschauerinteresse wird dadurch geweckt, dass während der Verhandlung etwas Überraschendes geschieht, das dem Streitfall eine ganz neue Bedeutung gibt. Man erfährt z. B., dass der Kläger dem Beklagten die Freundin ausgespannt hat und dass dies der eigentliche Grund für seine Entlassung war (ZDF, 15.9.00). Manchmal genügt aber nicht nur *ein* überraschendes Moment, sondern der Plot bekommt immer neue Wendungen. Dazu ein Beispiel (Sat.1, 21.2.01):

Der Angeklagte soll in Duisburg die Bremsleitung des Wagens seines früheren Chefs zerschnitten haben, aus Rache, weil er entlassen wurde. Seine Frau hatte damals schon Krebs und ist inzwischen gestorben. Zur Tatzeit will er in Südfrankreich gewandert sein, kann sich aber an keinen Ort mehr erinnern.

Erste Überraschung: Die Verteidigerin präsentiert einen nicht angekündigten Zeugen, den Leiter einer Bank, der bestätigt, dass sich der Angeklagte zur Tatzeit weit entfernt vom Tatort eineinhalb Stunden lang untätig in seiner Bank aufgehalten hat.

Zweite Überraschung: Der Angeklagte gesteht, dass er die Bank eigentlich überfallen wollte, aber in Erinnerung an seine verstorbene Frau sei er in sich gegangen:<sup>4</sup>

A: isch hab mer überLEGT, (1.8)  
 wie TIEF bist du geSUNkn un: (2.6)  
 wAs hätte deine FRAU von dir gedAcht, (1.7) [...]  
 isch hab misch auf diese PARKbank gesEtzt, (-)  
 und über mein LEben nachgedAcht, (1.4)  
 und dass es SO nisch weItergeht;  
 und dass isch (0.7) dass isch was ÄNdern muss; (-)  
 aber nIsch dass isch GELD klaue;<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Transkripte nach dem Gesprächsanalytischen Transkriptsystem (GAT), vgl. Selting u. a. (1998).

<sup>5</sup> Dies ist auch ein Beispiel für das Strukturelement Moral in Unterhaltungssendungen, hier mit Zügen der Trivialliteratur.

Dritte Überraschung: Eine junge Frau aus dem Publikum steht auf und ruft:

das war doch der MARTin. (--)  
 martin DU warst das doch.  
 gIb=s doch ZU.  
 du hast mich doch Immer beschImpft im bürO und alles

Dann kommt die Werbung, und die Stimme aus dem Off verkündet: *Wundern Sie sich nicht, wenn gleich alles ganz anders aussieht, bleiben Sie dran.*

Überraschende Wendungen kommen auch dadurch zustande, dass Angeklagte oder Zeugen sich verplappern oder dass sie herumdrucksen, sodass jedermann merkt, dass sie etwas verheimlichen:

Z: ich wollte ja dass da was passiErt,  
 ich wollte ja auch, (--)

A: WAS?

R: WAS wollten se; (2,5)

Z: ja ich wOllte; (-)

R: WAS wollten se,

Und es kommt heraus, dass die Zeugin sich an ihrem früheren Freund rächen wollte (Sat.1, 12.10.00).

## 2.4 Die sprachliche Typisierung der Personen

Das sprachliche Verhalten der Rollenträger wird nach Persönlichkeitstypen und sozialen Kategorien gestaltet, oft in übertreibender Weise. Das Vergnügen, typische Verhaltensweisen wiederzuerkennen, betrifft mehr die ZDF- als die Sat.1-Sendung. Die sprachliche und gestische Art der Figurenpräsentation ist in *Streit um Drei* eine Chance für die dort auftretenden Schauspieler. Der ganz in weiß gekleidete Adlige sagt: *ich habe selbstverständlich ein Dankschreiben abgesendet an Sie, ich weiß doch was sich gehört, Monsieur* (ZDF, 14.9.00). Der quirliche Italiener Bruno Lamberti beklagt sich mit einem Trapatoni-Zitat über das Essen in einer Fußballgaststätte: *wenn Gäste haben fertig, muss auch noch zahle gesalzene Preise* (ZDF, 13.9.00). Eine ängstliche ältere Dame fühlt sich von ihrem Nachbarn verfolgt und schildert ihre Ängste:

K: dieser MANN hat mich Angestarrt;  
 << Augen zusammengekniffen >>  
 da da kchru: kchru:  
 << Kopf zweimal nach unten und oben >> [...]  
 aber da musste einem ganz SCHWACH werden;

<< Kopfbewegungen von links nach rechts>>  
 ich bin in die WOHNung hab mich also zITternd  
 und ich wollte am Abend also meinen LIEBlingsfilm noch mal  
     << lächelnd                      >>  
 SEHen, des is bei Anruf MORD,  
     << lächelnder Blick zu R>>  
 aber ich kÖnnte nich, ich hab mich Umgeschaut,  
     << wieder ernst>>              << Blick über  
     die linke und rechte Schulter>>  
 ich denke <<all> jetzt is hInter ihnen EIner,  
 hInter ihnen Einer,>  
     << beide Fäuste in Schulterhöhe>>  
 und dAnn die DROHung mit der DUSche;  
     <<Augen zusammengekniffen, rechte Hand auf der Brust  
     „drohende“ Fingerbewegung, >>  
 ich trau mich ja gAr nich mehr zu BA:den; .hh  
     << aufgerissene Augen>>  
 Immer denk ich jetzt kommt dieser .hh Antony PERkins;  
 da macht ch: ch: ch:  
     << drei gestische Hiebbewegungen wie mit einem Messer>>  
 .hh und ich bin HIN,  
     << beide Fäuste auf der Brust>> (ZDF, 19.2.01)

Das ist eine gute schauspielerische Leistung. Gesicht, Kopf und Hände reproduzieren das verbal Gesagte in übertreibender Weise. Man sieht dieser alten Dame gern zu; sogar der Beklagte lächelt sie an.

## 2.5 Die Inszenierung von Streit

Streitsequenzen zwischen den Parteien gibt es in vielen Sendungen, aber sie wirken nicht echt, ausgenommen einige in der ersten Phase von Sat.1, in der wirklich Betroffene auftraten. Oft bekommen Beteiligte in beiden Sendungen ganz plötzlich einen Wutanfall, ohne dass sich vorher die Intensität der verbalen Angriffe langsam gesteigert hätte. Eine andere Eigenschaft der Inszenierung ist die schauspielerische Übertreibung. Im folgenden Beispiel streiten sich eine beklagte Galerie-Assistentin (B) und ihre ehemalige Haushälterin (K), weil sie ihre Urlaubstermine nicht koordinieren konnten:

B: <<ff, all> ja GUT.

das is ja EINFach eine ZEITfrage gewesen bei mir  
 mir geht es nur GRUNDSätzlich dArum,  
 man kann ja über Alles REden; ja?>  
 aber [ich mein

K: [(ja anscheinend) NICHT? mit ihnen NICHT. (-)

B: aber sie hätten mich ja mal ANrufen könn. (-)

- ich mein Wissen sie ich mag diese <<rall> A:RT nich.>  
 K: was [SOLL ich sie Anrufen wenn (ihre kInde) kommen.  
 B: [es is genAU mit dieser Art (-)  
 <<all> NEIN genAUso mit dieser ART  
 <<sehr schnell>>  
 B: dAmals als sie mir glEIch eröffnet haben  
 als ich zurückkam aus dem Urlaub, .hh  
 hatte gRAde> <<rall> den STREIT mit meinem mAnn einigermaßen  
 ge[glättet, die KINder waren hAppy, [wir waren entspAnnt,>  
 K: [ja, [und dArüber war ich  
 B: [und dann sagen sie mir GLEICH  
 K: [AUCH frOH:, <<all> darüber war ich AUCH frOH,  
 und äh dass sie wieder DASind,> .hh  
 drum hab ich mich auch beREIT erklärt ihre FISche,  
 ihre BLUmen und ihren GARten zu versOrgen.  
 B: ↓ <<p, all> ich hab sie doch nich gebe  
 [(hörn) sie doch mal ich hab sie [doch NIE gebEten>  
 K: [weil ich [ja:: aber  
 B: [<<rall, ff> meinen GA:Rten UmzuGRA::ben;>  
 K: [wenn ich schon ins haus kommen MUSS?  
 ja aber das is doch (-) äh gAnz NEbensächlich ob  
 [ob das jetz (... ..) UMzugrAben. (... ..)  
 B: [was heißt hier nEbensächlich (... ..)  
 R: EIN momEnt die dAmen; EIN momEnt die dAmen. (ZDF, 22.9.00)

Wie im Alltag verläuft das Streitgespräch in wiederholten Runden mit zunehmender Expressivität: vom langsamen zum schnellen und vom leisen zum lauten Sprechen. Beide Sprecherinnen unterbrechen einander und beide sprechen ganze Äußerungseinheiten simultan; beide greifen die inhaltlich wichtigen Wörter des vorhergehenden Beitrags auf und wenden sie gegen die Adressatin.

Die Künstlichkeit liegt in der prosodischen und gestischen Übertreibung. An der Stelle, wo die Beklagte auf das Stichwort *Garten* sagt:

↓ ich hab sie doch nich gebe  
 (hörn) sie doch mal ich hab sie doch NIE gebEten  
 <<rall, ff> meinen GA:Rten UmzuGRA::ben;>

setzt die Beklagte mit einem Tonsprung nach unten ein, spricht zuerst sehr leise und schnell, steigert dann Lautstärke und Tonhöhe, um in den letzten drei Wörtern bei unverminderter Lautstärke das Sprechtempo extrem zu verzögern und die Tonhöhe fallen zu lassen. Noch ausgeprägter ist die Theatralik der Gesten: Die Sprecherin beugt sich weit zur Adressatin vor, öffnet die

Augen zu einem durchdringenden Blick, macht bei *gebeten* mit der linken Hand eine ruckartige, drohende Bewegung nach unten, lässt sie bei *Garten* nach rechts und dann wieder zurückschwingen und schlägt bei *umzugra::ben* zweimal kurz nach unten. Alles zusammen macht den Eindruck höchster Intensität. Sie passt vielleicht zu einem Vorwurf, etwas ganz Schlimmes getan zu haben, aber nicht dazu, einen Garten umgegraben zu haben, noch dazu zu Gunsten der Sprecherin.

Dagegen hatten die Streitsequenzen in der ersten Phase von *Richterin Barbara Salesch* den Reiz mitzuerleben, wie andere Leute sich streiten. Solche Streitgespräche waren zwar selten; aber hier reproduzierten Betroffene ihre privaten Streitigkeiten in der Öffentlichkeit. Gerade diese spezifische Form des Streitgesprächs hatte authentische Züge. Im folgenden Ausschnitt streitet sich ein getrenntes junges Paar aus dem Ruhrgebiet darüber, wer von beiden mehr zu den hohen Telefonkosten beigetragen hat (B ist der Mann, K die Frau):

- B: für aoEL TAUsendFÜNfhundert mArk beZAHLT, (-)  
 is das=n gANz schöner UNterschied würd ich sAgn. (--)
- K: da has=du aoEL genAU so genützt wie ICH?
- B: ja:. und wEr is von MORgens um sEchs bis Abends um sEchs  
 daVOR ge(... [... ...])
- K: [das ↑ STIMMT aber nich. (-)  
 da erZÄHLS=du KEse;  
 ich war mEistens NACHTS im nEtz. (-)
- B: ja. und dAs bis MORgens; (-)  
 bis [ich von=ner ARbeit kam;
- K: [un nAchmittags wars=DU meistens DRIN; (-)  
 wenn DU von=ner Arbeit zu hAUse wars. (.)  
 Also versUCH nIch MIR alles [anzuhÄngn.
- B: [ja EIn zwEI STUndn.  
 <<all> aber wer hat schon mEisdens SECHzehn SIBBzehn STUndn  
 vor> (-) [vor dem DING gehangen.
- K: [sEchzehn SIBBzehn stUndn? (.) WANN;
- B: Ach; hör doch AUF; (--)  
 weil ich mEisdens (AUch nur of=)er ARbeit war;  
 und das kann sie AUCH [bestÄtign.
- K: [<<all> und BIS=de zu hAUse gewEsn  
 hasd=e stUndenlang mit deem ARbeitskollEgn telefonIErd.>
- B: wann ↑ WAR ich denn mal zu hAUse. (-)
- K: Abends?
- B: Och jA:, um ELF uhr; ZWÖLF uhr.
- K: Ach is doch egAl,
- R: was MAchen sie berUflich. (Sat.1, 20.4.00)

Das ist ein Alltagsstreit von fast poetischer Qualität. Das Paar ist gut aufeinander eingespielt: Beide verwenden dieselben Formate für ihre Vorwürfe: kurze Äußerungseinheiten, leise Stimme, manchmal Tonsprünge nach oben bei wichtigen Wörtern; mehr fallende als steigende Intonation am Ende von Äußerungseinheiten; Unterbrechungen und dennoch große Kohärenz in der eigenen Antwort. Beide gehen kurz auf den Vorwurf ein, behandeln ihn und starten einen neuen. Beide schauen zu Beginn des Sprechereinsatzes kurz auf den anderen und dann wieder weg. Diese Kopfbewegungen folgen einer zeitlich koordinierten Choreografie der Zu- und Abwendung. Es ist ein trauriges Dokument einer gescheiterten Ehe. Mit ihrer verhaltenen Art auf der Ebene der Prosodie bei gleichzeitig starken inhaltlichen Vorwürfen interagieren die Beteiligten so unerwartet anders als die Schauspieler und Komparsen, welche ihre gegenseitigen Angriffe auf starke negative Emotionen anlegen.<sup>6</sup>

Dennoch sind solche Streitsequenzen aus der ersten Phase von *Richterin Barbara Salesch* kurze Einlagen verglichen mit den vehementen Auseinandersetzungen in wirklichen Schlichtungsgesprächen. Dort dominiert der direkte Konflikt zwischen den Parteien manchmal auf lange Strecken die Verhandlung, eskalierend und in mehreren Runden. In dem Schlichtungsgespräch *Alte Sau* z. B. (Schröder 1997, S. 59 ff.) verstricken sich die Parteien siebenmal in heftige Konflikte. Der Schlichter hat dann keine Möglichkeit, die Verhandlung zu führen; er bleibt von der Interaktion zwischen den Parteien ausgeschlossen. In den Gerichtssendungen fügen sich die Beteiligten dagegen der Gesprächsorganisation durch die Richter.

### 3. Sprachliche Tabubrüche in Sat.1 und die Geschmacksdifferenz zum ZDF

Im ZDF treten öfter Leute aus der oberen Mittelschicht auf, Personen aus dem wohlhabenden und gebildeten Bürgertum. Es ist die Welt der Villen- und Hausbesitzer, der Studierenden und Akademiker. Typische Berufe sind: Medienagent, Architekt, Pianistin, Tierarzt, Haarstylist, Inhaber eines Reisebüros, Leiterin eines Modeateliers. Die sozialen Welten von Sat.1 sind dagegen mehr geprägt durch Arbeiter und Angestellte, Arme und Arbeitslose, auch mehr durch Jugendliche. Typische Berufe sind hier: Bäcker, Metzger, Lkw-Fahrer, Installateur, Inhaberin eines Second-Hand-Ladens.

Mit diesen sozialen Milieus gehen eine unterschiedliche Ästhetik der Kleidung und der Zurechtmachung des Körpers und natürlich auch unterschiedliche Sprechstile einher. Die wirklich Betroffenen in der ersten Phase von

---

<sup>6</sup> Es gab in der ersten Phase von *Richterin Barbara Salesch* auch andere Arten des Streitgesprächs, z. B. den kurzen, schnell eskalierenden Schlagabtausch zwischen zwei jungen Rivalinnen oder die auf Sächsisch gesprochene Batterie von Anklagen, die die Beschuldigte wortlos über sich ergehen lässt.

Sat.1 sprachen oft dialektal (sehr häufig Ruhrgebietsdeutsch und Kölnisch). Manche wirkten unbeholfen, standen unter Stress, waren wortkarg, nuschelten, und einige, aber nicht viele, produzierten mit ihrem Dialekt auch auffallende syntaktische Abweichungen von der Standardsprache.<sup>7</sup>

Die unterschiedliche Art der Sprachverwendung zeigt sich besonders bei verbalen Aggressionen. Im ZDF lauten direkt adressierte Angriffe: *du bist so bockig im Moment* (15.9.00); *du denkst nur an deinen eigenen Erfolg* (15.9.00); *das ist eine riesengroße Unverschämtheit* (22.9.00); *Sie kleiner Mensch, Sie* (15.2.01); *das war eine solche Gemeinheit* (20.9.00). Der Zuruf *Sie Schnösel* zieht ein mahnendes *na na na na na* des Richters nach sich (15.9.00).

Im Vergleich dazu sind die Angriffe in Sat.1 wie auch in den sog. Confrontations-Talks der privaten Sender sehr viel beleidigender. Direkt adressierte Angriffe lauten: *Arschloch* (12.9.00); *was du da gesucht hast, war ne Schweinerei* (28.9.00); *du Luder* (15.2.01); *du Hohlschädel* (13.2.01); *dieser aufgepumpte Typ*; *da sieht man mal, wie doof du bist* (14.2.01); *du Schlampe* (14.2.01); *du kleines Flittchen du*; *blöde Kuh, dumme Schlampe* (21.2.01); *verarscht hat euch die blöde Tussi* (16.2.01); *der hat se doch nich alle auf der Pfanne* (19.2.01). Verglichen mit den Aufnahmen vom Oktober 2000 mit denen im Februar 2001 hat der grobe Stil zugenommen. Übrigens wird gerade mit Zitatausschnitten solcher Beleidigungen für die nächste Verhandlung bzw. Sendung geworben.

Manchmal wirken die Beleidigungen aufgesetzt; sie passen nicht zu der Charakterrolle, wie sie bisher dem Zuschauer präsentiert wurde. Ein ruhiger, eher gewählt sprechender Student sagt plötzlich zum Angeklagten: *du Spinner*; und seine neue Freundin, die bislang auch eher zurückhaltend wirkte, sagt zu ihrem früheren Freund: *weil ich endlich wieder mal en Guten im Bett haben wollte und nich so ne Lusche wie dich* (12.10.00).

Dieselbe Stildifferenz zwischen ZDF und Sat.1 herrscht in Vorwürfen, die Unwahrheit zu sagen; im ZDF: *das stimmt nicht, das ist nicht wahr* (20.9.00); *das ist ja albern* (18.9.00). Der Kommentar eines Klägers: *ich glaube, der lügt, der Zeuge* wird vom Richter sofort scharf zurückgewiesen: *Augenblick mal und ganz vorsichtig, sons wird das ein teurer Prozess* (20.9.00). In Sat.1 lauten solche Vorwürfe: *alles erstunken und erlogen* (11.10.00); *das ist totaler Quatsch* (7.3.01); *die Alte lügt wie gedruckt* (13.2.01), *alles Gelalle* (23.2.01).

<sup>7</sup> Ein junger Mann aus Ostfriesland: falscher Kasus: *mit die Bahn, ham=se mich zugerufen, zuerst zu Polizei gelaufen*; falsche Präposition: *bin ich nach Ludwig hingelaufen*; Hyperkorrektheit(?): *dass da und da mein Fahrrand standte*. Sein Gegenspieler spricht zwar standardnah, artikuliert aber sehr undeutlich (Sat. 1, 17.4.00).



Auch die Sprechweise der Jugendlichen ist in Sat.1 sehr viel derber als im ZDF: *du gehst mir schon lange auf den Sack* (23.2.01), *halt die Klappe* (14.2.01), *die würd dich mit dem Arsch nich ankucken* (26.2.01). Manche der Beleidigungen gehen bei Richterin Salesch durch; meistens mahnt sie zur Zurückhaltung und droht mit Ordnungsgeld; manchmal leistet sie auch regelrecht stilistische Korrekturarbeit, z.B. bei einer 20jährigen Angeklagten:

A: und die alte MIchels hängt da in ihrer Villa rum

R: sie meinen FRAU michels; ja.

A: FRAU michels; (-) hängt in ihrer BONzenvilla rUm,

R: sie WOHNt in ihrem haus; ja.

A: wohnt in ihrem HAUS; mhm? (Sat.1, 12.10.00)

Eine besondere Aufmerksamkeit bekommen Bezeichnungen für Geschlechtsverkehr, wenn sie akustisch durch einen Piepston überlagert werden (auch dies wie in den Daily Talks *Arabella* von Pro 7 oder *Bärbel Schäfer* von RTL). Die Tochter, die ihren Freund mit der eigenen Mutter beim Sex überrascht hat, sagt: *sie haben da wild miteinander rum* [Piepston] (Sat.1, 23.2.01). Für die Zuschauer wird deutlich gemacht, dass die Sendung nachträglich bearbeitet wurde; zweitens demonstriert der Sender die Einhaltung sprachlicher Geschmacksnormen, wenn Sprecher sie überschreiten. Dies ist paradox, denn die Sendung fördert den derben Stil und wirbt mit Beleidigungszitaten.

Ordinäre Ausdrucksweise und gerichtliche Autorität führen zum inszenierten Konflikt. Ein Angeklagter sagt zum Staatsanwalt, während er die Anklageschrift verliest: *das=n absoluter Bullshit was der da vom Stapel lässt*. Danach beginnt ein Spiel eskalierender Beleidigung von Seiten des Angeklagten und Sanktionen von Seiten der Richterin:

Erste Stufe:

A: Ich glaube dass die trUlli sich nur in die Öffentlichkeit schIEßen will.

R: <<räuspert sich laut>>

Zweite Stufe:

A: für mich is se halt ne sUppentrUlli, en TREsenhuhn.

R: noch EINmal so=ne beZEICHnung; (-)

und es gibt=n Ordnungsgeld.

Dritte Stufe:

A: hör AUF du sUppentrUlli.

R: <<len> HUNdert mark ORDnungsgeld.>

<<sehr langsam, zweimal fallende Intonation, „geleiert“>>

## Vierte Stufe:

A: die Alte lügt wie gedrückt.

da is KEIN wOrt von WAHR.

du bis doch zu BLÖD aus=m BUS zu kÜckn du.

R: hErr BEIL. ZWEI tAge Ordnungshaft.

<<sehr langsam, zweimal fallend, wie oben>>

in Anschluss an dieses verFAH:ren.

ja? es rEIcht mir jetzt.

<<Lachen bei den Studiogästen>> (SAT.1, 13.2.01)<sup>8</sup>

Der Mangel an wirklichen Konsequenzen für das sprachliche Verhalten tritt dann offen zu Tage, wenn der Beklagte trotz der schon auferlegten zwei Tage Ordnungshaft eine Zeugin noch einmal beleidigt (*du Schnepfe*), die Richterin aber nur noch auf verbale Zurechtweisungen zurückgreift (*Herr Beil, ich hab es nicht gern, wenn im Gerichtssaal beleidigt wird*).

Solche Szenen scheinen mir typisch: Zwei Beteiligte verhalten sich einseitig provokativ, beleidigend und ordinär. Sie stellen soziale Typen dar: den aggressiven, rücksichtslosen Erpresser und den respektlosen, dynamischen Rechtsanwalt. Die Richterin bzw. die Zeugin wahren die Normen des gesellschaftlichen Umgangs. Das Publikum im Studio bekommt einen kleinen Skandal, über den es aber lachen kann. Das Lachen zeigt, dass diese Art von Tabubruch genossen wird. Und dies ist wieder ein Grund für private Sender, spektakuläre Provokationen nicht nur zu dulden, sondern zu forcieren (vgl. Die Tyrannei der öffentlichen Intimität 1999, S. 50 ff.).

Während sich Zeugen in wirklichen Prozessen eher bemühen, standard-sprachlich statt dialektal und Behördendeutsch statt Umgangssprache zu sprechen<sup>9</sup>, bringt Sat.1 verbale Aggressionen aus der Nahkommunikation in einen sozialen Bereich, der auch heute noch durch rituelle Formalität und Respekt gegenüber den Institutionsvertretern gekennzeichnet ist. Der aggressive Stil hat aber Scheincharakter. Die Angriffe sind Zitate von Beleidigungen, beschränkt auf isolierte Äußerungen; sie resultieren nicht aus einem alltagsweltlichen Konflikt. Die Streitsequenzen führen nicht einmal zu einem mehrmaligen Hin und Her von Angriffen, wie das in privaten Streitge-

<sup>8</sup> Der Rechtsanwalt führt den ordinären Ton fort: *ich bin da lästisch wie ne Scheißhausfliege*. Diesmal weist eine Zeugin auf die Stildifferenz hin: *was für ein Jargon*. In einer anderen Verhandlung sagt dieser Rechtsanwalt: *nur weil Sie andern Leuten auf die Titten kucken* (15.2.01).

<sup>9</sup> Beispiele dazu in Hoffmann (1983, S. 159): *die anderen Sachen, die hab ich einbehalten; wo ich dann aufgegriffen worden bin*; Schröder (1997, S. 97 f.): *Äußerungen, die ich jetzt zur Anschuldigung vorbringe; ich war abwesend, war also nicht anwesend; durch die Beengtheit unserer Gärten; durch diese Aktivität*. Das Bewusstsein, im institutionellen Raum zu sprechen, zeigt sich auch in Selbstkorrekturen: *irgendwelche Leu Personen* (Fuchs/Schank 1975, S. 128).

sprächen üblich ist. Die sprachlichen Provokateure stehen auch nicht unter einem „Kooperations-Konfrontations-Dilemma“ (Klemm 1996, S. 151), also im Dilemma, verbale Angriffe zu produzieren, ohne die Kommunikation in der Sendung zu gefährden; sie sollen nur die stilistische Differenz markieren und vielleicht auch stellvertretend „denen da oben“ die Brüchigkeit sozialer Normen demonstrieren.<sup>10</sup>

Insgesamt setzt sich damit der inszenierte Tabubruch in den privaten Sendern weiter fort (Bente/Fromm 1998, S. 623 ff.). War er seit Ende der 80er Jahre beschränkt auf bestimmte Talk-Shows, Konfrontationsdiskussionen und Phone-in-Sendungen (Straßner 1991, S. 219 ff.; Burger 1996, S. 58 ff.; Klemm 1996, S. 143 ff.), so wird in Sat.1 versucht, sprachlich-kommunikative Drastik in der Fiktion auf einen sozialen Bereich auszudehnen, der stark durch hochsprachliche Distanz, Formalität und Ritualität gekennzeichnet ist.

Der stellenweise ordinäre Ton in Sat.1 bietet für die ZDF-Sendung eine gute Folie für die eigene sprachliche Ästhetik. Hier sprechen die Beteiligten öfter mit stilistischen Überhöhungen: *Euer Ehren* statt *Herr Vorsitzender* (15.9.00), *Dame* statt *Frau* (15.9.00), *honoriiert* statt *vergütet/bezahlt* (15.9.00), *Diarrhöe* statt *Durchfall* (15.9.00).

## 4. Soziale und kommunikative Funktionen

### 4. 1 Unterhaltung

Primäre Funktion ist in beiden Sendungen die Unterhaltung. Dazu gehören die interessante Aufmachung des nicht-juristischen Personals, die Kameraführung, die dramaturgischen Überraschungsmomente, die identifikatorische Teilnahme am Geschehen und das Vergnügen, Konflikte zu durchschauen, die daher rühren, dass zwei gegensätzlich konzipierte Charaktere aufeinander treffen. Zur Unterhaltungsfunktion gehört ferner die Teilnahme an fremden sozialen Welten und tabuisierten Lebensbereichen, die in Sat.1 bis zum Voyeurismus geht, an dem auch die Richterin mitwirkt.<sup>11</sup> Zur Unterhaltung gehört in Sat.1 auch das Element verbaler Aggression und Provokation, das zu einem medienpezifischen Konflikt zwischen beabsichtigter Zuschauerbindung und demonstrativer öffentlicher Moral führt.

<sup>10</sup> Vgl. Fiske (1987, S. 235). Auch nonverbale Provokationen gegen die Richterin (der Angeklagte sitzt lämmelnd auf dem Zeugenstuhl, er hält den Mund halb offen, verschränkt die Arme hinter dem Kopf, spielt auf die Rüge hin ein braves Schulkind, indem er die Hände flach auf den Tisch legt, steht nicht auf bei der Urteilsverkündung usw., Sat. 1, 13.10.00) dienen dazu, institutionelle Normen zu unterlaufen, vgl. Willis (1982, S. 128 ff.).

<sup>11</sup> Sie hält z.B. einen kurzen Moment ein Foto ins Objektiv, auf dem man den Geschädigten mit heruntergelassenen Hosen in sexueller Aktion sieht (9.10.00).

## 4.2 Information

Informationen über die juristische Relevanz von geschilderten Handlungen und ihren Umständen haben ihren Ort in den Urteilsbegründungen, im ZDF auch bei den Informationen des Experten Büser und in den zusätzlichen Medien von juristischen Ratgebern und Internet-Informationen. Aber juristische Aufklärung kann auch scheitern. In einer Urteilsbegründung sagt Richter Neumann zu einer Münchnerisch sprechenden Klägerin:

- R: man muss jedenfalls davon AUSgehen,  
dass er eine ANscheinsvollmacht hatte von Ihnen; [...]  
K: <<all> WAS für eine vOllmacht entschuldigung,>  
R: eine ANnscheinsvollmacht.  
K: ANscheins (-) mhm.  
R: <<len> die ANscheinsvOllmacht; jA.>  
K: hob=i no NIE ghärt. (ZDF, 6.3.01)

## 4.3 Die Botschaft der sozialen Harmonie

In beiden Sendungen wird die Botschaft vermittelt, dass sich Konflikte bei etwas gutem Willen lösen lassen. Die ZDF-Sendung hört mit dem immer gleichen Moralspruch auf: *deshalb vertragen Sie sich gut*. Oft verlassen in beiden Sendungen die Streitparteien als miteinander versöhnte Menschen die Szene, lächelnd, Arm in Arm auf dem gemeinsamen Weg in ein Café. Viele Streitfälle in der ersten Phase der Sat.1-Sendung entstanden aus Konflikten unter Freunden. Diese sahen dann die Fernsehveranstaltung als die Rettung ihrer Freundschaft an:

- K: ja Unsere FREUNdschaft war bis zur verhAndlung ziemlich  
Angespannt.  
B: die hälfte von dEm was er geFORdert hat, m: (-)  
sa=mer mal is geRESCHT. ja?  
K: das GUte daran wAr, dass halt ne DRITte persOn darüber  
geUrteilt hat. (27.9.00)

Die Versöhnung am Schluss unterscheidet die Fiktion von wirklichen Schlichtungsgesprächen, in denen der Konflikt meist nur zu einer Art Waffenstillstand führt. Viele Parteien, die auf Anraten ihres Rechtsanwalts einer Einigung zugestimmt haben, bereuen dies nachträglich.

## 4.4 Lebenshilfe, Moral

Der Kommentar des Falles vom Standpunkt des common sense betrifft vor allem die Sat.1-Sendung. Die Richterin redet den Angeklagten und anderen Beteiligten ins Gewissen. Sie sagt z. B. zu einer jungen Frau, die nicht wahrhaben will, dass ihr Freund sie verlassen hat:

frau KLO:se; sIE stuDIEren doch. (.hh)  
 wie wär=s eingtlich mal wenn sie mit=m DENken Anfangen. (-)  
 .hh sagn=sie mal in welcher TRAUMwelt leben sie;  
 im KIno, im FERNsehn, oder wO. (21.2.01).

## Literatur

- Bente, Gary/Fromm, Bettina (1998): Tabubruch als Programm? Angebotsweisen, Nutzungsmuster und Wirkungen des Affekt-Fernsehens. In: Klingler, Walter/Roters, Gunnar/Zöllner, Oliver (Hg.): Fernsehforschung in Deutschland. Baden-Baden. S. 613–639.
- Biere, Bernd Ulrich/Hoberg, Rudolf (Hg.) (1996): Mündlichkeit und Schriftlichkeit im Fernsehen. Tübingen.
- Burger, Harald (1996): Laien im Fernsehen. In: Biere/Hoberg (Hg.), S. 41–80.
- Die Tyrannei der Öffentlichen Intimität. Dokumentation der Tagung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk. Berlin 1999.
- Fiske, John (1987): Television Culture. London/New York.
- Fuchs, Harald/Schank, Gerd (Hg.) (1975): Texte gesprochener deutscher Standardsprache III. München.
- Hoffmann, Ludger (1983): Kommunikation vor Gericht. Tübingen.
- Klemm, Michael (1996): Streiten „wie im wahren Leben“? In: Biere/Hoberg (Hg.), S. 135–162.
- Schröder, Peter (Hg.) (1997): Schlichtungsgespräche. Ein Textband mit einer exemplarischen Analyse. Berlin/New York.
- Selting, Margret u. a. (1998): Gesprächsanalytisches Transkriptionssystem (GAT). In: Linguistische Berichte 173, S. 91–122.
- Straßner, Erich (1991): Mit ‚Bild‘ fing es an. Mediensprache im Abwind. In: Bucher, Hans-Jürgen/Straßner, Erich (Hg.): Medien-Sprache, Medien-Kommunikation, Medien-Kritik. Tübingen. S. 113–129.
- Willis, Paul (1982): Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt a. M.

GISELA HARRAS

## Mord, Totschlag & Handlung<sup>1</sup>

Verursachung und Verantwortung in der Handlungssprache

### Abstract

In diesem Beitrag wird, anhand eines juristischen Kommentars eines Fallbeispiels, zunächst gezeigt, dass Handlungen bzw. deren Unterlassungen durch sprachliche Be- bzw. Zuschreibungen überhaupt erst solche konstruiert werden. Das heißt auch: Intentionalität ist erst durch die Sprache fass- und verhandelbar. In einem zweiten Teil werden strafrechtliche Zuschreibungspraktiken und deren Kriterien – die Nichteinhaltung eines Gebots bzw. die Übertretung eines Verbots – dargestellt und diskutiert.

### 0. Vorbemerkung

Im Folgenden soll die Interpretations- bzw. Beschreibungsabhängigkeit menschlicher Handlungen und deren kommunikative Folgen verdeutlicht werden und dies sowohl für den alltäglichen Umgang mit Handlungsbeschreibungen als auch für die Bedingungen und Möglichkeiten der strafrechtlichen Praxis.

### 1. Handlungsverantwortung: ein Beispiel

Beginnen möchte ich mit einem Beispiel aus einem Buch zum Allgemeinen Strafrecht:

„Nach dem Zubettgehen greift Frau F zu einem Kriminalroman. Neben ihrem Bett schlummert in einer Wiege ihr 5 Monate altes Kind. Plötzlich fällt der Strom aus. Da F das begonnene Kapitel unbedingt zu Ende lesen möchte, zündet sie eine Kerze an, die sie auf das Nachtschränkchen stellt. Während des Lesens schläft sie ein. Bei einer Armbewegung im Schlaf stößt sie die brennende Kerze um, so daß sich ein Schmelbrand entwickelt. Als F erwacht, ist ihr Kind bereits erstickt. F kommt mit dem Leben davon. F meint, daß sie mangels ‚Handlung‘ für den Tod des Kindes nicht verantwortlich sei. Trifft ihre Ansicht zu?“ (Wessels/Beulke 2000, S. 30.)

Auf dieses Beispiel folgt ein Kommentar, der die Vorgehensweise des Juristen erläutert, um herauszubekommen

---

<sup>1</sup> Der Stil des Vortrags ist in diesem Text beibehalten worden. Für eine vergnügliche Lese- und Zuhörstunde bedanke ich mich bei meiner Kollegin Elke Tellenbach.

- (a) ob F überhaupt eine Handlung und
- (b) wenn ja, welche strafrechtlich relevante Handlung F vollzogen hat, d. h. es soll die Frage beantwortet werden: Was hat Frau F getan?

Der Kommentar lautet folgendermaßen:

„Vorsatzdelikte scheiden bei diesem Sachverhalt aus. F kann sich jedoch der fahrlässigen Tötung (§ 222) schuldig gemacht haben. Das **Umstoßen der brennenden Kerze** durch die im Schlaf (d. h. außerhalb des Bewußtseins) erfolgte Armbewegung scheidet bei der Frage nach dem Vorliegen einer ‚Handlung‘ als geeigneter Anknüpfungspunkt aus. Zu prüfen ist aber, ob nicht ein vorangegangenes Verhalten der F als Grundlage für die strafrechtliche Beurteilung in Betracht kommt. Das **Anzünden der Kerze** (= aktives Tun) war ‚Handlung‘ im oben erläuterten Sinn [d. h. vom menschlichen Willen beherrschtes und beherrschbares Verhalten, G. H.], erfüllt den Tatbestand des § 222 jedoch deshalb nicht, weil es für sich allein keinen Verhaltensfehler und keinen Sorgfaltsmangel erkennen läßt. Einen weiteren tauglichen Anknüpfungspunkt bildet das **Nichtauslöschen der Kerze** beim Auftreten der ersten Ermüdungserscheinungen (= pflichtwidriges Unterlassen). Als ein vom menschlichen Willen beherrschtes und beherrschbares sozialerhebliches Verhalten erfüllt dieses Unterlassen alle Voraussetzungen des Handlungsbegriffs. Da es auch auf einem Sorgfaltsmangel beruht (...) und die im Unterlassungsbereich erforderliche Garantenstellung von F im Sinne des § 13 unschwer zu bejahen ist (= Verantwortlichkeit für eine bestimmte Gefahrenquelle, Schutzpflicht für das Leben ihres Kindes), führt dieser Anknüpfungspunkt zur sachgerechten Lösung des Falles (**fahrlässige Tötung** gem. §§ 222, 13 in der Form des **unechten Unterlassungsdelikts**).“ (Wessels/Beulke 2000, S. 30.)

Der Kommentar zeichnet die folgende Vorgehensweise nach:

- (1) es wird nach einer Aktivität von F gesucht, die als Handlung gelten kann;
- (2) die eindeutig unter diese Bestimmung fallende Aktivität des Anzündens einer Kerze wird aufgrund des Kriteriums mangelnder sozialer Relevanz ausgeschlossen; das Anzünden einer Kerze ist für sich genommen keine sozialschädliche Verhaltensweise, und nur solche werden im Strafrecht mit Strafe bedroht;
- (3) als Handlung wird eine Unterlassung, das Nichtauslöschen der Kerze betrachtet und zwar in ihrer Eigenschaft als Nichterfüllung des Gebots der Gefahrvermeidung und der Schutzpflicht für das Leben des Kindes, wobei implizit von der Gültigkeit einer Prognose ausgegangen wird derart: Wenn F die Kerze ausgelöscht hätte, also A' statt A getan hätte, dann wäre das Kind nicht erstickt, d. h. statt des Ereignisses B (Erstickungstod) wäre ein anderes Ereignis B' (Weiterleben des Kindes) eingetreten;
- (4) Die Antwort auf die Frage, was F getan hat, lautet also:  
F hat fahrlässig ihr Kind getötet, indem sie es unterlassen hat, die Kerze rechtzeitig auszulöschen.

Dieser Antwort ohne weiteres zuzustimmen, fällt einem nicht leicht, denn schließlich wird hier jemand für die Folge von etwas verantwortlich gemacht, was er nicht getan, was er unterlassen hat. Die Zuschreibung von Verantwortung für Folgen unserer Handlungen sowie deren Unterlassungen ist nun auch im nicht-juristischen Bereich eine übliche Praxis, wie ich im Folgenden aus der Perspektive der analytischen Handlungstheorie zeigen werde.

## 2. Handlungsbeschreibungen in der Alltagssprache

### 2.1 Intentionalität als Beschreibungsaspekt

Handlungen wurden in dem Kommentar zu unserem Eingangsbeispiel als menschliche Verhaltensweisen bestimmt, die vom Willen beherrscht und beherrschbar sind, sie sind also im weitesten Sinn intentional und somit interpretations- bzw. beschreibungsabhängig. Intentionalität ist nämlich keine Eigenschaft, die sich in einem besonderen geistigen Ereignis manifestiert. Gilbert Ryle schreibt in seinem Buch „Concept of Mind“:

„Absichtlich die Stirn runzeln heißt nicht etwa: eine Angelegenheit auf der Stirn und eine andere auf einem zweiten metaphorischen Ort zu erledigen; noch heißt es: die eine Sache mit den Stirnmuskeln und die andere mit irgendeinem unkörperlichen Organ bewerkstelligen. Ganz besonders heißt es nicht, die Runzeln auf der Stirn dadurch hervorbringen, daß man zuerst eine runzelverursachende Anstrengung mit irgendeinem okkulten Unmuskel macht. ‚Er runzelte absichtlich die Stirn‘ berichtet nicht den Vorfall von zwei Episoden. Er berichtet den Vorfall einer einzigen Episode, aber einen von ganz anderem Charakter als der, die mit ‚Er runzelte unfreiwillig die Stirn‘ berichtet wird, wie sehr die Runzeln einander auch photographisch ähnlich sein mögen.“ (Ryle 1969, S. 95/96.)

Die Intentionalität des Verhaltens liegt in diesem selbst. Ein Verhalten bekommt seinen intentionalen Charakter, wie von Wright (1974) hervorhebt, dadurch, dass es vom Handelnden selbst oder von einem Beobachter in einer weiteren Perspektive gesehen wird, dadurch, dass es in einen Kontext von Zielen und kognitiven Elementen gestellt wird. Intentionalität ist demnach keine Eigenschaft eines Verhaltens, sondern ein Aspekt, eine Kategorie der Interpretation eines Verhaltens. Anscombe hat die gängige Formulierung geprägt: ein Verhalten ist „intentional unter einer Beschreibung“. (Anscombe 1969, S. 23.)

### 2.2 Der Ziehharmonikaeffekt von Handlungsbeschreibungen

Handlungen und deren Unterlassungen können Folgen haben, und ihre Beschreibungen können auch auf diese Folgen Bezug nehmen. Feinberg hat die Möglichkeiten von Handlungsbeschreibungen durch die plastische Metapher des Ziehharmonikaeffekts charakterisiert, der darin besteht, dass die Beschreibung einer Handlung nahezu beliebig kleine und große Ketten von Ereignissen umfassen kann (vgl. Feinberg 1977). Z. B. kann ein und dieselbe Aktivität beschrieben werden als:



- (1) A schrieb seinen Namen
- (2) A unterschrieb einen Vertrag
- (3) A schloß einen Vertrag ab

oder auch in der Metaphorik des Ziehharmonikaeffekts noch weiter:

- (4) A leistete einen Beitrag zu seiner privaten Alterssicherung

Der Feinbergsche Ziehharmonikaeffekt kann sich nun auch auf Fälle wie den folgenden beziehen (vgl. Feinberg 1977, S. 204 f.):

Wir können sagen, dass Peter die Tür aufgemacht und dadurch Paul (der drinnen war) erschreckt hat, womit wir Peters Handlung als die Ursache einer darauf folgenden Wirkung betrachten. Wir können aber auch einfach sagen: Peter hat Paul erschreckt (dadurch, dass er die Tür aufmachte) und damit die Konsequenz in die komplexe Handlung einbauen. Wenn Paul dabei so erschrak, dass ihn der Schlag traf, können wir sagen, dass Peters Öffnen der Tür seinen Tod verursachte bzw. dass sein Tod dadurch verursacht wurde, dass er von Peter derart erschreckt worden war oder einfach, dass Peter dadurch, dass er diese Dinge tat, Paul getötet hat.

In solchen Fällen wird auf Ereignisse Bezug genommen, die unbeabsichtigte Konsequenzen des Handelns darstellen. Dies scheint im Widerspruch zu stehen zur Anscombeschen Auffassung der Intentionalität als Verhalten unter einer Beschreibung. Andererseits würden wir das, was Peter in unserem Beispielfall getan hat, nicht ohne weiteres als nicht-intentionales Verhalten charakterisieren wollen, denn etwas hat er ja absichtlich getan, nämlich die Tür geöffnet; es gibt also eine mögliche Handlungsbeschreibung, in der auf eine Intention verwiesen wird. Das heißt: Handlungsbeschreibungen, die auf Konsequenzen des Handelns Bezug nehmen, sind dann zutreffend, wenn es mindestens eine Beschreibung gibt, in der auf eine Intention des Handelnden verwiesen wird, oder wie es Davidson formuliert hat: „Jemand vollzieht dann eine Handlung, wenn das, was er tut, so beschrieben werden kann, daß er es absichtlich tut. Angenommen, ein Offizier schießt einen Torpedo auf ein Schiff ab, das er für die Tirpitz hält und versenkt tatsächlich die Bismarck, dann ist das Versenken der Bismarck seine Handlung, denn diese Handlung ist mit dem Versuch identisch, das Schiff zu versenken, das er für die Tirpitz hält, und der ist absichtlich.“ Davidson 1977, S. 286.)

Das, was der Offizier getan hat, kann man auch so beschreiben:

Dadurch dass der Offizier einen Torpedo auf das Schiff, das er für die Tirpitz hält, abgeschossen hat, hat er die Bismarck versenkt.

Mit solchen Sätzen wird dem Handelnden eine Wirkung zugeschrieben, die er durch das, was er absichtlich getan hat, verursacht hat. Das Problem, das sich aus dieser unbestrittenen Möglichkeit ergibt, ist nun das folgende (vgl. dazu auch Harras 1983, S. 33 ff.): Wenn man von zwei Ereignissen behauptet, das erste sei die Ursache des zweiten, dann präsupponiert man, dass die beiden Ereignisse

- voneinander verschieden sind
- und zeitlich aufeinander folgen.

Dies ist nun unverträglich mit der Feinbergschen Auffassung, dass sich die Zuschreibungen von Ursachen und Wirkungen auf ein und dieselbe Handlung beziehen. Davidson (1977) diskutiert das Problem am Fall der Königin, die Gift ins Ohr ihres Gatten träufelt und ihn damit tötet. Das einzige, was die Königin tut, ist, dass sie bestimmte Handbewegungen ausführt, die mit dem Ausdruck *Gift ins Ohr des Königs träufeln* beschrieben werden können. Das ist auch alles, was getan wurde. Wenn wir nun die Verantwortlichkeit für eine Handlung auf die Verantwortlichkeit für ihre Folgen ausdehnen, „tun wir dies nicht dadurch, daß wir den Handelnden mit einer neuen Handlung belasten, sondern dadurch, daß wir darauf hinweisen, daß seine ursprüngliche Handlung diese Folge hatte.“ (Davidson 1977, S. 304.) Die Ziehharmonika, die beim Auseinander- und Zusammenziehen dieselbe bleibt, ist nichts anderes als die Handlung selbst. Was sich verändert, sind die beschriebenen Aspekte oder die Beschreibungen des Ereignisses.

Über die Angemessenheit von Handlungsbeschreibungen – und dies ist die wesentliche Konsequenz aus der Interpretationsabhängigkeit von Handlungen – kann gestritten werden: Was für einen Handelnden selbst als eine angemessene Handlungsbeschreibung gilt, muss nicht unbedingt auch für den Beschreibenden als solche gelten und umgekehrt. Die Auseinandersetzung über die Angemessenheit von bestimmten Handlungsbeschreibungen ist natürlich ein besonderes strafrechtliches Betätigungsfeld. Deswegen werde ich in einem zweiten Teil meines Beitrags auf die Bedingungen und Möglichkeiten dieser Praxis näher eingehen, wobei ich einige Ideen aus dem anregenden Buch von Philipps (1974) aufgegriffen habe.

### **3. Möglichkeiten und Bedingungen von Handlungsbeschreibungen in der strafrechtlichen Praxis**

Handlungsbeschreibungen, die in der strafrechtlichen Praxis eine Rolle spielen, beziehen sich auf spezifische Handlungen. Jeder Mensch verfügt über einen Spielraum möglichen Handelns, der außer durch natürliche Begrenzungen durch Verbote und Gebote der Gemeinschaft eingeschränkt ist. Verbote und Gebote sind in dem folgenden Zusammenhang zu sehen (vgl. Abb.1): Verbote schließen Handlungen aus, sie schreiben nichts vor; zu ihrer Erfüllung muss man nichts tun. Gebote hingegen schreiben vor, sie schließen nichts aus; um sie zu erfüllen, muss man etwas tun. Die klassische Formulierung von Verboten ist ein negativer Soll-Satz wie „Du sollst nicht töten“, die klassische Formulierung von Geboten ist ein positiver Soll-Satz wie „Du sollst Vater und Mutter ehren“, d.h. Verbote drücken Unterlassungspflichten aus, Gebote Handlungspflichten. Gegen Verbote verstößt man durch Tun, gegen Gebote durch Unterlassungen. Außerdem gilt: Aus Verboten können Gebote abgeleitet werden, aus Geboten aber nur wiederum (speziellere) Gebote.

Verbote	Gebote
schließen Handlungen aus	schreiben vor
schreiben nicht vor	schließen nicht aus
werden übertreten	werden nicht erfüllt
durch Tun	durch Nicht-Tun, Unterlassen
drücken Unterlassungspflichten aus	drücken Handlungspflichten aus

Abb. 1

Diese Bestimmung ist aus der Perspektive eines handelnden Systems formuliert, weniger aus der Perspektive von Juristen oder gar aus einer logischen Perspektive.

Die Beurteilung der Angemessenheit von Handlungsbeschreibungen kann nach den folgenden Kriterien erfolgen (vgl. Abb.2): Es gibt drei verschiedene Aspekte der Zurechnung: den Handlungsmodus, den Normmodus sowie den Modus der Relation. Der Handlungsmodus kann durch Tun oder Unterlassen ausgeprägt sein, der Normmodus durch Verbot oder Gebot und der Modus der Relation durch einen kausalen oder durch einen irreal-prognostischen Zusammenhang.

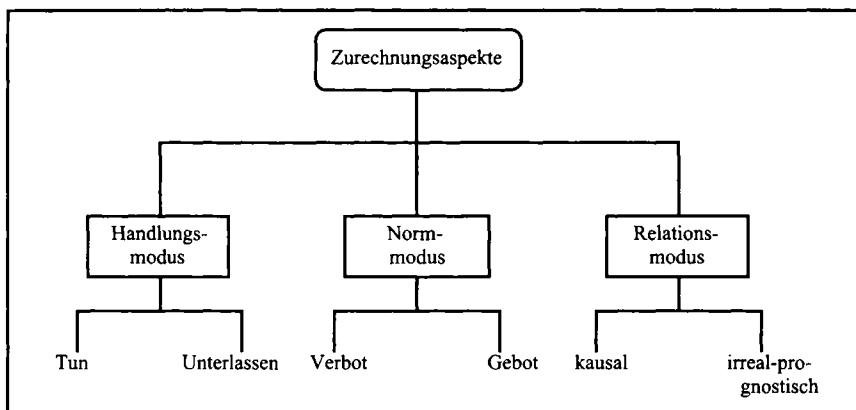


Abb. 2

### 3.1 Der Zurechnungsaspekt des Handlungsmodus

Die Frage, ob etwas als Tun oder als Unterlassen gilt, wird in der Jurisprudenz u. a. anhand eines Falls diskutiert, der als Ziegenhaarfall in die Beispielsammlung des Strafrechts eingegangen ist:

Ein Bürstenfabrikant lässt seine Arbeiter Ziegenhaare verarbeiten, die mit Milzbrandbakterien behaftet sind. Infolgedessen erkrankten viele Arbeiter, einige starben.

Zu diskutieren ist, ob der Fabrikant wegen seines Tuns, des Aushändigen des Materials oder wegen der Unterlassung, des Nicht-Desinfizierens, verantwortlich gemacht werden soll. In jedem Fall wird allerdings die der Zurechnung zugrundeliegende komplexe Norm verletzt, die so formuliert werden kann:

Wenn man Tierhaare mit Milzbrandbakterien verarbeiten lässt, dann soll man sie vorher desinfizieren.

Es wäre nun sinnlos zu fragen, ob eine solche Norm durch ein Tun oder ein Unterlassen nicht erfüllt wurde, ebenso sinnlos wie es wäre zu fragen: Warum falsifiziert ein weißer oder bunter Rabe den Allsatz, dass alle Raben schwarz sind: weil der Vogel ein Rabe oder weil er nicht schwarz ist? Mit einem wenn-dann-Satz kann kein einzelner atomarer Satz in Widerspruch stehen, sondern nur eine Konjunktion von zwei Sätzen, also: der Fabrikant hat die Tierhaare ausgehändigt und er hat sie nicht desinfiziert (vgl. auch Philipps 1974, S. 98 f.).

### 3.2 Der Zurechnungsaspekt des Normmodus

Unser Eingangsbeispiel hat gezeigt, dass die Zurechnung einer strafbaren Handlung unter dem Gesichtspunkt der Nicht-Erfüllung eines Gebots, nämlich Fs Schutzpflicht für das Leben ihres Kindes, geschieht. In vielen Fällen allerdings ist die Fixierung des Normmodus davon abhängig, wie die Beziehungen zwischen Verboten und Geboten jeweils interpretiert werden. Wenn X angesichts eines Ertrinkenden und eines verfügbaren Rettungsringes es unterlässt, diesen dem Ertrinkenden zuzuwerfen, so wird dem X dann der Tod des Z zugerechnet, wenn das Rettungsgebot als vom allgemeinen Tötungsverbot abgeleitet angesehen wird, und dem X wird dann die unterlassene Hilfeleistung angerechnet, wenn das Rettungsgebot als vom allgemeinen Gebot der Hilfspflicht abgeleitet betrachtet wird.

### 3.2 Der Zurechnungsaspekt des Modus der Relation

Der Relationsmodus hat zwei Ausprägungen: einmal als kausale Erklärung und zum andern als Prognose. Mit kausalen Erklärungen wird ein bestimmtes vorliegendes Endereignis als durch bestimmte Ausgangsbedingungen verursacht erklärt; die Ausgangsbedingungen werden als Beschreibungen singulärer Ereignisse, speziell von Handlungen formuliert. Dabei verlässt man sich meist implizit auf die Gültigkeit von Naturgesetzen: Wenn man sagt, dass X, der jemandem mehrere Milligramm Zyankali ins Essen gemixt hat, für dessen Tod verantwortlich ist, dann nur unter der Voraussetzung, dass das Naturgesetz gilt: die Einnahme einer bestimmten Menge Zyankali ist tödlich. Andererseits ist auch die Beschreibung der singulären Handlung, also Xs Zyankali-ins-Essen mixen, notwendiger Erklärungsbestandteil. Nur beides zusammen, die Angabe des Naturgesetzes und die Beschreibungen singulärer Ereignisse, kann das Eintreten eines anderen singulären Ereignisses erklären.

Im alltäglichen Sprachgebrauch wird häufig auf die Angabe von Naturgesetzen verzichtet, weil diese immer und überall Geltung haben, während dies für singuläre Ereignisse gerade nicht zutrifft. (Vgl. dazu auch Philipps 1974, S. 102 f.)

Bei vielen Ereignissen in der Welt wird die ursächliche Erklärung allerdings als unbefriedigend empfunden, vor allem da, wo es eine institutionelle oder technische Einrichtung oder auch eine Rechtsvorschrift gibt, die die Funktion hat, schädliche Ereignisse abzuwenden. In solchen Fällen wird man weniger wissen wollen, wodurch ein Ereignis bewirkt wurde als vielmehr, wie es überhaupt möglich war, dass es bewirkt wurde. Im Ziegenhaarfall wird z. B. als Antwort auf die Frage, warum die Arbeiter erkrankt sind, die Feststellung, dass sie bakterienverseuchte Tierhaare verarbeitet haben, unbefriedigend sein, wenn man davon ausgeht, dass es ein Gebot gibt, Tierhaare vor der Verarbeitung zu desinfizieren, so dass die Verhinderung der Ansteckung erwartbar war.

Solche funktionalen Erklärungen erklären dann nicht, warum das Eintreten eines Ereignisses notwendig war, sondern warum ein Ereignis, obwohl man es für notwendig hätte halten können, nicht eingetreten ist. Sie haben also einen prognostischen Status, wobei das Versagen einer Prognose dadurch erklärt wird, dass eine oder mehrere ihrer Prämissen unzutreffend waren. Wenn im Ziegenhaarfall die Milzbrandbakterien gegen das vorgeschriebene Desinfektionsmittel resistent waren – und dies hatte der angeklagte Bürstenfabrikant seinerzeit geltend gemacht – dann konnte ohnehin nicht prognostiziert werden, dass die Ansteckungsgefahr beseitigt würde. Dass der Schaden nicht abgewandt worden ist, lässt sich dann auch nicht mit der pflichtwidrigen Unterlassung des Fabrikanten erklären.

Nachträgliche Prognosen werden bei der Zuschreibung von Verantwortung besonders dann herangezogen, wenn es sich um Unterlassungen handelt: Wenn eine Person X eine Handlung A getan hätte (was nicht der Fall war), dann wäre B' eingetreten statt B (wie es tatsächlich der Fall war); X hätte also das Eintreten von B verhindern können. Wenn X einen Rettungsring ins Wasser geworfen hätte, dann hätte Z ihn ergriffen und wäre nicht ertrunken.

Nachträgliche Prognosen spielen auch bei eindeutigen Handlungsfällen eine Rolle: Wenn Y den X nicht böswillig niedergeschlagen hätte, hätte X dem Z den Rettungsring zugeworfen; Y hätte den Ring ergriffen und wäre nicht ertrunken.

X als der Handelnde wird für den Tod von Z verantwortlich gemacht, und zwar unabhängig davon, ob X auch tatsächlich in der Lage und willens gewesen wäre, die günstige Prognose der Lebensrettung zu erfüllen. In solchen Fällen wird auch derjenige als Täter betrachtet, der das Endergebnis, das Ertrinken einer Person, nicht bewirkt, sondern nur die Prognose auf die Verhinderung dieses Ereignisses vereitelt hat. Es gehört zu den selbstverständlichen Möglichkeiten menschlichen Handelns, vorauszusehen, dass in einer

gegebenen Situation ein bestimmtes Ereignis zu erwarten ist, um dann in die Situation einzugreifen, um dies zu verhindern und ein anderes Ereignis herbeizuführen. Deshalb ist man auch da verantwortlich, wo man in den Gang der Dinge eingreift und damit eine, wenn auch vielleicht nur zufällige Aussicht auf Abwendung des negativen Ereignisses zunichte macht. Die Verknüpfung zwischen der Handlung und dem schädlichen Ereignis ist in jedem Fall nicht-kausal, sondern irreal-prognostisch (vgl. Philipps 1974, S. 110 ff.).

Ein anderes Beispiel der Vereitelung einer günstigen Prognose ist das folgende:

X redet dem Y, der für den verunglückten Z Hilfe holen will, sein Vorhaben aus; Z stirbt, ärztliche Hilfe hätte ihn gerettet. Es hängt dann letztendlich von der Interpretation des Richters ab, ob der Täter wegen vorsätzlicher Tötung oder wegen Anstiftung zu einer unterlassenen Hilfeleistung zu bestrafen ist.

Die hier besprochenen unterschiedlichen Arten der Zurechnung, die kausale wie die der vereitelten Prognose werden in der Jurisprudenz häufig durch die globale Anwendung der *conditio sine qua non*-Formel, kurz c-Formel, eingegebenet. Die Formel lautet:

Ursache ist diejenige Bedingung, die nicht hinweg gedacht werden kann, ohne dass der Erfolg entfielen. (Vgl. Wessels/Beulke 2000, S. 50 f.)

Obwohl die c-Formel heftig kritisiert und diskutiert wurde (vgl. dazu ausführlich Philipps 1974, S. 127 ff.), wird sie aufgrund ihrer „Griffigkeit“, wie es bei Wessels/Beulke (2000) so schön heißt, immer wieder herangezogen, auch wenn man einige Reparaturen an ihr vorgenommen hat, die durch Beispielfälle der folgenden Art erzwungen wurden:

#### Der Zofenfall

Zwei Zofen geben ihrer Herrin unabhängig voneinander je eine tödliche Dosis Gift in den Tee; die Dame wäre allerdings auch gestorben, wenn sie nur eine Dosis genommen hätte.

In diesem Fall kann man sich jedes der beiden Anfangsereignisse wegdenken, ohne dass der Erfolg entfielen. Für solche Fälle gibt es dann die folgende Modifizierung:

Von mehreren Bedingungen, die alternativ weggedacht werden können, ohne dass der Erfolg entfielen, ist jede erfolgsursächlich, d. h. jede der Zofen wird wegen Mordes bestraft. Solche Fälle werden wiederum von Fällen der sog. kumulativen Kausalität unterschieden, bei der mehrere voneinander unabhängige Ereignisse nur zusammen genommen, aber nicht jedes für sich, zum Endereignis führt. Dies verdeutlicht eine Variante des Zofenbeispiels:

Variante des Zofenbeispiels:

Zwei Zofen geben unabhängig voneinander ihrer Herrin eine allein nicht tödlich wirkende Dosis Gift in den Tee; die Dame stirbt nur, weil sie beide Tassen Tee getrunken hat; hätte sie nur eine Tasse getrunken, wäre sie am Leben geblieben.

Dieser Fall ist allerdings dann schon durch die c-Formel erfasst, wenn man zulässt, dass mehrere Ursachen eine einzige Wirkung haben. Auch hier werden beide Zofen wegen Mordes bestraft.

Trotz dieser Reparaturmaßnahmen bleibt die Frage nach der Angemessenheit der c-Formel für die immer zahlreicher werdenden Fälle, in die komplexe soziale Systeme oder komplizierte technische Einrichtungen involviert sind (vgl. bereits Philipps 1974 zum Contergan-Fall).

Als Fazit möchte ich die Hoffnung aussprechen, dass meine Erörterungen der Beispiele die Interpretationsabhängigkeit von Handlungen mit ihren möglichen kommunikativen Folgen hinreichend deutlich gemacht haben.

## Literatur

- Anscombe, G. Elizabeth M. (1969): Absicht. (Intention). Freiburg.
- Davidson, Donald (1977): Handeln. In: Meggle, Georg (Hg.): Analytische Handlungstheorie. Band 1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/M. S. 282–307.
- Feinberg, John (1977): Handlung und Verantwortung. In: Meggle, Georg (Hg.): Analytische Handlungstheorie. Band 1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/M. S. 186–224.
- Harras, Gisela (1983): Handlungssprache und Sprechhandlung. Eine Einführung in die handlungstheoretischen Grundlagen. Berlin/New York.
- Philipps, Lothar (1974): Der Handlungsspielraum. Norm und Handlung im Strafrecht. Frankfurt/M.
- Ryle, Gilbert (1969): Der Begriff des Geistes. (Concept of Mind) Stuttgart
- Wessels, Johannes/Beulke, Werner (2000): Strafrecht. Allgemeiner Teil. Die Straftat und ihr Aufbau. 30. Aufl. Heidelberg.
- von Wright, Georg Henrik (1977): Handlung, Norm und Intention. Berlin.

RALPH CHRISTENSEN / MICHAEL SOKOLOWSKI

## Wie normativ ist Sprache?

Der Richter zwischen Sprechautomat und Sprachgesetzgeber

### Abstract

Die juristische Arbeit besteht in der Entscheidung von Bedeutungskonflikten zur Festlegung auf Sprachnormen. Die deuten auf legitimatorische Standards und müssen angesichts der Vielfalt und Divergenz des Sprachgebrauchs immer wieder gesetzt und auch durchgesetzt werden. Das Normativitätsproblem verweist auf eine Praxis des Forderns und Liefern von Gründen. Die juristische Entscheidung vollzieht sich im sozialen Raum eines diskursiven Verfahrens. In ihm geht es um einen Konflikt sich ausschließender Lesarten desselben Gesetzes. Es geht somit nicht um die Auffindung einer Sprachregel, sondern um eine Sprachnormierung. In der Frage der Legitimität einer Entscheidung über die widerstreitenden Lesarten liegt der Ansatzpunkt der verfahrensbezogenen Normen aus dem Umkreis des Rechtsstaatsprinzips. Das Rechtsstaatsprinzip kann als ein kodifizierter Sonderfall kommunikativer Ethik angesehen werden. Es kodifiziert eine bestimmte Kultur des Streitens, welche im juristischen Bereich durch Rechtsprechung und Lehre eine spezifische Ausprägung erfahren hat.

Im Herbst 1991 wird ein Flugblatt mit folgendem Text verteilt:

„Am 26. September jährt sich zum elften Mal der Tag des neonazistischen Bombenanschlags auf das Oktoberfest. 13 Menschen verloren dabei ihr Leben. Über 200 wurden zum Teil schwer verletzt, viele von ihnen fristen seither ihr Leben als Krüppel.

Die Hintergründe: Kurz vor der Bundestagswahl – mit dem Kanzlerkandidaten F. J. Strauß – sollte durch Verbreitung von Angst und Schrecken der starke Mann herbeigebombt werden, einer der Deutschland wieder zu dem machen sollte, was Hitler auf seine Fahnen geschrieben hatte: ‚Ruhe und Ordnung‘ nach innen, Großdeutschland nach außen.

Die Blutspuren waren von den Wasserwerfern noch nicht weggespült, da gab Franz Josef Strauß die Parole aus, bei den Tätern handle es sich um Linke aus der DDR. Eine ‚Panne‘, die Strauß nicht ins Konzept passte: Der blutdurchtränkte Ausweis Gundolf Köhlers, eines Mitglieds der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann wurde gefunden. Was tut die bayerische Staatsregierung, was tut das Bundeskriminalamt? Man setzt eine Einzeltätertheorie in die Welt: Gundolf Köhler war ein Verrückter, er hat die Bombe allein fabriziert und geworfen. Politischer Hintergrund: Keiner ... Die Untersuchungen werden abgebrochen,



- obwohl eine Fülle von Zeugenaussagen gegen die Einzeltäterschaft Köhlers sprechen,
- obwohl die Selbstbeichtigung eines Mitglieds der Wehrsportgruppe Hoffmann vorlag.

Die Täter wurden nie gefasst. Sie laufen noch heute frei herum, weil Bundesanwaltschaft und -kriminalamt unter eifriger Hilfestellung von Strauß und seiner CSU die Ermittlungen bereits nach zwei Jahren endgültig einstellten.

Heute, ein Jahr nach der sogenannten ‚Wiedervereinigung‘, spricht Einverleibung der DDR, ist Großdeutschland durch die offizielle Regierungspolitik bereits Realität. Die Liste mörderischer Anschläge unter dem Zeichen deutscher Großmachtgebärden wird täglich länger.“

Die Verfasser des Flugblattes werden vom Strafgericht in zwei Instanzen zu einer Geldstrafe verurteilt. Nachdem die Revision abgewiesen wurde, erheben sie Verfassungsbeschwerde. Der zugrundeliegende Strafrechtsparagraph hat folgenden Wortlaut:

„Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften 1. die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht oder die Farben, die Flagge, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verunglimpft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ (StGB § 11 Abs. 3)

Die strafgerichtlichen Urteile und die Aufhebung dieser Urteile durch das Bundesverfassungsgericht zeigen jeweils einen spezifisch juristischen Umgang mit Sprache. Ihre Implikationen sollen im folgenden diskutiert werden.

## 1. Die juristische Sprachtheorie

Juristen entscheiden Konflikte. Was kann die Sprache dazu beitragen?

Wenn Juristen diese Frage beantworten, produzieren sie eine Sprachwissenschaft aus der verbindlichen Sicht der Jurisprudenz. Und weil Juristen diese Frage gern beantworten, gibt es eine große Zahl von spontanen Sprachtheorien, die man grob einteilen kann in eine starke und eine schwache Theorie der Sprache.

Wir beginnen mit der starken Theorie, die natürlich am besten zu Juristen passt und deswegen auch überwiegend vertreten wird. Danach ergibt sich die Bestimmtheit des Gesetzes für den Fall bereits aus der Sprache. Der Gesetzestext determiniert durch seine Bedeutung die Entscheidung des Falles. Durch Lesen des Gesetzestextes kann der Richter mit Hilfe von semantischen Regeln jedenfalls den festen Kern des Gesetzesinhalts erkennen. (Koch/Rüßmann 1982, S. 129 ff., Hilgendorf 1991, S. 55)

Die praktischen Schwierigkeiten dieses Modells führen zu einer schwachen Theorie von Sprache. Die Bestimmtheit des Gesetzes für den Fall ergibt sich erst aus dem Gerichtsverfahren und den Argumenten der Beteiligten. Diese tragen einen Konflikt um die Lesarten des Gesetzes aus. Der Richter entscheidet diesen Konflikt. In der Begründung seines Urteils muss er darlegen, dass er den besseren Argumenten folgt.

Die Beobachtung der spontanen Sprachtheorie der Juristen führt damit zu der Frage, wie normativ ist Sprache? Wird uns von der Sprache Normativität vorgegeben oder müssen wir als Sprecher in der Sprache Normativität erst herstellen? Die in der postanalytischen Philosophie jüngst konstatierte „normativistische Wende“ (Knell 2000 S. 225 ff.; Glüer 1999) hat ihren praktischen Ernstfall in der Jurisprudenz. Hier müssen wir entscheiden, ob wir den „Raum der Gründe“ (Brandt 2000, S. 37), in dem sich unsere Kultur entfaltet, nur bewohnen oder auch gestalten.

## 2. Sprache als Lieferant von Normativität

In der starken juristischen Sprachtheorie wird die Stelle der Vernunft oder Natur durch die Sprache neu besetzt. Sie soll den Legitimationsanker für Entscheidungen liefern.

### a) Juristen stehen im Entscheidungszwang

Der Richter soll unter Zeitdruck und bedrängt von den Argumenten der Verfahrensbeteiligten einen Konflikt entscheiden. Dafür sucht er eine sichere Grundlage in der Semantik des Gesetzes. Nicht der Richter als Person trägt die Verantwortung für die Entscheidung, sondern die unpersönliche Instanz des Gesetzes (Looschelders/Roth, S. 7 f.). Damit steht im Mittelpunkt des herkömmlichen Legitimationsmodells eine bestimmte Theorie sprachlicher Bedeutung. Diese ist im Text objektiv vorgegeben und wirkt damit als Brücke zwischen dem Normtext und der darin repräsentierten Rechtsnorm. Wenn der Rechtsanwender über die Brücke der Bedeutung zu der hinter dem Text liegenden Rechtsnorm gelangt ist, hat er die Vorgaben des Textes ausgeschöpft, als Arbeitsleistung eine Bedeutungserkenntnis erbracht und ist genau insoweit legitimiert.

Diese legitimationsentlastende Verwendung von Sprache wird etwa in den Urteilen der Strafgerichte deutlich. In unserem Eingangsbeispiel war zu entscheiden, ob das zitierte Flugblatt die Bundesrepublik und die bayrische Staatsregierung „beschimpft“. In einem gängigen Kommentar lesen wir dazu Folgendes:

„Tathandlungen sind (a) das Beschimpfen, d. h., die durch Form oder Inhalt besonders verletzende Äußerung der Missachtung, (...). Sie muss die Bundesrepublik in ihrer Eigenschaft als freiheitlich-repräsentative Demokratie herabwürdigen, z. B. wenn die Bundesrepublik mit dem ‚3. Reich‘ gleichgesetzt wird. Harte politische Kritik, sei sie auch offenkundig unbe-

rechtigt, unsachlich oder uneinsichtig, ist noch kein Beschimpfen, ebenso wenig bloß taktlose oder auch zynische Entgleisungen, wohl aber ist die Grenze überschritten, wenn behauptet wird, der deutsche Staat habe 19 Personen (RAF-Mitglieder) ‚ermordet‘ und versuche, aus diesen Morden ‚Selbstmorde‘ zu machen oder wenn die freiheitliche Grundordnung der BRep. im Gesamten herabgewürdigt wird (...).“ (Tröndle/Fischer, Kommentar zum StGB, § 90 a, Rdnr. 3)

Das Gericht sieht im Fall des zitierten Flugblatts diesen Tatbestand als erfüllt an, weil in ihm behauptet werde:

„Die Bundesrepublik Deutschland sei in ihrem derzeitigen Erscheinungsbild faktisch nur eine Fortführung des Dritten Reiches, zwar unter einer neuen politischen Führung, jedoch unter Beibehaltung der alten geistig-ideologischen Prinzipien. Eine derartige Gleichstellung der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaats Bayern als Träger der hinsichtlich des Attentats vom 26. September 1980 durchgeführten Strafverfolgungsmaßnahmen mit einem faschistischen Unrechtsstaat bedeute eine Herabwürdigung der Eigenschaften beider Staaten als freiheitlich-repräsentative Demokratien und überschreite damit die Grenzen harter politischer Kritik. Es handele sich nicht lediglich um taktlose oder zynische Entgleisungen.“ (Landgericht zit. n. BVerfG 1. Senat 1 1998-07-29 1 BvR 287/93)

Dem Gericht geht es also gar nicht um die Frage, wie viel Kritik eine Demokratie sich leisten kann und muss: Es geht ihm schlicht um die Bedeutung des Wortes „Beschimpfen“. Über Notwendigkeit und Reichweite der Meinungsfreiheit in der Demokratie mag man geteilter Meinung sein. Die Bedeutung des Wortes „Beschimpfen“ steht dagegen fest.

Wenn man „normativ“ all die Umstände nennt, die der anstehenden Entscheidung ihre Richtung geben, so ist diese Normativität in der klassischen Lehre sowohl vom Entscheidungssubjekt als auch vom Argumentationsprozess vollkommen abgelöst und in die Sprache projiziert. Die Sprache wird hier zum Subjekt des Rechts und zur Quelle der Normativität.

## b) Der Mythos des Gegebenen

Die aus dem Gebot der Gesetzesbindung erwachsende Legitimitätsanforderung an juristisches Entscheiden schlägt in unhaltbare Sprachtheorie um. Im Mittelpunkt der herkömmlichen Lehre steht der semantisch gewendete „Mythos des Gegebenen“. (Sellars 1999; Bertram 2000, S. 5 ff.) Ganz so, als hätte Quine ihr nicht bereits vor einem halben Jahrhundert den Todesstoß versetzt (Quine S. 27 ff.), huldigen juristische Theoretiker der Idee, „dass es eine Bedeutung sprachlicher Ausdrücke gibt, die diese für sich haben“. „Von diesem Gegebenen wird schlicht ausgegangen.“ (Bertram 2000, S. 7) Wie jeder Mythos aber, so lebt auch dieser allein vom Glauben wider allen praktischen Verstand. Schon die bescheidene Nachfrage, warum denn dann überhaupt ein mehr oder weniger aufwändiges Verfahren nötig ist, um aus dem Gesetz auf das Recht im Einzelfall zu erkennen, stört ihn in seiner Selbstverständlich-

keit. Sprache ist ohne Praxis nicht zu haben. Sie offenbart die dem Streit entzogene Bedeutung nicht von selbst, wie es der ganze Aufwand herkömmlicher Auslegungslehren unfreiwillig bestätigt. Es braucht zumindest den unter Juristen so beliebten Griff zum Wörterbuch, um auf Sprache in ihrer „wahren Bedeutung“ zu kommen. Aber welches soll der Richter wählen? Den Paul oder den Wahrig? Und welchem soll er trauen? Dem Brockhaus oder dem Grimm? Allein mit der Frage nach Sprache feiert das Problem einer Entscheidung über sie seine Wiederkehr. Sofern der unterschiedliche Gebrauch, der von Sprache gemacht wird, überhaupt verständlich ist, kann ihm nicht jegliche Bedeutung abgesprochen werden. Er wäre sonst im wahrsten Sinne des Wortes „nichts sagend“. Nicht einmal Sprachgebrauch, sondern Lallen, Geräusch. Dies gilt im Gerichtsverfahren nicht nur für die Einlassungen der Parteien und Vorträge der Profession. Es gilt genauso für den Gebrauch, den der Richter namens des Rechts vom Gesetzestext macht. Wenn die Bedeutung der Gesetzestexte einfach gegeben wäre, müsste die Entscheidung des Falles einfach nur verkündet werden. Wir bräuchten kein Verfahren. Die Durchführung des Gerichtsverfahrens und die Anstrengungen vieler Personen machen aber deutlich, dass die Bedeutung des Normtextes eben nicht einfach gegeben ist.

### c) Der semantische Normativismus scheitert in der Praxis

Als Retter aus der Not bietet die neue Rechtstheorie die Gebrauchstheorie der Bedeutung an. (Herbert 1995, S. 78 ff.; Busse 1988, S. 23 ff.) Aus den Regeln des Gebrauchs soll sich ergeben, welche Art Verwendung sprachliche Ausdrücke zulassen. Sie bestimmen damit deren Bedeutung und weisen so zugleich umgekehrt ihrer Äußerung die Grenzen anerkannt möglicher Rede. Kurzum, Regeln „legen fest, unter welchen Umständen“ ein Ausdruck „sinnvoller, bzw. korrekterweise verwendet werden kann.“ (Glock 2000, S. 431) Zwar bleibt es jedem unbenommen, so zu reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Um den Preis allerdings, nicht ernstgenommen zu werden oder sich gar mit dem, was man zu sagen hat, nicht mehr verständlich machen zu können. In diesem von der Absicht auf Verständigung ausgehenden Druck wechselseitiger Konformität liegt Kripkes kommunitaristisch gewendetem Wittgenstein zufolge die ganze Normativität von Sprache. (Kripke 1987; Glüer 1999, S. 84 ff.; Glüer 2000, S. 454) Und so verdankt ihm, wie Kathrin Glüer resümiert, die Sprachphilosophie „einen neuen Slogan: ‚Bedeutung‘ ist normativ.“ (Glüer 2000a, S. 293)

Mit der Regel im Rücken soll sich der Richter an das kritische Geschäft machen können darüber zu befinden, inwiefern Äußerungen der Verfahrensbeteiligten im Rahmen einer möglichen Verwendungsweise des Gesetzes als Ausdruck von Recht liegen. Und sie soll ihn so in die Lage versetzen, sprachlich die Spreu vom Weizen zu trennen, um dementsprechend sein Urteil zu fällen.

Dies scheint nach den gängigen Vorstellungen von Sprache einleuchtend und muss sich doch wieder von der Praxis eines anderen belehren lassen (da-

zu Davidson 1990a). Vor Gericht geht es sprachlich nicht um ein Verstehen sprachlicher Äußerungen. Die Feuerprobe darauf haben die Äußerungen der Parteien bereits bestehen müssen, damit ihr Anliegen überhaupt als ein rechtliches gelten kann. Sie wird den Parteien von zahlreichen institutionalisierten Auflagen abverlangt. Und sie fordert von ihnen einen nicht unerheblichen Aufwand, wie etwa die Formulierung von Schriftsätzen und die Einschaltung professioneller Juristen, um sich ins Spiel einer Entscheidung von Recht zu bringen. Mit dem Eintritt in das Verfahren steht also nicht mehr die Frage einer Regelkonformität zur Debatte. Vielmehr treten die sich diametral entgegenstehenden Rechtsmeinungen in einen semantischen Kampf ein, der auf das Ganze der Bedeutung des Gesetzestextes als jeweils ihrem Recht im Fall ausgeht. (Müller et al. 1997, S. 59 ff.)

Es geht den Parteien also, allgemein gesprochen, nicht darum, welche Bedeutung ein Ausdruck hat, sondern darum, welche ihm zukommen soll. Und das heißt nach der eigenen Voraussetzung des semantischen Normativismus, dass es den Parteien auch nicht darum geht, was der Regel gemäß ist, sondern darum, was als Regel gelten soll. Als unabhängige Berufungsinstanz für die Entscheidung kann die Regel so aber nicht mehr greifen. Sie ist es, die als Einsatz im semantischen Kampf auf dem Spiel steht, indem die Parteien versuchen, jeweils ihre Lesart des Normtextes als Recht im Fall durchzusetzen. (Christensen/Sokolowski i.Vorb.) Auch in ihrer pragmatischen Wendung kann Sprache den Konflikt der Bedeutungen, der sie thematisiert, nicht entscheiden. Sondern sie steht mit der Frage nach der Bedeutung jeweils erst einmal wieder zur Entscheidung an.

### **3. Sprache als Medium von Normativität**

Der semantische Normativismus scheitert an den Unwägbarkeiten von Sprache als Praxis. Die Verhältnisse im Gerichtssaal treiben nur das auf die Spitze, was im Alltag regelmäßig vorkommt. Die Entscheidung über Regelkonformität einer sprachlichen Äußerung kann nicht durch Sprache vorgegeben sein. Nicht einmal die Entscheidung darüber, ob die Verwendung eines Ausdrucks sich noch im Rahmen des Üblichen bewegt. Und schon gar nicht vermag eine Norm, bzw. Regel eindeutig und unwiderruflich vorzuzeichnen, was in jedem Einzelfall ihre Befolgung ist. (Kripke 1987) Regeln vermögen daher auch nicht die Verwendung sprachlicher Ausdrücke auf eine ihnen zukommende Bedeutung festzulegen, wie es der Normativismus will.

#### **a) Der semantische Minimalismus führt zum Problem der Normativität**

Um die Festlegung leisten zu können, müsste die Regel für die Bedeutung sprachlicher Ausdrücke konstitutiv im Sinne Searles sein. (Glock 2000, S. 443 ff.; Glüer 2000, S. 462 ff.) Nimmt man das jedoch ernst, so könnte pa-

radoxerweise die Regel genau deshalb nicht den abweichenden Sprachgebrauch vom korrekten unterscheiden. „Denn jeder semantisch inkorrekte Gebrauch“ würde, wie Kathrin Glüer zu Recht einwendet, damit automatisch zu einem „Bedeutungswandel oder -verlust“. Das aber heißt nichts anderes, als dass mit der Alternative „korrekt/bedeutungslos“ ausgerechnet der Verstoß gegen die Regel als Alternative entfällt. (Glüer 2000, S. 460) Der semantische Normativismus scheitert an der Konstituierungsthese, die ihm seine Durchschlagskraft verleihen sollte. Denn wenn man die Konstitutionsthese aufweicht, indem man Bedeutung als Basis für die Unterscheidung von Korrektheit oder Inkorrektheit, von Konformität oder Verstoß schon zulässt, verliert die Regel ihr Privileg einer Ermöglichungsbedingung sinnvoller Rede. Sie wäre nur noch einer der vielen Gesichtspunkte dafür, sich Klarheit über einen bestimmten Sprachgebrauch zu verschaffen. Sie wäre „eine behelfsmäßige Durchgangsstation zwischen Satz und Interpretation, welche die Erkenntnis der Struktur erleichtert, für die richtige Interpretation von Äußerungen aber keineswegs notwendig ist.“ (Mayer 2000, S. 418)

Kripke verlangt der Regel deshalb wohlweislich nicht mehr ab als Übereinstimmung. Die aber ist, wie der authentische Wittgenstein geltend macht, in erster Linie nicht eine Übereinstimmung der Definitionen von Bedeutungen, sondern eine Übereinstimmung in den Urteilen darüber. (Wittgenstein 1986, § 242) Und die mögen so oder so ausfallen. Mit der Frage nach der Bedeutung ist also alles erst einmal wieder offen. Jede Abweichung, so wissen Linguisten längst, ist von daher „kreativ“. Sie kann immer auch als Vorschlag einer neuen Regel, als Vorstoß zu einer Regeländerung gesehen werden. (Heringer 1974, S. 26) Ironischerweise wird dies dem Juristen im eigenen Hause tagtäglich demonstriert, im Gerichtssaal. Im semantischen Kampf ums Recht steht hier erst einmal Wort gegen Wort zu dem, was dessen Bedeutung und damit die Regel sein mag.

## b) Normativ sind Sprecher

Mit der praktischen Instabilität des Regelhaften bricht aber der juristischen Praxis der objektive Erkenntnisgegenstand weg. Es fragt sich, was die Regel hier überhaupt noch austragen kann. Donald Davidsons, vor allem gegen Kripke gewendete Antwort lautet: Gar nichts. (Davidson 1990, S. 372 ff.; Davidson 2000, S. 396 ff.) Wenigstens dann nicht, wenn es überhaupt um die Möglichkeit geht, sich sprachlich verständlich zu machen. Und dies wiederum ist das einzige Moment, das als zwingend und damit als Prüfstein für die Rede in Anschlag gebracht werden kann. Bedeutung gewinnen Äußerungen ganz ohne Regeln allein durch Interpretation. Um zu ihrem Verständnis zu gelangen, braucht es nicht einmal eine gemeinsame Sprache. Im Gegenteil. Wäre dies unabdingbare Voraussetzung, so wäre es ganz und gar unerklärlich, dass es zu einem Verständnis auch noch der vordergründig abstrusesten Wortverdrehungen und Sprachspielereien kommen kann, wie Davidson anhand der so genannten „Malapropismen“ zeigt. (Davidson 1990a,

S. 203 ff.) Der außerordentliche Fall steht hier aber wiederum nur für das Gewöhnliche. Worauf es für die Verständigung also ankommt, sind weder Regeln, noch ist es eine gemeinsame Sprache. Es ist vielmehr nur nötig, „dass wir dem anderen etwas liefern, das als Sprache verständlich ist.“ (Davidson 2000, S. 401)

Möglich wird dies dadurch, dass unsere Äußerungen immer in einem weiten Zusammenhang von Praktiken und Überzeugungen stehen. Zu diesen Überzeugungen gehört nicht zuletzt, im anderen ein sprachbegabtes Wesen vor sich zu haben. Von daher versuchen wir dem, was er uns darbietet, in einer uns vertrauten Weise Bedeutung zu verleihen. Dazu ist nur nötig, dem anderen zu unterstellen, dass er sehr wohl weiß, wovon er redet und was er tut und dass er sich im Großen und Ganzen seine Überzeugungen auf den gleichen Wegen bildet wie wir auch. Dieses „Prinzip der Nachsicht“ (Stüber 1993, S. 144 ff.) besagt gerade nicht, dass Verstehen zu völliger Konformität zwingen würde. Es bietet ganz im Gegenteil überhaupt erst die Grundlage dafür, Divergenzen festzustellen. Von Sprache bleibt damit allerdings nicht mehr als ein kontextsensibler Differenzierungsprozess, der sich ständig verändert. (Schalk 2000, S. 2) Und was man die Bedeutung eines Ausdrucks nennt, ist allenfalls eine flüchtige Momentaufnahme in diesem Prozess. Ein Knoten in einem Netz von Differenzen, den Verständnis und Interpretation schürzen und den der nächste Akt der Verständigung wieder lösen kann. Von der Bedeutung als Legitimationsinstanz bleibt jedenfalls nichts übrig.

Diese Normativität kann also nie aus der Sprache kommen, sondern immer nur von Sprechern. Sprachnormen sind durch und durch praktisch. Sie dienen den Zwecken der Vereinfachung und Stabilisierung von Kommunikation. Für Juristen allerdings nimmt die Frage einer Normierung von Sprache eine weitaus schärfere Gangart an. Sie werden erst in dem Moment angerufen, in dem ein Konflikt über Normen für die Sprecher unlösbar geworden ist. Sprachlich gesehen hat der Rechtsstreit also nichts mit Normen zu tun. Er geht darum, was als Norm gelten soll. Der Richter entscheidet dementsprechend darüber, was als normativ durchzusetzen ist.

### c) Haben Juristen in der Sprache die Kompetenzkompetenz?

Mit der Entscheidung des Richters ist zwangsläufig ein massiver Eingriff in die sprachlichen Freiheiten verbunden. Damit stellt sich die Frage nach dessen Legitimierung. Aus der Sprache kann diese jedenfalls nicht kommen, wie das Scheitern des semantischen Normativismus zeigt. Der Entscheidungszwang bleibt aber bestehen. Daraus zieht Ulfried Neumann die Konsequenz, den Juristen mit einer „Kompetenzkompetenz“ auszustatten. (Neumann 1992, S. 110 ff.; Wimmer 1998, S. 21) Diese berechtigt ihn, sich über die semantische Souveränität des Alltagssprechers hinweg zu setzen. An die Stelle der Sprache als Legitimationsinstanz tritt der Anspruch des Juristen auf die Macht über sie. Die Berechtigung zu solcher „Interpretationsdomi-

nanz“ (Wimmer 1998, S. 21) ziehen Juristen schlicht daraus, berufen zu sein, all jene „Deutungsschemata für soziale Handlungen bereitzustellen“ (Neumann 1992, S. 119), die für die Entscheidung rechtlicher Angelegenheiten allein ausschlaggebend sind. An die Stelle eines substantiell Normativen tritt der souveräne Richter.

Eine Eigenart juristischen Theoretisierens ist es, in Hinblick auf die Rolle von Sprache im Entscheidungsprozess Einleuchtendes in Unhaltbares zu verkehren. Und der Grundzug dieser Verkehren ist es, zur punktuell zutreffenden Voraussetzung zu machen, was realiter nur Ergebnis praktischer Bemühungen in der Zeit sein kann. So hat Neumann sicherlich recht, wenn er die den Juristen zukommende Entscheidungsmacht auf deren Stellung in der Gesellschaft zurückführt. Sie kommt ihnen für den Teil einer Sprache des Rechts auf Grund der sprachlichen Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft zu. Dies allerdings nicht, weil Juristen das Monopol untrüglicher sprachlicher Weisheit hätten. Vielmehr verdanken sie ihr Privileg, in Sachen Recht immer das letzte, entscheidende Wort zu haben, allein ihrer Amtsgewalt. Damit dies aber nicht in jene schiere Sprachgewalt umschlägt, die genau auch ihrem Sprachmandat jegliche Berechtigung entzieht, haben sie sich selbst mit ihren normativen Eingriffen in den Sprachgebrauch beständig in Entscheidungsbegründungen zu rechtfertigen. Die Annahme einer Souveränität des Juristen über Sprache in Angelegenheiten des Rechts ist also nicht die Antwort auf die Frage nach deren Legitimität. Sie ist nicht einmal ein Argument. Es ist die Frage. Und zwar die nach den gesellschaftlichen Verhältnissen, denen sich jene Souveränität verdankt und die also gerade nicht sprachtheoretisch beantwortet werden kann. Sie verlangt nach einer Argumentation für deren Rechtfertigung, ohne die die Entscheidungsmacht des Juristen ihre Dignität, gesellschaftlich legitim zu sein, verspielt.

#### **4. Die richterliche Kompetenz zur Entscheidung von Sprachkonflikten**

Wo liegt die Grenze für die Kompetenz des Richters über Sprache zu entscheiden, wenn sie nicht bereits von der Sprache selbst gezogen ist?

##### **a) Sprachliche Vielfalt als Problem des Rechts**

Es soll immer nur das eine Recht geben. Für alle. Das gebieten allein schon so hehre Grundsätze wie Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit. Für die Formulierung dieses einen Rechts indes gibt es allein in Deutschland über 82 Millionen Sprachen. So jedenfalls Rainer Wimmer. (Christensen/Sokolowski 1999, S. 22) Und er kann sich dabei prominenten Beistands erfreuen. Donald Davidson zufolge wird es sogar immer „eine endlose Zahl verschiedener Sprachen geben“. Und zwar Sprachen, die sich nicht dem Erfindungsreichtum beispielhungriger Linguisten verdanken. Sondern Sprachen, „die alle mit den tatsächlichen Äußerungen eines Sprechers überein-



stimmen“. (Davidson 2000, S 397) „Denn wenn wir es genau nehmen, sprechen wahrscheinlich keine zwei Leute tatsächlich die gleiche Sprache.“ (Davidson 2000, S. 401)

Darüber hinwegsetzen kann sich der Jurist nicht. Und schon gar nicht der Richter, dem es von Amts wegen obliegt, über Recht und Unrecht zu entscheiden. Das eine Recht darf nicht das Recht des einen sein. Es darf sich nicht der Willkür des Richters verdanken. Das heißt sprachlich, dass er nicht selbstherrlich über die Bedeutung des Gesetzestextes für den zu entscheidenden Fall verfügen und gebieten und damit buchstäblich das Gesetz in die eigene Hand nehmen darf. Dagegen stehen allein schon Grundsätze wie Fallgerechtigkeit und Recht auf Gehör im Gerichtsverfahren.

Andererseits kann sich der Richter aber auch nicht dadurch aus der Affäre ziehen, dass er den Verfahrensbeteiligten buchstäblich nach dem Mund redet. Dass er sich also für seine Entscheidung schlicht deren Ansichten und Einlassungen zum Fall zu Eigen macht, um Recht „zur Sprache“ zu bringen. Es darf eben nie das Recht des einen sein. Weder das des Richters, noch das der Parteien im Rechtsstreit. Es hat immer das gleiche Recht für alle zu sein. Nur welcher der unendlich vielen Sprachen soll sich der Richter bedienen, um dem Buchstaben des Gesetzes eben diese Bedeutung zu verleihen?

Das Problem im Rechtsstreit ist nicht die Herstellung von Verständnis, sondern dessen Bewertung. Denn er entsteht nicht aus einem Mangel, sondern aus einem Überfluss an Verstehen. Beide vor Gericht streitenden Seiten haben das Gesetz auf ihre Weise schon verstanden. Aufgabe des Gerichts ist es zu entscheiden, welche der vorgebrachten Verständnisweisen die Bessere ist. Es geht also um einen Konflikt sich ausschließender Lesarten desselben Gesetzes. Dieser Konflikt führt uns zu einem Paradox: „Entscheidungen gibt es nur, wenn etwas prinzipiell Unentscheidbares (nicht nur: Unentschiedenes!) vorliegt. Denn andernfalls wäre die Entscheidung schon entschieden und müsste nur noch ‚erkannt‘ werden.“ (Luhmann 1993, S. 308) Was kann also an einer Entscheidung über sich ausschließende Lesarten normiert werden? Welche von beiden verständlichen Lesarten des Gesetzes ist vorzuziehen?

## b) Kann man Normierer normieren?

In der Frage der Legitimität einer Entscheidung über die widerstreitenden Lesarten liegt genau auch der Ansatzpunkt der verfahrensbezogenen Normen aus dem Umkreis des Rechtsstaatsprinzips. Die aus dem Rechtsstaatsprinzip und anderen methodenbezogenen Normen abgeleiteten Forderungen nach Kontrollierbarkeit und Nachvollziehbarkeit juristischen Handelns beziehen sich auf den mit der Formulierung von Sprachregeln verknüpften Prozess der Sprachnormierung. Die Notwendigkeit der Sprachnormierung, welche sich aus dem Konflikt der Lesarten ergibt, setzt auch die Möglichkeit einer Sprachkritik als metakommunikative Auseinandersetzung über die Sprachnorm. Wenn Kommunikation kein durch vorgegebene Regeln automatisierter Vorgang ist, sondern Raum für sinnkonstitutive Akte enthält, dann bein-

haltet sie auch die Möglichkeit einer kommunikativen Ethik (Grice 1979, S. 243 ff.; Heringer 1982, S. 27 ff.), die diese gestalterischen Eingriffe kritisierbar macht. Das Rechtsstaatsprinzip mit seinen Anforderungen an die Begründung juristischer Entscheidungen kann als ein kodifizierter Sonderfall kommunikativer Ethik angesehen werden. Es kodifiziert eine bestimmte Kultur des Streitens, welche als Auseinandersetzung über sprachliche Normierung auch im alltäglichen Handeln vorkommt, im juristischen Bereich aber durch Rechtsprechung und Lehre eine spezifische Ausprägung erfahren hat.

Im Rahmen einer Rechtserzeugungsreflexion stellt sich damit die Aufgabe eines Normierens des Normierens. (Calliess 1999, S. 149) Das legalistisch verkürzte Rechtsstaatsverständnis wird damit zu einem verfahrensbezogenen erweitert. (Somek/Forgó 1996, S. 357 ff.) Der Richter muss sein Interpretationsergebnis in der Urteilsbegründung rechtfertigen. Die Begründung ist nicht an der Akzeptanz der Beteiligten orientiert, dem bloßen Meinungsstand. Sie ist vielmehr orientiert am Stand der Argumente, das heißt, der Geltung. Geltung bemisst sich an der Verarbeitung von Einwänden. Wenn und solange eine Rechtsentscheidung alle gegen sie vorgebrachten Argumente integriert oder ausräumt, ist sie gültig.

Das Normativitätsproblem verweist damit auf eine Praxis des Forderns und Liefers von Gründen, den sogenannten „space of reasons“. Und eine Sprachnorm kann dementsprechend auch nicht durch Sprachgründe gerechtfertigt werden, sondern allein durch Sachgründe aus dem jeweiligen Sprachspiel heraus.

Daher genügen Richterbewusstsein und Gesetzestext, verbunden durch ein monologisches Erkenntnismodell, gerade nicht. Die Gewährleistung der Gesetzesbindung des Richters fordert vielmehr ein ganzes Gerichtsverfahren, mit den Argumenten und Schriftsätzen der Beteiligten. Außerdem gibt es zur weiteren Kontrolle einen Instanzenzug, unterstützt von der begleitenden Kritik der Wissenschaft an den Ergebnissen der Gerichte. Erst diese Faktoren zusammengenommen ergeben die Gesetzesbindung. Der Rechtsstaat ist nicht monologisch-richterbezogen, sondern diskursiv-verfahrensbezogen. Er verlässt sich nicht auf einsame Erkenntnis, sondern fordert eine öffentliche Diskussion, in der sich die besseren Argumente für die Lesart des Gesetzes durchsetzen.

Normativität ist also in der Tat kein Naturprodukt der Sprache, das man abbauen kann wie Bodenschätze. Sprache ist ein Marktphänomen. Legitimität kann man sich dort nicht umsonst besorgen. Man zahlt mit Argumenten. In der Praxis ihres Entscheidens wissen die Juristen das. Nur in der Theorie ist es noch nicht angekommen.

### c) Die sprachlich begrenzte Einzelermächtigung

Der Richter hat im Rechtsstaat keine Kompetenzkompetenz, sondern eine präzise umgrenzte Einzelermächtigung. Der Begriff einer Kompetenzkompetenz kommt aus der obrigkeitstaatlichen Tradition. Er bedeutet nichts an-

deres, als dass der Staat die unbeschränkte Kompetenz hat, sich selber Kompetenzen zu verschaffen. Auf den Richter unter dem Grundgesetz passt diese überlieferte Vorstellung indes nicht. Dem Richter wird die rechtssprechende Gewalt übertragen, aber nur soweit er der in Artikel 97 GG angeordneten Gesetzesbindung genügt. Den Umstand, dass seine Entscheidung der Gesetzesbindung genüge tut, muss der Richter in der Begründung seines Urteils darlegen. Dabei muss er sich mit den Interpretationen der Prozessbeteiligten und auch den einschlägigen Entscheidungen anderer Gerichte auseinandersetzen. So findet die Souveränität seiner Interpretation Grenzen.

Über die Pflicht zur Begründung der Entscheidung ist der Richter an überprüfbare Maßstäbe gebunden. (Müller et al. 1997, S. 138 ff.) Dieser Pflicht des Gerichts entspricht auf der Seite des Bürgers ein Recht auf Sprache. Er hat ein subjektives Recht darauf, dass der Richter seine Entscheidung nicht einfach nur fällt, sondern in der Begründung auch dem demokratisch legitimierten Normtext sprachlich zurechnet. Direkt mit Hilfe von Rechtsmitteln gegen die Entscheidung und indirekt mit Hilfe der fachlichen Kritik ist dieses Recht auch durchsetzbar.

Trotz aller sprachlichen Vielfalt kann das Recht auf Sprache in jeder Rechtsordnung nur eingeschränkt gelten. Denn der Richter muss sich jedenfalls am Ende über die Pluralität der Sprachen hinwegsetzen, wenn er *die eine* Entscheidung treffen will. Die Vielzahl der Sachverhaltserzählungen und Rechtsansichten muss er zunächst auf zwei Alternativen reduzieren, um dann sein Urteil zu fällen. (Schlag 1991, S. 801 ff.) Aber er muss diesen Vorgang in der Sprache vollziehen und sich mit den Irritationen und Anschlusszwängen auseinandersetzen, die sich aus dem Vortrag der Parteien ergeben. Damit ist die Frage, wieweit dem Rechtsunterworfenen ein Recht auf Sprache eingeräumt wird, zentral für die Einschätzung einer konkreten Rechtsordnung. Es gibt zwei Weisen des Umgangs mit der inneren Mehrsprachigkeit. Diese kann einerseits zu Gunsten des Durchsetzens einer homogenen Sprache abgeschnitten werden. Andererseits kann sie als Begründungslast für die Entscheidung über Sprache aufgenommen und abgearbeitet werden.

Im Extremfall einer totalitären Ordnung wird die innere Mehrsprachigkeit nivelliert. Das Recht des Rechtsunterworfenen auf Sprache, das heißt auf Argumente und Begründungen, wird vollkommen aufgehoben. Er wird durch eine Macht beurteilt, welche nur die Sprache zulässt, die sie vorher als fest und unveränderlich definiert hat. (Christodoulidis/Veitch 1997, S. 149) Dieses Risiko liegt in jeder Rechtsordnung. Selbst im Rahmen des weitgehend rechtsstaatlichen Verfahrensrechts der BRD werden in politischen Prozessen dem Angeklagten, der seine Motive erläutern will, die Mikrophone abgedreht. (Christodoulidis/Veitch 1997, S. 150 ff.) Oder dem Sprecher einer Bürgerinitiative wird von einem Oberlandesgericht strafverschärfend vorgeworfen, dass er entgegen der Auffassung des Gerichts den Aufruf zu einer gewaltfreien Demonstration nicht als Gewalt begreift. Der Kampf gegen die von der Institution zur Verfügung gestellte Sprache, den vergeistigten Ge-

waldbegriff, den das Bundesverfassungsgericht mittlerweile zurecht aufgegeben hat (BVerfG, I, BvR 718/19/22/23, Beschl. v. 10.1.1995; Christensen/Sokolowski 2001, S. 222 ff.), die Wahrnehmung des Rechts auf eine eigene Sprache wird damit zum Strafgrund. (OLG Ffm. 1. StE 1/82; Schubarth (Hg.), 1983, S. 131 ff.; Wimmer/Christensen 1989, S. 36) Politische Prozesse sind sicher nicht der rechtsstaatliche Alltag. Aber auch im scheinbaren Normalfall redet etwa ein Strafrichter mit dem Angeklagten nur, wenn er etwas herausfinden will, und sonst mit dessen Verteidiger. Die Verweigerung der eigenen Sprache muss auch nicht erst im Urteil und durch das Gericht geschehen. Ein besonders beschämendes Beispiel der Sprachberaubung liefert die Verteidigung im Maidanek-Prozess. Es ging um die Frage, ob die im Lager Ermordeten dort auch verbrannt wurden. Der Verteidiger befragt den Zeugen, ob er die Verbrennung der Leichen selbst gesehen habe. Der Zeuge verneint dies, erklärt aber, dass der Geruch verbrannten Fleisches ständig über dem Lager hing. Daraufhin stellt der Verteidiger den Beweis Antrag, mittels Sachverständigengutachten zu klären, dass die menschliche Nase den Geruch von verbranntem Menschenfleisch und verbranntem Schweinefleisch nicht unterscheiden könne. Das schneidet nicht nur Sprache ab. Das schneidet die Zunge heraus. Der Sprecher soll gezwungen werden, in einer Sprache zu sprechen, die ihn erniedrigt und beleidigt. (Die Schilderung dieser Art Konfliktverteidigung verdanken wir einer Mitteilung von Walter Grasnack.)

Was sich hier im Extrem zeigt, kann durchaus juristischer Alltag sein. Auch in unserem Ausgangsbeispiel haben die Strafgerichte eine Gleichsetzung der Bundesrepublik und Bayerns mit einem faschistischen Staat unterstellt, die bestenfalls nur eine der Lesarten des inkriminierten Flugblatts ist. Dagegen hätte es das Recht des Beschuldigten auf Sprache verlangt, alternative Interpretationen zu erwägen und auszuschließen.

Genau das macht das Bundesverfassungsgericht geltend. Dieses mahnt gegenüber den Strafgerichten den angemessenen Umgang mit der inneren Mehrsprachigkeit an. Es verlangt, nicht einfach nur eine Interpretationsweise anzunehmen. Vielmehr alternative Lesarten mit Gründen auszusondern. Entschieden wird vom Bundesverfassungsgericht nicht anhand bedeutungstheoretischer Spekulationen über den Begriff des ‚Beschimpfens‘. Entschieden wird vielmehr, indem man die Rolle von Meinungs- und Pressefreiheit in einer Demokratie diskutiert:

„Auslegung und Anwendung strafrechtlicher Vorschriften sind Sache der Strafgerichte. Geht es um Äußerungen, die vom Schutz der Meinungsfreiheit umfasst werden, haben sie dabei aber dem eingeschränkten Grundrecht Rechnung zu tragen, damit dessen wertsetzende Bedeutung auch auf der Rechtsanwendungsebene gewahrt bleibt (vgl. BVERFGE 7, 198 <208 f.>; stRspr). Dazu gehört zum einen eine zutreffende Erfassung des Sinns der umstrittenen Äußerung. Insbesondere dürfen die Gerichte ihr keine Bedeutung beilegen, die sie objektiv nicht hat, und im Fall der Mehrdeutigkeit nicht

von der zur Verurteilung führenden Deutung ausgehen, ehe sie andere Deutungsmöglichkeiten mit tragfähigen Gründen ausgeschlossen haben (vgl. zuletzt zusammenfassend BVERFGE 93, 266 <295 ff.>). Zum anderen gehört dazu eine im Rahmen der Tatbestandsmerkmale der Strafvorschrift vorzunehmende fallbezogene Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit auf der einen und dem Rechtsgut, in dessen Interesse sie eingeschränkt ist, auf der anderen Seite (vgl. zuletzt zusammenfassend BVERFGE 93, 266 <293 ff.>). Handelt es sich bei der gesetzlichen Beschränkung der Meinungsfreiheit um eine Staatsschutznorm, ist besonders sorgfältig zwischen einer – wie verfehlt auch immer erscheinenden – Polemik und einer Beschimpfung oder böswilligen Verächtlichmachung zu unterscheiden, weil Art. 5 Abs. 1 GG gerade aus dem besonderen Schutzbedürfnis der Machtkritik erwachsen ist und darin unverändert seine Bedeutung findet (vgl. BVERFGE 93, 266 <293>).

Zwar lässt es sich von Verfassungen wegen nicht beanstanden, dass in der Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihr angehörenden Landes mit einem faschistischen Staat eine Beschimpfung im Sinn von § 90 a Abs. 1 Nr. 1 StGB gesehen wird. Das Landgericht hat aber nicht ausreichend dargelegt, dass das Flugblatt diesen Sinn tatsächlich hat. Eine ausdrückliche Gleichsetzung enthält der Text des Flugblatts nicht. Sie ist vielmehr das Ergebnis der Textinterpretation durch das Landgericht. Ob der Text auch andere, nicht die Tatbestandsmerkmale von § 90 a Abs. 1 Nr. 1 StGB erfüllende Deutungen zuließe, hat es nicht erwogen. Dazu hätte aber Anlass bestanden, weil sich seine Deutung nicht zwingend und alternativlos aus dem Text des Flugblatts ergibt.“ (BVerfG 1. Senat 1 1998-07-29 1 BvR 287/93)

Für das Recht ist kennzeichnend, dass es die Sprache des Adressaten zulässt. Bis zu einer Grenze: Im Ergebnis der Entscheidung muss dem Bürger sein Recht auf Sprache genommen werden. Denn eine Streitentscheidung in der Sprache nur einer der Konfliktbeteiligten wäre parteilich. Der Richter muss also zwischen den antagonistischen Sprachen der Parteien im Medium einer dritten Sprache entscheiden. Aber diese Sprache darf nicht so beschaffen sein, dass sie den Adressaten in eine vordefinierte Sprecherposition zwingt, worin nur eine fremde und nicht seine eigene Sprache möglich ist. Eine Entscheidung, solange sie eine Rechtsentscheidung und keine reine Gewalt sein will, muss dem Betroffenen Einfluss auf die Sprache geben, die in der Entscheidung an die Stelle seiner eigenen tritt. Wenn dagegen diese Sprache schon vorher feststeht, haben wir kein Recht vor uns, sondern nur sprachlich verbrämte Gewaltausübung.

Wie normativ ist Sprache? Sprache ist nicht normativ. Normativ sind Sprecher. Insbesondere Juristen, wenn sie Sprachkonflikte entscheiden. Zwar geben sie vor, normative Strukturen in der Sprache nur zu bewohnen. Tatsächlich sind sie aber Architekten. Gerade Juristen wissen aber, dass bei Projekten von Architekten geprüft werden muss, ob sich das Vorhaben in die Umgebung einfügt und ob Gefahren davon ausgehen. Deswegen sollten wir

juristische Sprachnormierungen dann kritisieren, wenn sie darauf hinauslaufen, sprachliche Vielfalt oder die Mechanismen zu deren Erzeugung zu verletzen.

## Literatur

- Bertram, Georg W. (2000): Prolegomena zu einer Rekonstruktion der linguistisch-epistemischen Wende – Von Quine und Sellars zu Husserl und Derrida. In: *Journal Phänomenologie* 13, S. 4 ff.
- Brandom, Robert (2000): *Expressive Vernunft*. Frankfurt/M.
- Busse, Dietrich (1988): Der Regel-Charakter von Wortbedeutungen und Rechtsnormen. Ein Grundproblem von Gesetzesbindung und Auslegungsmethodik in linguistischer Sicht. In: Mellinghoff, Rudolf/Trute, Hans-Heinrich (Hg.) (1988): *Die Leistungsfähigkeit des Rechts*. S. 23 ff.
- Calliess, Galf-Peter (1999): *Prozedurales Recht*. Baden-Baden.
- Christensen, Ralph/Sokolowski, Michael (1999): Naturrecht und menschliche Sprache oder: die Spuren der Utopie im Recht. In: Erbguth, Wilfried/Müller, Friedrich/Neumann, Volker (Hg.) (1999): *Rechtstheorie und Rechtsdogmatik im Austausch*. *Gedächtnisschrift für Bernd Jeand'Heur*. S. 13 ff.
- Christensen, Ralph/Sokolowski, Michael (2001): Die Bedeutung von Gewalt und die Gewalt der Bedeutung. In: Müller, Friedrich/Wimmer, Rainer (Hg.) (2001): *Neue Untersuchungen zur Rechtslinguistik*. S. 203 ff.
- Christensen, Ralph/Sokolowski, Michael (i.Vorb.): Recht als Einsatz im semantischen Kampf. In: *Zeitschrift für Semiotik*.
- Christodoulidis, Emiliós A./Veitch, Scott (1997): The Ignominy of Unredeemed Politics: Revolutionary Speech as Differend. In: *International Journal for the Semiotics of Law*, X, 29, S. 141 ff.
- Davidson, Donald (1990): Kommunikation und Konvention. In: Davidson, Donald (1990): *Wahrheit und Interpretation*. Frankfurt. S. 372 ff.
- Davidson, Donald (2000): Die zweite Person. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 48, 3, S. 395 ff.
- Davidson, Donald D. (1990a): Eine hübsche Unordnung von Epitaphen. In: Picardi, Eva/Schulte, Jochen (Hg.) (1990): *Die Wahrheit der Interpretation. Beiträge zur Philosophie Donald Davidsons*. S. 203 ff.
- Glock, Hans-Johann (2000): Wie kam die Bedeutung zur Regel? In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 48, 3, S. 429 ff.
- Glüer, Kathrin (2000): Bedeutung zwischen Norm und Naturgesetz. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 48, 3, S. 449 ff.
- Glüer, Kathrin (2000a): Schwerpunkt: Sprache und Regeln. Ist Bedeutung normativ? In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 48, 3, S. 393 f.
- Glüer, Katrin (1999): *Sprache und Regeln. Zur Normativität von Bedeutung*. Berlin.
- Grice, Herbert Paul (1979): Logik und Konversation. In: Meggle, Georg (Hg.) (1979): *Handlung, Kommunikation, Bedeutung*. Frankfurt. S. 243 ff.
- Herbert, Manfred (1995): *Rechtstheorie als Sprachkritik. Zum Einfluss Wittgensteins auf die Rechtstheorie*. Baden-Baden.
- Heringer, Hans Jürgen (1974): *Praktische Semantik*. Stuttgart.
- Heringer, Hans Jürgen (1982): Sprachkritik – Die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: Heringer, Hans Jürgen (Hg.) (1982): *Holzfeuer im hölzernen Ofen*, Tübingen. S. 3 ff.
- Hilgendorf, Eric (1991): *Argumentation in der Jurisprudenz*. Berlin.

- Knell, Sebastian (2000): Die Normativistische Wende der analytischen Philosophie. Zu Robert Brandoms Theorie begrifflichen Gehalts und diskursiver Praxis. In: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie 25, S. 225 ff.
- Koch, Hans-Joachim/Rüßmann, Helmut (1982): Juristische Begründungslehre. München.
- Kripke, Saul A. (1987): Wittgenstein über Regeln und Privatsprache. Eine elementare Darstellung. Frankfurt/M.
- Looschelders, Dirk/Roth, Wolfgang (1996): Juristische Methodik im Prozess der Rechtsanwendung. Berlin.
- Luhmann, Niklas (1993): Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Mayer, Verena (2000): Regeln, Normen, Gebräuche. Reflexionen über Ludwig Wittgensteins „Über Gewissheit“. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 48, 3, S. 409 ff.
- Müller, Friedrich/Christensen, Ralph/Sokolowski, Michael (1997): Rechtstext und Textarbeit. Berlin.
- Neumann, Ulfried (1992): Juristische Fachsprache und Umgangssprache. In: Grewendorf, Günther (Hg.) (1992): Rechtskultur als Sprachkultur. Zur forensischen Sprachanalyse. Frankfurt. S. 110 ff.
- Quine, Willard van Orman (1979): Zwei Dogmen des Empirismus. In: Quine, Willard van Orman (1979): Von einem logischen Standpunkt. Frankfurt. S. 27 ff.
- Schalk, Helge (2000): Zu den Zeichen selbst: Der Sinn der Bedeutung. In: Journal Phänomenologie 13, S. 2 f.
- Schlag, Pierre (1991): Normativity and the Politics of Form, in: University of Pennsylvania Law Review 139, S. 801 ff.
- Schubarth, Alexander (Hg.) (1983): Der starke Staat. Dokumente zum Prozess. Frankfurt/M.
- Sellars, Wilfrid (1999): Der Empirismus und die Philosophie des Geistes. Paderborn.
- Somek, Alexander/Forgó, Nikolaus (1996): Nachpositivistisches Rechtsdenken. Wien.
- Stüber, Karsten (1993): Donald Davidsons Theorie sprachliche Verstehens. Frankfurt/M.
- Wimmer, Rainer (1998): Zur juristischen Fachsprache aus linguistischer Sicht. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 29, 81, S. 8 ff.
- Wimmer, Rainer/Christensen, Ralph (1989): Praktisch-semantische Probleme zwischen Linguistik und Rechtstheorie. In: Müller, Friedrich (Hg.) (1989): Untersuchungen zur Rechtslinguistik. Berlin. S. 27 ff.
- Wittgenstein, Ludwig (1986): Philosophische Untersuchungen. Werkausgabe Bd. 1. Frankfurt/M.

LUDGER HOFFMANN

## Rechtsdiskurse zwischen Normalität und Normativität

### Abstract

Bevor ein Urteil im Strafverfahren gefällt werden kann, muss festgestellt werden, was der Fall war. Es fragt sich, mit welchen Ressourcen und in welchen sprachlichen Formen strittige Sachverhalte in Rechtsdiskursen bearbeitet und entschieden werden. Und wie diese Ressourcen sich zu den normativen Vorgaben und institutionellen Programmen verhalten. Die Vorstellung, dass hier „Alltagstheorien“ von Entscheidern oder lebensweltliche Plausibilitäten den Ausschlag gäben, soll auf der Basis eines pragmatischen Konzepts von Normalität präzisiert werden. Dazu wird ein Konzept von *Normalitätsfolien* als kollektiven, gesellschaftlich erarbeiteten Bildern von Ereignisabläufen, Handlungen und Dispositionen herangezogen und mit authentischen Daten belegt.

### 1. Rechtsdiskurse und Normalitätskonzept

Rechtsdiskurse haben die Verständigung über das, was war oder ist im Unterschied zu dem, was hätte sein sollen, zum Gegenstand. Verletzungen werden institutionell in spezifischen Verfahren, Diskursen, Rollen bearbeitet. Ich werde mich auf den Strafprozess konzentrieren. Bezugs- und Legitimationspunkt sind die Gesetze in je spezifischer Interpretation. Die Gesetze suchen Sachverhaltsmerkmale so zu fixieren, dass sie auf repetitive, hinreichend ähnliche Ereignisse anwendbar sind. Sie müssen sich allerdings auf Annahmen über normale Abläufe, über Standards stützen. Normalitäten und Normen gehören zu unterschiedlichen Phänomenbereichen.

Die Rechtsanwendung ist durch spezifische Distanzen gekennzeichnet:

- die zeitlich-räumliche Distanz zum Bezugsereignis;
- die Distanz zur Rechtsnorm, in ihrer Sprache und Anwendbarkeit;
- die Distanz zwischen Beteiligten unterschiedlichen Interesses;
- die Distanz zwischen Klienten (Angeklagte, Zeugen) und Agenten der Rechtsinstitutionen (Verteidiger, Staatsanwalt, Richter), die unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und Wissensdifferenzen einschließt.

Anders gewendet unterhält das Verfahren spezifische Fiktionen, um überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen:

- die Fiktion des Zugangs zur fraglichen Vergangenheit (Beweisbarkeit durch Spuren und wahrnehmungs- wie gedächtnisbasierte, subjektive und parteiliche Aussagen);



- die Fiktion, dass die Interessengegensätze sich durch die Form eines ordentlichen Verfahrens in einer akzeptablen Entscheidung aufheben ließen;
- die Fiktion der Überbrückbarkeit von Wissens- und Handlungsdifferenzen durch Partizipation (Prinzip der Mündlichkeit, Recht auf zusammenhängende Darstellung wenigstens für Zeugen, Schlusswort etc.);
- die Fiktion der Abgegrenztheit des Verfahrens vom realen Leben (Wirtschaft, Politik, Sozialstruktur etc.).

Die Realität, auf die das Recht zugreifen soll, ist greifbar nur als Wirklichkeit der Beteiligten. Das anzuwendende Recht muss seinerseits so bearbeitet werden, dass die fraglichen Sachverhalte rechtsförmig, zum *Fall* werden. Damit treten die Vermittlungsleistungen der Handelnden wie der verwendeten Sprache in den Blick, von den ersten Verarbeitungen (Schriftsätze), den handlungsleitenden Bezügen auf das Verfahrensprogramm, der Hebammenfunktion der Fragen, dem Erzählgeflecht der Klienten bis hin zum Urteil. Dies ist das Thema linguistischer Analysen. Der Blick auf die gesellschaftlichen Grundlagen des Verfahrens erlaubt es nicht, nur im argumentativen Streit oder in der Konstitution einer Erzählung oder in der Spezifik von Sprecherwechseln und Rederechten den diskursiven Kern zu sehen. Es sind insbesondere auch die sprachlich induzierten, im Medium der Sprache sich vollziehenden Änderungen im Wissen der Handelnden, die rechtliche Konsequenzen haben. Die nötigen Feststellungen werden diskursiv gewonnen und bilden die Basis eines Urteils. Nur soweit Widersprüche nicht auftauchen, sondern die Bilder der Beteiligten ein Gesamtbild des Ereignisses ergeben, ist das Verfahren ganz unproblematisch.

Angeklagte und Zeugen müssen dafür sorgen, dass ihnen geglaubt werden kann. Agenten der Institutionen brauchen gute, darstellbare Begründungen. Begründen kann man aber nur, wenn man etwas kollektiv Geltendes oder Gewusstes voraussetzt. Nicht jede Begründung lässt sich ihrerseits begründen, das Beweisspiel kommt stets an den Punkt des Nicht-Hintergehbaren. Unbezweifelbar sind die eigenen inneren Erfahrungen (Schmerzen etc.), Handlungspläne und Absichten sowie Wahrnehmungen, die das Gericht insbesondere von Zeugen hören will. Aber dies wird nicht unverstellt reproduziert.

Somit ist der Rückgang der Beteiligten auf kollektives Wissen notwendig: ob der Gutachter Unfallhäufigkeiten bei schlechtem Reifenprofil anführt, der Gastwirt als kundiger Zeuge über ein Verhalten spricht, das für ihn Trunkenheit indiziert oder der Richter etwas als seiner Lebenserfahrung widersprechend und damit unplausibel hinstellt. Eine besondere Rolle spielen Orientierungen an dem, was als normal gilt. Normalität erscheint in der Moderne aber nicht binär schematisiert, sondern als sich wandelnder Kernbereich mit Übergangszonen und Abstufungen sowie der Möglichkeit temporärer, begrenzter, oft kalkulierter Übertretung (vgl. zu den historischen und wissenschaftsgeschichtlichen Grundlagen: Link 1997). Die Bedeutung von „Normalität“ für den Alltag wird soziologisch seit Auguste Comte, Durk-

heim, statistisch seit Gauß und Galton, in der französischen Diskursanalyse seit Canguilhem diskutiert. Normalität spielt zugleich in Ethnomethodologie und Konversationsanalyse als theoretischer Ausgangspunkt für die Untersuchung der Geordnetheit sozialer Strukturen und kommunikativer Abläufe eine zentrale Rolle.

*These:* Eine zentrale Ressource der Darstellungen, Begründungen und Urteile sind Bilder von Normalitäten, die in die Orientierungen der Aktanten eingehen.

Für eine begriffliche Klärung im Rahmen linguistischer Analyse mit ihren spezifischen Voraussetzungen und ihrer Methodologie ist es wichtig, die mentale Seite des sprachlichen Handelns zentral zu stellen, etwa im Sinne der sprachtheoretischen Differenzierung der Funktionalen Pragmatik zwischen

- Realität (P-Bereich)
  - mentaler Verarbeitung ( $\pi$ -Bereich) und
  - Verbalisierung (p-Bereich)
- (vgl. Ehlich/Rehbein 1986).

Der Zugang zur Realität vergangenen Geschehens läuft über mentale Strukturen der Teilnehmer, die Mechanismen wie Erinnern, Vorstellen, (Re-)Arrangieren (gemäß den Anforderungen eines geschlossenen Bildes an Kohärenz und Abgeschlossenheit, Profilierung, Linearität von Ereignissen etc.) einsetzen und in ihren Äußerungen manifest machen.

Maßgeblich für die Entscheidung über Sachverhalte (Ereignisse/Geschichten) ist eine *Normalitätsfolie* als kontrastiver Bewertungsmechanismus. Dies ist eine Wissensfolie normaler Abläufe der fraglichen Ereignisse (Konstellation, Modus Operandi, Resultat etc.) und Typen von Aktanten (mit spezif. Dispositionen). Sie hat die Form eines *fundierte[n] Glaubens*, der sich zu einem Bild verfestigt hat. Kennzeichen dieses Wissens sind:

- es *generalisiert* aus singulären Erfahrungen mit repetitiven Ereignisstrukturen, die sich aus gegebenen Basiskonstellationen (BK) entfalten;
- es ist ein *kategorisierendes* Wissen, das Ereignisse und Dispositionen als mehr oder minder normal (mit einer Übergangszone) ausweist;
- es handelt sich um ein *kollektives*, in den relevanten Zusammenhängen *gesellschaftlich erarbeitetes Bild*;
- Operationsbereich dieses Wissens ist wiederum Wissen, es ist also ein *Wissen zweiter Stufe*;
- neben einem *Alltagswissen*, das nicht institutionsspezifisch geprägt ist, gibt es *institutionsspezifische* Kollektivbilder;
- dies Wissen ist *dynamisch*, es unterliegt *Kalibrierungen* aufgrund von neuen gesellschaftlichen Erfahrungen;
- es induziert handlungsbezogene *Erwartungen* als *Extrapolationen*;
- es löst *retrospektiv Abduktionen* aus, etwa von Abläufen oder Resultaten auf Ursachen oder Dispositionen;
- es ist *reflexiv-regulativ*: <in BK handle ich wie die meisten anderen>.

Die Normalitätsfolie wird als *Dispositiv* im Rahmen von Handlungserwartungen, Konflikten und beim Handlungsverstehen genutzt. Diskursiv dient sie als *Maßstab* (als *Normal*) zur Orientierung in der eigenen Handlungsplanung und in der Kategorisierung fremden Handelns.

Die Normalitätserwartungen haben einen quasi-empirischen Charakter, in ihrer Vorgeschichte liegen individuelle Erfahrungen von Faktizität als Häufigkeitsdaten, die in *generalisierte Propositionen* mit pragmatischer Quantifizierung eingegangen sind.<sup>1</sup> Seit der Moderne geht in solche Bilder häufig eine quantifizierende Empirie ein, deren Verarbeitung sich auf Auszählungen, darzustellen in Tabellen, Grafiken etc. stützt; starre Normalisierungen weichen flexibleren, Randbereiche und zeit- oder fallweise Überschreitungen werden tolerabel (vgl. Link 1997).

Jede Repetition von Basiskonstellation und Ereignis verfestigt die Wissensstruktur. Gegenteilige Erfahrungen in gleichen/analogen Situationen können als singuläre ausgeblendet werden; erst in bestimmter Quantität führen sie zur Kalibrierung des Wissens. Dabei ist auch entscheidend, welchen Stellenwert und Grad der Verfestigung die Glaubensinhalte in der Handlungspraxis der Individuen haben.

Normalitätsfolien (NF) können in *synthetische* Schlussverfahren eingehen:

(1) Wenn in der Basiskonstellation BK Personen, die zur Bezugsgruppe BG zu zählen sind, in der Weise N handeln, so ist dies auch von Person X aus BG anzunehmen, bis zum Erweis des Gegenteils.

Fakt 1	Die Wohnung W war zur Zeit t unverschlossen.
Fakt 2	X ist der Gruppe der Gelegenheitseinbrecher zuzuordnen.
Fakt 3	X hatte die Möglichkeit, W zur Zeit t zu betreten.
NF	Gelegenheitseinbrecher betreten unverschlossene Wohnungen.

Erschloss. Der Gelegenheitseinbrecher X hat die Wohnung W zur  
Fakt 4 Zeit t betreten.

Typisch ist, dass der Übergang nicht durch Erfahrung zu rechtfertigen ist, sondern aus einer Normalitätsprämisse *deduziert* wird, die als kollektives Bild verfestigt ist. Neben Handlungen können insbesondere auch Dispositionen als Prämisse eingesetzt werden.

Häufig findet sich ein Fall des *induktiven Schlusses*, der eine Erweiterung auf eine vergleichbare Konstellation qua Verallgemeinerung annimmt. Im Ergebnis kann es zur Annahme einer Disposition kommen, aus der dann auf das Verhalten in einem Spezialfall zu schließen ist.

<sup>1</sup> Russell (1940, S. 114 ff.) hat die Entstehung von „*beliefs*“ und den Übergang zu „*general propositions*“ des Typs „*A is always followed by B*“ aus vorgängigen Erfahrungen („*previous history*“) erkenntnistheoretisch (auf behavioristischer Grundlage) charakterisiert.

(2) Wenn X in einer Basiskonstellatation BK repetitiv das Verhalten N zeigt, lässt dies auf eine Disposition <in BK ist N für X normal> schließen.

Fakt 1 X war (zu den Zeiten t1 ... tn) betrunken.

Fakt 2 X ist (zu den Zeiten t1 ... tn) gewalttätig geworden.

---

Erschloss. Wenn X betrunken ist, wird X gewalttätig (Disposition)

NF

Es handelt sich um eine Normalisierung auf der Basis von Einzelerfahrungen. Sie bezieht sich auf Aktanten und kann auf fragliche Fälle ihres Handelns in der Vergangenheit wie auf künftige Fälle übertragen werden.

Möglich ist auch der Rückgang auf eine spezifische Basiskonstellatation. Das kann mit der Schlussfigur der *Abduktion* geschehen. Sie legt eine Normalisierung bereits zugrunde, normalisiert etwa den Zusammenhang zwischen Wirkung und Ursache, um zur Annahme eines weiteren Faktums (Ursache, Motiv, Ausgangsereignis etc.) übergehen zu können.

(3) Bestimmte Fakten lassen sich auf der Basis einer Normalisierung als Wirkungen bestimmter Ursachen, Dispositionen etc. auffassen.

Fakt 1 X hat die Wohnung W betreten.

Fakt 2 Die Wohnungstür wurde zur Zeit t nicht aufgebrochen.

NF Wer einen Schlüssel hat, bricht die Tür nicht auf.

---

Erschloss.

Fakt 3 X hat einen Schlüssel für die Wohnung W.

Auf diese Weise können u. a. Personen entlastet oder belastet werden durch Indizien. Ein Faktum wird in einen konditionalen Normalitätszusammenhang eingeordnet und so ein anderes Faktum erschlossen. Es versteht sich, dass solche Schlüsse nicht zwingend sind, ähnlich wie Schlüsse vom Sein auf das Sollen gemäß dem Humeschen Gesetz.

Die Art der Distribution solchen Wissens auf bestimmte Aktantengruppen kann zu Konflikten aus differenten Normalisierungen führen, etwa zwischen Experten/Sachverständigen einerseits und Laien (einschl. Juristen) andererseits. Einen wichtigen Sonderfall bildet das pseudo-professionelle Wissen von Laien über institutionelle Abläufe, Beweiserhebungen und kriminologische Schlüsse, auch geprägt durch Bücher und Filme. Dies Wissen kann mit dem institutionsspezifischen Wissen der Agenten, das seinerseits auf institutionelle Schemata, Abläufe und Kategorisierungen referiert, kollidieren und fehlleitende Handlungsorientierungen im Verfahren erzeugen.

Indizienbeweise und Schlüsse allerdings müssen in die sprachlichen Verständigungsprozesse, die das Verfahren kennzeichnen, eingeordnet werden. Die Entscheidungen fallen nicht mechanisch, sondern unter spezifischen Handlungs- und Wissensbedingungen, die so etwas wie eine Tiefenstruktur

bilden. Das Unwahrscheinliche, Nicht-Normale kann allenfalls als *wahr* durchgehen, wenn es der Strafverfahrenstendenz folgend durch ein Geständnis ins Spiel gebracht wird. Das kann dann durch gehörigen (evtl. ausgehandelten) Strafnachlass belohnt werden. Affirmation erlaubt manche Art von Fiktion.

Historisch zu rekonstruieren sind die Übergänge zu normalitätsfundierte Schlussverfahren im Rechtsbereich. Während in der Vergangenheit fixe Beweisregeln und dann das zentral gestellte – auch erpresste – Geständnis fallentscheidend waren, bildeten sich in der Moderne neue Zugänge zur Realität heraus. So lassen sich die Rechtsinstitutionen Polizei und Justiz – seit dem 19. Jahrhundert explizit und zunehmend gestützt auf Bezugswissenschaften – von Normalitätsfolien dessen, was anormal – oder gar *e-norm* – erscheint, leiten. Dies sind:

- Bilder von *Täterpersönlichkeiten* (Physis, Charakter, Dispositionen etc.), die repetitiv bestimmte vergleichbare Verhaltensweisen zeigen;
- Bilder von vergleichbaren *Begehungsweisen im Rahmen eines Handlungsmusters*, die Taten in einem Merkmalsraster erfassen lassen, das zu spezifischen *modi operandi* verdichtet wird. Aus deren Vorliegen wiederum kann sich – unter der Annahme der *Perseveranz* – auf spezifische Täterpersönlichkeiten schließen lassen, die dann – besonders wenn sie rückfällig sind – leicht zu greifen sind;
- Bilder zum *Opfer* prädestinierter Persönlichkeiten (*victims*), die typischerweise von bestimmten Tattypen betroffen sind;
- Bilder spezifischer Situationstypen als *Gelegenheiten*, typische Ausgangskonstellationen für bestimmte Straftaten (geringes Risiko, Abwesenheit von Kontrolle, leicht zugänglicher und transportierbarer Gegenstand etc.).

Der gesellschaftliche Sektor des Illegalen (oder als illegal Definierten) wird zunehmend normalisiert bis hin zu den „Flexibilitäten“ der Moderne einerseits, genetischen Verfestigungen andererseits. Zugleich entfalten die Rechtsnormen als Festschreibungen spezifischer Handlungserwartungen durch die zuständigen Institutionen eine neue Dynamik, wobei die Rechtsanwendung auf die Normgeltung zurückwirken kann.

Die Regelungsbereiche des Normativen (hier: der Rechtsnormen) und alltäglicher Normalität sind prinzipiell zu unterscheiden. Sie bilden Kontrollmaßstäbe unterschiedlicher Art und Quelle, die als Teil des *Glaubens* der Akteure in den Handlungsprozess eingehen. Dass die Inhalte des Geglaubten bei den Akteuren nicht deckungsgleich sind, versteht sich; so verfügen die Agenten der Rechtsinstitutionen über spezielles Normenwissen, teilen aber mit den Klienten weitgehend das Alltagswissen über Normalitäten.

Die extern gesetzte, präskriptive Rechtsnorm gilt in allen Bereichen, für die sie spezifiziert ist: <immer wenn q, gilt RN>; die Normalität gilt nur als quasi-empirisches Datum. Von besonderem Interesse sind *Koppelungen*, etwa im Bereich der Äußerungskriminalität, zu deren Beurteilung die nor-

malistische Figur des „unverbildeten Durchschnittslesers“ (vgl. Seibert 1992) herangezogen wird.

Das Feld des Handelns ist nicht nur durch Bedürfnis, Motivation etc., sondern ganz wesentlich auch durch Normalität und Normativität als Kontrollmaßstäbe bestimmt (vg. Abb. 1). In den Prä-Stadien des Handlungsprozesses wird im Handlungsraum das „Kontrollfeld“ (Rehbein 1977) abgefragt, ebenso in der Nachgeschichte durch Beobachter, Betroffene, Rechtsentscheider.

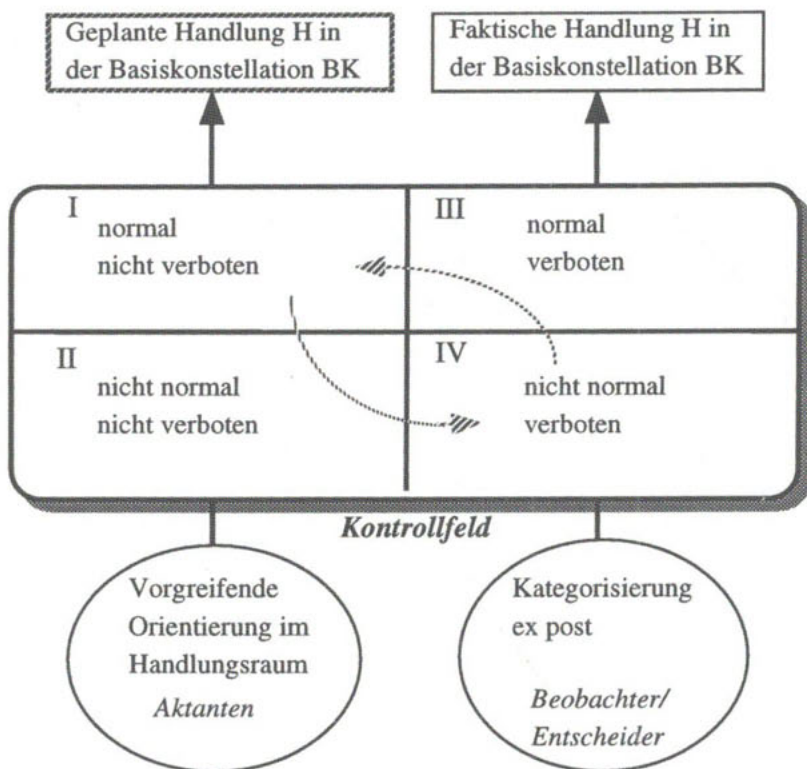


Abb. 1: Normalität und Normativität als Kontrolldispositive im Handlungsraum und in der Nachgeschichte (*nicht verboten* umfasst *erlaubt/geboten/indifferent*)

Die Perspektive mit dem Fokus auf abgelaufenes Handeln ist die von Beobachtern, bzw. Teilnehmern und interessierten Rezipienten wie Betroffenen oder Rechtsentscheidern. Die Perspektive des Handlungsprozesses ist eine andere. Sie lotet den „Handlungsraum“ (Rehbein 1977) in seinen objektiven wie subjektiven Dimensionen aus, so dass dessen Potentiale und Restriktionen in die einzelnen Stadien der Handlungsvorbereitung einbezogen werden können.

Bezogen auf konkretes Handeln unter bestimmten Bedingungen können sich die Orientierungen verschieben; dies gilt nicht nur für ein Phänomen, das Link (1998<sup>2</sup>) als „flexiblen Normalismus“ in der Neuzeit verankert hat; es gilt auch für flexible Normativitätsorientierungen in komplexen Gesellschaften, etwa die Missachtung einer roten Ampel durch Fußgänger, die dem Bereich III zuzuordnen ist, während das gleiche Verhalten von Autofahrern zwar vorkommt, aber hierzulande nicht als normal gilt (IV). Ob die illegale Spendenbeschaffung durch Politiker zu III oder IV gehört, darüber lässt sich streiten. Das Vierfelderschema lässt sich auch auf historisch-gesellschaftliche Entwicklungen beziehen, so lassen sich Übergänge von IV über III nach I an Entwicklungen im Bereich des Sexualverhaltens diskutieren. Oder die Einführung einer Rechtsnorm als Übergang von I über II nach IV, während ein direkter Übergang von I nach III Akzeptanzprobleme aufwerfen dürfte. Längerfristige Inkongruenzen und ihre gesellschaftlichen Folgen sind klassischer Gegenstand makrosoziologischer Theorien (Durkheim, Merton u. a.).

Im Folgenden behandle ich die Rolle von Normalitätsbildern anhand von Beispielen aus Verhandlungen.

## 2. Exemplarische Vernehmungsanalysen

Die Vernehmung zur Sache ist als kommunikative Form mit interrogativen, narrativen und argumentativen Elementen in verschiedenen Arbeiten (z. B. Hoffmann 1983, 1989, 1991, 1997) beschrieben. Die Institution überformt alltägliche Muster wie etwa das Erzählen, indem das Erzählte zugleich Material zur rechtlichen Bearbeitung wird und auch gegen den Erzähler verwendet werden kann. Es haben sich – orientiert an Plan, Vorgaben, Relevanzen der Institution – Formen wie die erzählende Darstellung oder der Bericht herausgebildet. Doch es kommt nicht nur darauf an, sich in den Formen bewegen zu können.

Beispiel 1: Vernehmung eines Beschuldigten durch eine Haftrichterin (Partiturnotation)

- 14 HR • • Wat is mit dem Päckchen Kaffee beim beim öhm • bei  
B Ich hab mir die ( )

((Computerschreiben im Hintergrund))

- 15 HR Rewe? • Da solln se am 17.6. n Päckchen/ nich Kaffee Tabak

- 16 HR entwendet haben. Hñ Päckchen Tabak. [Ähm:  
B Ein Päckchen/ öh: das stimmt ja.

[diktirt]

- 17 HR den Tabak habe ich habe ich entwendet Punkt,] und gestern?  
B Die  
*((Computerschreiben im Hintergrund))*
- 18 HR Hm̃ Jā  
B sechs Pakete Kaffee und eine Dose Bier habe ich auch
- 19 HR [Die Tat von gestern gebe ich auch  
B entwendet, ja öh beziehungsweise versucht zu entwenden,  
*[diktiert ((Computerschreiben im Hintergrund))]*
- 20 HR zu.] Die sechs Pakete Kaffee Herr L./ Die sechs Pa/Pakete  
B beziehungsweise versucht zu entwenden.
- 21 HR Kaffee • sprechen ganz eindeutig • für  
B Hm̃
- 22 HR Beschaffungskriminalität. Sie kaufen sich nicht für sich selber an
- 23 HR einem Tag sechs Pfund Kaffee. • Dat wolltense zu irgendnem  
B Ich kann ihnen sagen für wen das
- 24 HR Kiosk bringen und da wolltense Geld für holen, und sich Schore  
B war. Nein ich wollt das/
- 25 HR kaufen. Jā Jā  
B Ich kann ihnen sagen woher/ wofür ich das • gebraucht hab
- 26 HR Jā Jā Jā bitte.  
B den Kaffee. Já. Wollnset wissen? Äh ich hab mich vor zwei
- 27 B Tagen mit meiner Mutter getroffen né, und meine Mutter sachte
- 28 B mir äh, Sie lebt seit vier Wochen öh von von von Brot und (Mar)
- 29 HR Hm̃.  
B öh nich Brot • von von Kartoffeln und Margarine • mit Salz drauf
- 30 HR Jā  
B so und dacht ich mir, öh gib ich meinem Bruder zwei Pakete



- 31 HR Herr Scheit, suchen sich jemand,  
B Kaffee, • ihr zwei: • und fertisch.
- 32 HR der Ihnen dat abnimmt.  
B Öh:: Frau Müller, • Sie haben sich doch

(Hoffmann WDR 1998/HR=Hafrichterin; B=Beschuldigter; • Pause; () Unverständliches; / Abbruch; \_ Emphase; ((1,1s)) Pausenlänge; [Kommentar; Flächen repräsentieren die Zeitachse)

In der Vernehmung durch eine Hafrichterin geht es darum, ob der Haftbefehl aufrecht erhalten werden kann oder seine Voraussetzungen nicht (mehr) bestehen (§§ 112–120 StPO). „Art und Umfang der Beweisaufnahme bestimmt das Gericht.“ (§ 118a (3) StPO) Im vorliegenden Fall wird das Minimalprogramm durchgeführt, der Beschuldigte wird gefragt, gesteht, die Aussage wird für das Protokoll diktiert (vgl. Fläche 15–17). In Fläche 17 schließt sich eine elliptische Frage an, die nur ein Element des Hintergrunds, den Zeitpunkt des fraglichen Ereignisses, verbalisiert. Eine solche situative Ellipse ruft prozessiertes Wissen auf, nicht etwa eine – gar satzförmige – Äußerungsstruktur (*Was haben Sie gestern gemacht?* o. ä.) Der Beschuldigte kennt den Vorwurf und weiß, dass eine Stellungnahme verlangt ist. Immerhin ist vorausgesetzt, dass da gestern etwas war, in das er involviert war. Der Konjunkt „und“ bindet die Frage zudem ein in eine Reihe von Diebstahlsvorwürfen, die in die U-Haft geführt haben. Man kann von einer seriellen Abarbeitung der Vorwürfe sprechen, die die Haftgründe zu untermauern vermag.

Der Beschuldigte greift diese Voraussetzungen nicht an; vielmehr nutzt er die Vorgängeraußerung als Slot, in den die gestohlenen Gegenstände eingetragen sind. In der institutionellen Sprachform wirkt sein Geständnis kontrastiv-ironisch, als vorgetäuschte Übereinstimmung (*dissimulatio*). Mit *entwenden* gebraucht er ein älteres, konzeptionell an der Handgreiflichkeit orientiertes Verb, das schon in der „constitutio criminalis Carolina“, der Peinlichen Gerichtsordnung Karls des V., von 1532 (Art. 208) zu finden ist. Der Wechsel auf die Ebene der Selbstdeutung geschieht in der präzisierenden Reparatur („versucht zu entwenden“), die sich gegen die Vollendungslesart der RichterIn wendet; der Kontrast liegt darin, dass hier nicht der Agent der Institution spricht.

Dies nun ereignet sich im Anschluss. In Fläche 20 f. verkündet die HafrichterIn das Ergebnis ihrer Kategorisierung des Delikts: kriminologisch gewendet ist es für sie klar ein Fall von „Beschaffungskriminalität“ (wie Apotheken-einbruch, Rezeptfälschung, Betrug). Er ist damit der elementaren Ebene – der Zweck liegt allein in der Aneignung, etwa im Konsum der gestohlenen Whiskyflasche – enthoben. Der Zweckzusammenhang ist der einer anderen Tat, ein

Drogendelikt etc. sollte allererst ermöglicht werden. Zugleich steht damit bereits ein anderer Tatkomplex im Fokus. Die angekündigte Divergenz des Beschuldigten („h̄m“) ist verständlich, denn dieser Vorwurf wird nun ausgebaut und droht ihm die Rückkehr in die Freiheit zu verbauen. Der Indizienschluss aus 20 ff. stützt sich auf eine Normalitätsfolie, in der die Differenz von Wegnahme und Kauf zugunsten der Frage einer angemessenen Menge aufgehoben ist:

- (4) NF1: Konsumgüter werden in konsumgerechten Mengen erworben.
- (5) NF11: Sechs Pfund Kaffee sind für eine Einzelperson keine konsumgerechte Menge.

Daraus ergibt sich:

- (6) Die sechs Pfund Kaffee sind nicht für den Konsum (des Beschuldigten) bestimmt gewesen.

Weniger zwingend – keineswegs „eindeutig“ – ist der Übergang zur Beschaffungskriminalität. Die Richterin sucht ihn plausibel zu machen, indem sie dem Angeklagten ein bestimmtes Wollen, eine Absicht unterstellt, die sich auf eine komplexe Handlungsplanung (zum Kiosk gehen – Kaffee verkaufen – Geld für „Schore“/Heroin ausgeben) bezieht. Zu dieser Unterstellung mentaler Vorgänge wechselt sie in die Umgangssprache des Beschuldigten („Dat“, „da... Geld für holen“, „Schore kaufen“), vielleicht um das Riskante ihres Zugangs zu überspielen. Dahinter steht eine weitere Normalitätsfolie, die sich auf normales abweichendes Verhalten in der fraglich Szene bezieht.

Der Beschuldigte ist erregt, weiß, was auf dem Spiel steht, und reklamiert für sich den privilegierten Zugang zu seinen Absichten: Er allein ist in der Lage („kann Ihnen sagen“ (25)), über seine Planung zu informieren, unabhängig von der Hörerin hat er den Zugang zu seinen Handlungsmöglichkeiten. So der Modalverbgebrauch.<sup>2</sup> Der triviale Diebstahlsgegenstand – Kaffee – wird durch die Kombination Katadeixis („das“) + Positionierung ganz spät, im rechten Außenfeld, gewichtet: Das ist es, worum es geht. Die begleitenden Jas der Richterin zielen auf die Erläuterung, die aber noch zurückgehalten wird, bis die eigenen Fragen („Jà Wolln set wissen?“) beantwortet sind. Die Frage ist rhetorisch und wirkt intonatorisch wie sequentiell eskalierend (Emphase, Fokussierung von Gewusstem, Bekanntheit des an dieser Diskursstelle institutionell Geforderten). Nach planungsindizierendem „äh“ wird eine minimale narrative Darstellung mit berichtendem Charakter gegeben. Nach knapper Orientierung (Zeit, Aktanten) wird die Äußerung der Mutter wiedergegeben, die zur Zeit in Armut lebe; diese Armut wird nahezu idiomatisch („Kartoffeln und Margarine“) charakterisiert. Vom Bruder

<sup>2</sup> Zu den Modalverben: Redder 1984; Zifonun/Hoffmann/Strecker 1997.

und seiner Situation ist nicht die Rede. Seine Absicht jedenfalls war, den Kaffee auf die Familie zu verteilen. Darin mag man als Normalitätsfolie sehen:

(7) Familienangehörigen in Notlage hilft man.

Die Skepsis der Richterin („hm“) begleitet die Äußerungen. Problematisch ist das Verhältnis zwischen vorausschauender Planung (hat er sich schon auf die Zahl der Päckchen festgelegt?) und Verteilung des Diebesguts („fertisch“). Gleichwohl ist diese Aussage nicht ohne weiteres widerlegbar, sie vermag ihrerseits Gemeinsames als Argumentationshintergrund zu beanspruchen, so dass sich hier Normalitätsbilder unvermittelbar gegenüberstehen. Die Haftrichterin, die ihm nicht glaubt, spricht den Beschuldigten direkt an, fokuslenkend („Herr Scheid“, „suchen sich jemand, der Ihnen dat abnimmt“). Damit ist der weitere Fortgang einer Argumentation blockiert – beide nehmen dazu kollektives Wissen in Anspruch, das auf die Fakten beziehbar ist, aber zu unterschiedlichen Annahmen über die Handlungsplanung führt; eine Verständigung ist nicht mehr möglich, nur eine Entscheidung.

Die Beanspruchung kollektiven Wissens, wie sie für das Argumentieren charakteristisch ist, hat nicht unbedingt eine konsensuelle Entscheidung zur Folge. Dasselbe Verhalten, dieselben Handlungsspuren können durch unterschiedliche Normalitätsfolien betrachtet einen unterschiedlichen Charakter, eine differente Handlungszuordnung bekommen. Auch wenn der Zugang zur fraglichen Realität und insbesondere zur eigenen mentalen Orientierung ein Privileg des Beschuldigten ist, hat er hier doch keine Chance. Denn seine Normalitätsfolie wird nicht umstandslos auf die soziale Gruppe angewendet, der er zugehört: es ist die Gruppe der Drogenfreaks, zu deren Normalität beispielsweise nicht die feste Verankerung in der Familie, die Akzeptanz rechtlicher Normen, die Übernahme schulmedizinischer Terminologien und Konzepte zu Drogen (Klassifikation, Einnahme, Wirkung etc.) gehören. Diese spezifische Wirklichkeit als alternative Normalität ist den Aktanten bewusst. Die Haftrichterin spricht sie an durch den Wechsel auf die Sprachebene des Beschuldigten und insbesondere den Gebrauch des Ausdrucks *Schore*, der hier nicht wie im Rotwelsch (< Romani) für ‚Diebesgut‘ steht, sondern soviel wie *Heroin, shit*, [eItS] bedeutet, ordnet so den Beschuldigten der sozialen Gruppe der Junkies zu. Insofern das gelingt, kann der Beschuldigte dem seine Normalitätsfolie nicht entgegensetzen, obwohl er kognitiv in der besseren Position ist.

Nicht verwunderlich, dass die Anhörung weiter eskaliert, da der Beschuldigte sieht, dass er keine Chance hat, zumal er keinem Gericht gegenübersteht. Im Bewusstsein dessen greift er schließlich die Haftrichterin in ihrer Berufsauffassung an.

Entscheidung und Strafmaß sind stark bestimmt durch das Verhältnis zwischen dem Bild, das der Angeklagte von sich präsentiert und dem kollektiven Bild der Rechtsinstitutionen von Tätern dieses Typs. Die ideale

Passung führt ins Zentrum des Strafmaßes, Abweichungen zu Verschärfung oder wesentlicher Milderung bis hin zu Bewährung, Einstellung, Freispruch.

Im folgenden Fall ging es eigentlich um den Diebstahl einer Uhr. Nach dem Verlauf der Vernehmung ist der im übrigen vorbestrafte Angeklagte praktisch schon wegen Hehlerei zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Zwar hat er nicht gestanden – er war eigentlich wegen Diebstahls angeklagt und hat die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts nicht wirklich bemerkt – aber er hat doch eingeräumt, er habe „n bisschen Verdacht geschöpft“, dass die Uhr gestohlen sein konnte.

Beispiel 2: Vernehmung eines Angeklagten zur Sache (Amtsgericht)(segmentiert)

- 01a R Aber Sie sind bisher • nur aufgefallen • grundsätzlich • wegen äh Verkehrsgeschichten: Fahren ohne Führerschein, • mal mitm nich zugelassenen Wagen auch mal jefahrn, auch mal n Wagen von Fremden genommen, • auch mal nachm Unfall abgehauen, soviel wie ich jetzt im Kopf habe, nich wegen äh Alkohol, sondern wegen des Wagen/  
 02 A Nein, ich trink kein Alkohol.  
 01b R und dann wegen Diebstahls.  
 03 Das is so praktisch das, wo Sie • leider immer wieder gekommen sind.  
 04 A Ja. Führerschein hab ich jetzt seit xx/  
 05 R Den ham Sie jetzt?  
 06 A Ja, den hab ich. ••  
 07 Und jetzt bin ich glücklich verheiratet, ••  
 08 und wo ich früher alles mit gemacht habe, mit den Jungs, die • hab ich jetzt keinen Kontakt mehr mit. ••  
 09 Ich muss jetzt für meine Familie sorgen, da hab ich was Anderes zu tun als • Stehlen oder so was.  
 (Hoffmann/F. 18/R=Richter, A=Angeklagter)

Der Angeklagte wird hier einer für das Strafmaß entscheidenden Kategorisierung ausgesetzt, die von den Vorstrafen ausgeht. Vorstrafen konstituieren das Bild einer Persönlichkeit mit spezifischen Dispositionen. Sind dies kriminelle Neigungen, bedeutet das das Bild eines normal Kriminellen, in dessen Lebenslaufkurve dergleichen zum *Bauch* gehört, während Überschreitungen zu sozial angepasstem oder bürgerlichem Verhalten jenseits der Grenze liegen, temporär und fragil sind, bei der nächsten Kalibrierung wieder aufgegeben werden können. Ein alternatives Bild bietet eine Normalitätsfolie kurzfristiger, spontaner, begrenzter Abweichung im Sinne flexibler Normalitätsorientierung (vgl. Link 1997), die dann wieder rückholbar ist in den Bereich einer ceteris-paribus-Normalität von grundsätzlicher Gesetzestreue.

Im Beispiel gelingt es dem Angeklagten, diese Folie des zweiten Typs für sich zu beanspruchen. Wichtige, vorbereitende Versatzstücke sind bereits der Alkoholverzicht (Fläche 2) und der Besitz eines Führerscheins, die bestimmte Delikte ausschließen. Entscheidend ist dann aber das Bild des frisch verheirateten, treu sorgenden Familienvaters. Mit „jetzt“ wird am Zeitintervall, das die Origo einschließt, dieser Wandel in der Sprechsituation festgemacht und damit die Distanz zur Vergangenheit mit ihrer möglicherweise anderen Normalität markiert. Der Angeklagte ist nicht in einem Übergang, sondern im Zustand des Verheiratetseins (mit allen Implikationen) und dieses Prädikat erfährt mit „glücklich“ die Charakterisierung eines bürgerlich-gesellschaftlichen Ideals. Dieses Glück bedarf der Entfaltungschance, nicht der Störung durch institutionelle Prozesse, die auf früheres Fehlverhalten abheben. Die alte Normalität gilt nicht mehr, die Kontakte zur kriminellen Subkultur sind gekappt. Sprachlich interessant ist die Hervorhebung derjenigen, die ihn früher an der abweichenden Normalität durch umfassende Gemeinsamkeit festgehalten haben, in der Thematisierungsstruktur mit „den Jungs“ im Außenfeld (Fläche 8). Den Kontrast zur früheren Normalität bringt die Begründung in Fläche 9. Auch sie ist geschickt mit „jetzt“ am Sprechzeitintervall festgemacht. Das „müssen“ bringt die uneingeschränkte Notwendigkeit auf dem Hintergrund sozialer Verbindlichkeit zum Ausdruck. Die derart hervorgehobene „Sorge für die Familie“ ist ein permanentes Zentrum der aktuellen Aktivitäten des Angeklagten. Daran wird anadeiktisch mit „da“ die Verpflichtung zu nicht kriminellen Aktivitäten angeschlossen. Mit dem Adjunkt „als“ wird die Vergleichsalternative „Stehlen“ einbezogen, um die es ja in der Verhandlung geht und die für die Gegenwart wie für künftige Fälle ausgeschlossen werden kann, zusammen mit Ähnlichem, hier nicht symbolisch Charakterisiertem („so was“).

Was der Angeklagte als neu gewonnene Normalität darstellt, wird vom Gericht übernommen, nachdem noch ergänzende Punkte wie Arbeitsstelle etc. abgearbeitet worden sind. Die Normalitätsfolie verbindet sich mit der Figur gelingender Resozialisierung. Die Aufklärung der Tat (Diebstahl oder Hehlerei) wird demgegenüber unwichtig, nachdem viel Zeit vorher auf Argumentation verwendet wurde. Die Wende wird deutlich in der Äußerung des Richters:

#### Beispiel 2a: Vernehmung eines Angeklagten zur Sache (segmentiert)

- 01 R Also ich verstehe durchaus, dass Sie Angst haben, wieder inne Kiste zu kommen, né.  
02 A hm  
03 R Wolln uns ja nix vormachen, •• is mir völlig klar. ••  
04 R Aber das mit der Uhr, ganz so, wie Sie sagen, is es au nich.  
05 A Ja, so isses gewesen.  
(Hoffmann/F. 18/R=Richter, A=Angeklagter)

Im folgenden Fall ist der Angeklagte, Herr Hasse, u. a. beschuldigt, mit zwei Zeugen (Löbbers und Riske) gemeinsam Haschisch konsumiert zu haben. Er hat dies stets bestritten und die Zeugen bleiben nicht mehr bei ihrer früheren Aussage.

Beispiel 3: Vernehmung eines Angeklagten durch einen Richter am Amtsgericht (segmentierter Ausschnitt)

- 01 R ... dann wird Ihnen weiter vorgeworfen, Sommer (...) gemeinschaftlich mit Herrn Löbbers und/ ((1,3s)) Herrn Riske geraucht zu haben, und zwar/ (1.1.s)) nach und nach zirka ein Kilogramm Haschisch (...)
- 02 R Was halten Sie davon?
- 03 A Ja, nur/ das stimmt also überhaupt nich. ((1,3s))
- 04 Ich kann mir/ ich kann mir nicht erklären, wie die Polizei zu dieser Aussage kommt/zustande kommt.
- 05 Ich weiß nur, dass der/ äh/ daß der Riske diese Angaben der Polizei in Vechta machte, weil er da in Untersuchungshaft war.
- 06 Dass er dieses Haschisch gekauft hat in Holland, um es zu verkaufen hier in Deutschland, das weiß ich/ hab ich von ihm.
- 07 S Ja, das is der zwei/ und das is der zweite Punkt, ja.
- 08 A Ja, dass er hier in Deutschland verkaufen wollte, aber jetzt wird/beier Polizei/ rät ihm die Mutter, nicht zu sagen: „Okay, ich wollts verkaufen“,
- 09 da sacht er: „Nein, ich wollt es/ verrauchen.“
- 10 Aber da sagen die nur: „Na“, und sacht die Polizei: „Nö, könn Sie doch nicht erzähl'n, Sie kaufen doch nicht zwei Kilo, um se zu rauchen.“
- 11 „Doch, doch, ich rauche sechs Pfeifen am Tach, ich rauche jeden/ in jeder Pfeife is über n Gramm drin, darum brauch ich soviel.“
- 12 „Ja, okay, wir glauben Ihnen.
- 13 Wie ist das mit Herrn Hasse und Herrn Löbbers?“
- 14 R Waren sie nicht da?
- 15 A „Ja, die haben nicht mitgeraucht.“
- 16 Dann bleibt in dem Moment/ ff/ die polizeiliche Aussage ersmal stecken.
- 17 „Das könn Se uns nicht erzähl'n.
- 18 Sie könn/ Sie fahren mit denen dahin, rauchen/ fingen an zu rauchen, und dann sagen Se, die wollten/ die wollten noch nicht mal mittrauchen?“
- 19 Hat der gesacht: „Okay, die ham mitgeraucht, ich will hier rauskommen.“
- 20 R Warn Sie denn mit/ warn Sie denn mit in Amsterdam am siebten sechsten?
- (Hoffmann/F. 17/A=Angeklagter, R=Richter, S=Staatsanwalt)

Der Angeklagte leugnet, indem er den Anklagesachverhalt bestreitet (s03). Er behauptet dann, keine umfassende Erklärung für die Ergebnisse der polizeilichen Vernehmung zu haben (s04). Damit übernimmt er eine Aufgabe, die er als Angeklagter nicht hat, also etwa eine Erklärung zu liefern, und wählt eine andere Ebene der Auseinandersetzung. Die Polizei, so das institutionelle und zunächst als geteilt zu unterstellende Bild, kommt über geregelte Verfahren – etwa Vernehmungen, die protokolliert und unterzeichnet werden, zu einer Aussage. Wenn man sich etwas (die den Angeklagten belastende Aussage) aufgrund dieses Normalbildes nicht erklären kann, muss etwas Anderes zugrunde liegen. Was, das bleibt offen. Jedenfalls mag man vom Regulären abweichende Vorgänge, vielleicht gar Inkorrektheiten vermuten.

Der Angeklagte weiß, dass eine Vermutung gegen ein Bild nicht ankommt; die ursprünglichen Aussagen der Zeugen könnten weiter als wahr gelten, wenn das Gericht ihren modifizierten Positionen heute nicht glaubt.

So schränkt er ein („nur“) und rekonstruiert den Ablauf der polizeilichen Vernehmung auf der Basis dessen, was er weiß: vom faktischen Geschehen und von möglichen Vernehmungsverläufen.

Sein Kumpel Riske war in Untersuchungshaft, deshalb habe er die fragliche Aussage gemacht (s05). Nun ist das eine nicht unbedingt ein Grund für das andere. Man muss also den Zusammenhang erschließen auf der Basis eines spezifischen Wissens über die Untersuchungshaft als Normalitätsfolie, die das Bild vom geordneten Verfahren überlagern kann:

(8) Inhaftierte tun Manches, auch Ungesetzliches, um schnell wieder in Freiheit zu kommen.

Eine Stoßrichtung gegen die Institution ergibt sich dann, wenn sie Raum und Anlass für Falschaussagen schafft, möglicherweise, weil die U-Haft großen Geständnisdruck ausübt, der – so die Psychologisierung – dazu führen kann, dass Unbeteiligte in eine Sache hereingezogen werden. Zwar mag man nachvollziehen, dass Druck zu Fehlern führt und nicht jede Aussage kontrolliert werden kann; ob sich die Adressaten aber den impliziten Vorwurf zu eigen machen, bleibt fraglich. Das Verstehen der Vorgänge von damals ist mit einem Konflikt mit den Agenten der Institution, die sich bis zum Erweis des Gegenteils auf ihr Bild normaler Abläufe und legitimen institutionellen Handelns stützen, schwer erkaufte.

Eines weiß der Angeklagte: Der Zeuge selbst habe ihm seinen Plan offen gelegt: er habe das Haschisch verkaufen (und nicht konsumieren) wollen (s06). Das ist das eigentliche, spät vorgebrachte Argument. Es ist gut, insofern es nicht widerlegbar scheint. Allerdings erfordert es lokal einen Perspektivenwechsel (weg von den Bedingungen und dem Verhör in der U-Haft, zurück zum Anklagevorwurf) – der ursprüngliche Plan wäre auch noch kompatibel mit einer späteren Änderung (und sei es, zu partiellem Konsum). Als ein „zweiter Punkt“ wird dies auch vom Staatsanwalt behandelt (s07), der

seine Umorientierung nach außen setzt und die Relevanz des Punktes als Gewusstes („ja“) hinstellt.

Demnach ist unbestritten Risiko der eigentliche Täter, ein Dealer, und der Angeklagte mag – muss nicht – unschuldig sein. Hätte Risiko gestanden, wäre er in U-Haft geblieben. Daher hat Risiko – so die Verteidigung – sich eine Geschichte ausgedacht, in deren Logik er den Angeklagten belastet hat, um gegenüber der Polizei glaubhaft zu sein. Nun wäre zu erwarten, dass der erste Punkt – U-Haft – hier entfaltet wird; er ist aber nicht unproblematisch (institutionelles Bild) und wird fallen gelassen. Es wird umfokussiert auf die Mutter von Risiko: den Anstoß gab der Rat seiner Mutter (s08).

Von hier an entwickelt der Angeklagte die Darstellung szenisch, in Rede und Gegenrede. Er bedient sich also eines narrativen Mittels, um glaubhaft herauszuarbeiten, über welche Stationen es zur belastenden Aussage kommen konnte. Die Konstellation allerdings wird nicht eingeführt: Wie kommt die Mutter in die U-Haft, wie kommt es zu dem Gespräch noch vor der Vernehmung mit dem folgenschweren Ratschlag. Ausgespart bleibt insbesondere die erste Position im Handlungsmuster, zu dem (s09) gehört, eine Entscheidungsfrage (z. B.: „Haben Sie das Haschisch gekauft, um zu dealen?“). Man kann die Äußerung erschließen, wenn man – wie die Institution – weiß, dass eine größere Menge Haschisch beim Grenzübertritt sichergestellt wurde.

Der Angeklagte fingiert eine Wiedergabe des Verhörs mit der folgenreichen Aussage des heutigen Zeugen Risiko. Diese Aussage erscheint als Umdeutung seiner Absicht, anderes als eine Geständnisvariation lässt die Beweislage ohnehin nicht zu:

(9) Nein, ich wollt es/ verrauchen.

Die Polizei habe die Version vom Eigenkonsum angezweifelt (s10), sie denormalisiert aufgrund einschlägigen Wissens:

(10) 2 Kilo sind mehr als zum Eigenkonsum gekauft wird.

Dahinter liegt das Normalitätsbild (vgl. die Normalitätsfolie (4) oben):

(11) Man kauft zum Konsum nicht mehr, als man braucht.

Damit bleibt in Geltung:

(12) Das Rauschgift wurde (auch) zum Dealen erworben.

Das Gespräch wird bis hin zur interjektionalen Hörersteuerung („na“ als Ausdruck einer Erwartungsdiskrepanz) und zum negierenden „nö“ fingiert (s10).

Dem kann der Zeuge – nach dieser Darstellung – eine Version eigenen Handelns entgegensetzen, die als Denormalisierung funktioniert:

(13) Ich rauche mehr als normal, bin mit dem gängigen Normalitätsbild nicht zu erfassen.



Seine Rechnung setzt bei 6–9g/Tag an und ergibt einen Monatskonsum von ca. 180–270g. Das reicht für etwa 7 Monate. Diese partielle Bewegung außerhalb der Normalität scheint – so der Angeklagte – dem Zeugen abgenommen worden zu sein, es bleibt aber eine lange Zeit, für die der Vorrat beschafft wurde, und die Anwesenheit von zwei potenziellen Konsumenten, die schon früher gekifft haben. Wenn er nun sagt, sie seien dabei gewesen, ohne mitzurauchen (s15) überschreitet er eine weitere Grenze des Normalen, formulieren wir sie so:

(14) Raucher bieten Rauchern etwas zum Rauchen an, wenn die nichts haben.

Der Schluss bekommt eine Rahmung, die die Logik der Geschichte als Zugzwang festhält, die Kumpel hineinzuziehen, um aus der U-Haft zu kommen. Zunächst deskriptiv (s16), dann in der Redewiedergabe, die der belastenden Aussage gleich *nolens-volens* das Motiv zufügt (s19). Das einleitende „okay“ macht das Sich-Einverstanden-Erklären im Verhältnis zu einer Vorgabe, hier der Vernehmenden, deutlich. Die Motivangabe allerdings greift das problematische Bild der Vorgänge in der Untersuchungshaft wieder auf.

Innerhalb des Rahmens wird die Logik der Geschichte in einer Redewiedergabe angegriffen, (9) hat die Aussage schon in die Nähe eines Widerspruchs gerückt – das aber kann, wer mit seiner Darstellung durchkommen will, nicht tolerieren, er muss die Geschichte plausibel machen, sie normalisieren. So ist er der U-Haft entgangen und hat seinen Kumpel hier und heute vor Gericht gebracht. Die Verantwortung wird – nicht ungeschickt – ein Stück weit vom Zeugen genommen; seine Mutter hat ihm einen taktischen, aber verwerflichen Rat gegeben, vielleicht hat die Polizei ihn unter Druck gesetzt.

Eine komplexe Konstruktion ist dies, die großen Aufwand treibt, um zu zeigen, weshalb der Angeklagte belastet wurde und dies zu Unrecht. Folgt man dieser Logik, müsste ein Freispruch folgen. Es bleibt aber der institutionelle Konflikt und die mit (14) aufgeworfene Frage, ob es nicht für einen langjährigen Kiffer wie den Angeklagten normal war, mitzurauchen bei solcher Gelegenheit. Dieser Punkt wird nicht entkräftet. Für den Angeklagten bedeutete dies damals: Gefängnis und Abbruch der Lehre – heute würde dergleichen anders gehandhabt.

### 3. Fazit

Das Gericht ist in seiner Überzeugungsbildung frei. Es geht vor Gericht nicht einfach um die materielle Wahrheit. Es geht um Prozesse im Wissen. Normalitätsfolien sind eine entscheidende Größe. Auch und gerade hinter dem Rücken der Norm kann man sich normalistisch verständigen, wird normalistisch entschieden, normalistisch begründet. Unaufgelöste Widersprüche oder ungeklärte Tatsachenfragen können ausgeblendet werden und bleiben,

wenn sie nicht eine Folgeinstanz wieder ins Recht setzt, der die normative Entscheidung nicht normal vorkommt.

#### 4. Literatur

- Becker, Angelika/Perdue, Clive (1982): Ein einziges Missverständnis. Wie die Kommunikation schief laufen kann und weshalb. In: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 22, S. 96–121.
- Boer, Monica den (1993): Do Trials have Real Winners? On the Harmonisation of Interpretations and the Construction of Pseudo-Consensus in Legal Discourse. In: *International Journal for the Semiotics of Law* VI, 18, S. 293–304.
- Cicourel, Aaron (1968): *The Social Organization of Juvenile Justice*. New York.
- Drew, Paul (1992): Contested Evidence in Courtroom Cross-Examination: The Case of a Trial for Rape. In: Drew, Paul/Heritage, John (eds.): *Talk at Work*. Cambridge. S. 470–520.
- Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1977): Wissen, kommunikatives Handeln und die Schule. In: Goeppert, Herma C. (Hg.): *Sprachverhalten im Unterricht*, München. S. 36–114.
- Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1986): *Muster und Institution*, Tübingen
- Garfinkel, Harold (1967): Conditions of Successful Degradation Ceremonies. In: *American Journal of Sociology*, LXIX, S. 420–424.
- Gumperz, John J. (1982): Fact and Inference in Courtroom Testimony. In: Gumperz, John J. (ed.): *Language and social identity*. Cambridge. S. 163–195.
- Hoffmann, Ludger (1983): *Kommunikation vor Gericht*. Tübingen. (Kommunikation und Institution 9).
- Hoffmann, Ludger (Hg.) (1989): *Rechtsdiskurse*. Tübingen. (Kommunikation und Institution 11).
- Hoffmann, Ludger (1991): Vom Ereignis zum Fall. Sprachliche Muster zur Darstellung und Überprüfung von Sachverhalten. In: Schönert, Jörg (Hg.): *Erzählte Kriminalität*. Tübingen. S. 87–113. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur 27).
- Hoffmann, Ludger (1992): Wie verständlich können Gesetze sein? In: Grewendorf, Günther (ed.): *Rechtskultur als Sprachkultur*. Frankfurt., S. 122–157. (stw 1030).
- Hoffmann, Ludger (1997): Fragen nach der Wirklichkeit. In: Frehsee, Detlef et al. (Hg.): *Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe*. Baden-Baden. S. 200–221.
- Jacquemet, Marco (1996): *Credibility in Court*. Cambridge.
- Link, Jürgen (1998<sup>2</sup>): Versuch über den Normalismus, Opladen.
- Pollner, Melvin (1976): Mundanes Denken. In: Weingarten, Elmar/Sack, Fritz/Schenkein, Jim (Hg.): *Ethnomethodologie*. Frankfurt. S. 295–326. (stw 71).
- Pollner, Melvin (1979): Explicative Transactions. In: Psathas, George (ed.): *Everyday Language*. New York. S. 227–256.
- Radbruch, Gustav (ed.) (1980<sup>5</sup>): *Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532*. Stuttgart.
- Redder, Angelika (1984): *Modalverben im Unterrichtsdiskurs*. Tübingen: (Reihe Germanistische Linguistik 54).
- Rehbein, Jochen (1977) *Komplexes Handeln*, Stuttgart.
- Rehbein, Jochen (1989): Mündliche Schriftlichkeit. Version einer Körperverletzung in einer Berufungsverhandlung. In: Hoffmann, Ludger (Hg.): *Rechtsdiskurse*. Tübingen. S. 251–326.
- Reichertz, Jo (ed.): (1984): *Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion*. Tübingen.

- Russell, Bertrand (1940/1961): *An Inquiry into Meaning and Truth*. Harmondsworth.
- Sacks, Harvey (1995): *Lectures on Conversation*. Oxford.
- Sauer, Christoph (1989): Der wiedergefundene Sohn. Diskursanalyse eines niederländischen „Politierechter“-Verfahrens. In: Hoffmann, Ludger (Hg.): *Rechtsdiskurse*. Tübingen. S. 63–128.
- Sauer, Christoph (1994): Die Mühen des Anfangs. In: Rotter, Frank (Hg.): *Psychiatrie, Psychotherapie und Recht*. Frankfurt. S. 115–132.
- Sauer, Christoph (1997): Mythisches als Quelle für Deutungen und Konstruktionen im Strafverfahren. In: Frehsee, Detlef et al. (Hg.): *Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe*. Baden-Baden. S. 261–282.
- Seibert, Thomas-Michael (1981): *Aktenanalysen. Zur Schriftform juristischer Deutungen*. Tübingen.
- Seibert, Thomas-Michael (1991): Erzählen als gesellschaftliche Konstruktion von Kriminalität. In: Schönert, Jörg (Hg.): *Erzählte Kriminalität*. Tübingen. S. 73–86.
- Seibert, Thomas-Michael (1992): Der Durchschnittleser als Mittler gerichtlicher Kommunikationsvorstellungen. In: Grewendorf, Günther (Hg.): *Rechtskultur als Sprachkultur*. Frankfurt. S. 332–372.
- Seibert, Thomas-Michael (1996): *Zeichen, Prozesse. Grenzgänge zur Semiotik des Rechts*. Berlin. (Schriften zur Rechtstheorie 174).
- Wolff, Stephan/Müller, Hermann (1997): Normalität und Glaubwürdigkeit im Strafverfahren. In: Frehsee, Detlef et al. (Hg.): *Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe*. Baden-Baden. S. 221–248.

CHRISTOPH SAUER

## Vom Großen im Kleinen

### Über kulturelle Ressourcen

### juristischer Interaktionen und Darstellungen

#### Abstract

Aus der Perspektive der linguistischen Verfahrensbeobachtung mit Tonbandaufnahme und anschließender Transkription wird der Versuch unternommen, die sprachlichen Verhaltensformen vor dem Einzelstrafrichter am Amtsgericht genauer zu sichten. Wie jede andere Kommunikation muss auch die gerichtliche Kommunikation darauf gerichtet sein, in der inhaltlichen Thematisierung des verhandelten Falles jeweils Verständigung zu erreichen über das, *was* verstanden und *als was* es verstanden wird. Juristisch kodifizierte Verfahrensschritte reichen zur Charakterisierung nicht aus. Anspielungen auf weiterreichende Themen und ‚großräumige‘ Diskurseinlagerungen sind üblich. Sie bewirken, dass bestimmte Formulierungen und Details eher akzeptiert werden als andere, dass bestimmte Erzählungen leichter über- und angenommen werden als andere. Solche Einlagerungen fungieren als Plausibilisierungsschübe. Die Überzeugungskraft erhöht sich, wo *kulturelle Ressourcen* in die Formulierungen einfließen: märchenähnliche Analogien, mythische Erzählungen, allgemeinere kulturelle Schemata. Sie tragen dazu bei, dass die Herstellung von Übersichtlichkeit in der Gemengelage der gerichtlichen Interaktionen gelingt. Dies soll in diesem Beitrag aufgezeigt werden. (Schwerpunktmäßig werde ich vor allem auf ein Prozessbeispiel – „Verschwörung im Fotohaus“ – eingehen).

#### 1. Einleitung: Verständnissicherung oder Woher kommen die Formulierungen im Gerichtssaal?

The language of face-to-face conversation is the basic and  
primary use of language, all others being best described in  
terms of their manner of deviation from that base.  
(Charles Fillmore: *Pragmatics and the Description of Discourse* 1981)

Wenn sprachliche Handlungen im Strafgerichtssaal realisiert werden – als Wechselrede zwischen Vernehmenden und Vernommenen oder in Form eines längeren mündlichen Beitrags (etwa bei Zeugen, Angeklagten oder Sachverständigen) –, dann kommt es zu vielerlei Bemühungen, die Übersicht zu behalten bzw. die drohende Unübersichtlichkeit zu bändigen. Die Strafprozessordnung ist in dieser Hinsicht nicht einschlägig, suggeriert sie doch eine Übersichtlichkeit, um deren Herstellung sich die Beteiligten

jeweils gerade bemühen müssen<sup>1</sup>. Lebensgeschichtlich-individuelle, justiziell-professionelle und anderweitig ‚importierte‘ Dimensionen des sprachlichen Handelns überlagern einander und bilden einen komplexen Ereigniszusammenhang, ein kommunikatives Knäuel, in dem sich die verschiedenen Erzählungen und Erzählversuche kreuzen. Am Ende freilich sollte etwas Eindeutiges stehen: ein Urteil, eine Einstellung u. Ä. Wie aber ist dieses Eindeutige ins Verhältnis zu setzen zu dem, was in der Verhandlung vorausging? Offensichtlich bildet ein Urteil nicht die Kommunikation im Gerichtssaal ab. (Das tut noch nicht einmal das Protokoll). Das Urteil ist zwar der gesellschaftliche Zweck des Verfahrens, seinetwegen findet es statt. Die Ziele der Beteiligten jedoch sind diffuser und vielfältiger. Man bekommt diese Ziele mit, weil die Beteiligten mit Enttäuschung, Genugtuung, Erleichterung, Triumph oder Ernüchterung vollauf beschäftigt sind, mit Gefühlen also, die das Urteil auszulösen vermag, die es aber kaum auf die vorangegangenen kommunikativen Szenen bezieht. Der Ereignischarakter der Kommunikation, ihre Höhe- und Tiefpunkte, der Kladderadatsch, die Dramatik – kurz: die gelungenen und die misslungenen kommunikativen Bemühungen und die Mittel, die zu ihrer Realisierung eingesetzt worden waren, bleiben der individuellen Erinnerung der Verfahrensbeteiligten und der Gerichtsbeobachter überlassen. In ihnen kristallisieren sich die lebensgeschichtlichen Aufregungen heraus, von denen man über die gewählten Formulierungen während des Prozesses Spuren erhaschen kann.

Offensichtlich geht es um Erscheinungen einer Oberfläche, hinter der weitere Konstellationen am Wirken sind. Hinter den sprachlichen Handlungen öffnen sich andere Perspektiven, denen, so scheint es, die Verfahrensbeteiligten zuarbeiten. Was sie aus den Verfahrensvorschriften der StPO machen und wie sie sich innerhalb dieses grob gestrickten Rahmens verhalten, wie sie ihre Möglichkeiten erkennen und ausnutzen – was sich also an Kommunikationsreichtum im Gerichtssaal zeigt, ist von einer gänzlich anderen Qua-

<sup>1</sup> Den folgenden Vorschriften der StPO kann man ungefähr entnehmen, wie ein Strafprozess verläuft, kaum aber, in welchen spezifischen sprachlichen Handlungsformen sich die Kommunikation vollzieht: § 243. **[Gang der Hauptverhandlung]** (1) Die Hauptverhandlung beginnt mit dem Aufruf der Sache. Der Vorsitzende stellt fest, ob der Angeklagte und der Verteidiger anwesend sind und die Beweismittel herbeigeschafft, insbesondere die geladenen Zeugen und die Sachverständigen erschienen sind. (2) Die Zeugen verlassen den Sitzungssaal. Der Vorsitzende vernimmt den Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse. (3) Darauf verliest der Staatsanwalt den Anklagesatz. [...] (4) Sodann wird der Angeklagte darauf hingewiesen, dass es ihm freistehe, sich zur Anklage zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Ist der Angeklagte zur Äußerung bereit, so wird er nach Maßgabe des § 136 Abs. 2 zur Sache vernommen. [§ 136 (2): Die Vernehmung soll dem Beschuldigten Gelegenheit geben, die gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe zu beseitigen und die zu seinen Gunsten sprechenden Tatsachen geltend zu machen.] Vorstrafen des Angeklagten sollen nur insoweit festgestellt werden, als sie für die Entscheidung von Bedeutung sind. Wann sie festgestellt werden, bestimmt der Vorsitzende. § 244. **[Beweisaufnahme]** [...], § 250. **[Grundsatz der persönlichen Vernehmung]** [...], § 260. **[Urteil]** [...], § 261. **[Freie Beweiswürdigung]** [...], § 267. **[Urteilsgründe]** [...], § 268. **[Urteilsverkündung]** [...].

lität. Es geht nicht nur um Schuld oder Unschuld, um Bestrafung oder Freispruch, um Wahrheit oder Lüge, um Vorwürfe oder Rechtfertigungen; es geht gleichzeitig auch darum, das Gesicht zu wahren, eine Plausibilität als die wahrscheinlichere gegen andere Plausibilitäten durchzusetzen, eine Variation des Sachverhaltes gegen andere Variationen auszuspielen, ein Netz von Bedeutungen zu entwerfen, das alle Widersprüche in sich aufzuheben vermag. Dem verhandelten Gerichtsfall wird eine je spezifische Falllogik übergestülpt (vgl. Sauer 1994).

Meine Ausgangsthese ist, dass die sprachlichen Formulierungen in einer *Doppelrolle* auftreten: *Einerseits wird mit ihrer Hilfe dem rechtlichen Rahmen Genüge getan, andererseits wird die Originalität des verhandelten Falles realisiert.*

Nun ist Formulieren – das Produzieren von sprachlichen Formulierungen – ja keine eigenständige sprachliche Handlung, sondern eine zugeordnete: Wer sprachlich handelt und dabei bestimmte Handlungsmuster vollzieht, steht immer vor der Entscheidung, eine bestimmte Formulierung zu wählen und dementsprechend eine andere *nicht* zu wählen (vgl. Antos 1982). Es gibt keine Eins-zu-Eins-Zuordnung von Handlungsformen und Handlungsmitteln (vgl. Rehbein 1983). Sprache ist ein „geformtes Gerät“ im Sinne von Bühler (1934) und kein bloß ablaufender Formulieraufautomatismus. Als geformtes Gerät ist seine Nutzung mit der Erfahrung verbunden, dass die Handlungszwecke und die Geräteeigenschaften nicht ohne weiteres mit den (individuellen und/oder institutionellen) Zielen der jeweils Handelnden zur Deckung gebracht werden können. Im Allgemeinen gilt: Dass die sprachlich Handelnden sich in erster Linie darauf konzentrieren, ihre Handlungsziele zu verwirklichen, bedeutet, dass sie gleichzeitig ihre Formulierungen so wählen, dass diese einerseits in den Handlungsrahmen passen (und ihn somit realisieren) und andererseits auf möglichst sprachökonomische Weise (erwünschte) Handlungsfortsetzungen hervorrufen. Widerspruchsfreiheit oder Ambivalenzvermeidung ist kein generelles Ziel dabei, wiewohl sich vor Gericht schnell „Blößen“ zeigen, wo die Formulierungstätigkeit unabgeschlossen wirkt. Daran erweist sich, dass Formulieren eine Anpassung der sprachlichen Handlungen an die anderen Beteiligten und deren Wissenshorizonte darstellt (vgl. Sauer 1990).

Die sprachlich Handelnden müssen daher generell Arbeit investieren und Energie anwenden, um neben dem, was sie inhaltlich sagen und wie sie es formulieren wollen, auch das *Verständnis* des Formulierten zu *sichern*. Darin unterscheidet sich die Kommunikation in Gerichtsverfahren nicht von anderen Kommunikationen. Betrachten wir diese Konstellation zunächst allgemein (Ehlich 1994b, S. 117–118):

In der mündlichen Kommunikation – jedenfalls in der zwischen zwei oder drei Partnern – steht uns das ganze Arsenal von Möglichkeiten zur Verfügung, mit denen sich Sprecher oder Hörer darüber verständigen, ob es zum Verstehen gekommen ist, ob Verständnis hergestellt wurde. Dazu gehören: nonverbale Mittel (Blickkontakt, Verweige-

rung von Blickkontakt); Interjektionen (besonders Ausdrücke wie „hm“); die Ausdrücke für Bejahung und Verneinung; explizites Sprechen über das Scheitern von Verständigung („Das hab ich jetzt nicht verstanden“; „Was heißt denn ‚Deixis‘?“; „Kannst du das mal auf Deutsch sagen?“ usw.). Diese Mittel werden sehr häufig eingesetzt. Sie begleiten das sprachliche Geschehen sozusagen unterschwellig dauernd mit. Jeder Diskurs hat, geradezu wie seinen Schatten, einen *Verständigungsdiskurs* an seiner Seite. Die Verständigung über die Verständigung erfolgt also sozusagen ‚in Einführung‘ mit dem, worüber man sich verständigen möchte. Eine mündliche Face-to-face-Kommunikation ohne diesen ‚Schattendiskurs‘ ist kaum vorstellbar.

Es ist im Zuge meiner Argumentation hier unerheblich, ob man wie Ehlich die Notwendigkeit der Verständnissicherung am Medienwechsel – von der Oralität zur Schriftlichkeit, wiewohl dieser den juristischen Diskurs über lange Strecken bestimmt (vgl. Sauer 1997) – festmacht oder nicht: Letzten Endes ist es *nicht* die Konzeption der Verständnissicherung, die sich ändert, sondern lediglich die Qualität oder Spezifik ihrer Realisierungen. Kein Verfahrenseteiligter kann sich der Frage entziehen, wie das, was er vorbringt, von den anderen verstanden wird, bzw. wie er das Verständnis der anderen im Rahmen seiner Möglichkeiten steuern kann. Verständnissicherung ist jeder Kommunikation inhärent. Sprachhandlungstheoretisch gesprochen ist es die *Verankerung* des Sprechens in der Sprechsituation – oder, wenn Schrifttexte betrachtet werden, in der Rezeptionssituation –, die von allen Beteiligten neben dem Vollzug der eigentlichen sprachlichen Handlungen bewältigt werden muss (vgl. Clark 1996). Deiktische Mittel, Fokussierungen, Eingriffe in die laufende Verarbeitung durch Interjektionen und Imperativformen, „malende“ Artikulation und Intonation, Wissensmanagement durch grammatisch-syntaktische Mittel (Konjunktionen, Anaphern, Determinatoren, Modus-Anzeiger, Fragewörter, Negationen usw.) und Wortwahl (Bühlers „Symbolfeld“) bestimmen die gegenseitigen Abstimmungen der Realisierungsmittel und Orientierungen auf Beteiligte und Situation. Diese Mittel werden in der Funktionalen Pragmatik als *Prozeduren* bezeichnet, die als unselbständige Bestandteile sprachlicher Handlungen für diese situative Verankerung sorgen (Ehlich 1991, 1994a); in der Critical Discourse Analysis wird ihr internes Zusammenspiel als *diskursive Praxen* analysiert (Fairclough 1995).

Sie erweitern das Spektrum der Handlungsrealisierungen um Entscheidungen hinsichtlich der verwendeten Formulierungen. Wo um Formulierungen gerungen wird, wird darum gerungen, wie sie verstanden werden sollen. Die Wechselseitigkeit der Perspektiven beruht auf diesem gegenseitigen In-Rechnung-Stellen möglicher Verstehensprozesse. Institutionelle Restriktionen beziehen sich nun darauf, dass das Ausagieren von Verständnissicherungen im Strafverfahren zeitlich limitiert und inhaltlich auf Straftatbestände und deren Kontexte eingegrenzt, somit thematisch beschränkt ist.

Viele Gerichtsbeobachtungen (Hoffmann 1983, Seibert 1996) zeigen, dass Angeklagte und Zeugen in der Regel von lebensgeschichtlichen Zusammenhängen ausgehen. Sie haben etwas erlebt, das sich ihrem Leben eingepägt hat. Für juristische Kategorien ist da zunächst kein Platz. Juristische Kate-

gorien kommen erst über die Zurechtstutzung, ja den möglichen Ausschluss des Lebensgeschichtlichen zum Tragen. Andererseits machen sich diese lebensgeschichtlichen Erfahrungen und Erlebnisse in der Wahl der Formulierungen und ihrer je aktuellen Vertextung geltend. Eine der Möglichkeiten, die man in Strafprozessen beobachten kann, ist die Evozierung *kultureller Schemata*. Solch ein Schema verbindet einzelne Formulierungen zu einer Großform und macht sie überzeugender, auch weil man sich besser an sie erinnern kann. Mit ihrer Hilfe werden großräumige Verständnissicherungen erzeugt. Kulturellen Schemata wohnt ein Appell an die Erinnerung inne. Sie müssen nicht bewusst eingesetzt werden, sie „ergeben“ sich beim notwendigen Realisieren der entsprechenden Handlungsformationen. Natürlich ist Durchtriebenheit nicht auszuschließen, weil man schon anderswo erfolgreich gehandelt hat: Dann werden solche Schemata mehr oder weniger bewusst erzeugt. Für die Handelnden zählt vor allem, dass die Formulierungen, die sie selber verwenden oder auf die sie reagieren, zu dem passen, was sie vorher schon ausgesagt haben oder planen, später noch auszusagen.

In diesem Sinne lässt sich festhalten, dass Kommunikation – auch und gerade im Gerichtssaal – auf *Entscheidungen* beruht. Man kommuniziert nicht mit sich selber, sondern für und mit Anderen. Dabei erhalten die Maßnahmen zur Verständnissicherung ihren Platz. Die Entscheidungen kumulieren in der Erreichung von vorab festgelegten oder sich ergebenden Handlungszielen, sie benötigen jedoch Teilhandlungen, mit der das Verständnis unterstützt und eventuell verbessert werden kann (Figur 1).

**Figur 1. Kommunizieren beruht auf Entscheidungen.  
Man muss mit Folgendem rechnen:**

- in welcher Situation sich die Kommunikation abspielt;
- welche spezifischen Kommunikationsinstrumente (technisch-materielle Mittel, Medien) eingesetzt werden sollen oder können (Bilder, Zeichnungen);
- wie komplex die mögliche Erreichung des Ziels zu gestalten ist (Zwischenschritte einfügen, eine bestimmte Sequenzierung vornehmen, nachholend darlegen, usw.);
- wie sich diese Kommunikationsbedingungen auf die Realisierungsformen auswirken und grammatisch-stilistisch bewältigt werden;
- welche Voraussetzungen über die Verständigung schon vorhanden sind oder laufend nachgetragen werden müssen;
- wie das Kommunizieren selber situativ verankert werden kann;
- wie der dabei notwendige jeweilige Wissenstransfer verlaufen soll;
- wie also die Sicherung des mitlaufenden Verständnisses spezifisch bearbeitet werden muss.



Das Prinzip der Unmittelbarkeit und der Mündlichkeit im Strafverfahren erfordert es, dass frühere Aussagen, die in den Akten protokolliert vorliegen, wiederholt werden und dass sie in einen neuen kommunikativen Gesamtzusammenhang – des aktuellen Prozesses – eingebracht werden. Da es nicht nur um Austausch und Wiederholung von inhaltvollen Wörtern geht, müssen sprachliche Handlungen des Erzählens, Berichtens und Darstellens vollzogen werden. Für diese gilt im Besonderen, dass die Sprechenden in spezifischer Weise aktiv sein müssen in der Sicherung des Verständnisses. Das ist mit der *Doppelrolle der Formulierungen* gemeint.

## 2. Darstellen, Berichten, Erzählen

Gerichtsurteile werden auf Grund der Evidenz von Richtern oder Geschworenen gefällt – das heißt, gerade von Leuten, die *nicht* tatsächliche Zeugen der verhandelten Sache oder Situation waren.

Ein Urteil auf Grund von Evidenz zu fällen, heißt gerade, über eine Sache zu urteilen, bei der man nicht die Autorität aus erster Hand besitzt.

(John L. Austin: *Sense and Sensibilia* 1962)

Man kann den Formulierungen nicht ansehen, ob sie gerade den einen oder den anderen Part der Doppelrolle verwirklichen. Es wird viel herumgerätselt im Gerichtssaal. Umwege und Sackgassen sind gang und gäbe. Die Vernehmenden sind in einem ganz erheblichen Maße abhängig von der Bereitschaft der Vernommenen, sich zu äußern. Darauf zielt die übliche Anfangsfrage des Vorsitzenden ab: „Wollen Sie aussagen?“ Abgeliefert werden soll eine *Erzählung*, in die sich die anderen Beteiligten einklinken können. Diese Beobachtung ist nicht neu: Sie wurde wiederholt thematisiert, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die verwendeten Formulierungen nur insofern kommunikative Anschlüsse ermöglichen, als ein strittiger Sachverhalt eine Handlung, einen Täter und ein Resultat benötigt, jeweils eindeutig beschreibbar und mit plausiblen Handlungsmotiven (vgl. Bennett/Feldman 1981, Hoffmann 1991, Seibert 1991). Ohne Erzählungen funktioniert es nicht. Die zu bewältigende Informationsmenge muss erzählerisch aufbereitet, Disjunktes muss kohärent gemacht und auf kriminelles Verhalten muss fokussiert werden. Wenn dem aber so ist, dann steht die Frage im Raum, woher das „Material“ zu diesen Erzählungen stammt. Woher beziehen sie ihre Plausibilität? Was bewirkt, dass die eine Erzählung eher akzeptiert wird – was man an den Folgekommunikationen ablesen kann – als die andere? Warum sind manche Erzählversuche erfolgreicher als andere? Am Sachverhalt kann es nicht liegen. Denn jeder Sachverhalt muss *erzählerisch* stimmen, wenn das Kommunikationsangebot, das im Erzählen steckt, angenommen wird. Hier greift die erwähnte Doppelrolle der verwendeten Formulierungen. Woher stammen sie?

Es ist Zeit für die nächste These: *Ereignisse, aus denen der Sachverhalt konstruiert werden soll, benötigen Formulierungen, die aus Erzählkontexten stammen oder stammen könnten; in der Qualität des Erzählten sind kulturelle Gewohnheiten wirksam.* Ohne kulturelle Ressourcen, die in die Formulierungen einfließen, bleibt das Erzählen nämlich nur ein blosses Berichten. Als Berichten kann es die Anforderungen der Vergegenwärtigung des Sachverhalts in der Regel nicht erfüllen. Nur Erzählungen bieten kommunikative Anlässe, die zum Vergleich dienen können, darunter auch zum Vergleich mit normativen Standards.

Das Rechtssystem muss Erzählungen hervorlocken, um überhaupt funktionieren zu können (anders als die Angelsachsen, die auch mit erzählenthobenen Kreuzverhören arbeiten können). Ohne freiwillige Darstellungsleistungen von Laien würden Strafprozesse in Deutschland hingegen kaum erfolgreich verlaufen. Darüber hinaus kommen die meisten Prozesse nur dadurch zu Stande, dass Angeklagte gestehen: Sie *erzählen* ihr Geständnis im Gerichtssaal *nach* bzw. werden durch eine Reihe von initiierten Handlungen dazu gebracht, Antwort- und andere Folgehandlungen so zu realisieren, dass sich im Nachhinein ein Geständnis hören lässt.

In den Erzählungen kommt die komplexe Wirklichkeit zum Ausdruck, die einem Strafrechtsfall zugrunde liegt. Übereinstimmend gehen die kritischen Beobachter der Gerichtskommunikation davon aus, dass die Komplexität der Fälle die Wahl einer Darstellungs- und Kommunikationsform erzwingt, mit der es gelingen kann, Zusammenhänge zu stiften und nicht nur einzelne „Positionen“ abzuheben. Gleichwohl kommt die Abhakerei auch vor, vor allem wenn der Vernehmende um jeden Preis zu einer Verkettung gelangen will. Nicht selten werden dann Angeklagten und Zeugen Wörter „aus der Nase gezogen“, was oft zu tragikomischen Szenen führt (ein Beispiel dazu in Sauer 1996).

Die Hervorlockung von Erzählbarem, Darstellbarem geschieht vor dem Hintergrund einer *mental*en Schematisierung. Das Ereignis, das sich in der Vergangenheit abgespielt und den Prozessanlass geliefert hat, liegt im Wissen der Beteiligten gespeichert vor. Freilich ist dieses Wissen einerseits unvollständig, weil die Institution bestimmte Wissenslücken hat. Andererseits ist es vorwiegend erlebnisbezogen, nicht ereignisbezogen, weil die betroffenen Laien ihre eigenen Vergangenheiten als Erlebnisse konzeptualisieren. Es sind also nicht nur zwei Seiten desselben Ereignisses, die zur Debatte stehen, es geht auch um die Weise des Debattierens selber. Die gegenseitige Abstimmung muss jeweils erreicht werden. Das gerichtliche Unmittelbarkeits- und Mündlichkeitsprinzip verlangt die sprachlich-semiotische Darstellung *hic et nunc*. Die Schematisierungen, die im Wissen gespeichert sind, müssen daher die Folie für Entscheidungen darüber liefern, welche Wissens-elemente verbalisiert werden sollen und in welcher Verknüpfung dies geschehen soll; auch dasjenige, das wegzulassen ist, ergibt sich vor diesem Hintergrund der Schematisierungen. Grundsätzlich lassen sich drei Möglichkeiten erkennen (vgl. Hoffmann 1991):

- Das Gericht nimmt eigene Schematisierungen als Grundlage und setzt sie in *Frage-Sequenzen* um. Die Wissensselemente, die das Schema detaillieren oder substantiieren sollen, werden abgerufen. Die Antworten sollen es dem Gericht erlauben, den Fall in seiner Komplexität zu konstruieren und gleichzeitig eine juristische Perspektive auf ihn zu entwickeln.
- Die Vernommenen erhalten die Gelegenheit zur zusammenhängenden Darstellung. Sie wählen somit selber eine bestimmte Form der mentalen Organisation für ein umgreifendes sprachliches Handlungsmuster. Prototypisch sind das *Erzählen* – wenn jemand eigene Erlebniskategorien einbringt (oft ein Angeklagter oder ein Zeuge) – und das *Berichten* – wenn jemand als Beobachter eines Ereignisses fungiert (oft ein amtlicher Zeuge).
- Bei zweifelhaften Einlassungen, Widersprüchen, Ambiguitäten u. Ä. kommt es oft zu (bruchstückhaften) *Argumentationen*. Sie dienen dazu, eine Entscheidung über die Einstellung zu strittigen Sachverhalten zu ermöglichen. „Unterirdisch“ als Quelle für die initiiierenden Sprechhandlungen wirkt hierbei ebenfalls die Schematisierung, wie sie für die Planung einer Geschichte erforderlich ist.

Alle Erzählungen beruhen auf übergeordneten anthropologischen Kategorien, die im Alltagshandeln und Alltagserzählen gewissermaßen automatisch abgerufen werden können. Juristen greifen auf dieselben Kategorien zurück. Sie können nicht anders, da es keine verbindliche „juristische Erzählung“ gibt. Und selbst gäbe es sie – die kommunikativen Ereignisse im Gerichtssaal beugen sich den *sozialen* Erfordernissen des Erzählens, nicht den juristischen. Sie entfalten ihre eigene Dynamik. Daher sind auch Juristen in erster Linie Kommunikationsteilnehmer, und nicht schon oder nicht überwiegend Interpretationszuordner und Bedeutungszuschreiber, als die sie in der schriftlichen Fassung der Urteilsgründe erscheinen. Die *festgestellten* – wie der Fachausdruck lautet – Daten, auf die sich Juristen dabei stützen, entstammen allemal den Geschichten, die jemand erzählt haben muss:

Etwas abstrakter genommen, geht es darum, von den Objekten der Tat auf deren Charakter zu schließen und die so qualifizierte Tat jemandem (dem Täter) zuzuschreiben. Fakten (Daten) sind dazu nicht ausreichend. Zu erzählen bleibt, welche Handlung (Tat) eine Person (Täter) an einem Gegenstand oder an einer Person (Objekt oder Opfer) vorgenommen hat. Dass ein Geschehen sich so und nicht anders abspielt, ist die professionelle Vorgabe für die Erzählung der Laien. An diese äußere Form müssen Inhalte angepasst werden (Seibert 1991, S. 77).

Eine Geschichte kennt häufig einen dreigliedrigen Aufbau: *Normalzustand* – *Störung (Abweichung)* – *(wiederhergestellter) Normalzustand*. Hinzu kommen meist zwei weitere Glieder: die *Ankündigung* vorab, die oft durch eine Frage oder Geste ausgelöst wird (hier erkennen wir bereits die dominante Rolle der Fragehandlung im Strafprozess), und die *Bewertung (Moral)* hinterher, die sich regelmäßig in den Äußerungen eines oder mehrerer Akanten findet (sie wird im Gerichtssaal eher über Anspielungen realisiert).

Mit diesen Bestandteilen ergibt sich so ein Modell für eine Alltagserzählung.<sup>2</sup> Im juristischen Kontext interessiert natürlich vor allem die Abweichung. Um die Wiederherstellung des Normalzustands kümmern sich die Gerichte aktiv, indem sie jemanden einer Strafe zuführen und ihm anschließend somit Normalität versprechen. Das geht bisweilen nicht ohne moralische Belehrung ab; diese findet sich manchmal auch in den Urteilsgründen<sup>3</sup>. Jedenfalls ist die Abweichung der Punkt, an dem es interessant wird. Aus ihr speisen sich die narrativen Qualitäten der Einlassungen. An ihr setzen auch Konstellationen ein, die den Einzelfall in seiner Ereignis- und Erlebnisqualität kulturell verorten (können). Mythisches liegt dabei nahe.

### 3. Mythos, Erzählung und Kultur im Gerichtssaal

Hätte der Herr Arnold, wozu er wohl in der Lage gewesen wäre, ein Auto genommen, um heimzukommen, er wäre der letzten Aufregung dieses furchtbaren Tages entronnen und sein Weg hätte sich nicht unheilvoll mit jenem des Leierkastenmannes Andreas Pum gekreuzt. So aber richtet es ein tückisches Geschick ein: dass wir zugrunde gehen nicht durch unsere Schuld und ohne dass wir einen Zusammenhang ahnen; durch das blinde Wüten eines fremden Mannes, dessen Vorleben wir nicht kennen, an dessen Unglück wir unschuldig sind und dessen Weltanschauung wir sogar teilen. Er ist nun gerade das Instrument in der vernichtenden Hand des Schicksals.  
(Joseph Roth: Die Rebellion 1924)

Mythen sind Geschichten, die sich Menschen aller Zeiten und Kulturen erzählen, wenn sie Unerklärliches aufklären, dem Erschreckenden seinen Schrecken nehmen oder das Verführerische bannen wollen. Die Erzählung von Mythen zielt auf Aneignung ab: Was erzählbar ist, gibt dem Unerklärlichen, Erschreckenden, zugleich Verführerischen einen Ort im kulturellen Gedächtnis. Mythen und ihre Erzählungen stehen im Kontrast zur Wissenschaft und zum wissenschaftlichen Erkennen der Welt. Von Platon bis Epi-

<sup>2</sup> Der niederländische Rechtsphilosoph A. C. 't Hart (1983) hat in einem Essay den Versuch unternommen, die Struktur des Märchens, die Erzählkultur im Strafprozess und die „Elastizität“ des Strafrechts zusammenzubringen. Er hebt darauf ab, dass das Gleichgewichtsdenken, die Wiederherstellung einer gestörten Kontinuität, als Grundmotiv sowohl im Märchen wie auch im Strafrecht vorkommt. Für 't Hart wird letztendlich „der Jurist“ zum Erzähler, der in sich nicht nur die generelle „Macht des Erzählers“ vereinigt, der die anderen Aktanten dazu bringt, die erzählte Version zu akzeptieren, sondern der gleichzeitig die „juristische Erzählung“ erzählt, in der die Erzählungen aller anderen Beteiligten ihren verbindlichen Platz zugewiesen bekommen.

<sup>3</sup> Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht das niederländische Beispiel eines schnellen Strafverfahrens vor dem sogenannten „Politierechter“ (Einzelstrafrichter, analog dem deutschen Amtsrichter). Da wird nämlich mit moralischen Bewertungen geradezu üppig umgesprungen. Fehlen sie, ist das auffällig, und kann nur durch eifrige Selbstverurteilungen der Angeklagten erklärt werden. Derartige Bewertungen werden durch richterliches *Rügen* expliziert. Sie setzen gesetzliche Bestimmungen, gegen die verstoßen wurde, in alltagsplausible Lebensregeln um und sind mit vielerlei Hinweisen auf den ‚gesunden Menschenverstand‘ garniert (Pander Maat / Sauer 1989).

kur galt der Mythos als etwas Zweifelhaftes. Er wurde dem Logos entgegengesetzt. Mythos war gefälschter Logos, daher lügenhaft, und wurde ins Reich der Dichter verwiesen, als eine eo ipso lügnerische Fiktionalität, die es zu bekämpfen galt. Freilich wollte die Abweisung nicht ohne Rest gelingen. Schon Platon nutzt in seinen Dialogen mythische Einlagen, um bestimmte philosophische Konstellationen einsichtig zu machen, d. h. zu veranschaulichen. Daran lässt sich zeigen, dass die Abwertung des Mythos einher gehen kann mit seiner Nutzbarmachung. Hier kann auch das Beispiel der Französischen Revolution zur Verdeutlichung dienen: Die Revolutionäre verschafften der neuen Staatsform eine mythische Grundlage, indem sie auf die griechisch-römische Vorstellungswelt zurückgriffen. Modernes und vormodernes Denken gingen eine unauflösliche Verbindung ein. Auch für Gerechtigkeitsvorstellungen im Allgemeinen und die Aufstellung der handelnden Personen im Gerichtssaal im Besonderen können mythische Grundlagen herangezogen werden.

Mythische Konstellationen bilden einen Fundus der Kultur. Auf sie muss insbesondere zurückgreifen, wer erzählen muss. Alte Erzählungen und modernere Mythologisierungen gehen Hand in Hand. Zwar wird nicht gleich in jedem Gerichtsverfahren, das für einige der Betroffenen negativ ausgeht, die *Götterdämmerung* heraufbeschworen, aber überall, wo jemand aus der Bahn gerät und gezwungen ist, sich näher zu erklären, liegen die mythischen Abweichungsgeschichten herum, aus denen man sich bedienen kann. *Ödipus'* zweite Karriere in der Psychoanalyse Freuds ist ein Muster, das überall auftauchen kann. Ein *Narziss* bleibt selten allein, Zweifel an seiner Aussage schlagen rasch in Kränkungen um, die entschieden abgewiesen werden (müssen) und neue Erzählungen provozieren. *Diana* als Jägerin und Gejagte kann in eine Vorwurfskommunikation eingearbeitet werden, mit der der Earl of Spencer die Totenrede auf seine verstorbene Schwester, die Princess of Wales, umfunktionierte. *Aschenputtel* können immer wieder auftauchen, wo ein Erfolg des Guten über das Schlechte in ansprechende Bilder gefasst werden soll. Auch bieten sich *Sterntaler* an, wo unerklärlicher Reichtum irgendwie erklärt werden muss; und nicht zu verschmähen ist das *Rumpelstilzchen*, wenn ein unmoralisches Versprechen in eine notwendige Versagung umgepolt werden soll. Biblische Gleichnisse entfalten sich gleichermaßen in Gerichtssälen: Der *verlorene Sohn* ist eine typische Besserungsgeschichte, die viele für sich in Anspruch nehmen möchten (vgl. Sauer 1989), der *ungerechte Verwalter* bietet sich an, wo Schlaueit und Betrug gegeneinander austariert werden müssen, die *wunderbare Brotvermehrung* kann Börsenmanipulation und zwielichtige Transaktionen aus dem Fokus unerlaubter Bereicherung wegbeugen und ein zeitgemäßes Spekulantenglück plausibilisieren.

Mythisch angehauchte Erzählungen, die im Gerichtssaal in einer Zeugen aussage oder in den Äußerungen von Angeklagten erscheinen, genügen gewissermaßen automatisch den Anforderungen an gerichtsverwertbare Dar-

stellungen. Es handelt sich um *kondensierte* Geschichten, mit denen die Beteiligten weiter arbeiten können. Aus ihnen schälen sich *soziokulturelle Praxen* der Intertextualität und der Diskursverschränkung (Fairclough 1995) heraus, in die die sprachlichen Handlungen, die sie weitertreibenden Formulierungen und die diskursiven Praxen der Handlungsmuster verknüpft werden. Sie erfüllen die drei wesentlichen Bedingungen

- der Personalisierung,
- der Detailierung,
- der Motivierung.

Erst als *personalisiertes* gewinnt ein Geschehen seine juristische Bedeutung. Die Personalisierung leistet, was für die weiteren Zuschreibungen unabdingbar ist: die Aufteilung in Beteiligte und Unbeteiligte, Täter und Opfer, Helfer und Danebenstehende, Verhinderer und Unterstützer. (Man könnte Propps „Morphologie des Märchens“ heranziehen, um das Personal rollengemäß zu benennen und weitere Unterscheidungen hinzuzufügen). Personalisierungen statten die Erzählungen mit dem notwendigen Personal aus und befriedigen gleichzeitig justizielle Differenzierungserwartungen.

Der Zwang zur *Detaillierung* bewirkt, dass Andeutungen, die im Erzählrahmen möglicherweise auf sich beruhen könnten, expliziert werden. Es reicht in der Regel nicht aus, dass ein Angeklagter eine Episode aus seinem Leben erzählt, indem er die ‚große Linie‘ identifiziert: Notwendig ist, dass etwas lückenlos und vollständig erzählt wird. Abgefragte Details unterfüttern diese große Linie mit Einzelheiten, die juristisch verwertet werden können – und verhindern dadurch oft, dass die Erzählung auch als Erzählung weiter geführt werden kann. Viele Prozesse gehen in unzähligen Details unter, weil sich keine Schematisierung findet, mit der diese in eine überzeugende Struktur eingeordnet werden können. Wo es aber eine solche Struktur gibt, entscheidet sie mit darüber, was als Vorwurf oder was als entschuldigbares Verhalten gelten kann.

Wenn das Personal feststeht und die Details ermittelt sind, setzt die Suche nach dem *Motiv* ein. Wir kennen sie aus unzähligen Krimis. Unmotivierte Einlassungen gehören zu Geschichten, die der Zufall regiert. Im Gerichtssaal werden solche Zufälle nicht geduldet und lösen eine erhöhte Befragungsaktivität aus. Die Motive werden sichtbar, wenn sich die Erzählenden an Erzählfolien orientieren, die einen Bestand möglicher Geschichten erkennen lassen. Damit kann dann die Retrospektive abgeschlossen werden. Fehlt das Motiv, bleibt die Retrospektive unvollständig. Dann müssen alternative Motive gefunden werden.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich die nächste Hypothese: *Alle sprachlichen Handlungen im Gerichtssaal dienen dazu, die Erzählbarkeit der vergangenen kriminellen Handlung oder des erlittenen Schadens zu ermöglichen; die Erzählungen gewinnen an Plausibilität, wenn eine mythische und/oder kulturelle Erzählfolie realisiert wird.*

Alle bisher angesprochenen Teilhandlungen und Unterstützungshandlungen, die ständige Steuerung der Aufmerksamkeit und die Mechanismen der Verständnissicherung greifen ineinander, um die Geschichte, auf die es ankommen soll, hervorzubringen. In dieser Geschichte kommen die vielen Wissensselemente und ihre Bewegungen während des Gerichtsverfahrens zu einem vorläufigen oder endgültigen Abschluss. Im Ergebnis stellt sich mithin eine Homogenisierung des Wissens ein:

- sprachlich, weil die Beteiligten keine weiteren semantischen Kämpfe mehr austragen,
- semiotisch, weil keine gegenläufigen Codierungen mehr erzeugt werden,
- kulturell, weil der Fundus an Geschichten irgendwann erschöpft ist,
- praktisch, weil nach einiger Zeit Schluss gemacht wird.

Da auch im Gerichtsverfahren am besten lacht, wer zuletzt lacht, lässt sich das Obsiegen einer Geschichte über die anderen alternativen Erzählungen in der Regel feststellen und analytisch nachvollziehen, unter der Voraussetzung, dass die Rekonstruktion offen ist für kulturelle Dimensionen sprachlichen Handelns.

#### **4. Das Beispiel: Amtsgericht F. „Verschwörung im Fotohaus“**

An und für sich sehr vernünftig, dass Wese weitergeht,  
aber er geht ins Messer des Schmar.  
(Franz Kafka: Ein Brudermord, in: Der Landarzt 1919)

A=Angeklagte, R=Richter, S=Staatsanwältin, Z=Zeuge, V=Verteidiger. Alle Vorgänge sind anonymisiert. Der Gerichtsbeobachter war ich selber. Aus Platzgründen wird keine Transkription abgedruckt. (Ironischerweise greife ich mithin zum Mittel der Nacherzählung, um das in Rede stehende Verfahren zu charakterisieren).

Angeklagt sind zwei junge Frauen: eine ehemalige Mitarbeiterin und jetzige Studentin (A1) und eine wegen des Verdachts der verhandelten Straftat inzwischen entlassene Mitarbeiterin (A2) einer Filiale eines großen Fotohauses; beide (A1 und A2) waren bis zu einer Scheidung miteinander verschwägert und wohnen noch im selben Haus. Sie hätten mit Hilfe von gefälschten Kassenbelegen an der Warenausgabe des Fotohauses insgesamt zwei Mal Fotogeräte für jeweils 1400 DM abgeholt bzw. abholen lassen und damit gestohlen. A1 steht vor Gericht hauptsächlich wegen der Aussage des Zeugen Z2, der sie am bewussten Tag, dem letzten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten, gesehen haben will. A2 ist von mehreren Zeugen am Tag der Straftat gesehen worden. Bei A2 ist die Wohnung durchsucht worden; dabei wurden Fotogeräte und ein Diaprojektor gefunden und sichergestellt. Beide

Angeklagten leugnen die Straftat (daher auch das große Aufgebot an Zeugen). A1 äußert die Vermutung, dass ihre aktive gewerkschaftliche Betätigung in der Firma (u. a. Mitarbeit beim Aufbau des Betriebsrats) der Grund dafür gewesen sei, sie zu bezichtigen, und dass vielleicht Zeugen unter Druck gesetzt worden seien, um sie zu belasten. Sie behauptet kategorisch, am fraglichen Tag nicht in der Firma gewesen zu sein. Auch vermutet sie, dass das damals noch bestehende Verwandtschaftsverhältnis zwischen A1 und A2 (Schwägerinnen) der Auslöser für die Verdächtigung gewesen sein könnte. A2 insinuiert, dass ihr die Geräte untergeschoben worden seien, um einen Grund zu haben, sie loszuwerden, weil sie sich in der Firma nichts habe gefallen lassen. Sie habe Fotogeräte gekauft, um ihrem Mann ein Geschenk zu machen, und bei der Wohnungsdurchsuchung seien diese Geräte eben und allerdings weitere gefunden worden, deren Vorhandensein sie sich nicht erklären könne. Man habe wohl versucht, sie reinzulegen, indem man ihr mehr Geräte in die Plastiktüte gepackt habe.

Diese *Verschwörungshypothese* wird u. a. zum Thema der Vernehmung von Z1, dem ehemaligen Geschäftsführer. Er kann nicht von der Hand weisen, dass die Firma mit beiden Angeklagten ein Hühnchen zu rupfen hatte, weil beide einen großen Mund gehabt hätten und negativ aufgefallen seien. Dabei werden auch arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen erörtert. Z1 bestätigt, dass die Gewerkschaftsbetätigung von A1 der Grund für ihre Nichtweiterbeschäftigung gewesen sei, weswegen die Firma, die sie trotz damaliger Schwangerschaft entlassen wollte, zur Lohnweiterzahlung verurteilt worden war. Die Trennung von A2 sei im Zuge des aufgekommenen Diebstahlverdachts erfolgt, weil man niemanden weiter habe beschäftigen wollen, der sich so verdächtig gemacht habe.

Der ehemalige Kollege und Verkäufer Z2 bestätigt, dass er A2 am fraglichen Samstag gesehen habe und dass ihm Unregelmäßigkeiten mit den Kassenbelegen aufgefallen seien. Daraufhin habe er den zuständigen Abteilungsleiter benachrichtigt, allerdings erst spät am Nachmittag. Er bestätigt allerdings auch, dass er A1 gesehen habe. Dem Gericht kommt es merkwürdig vor, dass Z2, der einige Monate mit A1 und A2 im Fotohaus zusammengearbeitet hat, ihre Namen nicht gewusst haben will und diese erst nach Einsicht in den Personalbogen, vom Abteilungsleiter nach Entdeckung der Straftat am folgenden Montag arrangiert, anhand von Fotos erkannt haben will.

Der Zeuge Z3 tritt als Entlastungszeuge für A1 an und berichtet, dass er und A1 in der fraglichen Zeit woanders gewesen seien. Dabei ist er sehr detailliert und kann für jede halbe Stunde gemeinsame Einkäufe und Geschäftsbesuche belegen. Die Vernehmung spitzt sich sodann auf eine Gegenüberstellung von Z2 und Z3 zu: Beide bleiben bei ihren entgegengesetzten Aussagen und werden unter dramatisierenden Umständen (R: „Sehen Sie sich ruhig dabei an! Nur einer von Ihnen kann die Wahrheit sagen!“) vereidigt. Kurz vor der Entlassung beider Zeugen ergibt sich noch auf Befragen



von S, dass Z3 früher ein Verhältnis mit A1 gehabt hatte. Aus dem Aussagenwiderspruch zwischen Z2 (früherer Arbeitskollege) und Z3 (Ex-Geliebter) ergeben sich so zwei gegenläufige Motive, die jedoch nicht mehr vertieft werden; offensichtlich reichen die rechtlichen Mittel im Augenblick der Aussagen nicht aus, weiterreichende Nachforschungen anzustellen.

Am nächsten Prozesstag wird zunächst der Polizist Z4 vernommen, der die Beschlagnahme der Fotosachen in der Wohnung der A2 vorgenommen hatte. Er berichtet, dass er nicht nur einige Geräte gefunden hatte, sondern auch leere Kartons und Plastiktüten des Fotohauses, und zwar im Kleiderschrank. Z5, ein Verkäufer und ehemaliger Kollege, bestätigt die Anwesenheit von A2 am fraglichen Tag, verwickelt sich dann allerdings in erhebliche Widersprüche, als er nach Einzelheiten über den Ablauf der administrativen Handlungen bei der Warenausgabe befragt wird. Es wird immer unwahrscheinlicher, dass er die Angeklagte überhaupt gesehen haben kann. Z6, der zweite Polizist, wird nur ganz kurz vernommen; er bestätigt den Ablauf und das Ergebnis der Beschlagnahme bei A2. Und er bestätigt den Bericht des Z4.

Danach ist Z7, Abteilungsleiter, an der Reihe: Er wird zu den Gepflogenheiten an der Warenausgabe und zum Verhalten des Zeugen Z2 befragt. Hinsichtlich der Warenausgabe erweist sich, dass oft Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind und dass mehrfach das Kontrollverfahren verändert werden musste, weil sich immer wieder Fehler ergeben hätten. Zum Verhalten von Z2 berichtet er, dass dieser immer korrekt gehandelt und seine Sache gut gemacht habe. Jedoch sei Z2 öfters länger krank gewesen und schließlich deshalb aus der Firma ausgeschieden. In der Vernehmung drängt sich unerschwellig die Vermutung auf, dass Z2 seiner Entlassung nicht widersprochen habe, weil er – oder die Firma – etwas zu verbergen hatte. Es kommt jedoch zu keiner eindeutigen Stellungnahme, da Z7 sich nicht festlegen will oder kann.

Eine erneute Vernehmung von Z2 zu den in der Zwischenzeit aufgetauchten Widersprüchen bringt nur eine Bestätigung der schon beeideten Aussage. Z2 beginnt damit, dass er den Anruf des Richters schon erwartet habe. Auf die Frage nach dem Warum erklärt er, dass er mit seiner Vergangenheit immer damit zu rechnen habe. Es tauchen nun weitere Anhaltspunkte auf, die auf eine mögliche Verwicklung von Z2 in die Sache hindeuten: Vorstrafe wegen Betrugs (worauf Z2 zu Beginn angespielt hatte), mehrere teure Reisen nach Fernost und eben die Entlassung aus der Firma trotz längerer Krankheit und ohne Widerspruch. Erneute Eidesleistung, unter erneuten Drohungen, jedoch keine Änderung des Kerns der Zeugenaussage.

Nach der Entlassung von Z2 meldet sich plötzlich der Polizeibeamte Z4, der im Zuschauerraum Platz genommen hatte, und erzählt von gewissen Verdachtsmomenten gegen Z2 während der Ermittlungen; in dessen spärlich möblierter und ärmlicher Wohnung hätte man überraschenderweise eine wertvolle Fotoausrüstung gefunden (R: „Warum haben Sie das denn nicht

gleich gesagt?“, Z4: „Ich habe das erst nicht für wichtig gehalten, und es war mir auch entfallen.“ R: „Die Unterlagen über die Durchsuchung sind auch unvollständig, darüber findet sich nichts“. Z4: „Ja, wir haben das wohl nicht für wichtig gehalten“. Auch will Z4 ein Gespräch zwischen Z2 und Z5 auf dem Gerichtsflur gehört haben, in dem es um Geld gegangen sei, das Z2 von der Firma erhalten habe. Auffällig in diesem Zusammenhang ist der Unterschied zwischen der ersten Vernehmung des Z4, als er *berichtete*, und der jetzigen, in der er voll auf den *Erzählduktus* umsteigt.

Das Gericht und die Staatsanwaltschaft sind wie *elektrisiert*. Jetzt scheint endlich die ersehnte *große Geschichte* greifbar zu werden, für die es schon mehrfach Andeutungen gegeben hatte: dass die Firma und Z2 gemeinsame Sache gegen A1 und A2 gemacht hätten. R beauftragt Z4 mit der Beschlagnahme der Personalakte des Z2 und schickt ihn unmittelbar weg, um diese herbeizuschaffen. Anschließend wird kurz unterbrochen. Nach Einsicht in die und teilweiser Verlesung der Personalakte findet sich die Bestätigung der vielen Krankmeldungen und die einspruchsfreie Entlassung, R. kann aber nichts über geldliche Zuwendungen finden. Das Steinchen im Puzzle, das noch fehlte, kann nicht ermittelt werden. Damit ist die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Die Staatsanwältin beantragt für A1 Freispruch und für A2 die Verurteilung wegen Betrugs, da die Herkunft der Fotogeräte in A2's Wohnung nicht auf Einwirkung Dritter beruhen könnten und jedenfalls den Diebstahl nicht ausschließen. Die beiden Verteidiger bemühen sich in ihrer Plädoyers nach Kräften, die Glaubwürdigkeit des Z2 weiter anzuzweifeln. V1 bestätigt die „Rachegefühle“ der Firma gegenüber A1, da die Firma sie trotz Schwangerschaft entlassen hatte und erst mittels einer erfolgreichen Klage dagegen dazu veranlasst wurde, eine finanzielle Abfindung zu zahlen. In den Worten von V1 gibt es tatsächlich eine Verschwörung der Firma gegen A1, um sie, die als unliebsam erscheint, vom Arbeitsplatz zu entfernen. V2 malt das Durcheinander, das generell an der Warenausgabe geherrscht habe, breit aus und zielt auf inkompetentes Verhalten der Verkäufer ab, als deren prominentesten Vertreter er Z2 sieht, der insgesamt unglaublich und eher selber verdächtig sei. Insbesondere sei es verdächtig, dass Z2 seine damalige Entlassung ohne Weiteres hingenommen habe. Der fehlende Einspruch gegen die Entlassung aus Krankheitsgründen, der normalerweise hätte erwartet werden können, sei wohl auf ein Motiv zurückzuführen, sich mit der Firma gut zu stellen.

Der Prozess endet mit Freispruch für A1 und mit der Verurteilung von A2 wegen der bei ihr gefundenen Geräte wegen Betrugs und Diebstahl. Die Verschwörung der Firma gegen ihren beiden Mitarbeiterinnen geistert noch lange durch den Gerichtssaal, zumal sich auch A1 und A2 laufend aktiv mittels Rederecht beteiligt hatten, zu Anfang stärker und engagierter, was ihnen ab und zu Rügen des Richters einbrachte, zu Ende weniger, außer wenn es um

die Verdächtigung des Z2 ging. Auffällig ist noch, dass beide Angeklagten entgegen ihren Ankündigungen auf das letzte Wort verzichtet hatten.

## 5. Vom Großen im Kleinen

Das Märchen gibt uns Kunde von den frühesten Veranstaltungen, die die Menschheit getroffen hat, um den Alp, den der Mythos auf ihre Brust gelegt hatte, abzuschütteln. Es zeigt uns in der Gestalt des Dummen, wie die Menschheit sich gegen den Mythos „dumm stellt“; [...] es zeigt uns in der Gestalt dessen, der auszog, das Fürchten zu lernen, dass die Dinge durchschaubar sind, vor denen wir Furcht haben; es zeigt uns in der Gestalt des Klugen, dass die Fragen, die der Mythos stellt, einfältig sind, wie die Frage der Sphinx es ist. (Walter Benjamin: Der Erzähler. (Illuminationen 1961))

Für ein, zwei Stunden entwickelt sich der Prozess zu einer kohärenten Interpretationsmaschinerie, als nämlich die mögliche *Verschwörung* der Firma gegen die beiden unliebsamen Angestellten und die Verstrickung des Z2 in diese Verschwörung zum Greifen nah scheinen. Gerade die Tatsache, dass R und S *wie elektrisiert* reagieren, als der Polizeibeamte Z4 aus dem Saal heraus noch einmal das Wort ergreift und seinen Verdacht einer Absprache zwischen Firma und Z2 erzählt, unter Hinweis auf Gespräche zwischen Zeugen auf dem Gang und neue Indizien, belegt, dass das Gericht die ganze Zeit gewissermaßen auf den erlösenden Funken gewartet hatte. Jetzt ist er plötzlich da. Alle Verdächtigungen, Kränkungs geschichten, Erklärungsversuche von widersprüchlichen Verhaltensweisen, mit denen sowohl A1 als auch A2 aufwarteten, scheinen in ein kulturell abgesättigtes und in der Krimiliteratur verbrieftes Bild einzumünden. Die Option der Verschwörung ist einfach unwiderstehlich. Verständigung darüber scheint erreichbar, dass alle Fragmente, alle bruchstückhaften Einwürfe und halben Andeutungen das eine zentrale sinnstiftende Bild erzeugen: zwei Angestellte, die sich bei der Geschäftsführung unbeliebt gemacht haben, werden hereingelegt und so für ihr Verhalten bestraft. Die „große“ Verschwörung taucht hinter der „kleinen“ kriminellen Betrugshandlung auf und stellt eine alternative Lesweise zur Verfügung, die die Imaginationen aller Beteiligten aufsaugt.

Alle verwendeten Formulierungen bis zu diesem Zeitpunkt „passen“ zu diesem Bild der Verschwörung. Widersprüche in den Äußerungen von Z2 sind damit „erklärbar“. Das Netz der Bedeutungen, an dem so viele mitgearbeitet haben, ist beinahe geknüpft. Ein Verhalten, das unter die Kultur fällt und aus unzähligen Diskursen vertraut ist, beflügelt die Überzeugungsbildung. Bis sich herausstellt, dass ein unbedingt notwendiger Mosaikstein *nicht* gefunden werden kann, wenigstens nicht mit verhältnismäßigem Aufwand. Dadurch bricht die Verschwörungsannahme in sich zusammen. Ein neues kulturelles Bild gewinnt die Oberhand: *Gelegenheit macht Diebe*. Das Gericht (vor allem S und R) verständigt sich darüber, dass die Warenausgabe des Fotohauses schlecht organisiert und administriert war, sodass geschickte Personen leicht betrügerisch handeln konnten. Im Hin- und Herwo-

gen der Geschichten aus dem Fundus der Kultur überwiegt nunmehr diejenige, die auch zur Verurteilung führt.

Die Abweichung ist bearbeitet, die Normalität wiederhergestellt: kommunikativ, kulturell und juristisch. Es gab viele Geschichten, die eine Rolle spielten (Figur 2). Sie sind abgehakt. Der Prozess ist zuende.

### Figur 2. Das Arsenal der Geschichten:

Das Betrugsmanöver setzt sich aus zwei Geschichten zusammen:

- einer Verschwörung der Firma gegen zwei unliebsame Angestellte;
- einer damit zusammenhängenden Geschichte über einen Ex-Kollegen, der sich als Werkzeug seiner Vorgesetzten gebrauchen ließ.

Auch ein paar kleinere Geschichten kommen vor:

- eine Liebesbeziehung mit möglicher nachträglicher Gefälligkeitsaussage (A1 mit Z3, aufgedeckt durch S);
- die Gehässigkeit eines Ex-Kollegen gegen eine frühere Kollegin, die erfolgreicher war (Z6);
- der Polizeibeamte Z4, der nichtssagende Indizien, als sich eine Gelegenheit ergibt, plötzlich in die Form gießt, die einen umfassenden kriminellen Zusammenhang erkennen lässt;
- der Versuch eines Verteidigers, die Angeklagte als ‚Dummchen‘ erscheinen zu lassen, die die kriminelle Energie eines systematisch ausgeführten Versuchs gar nicht besessen haben kann (V2 über A2);
- die Konstruktion einer ganzen Riege von vermutlich bestellten „Abholern“, die als Helfer aufgetreten seien (Z2, Z5, Z7).

Es fällt schwer, den besprochenen Prozess eindeutig zu charakterisieren. Vielfältig sind die Verschachtelungen und Konstruktionen, die sich in den verschiedenen Erzählungen und Erzählversuchen zeigen. Das Ergebnis der beinahe zweitägigen Bemühungen ist juristisch mager: ein Freispruch, der sich bei der Beweislage nicht umgehen lässt, und eine Verurteilung, die jedoch geringer ausfällt als in der ursprünglichen Anklageschrift (da ging es noch um mehr als das Doppelte des Betrages). Die große Rätselfrage, wie es zu dem Betrug hat kommen können und welche Machenschaften dabei noch eine Rolle gespielt haben, bleibt im Wesentlichen unbeantwortet. Die Zeugen als Beweismittel warten mit Geschichten auf, die das Gericht gierig in sich aufnimmt. Aber die Geschichten selber sind nicht gerade fintenreich. Sie sättigen die juristische Interpretationsmaschine nur unvollkommen. Kaum richtig angelaufen, dann nämlich, als die *Verschwörung* fast mit Hän-

den zu greifen ist, muss sie auch schon wieder angehalten werden – sie lässt sich nicht substantiieren.

Hinter dem Kleinklein des juristischen Alltags, der hier vor allem aus Abwarten, Wiederholen, Nachsetzen, Präzisieren besteht, sind die vielen Ansätze zur Verständnissicherung, von denen das Verfahren durchzogen ist, eher uneinheitlich; sie umspielen mögliche große Perspektiven, fallen aber auch der Vergesslichkeit anheim. Immerhin ist deutlich geworden, dass kulturelle Schematisierungen den „Schatten des Verständigungsdiskurses“ (Ehlich 1994b) bestimmten. So zeigt sich im Kleinen das Große.

## Literatur

- Antos, Gerd (1982): Grundlagen einer Theorie des Formulierens. Textherstellung in geschriebener und gesprochener Sprache. Tübingen. (RGL 39).
- Bennett, W. Lance/Feldman, Martha S. (1981): *Reconstructing Reality in the Courtroom*. London.
- Bühler, Karl (1934): *Sprachtheorie*. Stuttgart.
- Clark, Herbert H. (1996): *Using Language*. Cambridge.
- Ehlich, Konrad (1991): Funktional-pragmatische Kommunikationsanalyse. Ziele und Verfahren. In: Flader, Dieter (Hg.) (1991): *Verbale Interaktion. Studien zur Empirie und Methodologie der Pragmatik*. Stuttgart. S. 127–143.
- Ehlich, Konrad (1994a): Funktion und Struktur schriftlicher Kommunikation. In: Günther, Hartmut/Ludwig, Otto (Hg.) (1994): *Handbuch Schrift und Schriftlichkeit*. Vol. 1. Berlin/New York. S. 18–41.
- Ehlich, Konrad (1994b): Verweisungen und Kohärenz in Bedienungsanweisungen. Einige Aspekte der Verständlichkeit von Texten. In: Ehlich, Konrad/Noack, Claus/Scheiter, Susanne (Hg.) (1994): *Instruktion durch Text und Diskurs*. Opladen. S. 116–149.
- Fairclough, Norman (1995): *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. London.
- 't Hart, A. C. (1983): Strafrecht: de macht van een verhaalstructuur. In: 't Hart, A. C.: *Strafrecht en beleid. Essays*. Leuven. S. 413–470.
- Hoffmann, Ludger (1983): *Kommunikation vor Gericht*. Tübingen. (Kommunikation und Institution 9).
- Hoffmann, Ludger (1991): Vom Ereignis zum Fall. Sprachliche Muster zur Darstellung und Überprüfung von Sachverhalten vor Gericht. In: Schönert, Jörg (Hg.) (1991): *Erzählte Kriminalität*. Tübingen. S. 87–113.
- Pander Maat, Henk/Sauer, Christoph (1989): Konfrontieren und Rügen im niederländischen „Politierechter“-Prozess. In: Hoffmann, Ludger (Hg.) (1989): *Rechtsdiskurse. Untersuchungen zur Kommunikation in Gerichtsverfahren*. (Kommunikation und Institution 11). Tübingen. S. 129–164.
- Propp, Vladimir (1975): *Morphologie des Märchens*. Frankfurt (ursprünglich 1928–1969).
- Rehbein, Jochen (1983): Zur pragmatischen Rolle des „Stils“. In: Sandig, Barbara (Hg.) (1983): *Stilistik. Band I: Probleme der Stilistik. (Germanistische Linguistik 3–4/81)*. Hildesheim. S. 21–48.
- Sauer, Christoph (1989): Der wiedergefundene Sohn. Diskursanalyse eines Strafverfahrens vor dem niederländischen „Politierechter“. In: Hoffmann, Ludger (Hg.) (1989): *Rechtsdiskurse. Untersuchungen zur Kommunikation in Gerichtsverfahren*. (Kommunikation und Institution 11). Tübingen. S. 63–128.

- Sauer, Christoph (1990): „Drogenkarriere“ oder „Heilsgeschichte“? Zur Herstellung von Übersichtlichkeit im Strafprozeß. In: *Zeitschrift für Semiotik* 12, 3, 1990. S. 203–209.
- Sauer, Christoph (1994): Die Mühen des Anfangs. Eine Parteienanhörung im Zivilprozeß. In: Rotter, Frank (Hg.) (1994): *Psychiatrie, Psychotherapie und Recht. Diskurse und vergleichende Perspektiven*. Frankfurt/Bern. S. 115–132.
- Sauer, Christoph (1996): Mythisches als Quelle für Deutungen und Konstruktionen im Strafverfahren. In: Frehsee, Detlev/Löschper, Gabi/Smaus, Gerlinda (Hg.) (1996): *Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe*. Baden-Baden. S. 261–282.
- Sauer, Christoph (1997): Semi-orality and semi-literacy in legal institutions as „super-signs“: Analyzing Dutch trial interactions. In: Rauch, Irmengard/Carr, Gerald F. (Hg.) (1997): *Semiotics around the World: Synthesis in Diversity*. Berlin/New York. S. 1165–1168.
- Seibert, Thomas-M. (1991): Erzählen als gesellschaftliche Konstruktion von Kriminalität. In: Schönert, Jörg (Hg.) (1991): *Erzählte Kriminalität*. Tübingen. S. 73–86.
- Seibert, Thomas-M. (1996): *Zeichen, Prozesse. Grenzgänge zur Semiotik des Rechts*. Berlin. (Schriften zur Rechts-theorie 174).

PAUL KIRCHHOF

## Rechtsprechen ist mehr als Nachsprechen von Vorgeschriebenem

### Abstract

Das Recht überbringt seine Verbindlichkeiten durch Sprache, nimmt damit kulturelle Gemeinsamkeiten der Rechtsgemeinschaft auf und regelt in dieser Kontinuität von Sprache und Kultur eine Ordnung des mitmenschlichen Zusammenlebens. Dabei bemüht sich die Rechtssprache um Nüchternheit und Rationalität, um ihre Aussagen möglichst verlässlich zu überbringen. Allerdings ist jeder Rechtssatz auslegungsbedürftig, weil die Vielfalt der regelungsbedürftigen Fälle oft nicht vorausgesehen und auch nicht prägnant begriffen werden kann, das Verstehen der Aussage auch vom Gesetzesadressaten abhängt, die Rechtssprache vielfach wegen ihrer Verbindlichkeit auch auf Sprachumdeuter und Sprachfälscher trifft. Die Bestimmtheit eines Rechtssatzes unterscheidet sich nach der Striktheit der Anordnung, der Spezialität des Regelungsbereichs, der Vervollständigung der Regel durch die Realität oder durch die Autorität des Regelnden.

Interpret des Rechts ist dessen Sprecher. Zunächst spricht der Gesetzgeber im Gesetzestext bewusst in einer entpersönlichten Form, um ein Höchstmaß an Objektivität, Problemoffenheit und Allgemeinheit sicherzustellen. Sodann steht der Rechtsstaat für Nachfragen zu dem mit seinem Wort Gemeinten bereit. Er spricht durch die gesetzesanwendende Behörde mit dem Betroffenen über Inhalt und Auswirkungen des Gesetzes in der konkreten Lebenssituation, zieht Folgerungen aus dem Gesetz für den Einzelfall in der sprachlichen Form eines Verwaltungsaktes, eröffnet für den nicht einverstandenen Adressaten die Möglichkeiten von Widerspruch oder Einspruch, garantiert bei zweifelhaftem oder streitigem Recht den Weg zu den Gerichten, zur Recht-Sprechung.

Der Verfassungsstaat unterliegt also nicht dem Irrtum, allein durch den Wortlaut des Gesetzes gleiche Rechtsfolgen an alle Gesetzesadressaten überbringen und diese auch für zukünftige, noch nicht vorausgesehene Anfragen an das Recht festschreiben zu können. Die Bindung der Rechtsgemeinschaft an das Recht wird in einem arbeitsteiligen Sprachvorgang gesichert: Der Gesetzgeber regelt die langfristigen, generellen, auf Dauer verbindlichen Vorgaben; die Verwaltung verdeutlicht diese Vorgaben für Gegenwart und Einzelfall; die Rechtsprechung überprüft diese Gesetzesanwendung in der Verantwortlichkeit des letztverbindlichen Sprechers. Der Rechtsstaat ist stets offen für das Gespräch über die geltenden Rechtsverbindlichkeiten und ihre Auswirkungen im individuellen und konkreten Einzelfall.

### 1. Das Gesetz als Ursprung einer für alle gleichen Rechtsfolge

Das Zeichen für Recht ist die Sprache. Wenn das Gesetz eine allgemein verbindliche Regel überbringt, wählt es eine Sprache, die eine für alle Adressaten gleiche Rechtsfolge begründen soll. Die Gleichheit vor dem Gesetz, eine

der elementaren Grundanliegen jeder Gerechtigkeitsordnung, baut darauf, dass die sprachliche Anordnung von allen Adressaten in gleichem Inhalt verstanden werden kann.

Dieser Sprachoptimismus hat Voraussetzungen: Zunächst muss der Gesetzgeber eine Sprache sprechen, die alle Adressaten verstehen. In dieser Gemeinsamkeit dank Sprache findet der Staat seine Grundlage für Einheit und Zusammenhalt.<sup>1</sup> Allein die sprachliche Verständigung befähigt eine Gruppe von Menschen, zu einem Staatsvolk zusammenzufinden und damit eine Demokratie zu begründen.<sup>2</sup> Zugleich ist die Sprache Grundlage der individuellen Freiheit: Der Mensch könnte seine Meinung nicht äußern, sich aus den Medien nicht unterrichten, die Kulturfreiheiten von Kunst und Wissenschaft nicht ausüben, seine politischen Rechte nicht wahrnehmen, an Unterricht, Studium und Fortbildung nicht teilnehmen, wenn er nicht in einer gemeinsamen Sprache hören, sprechen und lesen könnte.<sup>3</sup> Recht ist Ausdruck kultureller Gemeinsamkeiten, findet seine Basis in einem allgemeinen Willen zur Autorität, zum Setzen und Durchsetzen von Recht, stützt sich auf den Zusammenhalt des Staatsvolkes als Kulturgemeinschaft, begreift die Fragen des Rechts in der gemeinsamen Sprache und hält die Antworten in dieser Sprache fest.

Auf dieser Grundlage wird das Recht zum Gebrauch der Muttersprache zu einem Menschenrecht, zum Teil der Menschenwürde<sup>4</sup> und zugleich zu einer Grundlage nationaler Autonomiebestrebungen.<sup>5</sup> Sobald die gemeinsame Sprache nicht selbstverständliche Staats- und Freiheitsgrundlage ist, sucht die Rechtsordnung die Vielsprachigkeit durch Sprechregeln zu steuern; Sprache wird zum Gegenstand rechtlichen Regels. Bestimmungen über Amts- und Arbeitssprachen<sup>6</sup>, über authentische Sprachen eines Rechtstextes und dessen Interpretation<sup>7</sup> suchen durch Sprachkollisionsregeln ein Stück Spracheinheit zu ersetzen und Sprachminderheiten zu schützen. Das Recht, den eigenen Namen in der eigenen Muttersprache und Ortsnamen in der traditionellen Sprache fortführen zu dürfen, in den Schulen in der eigenen Muttersprache unterrichtet zu werden, in staatlichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren in der

<sup>1</sup> Zu den Anliegen der Gesetzgebung, in einem vielsprachigen Staat und seinen Vorläufern die sprachliche Offenheit, aber auch die Einheit in einer Kultursprache zu sichern, vgl. – beginnend mit der Goldenen Bulle (1356) – Hattenhauer, Zur Geschichte der deutschen Rechts- und Gesetzessprache, in: Berichte aus den Sitzungen der Joachim Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften e. V., Hamburg (1987), S. 7 ff.; Häberle, Sprachen-Artikel und Sprachprobleme in westlichen Verfassungsstaaten – eine vergleichende Textstufenanalyse (1990), S. 107; Isensee, Staat im Wort (1995), S. 3 f.; Dürig, Der deutsche Staat im Jahre 1945 und seither, VVDStRL, 13 (1954), 27 (45).

<sup>2</sup> BVerfGE 89, 155 (185) – Maastricht –; Isensee, a. a. O., S. 3.

<sup>3</sup> Häberle, a. a. O., S. 107, 121; Hattenhauer, a. a. O., S. 11; Isensee, a. a. O., S. 5 f.

<sup>4</sup> Häberle, a. a. O., S. 107.

<sup>5</sup> Häberle, a. a. O.; Hattenhauer, a. a. O.

<sup>6</sup> Vgl. Art. 290 EGV.

<sup>7</sup> Vgl. Art. 314 EGV; zu Interpretationsproblemen bei Textdivergenzen Art. 53 EUV.



eigenen Sprache angesprochen zu werden und in derselben Sprache erwidern zu können, entwickelt sich zu einem der wichtigsten Minderheitenrechte.<sup>8</sup>

Der notwendige Zusammenhang von kultureller Gemeinsamkeit, Sprache und Recht offenbart sich in der ersten Entstehungsquelle für Recht, der guten Gewohnheit. Wenn die Gesetzestexte ursprünglich dadurch entstanden sind, dass das Gewohnheitsrecht aufgeschrieben, also vorgefundene Verhaltensregeln in Sprache und Schriftform gefasst worden sind, wenn heute der Handelsbrauch, Ortsüblichkeit, die Grundsätze des ordentlichen Kaufmanns, die guten Sitten, Treu und Glauben, die öffentliche Ordnung und Observanz Entstehens- und Erkenntnisgrund für geltendes Recht sind, so begegnen sich Recht und Sprache in der gemeinsamen Wurzel einer in der Bewusstheit des Sprachlichen sich entwickelnden Kulturgemeinschaft, in der Verständigen und Verstehen möglich, der Wille zu Frieden und Autorität allgemein, damit die Bereitschaft zu allein sprachlicher Konfliktschlichtung als gemeinschaftskonstituierendes Prinzip anerkannt ist.

## 2. Die Besonderheit der Rechtssprache

Die Rechtssprache der Gegenwart bemüht sich um Nüchternheit, Rationalität, zahlt damit den Preis mangelnder Allgemeinverständlichkeit, geringer werbender Kraft für die Rechtsideale, einer Distanzierung vom Staatsvolk und einer Hinwendung allein zu den Juristen. Verhaltensregeln werden heute durch das juristische Wort, kaum noch mit Hilfe von Gesten, Formalien und Riten überbracht. Früher hingegen suchten Rechtssprichwörter Anschaulichkeit und Betroffenennähe, vermieden bewusst die kühle Sachlichkeit einer Rechts- und Amtssprache: Die hilfswise Erbfolge der weiblichen Verwandtschaft beim Fehlen männlicher Erben wird im Bild ausgedrückt: „Wo kein Hahn ist, kräht die Henne“.<sup>9</sup> Der Gerichtsstand des Tatortes kommt im Sinnbild zum Ausdruck: „Wo sich der Esel wälzt, da muss er Haare lassen“.<sup>10</sup> Die Dauer eines Amtes endet mit der Frist, „in der ein Maier in einem Sessel ungehalten sitzen mag“.<sup>11</sup>

Auch ist es nicht mehr üblich, durch eingängige Wortverbindungen die Einprägsamkeit und werbende Kraft des Rechts zu steigern. Während man früher durch Stabreime (Haus und Hof, Land und Leute, Nacht und Nebel), durch Endreime (Rat und Tat, Schalten und Walten), durch Wiederholungen (Acht und Bann, Kraft und Macht) oder durch die positive Aussage mit gleichzeitiger nachfolgender Negation (die Wahrheit sagen und die Lüge lassen) das Recht verständlich machen wollte<sup>12</sup>, umgibt sich die Gesetzesspra-

<sup>8</sup> Iso Camartin, *Nichts als Worte? Ein Plädoyer für Kleinsprachen*, 1985.

<sup>9</sup> Leonhard Winkler, *Deutsches Recht im Leben deutscher Sprichwörter*, 1927, S. 17.

<sup>10</sup> Winkler, a. a. O.

<sup>11</sup> Walther Merk, *Werdegang und Wandlungen der deutschen Rechtssprache*, 1933, S. 15.

<sup>12</sup> Paul Kirchhof, *Die Bestimmtheit und Offenheit der Rechtssprache*, in: ders., *Stetige Verfassung und politische Erneuerung*, 1995, S. 9 (23 f.).

che heute mit einem Hauch kühler Geschäftsmäßigkeit, will nicht eine Sprache in aller Munde, kein mundgerechtes Recht sein.

Mit dieser Rationalität der Rechtssprache soll gesichert werden:

- eine Verlässlichkeit und Allgemeinverständlichkeit der verbindlichen Regel zumindest für den Juristen, die mit großer Wahrscheinlichkeit für alle Betroffenen dieselbe Rechtsfolge überbringt;
- eine Objektivität der Rechtspflege, unabhängig von subjektiven Empfindungen, Neigungen und Vorurteilen des Rechtsinterpreten;
- die Kontinuität des Rechts in der Stetigkeit der Rechtsmaßstäbe und ihrer Anwendung;
- eine gesetzlich gelenkte Wirklichkeitssicht, die im Blickwinkel und nach Vorgaben des Gesetzes die Realität erfasst und ermittelt;
- eine klare Kompetenzverteilung zwischen vorsprechendem Gesetzgeber und nachsprechenden Interpreten, insbesondere der Verwaltung und der Rechtsprechung.

In diesem Bemühen um Nüchternheit und Prägnanz unterscheiden sich die verschiedenen Rechtssprachen. Die Verfassungssprache wirkt eher werbend-programmatisch, die Verwaltungssprache eher nüchtern anordnend. Dogmatisch geformte Sprachen des Zivil- oder Strafrechts folgen den Linien der Fachterminologie, die Sprache junger Disziplinen wie das Umwelt- oder Datenschutzrecht sucht noch ihren Weg zwischen Allgemein-, Rechts- und Sachsprache. Regeln für die vorgefundene Wirklichkeit – wie das Polizeirecht – sind offen für reale Entwicklungen, Regeln für Kunstfiguren des Rechts – wie das Steuerrecht – verharren im Raum des Sollens.

In allen diesen Teilrechtssprachen herrscht die Tendenz, die Rechtssprache juristisch zu verselbständigen und damit mehr und mehr von der Alltagssprache abzuheben. Dadurch verliert die Gesetzessprache die Kraft, Rechtsbewusstsein zu schaffen oder zu vertiefen. Sie überfordert den Bürger, der in dieser Sprache Erklärungen, etwa Steuererklärungen, abgeben soll. Sie verführt den Gesetzesanwender, auf Allgemeinverständlichkeit zu verzichten, drängt ihn aber zugleich in eine Rolle des Dolmetschers zwischen Allgemein- und Rechtssprache, der er nicht immer entsprechen kann.

### **3. Mehrdeutigkeit und Entwicklungsoffenheit der Sprache**

Die Allgemeinheit und Gleichheit verlässlicher Inhalte wird aber nicht allein durch einen Text gesichert, sondern nur durch ein Sprechen in kultureller Gebundenheit gefestigt und weitergegeben. Die Sprache vermittelt einen Verbindlichkeitsgedanken, der in der Kulturgemeinschaft gewachsen ist und nun an die Zukunft weitergegeben werden soll. Auch in diesem Kontext bleibt aber das Ideal Montesquieus<sup>13</sup>, die Worte des Gesetzes sollten bei allen Men-

schen die gleichen Vorstellungen hervorrufen, sie könnten so klar sein, dass ein Streit um die Auslegung ausgeschlossen sei, Utopie, die Gesetzgeber und Gesetzessprache überfordert. Einen nicht auslegungsbedürftigen und auslegungsfähigen Rechtssatz gibt es nicht.

Ich mache diesen juristischen Ausgangsbefund meinen Studenten immer deutlich, indem ich sie bitte, den Inhalt des Art. 22 GG aufs Papier zu zeichnen. Art. 22 hat den undramatischen Wortlaut: „Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold“. Wenn wir dieses sprachliche Zeichen für Recht in ein Staatssymbol umsetzen wollen, versuchen wir uns zu erinnern, ob das Schwarz nach oben oder nach unten gehört, ob die Flagge längs oder quer gestreift ist. Forensische Begabungen malen eine schwarze Flagge mit rot-goldener Umrandung oder eine rote Flagge mit schwarz-goldener Kordel. Ästheten drängen vielleicht auf einen schwungvollen schwarz- rot- goldenen Pinselstrich. Die Nachdenklichen allerdings versuchen, die historischen Ursprünge dieser Flagge aufzunehmen: Die Lützow'schen Reiter, das Hambacher Fest, die Paulskirche von 1848.

Bei dieser Textinterpretation zwischen Erinnern und dem Streben nach dem sachlich Besseren, zwischen Texttreue und Erneuerungswillen wird bewusst, dass Textdeutung ein Prozess des Wissens und Wollens, der Gedächtnis- und Prognosefähigkeit, der Sprachgebundenheit und der Spracherneuerung ist. Dieses zeigt sich insbesondere bei Auslegung der Verfassung, dem Gedächtnis unserer Demokratie.

### 3.1 Unterschiedliche Bestimmungskraft der Rechtssätze

Die Verfassung trifft, wie jedes Gesetz, Aussagen von unterschiedlicher Dichte und Bindungskraft: Sie erteilt einen Verfassungsbefehl, begründet einen Verfassungsauftrag, setzt einen Verfassungsrahmen und anerkennt eine unverfasste Autonomie und Freiheit. Dementsprechend unterschiedlich sind die Bindungswirkungen der Verfassungsregel sowie Prüfungsauftrag und Prüfungsmaßstab der die Verfassung anwendenden Verfassungsgerichtsbarkeit.

Der *Verfassungsbefehl* ist strikt und fordert kategorisch Befolgung. Er belässt kaum einen Interpretationsraum: Die Todesstrafe ist abgeschafft (Art. 102 GG). Eine Zensur findet nicht statt (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG). Wahlberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat (Art. 38 Abs. 2 GG). Derartige Verfassungssätze lassen sich in der Kontinuität der Verfassungserfahrung vollziehen. Das gilt auch für einen unverbrüchlichen Kern – den „Wesensgehalt“ – jedes Grundrechts, das eine unveräußerliche, Universalität beanspruchende Gewährleistung kategorisch für verbindlich erklärt, weitgehend auch für die Regeln des Kompetenzrechts.

---

<sup>13</sup> Hattenhauer, a. a. O., S. 38 f.

Der *Verfassungsauftrag* zur Vervollständigung und Ergänzung der Verfassung hingegen erwartet von dem Verfassungsinterpreten – insbesondere dem Gesetzgeber als dem Erstinterpreten des Grundgesetzes – Bestimmungen, durch die das Grundgesetz erst vollziehbar wird. Das Grundgesetz regelt die Tatbestände Deutscher, Eigentum, Partei, Schule, Gemeinde oder Steuer. Entstehens- und Erkenntnisquelle dieser Verfassungstatbestände ist eine frühere Gesetzgebung, die das Grundgesetz im Geltungsgrund der Verfassung aufnimmt und zur kontinuierlich bewussten Fortbildung an den Gesetzgeber weitergibt. Oft verlangt das Grundgesetz deswegen ausdrücklich vom Gesetzgeber, dass er das verfassungsrechtliche Rechtsinstitut in seiner Autorität näher ausgestalten möge. „Inhalt und Schranken des Eigentums werden durch Gesetz bestimmt“ (Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG). Für das Parteienrecht, das Wahlrecht oder den Status des Bundespräsidenten sieht die Verfassung vor, das „Nähere“ werde durch Gesetz geregelt. Der Verfassungssatz wird erst durch den Interpreten so verdeutlicht und inhaltlich entfaltet, dass er eine konkrete Gestaltungswirkung beanspruchen darf.

Der *verfassungsrechtliche Rahmen* umgrenzt einen Regelungsbereich, den die verfassungsgebundenen Staatsorgane nicht überschreiten dürfen, oder er schreibt den Regelungsinhalt in allgemeinen, entwicklungsbedürftigen Grund-, Richt- und Grenzwerten vor. Der Gesetzgebungsgegenstand „Sozialversicherung“ (Art. 74 Nr. 12 GG) zeichnet den Gesetzgebungsrahmen eines finanzwirtschaftlichen Umverteilungssystems zum Ausgleich besonderer Lasten bei sozialem Bedürfnis<sup>14</sup>, erlaubt aber in diesem Rahmen Gestaltungen, die allein in der Autorität des Gesetzgebers ihre Rechtfertigung finden. Das Erfordernis des gesetzlichen Richters zwingt den Gesetzgeber zu Bestimmungen, die einer Manipulation des Spruchkörpers im Einzelfall vorbeugen<sup>15</sup>, sagt jedoch über den Inhalt dieser Organisationsprinzipien kaum etwas aus.

Schließlich handelt die Verfassung auch von den *inhaltlich unverfassten Lebensbereichen*, in denen insbesondere die Entscheidungsautonomie des Parlaments und die Freiheit des Grundrechtsberechtigten verfassungsimmanente Erneuerungsprinzipien enthalten. Hier trifft das Grundgesetz nur Bestimmungen, um die Autorität des gewählten Parlaments zu sichern, das parlamentarische Verfahren wirksam werden zu lassen, die Generellität, Bestimmtheit, Langfristigkeit und Kontrollierbarkeit der gesetzlichen Regel zu gewährleisten, der individuellen Freiheit den Rahmen eines Rechts und die Gestaltungsmacht rechtsverbindlichen oder rechtsrespektierten Handelns zu vermitteln. Derartige, inhaltlich nicht vorgeprägte Ablaufregeln kennt das Grundgesetz etwa für die Gesetzgebung, das Haushaltsrecht (Art. 110 Abs. 2

<sup>14</sup> BVerfGE 75, 108 (146).

<sup>15</sup> BVerfGE 95, 322 (327 ff.).

Satz 1 GG)<sup>16</sup>, für die Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen<sup>17</sup>, für das Grundrecht der Gleichheit „vor dem Gesetz“, das zwar über die Gesetzgebung hinauswirkt, vielfach aber nur in der Generellität des Gesetzes verwirklicht werden kann, und für die Ausgestaltung der verfassungsmäßigen Ordnung i. S. des Art. 2 Abs. 1 GG.<sup>18</sup>

Die Übergänge von Verfassungsbefehl, Verfassungsauftrag, Verfassungsrahmen und unverfasster Gesetzgebung sind fließend. Oft enthält eine Verfassungsaussage unterschiedliche Bindungsintensität: Das Eigentumsrecht regelt die formalen Anforderungen einer Enteignung durch Verfassungsbefehl, deutet das Erfordernis einer gesetzlichen Bestimmung des Eigentumsinhalts in einem Verfassungsauftrag an, weist die Befugnis des Gesetzgebers, Eigentum durch Anerkennung einer entgeltwürdigen Leistung hervorzubringen (Arbeitslohn, geistiges Eigentum), in einen Verfassungsrahmen und entlässt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in eine Offenheit nahe der inhaltlich unverfassten Gesetzgebung.

### 3.2 Sachgerechtigkeit und gesetzliche Entscheidung

Der Sinn eines Gesetzes unterscheidet sich auch danach, ob eine Regel eine vorgefundene Realität aufnimmt, deshalb den Textinterpreten vor allem auf diese vorgefundene Wirklichkeit verweist; oder aber in dem Willen des Gesetzgebers seinen Ursprung hat, deshalb den Interpreten insbesondere der Autorität des Gesetzgebers unterwirft. Wenn das Straßenverkehrsrecht anordnet, dass auf deutschen Straßen rechts gefahren und links überholt wird oder Höchstgeschwindigkeiten nicht überschritten werden dürfen, gilt es allein, sich diesem Ordnungsbefehl zu unterwerfen. Erklärungs- und Verbindlichkeitsgrund für dieses Recht ist die ordnungsschaffende staatliche Autorität, die Befolgungsbereitschaft fordert. Andere Rechtssätze hingegen verweisen auf die in der Wirklichkeit angelegten Rechtsmaßstäbe. Wenn der Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) den Gesetzgeber verpflichtet, die Menschen je nach ihrer rechtserheblichen Ähnlichkeit gleich und je nach ihrer rechtserheblichen Verschiedenheit unterschiedlich zu behandeln, leitet sich der Inhalt dieses Rechtssatzes im wesentlichen aus der Realität ab. Dass Männer und Frauen im Wahlrecht gleich, im Anspruch auf Mutterschaftsschutz aber verschieden sind; Alt und Jung in der Menschenwürde gleich, im Wahlrecht und der Geschäftsfähigkeit aber ungleich sind; Inländer und Ausländer wiederum in der Menschenwürde und in der Geschäftsfähigkeit

<sup>16</sup> Zur Funktion dieses Haushalts vgl. Puhl, Budgetflucht und Haushaltsverfassung, 1996, S. 3 f.

<sup>17</sup> Vgl. Lehner, Die Rolle des Parlaments beim Zustandekommen von Doppelbesteuerungsabkommen, in: Kirchhof/Birk/Lehner, Steuern im Verfassungsstaat, 1996, S. 95 f. mit anschließender Diskussion.

<sup>18</sup> Nach Ausdehnung des Rechts auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu einem allgemeinen Freiheitsrecht i. S. der verfassungsgemäßen Rechtsordnung verstanden, seit BVerfGE 6, 32 (87 f.) stRsp.

gleich, beim Wahlrecht aber verschieden behandelt werden; Arm und Reich in der Menschenwürde, in der Geschäftsfähigkeit und im Wahlrecht gleichgestellt sind, für Zwecke der Besteuerung aber unterschiedlich belastet werden, während der Unterschied von Geschlecht, Alter oder Staatsangehörigkeit für die Besteuerung gänzlich unerheblich ist, erschließt sich nicht aus einer gesetzgeberischen Entscheidung, sondern aus der tatsächlich vorgefundenen jeweiligen Ähnlichkeit oder Verschiedenheit der Menschen, auf die der Gesetzestext verweist.

Der Gleichheitssatz ist also umso deutlicher von der Wirklichkeit geprägt, als diese rechtserhebliche Ähnlichkeiten aufweist, um so mehr von der Autorität des Gesetzgebers bestimmt, als dieser erst die Rechtsrealität als Anknüpfung für den Gleichheitssatz geschaffen hat: In der Statusgleichheit des Menschen – seiner Würde, seinem Anspruch auf Freiheit, seiner Teilhabe am Rechtsleben und Geschäftsverkehr, seiner intelligiblen Entfaltung und seiner sozialstaatlichen Dazugehörigkeit einschließlich eines wirtschaftlichen Existenzminimums<sup>19</sup> – wirkt der Gleichheitssatz wie ein Verfassungsbefehl: die Ähnlichkeit der Menschen in der Perspektive dieses Rechts erzwingt eine kategorische Gleichbehandlung. In dem demokratisch gestaltbaren Umfeld des Menschen hingegen wirkt der Gleichheitssatz eher wie ein Verfassungsauftrag: Das Steuerrecht, das dem Staat eine Teilhabe am Erfolg privaten Wirtschaftens vermittelt, setzt im ersten Schritt einer parlamentarischen Dezision einen Belastungsgrund, der so, aber auch anders hätte definiert werden können; gilt dieses Belastungsprinzip dann aber in der Autorität des Gesetzgebers, ist dieser im zweiten Schritt – bei der Ausgestaltung und Fortführung dieses Belastungsprinzips – an den Gleichheitssatz in seiner Ausprägung der Folgerichtigkeit und Widerspruchsfreiheit gebunden.<sup>20</sup>

Die Gesetzessprache überbringt also teilweise eine Vorgabe der Wirklichkeit, teilweise eine Entscheidung in staatlicher Autorität. Die Gesetzesauslegung ist demnach nicht nur logische Umsetzung eines Textes in einen aktuellen Befehl, sondern verstehendes Nachdenken des gesetzlich Vorgeschilderten je nach Inhalt und Bezugsrahmen des Gesetzestextes. Dieses ist jüngst einigen Zuhörern einer Steuerdiskussion bewusst geworden, bei der die Diskutanten sich nach langwieriger Auseinandersetzung wechselseitig vorgeworfen hatten, den Text eines Gesetzes nicht lesen zu können. Als die Zuhörer, betreten diesem Diskussionsergebnis nachsinnend, im Fahrstuhl des Kongresshauses standen, fiel ihr Blick auf das dort angebrachte Schild: „12 Personen“. Sie stellten sich die Frage, ob dieses Schild um der Tragsicherheit willen die technische Obergrenze der Beförderungskapazität bezeichne, also höchstens 12 Personen meine; oder um der Rentabilität willen die Untergrenze der Personenzahl, zu der der Hotelier zur Beförderung be-

<sup>19</sup> P. Kirchhof, Der allgemeine Gleichheitssatz, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Bd. V, 1992, § 124 Rn. 235 f.

<sup>20</sup> Seit BVerfGE 84, 239 (271); 93, 121 (136) stRspr.; vgl. P. Kirchhof, Besteuerung im Verfassungsstaat (2000), S. 34.

reit sei, also mindestens zwölf Personen bedeute. Der Fahrstuhl hat uns mit diesen Erwägungen in die Höhen juristischer Methodenlehre gebracht und den Blick auf den Zusammenhang von Rechtssprache und der sie umgebenden und von ihr aufgenommenen Rechtswirklichkeit freigegeben.

### 3.3 Gegenwartsgerechte Deutung des Gesetzes

Die Interpretationsbedürftigkeit eines Gesetzestextes ergibt sich sodann aus der begrenzten Fähigkeit des Gesetzgebers, zukünftige Entwicklungen vorzusehen und zu regeln. Zwar ist die Legislative die mit der Zukunft befasste Gewalt, während die Exekutive sich mit der Gegenwart, die Judikative sich mit der Vergangenheit auseinandersetzt.<sup>21</sup> Auch der Gesetzgeber hat jedoch nicht die Kraft, weit in die Zukunft vorzusehen, die Rechtsfragen späterer Jahrzehnte vorzudenken, das dann verfügbare Instrumentarium der Problemlösung schon heute einzusetzen. Das die Zukunft gestaltende Gesetz stößt an die Grenzen parlamentarischer Prognosefähigkeit, Gestaltungs- und Formulierungskraft und beauftragt deshalb in offenen, teilweise fragmentarischen Tatbeständen den Adressaten, den Rechtssatz für die jeweilige Gegenwart weiterzudenken und fortzubilden. Deshalb konnte z. B. die Garantie des „Rundfunks“ nach der Weiterentwicklung dieses Funks auch zum Fernsehfunk fortgebildet und als Oberbegriff für Hör- und Fernsehfunk interpretiert werden.<sup>22</sup> Die Garantie der Pressefreiheit war ursprünglich auf den technischen Druckvorgang des Pressens eines Schriftstücks angelegt, muss aber mit Änderung der Drucktechniken mitschreitend erweitert als allgemeine Medienfreiheit gedeutet werden.<sup>23</sup> Der als an zwei Schienen gebundene Verkehr interpretierte Tatbestand „Eisenbahn“<sup>24</sup> würde durch Erfindung der Magnetbahn einen Teil seiner Gestaltungskraft verlieren, wenn man ihn weiterhin mechanisch und nicht funktional interpretieren sollte. Ebenso hat der Strafrichter die auf die Prozessdauer von wenigen Tagen angelegte StPO auch bei einem über Jahre dauernden Prozess mit Sinn zu füllen, der Verwaltungsrichter die für die Einzelklage konzipierte VwGO sachgerecht auch auf Massenklageverfahren anzuwenden.

Das Gesetz altert und kann veraltet sein. Deswegen sucht auch der Gesetzgeber seine Sprache auf diese Entwicklungsbedürftigkeit des Rechts auszurichten. Kunstfiguren des Rechts, z. B. Wahlen, Gerichtsverfahren, Kompetenzordnungen, Steuern veranlassen Rechtsfragen, die vorrangig aus einem gleichbleibenden Gesetzestext zu lösen sind. Handelt der Rechtssatz hingegen von Ergebnissen des Erkennens, z. B. das Arzneimittelrecht oder das

<sup>21</sup> Gerhard Husserl, *Recht und Zeit*, 1955, S. 52 f.; dazu Häberle, *Zeit und Verfassung, Prolegomena zu einem „zeit-gerechten“ Verfassungsverständnis*, ZfP 21 (1974), S. 112; P. Kirchhof, *Verwalten und Zeit*, 1975, S. 1 f.; Dürig, *Zeit und Rechtsgleichheit*, in: *Tradition und Fortschritt im Recht*, 1977, S. 21 ff.

<sup>22</sup> BVerfGE 12, 205 (226); 31, 314 (315).

<sup>23</sup> Vgl. BVerfGE 39, 156 (164).

<sup>24</sup> Vgl. § 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 29.3.1951, BGBlI S. 225.

Recht der technischen Sicherheit, so findet der Rechtssatz in der wissenschaftlichen Erfahrung und im jeweiligen Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik seinen wesentlichen, fortschreitenden Inhalt. Ist der Rechtssatz auf willentliche Weiterbildung angelegt, z. B. bei der Pflicht zur Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, bei Einräumung eines Ermessens oder bei der Offenheit für einen Vertrag, so empfängt der Rechtssatz seinen Kern aus dem Willen der Beteiligten. Fragmentarische Rechtssätze, z. B. öffentliche Belange, das Wohl der Allgemeinheit, der wichtige Grund, die Billigkeit, deuten die gemeinte Verbindlichkeit lediglich an, fordern also eine Normenkonkretisierung von besonderer Intensität. Deswegen kann der Polizeibeamte die polizeiliche Generalklausel der öffentlichen Sicherheit und Ordnung so handhaben, dass das Singen des Kindes auf der Straße als Freiheitsausübung, dieselbe Tätigkeit im Vortragssaal als Störung qualifiziert wird; die leichte Kleidung am Strand als angemessen, beim Trauerakt als ordnungswidrig bewertet wird; die körperliche Attacke auf dem Rugbyplatz geduldet, beim anschließenden Festbankett unterbunden werden muss.

Auch der entwicklungssoffene Gesetzestext aber trifft auf Anfragen an die Rechtsordnung, die er in seiner Aussage und seinem Sinn auch nicht annähernd voraussehen konnte. Dieses zeigt insbesondere das Glück der Wiedervereinigung Deutschlands, das zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands eine Handhabung des Grundgesetzes erforderlich machte, die 1949 so nicht bedacht werden konnte und in der sprachvermittelten Rechtskultur auch nicht vorausgesehen worden ist. Ist etwa ein Ehepaar in der ehemaligen DDR gegen seinen Willen geschieden worden, der Ehemann dann nach Ausweisung in den Westen eine neue Ehe eingegangen und Vater dreier Kinder geworden und beantragt die erste Ehefrau nunmehr die Feststellung der Nichtigkeit der Zwangsscheidung, so tut sich das Gericht mit der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Zwangsscheidung leicht, mit der Feststellung der Nichtigkeitsfolge hingegen schwer, weil diese wohl bedeutete, dass der Ehemann in Bigamie lebt und die Ehelichkeit seiner Kinder gefährdet ist. Wenn ein Spion der DDR bei der Spionage in Westdeutschland erfolgreich war, deshalb von seinem Heimatstaat Honorar und Ehrung erwartet, nun aber feststellen muss, dass ausspionierender und ausspionierter Staat identisch geworden sind, so ist jedenfalls der Strafanspruch des wiedervereinigten Deutschland gegen diesen Spion nicht mit herkömmlicher Härte durchzusetzen. Wenn der Mauerschütze auf den wehrlosen Flüchtling in der Spree schießt, weil er dazu „vergattert“ worden ist, die auch für die DDR verbindliche Menschenrechtscharta hingegen einen solchen Schuss verbietet, macht sich die freiheitliche Demokratie der Gegenwart bewusst, dass die Normenlage in einer Diktatur das Berufen auf geltendes Recht oft untersagte, wenn es von der Staatsräson und von dem konkreten politischen Befehl überlagert worden ist. Wenn das Wahlrecht eine 5 %-Klausel kennt, die Anwendung dieser 5 %-Klausel für die erste gesamtdeutsche Wahl aber für die Parteien der



ehemaligen DDR zur Folge hätte, dass sie die 5 % nur in ihrem angestammten Wählergebiet erreichen konnten, in Westdeutschland hingegen nicht einmal Kandidaten aufstellen, geschweige denn um Wähler werben konnten, so wirkt die 5 %-Klausel für diese Parteien als 23,7 %-Klausel und ist in dieser tatsächlichen Entwicklung verfassungswidrig. Diese wie auch weitere Fälle – der Einigungsvertrag, die Bodenreform, die Warteschleife des öffentlichen Dienstes – mussten entschieden werden, ohne dass der Gesetzgeber die Entscheidung vorausgesehen und vorgeschrieben hätte.

### 3.4 Die Rechtsregel innerhalb einer mehrstufigen, widerspruchsfreien Rechtsordnung

Soweit das Gesetz den Entscheidungsmaßstab definiert, klingt im Wort „laut“ des Gesetzes stets die Begrifflichkeit und Idee der die Gesamtrechtsordnung prägenden Wertungen mit. Deswegen muss ein Text jeweils als Teil einer Kodifikation begriffen, ein Rechtssatz in seinen Kontext eingeordnet werden. Der Tatbestand „Kind“ hat im Familienverfassungsrecht eine andere Bedeutung als im Unterhaltsrecht, im Sozialrecht oder im Strafrecht. Der Tatbestand „Einkommen“ ist im Einkommensteuerrecht ein anderer als im Sozialrecht und im Recht staatlicher Leistungen. Der Tatbestand „Beamter“ unterscheidet sich grundlegend, wenn er Bestandteil des Verfassungsrechts, des öffentlichen Dienstrechts oder des Strafrechts ist. Der Gesetzesinterpret muss deshalb seinen Rechtsmaßstab stets im Binnenbereich des Einzelgesetzes, dann im Kontext der Teilrechtsordnung, schließlich im Rahmen der Gesamtrechtsordnung und insbesondere mit Blick auf das diese Gesamtrechtsordnung zusammenhaltende Verfassungsrecht deuten.

Dabei wird bewusst werden, dass die Gesamtrechtsordnung unterschiedliche Maßstäbe und Kontrollstellen im Gesamtsystem bereit hält, um im Zusammenwirken dieser Teilrechtsordnungen eine Gesamtgerechtigkeit herzustellen. Dies gilt selbst für so elementare Wertungen wie die Frage von rechtmäßig oder rechtswidrig.<sup>25</sup> Die Rechtswidrigkeit unterscheidet sich bei den absoluten und relativen Rechtsgütern, der Verhaltens- und Erfolgsqualifikation, dem materiellen und dem Verfahrensrecht, dem Innen- und dem Außenrecht. Wer sich z. B. vertraglich verpflichtet, sein Fahrzeug nicht zu benutzen, dann aber doch fährt, verhält sich gegenüber dem Vertragspartner vertragsrechtswidrig, gegenüber den Straßenverkehrsteilnehmern jedoch rechtmäßig. Bewegt sich der Fahrer dabei mit größtmöglicher Vorsicht, rutscht aber wegen einer nicht vorhersehbaren Ölspur auf das vorausfahrende Fahrzeug, so ist der Schädigungserfolg rechtswidrig, das Verhalten bleibt jedoch rechtmäßig. Erhält der Fahrer dafür einen Bußgeldbescheid, so ist dieser materiell rechtswidrig, kann aber nach Ablauf der Einspruchsfrist formell rechtmäßig und deshalb wirksam sein. Ist der Bußgeldbescheid von ei-

<sup>25</sup> P. Kirchhof, Unterschiedliche Rechtswidrigkeiten in einer einheitlichen Rechtsordnung, 1978.

nem befangenen Beamten erlassen worden, so ist dieser Erlass innenrechtswidrig, ohne dass dieser Verfahrensfehler auf die materielle Richtigkeit und damit den Bestand des Bescheides Einfluss gewinnt. Leistet der Staat sodann für das Opfer ohne rechtswidrigen Schädiger Ausgleichszahlungen, so kann diese Zahlung in einem Geldleistungsgesetz vorgesehen, im Haushaltsgesetz aber nicht geplant sein. Stets gewinnt der Gesetzestext, die Rechtssprache deutliche Verbindlichkeitsstrukturen zunächst im Kontext einer Teilordnung, die dann aber auf die Gesamtrechtsordnung abgestimmt werden muss.

### 3.5 Rechtsänderung durch willentliche Umdeutung

Die Besonderheit der Rechtssprache, ihre Aufgabe, Rechtsverbindlichkeiten zu überbringen, rückt diese Sprache auch in den Aktionskreis von Sprachumdeuter und Sprachverfälscher. Während der Interpret eines Literaturtextes bei Fehlinterpretation seinen Gegenstand verfehlt, kann der Richter eines Gesetzestextes durch Fehlinterpretation seinen Gegenstand verändern.<sup>26</sup> Der Interessent schlägt einen ihm günstigen Gebrauch der Rechtssprache vor; er neigt zu berechnender, gelegentlich zu verfälschender Verwendung der Rechtssprache, um den Inhalt des Gesetzes, zu dessen Änderung ihm die notwendige Mehrheit fehlt, durch Uminterpretation zu verändern.<sup>27</sup> Er betreibt planmäßig eine bestimmte Sprechweise, um einer rechtlichen Aussage trotz gleichbleibenden Textes einen neuen Inhalt zu geben.

Dabei geht es nicht um die sprachtheoretische Frage, ob die Sprache Kleid oder Verkleidung des Gedankens sei (Wittgenstein). Der Rechtsordnung ist die Aufgabe gestellt, mit dem Sprachbetrug den Rechtsbetrug abzuwehren, die Änderbarkeit des Gesetzes allein der parlamentarischen Änderung der Gesetzesurkunde vorzubehalten.

Gegenwärtig scheint die Rechtswirklichkeit für eine geplante Verwirrung von Rechtsinhalten trotz gleichbleibenden Gesetzestextes zugänglich: Der öffentliche Dienst soll durch Verwendung werbewirksamer Begriffe wie „Partizipation“ oder „Mitbestimmung“ von einer der Allgemeinheit dienenden Organisation zu einem Instrument der Bediensteten umgewidmet werden. Das Sozialrecht sucht die unserer Demokratie fremde Einheitsliste als „Friedenswahl“ zu beschönigen, um von dem Tatbestand einer Wahl ohne Alternative abzulenken. Eine Müllhalde wird als „Entsorgungspark“ präsentiert, eine Abgabe auf die Kohle mit Milliardenenertrag als „Kohlepfennig“ bezeichnet, die Bevorzugung der Kapitalerträge vor den Arbeitserträgen schlicht als Tarif-„spreizung“ vermittelt, um die Bedeutung der Rechtsfrage zu vermindern. Das organisierte Willkürprinzip bei der Studienzulassung nennen wir Los-„Verfahren“. Wenn wir statt von „Todesschuss“ von „fina-

<sup>26</sup> Vgl. Isensee, a. a. O., S. 17 (dort allgemein für den Interpreten).

<sup>27</sup> P. Kirchhof, Rechtsänderung durch geplanten Sprachgebrauch?, in: Dieter Wilke/Harald Weber (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Friedrich Klein, München 1977, S. 227–244.

lem Rettungsschuss“ sprechen, statt von „Lohnerhöhung“ von „Lohnangleichung“ reden, den Konjunktureinbruch als „Null“- oder „Minuswachstum“ beschönigen, müssen wir uns nicht nur fehlende Sprachdisziplin vorwerfen, sondern uns als Sprachfälscher rügen lassen.

Ein markantes Beispiel für ein planmäßig in die Zukunft vorgreifendes Herbeireden von gegenwärtig Unerreichbarem bietet der Text des EGV: Wenn dort die europäische Versammlung ohne Gesetzgebungs- und Budgetrecht „Parlament“ genannt, der Freiheitsberechtigte ohne EG-Wahlrecht als „Bürger“ bezeichnet, die teileuropäische Gemeinschaft als „Europäische“ Union qualifiziert wird oder die gegenwärtige Diskussion über eine Erweiterung des Vertrages um einen Menschenrechtskatalog als „Verfassungs“-Debatte daherkommt, so behaupten diese staatsrechtlichen Begriffe etwas, das gegenwärtig nicht ist, aber in Zukunft sein soll. Auch hier ist die Wortfälschung eine Revolutionstaktik<sup>28</sup>, die jede Rechtsordnung an ihrer empfindlichsten Stelle trifft.

Die Gegenwehr gegen eine Gesetzesverfremdung durch Sprachbetrug liegt nicht im bloßen Verbot verfälschender Sprechweisen. Eine sprachlich ungebundene Auseinandersetzung mit dem Recht ist für ein freies und entwicklungsfähiges Gemeinwesen unerlässlich. Die Grundidee eines freiheitlichen Rechtsstaates verbietet, für den allgemeinen Sprachgebrauch einen staatlich überwachten Firmen-, Marken- oder sonstigen Zeichenschutz einzuführen. Eine staatliche Kontrolle gegen unlauteren Wettbewerb bei der Interpretation von Rechtstexten ist dem Verfassungsrecht unbekannt und unerwünscht. Gerade das Gerichtsverfahren baut auf ein Gegeneinander von Kläger und Beklagtem, von Staatsanwalt und Rechtsanwalt, von Behörde und Hoheitsunterworfenem. Der Prozessbeteiligte ist bei seinem Rechtsvortrag – im Gegensatz zum Sachvortrag – nicht an Wahrheitspflichten gebunden. Die einzige Sanktion eines törichten und eines unredlichen Interpretationsvorschlages ist der Subsumtionsfehlschlag, also die Zurückweisung des Interpretationsvorschlages durch den verbindlich sprechenden Interpreten.

#### **4. Die Verantwortlichkeit des Gesetzesinterpreten**

Damit ist erneut die Abhängigkeit der verbindlichen Regel von ihrem Interpreten, vielleicht die Achillesferse der Gesetzesherrschaft in der Macht des Interpreten bewusst geworden. Ich erinnere an diesen Ausgangsbefund mit fünf Feststellungen:

- a) Recht lebt in Sprache und durch Sprache. Unsägliches lässt sich nicht verbindlich machen.
- b) Die Verbindlichkeit einer sprachlichen Regel setzt eine gewisse Verlässlichkeit der sprachlichen Aussage voraus, die den Adressaten eine mög-

---

<sup>28</sup> Isensee, a. a. O., S. 21.

lichst gleiche Verbindlichkeit überbringen muss. Eine unbestimmte Norm ist indiskutabel, also auch für ein Rechtsfindungsverfahren nicht geeignet.

- c) Die verbindliche Aussage eines Rechtssatzes bestimmt sich nicht nur nach dessen Text, sondern auch nach der Realität, von der das Gesetz handelt, nach dem Kontext, in den die Aussage gestellt ist, nach der Offenheit oder Enge, in der ein Rechtssatz formuliert ist. Ob ein Rechtssatz einen Rechtsbefehl, einen Rechtsfindungsauftrag, einen rechtlichen Rahmen für willentliche Entscheidung oder eine bloße Autonomiezurweisung enthält, muss durch Interpretation ermittelt werden.
- d) Interpret einer Aussage sollte grundsätzlich deren Sprecher sein. Nur wer das verbindliche Wort zu sprechen hat, darf letztlich über seinen Inhalt entscheiden.
- e) Dabei ist der Wortlaut nicht die Grenze des Rechtssatzes. Worte können nicht binden<sup>29</sup>, sondern nur die Bindung an vorgegebene, verbindliche Inhalte vermitteln.<sup>30</sup> Vor allem aber ist der Wortsinn Objekt und Ergebnis der Interpretation, nicht Grenze. Was letztlich den Sinn eines Rechtssatzes ausmacht, erschließt sich ausschließlich durch die Interpretation.<sup>31</sup>

#### 4.1 Der Sprecher

Der Sprecher der verbindlichen Regel, der letztlich über die Interpretation entscheidet, ist der die Verbindlichkeit Anordnende, der Staat. Diese abstrakte Rechtsperson ist allerdings nicht wie die natürliche Person ein Sprecher, der mit Gesten und Mimik, durch sprachlichen Ausdruck und die Sprechsituation das Gesagte betonen, formen und deuten könnte. Vielmehr sucht der Sprecher eines Gesetzestextes bewusst die entpersönlichte Form der Sprechweise, um ein Höchstmaß an Objektivität, Problemoffenheit und Allgemeinverantwortlichkeit zu organisieren. Der Gesetzestext wird nicht durch einen Menschen hervorgebracht, sondern in einer Abfolge von Texten der Gesetzesinitiative, der Beratungen des Bundestages in drei Lesungen, der Äußerungen des Bundesrates, oft auch der Neuformulierung eines Vermittlungsausschusses. Ist das Gesetz verkündet, hat der Gesetzgeber seine Rechtssätze aus der Hand gegeben, kann sie durch nachfolgende Interpretation nicht mehr verdeutlichen, verständlicher machen oder korrigieren.

Dennoch zieht sich der Staat als Sprecher dieses Rechtssatzes nicht zurück, sondern steht seinem Adressaten zum Gespräch zur Verfügung. Es ist eine der hervorstechenden Eigenschaften des Rechtsstaates, dass er in Zweifelsfällen stets für Nachfragen zu dem mit seinem Wort Gemeinten bereit ist. Er spricht in der gesetzesanwendenden Behörde mit dem Betroffenen über

<sup>29</sup> Depenheuer, Der Wortlaut als Grenze (1988), S. 3 mit Fn. 9.

<sup>30</sup> Depenheuer, a. a. O., S. 57.

<sup>31</sup> Isensee, a. a. O., S. 19.

Inhalt und Auswirkungen des Gesetzes in der konkreten Lebenssituation, zieht dann seine Folgerungen aus dem Gesetz für den Einzelfall in der sprachlichen Form eines Verwaltungsaktes, eröffnet für den nicht einverstandenen Adressaten die Möglichkeiten von Widerspruch oder Einspruch, garantiert danach bei zweifelhaftem oder streitigem Gesetzesinhalt den Weg zu den Gerichten. Der Rechtsstaat ist stets offen für das Gespräch über die geltenden Rechtsverbindlichkeiten und ihre Auswirkungen im individuellen und konkreten Einzelfall.

## 4.2 Die Sprechsituation

Das Anliegen des Verfassungsstaates, die Rechtsgemeinschaft als Sprechgemeinschaft zu entfalten, in der Verstand regiert und die Gewalt erübrigt, deren Kulturtradition das Verbum, den Logos an den Anfang stellt, also Denken und Handeln auf die Vernunft des Wortes ausrichtet, zeigt sich insbesondere in der Instanz, die das Gesetzeswort letztverbindlich zu deuten hat und die von der Verfassung Recht-Sprechung genannt wird. Schon die Begriffe des Grundgesetzes zeigen, dass dieses Rechtsprechen fast ausschließlich als Sprechvorgang geregelt ist. Wer einen rechtlichen Anspruch zu haben glaubt, ruft einen Spruchkörper durch Klage an, erwägt später eine Berufung. Das Gericht gewährt rechtliches Gehör, hört auf den Wortlaut des Gesetzes, erwägt auch eine entsprechende Anwendung, verkündet eine durch Stimmabgabe gewonnene Entscheidung, erwartet vom Betroffenen ein Horchen und ein Gehorchen. Wenn wir diese Begriffe nachklingen lassen, so hören wir: Recht und Rede, Nomos und Name, Lex und Wort haben einen gemeinsamen Ursprung.

Das rechtsstaatliche Bemühen um ein verstetigtes Gespräch über die Inhalte eines Rechtssatzes verläuft in einem zweistufigen Verfahren: Zunächst gilt es, den Rechtssatz nach der herkömmlichen Auslegungslehre zu verstehen, also nach Wortlaut (grammatische Auslegung), im Kontext des Regelungsumfeldes (systematische Auslegung), im Verstehen seiner Entstehungsbedingungen (genetische und historische Auslegung) und in Deutung des Regelungszieles (teleologische Auslegung) zu interpretieren.<sup>32</sup>

Die zweite Stufe des sprachlichen Begreifens der tatsächlichen Anfrage an den Rechtssatz und seines Inhalts ereignet sich im konkreten Gespräch mit den Rechtsbetroffenen, im gemeinsamen Bemühen um das Verstehen des Rechtsproblems in der Sprache des Rechts. Dieser Rechtsfindungsprozess wird durch Verfahren und Institutionen gesichert, die den Richter als den Spezialisten für das Rechtsprechen zur Unbefangenheit, zur Parteinahme für das Recht anhält, von ihm Zeit und Geduld für das Rechtsgespräch erwartet, ihn in Distanz zu den politischen und zu den Prozessparteien hält. Dabei gelten sieben Prinzipien:

---

<sup>32</sup> Friedrich Karl von Savigny, *Juristische Methodenlehre* (1802), hrsg. von Gerhard Weisenberg, 1951, S. 17 f.

- a) Der Richter hat kein Initiativrecht, sondern kann nur Antworten auf Fragen geben, die der Betroffene mit der Behauptung, ihm sei Unrecht geschehen, durch Klage und Antrag vorträgt.
- b) Der Richter hat eine Entscheidungspflicht. Er kann nicht, wie das Parlament, einwenden, die Zeit sei noch nicht reif für eine Entscheidung und sich deshalb schweigend ein zukünftiges Wort vorbehalten. Der Antragsteller hat einen Anspruch, dass das Gericht das allgemeine Gesetz in eine individuell konkrete Verbindlichkeit deutet.
- c) Diese Entscheidung ist innerhalb angemessener Frist zu treffen.<sup>33</sup> Nur rechtzeitig gewährtes ist richtiges Recht. Der Richter darf einerseits nicht „kurzen Prozess“ machen, andererseits seine Entscheidung nicht bis zum Jüngsten Gericht vertagen. Hier wird deutlich, dass der Richter die Verantwortlichkeit für die Rechtsverbindlichkeit in der Gegenwart trägt, er der Gegenwartssprecher des Rechtsstaates ist.
- d) Vor jeder Entscheidung hat der Richter rechtliches Gehör zu gewähren. Er begibt sich in die Perspektive zunächst des Klägers, dann des Beklagten, durchschreitet deren Tatsachen- und Rechtsverständnisse gedanklich und weitet damit sein Sichtfeld. Er wird dabei zum Dolmetscher zwischen Rechts- und Alltagssprache.
- e) Rechtsprechen meint das sichtbare, für die Allgemeinheit der demokratischen Bürger verständliche und kontrollierbare Rechtsgespräch, spielt sich deshalb in der Öffentlichkeit ab. Zwar verhandelt das Gericht nur mit den Beteiligten, ist sich dabei aber bewusst, dass die Öffentlichkeit als Zuhörer und Zuschauer das Gespräch verfolgt, dass das Gerichtsgespräch also nur von denen geführt werden kann, die nichts zu verbergen, nichts zu verheimlichen haben.
- f) Der Richter entwickelt seine Entscheidung aus dem Gesetz, leitet sein Urteil in der Rationalität, Nüchternheit und Verständlichkeit einer schriftlichen Begründung aus den Vorgaben des generell abstrakten Gesetzes ab. Eine Entscheidung des leeren Blattes wäre unzulässig. Der Richter erleichtert in der Begründung Kontrolle und Kritik seiner Entscheidung, will nachhaltig beim Wort genommen werden, stellt ein wesentliches Stück Selbstbindung in der Kontinuität ähnlicher Entscheidungsfälle her.
- g) Schließlich fällt der Richter seine Entscheidung aus besonderer Rechtskunde, aus einer in ständiger Auseinandersetzung mit dem Recht erprobten Rechtskenntnis und Rechtserfahrung, in Bereitschaft zu einem zeitaufwändigen Prüfverfahren, in richterlicher Unabhängigkeit und Distanz zum Urteilsgegenstand, in Unbefangenheit, das ist Freiheit in Geist und Gehabe für das Recht.

<sup>33</sup> Vgl. Art. 6 EMRK; P. Kirchhof, Verfassungsrechtliche Maßstäbe für die Verfahrensdauer und für die Rechtsmittel, in: FS für Karl Doehring, 1989, S. 439.

Der Verfassungsstaat unterliegt also nicht dem Irrtum, allein durch den Wortlaut des Gesetzes gleiche Rechtsfolgen an alle Gesetzesadressaten überbringen und diese auch für zukünftige, noch nicht vorausgesehene Anfragen an das Recht festschreiben zu können. Die Bindung der Rechtsgemeinschaft an das Recht wird in einem arbeitsteiligen Sprachvorgang gesichert: Der Gesetzgeber regelt die langfristigen, generell abstrakten, auf Dauer verbindlichen Vorgaben, die Rechtsprechung verdeutlicht und konkretisiert diese Vorgaben individualgerecht, gegenwartsnah und in einer Verantwortlichkeit für die generelle Regel wie für die individuelle Billigkeit.

Dementsprechend sagt Art.92 GG: „Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut“, lässt also ein Stück Vertrauen auch bei der rechtsprechenden Gewalt. Allein durch das Zusammenwirken von sprachlicher Bindung der Rechtsgemeinschaft im Gesetzestext und arbeitsteiligem Aussprechen der in diesem Text enthaltenen Vorgaben durch Verwaltung, Freiheitsberechtigte und Rechtsprechung bleibt der Rechtsstaat entwicklungs offen, individualgerecht und gegenwartsnah. Rechtsprechen ist mehr Nachdenken als Nachsprechen von Vorgeschriebenem, ist wertendes, vervollständigendes, situationsnahes Aussprechen einer generellen Regel für den individuell Betroffenen. In dieser Doppelverantwortung spricht der Richter nicht nur im Namen des Gesetzes, sondern im Namen des Volkes.

DIETRICH BUSSE

## Bedeutungsfeststellung, Interpretation, Arbeit mit Texten? Juristische Auslegungstätigkeit in linguistischer Sicht

### 1. Vorbemerkung

Eine sprachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Interpretation bzw. Auslegung und Anwendung von Gesetzestexten im Rahmen der gesellschaftlichen Institution Justiz (und notabene: der ihr von Gesellschaft und Staat übertragenen Aufgaben) muss zunächst zur Kenntnis nehmen, dass innerhalb der Rechtswissenschaft und der Rechtsprechung eine eigene Tradition der Behandlung auslegungstheoretischer Fragen besteht, die nicht nur ehrwürdiger und älter ist als die ja noch recht junge Disziplin der Linguistik, sondern die sich zudem auch – so scheint es wenigstens auf den ersten Blick – um moderne sprachwissenschaftliche Erkenntnisse, Begriffe und Sichtweisen zunächst nicht allzu viel schert. Auch wenn bei genauerem Hinsehen unschwer erkennbar wird, dass in der Jurisprudenz dann doch eine ausgesprochen breite und sprachtheoretisch bestens fundierte Diskussion der Auslegungsproblematik existiert, die kaum einen für die juristische Textarbeit relevanten Aspekt von Interpretation, Semantik und Textualität unberücksichtigt lässt, dann kann dies doch nichts daran ändern, dass eine juristische Perspektive auf Textinterpretation notwendigerweise andere Schwerpunkte setzen muss als die meist an einem unhinterfragten Modell der Alltagskommunikation orientierte linguistische Betrachtungsweise. Gerade wenn für den sich mit juristischer Gesetzesauslegung beschäftigenden Sprachwissenschaftler erkennbar wird, dass die erwähnte innerjuristische Diskussion und Forschung zu sprach- und interpretationstheoretischen Fragestellungen in der Rechtswissenschaft selbst nahezu folgenlos bleibt (ja, den allermeisten juristischen Praktikern schon in ihrer Existenz meist schlechthin unbekannt sein dürfte), dann ist Anlass gegeben, sich die spezifische Funktion und die institutionelle Einbettung der Gesetzesauslegung zu verdeutlichen. Eben diese spezifische Funktionsweise von normativen Texten und die institutionelle Einbettung der Arbeit ihrer Interpretation und Anwendung auf konkrete Sachverhalte sind dafür ursächlich, dass auch eine linguistische Analyse der juristischen Auslegungstätigkeit eine eigene gegenstandsadäquate Begrifflichkeit und Modellierung erfordert. Eine solche gegenstandsadäquate Erklärung der bei der juristischen Auslegungsarbeit



beteiligten Vorgänge und Aspekte kann – dies zeigt die nähere Analyse – gerade nicht im Wege einer einfachen Übertragung der am Modell der Allgemeinsprache orientierten Grundbegriffe der normalen linguistischen Semantik, Textlinguistik und Interpretationstheorie erfolgen, sondern muss aufgrund einer Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen und Vorgehensweisen der juristischen Spracharbeit überhaupt erst einmal entwickelt werden. Warum dies notwendig ist, möchte ich im Folgenden an zwei Beispielen zu veranschaulichen versuchen.<sup>1</sup>

## 2. Juristische Sichtweisen von Textbedeutung und Textauslegung

Bevor ich dies tue, möchte ich aber wenigstens kurz auf einige Grundannahmen der traditionellen juristischen Auslegungstheorie eingehen, da sie vielleicht schon die Problematik, um die es aus juristischer Sicht geht, andeuten können. Anders als im stark an Präzedenzen orientierten angelsächsischen Recht ist die Rechtsfindung im kontinentalen Rechtssystem an vom Gesetzgeber verbindlich gesetzte Normen in Gesetzestexten gebunden. Verfassung und Gesetze legen das Recht durch schriftlich niedergelegte Normen fest. Rechtliche Tätigkeit ist daher zunächst einmal zu einem großen Teil Auslegung von Gesetzestexten und ihre Anwendung auf zu entscheidende Fälle. Mit der starken Orientierung auf positive, d. h. gesetzte Normen ist in der Geschichte der juristischen Methodik der *Rechtspositivismus* als vorherrschende Methode begründet worden, d. h. eine Rechtstheorie, die die juristische Tätigkeit einzig und allein in der Anwendung von aus dem Gesetzestext direkt entnommenen Fallregulierungen sieht. Dahinter steht der Gedanke, rechtliche Regelungen könnten durch ihre schriftliche Fixierung in Gesetzestexten das gesprochene Recht antizipatorisch und eindeutig festlegen. Begründet wird dies mit der Fiktion vom „*Willen des Gesetzgebers*“, der auf alle rechtlichen Entscheidungen durchschlagen müsse. Der Richter wird, wie es Montesquieu ausgedrückt hat, zum bloßen „*bouche de la loi*“ (Mund des Gesetzes). Gesetzesanwendung bestünde dann in der durch keinen menschlichen Willen, keine Interpretation beeinflussten Anwendung eines direkt aus dem Gesetzestext zu entnehmenden abgeschlossenen Rechtsbefehls. Diese Rechtstheorie impliziert notwendig, dass der Sinn oder die Bedeutung der Gesetzesformulierungen ebenfalls als abgeschlossen und eindeutig aufgefasst wird; d. h. aus der Eigenart der Grundthesen des Rechtspositivismus folgt eine bestimmte Sprachauffassung. Deshalb ist es auch

---

<sup>1</sup> Zwar ist es nicht möglich, die selbst wieder sehr komplexen Ergebnisse einer genauen linguistischen Analyse der hochkomplexen juristischen Auslegungsarbeit im Umgang mit Gesetzestexten auch nur annähernd auf so engem Raum angemessen darzustellen, doch können – so hoffe ich – einige Grundzüge und v. a. Grundprobleme verdeutlicht werden, deren Nachvollzug dann möglicherweise Geschmack darauf macht, in den ausführlichen Analysen (hier v. a. Busse 1992) nachzulesen.

nicht verwunderlich, dass in der juristischen Auslegungstheorie meist die sprachtheoretische Begründung sekundär ist und der jeweils vertretenen rechtstheoretischen Position folgt, und nicht etwa umgekehrt die Rechtstheorie der als richtig erkannten Sprach- und Texttheorie folgt, wie man als naiver Nichtjurist vielleicht annehmen könnte.

Dem Rechtspositivismus verhaftet ist auch die gängige Auffassung, die Aufgabe der Gesetzesanwendung als „Subsumtion“ zu beschreiben, d. h. als Unterordnung eines einzelnen, zu entscheidenden Falles unter den im Gesetzestext formulierten Tatbestand. In der reinen Lehre des Positivismus werden die Richter dann, wie es Max Weber einmal nicht unpolemisch ausgedrückt hat, quasi zu „Subsumtionsautomaten“. Indes ist die tatsächliche Tätigkeit der Gesetzesanwendung und -Interpretation komplexer, als die Rede von der Subsumtion erkennen lässt. Der „Fall“, der den Richtern zur Entscheidung vorgelegt wird, ist nämlich nicht nur „Lebenssachverhalt“ in einem alltagsweltlichen, d. h. außerjuristischen Sinne. Vielmehr muss er in vielfältiger Weise auf rechtserhebliche „Tatbestände“ (wie sie beispielsweise in Gesetzestexten erfasst und beschrieben sind) bezogen werden. Das heißt: rechtserheblich und damit entscheidungsrelevant sind an ihm nur diejenigen Umstände, die von Rechtstexten, juristischen Definitionen und Aspekten erfasst werden. Ein Sachverhaltselement wird nicht als *factum brutum*, als rohe Tatsache zum Referenzobjekt bzw. Bezugsgegenstand von Gesetzestexten oder Rechtsbegriffen, sondern als schon juristisch zugeschnittene, definierte, vorbearbeitete Bezugsgröße. Dies lässt sich kaum noch mit einem üblichen Begriff von Referenz erfassen, wie er in der alltagsweltbezogenen linguistischen Normal-Semantik verwendet wird. Gesetzestexte und -Begriffe beziehen sich auf stets schon rechtlich konstituierte Fallelemente; und „rechtlich konstituiert“ heißt, bereits durch andere Gesetzestexte definiert, präzisiert, zugeschnitten, die aber selbst wiederum auslegungsfähig und auslegungsbedürftig sein können. Man bewegt sich im Rahmen der juristischen Gesetzesauslegung (d. h. vor allem bei der juristischen Gesetzesanwendung zum Zwecke der Fallentscheidung) also in einem allseits vertexteten, durch Texte definierten und konstituierten Raum. Dies zeigt, warum juristische Auslegungstätigkeit kaum mit alltagsweltbezogenen semantischen Begriffen und Modellen erfasst werden kann und den Rahmen dessen sprengt, was man sich üblicherweise unter „Textinterpretation“ oder „Bedeutungsbestimmung eines Rechtsbegriffs“ vorstellt. Erst eine genaue linguistische Analyse der juristischen Auslegungsarbeit kann zeigen, inwiefern der Umgang mit Texten im Recht zu einer Anpassung zentraler linguistischer Grundbegriffe und -Modelle zwingt, wenn diese Konzepte auch zur Erfassung der spezifischen Sprachfunktionen im Recht geeignet sein sollen.

Die juristische Auslegungstheorie kreist aus naheliegenden Gründen um das sog. „Gesetzesbindungspostulat“. Hier entsteht jedoch das Problem, dass je nach sprachtheoretischer Schwerpunktsetzung diese Bindung entweder als Bindung an die Intentionen eines Textverfassers oder als Bindung an den

sog. „Wortlaut des Gesetzes“ aufgefasst werden kann. In der juristischen Auslegungstheorie stehen sich daher die sog. „subjektive“ und die sog. „objektive“ Auslegungstheorie nahezu unversöhnlich gegenüber.<sup>2</sup> Die Debatte tobt dann um vermeintliche Gegensätze wie „Gesetzesanwendung“ vs. „Rechtsfortbildung“, „Auslegung“ vs. „Analogie“, „Bedeutungsfeststellung“ vs. „Bedeutungsfestsetzung“ usw. Der Dominanz des Rechtspositivismus in der deutschen juristischen Auslegungslehre entspricht dann die eindeutige Präferenz für die sog. „objektive“ Auslegungstheorie.<sup>3</sup> Diese Dominanz lässt sich gerade auch in der Rechtsprechung der obersten Gerichte zu Auslegungsfragen nachweisen, wie man aus folgender Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichts ersehen kann:

„Maßgebend für die Auslegung einer Gesetzesbestimmung ist der in dieser zum Ausdruck kommende objektivierte Wille des Gesetzgebers, so wie er sich aus dem Wortlaut der Gesetzesbestimmung und dem Sinnzusammenhang ergibt, in den diese hineingestellt ist. Nicht entscheidend ist dagegen die subjektive Vorstellung der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Organe oder einzelner ihrer Mitglieder über die Bedeutung der Bestimmung. Der Entstehungsgeschichte der Vorschrift kommt für deren Auslegung nur insofern Bedeutung zu, als sie die Richtigkeit einer nach den angegebenen Grundsätzen erhaltenen Auslegung bestätigt oder Zweifel behebt, die auf dem angegebenen Weg allein nicht ausgeräumt werden können.“<sup>4</sup>

In diesem Zitat wird, wie auch heute noch weitgehend üblich, Bezug genommen auf die letztlich auf F.K. von Savigny 1802 zurückgehende Einteilung in vier Auslegungsgesichtspunkte bzw. -verfahren, die meist als „Kanones“ der Auslegung von Gesetzestexten bezeichnet werden. Dies sind:

1. Auslegung nach dem Wortlaut („grammatische Auslegung“)
2. systematische Auslegung (auch „logische“ Auslegung, d. h. Auslegung eines Paragraphen nach der Stellung im „System“ des Gesetzes oder aller Gesetze)
3. Auslegung nach der Entstehungsgeschichte („genetische“ bzw. „historische“, auch „genetisch-historische“ Auslegung genannt)
4. Auslegung nach dem „Zweck des Gesetzes“ („teleologische Auslegung“)<sup>5</sup>

<sup>2</sup> „Wird der Sachgehalt des Gesetzes und damit das letzte ‚Auslegungsziel‘ durch den vormaligen und einmaligen ‚Willen‘ des historischen Gesetzgebers derart bestimmt, daß der Rechtsdogmatiker in die Spuren des Rechtshistorikers treten muß, oder aber ruht der sachliche Gehalt des Gesetzes in ihm selbst und in seinen ‚Worten‘, als ‚Wille des Gesetzes‘, als objektiver Sinn, der unabhängig ist von dem ‚subjektiven‘ Meinen und Willen des historischen Gesetzgebers, dafür aber auch notfalls frei beweglich, entwicklungsfähig wie alles, was am ‚objektiven‘ Geist teilhat? Um diese Problematik tobt der *Streit der juristischen Auslegungstheorien* – man nennt sie kurz: die subjektive und die objektive Theorie – bis auf den heutigen Tag.“ (Engisch 1956, S. 88).

<sup>3</sup> „Die ‚objektive‘ Auslegungstheorie besagt [...], daß nicht die vom Urheber gemeinte, sondern eine unabhängig davon zu ermittelnde ‚objektive‘, dem Gesetz immanente Bedeutung die rechtlich maßgebende sei. Sie behauptet daher vor allem einen grundsätzlichen Gegensatz der juristischen Auslegung zur philologisch-historischen.“ (Larenz 1979, S. 35)

<sup>4</sup> BVerfGE 1, S. 299 ff., S. 312.

<sup>5</sup> Nach Engisch 1956, S. 77

Die Tatsache, dass heute meist die Auffassung vertreten wird, dass je nach Sachlage alle vier Kanones (freilich in einer gewissen Rangfolge) zum Zuge kommen können, macht bereits die Komplexität juristischer Auslegungsarbeit recht anschaulich.

In linguistischer Redeweise entsprechen die vier Auslegungs-Kanones wohl folgenden Aspekten der Text-Interpretation: (1) Die sog. „grammatische Interpretation“ (oder „Auslegung nach dem Wortlaut“) entspricht wohl weitgehend dem vorwissenschaftlichen Begriff der „wörtlichen Bedeutung“. Auch wenn dieser Begriff in vielen Modellen der linguistischen Semantik ebenfalls verwendet wird, scheint es doch schwierig zu sein, ihn eindeutig zu definieren. Zwar gibt es in neueren sprachtheoretischen Ansätzen (so etwa in der Zeichentheorie von Rudi Keller<sup>6</sup>) vielversprechende (allerdings auch sehr voraussetzungsvolle) Überlegungen hierzu, doch werden sich diese nur schwer mit den Denkweisen der juristischen Auslegungstheorie vermitteln lassen. Viel schwerwiegender als die theoretischen Definitionsprobleme ist aber, dass es in der praktischen semantischen Arbeit, in der Bedeutungsbestimmung bzw. Textinterpretation, nicht möglich ist, eine feste Grenze zwischen wörtlicher und nicht-wörtlicher Bedeutung zu ziehen.

(2) Die „systematische Auslegung“ bezieht sich auf den Text- und Gedanken-Zusammenhang einer Gesetzesformulierung, wobei allerdings nicht nur innertextliche Bezüge gemeint sind, sondern auch intertextuelle Relationen bis hin zu Verknüpfungen im juristischen Wissen, die wohl eher als epistemisch-semantische denn als im engeren Sinne textlinguistische Relationen aufgefasst werden müssten. Hier schlägt sich nieder, dass die deutsche Rechtslehre bis heute durchdrungen ist vom Erbe der sog. „Begriffsjurisprudenz“, die „Begriffe in diesem Sinne durchaus als außer- und übersprachliche Größen aufgefasst hat. Wie ich noch zeigen möchte, werden bei der Gesetzesinterpretation und -anwendung Vernetzungen von Text- und Wissens-elementen komplexester Art vorgenommen, die weit über das hinausgehen, was mit herkömmlichen linguistischen Modellen und Begriffen noch als Kotextbeziehungen oder intertextuelle Relationen im engeren Sinne gefasst werden kann.

(3) Die „historisch-genetische“ Auslegung wird oft mit der sog. „subjektiven“ Auslegung gleichgesetzt, die nach den Mitteilungsintentionen des ursprünglichen Textverfassers fragt. Nun ist der Prozess der Texterstellung eines Gesetzes bekanntlich eingebettet in komplexe parlamentarisch-institutionelle Handlungsabläufe, in deren Verlauf eine Vielzahl von Personen und Institutionen Einfluss auf die Textgestaltung nehmen können. Gesetzestexte gehören damit gerade zu den Textsorten, für die eine eindeutige kommunikative Intention (im linguistischen Sinne dieses Begriffs) gerade nicht zweifelsfrei rekonstruierbar ist (falls dies überhaupt je möglich sein sollte). Des-

---

<sup>6</sup> Keller 1995, S. 186 ff.

halb muss die „genetische“ Auslegungsmethode linguistisch gesehen auch eher im Sinne der historischen Philologie verstanden werden, als Heranziehen der sog. „Gesetzgebungsmaterialien“ (also z.B. Parlamentsprotokolle, Arbeitspapiere usw.), die weitere Informationen über den möglicherweise gemeinten Sinn einer Normformulierung liefern sollen. Es handelt sich dabei also letztlich ebenfalls um nichts anderes als eine weitere Form von Kontextualisierung bzw. Knüpfung von Text- und Wissensnetzen, die einen Gesetzesbegriff oder -Satz in seiner Bedeutung explizieren sollen.

(4) Die sog. „teleologische“ Methode schließlich lässt sich mit sprachwissenschaftlichen Begriffen gar nicht mehr fassen. Hier geht es um die von einem Textinterpreten angestellten Vermutungen über „Ziel und Zweck“ einer Gesetzesnorm, die zu deliberativen Überlegungen weitgespanntester Art verführen können, weshalb dieser Auslegungskanon auch der zweifelhafteste und „anrühigste“ unter den vier Auslegungsgesichtspunkten ist.

Der inner-juristischen Auslegungslehre (und damit der juristischen Selbstdeutung hinsichtlich von Fragen der Interpretation und Semantik) möchte ich nun im folgenden Ergebnisse einer Analyse der tatsächlichen Arbeitsweise mit Gesetzestexten im Zuge der richterlichen Entscheidungsfindung gegenüberstellen. Diese Analyse soll mit spezifisch linguistischen Mitteln und Sichtweisen aufzuklären versuchen, welche sprachbezogenen Handlungen bei der Anwendung der Gesetzestexte und -begriffe auf konkrete Sachverhalte vollzogen werden und welche Schlussfolgerungen daraus für ein sprachwissenschaftlich begründetes Modell der juristischen Textinterpretation gezogen werden müssen. Interpretieren von Texten wird in neueren linguistischen Interpretations- und Verstehenstheorien (so etwa bei Biere<sup>7</sup>) auch als Erweiterung der „Inferenzbasis“, d. h. des die Voraussetzung des Verstehens bildenden Wissenshorizontes der Interpreten aufgefasst. In solchen Modellen wird davon ausgegangen, dass Textverstehen und Textinterpretation grundsätzlich „inferentiellen“ Charakter tragen. Damit ist gemeint, dass neben die lexikalische Bedeutungskennntnis bei jeder Textauslegung notwendigerweise aktive geistige Schlussfolgerungen treten müssen, die die Kette der sprachlichen Zeichen auf einen gegebenen und zuvor aktualisierten Wissenskontext beziehen und die vermutlich gemeinte Textbedeutung erschließen helfen. Zu dieser Verbreiterung der Inferenzbasis kann im Falle der juristischen Gesetzesinterpretation die Explizierung und systematische Heranziehung fachlicher juristischer Wissensrahmen gehören. Dann ist *Interpretieren* ein Vorgang, eine Handlung, der (bzw. die) nicht mehr mit rein verstehentheoretischen oder semantischen Begriffen beschrieben werden kann: Interpretieren wird zu einer Form der *Arbeit mit Texten*, welche weit über das intuitive Erst-Verstehen hinausgeht. Formen institutioneller Textarbeit, wie etwa die juristische Gesetzesanwendung und -konkretisierung,

<sup>7</sup> Biere 1989, S. 256 u. ö.; vgl. auch Busse 1991, S. 167 ff.

machen deutlich, dass gängige Sprachmodelle nur einen geringen Ausschnitt der Vielfalt an Funktionen erfassen, die sprachliche Texte in gesellschaftlichen Handlungszusammenhängen haben können.

In dem uns interessierenden Zusammenhang des juristischen Umgangs mit Gesetzestexten geht es (anders als etwa bei literarischen Formen der Textinterpretation) gerade nicht allein oder vorwiegend um ein „Verständlich-Machen“ der Gesetzestexte im philologischen Sinne. Ziel der juristischen Gesetzesauslegung und v. a. -anwendung ist es vielmehr gerade, immer aufs Neue die Anwendbarkeit eines schon längst verstandenen, bis in seine kleinsten Verästelungen bekannten Normtextes angesichts eines stets neuen, möglicherweise von bisherigen Fällen abweichenden Lebenssachverhaltes zu prüfen. Juristische „Auslegung“ von Gesetzestexten hat daher auch wenig mit „Interpretieren“ im philologischen Sinne gemein. Ich gehe davon aus, dass neben dem „*Verstehen*“ als dem intuitiven unmittelbaren Realisieren einer Textbedeutung, dem „*Interpretieren*“ als dem „Besser-verständlich-Machen“, d. h. dem Suchen nach möglichen semantischen Tiefenschichten eines Textes, noch eine dritte Kategorie des Umgangs mit Texten angenommen werden muss: eine je nach Handlungsbereich verschiedene, spezifische Form der „*Arbeit mit Texten*“, die nicht auf das landläufige Verständnis von „Interpretation“ reduziert werden kann. Auch in der juristischen Arbeit mit Gesetzestexten geht es darum, eine „Inferenz-Basis“, d. h. eine epistemische Basis, eine Wissensbasis für „Schlussfolgerungen“ aus den Texten, zu schaffen; nur dass eben die zu ziehenden Schlussfolgerungen kaum noch dem entsprechen, was man in der rein philologischen Interpretation damit meint. Geht es dort noch um allein wissensbezogene bzw. kognitive Erweiterungen des Deutungshorizontes, sind die in der juristischen Gesetzesauslegung zu ziehenden Schlussfolgerungen sehr konkrete Entscheidungshandlungen. Die „Konkretisierung des Gesetzestextes“ besteht häufig weniger in einer expliziten semantischen Argumentation, als in der Vornahme faktischer Rechtsentscheidungen (und Subsumtionen), für die der Gesetzestext dann eher argumentativ, begründend herangezogen wird.

Es bietet sich an, Auslegungs- und Entscheidungs-Handlungen mit Bezug auf Gesetzestexte als Vollzug von im weitesten Sinne sprachlichen Handlungen zu analysieren. Dies folgt einer spezifisch linguistischen Sichtweise auf der Basis eines handlungstheoretischen Sprachmodells.<sup>8</sup> Bei der Gesetzesinterpretation werden etwa die elementaren sprachlichen Teilhandlungen der Referenz, d. h. der Bezugnahme eines Normbegriffs auf ein Sachverhaltselement, und der Prädikation, d. h. der Zuschreibung von Eigenschaften zu Sachverhaltselementen, vollzogen. Aber auch bedeutungsfestsetzende Definitionen (z. B. eines Gesetzeswortes oder eines Sachverhaltselements) sind sprachliche Handlungen, ebenso wie jede Bedeutungsexplikation oder jede im Zuge der Subsumtion vollzogene Zuordnung eines Sachverhalts als un-

<sup>8</sup> Vgl. dazu Busse 1991 und Busse 1987.

ter einen Normtext fallend. Schließlich lassen sich auch die in der juristischen Textarbeit besonders zentralen Verknüpfungen zwischen verschiedensten Textelementen als sprachbezogene Handlungen der intertextuellen Bezugnahme (als sog. Textreferenzen) auffassen. Da die Gesamtheit der entscheidungserzeugenden juristischen Handlungen sprachlich fundiert und sprachlich gefasst ist, müssen beispielsweise auch die im Zuge der Entscheidungsfindung immer wieder getroffenen Sachverhaltsfeststellungen als sprachliche Teilhandlungen analysiert werden. Insgesamt stellt sich damit die juristische Auslegung und Anwendung von Gesetzestexten als komplexe Vernetzung von sprachbezogenen Teilhandlungen dar, die in vielfältigster Weise Textelemente, sprachlich konstituierte Wissens Elemente und ebenfalls sprachlich determinierte bzw. vorgeformte Sachverhaltselemente zueinander in Beziehung setzt. Einige Aspekte der juristischen textbezogenen Arbeit (deren spezifischer Charakter mit Begriffen wie Auslegung oder Interpretation nur unvollkommen erfasst wird) sollen im Folgenden an zwei Beispielen und aus zwei Analyseperspektiven demonstriert werden.<sup>9</sup>

### 3. Auslegung von Gesetzestexten: Vom Normtext zum Fall (§ 242 StGB)

Im Folgenden soll die faktische Arbeit mit Texten in der Institution *Recht* am Beispiel des Umgangs mit Gesetzestexten nach sprachwissenschaftlichen Kriterien näher betrachtet werden. Die Darstellung soll mit zwei verschiedenen Zugangsweisen erfolgen, die unterschiedliche linguistisch interessante Aspekte der juristischen Textarbeit freilegen können: Zunächst wird am Beispiel eines einzelnen Paragraphen (§ 242 Strafgesetzbuch zum „Diebstahl“) anhand der juristischen Auslegung, wie sie sich in der Kommentarliteratur und in Urteilstexten niederschlägt, die Gesetzesinterpretation darauf hin untersucht, wie der „Wortlaut des Gesetzes“ nach den bei Juristen üblichen Verfahren sprachlich und sachlich expliziert wird. Es wird dabei deutlich, dass die Bezeichnung „Bedeutungsexplikation“ nur sehr unvollkommen das trifft, was bei der juristischen Gesetzesauslegung tatsächlich geschieht. Da die faktische juristische Arbeit aber nie am Gesetzestext ansetzt, sondern stets an einem konkreten *Fall*, soll in einer zweiten Herangehensweise – diesmal an einem Beispiel aus dem Zivilrecht – ein konkreter Fall, wie er in der alltäglichen richterlichen Praxis zur Entscheidung stehen könnte, darauf hin untersucht werden, welche Gesetzestexte in welcher explikativen Handhabung dabei für eine Entscheidungsfindung in Beziehung zueinander und zum Fall gesetzt werden; d.h. welche Textrelationen für eine konkrete Fallentscheidung von Richtern hergestellt werden müssen.

Wie schon mehrfach hervorgehoben, lässt sich die Funktionsweise und Interpretation von Gesetzestexten und Gesetzesbegriffen nur sehr bedingt mit

<sup>9</sup> Für die vollständigen Analysen siehe Busse 1992, S. 119 ff. und S. 191 ff.

einer linguistischen Begrifflichkeit erklären, die für den „Normalfall“ der sog. Alltagskommunikation entwickelt wurde. Gesetzestexte dienen z.B. nicht einfach der Verständigung zwischen zwei Kommunikationspartnern, sondern sie werden von i. d. R. hochgradig vorinformierten und ausgebildeten Fachleuten, die diese Texte schon kennen, als Mittel komplexer Entscheidungsvorgänge eingesetzt und sind Gegenstand ebenso komplexer, durch vielfältige institutionelle Regeln und Einflussfaktoren geprägter Auslegungsverfahren und Arbeitsschritte. Anders als in der Alltagssprache entfaltet sich die Semantik der Gesetzestexte und Gesetzesbegriffe nicht in einfachen Verstehensakten der Rezipienten, sondern in gesteuerten Auslegungsverfahren als Arbeit an und mit Sprache/Texten, die institutionsspezifischen Bedingungen unterliegt. Der Begriff „Interpretation/Auslegung“ bekommt hier daher einen institutionsspezifischen Sinn, der von seiner alltagsweltlichen und linguistischen Verwendung erheblich abweicht.

Eine entscheidende Rolle bei der Auslegung und Anwendung von Gesetzestexten spielen die bedeutungsrelevanten institutionellen Wissensrahmen. Es ist davon auszugehen, dass im Fall der Institution „Recht“ und ihres Umgangs mit den zentralen institutionellen Textsorten bzw. Sprachelementen das für die Erreichung der institutionellen Zwecke wesentliche semantische bzw. interpretations- oder anwendungsrelevante Wissen in mehr oder weniger festgefügtten fachlichen Wissensrahmen institutionalisiert ist.<sup>10</sup> Mit „institutionalisiert“ ist hier gemeint, dass es innerhalb der Institution „Recht“ selbst wiederum festgefügte, komplexe und mehr oder weniger systematisch definierte Wissensrahmen gibt, die in institutionellen Textnetzen und Deutungszusammenhängen teilweise sogar schriftlich niedergelegt sind, teilweise aber auch zum nur mündlich tradierten Explikations- bzw. Anwendungswissen über Gesetzestexte und Gesetzesbegriffe gehören. Einer der komplexesten juristischen Wissensrahmen ist etwa der Rahmen „Eigentum“. Zwar kommt im BGB auch das Wort „Eigentum“ vor, doch würde es m. E. zu weit führen, wollte man das ganze komplexe Wissen, das sich um den juristischen Eigentumsbegriff rankt, zur „Wortbedeutung“ dieses Gesetzesbegriffs rechnen (zumindest wäre damit der standardsprachlich orientierte Bedeutungs-begriff zu weit ausgedehnt oder gar gesprengt). Andererseits hat dieser Wissensrahmen aber eminente rechtssemantische Bedeutung: Er gehört überall dort zum notwendig zu berücksichtigenden bedeutungs- und interpretationsrelevanten Wissen, wo wörtlich oder implizit das Rechtsinstitut „Eigentum“ angesprochen ist. Dies gilt auch für den Diebstahlparagraphen, auf dessen Auslegung ich im Folgenden etwas näher eingehen will. Der Paragraph hat folgenden Wortlaut:

<sup>10</sup> Der Begriff „Wissensrahmen“ wird hier so verwendet, wie er in der Textlinguistik und in der kognitiven Semantik ausgehend von den frame-Modellen geprägt worden ist. Näheres zu diesem Begriff siehe z. B. in Busse 1991, S. 78 ff.



**§ 242. Diebstahl.**

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

In diesem Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch kann das Wort „fremd“ im Ausdruck „fremde Sache“ nur unter Hinzuziehung des Wissensrahmens „Eigentum“ aus dem Kontext des Bürgerlichen Gesetzbuchs juristisch angemessen interpretiert und angewendet werden. Mit dem kleinen Wörtchen „fremd“ wird sozusagen der gesamte zivilrechtliche Wissensrahmen „Eigentum“ in die Interpretation (und damit im weitesten Sinne in die fachsprachliche institutionelle Bedeutung oder Funktion) des strafrechtlichen Diebstahlparagraphen hineingezogen. Auf diese Weise werden in der juristischen Gesetzesinterpretation hochkomplexe textgestützte Wissensrahmen in selbst wieder hochkomplexer Weise epistemisch-semantic miteinander vernetzt.

Bekannte linguistische Begriffe, wie etwa der Begriff der „Intertextualität“ können solche Relationen von Textelementen zu Elementen aus Wissensrahmen nur unzureichend erfassen. Schaut man sich beispielsweise an, wie Bezüge zum Wissensrahmen „Eigentum“ aus dem BGB in den Kommentaren zum Diebstahlparagraphen des StGB beschrieben werden<sup>11</sup>, dann sieht man schnell, dass explizite Nennungen von einzelnen Textstellen aus dem BGB hier in der Regel unterbleiben. Bezugnahmen erfolgen auf einzelne Teilelemente des Wissensrahmens „Eigentum“, die als abgrenzbare Wissensselemente selbst wiederum institutionalisiertes Wissen sind. Zwar kommen auch explizite intertextuelle Verweise auf Paragraphen des BGB in der Auslegung des Diebstahlparagraphen des StGB vor, doch scheint dies nur dann der Fall zu sein, wenn es sich um Bezugnahmen auf Spezialwissen

<sup>11</sup> (1) „Gegenstand des Diebstahls ist eine fremde bewegliche Sache, die in eines anderen Gewahrsam steht, geschütztes Rechtsgut ist das Eigentum, vgl. BGHSt 10, 400; nach hM zusätzlich der Gewahrsam.“ (Dreher/Tröndle Rdn.1) – (2) „Fremd ist eine Sache, wenn sie (zumindest auch) im Eigentum eines Dritten steht, also weder Alleineigentum des Täters, noch herrenlos, noch eigentumsunfähig ist. In wessen Eigentum die Sache steht, ist nach bürgerlichem Recht zu beurteilen, da es [...] bei § 242 keinen besonderen strafrechtlichen Eigentumsbegriff gibt.“ (Schönke/Schröder Rdn. 12) – (3) „Ausgeschlossen als Diebstahlsobjekt sind somit Sachen, die im ausschließlichen Eigentum des Täters stehen. [...] Die im Miteigentum stehende Sache ist auch für den Miteigentümer eine fremde: Sie kann Diebstahlsobjekt sein, wenn der Täter nicht über seinen Anteil verfügen darf; jedoch wird bei vertretbaren Sachen regelmäßig die Rechtswidrigkeit der Zueignung, zumindest aber das Bewußtsein hierüber, beim Täter fehlen, soweit er sich mengenmäßig im Rahmen seines Anteils hält.“ (Schönke/Schröder Rdn. 13) – (4) „Auch der einzige Gesellschafter einer Einmann-GmbH kann an deren Sachen Diebstahl begehen, RG 71, 355, da sie ihm rechtlich (wenn auch nicht wirtschaftlich) fremd sind.“ (Dreher/Tröndle Rdn. 5)

handelt, das wahrscheinlich nicht zum Standardwissen um das Eigentumsrecht des BGB gehört.<sup>12</sup>

Die juristische Gesetzesauslegung vollzieht sich grundsätzlich im Rahmen einer selbst wieder institutionalisierten Rechtsdogmatik, die durch obergerichtliche Urteile (Präzedenzfälle und Leitentscheidungen) und Fachwissenschaft in einer komplexen, für Außenstehende nicht eindeutig erkennbaren Weise Bedeutungs- und v. a. Anwendbarkeitsfestlegungen für Gesetzestexte und Gesetzesbegriffe vornimmt. Mit der Rechtsdogmatik bekommt die stets wandelbare und anpassungsfähige, aber nichtsdestotrotz äusserst wirkungsmächtige sog. „herrschende Meinung“ (die man durchaus als eine Institution eigener Art auffassen kann) den Status einer eigenen interpretations- und argumentationstechnischen Figur bzw. Leitgröße. Die Auslegung von Gesetzestexten und Gesetzesbegriffen erfolgt dann konkret in einem mehrstufigen Verfahren, in dem nur auf der obersten Ebene der vom Gesetzgeber verabschiedete „Gesetzeswortlaut“ selbst Gegenstand der juristischen Auslegungsarbeit ist, während ab der 2. Ebene der Auslegung es schon selbst wieder Interpretationen und Interpretamente sind, die zum Gegenstand von Auslegungs- und Definitionsakten 2., 3., 4. usw. Stufe werden. Dies kann an der Auslegung des zentralen Begriffs des erwähnten Diebstahlparagraphen 242 StGB gezeigt werden.

Die juristische „Bedeutung“ dieses relativ kurzen und klar formulierten Textes wird in einem der gängigen Gesetzeskommentare auf 21 zweiseitig engbedruckten Seiten im Lexikon-Großformat in über 80 Unterkapiteln erläutert. In dieser Textfülle sind (über den reinen Kommentartext hinaus) fast 1.000 Verweise auf andere Gesetzestexte, auf Gerichtsurteile, andere Kommentare und Fachliteratur enthalten. Linguistisch gesehen sind viele dieser Querverweise, da sie oft abkürzend die ausführliche wörtliche Zitierung der herangezogenen Quellen ersetzen, aber dennoch zentrale auslegungsstützende Funktion haben, als semantischer Bestandteil der Bedeutungsexplikationen des Gesetzeswortlauts im Kommentartext anzusehen. Die Bedeutung eines Gesetzestextes oder Gesetzesbegriffs im weitesten Sinne entfaltet sich daher in einem umfangreichen, komplexen Netz intertextueller Relationen (oder besser: Wissensrelationen). Innerhalb dieser Querverweise kommt den obergerichtlichen Urteilen besondere Bedeutung zu, da deren Bedeutungsexplikationen bzw. anwendungsorientierten Entscheidungen als Präzedenzfälle eine herausgehobene institutionelle Funktion haben. (Linguistisch-semantisch können Bedeutungsdefinitionen aus obergerichtlichen Urteilen dann,

<sup>12</sup> „Besitzaufgabe mit Eigentumsverzicht macht eine Sache herrenlos (§ 959 BGB). [...] Mit der *Okkupation* durch einen Dritten erhält aber auch die herrenlose Sache wieder einen Eigentümer, § 958 I BGB. (Dreher/Tröndle Rdn. 8) – Die zitierten Paragraphen aus dem BGB lauten: § 958. (1) Wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt, erwirbt das Eigentum an der Sache.“ – „§ 959. [Aufgabe des Eigentums] Eine bewegliche Sache wird herrenlos, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt.“

wenn sie sich auf unter den Gesetzestext subsumierbare Sachverhalte beziehen, als exemplarische bzw. prototypische Referenzakte gewertet werden.)

Wegen dieser zentralen institutionssemantischen Funktion von Gerichtsurteilen ist interessant, dass der Kommentartext zum Diebstahlparagraphen allein 350 Gerichtsurteile als Interpretationsgrundlage heranzieht. Gesetzestext, Kommentartext, herangezogene Urteilstexte, weitere Kommentartexte, Gesetzgebungsmaterialien und Fachliteratur bilden also ein komplexes Textgeflecht, das die Interpretation und damit „Semantik“ des fraglichen Paragraphen umfasst; allein dieses Textgeflecht zusammengenommen kann explizieren, was insgesamt als die „Bedeutung“ des einen Satzes des § 242 I StGB anzusehen ist. Man sieht leicht, dass diese Form der institutionalisierten Explikationspraxis die gängigen linguistischen und alltagsweltlichen Begriffe von „Interpretation“ und „Bedeutung“ sprengt. Was hier entfaltet wird, sind nicht nur „Wort- oder Satzbedeutungen“ im üblichen Sinn, sondern eine komplexe, schon über ein Jahrhundert andauernde institutionelle Praxis der entscheidungsbezogenen richterlichen Arbeit mit einem Gesetzesparagraphen. Letztlich enthält die Auslegung eines Paragraphen in einem guten Gesetzeskommentar das gesamte juristische Wissen zu den Anwendungsbedingungen und semantischen Verästelungen dieses Textes und seiner Bestandteile. Da dieses Phänomen den gängigen Begriff von „Wort- oder Satzbedeutung“ sprengt, schlage ich vor, stattdessen den in der neueren Textlinguistik, Psycholinguistik und Verstehensforschung eingeführten Begriff des „Wissensrahmens“ zu verwenden. Institutionalität der Interpretation und Bedeutung eines Gesetzestextes heißt dann u. a. auch die Einbindung des Textes und seiner Auslegung bzw. Anwendung in einen solchen komplexen Wissensrahmen, d. h. in einen Rahmen vernetzten institutionalisierten Fach- und Bedeutungswissens.

Die Komplexität des bei der Auslegung und Anwendung des Diebstahlparagraphen heranzuziehenden Fachwissens (das zwar semantisches bzw. semantisch relevantes Wissen ist, von dem ich aber zögere, es noch Sprach- oder Bedeutungswissen im üblichen Sinn zu nennen) wird u. a. an der Explikationstiefe der zentralen Gesetzeswörter deutlich. So kann man etwa beim zentralen Prädikatsausdruck des § 242 I StGB, dem Wort „*wegnehmen*“ bzw. seiner Flexionsform „*wegnimmt*“, (je nach Zählweise) bis zu fünf oder sechs hierarchisch gestaffelte Explikationsstufen unterscheiden (vgl. Abbildung Seite 148).

Zunächst einmal kann (noch im Gesetzestext selbst), der Absatz I des § 242 StGB sprachlich gesehen als eine Definition des in der Überschrift genannten Gesetzesbegriffs „*Diebstahl*“ aufgefasst werden (also eine sprachliche Handlung, die noch vom Textverfasser selbst vorgenommen wurde). Danach findet eine erste echte interpretationsrelevante Sprachhandlung dadurch statt, dass in der Rechtsdogmatik und damit den Kommentar- und Urteilstexten die im Gesetzeswortlaut verwendete finite Verbform „*wegnimmt*“ umgewandelt wird in den nominalisierten Rechtsbegriff „*Wegnahme*“; Ge-

1. Rechtsbegriff:	„ <u>Diebstahl</u> “
2. Definition in § 242:	„wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen ... wegnimmt ...“
3. Umformung im Kommentar:	„Wegnahme einer fremden beweglichen Sache“
4. Rechtsdogmatische Definition:	„Bruch fremden Gewahrsams und Begründung neuen Gewahrsams“
5. Rechtsdogmatische Definition:	„tatsächliche Sachherrschaft“
6. Rechtsdogmatische Definition: (eine von mehreren Alternativen)	z.B. „enge räumliche Beziehung zur Sache“
7. Subsumierter Sachverhalt: (konkrete Fallbeschreibung oder idealisierter Falltyp)	z.B. „der Wohnungsbesitzer hat Gewahrsam an den in seiner Wohnung befindlichen Gegenständen, auch wenn er abwesend ist“

#### Auslegungsstufen von „wegnimmt“ in § 242 StGB

gegenstand aller weiteren Interpretationsbemühungen und Bedeutungsfestsetzungen ist allein diese Nominalisierung und nicht der Originalausdruck des Paragraphen.<sup>13</sup> Gegenstand der weiteren Auslegung ist dann also die nominalisierte Form des Normtext-Prädikatsausdrucks, nämlich der zusammengesetzte Ausdruck „Wegnahme einer fremden beweglichen Sache“. Ausgehend vom Rechtsbegriff „Diebstahl“ als erster Stufe, über den Wortlaut des Normtextes als zweiter Stufe stellt dieser erste Interpretationsgegenstand also schon ein sprachliches Produkt dritter Stufe dar. Auf der vierten Auslegungs- oder Textualisierungsstufe wird (wie die anderen zentralen Normtextausdrücke auch) jedes einzelne Wort dieses zusammengesetzten Ausdrucks je für sich Gegenstand von Interpretationshandlungen. Bleiben wir beim zentralen Begriff „Wegnahme“, so wird dieser z. B. explikativ übersetzt in die bzw. paraphrasiert mit den Worten „Bruch fremden Gewahrsams und Begründung neuen Gewahrsams“. Dieser rechtsdogmatische Explikationsausdruck (und das heisst wiederum: jedes einzelne seiner Wörter) wird nun auf weiteren Explikationsstufen selbst wiederum Gegenstand interpretativer bzw. bedeutungsfestlegender sprachlicher Akte. So wird etwa das Wort „Gewahrsam“ übersetzt in den explizierenden bzw. paraphrasierenden Ausdruck „tatsächliche Sachherrschaft“. Dieser Explikations-Ausdruck 5. Stufe wird wiederum selbst Gegenstand einer Explikation nunmehr 6. Stufe: Eine von

<sup>13</sup> Diese Umwandlung ist linguistisch gesehen nicht so harmlos, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte, denn die meisten Bedeutungsexplikationen von Normbegriffen interpretieren diese nicht im satzsemantischen Kontext, sondern als isolierte, meist nominalisierte Rechtsbegriffe. Darin drückt sich wohl schon die Tatsache aus, dass solche zentralen Rechtsbegriffe nicht einfach eine „lexikalische Bedeutung“ haben wie andere Wörter der Standardsprache auch, sondern dass sie als abkürzende Verweisungsausdrücke für komplexe juristische Wissensrahmen selbst schon für Institutionen (juristisch: Rechtsinstitute; soziologisch: Institutionalisierungen) eigener Art stehen.

mehreren parallelen Explikationsmöglichkeiten ist z. B. festgesetzt als „*enge räumliche Beziehung zur Sache*“. Im beschriebenen Fall des § 242 StGB wird erst dieser Explikationsausdruck auf der sechsten Textualisierungsstufe (vom Rechtsbegriff „*Diebstahl*“ aus gerechnet) dann wirklich auf einen lebensweltlichen Sachverhalt angewandt, wie er einem Gericht zur Entscheidung vorliegen könnte. Die sog. „Subsumtion“ (als Zuordnung eines Normtextes zu einem Rechtsfall, linguistisch beschreibbar als Referenzbeziehung zwischen Normtext/-begriff und Bezugsgegenstand/-sachverhalt) findet also gar nicht unmittelbar ausgehend vom Gesetzestext oder Gesetzeswort statt, sondern erst von einem Explikationsausdruck höherer Stufe. In der juristischen Interpretationspraxis wird der Referenzakt (die „Subsumtion“) entweder mit Bezug auf eine konkrete Fallbeschreibung vorgenommen, d. h. ihm liegt ein einem Gericht tatsächlich als Fall zur Entscheidung vorliegender Lebenssachverhalt zugrunde, oder es wird (wie es in den Kommentaren und obergerichtlichen Urteilen oft üblich ist) auf eine abstrahierende, idealisierende und typisierende Fallbeschreibung Bezug genommen, die dann selbst erst noch auf einen konkreten Lebenssachverhalt angewendet werden muss, z. B.: „*der Wohnungsinhaber hat Gewahrsam an den in seiner Wohnung befindlichen Gegenständen, auch wenn er abwesend ist*“; eine solche Beschreibung wäre dann (in unserem Beispiel) als siebte Textstufe anzusehen.<sup>14</sup>

Der in unserem Beispiel siebenstufige Explikationsvorgang zeigt, dass das für die institutionell korrekte Interpretation und Anwendung eines Gesetzestextes oder Gesetzesbegriffs notwendig vorauszusetzende Interpretationswissen äußerst komplex ist. Vor allem zeigt sich, dass an jedem Übergang von einer Explikationsstufe zur nächsten jeweils neue institutionell relevante Sprachhandlungen notwendig werden, deren Kenntnis sich einem Laien entzieht, die für diesen niemals überschaubar ist, und die sich jeglicher semantischen bzw. begrifflichen Systematisierung höheren Grades entzieht, weil die Übergänge nicht in erster Linie sprachlich begründet sind, sondern auf institutionell determinierte Zweckmäßigkeitserwägungen zurückgehen (angestrebte Regelungsgehalte bzw. -ergebnisse).

Diese Komplexität zeigt vielleicht anschaulich, weshalb ich zögere, die Gesetzessprache als eine „Fachsprache“ in der üblichen Definition dieses Terminus zu bezeichnen; der Ausdruck Institutionensprache ist sicherlich der treffendere linguistische Terminus. Man kann das für die Auslegung von Gesetzestexten notwendige interpretationsrelevante Wissen umgangssprachlich zwar durchaus als „Fachwissen“ im weiteren Sinne bezeichnen, doch muss man dabei bewusst halten, dass es sich hier doch um ein sehr spezielles, durch institutionelle Regeln und Verfahrensabläufe, durch die Existenz einer Auslegungsdogmatik und von obergerichtlichen Normierungsinstanzen, von Institutionen wie der „hM“ und rechtssoziologischen Faktoren usw. determiniertes Wissen ist. Der Begriff „Institutionalität“ mit Bezug auf Ge-

<sup>14</sup> Für eine ausführlichere Analyse des Beispiels vgl. Busse 1992, S. 119 ff.

setzestexte und -begriffe sowie ihre Auslegung und Anwendung meint gerade diese Einbindung in institutionelle Deutungs- und Arbeitsrahmen, die dem einzelnen Gesetzesanwender (entgegen der fachintern gerne gepflegten rechtstheoretischen Fiktion) in der Praxis nur wenig echten semantischen (Interpretations- und Anwendungs-) Spielraum lassen

Die beschriebene semantische Komplexität gerade deutscher Gesetzestexte, die einen Großteil der Auslegungsprobleme erklären kann, ist nicht zufällig. Es sind wohl vor allem zwei Faktoren, die dafür verantwortlich zu machen sind. (1) Zum einen ist es eine typische Eigenschaft kodifizierter Rechtssysteme (wie des kontinentalen Rechtstypus, dem auch das deutsche Recht spätestens seit dem 19. Jhd. angehört), dass sie durch kanonische Interpretationen und Präzedenzfälle eine Rechtsdogmatik ausbilden, die auch aufgrund der langen Dauer der institutionellen Arbeit an und mit den Gesetzestexten (im deutschen Recht z. B. beim StGB seit 1871 und beim BGB seit 1900) schließlich zu einer außerordentlichen Explikationsdichte und -breite für jeden wichtigen Paragraphen und Gesetzesbegriff führt. (2) Zum anderen ist gerade die deutsche Rechtssprache seit dem 19. Jhd. v. a. bei Verabschiedung der großen Gesetzeswerke BGB und StGB durch das von der deutschen Juristenunft hochgehaltene „Abstraktionsprinzip“ gekennzeichnet. D. h., in dem Bemühen, die Gesetzestexte und -begriffe für lange Zeiträume und eine vielfältige, sich u. U. ständig wandelnde Lebenswirklichkeit verfahrensfest zu machen, wurden bewusst möglichst abstrakte Formulierungen und Begriffe gewählt. Die Kehrseite einer starken semantischen Abstraktion ist aber stets eine große semantische Offenheit, oder (wie Juristen sagen würden) „Ausfüllungsbedürftigkeit“ und Interpretationsbedürftigkeit der Rechtsbegriffe und Gesetzestexte. Textsortengeschichtlich kann man hier im Deutschen eine eindeutige Entwicklung hin zur Komprimierung und Abstraktion von Rechtstexten feststellen (vgl. folgende Abb.); so bedurfte es in einem fnhd. Text der Reichsverfassung (vgl. a) noch einer umständlichen Aufzählung der gegenüber dem gesamtstaatlichen Recht weiter geltenden Rechte und Privilegien der einzelnen Fürsten und Teilstaaten, wogegen eine funktional vergleichbare nhd. Formulierung aus der Bundesverfassung von 1949 (vgl. b) von geradezu erschlagender Knappheit ist. Die in dem fnhd. Text noch für nötig gehaltene Explizitheit der Formulierung ist im heutigen deutschen Recht in das institutionell gesicherte und bereitgestellte Deutungswissen verlagert (in Form von Kommentaren, Gerichtsurteilen, Lehrmeinungen, Gesetzesmaterialien usw.).<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Dieser Wandel hängt auch mit einem unterschiedlichen institutionellen Umgang mit solchen normativen Textsorten zusammen: Während in fnhd. Zeit noch jeder deutsche König oder Kaiser die Reichsverfassung durch jeweils eigene, mit den Reichsfürsten und -ständen mühsam ausgehandelte Wahlkapitulationen eigens wortwörtlich neu verabschieden musste, werden heute die Gesetzestexte für eine lange Geltungsdauer gemacht und auch entsprechend zu formulieren versucht teilweise auch über mehrere Staatssysteme hinweg, wie etwa das BGB und StGB welche im Kaiserreich, in der Wei-

*Aus der Wahlkapitulation Karls V. vom 3. Juli 1519 (zit. n. Zeumer 1904, S. 251f.):*

„§ 4. Und in allweg sollen und wellen Wir die Teutsch Nation, das Heilig Römisch Reiche und die Churfürsten, als die vordristen Gelider desselben, auch ander Fürsten, Grafen, Herren und Steende bei iren hochisten Werden, Rechten und Gerechtigkaiten, Macht und Gewalt, jeden nach seinem Stand und Wesen, beleiben lassen on Unser und meniglich Eintrag und Verhindernus und inen darzue ire Regalia, Oberkait, Freiheiten, Privilegien, Phandschaften und Gerechtigkaiten, auch Gebrauch und guete Gewonheiten, so sie bisheer hebt oder in Übung gewesen sein, zu Wasser und zu Lande, in gueter, bestendiger Form on all Waigerung confirmiren und bestettigen, sie auch dabei als Romischer Kunig handhaben, schützen und schirmen, doch meniglich an seinen Rechten unschedlich.“

*Aus dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949:*

„Art. 123. (Fortgeltung des alten Rechts)

(1) Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages gilt fort, soweit es dem Grundgesetz nicht widerspricht.“

#### **4. Juristische Entscheidungsfindung: Vom Fall zu den Normtexten**

Zur institutionslinguistischen Beschreibung der Funktionsweise von Gesetzestexten und damit der Arbeit an und mit solchen Texten bildet die geschilderte Untersuchung der Auslegung und Explikationsweise von Normtexten in der Institution Recht nur einen der möglichen analytischen Zugänge. Nur dem auf allgemeinsprachliche Verhältnisse bezogenen Verständnis von „Textinterpretation“ und „Sprachverstehen“ entspricht es, dass zuerst der Text/Begriff da ist, und danach die Interpretation/das Verstehen folgt. Die tatsächliche juristische Arbeitsweise mit Gesetzestexten und Gesetzesbegriffen erfolgt aber in der umgekehrten Richtung: nicht „vom Normtext zum Fall“, sondern „vom Fall zum Normtext“. Betrachtet man diese Arbeitsrichtung und ihre institutionslinguistischen Konsequenzen, dann zeigt sich, dass nicht nur die Auslegung eines einzelnen Gesetzestexts oder Gesetzesbegriffs in der beschriebenen Weise semantisch hochkomplex ist, sondern dass schon für die Lösung eines einfachen Rechtsfalles eine Vielzahl von verschiedenen Paragraphen zu einem neuen „Entscheidungstext“ miteinander vernetzt werden muss. Dieses textlinguistisch hochinteressante institutionsspezifische Phänomen ist allerdings noch kaum untersucht. Die Untersuchung eines einfachen Fallbeispiels („Mängelhaftung beim Ge-

---

marer Republik, unter dem Nationalsozialismus, in der Bonner Republik und schließlich im wiedervereinigten Deutschland in großen Teilen unverändert weitergelten.

brauchtwagenkauf“) zeigt z. B., dass für die Lösung eines solchen Falles (d. h. für das Fällen einer normgerechten Gerichtsentscheidung) insgesamt an die 30 Paragraphen aus mehreren Gesetzeswerken berücksichtigt werden müssen.<sup>16</sup> In der juristischen Auslegungs- und Methodenlehre wird ebenso wie im laienhaften Verständnis vom Funktionieren der Institution „Recht“ immer noch die Fiktion der „Anwendung *eines* Normtextes auf einen Rechtsfall“ oder der „Subsumtion eines Falls unter *einen* Gesetzestext oder Gesetzesbegriff“ gepflegt; diese Darstellung wird der Realität der juristischen Arbeit an und mit heutigen deutschen Gesetzestexten und -begriffen aber kaum gerecht. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Auslegung eines Gesetzestextes (und damit die Semantik des Gesetzes-Wortschatzes) in einem komplexen und nach Entscheidungsschritten gestuften algorithmischen Verfahren entfaltet wird, in dem an vielen Knotenpunkten immer wieder semantische oder textverknüpfende Teilentscheidungen getroffen werden müssen. Juristische Auslegungsarbeit ist daher viel eher eine Vernetzung von Textstücken, Auslegungsaspekten, Sachverhaltselementen, Zweckerwägungen, rechtspolitischen Überlegungen usw. als eine Interpretation oder Bedeutungsbestimmung im herkömmlichen linguistischen oder Alltagssprachlichen Sinn.

Ohne dass diese Textvernetzung an einem alltäglichen Fall auf dem zur Verfügung stehenden beschränkten Raum auch nur annähernd in seiner ganzen Komplexität analysiert werden kann, soll doch wenigstens schlaglichtartig an wenigen Beispielen die Komplexität der Text- und Wissensvernetzung und der einschlägigen, durch die Gesetzesanwender zu vollziehenden sprachlichen oder sprachbezogenen Handlungen anschaulich gemacht werden. Der *Sachverhalt*, um den es geht, kann knapp so beschrieben werden: Ein als Gebrauchtwagen von einem Vertreter gekauftes und benutztes Auto mit nicht zugelassenen (bzw. eingetragenen) Reifen verursacht (aufgrund der nicht für höhere Geschwindigkeiten zugelassenen und somit für das Fahrzeug falschen Reifen) einen schweren Unfall. Daran knüpft sich die zu lösende *Rechtsfrage*: Haftet der Verkäufer des Wagens (ein professioneller Autohändler) wegen der im Kaufvertrag formulierten Zusicherung des „einwandfreien technischen Zustands“ des Autos? Der rechtsrelevante Gesamtsachverhalt kann in Analogie zu einem aus der Satzsemantik bekannten Begriff als „Bezugsrahmen“ analysiert werden,<sup>17</sup> der auf der obersten Ebene insgesamt vier Bezugsgrößen (jeweils mit untergeordneten Bezugselementen) umfasst: Käufer (Handelsvertreter), Verkäufer (OHG mit Geschäftsführer und Teilhabern), Auto (mit falschen Reifen), Kaufvertrag (mit bestimmten Teilformulierungen). Die folgende Synopse ordnet den Elementen des Bezugsrahmens jeweils die für sie konstitutiven Rechtstexte zu, welche die juristische Konstitution der Bezugselemente enthalten.

<sup>16</sup> Für eine erste empirische Analyse vgl. Busse 1992, S. 191 ff.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu von Polenz 1985, S. 156 u. ö.; Busse 1991, S. 74 ff. und (bezogen auf das analysierte Beispiel) Busse 1992, S. 193 ff.



Mängelhaftung beim Gebrauchsgüterkauf: Vernetzung der entscheidungsrelevanten Normtexte

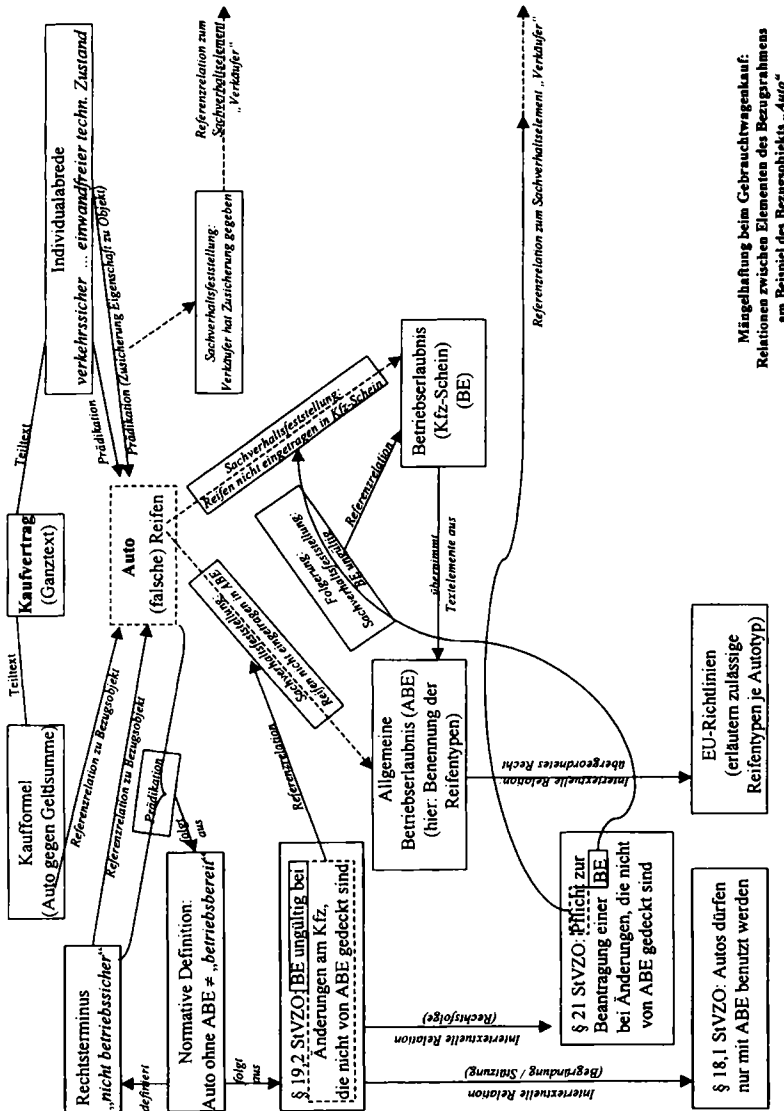
Sachverhaltselemente (Bezugsrahmen) Besandteile / Merkmale der Sachverhaltselemente = rechtlich konstituiert	Auto	Kaufvertrag	Käufer	Verkäufer
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- falsche Reifen</li> <li>- zugesicherte Eigenschaften</li> <li>- verkehrssicher</li> <li>- einwandfreier technischer Zustand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>(a) Kaufvertrag (Sache / Geld)</li> <li>(b) Gewährleistungsausschluss</li> <li>(c) AGB § 11 (Gewährleistungsausschluss)</li> <li>(d) AGB § 2 (Ausschluss von Wendung, Minderung, Schadensersatz)</li> <li>(e) Individualabrede: „Der Wagen wird in verkehrssicheren und einwandfreien technischen Zustand übergeben.“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Handelsvertreter</li> <li>(normatives Problem: Ist Käufer Kaufmann und ist der Kauf Handelsgeschäft, wird Fall nach HGB beurteilt, ist er es nicht, oder der Kauf nicht Handelsgeschäft, nach BGB)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- OHG</li> <li>- Gesellschaft A</li> <li>(= Vermögenszuteilung, allein-entscheidungsübergang)</li> <li>- Gesellschaft B</li> </ul>
Entscheidungsbedingende Testelemente (Normtexte)	<p>§ 18.1 StVZO Autos dürfen nur mit allgemeiner Betriebserlaubnis (ABE) benutzt werden</p> <p>§ 19.2 StVZO Betriebserlaubnis unwirksam bei Änderungen, die nicht von ABE gedeckt sind</p> <p>§ 21 StVZO Pflicht zur Benennung einer BE bei nicht genehmigten Teilen</p> <p>Normative Definition: (a) Auto ohne ABE ≠ „betriebsbereit“ (b) Auto mit falschen Reifen ≠ „betriebsbereit“</p>	<p>§ 439.2 BGB: Haftung bei Fehlen einer „zugesicherten Eigenschaft“</p> <p>§ 463 BGB: Schadensersatz einlagbar, wenn der Sache „zugesicherte Eigenschaft“ fehlt, oder wenn der Verkäufer den Mangel „arglistig verschwiegen“ hat.</p> <p>§ 4 AGBG: Vorrang der Individualabrede vor den AGB</p> <p>§ 11 Nr. 11 AGBG: Ausschluss der Haftung für zugesicherte Eigenschaften in AGB ist unwirksam</p> <p>§ 24.1.1 AGBG: § 11 Nr. 11 AGBG wird bei Kaufleuten als Kaufmännisch angewendet</p> <p>§ 6.1 AGBG: Gesamtverwertung wirksam trotz Ungültigkeit der AGB</p> <p>BGH-Urteile: Auslegung von „arglistig“ in §§ 463, 467 BGB: Zurechnung einer Eigenschaft „mit Blau hinein“ = „arglistig“</p> <p>§ 477.1 BGB: Verjährung Schadensersatzanspruch nach 1 Jahr (Ausnahme: Mangel wurde arglistig verschwiegen)</p> <p>dann: § 195 BGB: allgemeine Verjährungsfrist: 30 Jahre</p>	<p>§ 1.2 Ziff. 7 HGB: Kaufmann = Handelsvertreter</p> <p>§ 343.1 HGB: Handelsgeschäfte = alle Geschäfte eines Kaufmanns, die zum Handelsgewerbe gehören</p> <p>§ 344.1 HGB: Geschäfte von Kaufmannen im Zweifel = Handelsgeschäfte</p>	<p>§ 31 BGB: OHG haftet für Handlungen ihrer Organe</p> <p>§ 125.1 HGB: OHG wird durch Gesellschafter (hier: A) korrekt vertreten</p> <p>§ 128 HGB: Verkäufer A haftet als Gesellschafter auch persönlich für OHG</p> <p>§ 128 HGB: auch Gesellschafter B haftet persönlich für Ansprüche gegen OHG</p>
Verbundene Testelemente (Subtexte)	<p>Kis-Schein = Betriebserlaubnis (hier: Reifen nicht eingetragenen)</p> <p>ABE = liegt beim Hersteller vor</p> <p>EU-Richtlinien (bestimmen mögliche Ausstattungsmerkmale der Kfz)</p>			<p>§ 823.1 BGB: Verkäufer A haftet persönlich auch wg. Eigentumsverletzung</p>

Wichtig ist dabei vor allem, dass jedes einzelne Teilelement des Bezugsrahmens als rechtlich gedeutete und aufgrund rechtlicher Bestimmungen juristisch konstituierte Bezugsgröße in den Entscheidungsfindungsprozess eingeht. Die Synopse veranschaulicht zunächst nur die sich auf das jeweilige Sachverhaltselement beziehenden Rechtstexte. Die Relation zwischen einem sich auf ein Sachverhaltselement beziehenden Rechtstext (Paragraphen) und diesem Sachverhaltselement selbst kann linguistisch als Referenzrelation beschrieben werden. Dabei ist nicht von vorneherein klar, ob ein jeweiliges Bezugsobjekt zum Referenzbereich eines bestimmten Paragraphen gehört; vielmehr ist dieses selbst wiederum Gegenstand einer juristi-

schen Prüfung, deren Ergebnis sich möglicherweise aus anderen heranzuziehenden Paragraphen ergibt. Dies kann deutlich gemacht werden am Beispiel der Bezugsgröße „Käufer“. Wird dieser rechtlich als „Kaufmann“ eingestuft (im vorliegenden Fall war es ein Handelsvertreter) und wird der Autokauf (zweite Bedingung) als Geschäft unter Kaufleuten eingestuft, müssen bezüglich der Schadensersatzfrage andere Gesetzestexte herangezogen werden, als wenn er als Privatmann (und das Geschäft als Privatkauf) gewertet wird. Die Entscheidung, ob das Bezugsobjekt „Käufer“ im rechtlichen Sinne als „Kaufmann“ oder als „Nicht-Kaufmann“ konstituiert wird, bedingt den Zugriff zu zwei getrennten, in sich wieder komplexen und verweisungsreichen Textgruppen. Die vielfältigen Beziehungen zwischen den verschiedenen für die rechtliche Konstitution und Beurteilung der Bezugsgrößen relevanten Normtexten und die linguistische Würdigung dieser Textrelationen können in der Synopse aus Gründen der Übersichtlichkeit leider nicht graphisch sichtbar gemacht werden. Um aber dennoch die Art der Beziehungen zwischen Textelementen und zwischen Textelementen und Sachverhaltselementen anschaulich zu machen, greife ich einen relativ einfachen Teilbereich aus dem Gesamtbezugsrahmen heraus und erläutere an ihm einige linguistisch relevante Aspekte (vgl. die folgende Grafik). Zunächst ist eine Besonderheit des Sachverhaltsrahmens des vorliegenden Falls (allerdings für zivilrechtliche Fälle eher typisch), dass hier der Sachverhalt selbst Textelemente enthält (nämlich den Kaufvertrag und die damit verbundenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Verkäufer-Firma). Das Bezugsobjekt „Auto“ (mitsamt seinen Teilen bzw. Eigenschaften, wie z. B. die zum Zeitpunkt des Verkaufs „montierten Reifen“) wird daher nicht nur zum Referenzobjekt von Gesetzesparagraphen, sondern ist zugleich Referenzobjekt von Sätzen des Kaufvertrags.<sup>18</sup> Einschlägig sind hier vor allem die Formulierungen, das übergebene Fahrzeug werde in „verkehrssicherem“ und „einwandfreiem technischen Zustand“ übergeben. Beide Formulierungen sind linguistisch gesehen Prädikationen (Eigenschaftszuschreibungen) zum Referenzobjekt „verkauftes Auto“ und damit Sprachhandlungen, für die die Verfasser rechtlich (der unbeteiligte Teilhaber der Verkäufer-Firma) und persönlich (beim Geschäftsführer, der den Vertragszusatz unterzeichnet hat) verantwortlich sind.

Da der Schadensersatz für die Unfallfolgen dann zu leisten ist, wenn das Fahrzeug eine der zugesicherten Eigenschaften nicht besitzt oder wenn der Verkäufer einen Mangel „arglistig verschwiegen“ hat, ist für die Entscheidung zentral, ob die Prädikationen „verkehrssicher“ und „in einwandfreiem technischen Zustand“ auf das konkrete Referenzobjekt (das mit den falschen

<sup>18</sup> Für die rechtliche Prüfung ist der Unterschied zwischen normativen und vertraglichen Rechtstexten nur dann relevant, wenn eine Vertragsformulierung gegen geltende Normtexte verstößt. Ist das nicht der Fall, hat ein Vertragstextelement für die Vertragspartner und damit die Entscheidungsfindung die gleiche Bindungswirkung (und u. U. rechtskonstitutive Wirkung) wie ein Normtext.



Reifen ausgestattete Auto) zutreffen oder nicht. Dies ist nun aber keine reine Frage der außerrechtlichen Tatsachenfeststellung, sondern selbst wiederum nur aufgrund herangezogener Rechtsbestimmungen (also Normtexte) zu beantworten. Zunächst einmal werden die im Vertragstext enthaltenen Prädikationsausdrücke „*verkehrssicher*“ und „*einwandfreier technischer Zustand*“ mit dem Rechtsterminus „*betriebssicher*“ wiedergegeben bzw. bei Negation mit dem Ausdruck „*nicht betriebssicher*“. Die Präzifizierbarkeit dieses Ausdrucks auf das Referenzobjekt *verkauft*es *Auto* ist nun im vorliegen-

den Falle keine vorrangig technische oder Tatsachenfrage, sondern zunächst rein juristisch determiniert. Sie wird nämlich bestimmt durch die normative Definition „*Ein Auto ohne gültige allgemeine Betriebserlaubnis ist im rechtlichen Sinne nicht betriebsbereit*“. Zu prüfen ist daher weiterhin, ob das Auto über eine gültige Betriebserlaubnis verfügte. Dabei gilt grundsätzlich § 19,2 StVZO, wonach eine Betriebserlaubnis ungültig wird, wenn am Fahrzeug Änderungen vorgenommen werden, die nicht von der ABE gedeckt sind. Im konkreten Falle ergibt sich die Prädizierbarkeit dieses Paragraphen auf das verkaufte Auto dadurch, dass am Fahrzeug zum Zeitpunkt des Verkaufs (und des Unfalls) Reifen montiert waren, die nach Art und Größe nicht zu den im Kfz-Brief ausgewiesenen und für diesen Fahrzeugtyp zugelassenen Reifentypen gehörten. Die Prädizierbarkeit des Rechtsterminus „*nicht betriebsbereit*“ ergibt sich wiederum aufgrund der Verknüpfung mit § 18,1 StVZO, wonach Autos nur mit einer gültigen ABE benutzt werden dürfen (also im rechtlichen Sinne „*betriebsbereit*“ sind).<sup>19</sup> Entscheidungsrelevant ist daher auch, ob die montierten Reifen im Kfz-Schein eingetragen waren (da prinzipiell auch die Möglichkeit der Gewährung einer einzelfallbezogenen Betriebserlaubnis durch individuellen Eintrag im Schein möglich ist). Die Feststellung der Tatsache, dass die Typenbezeichnung der montierten Reifen nicht im Kfz-Schein des verkauften Autos eingetragen war, rechtfertigt daher letztlich die Zuschreibung des Prädikatausdrucks „*nicht betriebsbereit*“ zum Referenzobjekt (dem verkauften Fahrzeug). Weiterhin ist die Referenzrelation entscheidungsrelevant, die zwischen der in § 21 StVZO genannten Pflicht zur Beantragung einer (speziellen) Betriebserlaubnis bei Änderungen am Fahrzeug, die nicht von der ABE gedeckt sind einerseits und dem Verkäufer andererseits besteht, der den „*verkehrssicheren und einwandfreien technischen Zustand*“ im Kaufvertrag zugesichert hatte. Soweit die Details des Fallausschnittes. Welche Konsequenzen haben nun die geschilderten Aspekte textgebundener und sich in sprachlichen Handlungen vollziehender juristischer Entscheidungstätigkeit für die linguistische Beschreibung des Umgangs mit Gesetzestexten und damit das Problem der sog. Auslegung?

## 5. Juristische Entscheidungsfindung an und mit Texten als institutionelle Spracharbeit

Juristische Gesetzesanwendung und Entscheidungsarbeit ist sprachliches Handeln. Geht man davon aus, dass der Kern von Satzsemantik im Vollzug der beiden zentralen sprachlichen Handlungstypen Referenz und Prädikation besteht, dann sind alle Entscheidungen, die sich auf die Auslegung und Anwendung von Gesetzestexten auf konkrete Fallelemente beziehen, Vollzüge

<sup>19</sup> Welche Reifentypen wiederum an welchen Fahrzeugtypen ohne Einholung einer einzelfallbezogenen speziellen Betriebserlaubnis montiert werden dürfen, ist in EU-Richtlinien als weiteren juristischen Subtexten ausgeführt.

von Referenz- und Prädikationshandlungen. Über den aus der Wortsemantik bekannten Begriff der Extension wirkt sich dies auch auf die linguistische Analyse der Wortinterpretation aus: Wortsemantische Entscheidungen (d. h., wenn man so will, Bedeutungsfestsetzungen) im Kontext der juristischen Entscheidungsfindung können als Entscheidungen über die Extension (den Begriffsumfang, d. h. den Bereich der Dinge, auf den das Wort zutreffend angewendet werden kann) aufgefasst werden. Doch kommen weitere Formen sprachlicher Handlungen hinzu. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Handlungen, die Textrelationen oder Relationen zwischen Textelementen und Sachverhaltselementen herstellen. Nicht alle sprachrelevanten Handlungen (etwa der Referenz und der Prädikation) werden verschriftlicht und somit explizit in den Akten überliefert. Wichtig sind auch solche Handlungen, durch die zu einer ganzen Textgruppe an Stelle einer anderen, alternativen Textgruppe (als den entscheidungsrelevanten Normtexten) gegriffen wird, um einen Fall zu lösen. In den verschiedenartigen sprachlichen Handlungen, die zur Lösung eines Rechtsfalles notwendig vollzogen werden müssen, spielen diejenigen Handlungen, die nach einem außerjuristischen Verständnis als Sprachhandlungen im Zuge der „Auslegung“ oder „Interpretation“ von Texten gelten könnten (also Handlungen der Bedeutungsdefinition, Bedeutungsabgrenzung, Paraphrasierung, Referenzfestsetzung usw.) nach meiner Beobachtung keineswegs die wichtigste oder gar allein wichtige Rolle. Tatsächlich finden sich explizite Auslegungsentscheidungen in Gerichtsurteilen eher spärlich. Dennoch sind gerade auch die nicht explizit bedeutungsdefinierenden sprachlichen Handlungen im Zuge der juristischen Entscheidungsfindung in hohem Grade auslegungsrelevant im weiteren Sinne, da sie nämlich Vorbedingungen für den Vollzug von Referenzhandlungen und damit für Subsumtionen von Fallelementen unter Normtexte regeln, die für die Falllösung letztlich entscheidend sein können. Vielleicht wird jetzt deutlicher, weshalb ich sehr zögere, die juristische Arbeit der Entscheidungsfindung an und mit Normtexten als „Auslegung“ oder „Interpretation“ im üblichen Sinne zu bezeichnen. Nicht die direkte und explizite Arbeit der Bedeutungsfestsetzung am Normtext ist das allein entscheidende sprachliche Element der juristischen Arbeit, sondern die Vielzahl von eher versteckt wirkenden, letztlich aber ebenfalls sprachrelevanten Teilhandlungen, die sich auf die Konstitution der für die Falllösung herangezogenen Textnetze und fachlichen Wissensrahmen beziehen. Oder um es einfacher und allgemeinverständlicher (allerdings auch ein wenig pauschaler) auszudrücken: Die zentrale Frage, die sich einem praktisch arbeitenden Juristen stellt, ist meistens nicht so sehr: Gebe ich einem gegebenen Normtext die Interpretation A oder B? Sondern vielmehr: Will ich die Falllösung A, dann muss ich zur Entscheidungsfindung die Normtextgruppe (oder normtextgestützte Argumentationslinie) X heranziehen, will ich aber die Lösung B, dann die Normtextgruppe Y. Es ist daher nur konsequent, wenn manche juristischen Methodenlehren von ihren Verfassern gar nicht mehr als „Aus-

legungstheorie“ bezeichnet werden, sondern als „Begründungslehre“. Dies zeigt, dass die eigentliche, auf Gesetzestexte bezogene Arbeitsrichtung in der juristischen Entscheidungsfindung weniger die Richtung vom Normtext zum Fall ist als vielmehr die Frage, welche Normtexte helfen dabei, einen gegebenen Fall richtig (und dies heißt auch: instanzfest) zu entscheiden.

Auffällig ist weiterhin, dass die zentralen sprachlichen Entscheidungen häufig gar nicht am Normtext selbst gefällt werden. Dies kann man gut am Beispiel des Ausdrucks „betriebsbereit“ sehen. Dieser Ausdruck kommt so in keinem Gesetzestext vor, sondern ist von Richtern im Zuge des Gesetzesanwendung als ein zwischen Gesetzestext und konkretem Fall intermittierender Zwischentext formuliert worden. Tatsächlich ist es die Bedeutungsbestimmung dieses intermittierenden Arbeitsbegriffs, der die Richtung der Lösung des Rechtsfalles entscheidet. Als Arbeits- oder Zwischentext ist dieser Ausdruck aber selbst bereits Ergebnis übersetzender Akte der Richter; d. h. nicht der Normtext wird direkt auf den Sachverhalt angewendet, sondern dieser intermittierende Richtertext. – Wichtig ist weiterhin, dass Auslegungsentscheidungen (dort, wo tatsächlich einmal interpretativ über einen einzelnen Gesetzesausdruck intensiv nachgedacht wird) meistens nicht auf im engeren Sinne semantische Kriterien zurückgehen, sondern eher oder sogar allein über juristische Zweckerwägungen gesteuert sind. D. h., manche Entscheidungen, die sprachlich bzw. linguistisch gesehen als Auslegungsentscheidungen fungieren, können kaum noch als Entscheidungen der Bedeutungsexplikation im engeren Sinne gefasst werden. Wenn z. B. der Gesetzesterminus „arglistig“ so definiert wird, dass die Zusicherung von Eigenschaften „ins Blaue hinein“ (wie der BGH einmal entschieden hat), z. B. der Verkauf des Autos mit den falschen Reifen ohne dass der Verkäufer die Korrektheit und Zulässigkeit der Reifen am verkauften Fahrzeug gesondert überprüft hat, als gleichbedeutend mit dem Ausdruck „arglistig verschweigen“ behandelt wird, dann handelt es sich nicht mehr um eine Entscheidung über ein „sprachliches“ Problem im engeren Sinne, sondern um eine ergebnisorientierte Fallentscheidung, die aus allgemeinen rechtlichen Zweckerwägungen abgeleitet wird. D. h. es geht den Richtern dabei letztlich gar nicht um die Bedeutungsfestsetzung eines Wortes der deutschen Sprache, welches in dem zentralen Gesetzestext vorkommt (selbst wenn dies linguistisch so beschrieben werden kann), sondern es geht ihnen um die rechtliche Wirksamkeit dieses Normtextes, d. h. um die erwünschten Rechtsfolgen (hier die Schadensersatzpflicht des Verkäufers), welche wiederum Resultat allgemeinerer Wünsche hinsichtlich von Normierungszwecken sind. Die ergebnisorientierte Festsetzungsdefinition von „arglistig“ ist damit in erster Linie eine Festsetzung der *rechtlichen Funktion* des entsprechenden Normtextes, und damit seiner *institutionellen Bedeutung*, die mit dem Terminus *Bedeutung* im allgemeinsprachlichen, aber auch im bisher geltenden linguistischen Sinne (und damit mit *Interpretation* im gewöhnlichen Verständnis) nur noch wenig zu tun hat.

Juristisches Entscheidungshandeln ist wesentlich über Texte, vollzogene sprachliche Handlungen und intertextuelle Relationen vermittelt. Diese intertextuellen (oder weitergefasst: zwischen Sprachelementen inkl. sprachlicher Handlungen hergestellten) Bezüge sind aber nicht quasi in den Bezugstexten selbst enthalten. Sie werden nicht einfach vorgefunden und von den Richtern bloß nachvollzogen, sondern werden erst durch die juristische Entscheidungstätigkeit, die im weitesten Sinne als Textarbeit aufgefasst werden kann, hergestellt. Sie sind einzelfallbezogen und lösen sich jenseits des Einzelfalles auf in den Bereich purer Möglichkeit. Typische Fallkonstellationen und damit typische Konstellationen intertextueller Vernetzungen können innerhalb des praktischen juristischen Wissens feste Wissensrahmen bilden. Diese Wissensrahmen können stets auch als Textnetze gedeutet werden, da die gesamte juristische Entscheidungstätigkeit sprach- bzw. textgestützt verläuft. Insofern handelt es sich bei der Analyse der juristischen Entscheidungstätigkeit nicht um eine reine Wissensanalyse, sondern durchaus um eine Analyse von Textbeziehungen und Textfunktionen, von Spracharbeit bzw. Arbeit mit Texten, und damit letztlich um eine wichtige sprachwissenschaftliche Fragestellung. Man kann dann in Analogie zu dem in der juristischen Methodenlehre geläufigen, auf den Syllogismus der Entscheidungsfindung bezogenen Begriff des „Obersatzes“ letztlich den gesamten entscheidungsrelevanten Textzusammenhang zusammenfassend als „Entscheidungstext“ bezeichnen. Gerade in der Herstellung dieses Textnetzes liegt der Kern der textbezogenen juristischen Entscheidungsarbeit und damit des Auslegungsproblems schlechthin. Die Spezifik der juristischen Textarbeit liegt dann z.B. gerade darin, dass Zwischenentscheidungen in scheinbar harmlosen Details des Gesamtkomplexes (etwa semantische Entscheidungen über den Referenzbereich eines einzelnen Normterminus) möglicherweise zu gravierenden Veränderungen des gesamten entscheidungsrelevanten Textgefüges (d. h. der herangezogenen Normtexte) führen können und damit Änderungen an scheinbar weit entfernten Stellen des Algorithmus der juristischen Prüfungsschritte bewirken. Wichtig ist weiterhin zu erkennen, dass ein zu entscheidender Fall im Zielbereich mehrerer Normtexte oder Normkomplexe liegen kann. D. h. die Auffassung ist falsch, ein Rechtstext trage den Wirklichkeitsbezug (die Referenz, und damit den Kern seiner Semantik) quasi schon in sich, stecke die Extension seiner Begriffe schon von sich aus ab.

Nicht der Text als Ursprung des herzustellenden rechtlichen Sinnes bildet den Ausgangspunkt der Arbeit, sondern der zu entscheidende Fall, für den dann gezielt zu bestimmten Textgruppen gegriffen wird. Die einen konkreten Fall entscheidenden Juristen müssen die zu seiner Lösung eventuell in Frage kommenden Gesetzestexte epistemisch bereits präsent haben, wenn sie ausgehend vom Sachverhalt einen Entscheidungstext aussuchen oder als Textgruppe zusammenstellen. D. h., die Normtexte müssen in ihrer „Bedeutung“ (d. h. mitsamt ihren möglichen Referenzbereichen) schon bekannt

sein, bevor sie für einen konkreten Fall herangezogen werden können. Für solche Situationen der Textbenutzung ist in der Textlinguistik und der linguistischen Verstehensforschung der Begriff „Vorbereitetheit“ geprägt worden; dementsprechend dürfte die juristische Arbeit mit Gesetzestexten mit den höchsten Grad an Vorbereitetheit aufweisen, den Textanwender überhaupt bezüglich des angewendeten Textes haben können. Juristisches Wissen über Gesetzestexte und ihre Anwendbarkeit auf konkrete Sachverhalte hat daher mit „Interpretation“ oder „Auslegung“ im üblichen Sinne kaum noch etwas zu tun. Es ist vielmehr ein Wissen über zulässige *Operationen mit Textelementen*, nicht über deren „Bedeutung“ im gewöhnlichen Sinne dieses Terminus. Gleichwohl muss man dieses Wissen aus einer linguistischen Perspektive zu einem umfassenden Begriff der „Textbedeutung“ von Normtexten hinzurechnen, auch wenn dadurch der linguistische Begriff von „Bedeutung“ ebenso wie sein alltagsweltliches Verständnis bis an die Grenzen strapaziert wird. So gesehen bringt es wenig, das juristische Auslegungsproblem als rein philologisches Problem der „Interpretation“ zu verstehen. Zwar erfolgen interpretative Akte auf vielen Stufen der Herstellung und Anwendung von Entscheidungstexten bzw. ihrer epistemischen „Füllung“; doch ist Gesetzesauslegung im Sinne der Vorbereitung einer rechtlichen Entscheidung weniger ein Akt singulärer Interpretation oder Bedeutungsbestimmung einzelner Textelemente oder Begriffe, sondern eine Sache komplexer Vernetzungen zwischen teils textgestützten, teils aus dem allgemeinen Fachwissen herangezogenen oder gefolgerten epistemischen Elementen und einer Vielzahl von sprachlichen Handlungen, von denen die im engeren Sinne interpretativen, z. B. referenziellen oder prädikativen Einzelentscheidungen nur einen Teil ausmachen. Eine vollständige sprachwissenschaftliche Analyse der juristischen Auslegungsarbeit hätte diese Vielfalt entscheidungsrelevanter sprachlicher Handlungen allererst zu erfassen und zu beschreiben und auf die Begrifflichkeiten und Möglichkeiten einer allgemeinen linguistischen Bedeutungslehre und Texttheorie zu beziehen. Zu einer solchen umfassenden Analyse der juristischen Textarbeit und der spezifisch juristischen Semantik ist aber beim gegenwärtigen Stand der Forschung höchstens ein allererster Anfang gemacht. Mit anderen Worten: Es gibt noch viel zu tun.

## 6. Literatur

- Biere, Bernd Ulrich (1989): Verständlich-Machen. Hermeneutische Tradition – Historische Praxis – Sprachtheoretische Begründung. Tübingen. (RGL 92).
- Busse, Dietrich (1991a): Textinterpretation. Sprachtheoretische Grundlagen einer explikativen Semantik. Opladen.
- Busse, Dietrich (1991b): Juristische Fachsprache und öffentlicher Sprachgebrauch. Richtliche Bedeutungsdefinitionen und ihr Einfluss auf die Semantik politischer Begriffe. In: Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen. S. 160–185.



- Busse, Dietrich (1991c): Der Bedeutungswandel des Begriffs „Gewalt“ im Strafrecht. Über institutionell-pragmatische Faktoren semantischen Wandels. In: Busse, Dietrich (Hg.): *Diachrone Semantik und Pragmatik. Untersuchungen zur Erklärung und Beschreibung des Sprachwandels*. Tübingen. S. 259–275.
- Busse, Dietrich (1992): *Recht als Text. Linguistische Untersuchungen zur Arbeit mit Sprache in einer gesellschaftlichen Institution*. Tübingen.
- Busse, Dietrich (1993): *Juristische Semantik. Grundlagen der juristischen Interpretationstheorie in sprachwissenschaftlicher Sicht*. Berlin.
- Busse, Dietrich (1994): Verständlichkeit von Gesetzestexten – ein Problem der Formulierungstechnik? Zu Möglichkeiten und Grenzen einer semantischen Optimierung der Rechtssprache. In: *Gesetzgebung heute*, Heft 2, S. 29–37.
- Busse, Dietrich (1998): Rechtssprache als Problem der Bedeutungsbeschreibung. Semantische Aspekte einer institutionellen Fachsprache. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 29, Heft 81, S. 24–47.
- Busse, Dietrich (1999): Die juristische Fachsprache als Institutionensprache (am Beispiel von Gesetzen und ihrer Auslegung). In: Hoffmann, Lothar/Kalverkämper, Hartwig/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): *Fachsprachen – Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft*. Band 2. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 14.2) Berlin/New York. S. 1382–1391.
- Busse, Dietrich (2000): Textlinguistik und Rechtswissenschaft. In: Antos, Gerd/Brinker, Klaus/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F (Hg.): *Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*. 1. Halbband. Berlin/New York. S. 803–811. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Band 16.1)
- Christensen, Ralph J. (1989): Der Richter als Mund des sprechenden Textes. Zur Kritik des gesetzessystematischen Textmodells. In: Friedrich Müller (Hg.): *Untersuchungen zur Rechtslinguistik*. Berlin. S. 47–92.
- Christensen, Ralph J. (1989b): *Was heisst Gesetzesbindung? Eine rechtslinguistische Untersuchung*. Berlin.
- Christensen, Ralph J./Jeand'Heur, Bernd (1989): Themen einer problembezogenen Zusammenarbeit zwischen Rechtslehre und Linguistik. In: Friedrich Müller (Hg.): *Untersuchungen zur Rechtslinguistik*. Berlin. S. 9–12.
- Christensen, Ralph J./Wimmer, Rainer (1989): Praktisch semantische Probleme zwischen Linguistik und Rechtslehre. In: Müller, Friedrich (Hg.): *Untersuchungen zur Rechtslinguistik*. Berlin. S. 27–46.
- Dreher, Eduard/Tröndle, Herbert (1988): *Strafgesetzbuch und Nebengesetze*. 44. Auflage München.
- Dubiel, Helmut (1976): Institution. In: J. Ritter u. a. (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Bd. 4. Basel, Sp. 418–424.
- Engisch, Karl (1956): *Einführung in das juristische Denken*. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz. 8. Aufl. 1983.
- Hauriou, Maurice (1965): *Die Theorie der Institution und der Gründung*. Berlin.
- Jeand'Heur, Bernd (1989): *Sprachliches Referenzverhalten bei der juristischen Entscheidungstätigkeit*. Berlin.
- Keller, Rudi (1995): *Zeichentheorie*. Tübingen.
- Larenz, Karl (1979): *Methodenlehre der Rechtswissenschaft*. 4. Aufl. Berlin/Heidelberg/New York.
- Lipp, Wolfgang/Hoffmann, Hasso (1988): Institution. In: *Staatslexikon*, Bd. 3, 7. Auflage. Freiburg/Basel/Wien. S. 99–109.
- Müller, Friedrich (1975): *Recht – Sprache – Gewalt. Elemente einer Verfassungstheorie I*. Berlin.

- Müller, Friedrich (1984): *Strukturierende Rechtslehre*. Berlin.
- Müller, Friedrich (Hg.) (1989): *Untersuchungen zur Rechtslinguistik. Interdisziplinäre Studien zu praktischer Semantik und Strukturierender Rechtslehre in Grundfragen der juristischen Methodik*. Berlin.
- Müller, Friedrich (1990): *Juristische Methodik*. 4., neubearb. Aufl. Berlin.
- Nussbaumer, Markus (1997): *Sprache und Recht*. Heidelberg. (Studienbibliographien Sprachwissenschaft 20).
- Polenz, Peter von (1985): *Deutsche Satzsemantik*. Berlin/New York.
- Savigny, Friedrich Karl von (1802): *Juristische Methodenlehre*. („Anleitungen zu einem eigenen Studium der Jurisprudenz.“ 1802/3) Hg. v. Gerhard Wesenberg. Stuttgart 1951.
- Schülein, Johann August (1987): *Zur Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse*. Opladen.
- Schelsky, Helmut (Hg.) (1977): *Zur Theorie der Institution*. Düsseldorf.
- Schönke, Adolf/Schröder, Horst (1988): *Strafgesetzbuch. Kommentar*. 23. neubearbeitete Auflage von Theodor Lenckner, Peter Cramer, Albin Eser, Walter Stree. München.
- Seibert, Thomas-Michael (1980a): Zur Einführung: „Kode“, „Institution“ und das Paradigma des Rechts. In: *Zeitschrift für Semiotik* 2, S. 183–195.
- Seibert, Thomas-Michael (1980b): *Juristische Topik. Ein Beispiel für die argumentative Wechselbeziehung zwischen Situation und Fall, Regel und Ausnahme*. In: Klein, Wolfgang (Hg.): *Argumentation*. Göttingen. S. 169–177 (= *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 38/39).
- Seibert, Thomas-Michael (1981): *Aktenanalyse. Zur Schriftform juristischer Deutungen*. Tübingen.
- Zeumer, Karl (Hrsg.). (1904): *Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit*. Leipzig.

JOSEF KLEIN

## Parlamentarischer Diskurs als Schnittstelle zwischen politischer Allgemeinsprache und Rechtssprache

### Abstract

Zu Beginn dieses Beitrages werden Debattenrede und Gesetz als die prototypischen Textsorten des parlamentarischen Diskurses miteinander konfrontiert. Ferner wird skizziert, in welcher Weise auf debattierte Gesetzentwürfe referiert wird. Im zweiten Teil wird der Blick erweitert auf die Vielfalt der Kommunikationstypen, Textsorten und intertextuellen Relationen, die den legislatorischen Prozess als Schnittstelle zwischen politischer Meinungsbildung und dem Formulieren von Gesetzen prägen. Im dritten und letzten Teil wird versucht, auf argumentationstheoretischer Grundlage deutlich zu machen, dass im parlamentarischen Diskurs keine Vermischung der Teilsysteme Politik und Recht stattfindet und dass dies sich insbesondere darin manifestiert, dass der Gesetzestext dort etwas gänzlich anderes ist als der Gesetzestext im Rechtssystem.

Als Belegmaterial werden Texte aus drei parlamentarischen Beratungsprozessen beigezogen, die jeweils auf ihre Weise signifikant sind für legislatorische Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland: In Texten aus der Asylrechtsdebatte im Jahre 1993 geht es um eine Grundgesetzänderung. Die Texte zur Änderung des § 34 im Baugesetzbuch aus dem Jahr 1986 gehören dagegen der parlamentarischen Alltagsauseinandersetzung um ein „einfaches Gesetz“ von weit geringerer politischer Brisanz an, beachtet vor allem in den betroffenen Fachkreisen. Der dritte Beratungsprozess, aus dem Texte herangezogen werden, betrifft das Ratifizierungsgesetz zu einem Staatsvertrag, und zwar einem der wichtigsten, der in den Jahrzehnten der deutschen Teilung abgeschlossen wurde: dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Jahre 1973.

### I

Was trifft an der „Schnittstelle parlamentarischer Diskurs“ aufeinander? Zunächst sind es Texte. Auf der Seite der politischen Auseinandersetzung denkt man wohl zunächst an die parlamentarische Plenardebatte und damit an mündlichen Schlagabtausch, auf der Seite der Rechtskommunikation an das Gesetz und damit an *die* parlamentstypische schriftliche Textsorte. Dazu zwei Beispieltex te: zunächst eine für Parlamentsreden typische Passage aus der Rede des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) zum Grundlagenvertrag mit der DDR. In der Rede begründet und verteidigt er gegen Einwände der CDU/CSU-Opposition, warum die Regierung es trotz Mauer und Schießbefehl auf Seiten der DDR für notwendig hält, zwischen der Bundesrepublik und der DDR einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen

zu schließen. Die Passage beginnt (Dt. Bundestag, 7. Wahlperiode, 14. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 15. Febr. 1973. Stenograph. Bericht, S. 537A f.):

(1) „Nun lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auch bei dieser Gelegenheit hier heute vormittag vor Wunschvorstellungen warnen, die keine Verankerung in den wirklichen Gegebenheiten haben. Ich habe gesagt – vorigen Monat und auch heute –, der Weg sei lang und er sei steinig. Wenn ich im vorigen Monat davon sprach, wir wollten einen Zustand erreichen, in dem nicht mehr geschossen wird, so ist auch ein solcher Zustand leider nicht von heute auf morgen zu erreichen.“

„Ich“, „Sie“, „wir“, „hier heute vormittag“: Es herrschen Dialogizität und Indexikalität. „Gelegenheit“, „Wunschvorstellungen“, „wirkliche Gegebenheit“, „Weg – lang und steinig“, „Zustand“, „erreichen wollen“: eine Passage voll mit *alltagssprachlichem, unfachlichem Handlungsvokabular*.

Brandt fährt fort:

(2) „Die Postverhandlungen mit der DDR, die einige Wochen unterbrochen waren, werden heute in Bonn weitergeführt. Zum Vertragswerk selbst gehört der inzwischen in Kraft getretene Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten. In den vor kurzem begonnenen Gesprächen von Regierungsvertretern geht es darum, die Rahmenvereinbarung im einzelnen auszufüllen. Die Bundesregierung hat sämtliche Vorbereitungen getroffen – ich unterstreiche: Vorbereitungen –, um den Korrespondenten aus der DDR jene Arbeitsmöglichkeiten zu gewährleisten, wie sie allen Journalisten hier zur Verfügung stehen.“

„Postverhandlungen“, „Vertragswerk“, „Briefwechsel“, „Rahmenvereinbarung“: Hier dringt *Ressortvokabular* der Außenpolitik ein. Sachverhalte werden als Fakten bzw. wie Fakten spezifiziert.

Es folgen Zwischenrufe der Opposition; darauf wechselt Brandt den Ton – und das Vokabular:

(3) „Meine Damen und Herren, ich würde, wenn ich auf eine solche Serie von Mißerfolgen in der Deutschlandpolitik zurückblicken müßte wie Sie, im Augenblick *den Mund halten*. (...) Sie dürfen sich, nachdem Sie hier eine Viertelstunde *herumgemorsert* haben, nicht wundern, wenn Ihnen einmal jemand *die Wahrheit sagt*“. (Hervorhebungen von J. Klein)

Hier greift der Bundeskanzler zum deftigen, umgangssprachlichen *Aggressionsvokabular* der verbalen Parlamentsrauferei.

Nur vier Sätze weiter erneuter Stilwechsel:

(4) „Bei uns in der Bundesrepublik stößt man nun nicht selten auf die Sorge, daß unsere offene Gesellschaft durch mehr Austausch und Kontakt mit dem – wie man sagt – ‚Osten‘ Schaden leiden könnte, daß sie dem – wie man sagt – **ideologischen Wettbewerb mit dem Kommunismus** nicht gewachsen sei. Ich meine in allem Ernst, dies ist ein Mangel an Selbstsicherheit,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

der meiner Überzeugung nach nicht angebracht ist. Ich will hier mit Nachdruck feststellen: Unsere Demokratie, unsere politische und gesellschaftliche Ordnung ist stark genug, um den Wettbewerb zu bestehen und auch mit der Kritik extremer Gruppen, die die DDR bekanntlich nicht aussparen, fertig zu werden. Der weitere zielstre-

bige Ausbau des sozialen Rechtsstaates, die Vertiefung und Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie, – das ist der Weg, von dem wir uns nicht abbringen lassen dürfen.“

Ideologiediskurs und *Ideologievokabular*, in der Mehrzahl Hochwertbegriffe: „offene Gesellschaft“, „ideologischer Wettbewerb“, „Kommunismus“, „unsere Demokratie“, „unsere politische und gesellschaftliche Ordnung“, „sozialer Rechtsstaat“, „Vertiefung und Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie“.

Hier sind auf dem engen Raum einer durchaus typischen Passage ziemlich alle sprachlichen Merkmale parlamentarischer Debattenrede versammelt. Sie ist dialogisch, indexikalisch, beschreibend/berichtend und (polar) bewertend. Es wird spezifizierend referiert und der Anspruch auf strenge Orientierung an Fakten prätendiert. Lexikalisch dominiert ein Mix aus unspezifischem Handlungsvokabular, Ressortvokabular, Ideologievokabular und Aggressionsvokabular.

Lenken wir nun den Blick auf die Gesetzessprache am Beispiel des 1993 neu gefassten Asylartikels im GG:

(5) Artikel 16a:

„(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt, es sei denn, er trägt Tatsachen vor, aus denen sich ergibt, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.“

Typische Gesetzessprache enthält der Text erst ab Absatz 2. Er wurde ausgewählt, um daran auch zu zeigen, worin der typische Stil von Verfassungen, vor allem von Grundrechtsteilen, abweicht vom typischen Stil einfacher Gesetze.

Der Grundrechte-Teil des GG, zu dem auch Artikel 16 a gehört, ist geprägt von Formulierungen wie

- (6) „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. (Art.1 I 1)
- (7) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. (Art.3 I/II)

Oder auch:

- (8) „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. (Art.16 II bis 1993. Nach Änderung Art.16a I)

Das sind kategorische Deklarative in lakonisch knapper, wuchtiger Formulierung mit politisch-ethischen Leitbegriffen im Zentrum – keine Schnörkel, keine sophistisch wirkenden Einzelregelungen mit der Spezifizierung von Ausnahmen und Ausnahmen von Ausnahmen, wie es für ‚normale‘ Gesetze die Regel ist. Solcher üblicherweise der ‚einfachen Gesetzgebung‘ vorbehaltene Stil dringt mit der Neuformulierung des Artikels 16a ab Absatz 2 ins GG ein, was schon während der parlamentarischen Beratung von Verfassungsrechtlern aus eng mit den Stileigenschaften verknüpften rechtssystematischen Gründen kritisiert wurde – s. u. (15). Der Text ist durchsetzt mit bürokratiesprachlichen Komposita und Nominalfügungen wie „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“, „hiergegen eingelegter Rechtsbehelf“, „verspätetes Vorbringen“. Es dominieren komplexe Sätze mit Mehrfacheinbettung von Relativ- und Konditionalsätzen zur möglichst präzisen Formulierung einzelner Tatbestandstypen. Wir erkennen weitere typische Merkmale der Textsorte Gesetz, die in diametralem Gegensatz zu den Charakteristika der Debattenrede stehen: Gesetze sind monologisch, nicht-indexikalisch und normierend formuliert. Auf Sachverhalte wird überwiegend verallgemeinernd und hypothetisch referiert. Auch hier begegnen wir einem lexikalischen Mix, aber er ist weitgehend fachsprachlicher Natur und besteht aus ressortspezifischem Rechtsvokabular, rechtstechnischen Termini, bürokratiesprachlichem Vokabular und textsortentypischen Floskeln wie „Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf“.

Wie groß die Differenz zwischen den sprachlichen Charakteristika der beiden Textsorten ist, zeigt sich in der unmittelbaren Gegenüberstellung:

Sprachliche Charakteristika der Plenarrede	Sprachliche Charakteristika des Gesetzes
<i>dialogisch</i>	<i>monologisch</i>
<i>indexikalisch</i>	<i>nicht-indexikalisch</i>
<i>beschreibend/berichtend/ (polar) bewertend</i>	<i>normierend</i>
<i>spezifizierende Referenz faktisch</i>	<i>verallgemeinernde Referenz hypothetisch</i>

*lexikalischer Mix:*  
*unspezifisches Handlungsvokabular,*  
*Ressortvokabular,*  
*Ideologievokabular,*  
*Aggressionsvokabular.*

*fachlexikalischer Mix:*  
*ressortspezifisches Rechtswokabular,*  
*rechtstechnisches Vokabular,*  
*bürokratiesprachliches Vokabular,*  
*textsorientierte Floskeln, z. B.*  
*„Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf“.*

*Syntax (an schriftsprachlichen*  
*Korrektheitsnormen orientiert) ohne*  
*signifikante strukturelle Präferenzen.*

*Syntax mit hohem Anteil von*  
*Satzgefügen, gehäuft Konditional-*  
*und Relativsätze.*

Warum eine so große Differenz zwischen der Sprache, in der Gesetze formuliert sind, und der Sprache, in der über Gesetze debattiert wird? Entscheidend ist der unterschiedliche *Geltungsmodus*. Der ist bei Verfassung und Gesetz *regulativ* und *bindend* für den Adressaten, bei Staatsverträgen bindend für zwei Seiten, die gleichzeitig Emittent und Adressat sind.

Demgegenüber sind Debattenbeiträge nicht adressatenbindend, sondern *werbend, appellativ*. Da sind die Adressaten frei, der Meinung des Stellungnehmenden zu folgen oder nicht. Gesetzes- und Vertragstexte haben es sozusagen nicht nötig, mit sprachlichen Mitteln um Zustimmung zu werben. Um ihre Bindekraft zu bewähren, müssen sie vor allem eindeutig sein. Anders bei Debattenbeiträgen. Wirksame Rhetorik erhöht hier die Erfolgchance. Dabei stehen parlamentarische Debattenredner vor dem Problem der Mehrfachadressierung bei gleichzeitiger Mehrfachfunktion: den eigenen Anhang zu begeistern, in diesem Zusammenhang den politischen Gegner verbal in die Schranken zu weisen und gleichzeitig relevante Teile der sog. Öffentlichkeit zu überzeugen.

Gesetz und Plenardebatte sind dadurch miteinander verbunden, dass letztere vor allem der Rechtfertigung oder der Kritik an Gesetzen gilt, um deren Entscheidung es im Parlament geht.

Wie wird im parlamentarischen Diskurs sprachlich auf das zur Debatte stehende Gesetz referiert? Wir finden die ganze von Katrin Steyer (1996) explizierte Palette der Reformulierungstypen. Grosso modo gilt: Wo am Gesetzestext Paragraph für Paragraph gearbeitet wird, in den Ausschusssitzungen vor allem, gibt es viel wörtliches oder fast wörtliches Reformulieren. Im Plenum ist das ganz selten. Eines dieser seltenen Beispiele liefert der FDP-Außenpolitiker Achenbach in der Grundvertragsdebatte. Seine Rede besteht im Wesentlichen aus rechtfertigend-interpretierenden politischen, keineswegs staatsrechtlichen oder völkerrechtlichen Erläuterungen entlang dem Vertragstext. (9) und (10) sind exemplarische Ausschnitte:

(9) „Meine Damen und Herren, der Herr Vorsitzende der Opposition hat beklagt, daß über den Inhalt des Vertrages nicht genügend gesagt worden sei. Er hat allerdings diesem Mangel selbst auch nicht abgeholfen,“ (Abg. Rawe: „Oh doch! Er hat hier Passa-

gen genannt!“) „so daß ich das jetzt gern tun will. Ich würde nunmehr also (...) gern auf den **Vertrag** zurückkommen. Das ist auch deshalb zweckmäßig – ich folge hier einer gewissen Tradition –, weil den Leuten, die uns draußen zuhören, die Texte ja nicht vorliegen und weil sie daher auf diese Weise besser begreifen, worüber wir hier reden. In den ersten beiden Absätzen der **Präambel** zu dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären die vertragsschließenden Parteien, daß sie sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die **Erhaltung des Friedens** bewußt und von dem Bestreben geleitet gewesen seien, einen Beitrag zur **Entspannung und Sicherheit in Europa** zu leisten, – sicherlich eine Geisteshaltung, die jeder verständige Mensch nur begrüßen kann. Im dritten und vierten Absatz bekunden die vertragsschließenden Parteien – eben weil sie einen Beitrag zur Entspannung leisten wollen – die unzweifelhaft richtige Erkenntnis, daß sich die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der **Androhung oder Anwendung von Gewalt** zu enthalten haben und daß diese löbliche Enthaltensamkeit naturgemäß auch für alle Grenzfragen in Europa gelten soll.“ (Dt. Bundestag, a. a. O., S. 545 D f.)

(10) „In Art. 7 erklären die Vertragspartner ihre Bereitschaft, ‚im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und **humanitäre Fragen** zu regeln‘. Sie erklären weiter, ‚um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs,‘ – einem Verkehrsvertrag haben wir ja bereits zugestimmt –, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern‘. Im einzelnen darf ich auf das **Zusatzprotokoll** verweisen. Ich meine, wir alle sollten hier unseren ehrlichen Wunsch zum Ausdruck bringen, daß dieser in die Zukunft weisende Art. 7 mit seinem weitgespannten Programm zum Wohle der Menschen diesseits und jenseits der Elbe reiche Früchte trägt. Unter loyalen Partnern enthält dieser Artikel die echte Verpflichtung zu nachhaltigen und konstruktiven Bemühungen mit gutem Willen auf beiden Seiten. Es dient sicher nicht den Interessen der Menschen, gerade diesen Artikel durch allzu laut verkündete Skepsis hier und heute zu entwerten. Die Zukunft wird zeigen, was er bringt. Er ist eine gute Ausgangsbasis für eine vernünftige Entwicklung.“ (Ebenda, S. 547 B f.)

Am Anfang von (9) finden wir ein Stück Metakommunikation über Notwendigkeit und Umfang expliziter Präsenz des beratenen Gesetzes- bzw. Vertragstextes in den Plenarreden. Da der von Achenbach beklagte Mangel generell zu beobachten ist, läßt sich daraus ein Punkt der Kritik am parlamentarischen Diskurs, genauer: an Plenardebatten, ableiten: Die Redner, denen ja die Texte als Parlamentsdrucksachen vorliegen und die zumindest die wichtigsten Artikel und Paragraphen kennen, leisten in der Debatte kaum präzise Informationsarbeit und nur geringe Interpretationsarbeit zu den Texten, so dass die politischen Wertungen, auf denen das Hauptgewicht der Reden liegt, für das Gros der außerparlamentarischen Öffentlichkeit nur einen ungenauen Bezug haben. Dabei sind die Wertungen vielfach so gegensätzlich und die thematisierten Aspekte so unterschiedlich, dass Unkundige zweifeln könnten, ob die verschiedenen Lager vom selben Gesetz oder Vertrag sprechen. In Plenarreden stößt man, von Ausnahmen wie Achenbachs Rede abgesehen, höchstens auf knappe Zitate oder Paraphrasen zu relevanten oder umstrittenen Textstellen. Ansonsten findet man eher präzisierende, gleichzeitig



wertende Bezugnahmen. Am häufigsten ist eine Art synthetisierendes Referieren, in dem etliche über das Gesetz verteilte Regelungen abstrahierend und bewertend zusammengepackt werden. Dazu ein typisches Beispiel: In der vielstufigen parlamentarischen Beratung des Baugesetzbuchs waren die Zulässigkeitsvoraussetzungen für das „Bauen in zusammenhängend bebauten Ortsteilen“ (§ 34) umstritten. Es gab dazu mehrfach Abänderungsanträge der Opposition – s. u. (12) und (13). In der abschließenden Debatte über das Gesetz im Plenum bezieht sich Bauminister Schneider (CSU) nicht mehr spezifisch auf diesen § 34, sondern lediglich im Rahmen einer lakonischen Globalcharakterisierung mit impliziter Selbstaufwertung:

(11) „Bauen im Innenbereich: Die Innenentwicklung wird gefördert“.

Sämtliche Einzelheiten sind der Relevanzeinschätzung des Redners zum Opfer gefallen. Dass in (11) – neben anderem – auch auf § 34 referiert wird, vermögen nur am Baugesetz-Diskurs beteiligte Fachleute zu erkennen.

## II

Mit der Debattenrede und dem Gesetzestext ist nur ein *Teil* – ein wichtiger zwar, aber doch nur ein Teil des parlamentarischen Diskurses erfasst. Dieser Diskurs als ganzer ist ein komplexer, verfahrensbestimmter intertextueller Prozess, der sich in institutionsspezifischen Kommunikationsformen abspielt (Klein 1991), vor allem in parlamentarischen Sitzungstypen. Dies sind vor allem:

Plenarsitzung,  
Fraktionssitzung,  
Fraktionsvorstandssitzung,  
Fraktionelle Arbeitsgruppensitzung,  
Ausschusssitzung,  
Sachverständigenanhörung.

Dabei sind etliche schriftliche Textsorten beteiligt – hier die vielleicht wichtigsten:

Gesetzentwurf (= Gesetzestext + Begründung),  
Entschließungsantrag (+ Begründung),  
Abänderungsantrag (+ Begründung),  
Große Anfrage,  
Kleine Anfrage,  
Positionspapier/Stellungnahme,  
Fragen an Sachverständige,  
Sachverständigengutachten,  
Synopsis,  
Sitzungsprotokoll.

(Von dieser Vielfalt sollen auch die im Beitrag verwendeten exemplarischen Texte einen Eindruck vermitteln.)

Das von der Verfassung weitgehend festgelegte Gesetzgebungsverfahren stellt das Konstituieren des Gesetzes in den Mittelpunkt des parlamentarischen Diskurses. Darum lassen sich parlamentarische Texte vor allem durch die Beziehung charakterisieren, in der sie zum Gesetzestext stehen. Dabei sind folgende intertextuelle Relationen besonders wichtig:

- KONST (t, g): Text t ist möglicher oder tatsächlicher Bestandteil (Konstituent) des Gesetzestextes g  
 STELLN (t, g): In Text t wird mit Pro- und/oder Contra-Argumenten zu g Stellung genommen  
 BEGR (t, g): In Text t wird der Gesetzestext g begründet<sup>1</sup>  
 INFORM (t, g): Text t informiert über den Gesetzestext g  
 FRAG (t, g): In Text t werden Informationen über den Gesetzentwurf g erfragt  
 AUSLEG (t, g): In Text t wird der Gesetzestext ausgelegt.

Die wichtigsten Relationen sind die Konstitutions- und die Stellungnahme-Relation. Sie repräsentieren die Doppelarbeit des Gesetzgebers: die Gesetzesformulierung und die Auseinandersetzung um *Pro und Contra* zum Gesetz. Mit AUSLEG (t, g) spielt eine für den Rechtsdiskurs typische intertextuelle Relation in das Gesetzgebungsverfahren hinein, die dort vorrangig von beteiligten Juristen realisiert wird (siehe S. 173 f.). Werfen wir zunächst einen Blick auf Beispiele für die Konstitutionsrelation. Die in ihr repräsentierte Formulierungsarbeit am Gesetzestext selbst wird für das Gros der Gesetzestextmengen – bei weitem die meisten Gesetzentwürfe sind Regierungsentwürfe – vorparlamentarisch in den Ministerien geleistet, und zwar überwiegend von Referenten, meist auf der Basis politischer Vorgaben seitens der Leitung des Ministeriums und in mehr oder weniger engem Kontakt mit außerministeriellen Experten aus betroffenen Interessenkreisen, aus Wissenschaft und Politik. Sobald sich der Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren befindet, konzentriert sich die Arbeit am Gesetzestext vor allem auf die für politisch relevant und/oder brisant gehaltenen Punkte. Denn für Parlamentarier bedeutet Arbeit am Gesetz vor allem Umsetzung von politischem Willen. (Eine Ausnahme stellen die Parlamentarier im stets mitberatenden Rechtsausschuss dar, insofern sie Gesetzentwürfe vor allem unter gesetzessystematischen und rechtstechnischen Aspekten zu überprüfen haben.) Die wichtigste Form innerparlamentarisch generierter Konstitutionstexte (= Texte t, welche die Bedingung KONST (t, g) erfüllen) sind im Regelfall *Abänderungsanträge* zum Gesetzentwurf der Regierung. Sie sind vor allem für die Opposition ein Instrument, ihre politischen Alternativen legislatorisch zu konkretisieren, nicht zuletzt um gegenüber der Öffentlichkeit

<sup>1</sup> Diese Relation ist eine Subrelation der Relation STELLN (t, g). Bei der Bedeutung, die Gesetzesentwürfe für den parlamentarischen Diskurs haben, und angesichts der Tatsache, dass Gesetzentwürfe einen festen Textverbund aus Gesetzestext und *Begründungstext* bilden, ist die Subrelation hier eigens spezifiziert.

oder auch innerparteilich ihre Position glaubwürdig dokumentieren zu können. Innerparlamentarisch gibt es zwei Orte für Abänderungsanträge: Ausschusssitzungen und die Zweite Lesung im Plenum. Dazu kommen, sofern in Deutschland der Bundesrat beteiligt ist, dessen Ausschüsse und Plenum sowie der Vermittlungsausschuss.

Die Opposition wiederholt im Ausschuss abgelehnte Abänderungsanträge im Plenum (Zweite Lesung) meist nur dann, wenn sie diese für besonders wichtig und/oder wähler(gruppen)wirksam hält. Obwohl Öffentlichkeitswirksamkeit solcher Abänderungsanträge weniger in diesen Texten selbst liegt als in den explizit oder implizit auf sie bezogenen persuasiven Texten (von der Plenarrede bis zur Presserklärung), lässt sich hin und wieder sogar in den Antragstexten selbst eine Art persuasiver Feinabstimmung unter dem Aspekt des jeweiligen Öffentlichkeitsgrades beobachten. Ein Beispiel dafür bietet die Differenz zwischen zwei Änderungsanträgen, die 1986, also in der Zeit der Regierung Kohl mit CDU/CSU-FDP-Mehrheit, bei der Beratung des Baugesetzbuches zum § 34 oppositionsseitig gestellt wurden. Dieser Paragraph betrifft die Zulässigkeit von Bauvorhaben innerhalb von zusammenhängend bebauten Ortsteilen, vor allem, wenn kein Bebauungsplan vorhanden ist. Im nicht öffentlich tagenden Städtebauausschuss des Bundesrates – weit weg von aller Medienöffentlichkeit – beantragen die SPD-regierten Länder, den Text des Regierungsentwurfs um eine weitere Zulässigkeitsbedingung zu erweitern:

(12) und „wenn sonstige öffentliche Belange nicht entgegenstehen“. (Bundesrat, Drucksache 571/1/85 v. 21.01.1986. Empfehlungen der Ausschüsse zum Entwurf eines Gesetzes über das Baugesetzbuch. Empfehlung des federführenden Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, S. 53)

In der zweiten Lesung, also im Kontext der öffentlichen Plenardebatte des Bundestages aber lautet der entsprechende Änderungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion nun:

(13) und „wenn sonstige öffentliche Belange einschließlich des Umweltschutzes nicht entgegenstehen“. (Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzes über das Baugesetzbuch – Drucksachen 10/4630, 10/5027, 10/5111, 10/6116)

Für Fachleute ist der Zusatz in (13) „einschließlich des Umweltschutzes“ ein bloßes Propagandamanöver; denn der Umweltschutz gehört – wie übrigens im Begründungstext zu (12) explizit ausgeführt – eo ipso zu den „öffentlichen Belangen“. Aber dies wissen nur Fachleute. Es lässt sich in Plenarreden, Presseerklärungen und Interviews für das breitere Publikum sehr viel glaubwürdiger propagieren, man habe beim Gesetzgebungsverfahren – im Gegensatz zur Regierung – auf die Wahrung des Interesses an einer intakten Umwelt gedrungen, wenn man Abänderungsanträge vorweisen kann, in denen das Hochwertwort „Umweltschutz“ explizit genannt wird und dessen Referenzobjekt nicht nur im Experten-Abstraktum „öffentlicher Belang“ für Laien unerkennbar mitgemeint ist.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen um Gesetzentwürfe, die sich in der parlamentarischen Beratung befinden, erzeugen vielerlei Stellungnahmen und Vorschläge auch außerhalb des Parlaments. Die wenigsten dieser Texte erfüllen die Bedingung KONST (t, g). Das ist in den parlamentarischen Hearings („Öffentliche Anhörungen“) der zuständigen Ausschüsse anders. Hier ist die Nahtstelle zwischen Parlament einerseits und außerparlamentarischem Sachverstand und den außerparlamentarischen Interessenorganisationen andererseits. Auf der Basis ausschusssseitig gestellter Fragen nehmen Sachverständige aus Wissenschaft und betroffenen Interessenverbänden und Institutionen Stellung zum vorliegenden Gesetzentwurf und formulieren dabei häufig Alternativen zum Gesetzestext, d. h. ihre sog. „Stellungnahmen“ enthalten dann sowohl Texte, die zum vorliegenden Gesetzentwurf in der Relation STELLN (t, g) stehen als auch Texte, die KONST (t, g) realisieren. Hier ein Beispiel in einem besonders relevanten Fall. Beim Ausschuss-Hearing zur Asylrechtsänderung legt der Verfassungsrechtler Hailbronner als Sachverständiger eine alternative Formulierung zu Art. 16a GG vor, einen Art. 119a, in dem das Asylrecht nicht mehr als individuelles Grundrecht, sondern als sog. Institutionelle Garantie gefasst ist:

(14) „Art. 119a (1). Die Bundesrepublik Deutschland gewährt politisch Verfolgten Asyl. Inhalt und Schranken der Asylgesetzgewährung werden durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, festgelegt. Das Gesetz kann bestimmen, daß der gerichtliche Rechtsschutz beschränkt wird.“ (Dt. Bundestag, 12. Wahlperiode, Innenausschuß Protokoll Nr.55; Rechtsausschuß Protokoll Nr. 71; Gemeinsame Verfassungskommission Protokoll Nr.8. S. 286)

Die Begründung zu diesem Vorschlag enthält u. a. eine Art Meta-Argument (15), das in enger Beziehung steht zu dem oben erörterten Unterschied zwischen Verfassungsstil und Gesetzesstil:

(15) „Die Verfassung sollte auf Grundsätze beschränkt bleiben. Sie verliert ihre Einheit stiftende Funktion, wenn sie vom verfassungsändernden Gesetzgeber zu einem Flickenteppich ständig erneut änderungsbedürftiger Detailregelungen degradiert wird, weil der Parlamentsmehrheit und der gesetzessanwendenden Verwaltung offenbar ein loyaler Vollzug grundlegender Verfassungsprinzipien nicht (mehr) zugetraut werden. Die nächste Verfassungsänderung ist daher bereits jetzt absehbar; aller Wahrscheinlichkeit nach erweisen sich die zu detaillierten Regelungen der Abs. 2–5 in Teilbereichen als unvollständig.“ (Ebenda, S. 285)

(Alternative Gesetzestextvorschläge von Sachverständigen in der Öffentlichen Anhörung haben übrigens nicht den Status von Abänderungsanträgen. Daher wird über sie nicht abgestimmt, es sei denn sie werden von Parlamentariern übernommen und zur Abstimmung gestellt.)

Den politischen Willen umzusetzen ist die *Hauptaufgabe* beim Verfassen von Gesetzen. Daneben gibt es allerdings eine Anzahl *subsidiärer* Aufgaben, die im Hinblick auf das künftige Funktionieren des Gesetzes im Rechtssystem wahrzunehmen sind. Vor allem ihretwegen liegt die konkrete Formulierungsarbeit bei Juristen: Juristen in den Ministerien, Juristen unter den

Fraktionsmitarbeitern und Juristen unter den Parlamentariern (nicht nur in Rechtsausschüssen der Parlamente). Diese subsidiären Aufgaben bei der Gesetzesformulierung sind:

- systematischer Aufbau,
- Beachtung des Bestimmtheitsgebots,
- Nichtwidersprüchlichkeit,
- Vernetzung mit dem Rechtssystem (insbesondere durch Einpassung in die Terminologie und durch exakte Verweise).

Im parlamentarischen Diskurs gilt die Faustregel: Je mehr ein Stellung nehmender Text für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist, um so weniger rechtssprachliche Charakteristika finden sich darin – die oben (S. 164 f.) zitierten Ausschnitte aus Brandts Plenarrede zum Grundvertrag sind auch dafür exemplarisch. Der parlamentarische Ort, an dem auch in Texten t mit Dominanz der Relation STELLN (t, g) rechtssprachliche Elemente stärker zur Geltung kommen, ist die Ausschusssitzung, und zwar aus zwei Gründen:

1. Hier wird direkt am Gesetzestext gearbeitet, meist Paragraph für Paragraph.
2. Hier sind die leitenden Beamten des zuständigen Ministeriums – überwiegend Juristen – einschließlich der für die jeweiligen Gesetzesentwürfe zuständigen Referenten anwesend und stehen den Ausschussmitgliedern Rede und Antwort. Dabei fließt nicht nur reichlich rechtssprachliche Terminologie ein, die mit Blick auf die Nicht-Juristen im Ausschuss oft auch allgemeinsprachlich paraphrasiert wird, sondern es kommt vor allem auch ungleich häufiger als in Plenardebatten zum für den Rechtsdiskurs charakteristischen Kommunikationsmodus des *Auslegens*.

Von besonderer Bedeutung für die Kommunikation zwischen Parlament und außerparlamentarischen Experten ist die Institution der Öffentlichen Anhörung in den federführenden Ausschüssen. Es gibt kaum eine Öffentliche Anhörung, in der keine juristischen Experten für die jeweils ressortspezifischen Rechtsgebiete auftreten. Wenn Verfassungsänderungen anstehen, besteht sogar das Gros der Sachverständigen aus Juristen, überwiegend Verfassungs- und anderen Öffentlichrechtlern. Im parlamentarischen Hearing geht die Anforderung an diese Sachverständigen mit dem Anspruch auf *Stellungnahmen* über den gewohnten juristischen Kommunikationsmodus des *Auslegens* hinaus. Denn das verfassungspolitische Interesse der Parlamentarier gilt vielfach weniger der *Expertenauslegung* von regierungs- oder fraktionsseitig vorgelegten Textvorschlägen als den Fragen nach der verfassungspolitischen, rechtssystematischen und/oder ethischen Rechtfertigbarkeit, Anschließbarkeit und/oder der funktionalen Plausibilität des Vorschlags bzw. von Alternativvorschlägen.

Sobald Verfassungsrechtler verfassungspolitisches Gebiet betreten, interferieren das Rechtssystem und seine Sprache mit Begriffssystemen, welche die

Probleme u. U. aus sehr unterschiedlichen Perspektiven konzeptualisieren. Solche *differenten „kategorialen Sprachsysteme“* (Kopperschmidt (1989), S. 143 ff.) werden z. B. während der öffentlichen Anhörung zur Änderung des Asylartikels im Grundgesetz sichtbar in den Stellungnahmen dreier juristischer Sachverständiger, die unterschiedliche Institutionen vertreten.

Sachverständiger Koisser (UNHCR):

(16) „Erstens. Es fehlt noch immer die Wiedereinführung der Flüchtlingsdefinition der Genfer Flüchtlingskonvention als materielle Grundlage für die Gewährung von Asyl. Ich bedaure sehr, daß diesem zentralen und wiederholt vorgebrachten Anliegen des UNHCR auch mit den vorliegenden Änderungsvorschlägen nicht Rechnung getragen worden ist; dies übrigens trotz gegenteiliger Ankündigungen. Die Divergenzen zwischen dem Begriff des politisch Verfolgten nach Art. 16a Abs. 2 des Grundgesetzes und jenem des Flüchtlings nach der Konvention sind längst nicht mehr so unerheblich, wie mancherorts vermutet.“ (Ebenda, S. 27 f.)

Sachverständiger Badura, Universitätsprofessor für Verfassungsrecht:

(17) „Maßstab der verfassungsrechtlichen Beurteilung eines verfassungsändernden Gesetzes ist allein Art. 79 Grundgesetz. Die hier interessierenden materiellen Bindungen der verfassungsändernden Gesetzgebung gemäß Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz sind die Pflicht der Bundesrepublik zum Schutz der Würde des Menschen, die Wahrung des Prinzips der staatenübergreifenden Menschenrechte nach Art. 1 Abs. 2 Grundgesetz und das Rechtsstaatsprinzip nach Art. 20 Grundgesetz. Diese Verfassungsnormen sind durch Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz nicht absolut, sondern nur hinsichtlich der in ihnen zu findenden Grundsätze eine unüberwindbare Bindung der verfassungsändernden Gesetzgebung. Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz ist weniger eine genau beschreibbare Grenze, hinter der bestimmte Verfassungsgüter Unantastbarkeit genießen, als vielmehr eine Direktive und Richtschnur für den verfassungsändernden Gesetzgeber. So hat auch das Bundesverfassungsgericht in der hier hauptsächlich ja einschlägigen Entscheidung im 30. Band, Seite 1, diese Frage behandelt, wenngleich ich hinzufügen muß, daß es dazu ein Sondervotum von drei Richtern gegeben hat und daß in der Literatur diese Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vielfach kritisiert worden ist.“ (Ebenda, S. 49 f.)

Sachverständiger Lotz (Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof):

(18) „Nach meiner Einschätzung sind Änderungen im Verfassungsrecht, die auch dem einfachen Gesetzgeber wieder Handlungsspielraum eröffnen, auch mit Blick speziell auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit – auf diese will ich mich jetzt hier einmal beschränken – dringend notwendig. Die Verwaltungsgerichte sind bereits bisher stark belastet; das wissen Sie. In den letzten Jahren – wenn ich das nur beispielhaft sagen darf – sind in Bayern mehr als die Hälfte aller neu eingegangenen verwaltungsgerichtlichen Verfahren Asylstreitigkeiten gewesen.“ (Ebenda, S. 33)

Hier wird deutlich, dass der Vertreter der UNO-Flüchtlingsorganisation Koisser das Definitionsproblem aus völkerrechtlicher Perspektive anspricht, dass Badura sich ausschließlich im Begriffsnetz des deutschen Verfassungsrechts bewegt, und zwar unter dem Aspekt der inneren Stimmigkeit, während der Verwaltungsgerichtspräsident Lotz in Kategorien administrativer Funktionalität denkt.

Die Rolle des Sachverständigen nötigt die Rechtsgelehrten neben dem Auslegen zu dem Kommunikationsmodus, der charakteristisch ist für poli-

tische Kommunikation: *Stellung zu nehmen*. Es handelt sich um rollenbedingte *Akkomodation* der Juristen auf pragmatischer Ebene. Der Soziolinguist Giles hat seit den 80er Jahren die Theorie der sprachlichen Anpassung zwischen Personen unterschiedlichen sozialen Profils entwickelt. Mir scheint diese Theorie auch interessant für die Analyse von Kommunikationsverhalten in Institutionen, sofern dort Personengruppen mit unterschiedlicher sprachlicher Charakteristik aufeinandertreffen.

Akkomodation gibt es aber auch auf Seiten der Parlamentarier, dort vor allem, aber nicht nur auf der lexikalisch-semantischen Ebene. Für den parlamentarischen Diskurs lässt sich die Faustregel aufstellen: Je kleiner die Gremien, je weniger Beachtung in der allgemeinen Öffentlichkeit zu erwarten ist und je mehr Personen mit Fachautorität beteiligt sind, um so größer ist das Bemühen der Politiker, sich sprachlich den Experten anzunähern. Ein Beispiel finden wir in einer Einlassung des Abgeordneten Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen), von Beruf Theologe, der sich in einem Einwand gegen den Vorschlag des Sachverständigen Hailbronner, das Asylrecht als „institutionelle Garantie“ zu gewähren – s. o. (14) –, in Auslegungsmodus, Lexik und Textkonstitution dem Stil der Sachverständigen anpasst:

(19) „ob es möglich sei –, auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland dieses Recht abzuschaffen und durch eine institutionelle Garantie zu ersetzen. Ich habe meine Zweifel, und ich habe sie auch, aber nicht nur wegen Art. 79 Abs. 3. Das Entscheidende steht in Art. 1 GG – der nicht ohne Grund unter der Klausel von Art. 79 Abs. 3 steht –, in dessen Abs. 3 es aber heißt: ‚Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.‘“ (Ebenda, S. 109 f.)

Hier wird ein Charakteristikum der Berufsrolle des Politikers sichtbar, das Holly (1990) beschrieben hat: Draußen ein u. U. populistisch formulierender Generalist – parlamentsintern möglichst ein Experte.

Nicht Akkomodation, sondern *Überlagerung* von Rollen liegt vor, wenn jemand zugleich Politiker und von Beruf Experte auf dem von ihm politisch vertretenen Feld ist. Der Fall liegt in (20) vor, wo in der CDU/CSU-Fraktionsdebatte zum Grundvertrag ein Staats- und Verfassungsrechtler, der hier aus Datenschutzgründen anonymisiert ist, das Wort zum Grundvertrag ergreift:

(20) „Ich möchte davor warnen, den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zu erheben. (...) Ich habe erhebliche Bedenken, meine Damen und Herrn, daß das Bundesverfassungsgericht – zumal der in diesem Falle, was ja feststeht, Zweite Senat dieses Gerichtes – bei einer eventuellen Normenkontrollklage, sei es dieser Fraktion, sei es einer CDU-geführten Landesregierung, stattgibt, eines Senates – ob der beim Bundesverfassungsgericht mehr oder weniger geneigt ist, wird aber sicherlich unsere Sache nicht beeinflussen (...)“

Beispiel des Artikels 2 des Vertrages. Hier ist ja davon die Rede, daß die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sich von den Zielen leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, wobei dann einige Beispiele aufgezählt werden, ins-

besondere auch das Selbstbestimmungsrecht und die Wahrung der Menschenrechte, mit dem Ziel, dem Wortlaut des Vertragstextes eine Passage gegenüberzustellen in den Erläuterungen des Vertrages, wo es hier auf Seite 51 des regierungsamtlichen Vertragstextes der Broschüre unter römisch I ganz unten heißt „Im Verhältnis zueinander werden sich die Vertragspartner von den Zielen usw. leiten lassen“. Dieses ‚im Verhältnis zueinander‘ gilt für Artikel 2. Das könnte doch Anlass sein, den Artikel 2 so zu interpretieren, daß sich die Vertragspartner wechselseitig einen Anspruch darauf einräumen, daß im Bereich des jeweils anderen Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte zum Zuge kommen. Gewiß, dies ist eine kühne Interpretation und sicher nicht im Sinne der DDR-Regierung. Aber sollten wir nicht den Versuch unternehmen, unsere nationalen Gedanken auf diese gleichfalls legitime Interpretation des Artikels 2 zu vereinigen? Ich verkenne nicht, daß diese Interpretation in einem gewissen Widerspruch steht zu Artikel 6 des Vertrages, der von der wechselseitigen Respektierung von Unabhängigkeit und Selbständigkeit der beiden Partner in inneren und äußeren Angelegenheiten ausgeht. Aber der Widersprüche gibt es ja in diesem Vertrag noch mehr. Wir sollten uns bei solchen Widersprüchen Varianten herausuchen, die unseren politischen Vorstellungen entgegenkommen.“ (Niederschrift der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Dt. Bundestag am 12.12.1973, S. 18 ff.)

Über weite Strecken spricht aus dem Abgeordneten der Staatsrechtler, insofern er das tut, was Staats- und Verfassungsrechtler meist tun: ein Gesetzes- oder Vertragswerk unter staatsrechtlichen Aspekten auszulegen. Aber schon am Beginn steht eine metajuristisch-politische Einschätzung zur voraussichtlichen Position des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts und zu den Interessen von CDU/CSU, und am Ende instrumentalisiert der Politiker den Staatsrechtler unter Opportunitätsgesichtspunkten: „Wir sollten uns bei solchen Widersprüchen Varianten herausuchen, die unseren politischen Vorstellungen entgegenkommen.“

Mit (20) sind wir auf einen Argumentationstyp gestoßen, der charakteristisch ist für fraktions- und parteiinterne Gremien und der keineswegs an staatsrechtliche oder überhaupt rechtliche Themen gebunden ist und der meist in fachunspezifischer Handlungssprache formuliert wird: *die strategische Meta-Argumentation*, d. h. die Argumentation darüber, welche Position und welche Argumente man zum Nutzen der eigenen politischen Position am besten verwendet. Damit verwandt ist der strategische Diskurs über die eigene politische Positionierung. Ein Beispiel dafür, weit weg vom Staatsrecht, liefert in derselben Fraktionsdebatte – neben Sachargumenten, die hier nicht zitiert zu werden brauchen – der Protagonist der wenigen Befürworter des Grundlagenvertrages in der CDU/CSU-Fraktion, der außenpolitische Sprecher der CDU, Walter Leisler Kiep:

(21) „In Bund und Land, meine Damen und Herren, können wir aber unsere Chancen nur dann vergrößern, wenn wir Koalitionspartner finden und wenn wir den Weg frei machen zu Koalitionsbildungen, die allein im Stande sind, die gegenwärtigen Machtverhältnisse zu verändern. Wir müssen deshalb die Polarisierung in der Außenpolitik nach meiner Überzeugung abbauen und damit die entscheidende Klammer zwischen SPD und FDP lösen. Dadurch wird die einseitige politische Entwicklung unseres Landes verhindert und die Chance der Union vergrößert in der selben Richtung wie jetzt.“ (Ebenda)

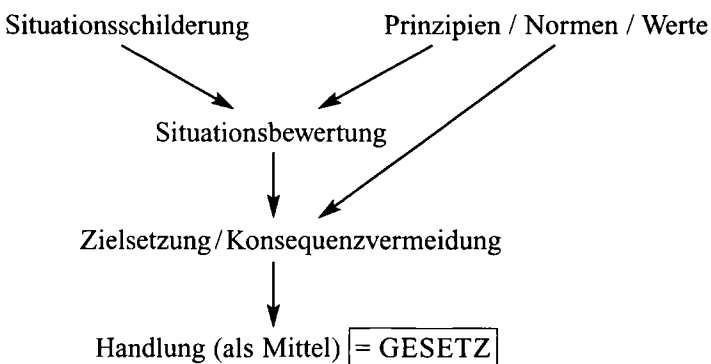


### III

Nach den exemplarischen Blicken in die Einzelheiten der parlamentarischen Kommunikation und die dortige Präsenz von Rechtssprache soll abschließend das prinzipielle Verhältnis von politischer Kommunikation und Rechtskommunikation, das mit der Titel-Metapher „Schnittstelle“ verortet, aber nicht geklärt ist, behandelt werden. Niklas Luhmann (1997 u. a.) betont die Autonomie der gesellschaftlichen Teilsysteme. Im politischen Bereich dominiert der Code der Macht mit den polaren Werten Überlegen-Sein/Unterlegen-Sein, im Rechtssystem der Code mit den Werten Rechtmäßigkeit/Unrechtmäßigkeit. Relevanter für die Analyse des Phänomens, das wir in (20) bei dem Verfassungsrechtler als CDU/CSU-Fraktionsmitglied beobachtet haben, ist allerdings Luhmanns Theorem der teilsystemspezifischen „Programme“. Er ordnet dem Teilsystem Politik „Zweckprogramme“ zu, dem Teilsystem Recht „Konditionalprogramme“. Denn Politik richtet ihr Handeln auf Zwecke aus. Beim Rechtsprechen aber wird vor allem gefragt, welche Bedingungen vorliegen, um Sachverhalte als rechtmäßig oder unrechtmäßig zu beurteilen.

Unter linguistischen Gesichtspunkten ist diese Unterscheidung allerdings recht grob. Mit argumentationsanalytischen Instrumenten, insbesondere denen der Topik, lässt sich Genaueres ermitteln. Hier wird der Begriff „Topos“ – anders als in der Literaturwissenschaft – im Aristotelischen Sinne verwendet: als von einzelnen Themen unabhängiger Fundort für Argumente, als Bezeichnung für Argumentationsschemata, auf die man bei der Behandlung der unterschiedlichsten Sujets zurückgreifen kann.

Im politischen Diskurs begegnen uns Topoi in einer charakteristischen Konstellation. Es handelt sich um ein komplexes topisches Muster, dessen Bestandteile eine gerichtete Kette von Begründungsrelationen bilden (Klein 2000)<sup>2</sup>:



<sup>2</sup> In der Terminologie der „Topik“ wäre eine Begründung durch Situationsschilderung als „Ausgangsdaten-Topos“, durch Prinzipien, Normen oder Werte als „Prinzipien-Topos“, durch Situationsbewertung als „Motivationstopos“, durch Zielsetzung als „Finaltopos“ und durch Hinweis auf Konsequenzen als „Konsequenz-Topos“ zu bezeichnen.

Das Muster ist bestimmend für die *Logik der Politik*.

Am reinsten pflegt dieses Muster realisiert zu werden in den Begründungsteilen von Gesetzentwürfen. So beginnt die „Begründung. Allgemeiner Teil“ zur Änderung des Asylartikels (a. a. O.) mit einer *Situationsschilderung*:

(22) Begründung. Allgemeiner Teil: „Auf Grund des geltenden Artikels 16 Abs. 2 Satz 2 GG hat grundsätzlich jeder Ausländer, der sich auf politische Verfolgung beruft,

- ein vorläufiges Bleiberecht im Bundesgebiet bis zum Abschluß des Asylverfahrens,
- Anspruch auf umfassende Prüfung seines Asylantrages auch bei offensichtlich ausichtslosem Vorbringen im Verwaltungs- und ggf. nachfolgenden Gerichtsverfahren.

Ausländer haben – mit sprunghaft steigender Tendenz auf 438 191 im Jahr 1992 einschließlich der asylbegehrenden Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge – im Bundesgebiet um Asyl nachgesucht.“

Es folgt die *Situationsbewertung*:

(23) „Wie die Anerkennungsquoten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (1992: 4,3%) und entsprechende Entscheidungen der Gerichte zeigen, hat der weitaus überwiegende Teil sich zu Unrecht auf politische Verfolgung berufen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine größere Zahl von Ausländern wegen der Herkunft aus Bürgerkriegsregionen und wegen ähnlicher Gründe zeitweilig ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland erhalten kann, bleibt festzustellen, daß die Berufung auf das Asylrecht in erheblichem Umfang zum Mittel für eine unkontrollierte Zuwanderung aus wirtschaftlichen und anderen nicht durchgreifenden Gründen geworden ist.“

Der nächste Abschnitt umreißt *Ziele und Unterziele*:

(24) „Ziel einer Neuregelung des Asylrechts muß es sein, den wirklich politisch Verfolgten weiterhin Schutz und Zuflucht zu gewähren, aber eine unberechtigte Berufung auf das Asylrecht zu verhindern und diejenigen Ausländer von einem langwierigen Asylverfahren auszuschließen, die unseres Schutzes deswegen nicht bedürfen, weil sie offensichtlich nicht oder nicht mehr aktuell politisch verfolgt sind. Außerdem ist das Asylverfahren einschließlich des gerichtlichen Verfahrens weiter zu beschleunigen. Dementsprechend sollen Ausländer,

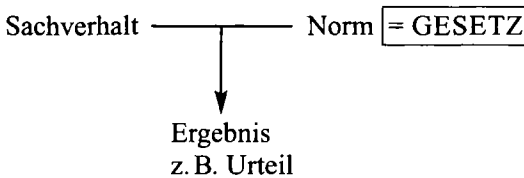
- a. die über sichere Drittstaaten einreisen, in denen sie keiner Verfolgung ausgesetzt sind, sondern Schutz finden können, keinen Anspruch auf Asyl haben,
- b. die aus Herkunftsländern einreisen, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse politische Verfolgung nicht oder nicht mehr stattfindet, ihre Asylbegehren in einem verkürzten Verfahren prüfen lassen. Darüber hinaus sollen sich die Bundesrepublik Deutschland europäischen Regelungen über die Zuständigkeit für Asylverfahren und die gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen gleichberechtigt anschließen können.“

Und dann wird als *Handlungskonsequenz* aus diesen Zielen die Schlussfolgerung gezogen:

(25) „Diese Regelungen erfordern eine Änderung des Grundgesetzes.“

Das *Gesetz* bzw. die Gesetzesänderung als Handlungsinstrument, *als Mittel*, politische Ziele bzw. Zwecke zu erreichen – das ist der *Status des Gesetzes im parlamentarischen* Diskurs. Das gilt für alle Formen des parlamentarischen Diskurses. In Debattenreden pflegen die Bestandteile des Musters nicht immer vollständig und in der strengen Reihenfolge wie im Begründungsteil von Gesetzentwürfen vorzukommen. Aber nimmt man die Beiträge mehrerer Redner einer Fraktion zusammen, finden sich durchweg alle Bestandteile des Musters – mit einer häufigen Ausnahme: Wo der normative Hintergrund problematisch werden könnte, werden die Prinzipien, die politisch-ethischen Normen oder Werte, auf denen Situationsbewertungen und Zielsetzungen beruhen, gerne ausgespart – so auch im Begründungsteil zum neuen Asylrechtsartikel.

Die *Logik des Rechtssystems*, speziell des Rechtsprechens, folgt einem anderen, dreigliedrigen Muster:



Ein *Ergebnis*, z. B. ein Urteil, wird abgeleitet aus der Zuordnung eines *Sachverhalts* zu einer *Norm* – und diese ist das Gesetz. Im Rechtsdiskurs ist der explizite Bezug auf die Norm unverzichtbar. Der Gesetzestext spielt im politischen Diskurs und im Rechtsdiskurs also gänzlich verschiedene Rollen. Dort ist er *Handlungsinstrument*, hier ist er *Handlungsnorm*.

Ist es eigentlich derselbe Text, bevor und nachdem er die Schnittstelle Parlament verlassen hat – nachdem das Parlament ihn „verabschiedet“ hat? Sprachlich-formal ja mit Einschränkung. Denn bis zur Endabstimmung gehört zum Gesetzestext sein Begründungstext – sogar im textmaterialien Sinne – unabdingbar dazu. Aber wie eine Zwei-Stufenrakete an einem bestimmten Punkt die erste Stufe abwirft, so bleibt bei der Verabschiedung des Gesetzes der Begründungsteil zurück. Vom Staatsoberhaupt unterschrieben und im Gesetzblatt abgedruckt wird das Gesetz, nicht seine Begründung. *Geltungslogisch* hat sich für den Text Entscheidendes geändert. Im Parlament ist seine Bindekraft nur hypothetisch bzw. potentiell, dort existiert das Gesetz bis zur Schlussabstimmung im Entwurfsstadium – und ist daher kontinuierlich stützungsbedürftig durch Begründung. Danach *gilt* es, unabhängig von seiner Begründung. Es bekommt dann übrigens neue, allerdings für die Geltung nicht obligatorische Begleiter: die Kommentare, die das Gesetz erläutern – aber nicht begründen.

Parlamentarische Arbeit ist Arbeit *am* Gesetz. Juristische Arbeit ist Arbeit *mit* dem Gesetz und *unter* dem Gesetz. Daran ändert auch die Tatsache we-

nig, dass juristische Auslegung zu Veränderungen im *Verständnis* von Gesetzen führen mag – aber das ist noch keine Gesetzesänderung.

Die Teilsysteme Politik und Recht folgen unterschiedlichen Handlungslogiken. Unter diachronischem Aspekt herrscht zwischen ihnen eine Art Pendelbewegung. Der politische Diskurs strebt zur Erreichung von Zielen Verrechtlichung durch Gesetze an. Sind diese da, so ergeben sich aus der Handhabung des Gesetzes im Rechtssystem auf die Dauer vielfach Probleme, die die Justiz durch Auslegen nicht mehr lösen kann. Dann schwingt das Pendel zurück zur Politik. Und wenn diese sich der Sache annimmt, wird erneut Verrechtlichung durch Gesetz, etwa im Wege der Novellierung ins Auge gefasst.

## Literatur

- Burckhardt, Armin/Pape, Cornelia (Hg.) (2000): *Sprache des deutschen Parlamentarismus*. Wiesbaden.
- Busse, Dietrich (1999): Die juristische Fachsprache als Institutionensprache am Beispiel von Gesetzen und ihrer Auslegung. In: Hoffmann, Lothar/Kalverkämper, Hartwig/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): *Fachsprachen. Languages for Special Purposes*. Berlin/New York.
- Giles, Howard (1982): Interpersonale Akkomodation in der vokalen Kommunikation. In: Scherer, Klaus (Hg.): *Vokale Kommunikation. Nonverbale Aspekte des Sprachverhaltens*. Weinheim/Basel. S. 253–277.
- Ders./Couplard, Justine/Couplard, Nikolas (Hg.) (1991): *Contexts of accomodation. Developments in applied sociolinguistics*. Cambridge.
- Hermanns, Fritz (1982): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): *Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II*. Hildesheim/Zürich/New York. (Germanistische Linguistik 3–6/80). S. 151–182.
- Holly, Werner (1990): *Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten*. Berlin/New York.
- Klein, Josef (1991): Politische Textsorten. In: Brinker, Klaus (Hg.): *Aspekte der Textlinguistik*. Hildesheim. S. 245–278.
- Ders. (2000): Komplexe topische Muster. In: Schirren, Thomas/Ueding, Gert (Hg.): *Topik und Rhetorik*. Tübingen. S. 623–649.
- Ders./Steyer, Katrin (2000): Fraktionsdebatte und Medienstrategien. In: Burckhardt/ Pape, S. 288–318.
- Kopperschmidt, Josef (1989): *Methodik der Argumentationsanalyse*. Stuttgart.
- Luhmann, Niclas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bde. Frankfurt a. M.
- Steyer, Katrin (1996): *Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs*. Tübingen.
- Zeh, Wolfgang (1989): Theorie und Praxis der Parlamentsdebatte. In: Schneider, Hans-Peter/Zeh, Wolfgang (Hg.): *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York. S. 917–937.

MARKUS NUSSBAUMER

## Grenzgänger – Gesetzestexte zwischen Recht und Politik

### Abstract

Für die These, dass Gesetzestexte Grenzgänger zwischen Recht und Politik seien, muss in einem ersten Teil ein Gegensatz aufgebaut werden zwischen dem politischen Diskurs und dem Diskurs des juristischen Normtextes: Der Gesetzestext, wiewohl ein Kind der Politik und von Politik umstellt, ist vom Ideal her etwas ganz anderes als ein politischer Text. Ist die Grenze zwischen den Diskursen dann einmal gezogen, kann in einem zweiten Teil den sprachlichen Elementen des Politischen in Gesetzestexten nachgefragt werden. Das soll mit Beispielen aus der schweizerischen Bundesverfassung, aber auch aus schweizerischen Gesetzen und Verordnungen gezeigt werden. Das Politische hat linguistisch besehen allerlei Gestalt: Es ist zu fassen mit Kategorien der Textfunktion, es zeigt sich in einem bestimmten Umgang mit Implizitheit und Explizitheit, im Einsatz rhetorischer Mittel, vor allem aber im Wortschatz. Bei diesem stellt sich im Besonderen die Frage, welche ausserrechtlichen Bereiche die Gesetzestexte lexikalisch alimentieren und was mit den Wörtern beim Wechsel vom politischen in den juristisch-normativen Diskurs passiert. Anhand von zwei Beispielen wird diesen Fragen etwas intensiver nachgegangen.

In einem dritten Teil wechselt die Perspektive: Die Behauptung ist nun, dass die Sprache von Gesetzestexten an sich etwas Politisches ist und die Arbeit an dieser Sprache (Gesetzesredaktion) mithin eine politische: seien das die generellen Bemühungen um Verständlichkeit; der tabulose redaktionelle Eingriff, der immer auch ans Materielle rührt; die bewusste Wahl und Abwahl von Bezeichnungen und damit der Positionsbezug in Wortkämpfen; oder der Einsatz für eine geschlechtergerechte Gesetzessprache.

In einem Resümee wird schliesslich die akademische Linguistik von der Praxis der Gesetzesredaktion zu vermehrter Vor-, Mit- und Nacharbeit in Fragen der Gesetzessprache eingeladen.

### Grenzgänger

Auf der IDS-Jahrestagung 1997 hat Ulrike Haß-Zumkehr einen Vortrag gehalten über die Weimarer Reichsverfassung (Haß-Zumkehr 1998). Davon sehr angeregt, habe ich kurze Zeit später über die neue schweizerische Bundesverfassung, die gerade im Entstehen war<sup>1</sup>, geschrieben, sie sei eine sprachliche Grenzgängerin zwischen dem Recht und der Politik, sie sei dis-

---

<sup>1</sup> Die neue Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist 1999 in der Volksabstimmung angenommen worden und auf den 1. Januar 2000 in Kraft getreten. Sie trägt in der Systematischen Rechtssammlung des Bundes (SR) die Nummer SR 101. Die SR ist im Internet gratis zugänglich unter: [www.admin.ch](http://www.admin.ch).

kurstheoretisch hybrid (Nussbaumer 1997; 1998).<sup>2</sup> Dieser These möchte ich an dieser Stelle etwas vertiefter nachgehen. Zunächst konstruiere ich einen Gegensatz zwischen dem politischen Diskurs<sup>3</sup> und dem Diskurs des juristischen Normtextes. Anschließend frage ich nach sprachlichen Elementen des Politischen in Gesetzestexten.<sup>4</sup> In einem ganz kurzen dritten Teil werde ich schließlich zu zeigen versuchen, dass die Sprache von Gesetzestexten an sich schon immer etwas Politisches ist.<sup>5</sup>

## (1) Gesetzestexte und Politik

Gesetzestexte haben die Politik in sich drin. Das heißt: Jede rechtliche Norm ist politisch im doppelten Sinn: (1) Mit ihr werden öffentliche, staatliche, gesellschaftliche Belange gestaltet. Und (2) in sie sind Entscheidungen über dieses Politische und damit Interessen und Machtverhältnisse eingeschrieben. Nehmen wir ein Beispiel, das uns Linguistinnen und Linguisten nahe liegt, ein Beispiel aus dem Vorentwurf zu einem schweizerischen Sprachengesetz:

### **Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Vorentwurf März 2001)**

#### **2. Abschnitt: Amtssprachen des Bundes, Art. 6 Wahl der Sprache**

<sup>4</sup> Im Verkehr mit Personen, die keine Amtssprache beherrschen, verwenden die Behörden nach Möglichkeit eine Sprache, die diese Personen verstehen.

Eine solche gesetzliche Bestimmung birgt natürlich eine sprachpolitische Entscheidung von grosser Tragweite.

Gesetzestexte haben die Politik hinter sich. Das meine ich (1) im zeitlichen und (2) im auktorialen Sinn: Gesetzestexte sind das Produkt politischer Prozesse, sie sind aus einem politischen Diskurs hervorgegangen. Sie sind geronnene, zum Stillstand gekommene Politik. Der politische Diskurs ist aufgehoben in den Materialien, das sind in der Schweiz die so genannte

<sup>2</sup> Man könnte auch davon sprechen, dass der Verfassungstext Momente von Diskurs-switching oder Diskursshifting aufweise oder dass er mehrstimmig, dass er polyphon ist.

<sup>3</sup> Ich verwende den Terminus „Diskurs“ im heute üblich gewordenen eher untechnischen Sinn eines in einer bestimmten Domäne historisch gewachsenen, konventionellen Sprachgebrauchs oder Sprachspiels.

<sup>4</sup> Ich spreche der Einfachheit halber von „Gesetzestexten“, wenn ich generell juristische Normtexte meine, also die Verfassung, Bundesgesetze, Ausführungsverordnungen (die in der Schweiz einfach „Verordnungen“ heißen). Wenn man in der Schweiz generell von juristischen Normtexten spricht, sagt man „Erlass“ (vgl. Art. 163 der neuen Bundesverfassung), doch wird „Erlass“ im übrigen deutschsprachigen Raum wohl anders verstanden.

<sup>5</sup> Für meinen Beitrag spielt ein biografisches Moment eine gewisse Rolle. Seit 1997 bin ich nämlich selber zum Grenzgänger geworden, zwischen Zürich, wo ich früher an der Universität gearbeitet habe, und Bern, wo ich heute in der Schweizerischen Bundeskanzlei Gesetzesredaktor, also Arbeiter an der Sprache von Gesetzen, bin.

„Botschaft“ der Regierung zu einer Gesetzesvorlage<sup>6</sup> und die Protokolle der Beratungen in den Kommissionen und im Parlament.<sup>7</sup> Dieser politische Diskurs ist damit aus den Gesetzestexten ausgelagert. Und gerade weil die Gesetze diesen politischen Prozess, das Verfahren, hinter sich haben – und zwar jetzt im auktorialen Sinn –, genau deshalb gelten sie.<sup>8</sup>

Schließlich: Gesetzestexte haben die Politik um sich herum. Das heißt: Gesetzestexte sind – auch einmal erlassen – ständig Gegenstand politischer Auseinandersetzung. An ihnen arbeitet sich die Politik auch weiterhin ab. Es gibt über die Verabschiedung durch das Parlament und das Inkrafttreten hinaus einen politischen Diskurs in einer überaus vielfältigen Textsortenwelt, der sich intertextuell auf den Gesetzestext bezieht.<sup>9</sup>

In diesem Sinn sind Gesetzestexte gewiss Texte der politischen Institution. Es sind, wenn man so will, politische Texte – so bei Josef Klein (2000) oder Walther Dieckmann (1969). Und doch: Trotz all dieser Politik in und neben und hinter und vor den Gesetzestexten sind Gesetzestexte linguistisch gesehen nicht politisch. Was ich damit meine, erhellt zum Beispiel aus dem neuen Gesetzgebungsleitfaden unseres Bundesamtes für Justiz, wo es über Gesetzestexte heißen wird:

**Gesetzgebungsleitfaden. Bern: Bundesamt für Justiz  
(Entwurf Dezember 2000; erscheint 2001)**

Erlasstexte formulieren Normen und (fast) nichts anderes als Normen. In einem Erlasstext haben nichts verloren:

- Beschreibungen eines Sachverhalts;
- Erklärungen, warum etwas so ist, wie es ist;
- Begründungen, warum eine Norm aufgestellt wird;
- Appelle an die Adressatinnen und Adressaten;
- Deklarationen von politischen Absichten;
- Motive und Ziele für den Erlass oder einzelne Bestimmungen.

<sup>6</sup> Jeweils abgedruckt im Bundesblatt, das im Internet gratis zugänglich ist unter: [www.admin.ch](http://www.admin.ch).

<sup>7</sup> Die Wortprotokolle der Beratungen im Parlament sind abgedruckt im so genannten Amtlichen Bulletin. Dieses ist ebenfalls im Internet gratis zugänglich unter: [www.admin.ch](http://www.admin.ch). – Der Kreis der politischen Vorläufertexte wäre natürlich über die eigentlichen Materialien hinaus zu erweitern um Texte wie Parteiprogramme, Regierungsprogramme oder die politischen Texte in den Medien. Vgl. etwa Klein (2000).

<sup>8</sup> Sie haben argumentative, deliberative Verfahren – die immer mehr oder minder auch politisch, also interessengeleitet sind – auch wiederum vor sich, insofern als die Anwendung des Rechts genau so wie seine Schaffung ein argumentativer diskursiver Prozess ist. Dabei wiederholt sich in der Rechtsanwendung gewissermassen das Muster der Gesetzgebung: Ein deliberativer Prozess gebiert im Urteilsdispositiv und besonders in den Leitsätzen oder Regesten einen Text, der wiederum von allem Deliberativen „gereinigt“ ist – ein ganz und gar nicht argumentativer, quasi normativer Text mit einem ganz und gar argumentativen Prozess „hinter sich“.

<sup>9</sup> Für die Schweiz besonders zu erwähnen sind die Texte aus den Debatten im Vorfeld (und im Nachgang) zu Volksabstimmungen.

Gesetzestexte sind ganz und gar asketische Texte. Die Askese besteht in der strikten Enthaltensamkeit gegenüber aller Deskription, Explikation und Argumentation, gegenüber allem Expressiven, Appellativen und Deklarativen, gegenüber allem Warum und Wozu. Die Normen stehen nackt und bloss da, sie gelten, weil sie gelten. „Und es wird nicht diskutiert!“ Die Gesetzestexte kennen kein Ich und kein Du, sie bedürfen keiner rhetorischen Überzeugungsmittel, und sie scheuen die Redundanz wie der Teufel das Weihwasser. „Ein Gesetz muß nämlich kurz sein [...]. Gleichsam ein von Gott gesprochenes Wort muß es sein: es befehle, erörtere nicht!“ hieß es schon vor 2000 Jahren.<sup>10</sup>

Der Gesetzestext kann sich diese Askese leisten, weil er eben die Politik hinter sich hat und damit seinen Geltungsgrund außerhalb seiner selbst.<sup>11</sup> Und der Gesetzestext soll sich diese Askese leisten, damit die in Geltung zu bringende Norm<sup>12</sup> klar, unverstellt erkennbar wird und damit sie auch geschützt ist vor Gefährdungen durch eine sie in Frage stellende Politik. Die Politik muss draußen bleiben.<sup>13</sup> Das „Justiziable“ das „juristisch Handhabbare“, das „normativ Relevante“ soll dastehen, und sonst nichts.<sup>14</sup>

<sup>10</sup> „Legem enim brevem esse oportet [...]. Velut emissa divinitus vox sit: iubeat, non disputet.“ So zitiert Seneca im 94. Brief seiner *Epistulae morales ad Lucilium* die Auffassung von Poseidonios. Er setzt sich kritisch mit ihr auseinander und hält dagegen, Gesetze trügen dann zur sittlichen Vervollkommenheit bei, „wenn sie nicht nur befehlen, sondern lehren“ („si non tantum imperant, sed docent“). (L. Annaeus Seneca: *Ad Lucilium epistulae morales LXX – CXXIV/An Lucilium Briefe über Ethik 70–124*. Übersetzt, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Manfred Rosenbach [= Seneca: *Philosophische Schriften*. Bd. 4]. Darmstadt 1984. S. 438 f.) – Vgl. auch Löttscher (1995, S. 118; 1996, S. 92).

<sup>11</sup> Josef Klein (1998/99, S. 1372): „Die rechtsverbindliche Kraft von Gesetzen macht persuasive Elemente überflüssig.“

<sup>12</sup> Eine Rechtsnorm ist prototypisch zusammengesetzt aus einem klaren Tatbestand und einer daran geknüpften klaren Rechtsfolge. Es kann sich handeln um die Statuierung von Rechten, von Pflichten, von Aufgaben und Zuständigkeiten, von Verboten, von Strafdrohungen usw. Eine Typologie von Rechtsnormen findet sich bei Hoffmann (1992, S. 138 ff.; 1998, S. 524 f.).

<sup>13</sup> Diese Askese des Gesetzestextes ist eine rechtssprachhistorisch relativ junge Errungenschaft. Vgl. hierzu Forstmoser/Schlupe (1992, § 3, Rz. 56): „Die moderne Gesetzessprache zeichnet sich durch Nüchternheit und Knappheit aus. Aussagen, die das germanische Recht in poetische, bildliche Formen goss, macht der moderne Gesetzgeber in kühler, sachlicher Form.“ Und ebenda (1992, § 3, Rz. 63): „Überwunden ist auch der werbende, begründende und überredende Stil, der sich in vielen römischen Kaiserkonstitutionen und noch in den Gesetzen der Aufklärung findet. Der moderne Gesetzgeber begründet seine Entscheide nicht im Gesetz selbst, er hält lediglich die Rechtsfolgen bestimmter Tatbestände fest. Er vermeidet dabei das Pathos früherer Zeiten.“ Es folgt ein Beispiel aus der ersten helvetischen Verfassung von 1789. – Hattenhauer (1987, S. 51 ff.) zeigt am Beispiel der *patria potestatis*, der väterlichen Gewalt, im Vorfeld des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794, wie sich die moderne Gesetzessprache, die sich auf das Normative beschränkt, allmählich aus dem rechtsgelehrten und politischen Diskurs des Erklärens und Begründens herausbildet.

<sup>14</sup> Vgl. Löttscher (1996, S. 117 f.; *passim*).



Ganz anders der politische Diskurs: Er hat seinen Geltungsgrund nicht außerhalb seiner selbst. Im politischen Diskurs muss dieser Geltungsgrund vielmehr laufend beigebracht werden, und dazu muss beschrieben, erklärt und begründet werden. Es wird deklariert, appelliert und geworben. Es sind anwesend das Ich und das Du, und das Wie einer Aussage ist ein permanent eingesetztes Überzeugungsmittel für das Was. Der politische Diskurs hat eine Richtung, er nennt Ziele und Wege zu den Zielen. Damit hat er etwas Dynamisches, Unruhiges.

So weit meine Entgegensetzung. Jetzt möchte ich zeigen, dass die Wirklichkeit nicht ganz so einfach ist. Ich frage nach sprachlichen Elementen des Politischen in Gesetzestexten. Zu fassen sind sie mit Kategorien der Textfunktion, sie scheinen auf im Wortschatz, in dem, was ich Reliefgebung nenne, und im Einsatz rhetorischer Mittel.

## **(2) Elemente des Politischen in Gesetzestexten**

### **(a) Textfunktion**

Werfen wir zunächst einen Blick auf moderne Verfassungstexte. Diese beschränken sich dort auf das rein Normative, wo sie die Organe des Staates konstituieren, Verfahrensabläufe regeln, Zuständigkeiten verteilen. Unter Verfassungsrechtlern gibt es aber einen Konsens darüber, dass dies nicht die einzige Funktion einer Verfassung ist.<sup>15</sup> Sie hat neben dieser Organisationsfunktion auch eine rechtliche Leitfunktion und nennt dazu Grundwerte und Staatsziele. Und sie hat dabei eine gesellschaftliche Integrationsfunktion und soll die Bürgerinnen und Bürger auf einen gesellschaftlichen Grundkonsens einschwören.<sup>16</sup> In diesen Teilen finden sich denn auch neben den nüchternen normativen Sprachhandlungen Deklamatorisches, Appellatives und Werbendes, das Expressive, das Feiernde und das Feierliche.<sup>17</sup>

Zur Illustration sollen hier ein paar Beispiele aus der neuen Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999<sup>18</sup> genügen: In der Präambel, im Zweckartikel oder im Artikel über die individuelle und gesellschaftliche Verantwortung wird „lauthals gesungen von allem, was uns lieb und teuer ist“<sup>19</sup>:

<sup>15</sup> Vgl. Hesse (1994: bes. S. 4–7); vgl. auch Haß-Zumkehr (1998: passim).

<sup>16</sup> Auf die Problematik von Verfassungen, oder genereller: von Rechtsordnungen als Wertordnungen kann ich hier nicht eingehen. Vgl. dazu sehr kritisch Spaemann (2001).

<sup>17</sup> Vgl. Haß-Zumkehr (1998) zu einem letztlich gescheiterten Versuch, die Weimarer Reichsverfassung mit solchen Elementen anzureichern. Vgl. auch Klein (2000, S. 737).

<sup>18</sup> Vgl. Fußnote 1.

<sup>19</sup> Bertschi/Gächter (2000, S. 3): „Bereits in der Ouvertüre wird lauthals gesungen: In der Präambel kündigt die neue Bundesverfassung beredt und bewegt von allem, was ihr lieb und teuer ist. Auch nachher spricht sie ausführlich von ihren guten Vorsätzen: Sie enthält – verglichen mit ihrer spröden Vorgängerin von 1874 – eine Vielzahl von Grundsatzdeklarationen und Zielnormen.“ Am Ende ihres schönen Beitrages (2000, S. 26 ff.) schreiben Bertschi/Gächter: „Die Verfassung versucht, dem Bedürfnis des

## **Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)**

### **Präambel**

Im Namen Gottes des Allmächtigen!  
Das Schweizervolk und die Kantone,  
in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung,  
im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken,  
im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben,  
im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen,  
gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen,  
geben sich folgende Verfassung: [...]

### **Art. 2 Zweck**

<sup>1</sup> Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

<sup>2</sup> Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.

<sup>3</sup> Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.

<sup>4</sup> Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

### **Art. 6 Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung**

Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.

Auch einzelne Stellen in einem Gesetz dürfen nach gängiger Gesetzgebungslehre über das direkt „Justiziable“ hinausgehen. Namentlich die Ziel- oder Zweckartikel oder die Artikel, die etwa mit „Grundsatz“ überschrieben sind (vgl. Löttscher 1996). Der juristische Wert dieser Artikel besteht darin, dass sie Auslegungshilfen für die nachstehenden Bestimmungen und dass sie Gesetz-

---

Menschen nach Verankerung, Sicherheit und Gemeinschaft entgegenzukommen. Darin liegt einer der Gründe, weshalb sie auf das traditionelle transzendente Fundament nicht verzichten mochte; damit lässt sich auch das augenscheinliche Bestreben begreifen, mit der Nennung von Werten, mit Zielbestimmungen und moralischen Appellen Halt und Orientierung zu schaffen. Freiheit ist eben, mit den Worten Robert Walsers, ‚kalt und schön‘. Die neue Verfassung will gewissermassen metaphysische und ideologische Nestwärme vermitteln. Dies unterscheidet sie von der BV von 1874, aus der ein derartiges Bemühen kaum hervorgeht.“

gebungsleitlinien für die Folgegesetzgebung sind.<sup>20</sup> Aus unserer linguistischen Sicht sind die Artikel gewissermassen offizielle Grenzübergänge oder Einfallstore für das Politische.<sup>21</sup> Ein Beispiel für einen etwas plump politischen Grundsatzartikel findet sich in einem Entwurf zu einer Personalverordnung für den ETH-Bereich, also für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen:

### **Personalverordnung für den ETH-Bereich (Entwurf Jan. 2001)**

#### **Art. 3 Grundsätze**

<sup>1</sup> Der ETH-Rat [ETH = Eidgenössische Technische Hochschule], die beiden ETH und die Forschungsanstalten sind fortschrittliche und soziale Arbeitgeber. Sie treten am Arbeitsmarkt national und international auf allen Ebenen als attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeber auf und setzen mit zeitgemässen Arbeitsbedingungen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zweckmässig, wirtschaftlich und sozial verantwortungsvoll ein.

<sup>2</sup> Die Personalpolitik berücksichtigt insbesondere die Zielsetzungen von Lehre, Forschung und Dienstleistungen, wie sie im ETH-Gesetz definiert sind. Sie orientiert sich dabei an der Personalpolitik des Bundesrates sowie an der gemeinsamen Absichtserklärung der Sozialpartner.

<sup>3</sup> Die Personalpolitik fördert die Fähigkeit, berufliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu erkennen und die damit verbundenen Veränderungsprozesse zukunftsorientiert und erfolgreich anzugehen.

Ein anderes Beispiel ist dem Entwurf zum neuen Berufsbildungsgesetz entnommen, dessen Artikel 3 und 12 wie folgt lauten:

<sup>20</sup> Als solche fungieren auch die allgemeinen Bestimmungen in der Verfassung; Bertschi/Gächter (2000, S. 26 f.): „Den Ausgangspunkt dieses Beitrages bildete die Frage, ob die hier vorgestellten, teilweise neu in die Bundesverfassung aufgenommenen Grundsätze und Ziele mehr seien als nur ‚schöne Worte‘, ob sie Leitlinien des staatlichen Handelns sein können und ob sie einen ‚juristisch verwertbaren‘ Gehalt aufweisen. Die Antwort auf diese Frage ist ein [...] zu differenzierendes Ja. Gemeinsam ist der Präambel sowie den Artikeln 2 und 6, dass sie eine bewusste Wertentscheidung des Verfassungsgebers widerspiegeln und ihnen somit eine historische Bedeutung zukommt. Kompetenzen oder individuelle Rechtsansprüche begründen sie zwar allesamt nicht, sie können aber in höherem (Zweckartikel) oder geringerem (Präambel) Mass zur Auslegung und Konkretisierung anderer Normen herangezogen werden und übernehmen dadurch sowohl in der Rechtsanwendung als auch in der Rechtsetzung eine gewisse Orientierungsfunktion. Programmatischen Gehalt weisen vor allem die Staatszwecke auf; aber auch der Appell an die Verantwortung ist von den staatlichen Organen grundsätzlich zu berücksichtigen. Diese programmatischen Teilgehalte begründen [...] keine Gesetzgebungskompetenzen, sie nehmen aber alle zur Rechtsetzung berufenen Organe in die Pflicht, im Rahmen ihrer Kompetenzen die entsprechenden Ziele zu verwirklichen. Es handelt sich somit um ‚Impulsnormen‘ bzw. Daueraufträge an den Gesetzgeber. Die Rechtsetzungsorgane dürfen nicht an diesen Zielen vorbeischaun, sie müssen sie zwingend in ihre Erwägungen mit einbeziehen.“

<sup>21</sup> Vgl. Müller (1999: Rz. 258); vgl. auch Klein (1998/99, S. 1373): „Für politisch informierte ist vor allem in den Anfangsparagraphen, wo Aufgaben, Grundsätze oder Zielsetzungen formuliert sind, der implizierte Bezug zu Parteiprogrammen und ähnlichen Texten manchmal unübersehbar.“ Klein illustriert dies am Beispiel des BBauG von 1976.

## **Berufsbildungsgesetz (Entwurf Sept. 2000; BBl 2000 5775<sup>22</sup>)**

### **Art. 3 Ziele**

Dieses Gesetz fördert und entwickelt:

- a. ein Berufsbildungssystem, das den Einzelnen die berufliche und persönliche Entfaltung und die Integration in die Gesellschaft, insbesondere in die Arbeitswelt, ermöglicht und das ihnen die Fähigkeit und die Bereitschaft vermittelt, beruflich flexibel zu sein und in der Arbeitswelt zu bestehen;
- b. ein Berufsbildungssystem, das der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe dient;
- c. den Ausgleich der Bildungschancen in sozialer und regionaler Hinsicht sowie die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in der Berufsbildung;
- d. die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsgängen und -formen innerhalb der Berufsbildung sowie zwischen der Berufsbildung und den übrigen Bildungsbereichen;
- e. die Transparenz des Berufsbildungssystems.

### **Art. 12 Gegenstand [der beruflichen Grundbildung]**

<sup>1</sup> [...]

<sup>2</sup> Sie [die berufliche Grundbildung] umfasst insbesondere die Vermittlung und den Erwerb:

- a. der berufsspezifischen Qualifikationen, die Lernende dazu befähigen, eine Berufstätigkeit kompetent und sicher auszuüben;
- b. der grundlegenden Allgemeinbildung, die sie dazu befähigt, den Zugang zur Arbeitswelt zu finden, darin zu bestehen und sich in die Gesellschaft zu integrieren;
- c. der wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie dazu befähigen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen;
- d. der Fähigkeit und der Bereitschaft zum lebenslangen Lernen sowie zum selbstständigen Urteilen und Entscheiden.

Der Zielartikel 3 zeigt den typischen Subjektschub: Das Gesetz „fördert und entwickelt“. Das Gesetz tut etwas, und nicht der Gesetzgeber mit dem Gesetz. Häufig sind diese Artikel auch so formuliert: „das Gesetz will“ oder „das Gesetz soll“. Ihm wird eine Intentionalität unterschoben, und das Ganze bekommt eine Zielgerichtetheit, eine Finalität.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> BBl = Bundesblatt; gratis abrufbar im Internet unter [www.admin.ch](http://www.admin.ch).

<sup>23</sup> Es gibt in der modernen Gesetzgebung die starke Tendenz, auch an andern Stellen als den Gegenstands-, Grundsatz- und Zweckartikeln in den politischen, d. h. deklaratorischen oder deskriptiven Diskurs zu fallen. Kritisch zu dieser Tendenz Müller (1999, S. 143 ff.). Dazu wiederum kritisch Richli in seiner Rezension von Müller (1999) (in der Aktuellen juristischen Praxis 3/2000, S. 370 f.): „Unter dem Titel ‚Normativer Ge-

## (b) Wortschatz

Interessant ist nun vor allem der politische Wortschatz, Einzelwörter und typische Wortverbindungen, die an diesen Stellen in den Gesetzestext geschwemmt werden: Im Berufsbildungsgesetz sind das etwa die „Integration in die Gesellschaft“, die „Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe“, die „tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann“, „flexibel“, „Durchlässigkeit“, „Transparenz“, die „nachhaltige Entwicklung“ usw. Dazu stellen sich mir eine Reihe von Fragen:

- Handelt es sich – was ich vermute – um Leitvokabeln<sup>24</sup> der letzten Jahre des vergangenen Jahrhunderts, hinter denen ein tendenziell großer politischer Konsens vermutet werden kann? Sind das Schlüssel- oder Zeitgeistwörter der 1990er Jahre?
- Hat es auch Fahnenwörter aus bestimmten politischen Richtungen darunter? Werden semantische Kämpfe in den Gesetzestext importiert?
- Woher genau kommen diese Wörter? Welche Texte und Diskurse alimentieren hier diesen Gesetzestext?
- Was ist die Funktion dieser Versammlung von Ideologiewortschatz an prominenter Stelle im Gesetz? Ich vermute zunächst einmal, dass das viel mit einer Verkaufsstrategie zu tun hat: Der Bundesrat (die Regierung, die dem Parlament diesen Gesetzesentwurf vorlegt) versucht, möglichst allen wichtigen politischen Positionen eine Fläche anzubieten, auf die sie ihre Anliegen zur Berufsbildung projizieren können, so dass sie sich in dem Gesetz wiederfinden.
- Was importieren die Wörter an politischer Unruhe und was widerfährt ihnen im Gesetzestext. Wirken sie politisch weiter oder kommen sie zur Ruhe, werden sie juristisch stillgelegt?

Statt nun diesen Fragen z. B. anhand des Entwurfs zum Berufsbildungsgesetz nachzugehen, möchte ich an dieser Stelle auf zwei Ausdrücke zu sprechen kommen, die in der schweizerischen Gesetzgebung seit ein paar Jah-

---

halt‘ wendet sich Georg Müller gegen bloss informierende Elemente in rechtlichen Erlassen. Auch der symbolischen Gesetzgebung steht er prinzipiell skeptisch gegenüber. Soweit sie nur Formelkompromisse ausdrücke, habe man es mit einem eigentlichen Missbrauch oder einer Täuschung bzw. Manipulation zu tun. Ich würde persönlich nicht in gleicher Weise ablehnend Stellung nehmen, sondern die These wagen, dass ein Teil der Rechtsetzung heute auch therapeutische Funktion hat und insofern nicht zuletzt schmerzstillend wirken soll. Verschreibt ein Arzt einem Patienten schmerzstillende Mittel, so wird das in der Regel auch nicht als Missbrauch, sondern als Massnahme zur Verbesserung der Lebensqualität betrachtet.“

<sup>24</sup> Zur Beantwortung dieser Fragen müssten die Begriffe hinter den Termini wie „Leitvokabel“, „Schlüsselwort“, „Fahnenwort“ usw., die durch die germanistische „Politolinguistik“ geistern, präziser gefasst werden. Zu solchen und andern Termini vgl. Hermanns (1982, S. 91 ff. und spätere Arbeiten), Klein (1989, S. 11 ff.), Burkhardt (1996, S. 91 f. mit Verweis auf Burkhardt 1995).

ren eine interessante Rolle spielen – es geht mir dabei vor allem um die letzte Frage.

(ba) „Nachhaltig“

Der erste Ausdruck ist „nachhaltig“, „Nachhaltigkeit“, „nachhaltige Entwicklung“.<sup>25</sup> Der Ausdruck ist seit Anfang der 1990er Jahre, besonders seit dem Umweltgipfel in Rio im Juni 1992, ein wichtiger Mitspieler im ökologischen Diskurs. „Nachhaltig“ in diesem Sinne ist eine Entwicklung dann, wenn sie erlaubt, die heutigen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne den künftigen Generationen die Möglichkeit zu nehmen, dass auch sie ihre Bedürfnisse werden befriedigen können.<sup>26</sup> Es handelt sich hier um die Verallgemeinerung einer ursprünglich in der Forstwirtschaft gebräuchlichen fachsprachlichen Verwendung von „nachhaltig“. Selbst die neue Auflage des großen Duden-Wörterbuchs (3. Aufl. 1999) kennt die genannte Bedeutung von „Nachhaltigkeit“ nur als Prinzip der „Forstw.“.<sup>27</sup> Der Ausdruck „nachhaltig“ in seiner neuen Bedeutung ist 1996 durch eine Volksabstimmung in die schweizerische Bundesverfassung gelangt, und zwar mit dem neuen Landwirtschaftsartikel:

**Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
vom 18. April 1999 (SR 101)**

**Art. 104 Landwirtschaft** [= Art. 31<sup>octies</sup> aBV]<sup>28</sup>

<sup>1</sup> Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

- a. sicheren Versorgung der Bevölkerung;
- b. Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft;
- c. dezentralen Besiedlung des Landes.

Es spricht einiges dafür, dass das Wort den Sprung in die Verfassung deshalb geschafft hat, weil es damals gerade daran war, sich vom Fachwort zum breit anerkannten Leitwort für ökologisches Denken zu mausern.<sup>29</sup> Der neue

<sup>25</sup> Die französischen Übersetzungsäquivalente sind „durable“, „durabilité“, „développement durable“, die englischen „sustainable“, „sustainability“, „sustainable development“. Der Ausdruck ist kurz behandelt in Stötzel/Wengeler (1995, S. 667 und 703 ff.).

<sup>26</sup> So sinngemäß die Definition im sog. Brundtland-Bericht von 1987, der auf dem Gipfel in Rio als Grundlagenpapier fungierte; vgl. auch Mader (1999, S. 703).

<sup>27</sup> In der schweizerischen Forstgesetzgebung existiert der Ausdruck in dieser Bedeutung seit 1902; das forstwirtschaftliche Konzept ist aber noch älter; vgl. Mader (1999, S. 703).

<sup>28</sup> Der Artikel 31<sup>octies</sup> der alten Bundesverfassung (aBV) ist als Artikel 104 in die neue Bundesverfassung (nBV) überführt worden.

<sup>29</sup> Meinem Verdacht, dass das Wort um 1990 herum zunächst ein grün-ökologisches Fahnwort war, müsste man genauer nachgehen.

Artikel war nämlich ein Gegenvorschlag des Parlaments zu einer von grün-ökologischen Kreisen lancierten Volksinitiative, die einen stärker ökologisch geprägten Landwirtschaftsartikel verlangt hatte.<sup>30</sup> Mit Hilfe des Ausdrucks „nachhaltig“ segelte der Gegenvorschlag des Parlaments unter dem Motto „mehr Markt und mehr Ökologie“ – so lautete der Slogan in den bundesrätlichen Abstimmungserläuterungen<sup>31</sup> – schließlich im zweiten Anlauf ins Ziel.<sup>32</sup>

Interessant ist nun, dass der Bundesrat unmittelbar nach diesem Abstimmungskampf und dem Einzug des neuen Begriffs in die Verfassung in seinem Entwurf einer neuen Bundesverfassung dem Ausdruck „nachhaltig“ keinen weiteren Raum geben wollte. Der Justizminister hat sich noch in der parlamentarischen Debatte zur neuen Bundesverfassung vom neuen Begriff distanziert, als er die Meinung vertrat, „nachhaltig“ sei ein bloßes „Modewort“ und meine etwas, was man schon immer als politisches Prinzip hochgehalten habe, nämlich dass man in der Politik mittel- und langfristig denken und entscheiden müsse.<sup>33</sup> Das Parlament hat aber durchgesetzt, dass der Ausdruck explizit als Staatsziel in die Verfassung geschrieben wurde: in Artikel 2 Absatz 2, neben die engere ökologische Lesart der „dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ in Absatz 4. Und es hat auch durchgesetzt, dass das Konzept noch an ein paar andern Stellen in der Verfassung explizit und implizit verankert worden ist:

<sup>30</sup> Vgl. die Botschaft des Bundesrates vom 19. August 1992 (BB1 1992 IV 292). In einer Vorfassung des bundesrätlichen Gegenvorschlags war von „nachhaltender [sic!] Nutzung der natürlichen Lebensgrundlage“ die Rede (BB1 1992 IV 322), dann von „nachhaltiger Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Das Parlament hat daraus – die Brisanz des Ausdrucks wohl noch weiter abschwächend – eine „nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion“ gemacht. – Zur gleichen Zeit lag auch eine andere, weniger ökologisch ausgerichtete Volksinitiative des Schweizerischen Bauernverbandes vor. Auch sie enthielt den Ausdruck „nachhaltig“, jedoch noch einmal in einer andern Wortverbindung: „Gewährleistung eines nachhaltigen Beitrages zum wirtschaftlichen und sozialen Leben im ländlichen Raum“ (BB1 1992 IV 295). Offenbar war Anfang der 90er Jahre der Wortkern „nachhaltig“ ein höchst leistungsfähiges sprachliches Transportmittel für Politik.

<sup>31</sup> Vgl. die Abstimmungserläuterungen des Bundesrats zur Vorlage vom 9. Juni 1996, S. 9.

<sup>32</sup> Ein erstes Mal scheiterte er in der Volksabstimmung vom 12. März 1995. Daraufhin hat ihn das Parlament mit mehr Ökologie angereichert.

<sup>33</sup> Bundesrat Koller im Ständerat: „Persönlich sehe ich hier ein Dilemma. Auf der einen Seite ist es tatsächlich so, wie ausgeführt worden ist: Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung ist seit den berühmten Konferenzen von Rio und Kyoto auch expressis verbis Bestandteil unserer Bundespolitik geworden. Ich verweise auf das Strategiepapier ‚Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz‘, veröffentlicht im Bundesblatt (BB1 1997 III 1045–1057). Andererseits ist der Begriff ‚nachhaltig‘ wahrscheinlich – aber da werde ich subjektiv – auch ein Modewort. Es will ja zum Ausdruck bringen, dass die Politik und unser Denken nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristig angelegt sein sollen. Das, würde ich meinen, hätten unsere Verfassungsväter schon immer so verstanden. Deshalb neige ich rein intuitiv eher zur Auffassung, dass wir die Verfassung nicht mit einem solchen Modewort belasten sollten.“ (Amtl. Bull. Reform der Bundesverfassung [Separatdruck], Ständerat, 17.6.1998, S. 150 f.)

## **Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)**

### **Präambel**

[...] im Bewusstsein der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen [...]

### **Art. 2 Zweck**

<sup>1</sup> [...]

<sup>2</sup> Sie [= die Schweizerische Eidgenossenschaft] fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.

<sup>3</sup> [...]

<sup>4</sup> Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

### **Art. 54 Auswärtige Angelegenheiten**

<sup>2</sup> Der Bund [...] trägt bei [...] zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

### **Art. 73 Nachhaltigkeit [am Anfang des Abschnitts über Umwelt und Raumplanung]**

Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen anderseits an.

Dies hat sicher dazu beigetragen, dass sich um den Ausdruck der Nachhaltigkeit herum in den letzten Jahren eine intensive Diskussion und eigentliche semantische Kämpfe entwickeln konnten. Der Ausdruck ist nach wie vor – was seine deskriptive, nicht was seine deontische Bedeutung anbelangt – ideologisch polysem.<sup>34</sup> Durch seine Position in der Verfassung geädelt, hat er aber zur Entwicklung von Nachhaltigkeitskonzepten beigetragen. Er wurde zum Katalysator, zum Treibmittel im politischen Teig – ein für viele sehr nach Mode riechender, ziemlich hohler Zielbegriff konnte politisch mit Inhalt gefüllt werden.<sup>35</sup> Zwar hat sein verbreitetes Auftreten in der aktuellen Gesetzgebung da und dort etwas gar Zeitgeistiges und Aufgesetztes – der Ausdruck gehört auch zum aktuellen politisch korrekten gesetzgeberischen

<sup>34</sup> Vgl. z. B. verschiedene Beiträge zur Semantik von „nachhaltig“ in der Neuen Zürcher Zeitung: 3.2.1999 (Michael Kohn), 2.3.1999 (Christoph Ritz), 18.3.1999 (wieder Michael Kohn), 23.3.1999 (Walter Schiesser), 6.5.1999 (Wolfgang Kröger), 29.9.1999 (René Buholzer; ein paar Tage später eine Zuschrift dazu von Hans Weiss).

<sup>35</sup> Dabei hat sich etwas eingestellt, was Bertschi/Gächter (2000, S. 26 ff.) so beschreiben: „Über diesen juristisch bindenden Gehalt kommt den Bestimmungen aber noch eine weitere, vielleicht sogar wesentlichere Bedeutung zu: Sie erfüllen für die politische Gemeinschaft eine wichtige Orientierungs- und Integrationsfunktion. Bedingung dafür ist jedoch, dass die griffig formulierten Bestimmungen auch ihren festen Platz im politischen Argumentarium einnehmen, ihre Bedeutungsgehalte sich zunehmend verfestigen und sie sich in den Ergebnissen des politischen Prozesses niederschlagen.“



– und nicht nur gesetzgeberischen<sup>36</sup> – Ton (so vielleicht auch in Artikel 12 des Entwurfs zum neuen Berufsbildungsgesetz; vgl. oben); in den letzten Jahren hatte man zeitweise den Eindruck von einer Schweiz im Nachhaltigkeitsfieber.<sup>37</sup> Von einem konstruktiven politischen Weiterdenken an dem Schlagwort zeugt aber etwa Artikel 1 der Verordnung, die Organisation und Aufgaben des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation regelt; die Nachhaltigkeit ist hier zu einer Art Dreifaltigkeit ausgestaltet worden: eine ökologische, eine wirtschaftliche und eine soziale Nachhaltigkeit.<sup>38</sup>

**Organisationsverordnung für das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation vom 6. Dezember 1999 (SR 172.217.1)**

**Art. 1 Ziele und Tätigkeitsbereiche**

<sup>1</sup> Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Departement) leistet in seinen Politikbereichen einen Beitrag an die nachhaltige Entwicklung der Schweiz.

<sup>2</sup> Es verfolgt dabei die folgenden Ziele:

- a. Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen (ökologische Nachhaltigkeit);
- b. Sicherstellung attraktiver Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Energie, Wasser, Post, Telekommunikation und elektronische Medien im Interesse der Bevölkerung und Wirtschaft (wirtschaftliche Nachhaltigkeit);

<sup>36</sup> Für die Konjunktur der „Nachhaltigkeit“ außerhalb der Gesetzgebung zeugen etwa: die verschiedenen Räte für nachhaltige Entwicklung auf kantonaler und kommunaler Ebene; die Nachhaltigkeitsstellen und -dienste in größeren Unternehmen; Nachhaltigkeit war eines der wichtigsten Argumente für die Olympiakandidatur Sion 2006 (sie scheiterte); es gibt Forschungsprojekte und wissenschaftliche Tagungen zur Nachhaltigkeit; „nachhaltig“ ist Hochwertwort in vielen Slogans, Leitbildern, Buch- und Zeitschriftentiteln usw. Dabei wäre im Detail zu untersuchen, wie bestimmte Verwendungen von „nachhaltig“ einen Beitrag zur semantischen Füllung dieses Schlagwortes leisten und wie bestimmte andere Verwendungen parasitär am Hochwert des Ausdrucks partizipieren und ihn dabei wiederum aushöhlen.

<sup>37</sup> Zurzeit scheint das Fieber eher zurückzugehen – Schlagworte nutzen sich ja sehr schnell ab.

<sup>38</sup> In seiner Ansprache zum Genfer Automobilsalon vom März 2001 hat Bundespräsident Moritz Leuenberger (Chef des genannten Departements) ausgeführt: „Die drei Aspekte der Nachhaltigkeit [der schweizerischen Verkehrspolitik] sind: die wirtschaftliche Bedeutung (des Verkehrs), der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (vor dem Verkehr), die soziale Bedeutung, der gesellschaftliche Wert (des Verkehrs).“ (zurzeit – Mai 2001 – im Internet zu finden unter: [www.uvek.admin.ch](http://www.uvek.admin.ch)). – Zudem hat der Bundesrat zum Nachhaltigkeitsbegriff in der Landwirtschaft eine ganze Verordnung erlassen: Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft (SR 919.118). Hingegen beschränkt sich das Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1998 (SR 910.1) darauf, die Formulierung der Verfassung zu wiederholen, und verwendet den Ausdruck weiter nicht.

- c. Sicherstellung des Zugangs zu den natürlichen Lebensgrundlagen und zu den öffentlichen Dienstleistungen für alle Bevölkerungskreise und für alle Landesteile zu vergleichbaren Bedingungen und Schutz der Menschen vor Gefahren und gesundheitlichen Risiken (soziale Nachhaltigkeit).

(bb) „Würde der Kreatur“

Mein zweites Beispiel ist der Ausdruck „Würde der Kreatur“. Die „Würde der Kreatur“ ist auf Grund einer Volksabstimmung im Mai 1992 in die schweizerische Bundesverfassung gelangt, als Absatz 3 von Artikel 24<sup>novies</sup>; dem entspricht in der neuen Verfassung Artikel 120:

**Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
vom 18. April 1999 (SR 101)**

**Art. 120** Gentechnologie im Ausserhumanbereich [= Art. 24<sup>novies</sup> Abs. 3 aBV]

<sup>1</sup> Der Mensch und seine Umwelt sind vor Missbräuchen der Gentechnologie geschützt.

<sup>2</sup> Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit Keim- und Erbgut von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen. Er trägt dabei der Würde der Kreatur sowie der Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt Rechnung und schützt die genetische Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten.

Der Ausdruck „Würde der Kreatur“ ist im Zuge der Vorberatungen in den parlamentarischen Kommissionen ins Spiel gebracht worden und in den Verfassungstext gelangt. Woher der Ausdruck genau gekommen ist und wie er in den Kommissionsberatungen den Sprung in den Verfassungstext geschafft hat, liegt im Dunkeln.<sup>39</sup> Eindrücklich ist, wie sich das Parlament in den an-

<sup>39</sup> Schweizer/Saladin sagen in ihrem Kommentar, eine genaue Rekonstruktion sei nicht möglich, jedoch böten die Protokolle der Kommissionssitzungen einigen Aufschluss (1995, Rz. 114, Fn. 375). Diese konnte ich nicht einsehen. So viel immerhin ist einigermassen sicher: Die „Würde der Kreatur“ ist eine genuin schweizerische Verfassungsbegriffsschöpfung. In seinem „Lexikon zur Tierschutzethik“ (1987, S. 69) behandelt Gotthard M. Teutsch den Ausdruck „geschöpfliche Würde“. Er führt ihn wörtlich auf einen Text von Albert Lorz aus dem Jahr 1979 zurück und sieht dahinter die Theologie von Karl Barth, die neben der Menschenwürde die Würde des Tieres kennt. In der Schweiz kennt die Verfassung des Kantons Aargau von 1980 Begriff und Ausdruck der „Würde der Kreatur“ als Schranke der Lehr- und Forschungsfreiheit (§ 14 Wissenschafts- und Kunstfreiheit. „Die wissenschaftliche Lehre und Forschung sowie die künstlerische Betätigung sind frei. Lehre und Forschung haben die Würde der Kreatur zu achten.“). Der Verfassungskommentar von Kurt Eichenberger hierzu geht der Herkunft von Begriff und Ausdruck nicht weiter nach. Antoine F. Goetschel führt in seiner Dissertation „Tierschutz und Grundrechte“ (1989, S. 31) die „geschöpfliche Würde“ mit Verweis auf Karl Barth und auf die Aargauer Kantonsverfassung an. Ein journalistischer Beitrag von Christoph Keller (1999, S. 32) nennt Goetschel den Vater des neuen Verfassungsbegriffs: „Der philosophische Findling ist eine Schöpfung von Antoine Goetschel, Anwalt in Zürich und Geschäftsführer der Stiftung für das Tier

schließenden Plenardebatten einig war, mit dem Ausdruck „Würde der Kreatur“ könnten in der Verfassung dem Umgang mit Keim- und Erbgut von Tieren, Pflanzen und andern Organismen Schranken gesetzt werden. Die Rede ist immer wieder von „ethischen Leitplanken“, „Leitlinien“, „Leuchttürmen“ und „Leuchtfeuern“, die dem Gesetzgeber mit dem Ausdruck für seine künftige Rechtsetzung aufgestellt würden.<sup>40</sup>

Liest man dann ein paar Jahre später den juristischen Kommentar zu dieser Verfassungsbestimmung (Schweizer/Saladin 1995), so erfährt man die große Not der Juristinnen und Juristen angesichts einer solchen Bestimmung. Bei Schweizer und Saladin finden wir eine sehr eindrückliche verfassungsjuristische Auslegungsarbeit, die ständig schwankt zwischen der Unterstellung, der „Verfassungsgeber“ habe hier Klares vor Augen gehabt und habe auch „logisch-systematisch formuliert“, und der schieren Verzweiflung, er habe wohl nicht so recht gewusst, was er hier sagen wollte, und habe auch schludrig getextet (Schweizer/Saladin 1995, S. 61 ff.). Die juristische Auslegung von „Kreatur“ gipfelt in folgenden Feststellungen: „Würde ist gewiss den Tieren und Pflanzen zuerkannt. Ein vernünftiger Grund für den Ausschluss von Hutpilzen oder Flechten ist nicht ersichtlich [...]. Alle Organismen dem Prinzip kreatürlicher Würde zu unterstellen, kommt aufgrund der vorstehenden systematischen Überlegungen wohl kaum in Frage. Von daher liegt es am nächsten, die Reiche der Prokaryotae [Bakterien] und der Protoctista [Algen und Schleimpilze] [...] auszuschliessen.“ (Schweizer/Saladin 1995, S. 62) Das ist ein eindrückliches Beispiel, wie man einen reichlich nebulösen, aus theologisch-philosophisch-ökologisch-feministischen Dis-

---

im Recht, der den Begriff in seiner Dissertation geprägt hat. Bei den ersten Beratungen des neuen Artikels 24<sup>novies</sup> der Bundesverfassung zu ‚Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin‘ hat Antoine Goetschel denn auch stets darauf gepocht, dass die ‚Würde des Tieres‘ in der Verfassung festgeschrieben wird. Mit Erfolg, weil die Präsidentin der vorberatenden Kommission, Eva Segmüller von der CVP, in der philosophischen Floskel ein Mittel sah, um die Gentechnologiegegner zu besänftigen. ‚Würde der Kreatur‘ tönt gut, und so fanden die drei Wörter Eingang in die Bundesverfassung.“ Über die philosophischen, theologischen, ökologischen, feministischen usw. Quellen des Begriffs der „Würde der Kreatur“ (nicht aber über die Herkunft des Ausdrucks) geben Praetorius/Saladin (1996) einigen Aufschluss. Der Ausdruck figurierte auch in der Volksinitiative „Bauern und Konsumenten – für eine naturnahe Landwirtschaft“, die 1990 lanciert, 1991 eingereicht und später zurückgezogen worden ist. Die Initiative forderte Massnahmen „... zur Erhaltung und Förderung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen, bodenbewirtschaftenden, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft sowie zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes, damit 1. [...], 2. umwelt- und tierfreundliche Produktionsmethoden gefördert, der Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft gewährleistet und die Würde der Kreatur geachtet werden [...]“. (vgl. zu dieser Initiative die Ausführungen zur „Nachhaltigkeit“). – Zur „Würde der Kreatur“ in Art. 24<sup>novies</sup> aBV bzw. Art. 120 nBV vgl. neben den genannten Arbeiten Deutsch (1995), Balzer/Rippe/Schaber (1997), Lötscher (2000), Die Würde des Tieres (2001).

<sup>40</sup> Amtliches Bulletin Ständerat 1990, S. 477 ff.; Amtliches Bulletin Nationalrat 1991, S. 556 ff., S. 588 ff.; Amtliches Bulletin Ständerat 1991, S. 450 ff.

kursen entlehnten Ausdruck<sup>41</sup> verfassungsjuristisch kleinzuarbeiten versucht, damit er eben „justiziabel“, „juristisch handhabbar“ wird.<sup>42</sup>

Das Problem, auf das es mir hier ankommt, wird deutlich an einem eigenartigen Nachspiel zu dieser Verfassungsbestimmung (vgl. dazu ausführlich Lötscher 2000). Bei der Schaffung der neuen Bundesverfassung hat man Artikel 24<sup>novies</sup> in der deutschen Fassung unverändert in Artikel 120 Absatz 2 überführt. Nicht so in der französischen Fassung: Meine Kolleginnen und Kollegen vom französischen Sprachdienst fanden, der Ausdruck „dignité de la créature“ sei sprachlich vollkommen missglückt, und sie haben ihn im Entwurf der neuen Verfassung kurzerhand ersetzt durch den Ausdruck „intégrité des organismes vivants“:

**Constitution fédérale de la Confédération suisse du 28 mai 1874**

**Art. 24<sup>novies</sup>** [angenommen in der Volksabstimmung vom 17. Mai 1992; AS 1 992 1579<sup>43</sup>]

<sup>3</sup> La confédération édicte des prescriptions sur l'utilisation du patrimoine germinal et génétique des animaux, des végétaux et des autres organismes. Ce faisant, elle tient compte de la dignité de la créature et de la sécurité de l'être humain, de l'animal et de l'environnement et protège la diversité génétique des espèces animales et végétales.

**Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999  
(SR 101)**

**Art. 120** Gentechnologie im Ausserhumanbereich

<sup>2</sup> La confédération légifère sur l'utilisation du patrimoine germinal et génétique des animaux, des végétaux et des autres organismes. Ce faisant, elle respecte l'intégrité des organismes vivants et la sécurité de l'être humain, de l'animal et de l'environnement et protège la diversité génétique des espèces animales et végétales.

So unglaublich es klingt, aber dieser Eingriff scheint in den ganzen Beratungen des neuen Verfassungstextes nicht bemerkt oder jedenfalls nicht beachtet worden zu sein. So ist die neue Bundesverfassung mit diesem neuen französischen Text vom Parlament, vom Volk und von den Kantonen ange-

<sup>41</sup> Bezeichnend ist etwa, dass sich Schweizer/Saladin (1995) auf ein ausführliches Gutachten zu dem Terminus von Praetorius/Saladin (1996) berufen, darin aber die langen Ausführungen zu diesen verschiedenen Hintergrunddiskursen ganz unbeachtet lassen (so explizit in Rz. 113, Fn. 373).

<sup>42</sup> Saladin/Schweizer (1995, S. 62) geben selber zu, diese Interpretation stehe „auf wackeligen interpretatorischen Füßen“ und sei in ethischer Hinsicht nicht eben überzeugend. Interessant ist aber, dass sie es trotzdem tun.

<sup>43</sup> AS = Amtliche Sammlung des Bundesrechts (im Unterschied zur Systematischen Sammlung/SR, die das jeweils aktuell gültige Bundesrecht in konsolidierten Fassungen bereithält, ist die Amtliche Sammlung/AS ein wöchentlich erscheinendes Periodikum mit allen neuen Verfassungs-, Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen).

nommen und in Kraft gesetzt worden. Kurze Zeit später erst hat die für Gentechnik im Ausserhumanbereich zuständige Ethikkommission die Abweichung bemerkt – und sie hat aufgeschrien (Sitter-Liver 1999). Da veranstaltet sie doch seit Jahren wissenschaftliche Tagungen und gibt Gutachten in Auftrag zur Frage, was denn „Würde der Kreatur“ heißen könnte, um eines Tages festzustellen, dass man ihr den Ausdruck im Französischen weggenommen und durch einen andern ersetzt hat. Seither fordert die Kommission vehement ihren Ausdruck auch im Französischen zurück, während etwa das Bundesamt für Justiz argumentiert, die „*intégrité des organismes vivants*“ konkretisiere die „Würde der Kreatur“ durchaus in die richtige Richtung (Mader 2000).<sup>44</sup>

Tatsächlich kann man feststellen, wie der Gesetzgeber zurzeit in seiner Anschlussgesetzgebung (Änderung des Umweltschutzgesetzes, des Tierschutzgesetzes) die „Würde der Kreatur“ in Richtung einer „Integrität der lebenden Organismen“ auszudeuten – vielleicht kann man sagen: zu verengen – sucht. Sehr deutlich wird das im Vorentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes, wo „Würde“ explizit definiert wird als „natürliche Integrität des Tieres“:

**Umweltschutzgesetz (Vorentwurf einer Änderung, März 2000; sog. Gen-Lex-Vorlage; BBl 2000 2391)**

**Art. 1 Zweck**

Dieses Gesetz soll Menschen, Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume gegen schädliche oder lästige Einwirkungen schützen sowie die natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere die biologische Vielfalt und die Fruchtbarkeit des Bodens, dauerhaft erhalten. Es soll bei Tieren und Pflanzen die Würde der Kreatur schützen.

**Art. 29a Grundsätze**

<sup>1</sup> Mit Organismen, ihren Stoffwechselprodukten und Abfällen darf nur so umgegangen werden, dass:

- a. die Umwelt oder der Mensch nicht gefährdet werden kann;
- b. die biologische Vielfalt und deren nachhaltige Nutzung nicht beeinträchtigt werden;
- c. bei Tieren und Pflanzen die Würde der Kreatur nicht missachtet wird.

<sup>2</sup> Vor gentechnischen Veränderungen des Erbmateriails von Tieren und Pflanzen muss im Hinblick auf eine mögliche Missachtung der Würde der

<sup>44</sup> Aufschlussreich ist ein Blick in die Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 über die Verfassungsbestimmung mit dem neuen Ausdruck: Der französische Text der Erläuterungen braucht schon damals die Worte „*l'intégrité de la création*“ (zweimal), der deutsche Text die Worte „die Würde der Schöpfung“ (zweimal). Die beiden Erläuterungstexte stimmen also überein in der Vermeidung der „*créature*“ bzw. „Kreatur“ zu Gunsten der „*création*“ bzw. „Schöpfung“ und divergieren schon damals punkto „Würde“ und „*intégrité*“.

Kreatur eine Güterabwägung durchgeführt werden. Dabei ist dem Unterschied zwischen Tieren und Pflanzen Rechnung zu tragen. In ihrer Würde werden Tiere und Pflanzen um ihrer selbst willen geschützt, namentlich in ihren artspezifischen Eigenschaften und Lebensweisen. Der Bundesrat kann Kriterien für die Güterabwägung festlegen und bestimmen, unter welchen Voraussetzungen gentechnische Veränderungen ohne Güterabwägung im Einzelfall zulässig sind.

### **Tierschutzgesetz (Vorentwurf einer Änderung, August 2000)**

#### **Art. 1 Zweck und Geltungsbereich**

<sup>1</sup> Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Würde und Wohlergehen zu schützen.

#### **Art. 2 Definitionen**

<sup>1</sup> Würde: Natürliche Integrität des Tieres, die solange gewährt ist, wie das Tier trotz Nutzung durch den Menschen und züchterischen Eingriffen seine selbständige Lebensfähigkeit beibehält. Die Würde der Tiere ist namentlich verletzt, wenn:

- a. deren Wohlergehen beeinträchtigt ist;
- b. tiefgreifende Eingriffe in deren Erscheinungsbild oder Fähigkeiten erfolgen;
- c. sie erniedrigt oder in hohem Ausmass instrumentalisiert werden.

#### **Art. 3 Grundsätze und verbotene Handlungen**

<sup>1</sup> Wer mit Tieren umgeht, hat ihren Bedürfnissen in bestmöglicher Weise Rechnung zu tragen und, soweit es der Verwendungszweck zulässt, für deren Wohlergehen zu sorgen.

<sup>2</sup> Niemand darf ungerechtfertigt einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen, es in Angst versetzen oder in anderer Weise seine Würde missachten.

<sup>3</sup> Das Misshandeln, starke Vernachlässigen oder unnötige Überanstrengen von Tieren ist verboten. Der Bundesrat kann weitere Handlungen an Tieren verbieten, insbesondere wenn diese die Würde der Kreatur missachten.

Ich gehe an dieser Stelle nicht weiter auf die Diskussionen ein, ob die „intégrité des organismes vivants“ eine legitime Ausdeutung der „Würde der Kreatur“ ist. Sicher ist, dass die beiden Ausdrücke in unterschiedlichen Diskursen verankert sind und dass sie damit ein unterschiedliches Ausdeutungspotenzial in den Verfassungstext tragen. Wenn die Analyse von Löttscher (2000) richtig ist, so ließe sich sagen: „Würde der Kreatur“ ist ein deontischer Ausdruck, ein Wertungsausdruck, der eine Handlungsanweisung enthält. Mit Fritz Hermanns (1989) gesprochen wäre die Norm, dass „der Würde der Kreatur Rechnung zu tragen sei“, eine deontische Tautologie. Beim „Respekt der Integrität der lebenden Organismen“ ist das nicht so. Vor

allein aber ist „Würde der Kreatur“ der offeneren, der unruhigere Begriff. Darum vielleicht haben die Juristinnen und Juristen ihn nicht so gern. Sie müssen jedenfalls versuchen, ihn „justiziabel“, „handhabbar“ zu machen. Das Interesse der Ethikkommission hingegen scheint ein anderes zu sein. Es kommt für mich schön zum Ausdruck in einer unveröffentlichten Duplik von Sitter-Liver von der genannten Ethikkommission auf die Replik von Mader (2000):

**Beat Sitter-Liver (Unveröffentlichte Duplik vom Frühling 2000 auf die Replik von Mader 2000)**

„Immer mehr bürgert sich der Ausdruck ‚dignité‘ (engl. ‚dignity‘) in der einschlägigen philosophischen, juristischen und theologischen Debatte ein. Dass viele den Gebrauch des Ausdrucks ‚Würde‘ im Zusammenhang mit nichtmenschlichen Lebewesen für problematisch ansehen, liefert geradezu ein Argument für seine Verwendung, sofern man bereit bleibt, die politische Auseinandersetzung wach zu halten. Das aber scheint in sittlich strittigen Fragen geboten, besonders wenn man bedenkt, dass materialrechtliche Sätze immer auch moralische Auffassungen spiegeln. Um eine materialrechtliche Verschiebung handelt es sich bei der Einführung des Ausdrucks ‚intégrité des organismes vivants‘ in der Tat, nicht bloss um eine redaktionelle Vorkehrung [...]“

Wo Juristinnen und Juristen einen schillernden verfassungsrechtlichen Begriff kleinzuarbeiten und stillzulegen versuchen – aus mir sehr verständlichen Gründen<sup>45</sup> –, da versuchen ihn andere unruhig, wach und weit zu halten, an ihm politische Debatten in Gang zu halten.<sup>46</sup> So gesehen konnte dem neuen Verfassungsbegriff nichts Besseres passieren als seine Ersetzung im französischen Text: Es wird über die Ausdrücke und ihre Bedeutung öffentlich gestritten. Was will man mehr?

**(c) Reliefgebung**

Nach diesen Ausführungen zum politischen Wortschatz in Gesetzestexten möchte ich hier noch ein anderes Moment kurz erwähnen. Ich nenne es die Reliefgebung. Zur Askese von Gesetzestexten gehört, ich habe es gesagt, die Kürze und Redundanzfreiheit. Wie wird nun aber in Gesetzestexten wirklich mit Kürze und Redundanz, mit Implizitheit und Explizitheit umgegangen? Ein paar illustrative Beispiele für Reliefgebung aus unserer neuen Verfassung:

<sup>45</sup> Man bedenke etwa, dass in der erwähnten Änderung des Tierschutzgesetzes Strafbestimmungen formuliert werden, die Strafen an die Verletzung der „Würde der Kreatur“ knüpfen, und dann bedenke man solche Strafbestimmungen im Lichte des rechtsstaatlichen Grundsatzes von „nulla poena sine lege“ und dem daraus fließenden Bestimmtheitsgebot.

<sup>46</sup> Neuerdings etwa: Die Würde des Tieres (2001).

## **Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)**

### **Art. 8 Rechtsgleichheit**

<sup>1</sup> Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

<sup>2</sup> Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Artikel 8 Absatz 1 nBV formuliert das Rechtsgleichheitsgebot, Absatz 2 erster Teilsatz das Diskriminierungsverbot. Man kann sich fragen, ob nicht dies bereits zweimal dasselbe aus je unterschiedlicher Perspektive ist. In der parlamentarischen Debatte gab es dann aber vor allem eine sehr lehrreiche Diskussion darüber, ob man sich mit dem schlichten, abstrakten Diskriminierungsverbot begnügen oder ob man die wichtigsten Diskriminierungsstatbestände nennen soll, mit der Unmöglichkeit natürlich, alle zu nennen, und damit mit der Gefahr, dass diejenigen Gruppen, die hier nicht aufscheinen, sich nicht gemeint fühlen könnten.<sup>47</sup> In der Ratsdebatte wurde deutlich, dass aus juristischen Gründen das ganz kurze Diskriminierungsverbot, ja sogar das einfache Rechtsgleichheitsgebot genügen würde, dass es aber aus politischen Gründen geboten war, hier etwas Fleisch an diesen juristischen Knochen zu bringen.<sup>48</sup>

<sup>47</sup> Vgl. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Reform der Bundesverfassung [Separatdruck]. 1998. Besonders: Ständerat. S. 33 ff.

<sup>48</sup> Eine ähnliche Debatte setzte unlängst anlässlich der Beratung zum neuen Asylgesetz (SR 142.31) die Frage ab, ob in die Definition des Flüchtlingsbegriffs das Geschlecht als möglicher Verfolgungsgrund aufzunehmen sei. Die schließlich angenommene Fassung lautet (in Klammern dazugesetzt der gescheiterte Antrag auf Erweiterung): „Flüchtlinge sind Personen, die in ihrem Heimatstaat oder im Land, in dem sie zuletzt wohnten, wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe [, ihres Geschlechts] oder wegen ihrer politischen Anschauungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden.“ Im Unterschied zum Diskriminierungsverbot in der Verfassung handelt es sich bei dieser Bestimmung um eine abschließende Aufzählung. Die Diskussion drehte sich im Parlament unter anderem darum, ob die Frauen in den genannten Verfolgungsgründen, namentlich in der „Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“ mitgemeint seien oder ob sie explizit mitgenannt werden sollten. Sie wurden nicht mitgenannt, doch wurde in Absatz 2, der die „ernsthaften Nachteile“ nicht abschließend umschreibt, ein neuer Satz eingefügt: „Als ernsthafte Nachteile gelten namentlich die Gefährdung des Leibes, des Lebens oder der Freiheit sowie Massnahmen, die einen unerträglichen psychischen Druck bewirken. *Den frauenspezifischen Fluchtgründen ist Rechnung zu tragen.*“ (Amtl. Bulletin Nationalrat, 4. Juni 1997, S. 1002 ff.). – Ein besonders schönes Beispiel – weil darin der explizite Bezug zu „Symbolischem“ oder „Ethischem“ in der Bundesverfassung gemacht wird – ist die Beratung vom Frühjahr 2001 zur Strafgesetzbuchbestimmung zum Schwangerschaftsabbruch: Soll in der Bestimmung stehen, dass die Schwangere, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung zieht, eine Notlage geltend machen muss. Die Justizministerin Metzler meint dazu: „Rechtlich und damit in der Praxis hat diese Klausel keine Bedeutung. Es han-



Solche politische Reliefgebung über einer allzu glatten juristischen Oberfläche kommt relativ oft vor in Gesetzestexten. Sie ist ein Verstoß gegen das Knappheitsgebot und das Redundanzverbot und birgt so manche Auslegungsgefahr. Sie wird deshalb von Juristinnen und Juristen tendenziell bekämpft. Weitere Beispiele aus der neuen Bundesverfassung seien hier zur Illustration angefügt:

### **Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)**

#### **Art. 10 Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit**

<sup>1</sup> Jeder Mensch hat das Recht auf Leben. Die Todesstrafe ist verboten.

<sup>2</sup> Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.

<sup>3</sup> Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten.

#### **Art. 17 Medienfreiheit**

<sup>1</sup> Die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist gewährleistet.

<sup>2</sup> Zensur ist verboten.

#### **Art. 58 Armee**

<sup>1</sup> Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.

[Entwurf 1995 (Art. 48): Die Schweizer Armee ist eine Milizarmee.

Entwurf Botschaft vom 20. Nov. 1996 (Art. 54): Die Schweiz hat eine Milizarmee.

Interner Entwurf vom 5. Sept. 1996: Die Schweiz hat eine Armee; diese beruht auf dem Grundsatz der Miliz.]

Politische Reliefgebung liegt vor in den Negationen von Artikel 10 Absatz 1 zweiter Satz und Absatz 3 BV und in Artikel 17 Absatz 2 BV. Politische Reliefgebung liegt auch vor in Artikel 58 Absatz 1 erster Satz BV, in dem die Bestimmung, dass die Schweiz eine Armee hat, jetzt so klipp und klar

---

delt sich also um eine reine Alibiübung. [...] Die Steichung der Notlage ist demzufolge die ehrlichere Lösung.“ Diese Stellungnahme der Regierung löste eine entrüstete Entgegnung des Kommissionssprechers Marty aus: „Avec beaucoup de respect, Madame la Conseillère fédérale, j'aimerais vous dire que [...] je ne peux [...] pas accepter le terme de ‚Alibiübung‘ pour la notion de ‚Notlage‘. Cela, je ne peux pas l'accepter, et je crois que la commission ne peut pas l'accepter parce que nous nous sommes engagés très à fond sur ce sujet. Si vous estimez que c'est un ‚Alibiübung‘, relisez le préambule de la Constitution de notre pays. Avec la même argumentation, on peut dire que ce qui est fixé dans le préambule constitue également un ‚Alibiübung‘. C'est le même concept et la même notion. Ce n'est pas ‚eine symbolische‘, c'est ‚eine ethische Botschaft‘. Ce ne sont pas des paroles dans le vide, c'est le sens d'une norme que le législateur explicite. Je me permets, donc, de refuser ce terme de ‚Alibiübung‘.“ (Amtl. Bulletin Ständerat, 6.3.2001. S. 15 f.).

dasteht, dass man den Satz überhaupt hinterfragen kann. Das musste gegenüber Vorfassungen erstritten werden, in denen diese Tatsache immer irgendwie in anderes verpackt war, als hätte man Angst gehabt, dass etwas, was so nackt und bloß hingestellt wird, eines Tages auch durch eine einfache Negation aus der Welt geschafft werden könnte.<sup>49</sup>

#### (d) Rhetorik

Zur Askese von Gesetzestexten gehört die Enthaltensamkeit gegenüber Rhetorischem im engeren Sinne der Tropen, der Figuren, des Ornatus: Das wird heute gemieden und kann gemieden werden, weil juristische Normtexte ihren Geltungsgrund nicht selber beibringen müssen, sondern sich auf diesen Geltungsgrund ausserhalb ihrer selbst immer schon verlassen können. Ich habe oben aber schon erwähnt, dass in der Verfassung an gewissen Stellen dem Hang zum Pathos, zum Feierlichen zögerlich nachgegeben wird. Auch die Forschung weist auf rhetorische Einsprengsel in Gesetzestexten und namentlich in Verfassungstexten gelegentlich hin. Genannt werden etwa Paarformeln, Zwillingsformeln, Rhythmus, Alliteration, Assonanz, syntaktischer Parallelismus, 1. Person Plural („wir“)<sup>50</sup>, dreiteilige Klimax, Antithese, Wortspiel, Allusion, Metapher, Metonymie u. a. (Klein 2000, S. 737). Es könnte aufschlussreich sein, einmal über den Verlauf von Gesetzestexten ein „rhetorisches Seismogramm“ zu erstellen, wie Katharina Sobota (1992) es für juristische Urteilstexte getan hat. Ergäbe das wirklich eine flache Linie ohne Ausschläge, oder gibt es auch in Gesetzestexten Momente, wo es rhetorisch ausschlägt? Im Vergleich mit älteren Kodifikationen dürfte die Linie für moderne Gesetzgebung wohl wirklich recht flach ausfallen. Es gibt immerhin juristische Stimmen, die hier ein Brachfeld ausmachen und die vorsichtig mehr Einsatz von Rhetorik in Gesetzestexten fordern.<sup>51</sup>

<sup>49</sup> Tatsächlich haben wir in der Schweiz am 2. Dezember 2001 über eine Volksinitiative abgestimmt, mit der die Verfassung mit einem einzigen Buchstaben geändert werden sollte: Artikel 58 sollte nämlich fortan lauten: „Die Schweiz hat keine Armee.“ Die Initiative wurde abgelehnt.

<sup>50</sup> So beginnt die Verfassung des Kantons Appenzell Ausserrhoden vom 30. April 1995 – anklingend an das „We, the People of the United States, [...]“ der amerikanischen Verfassung – so: „Im Vertrauen auf Gott wollen wir, Frauen und Männer von Appenzell Ausserrhoden, die Schöpfung in ihrer Vielfalt achten. Wir wollen [...]“.

<sup>51</sup> Vgl. z. B. Paul Richli in seiner Rezension von Müller (1999) in der AJP/Aktuellen juristischen Praxis 3/2000, S. 370 f.: Richli schreibt, Müller rede der Präzision, Einfachheit und Kürze das Wort. „Ich [= Richli] komme demgegenüber je länger je mehr zur Überzeugung, dass die Schnörkellosigkeit der Rechtssprache psychologisch-ästhetische Bedürfnisse vollständig vernachlässigt und damit mögliche Akzeptanzverstärkungen brach liegen lässt.“ – Peter Noll schrieb in seiner Gesetzgebungslehre von 1973: „Auch die Gesetzessprache kann dazu dienen, Wertentscheidungen durch Introjektion zu Gehirnsinhalten der Adressaten zu erheben. Die Frage, welchen Stil sie dafür verwenden soll, ist mit dieser Fragestellung allerdings noch nicht beantwortet. Das Pathos der Rechtssprache ist zweifellos ein Mittel, das sich schnell abnützt. Es sollte mit größter Vorsicht verwendet werden. Je gewichtiger der Inhalt und je höher der Rang der Norm, desto angemessener auch ihre pathetische Form. Das Freiheits-

### (3) Vom Politischen der Gesetzestexte

In meinem kürzeren dritten Teil will ich die Fragestellung umdrehen und nun nicht mehr nach Elementen des Politischen im linguistisch gesehen apolitischen Gesetzestext fragen, sondern deutlich machen, inwiefern Gesetzestexte an sich schon immer etwas Politisches haben.

#### (a) Verständlichkeit

Eine hochpolitische Angelegenheit sind Gesetzestexte unter dem viel diskutierten Aspekt ihrer (Un-)Verständlichkeit. Ich kann mich zu diesem Punkt sehr kurz fassen (vgl. Hauck in diesem Band). Nur so viel: Gesetze sind der notwendige Arm der Politik. Die Politik wird zur lahmen Ente, wenn sie ihre Entscheide nicht in Gesetzestexte ummünzen kann, die diejenigen verstehen können, die damit umgehen müssen, in Gesetzestexte, die Antworten geben auf die Fragen der Rechtsunterworfenen: Was sind meine Rechte? Was sind meine Pflichten? Darf ich jetzt bauen oder darf ich nicht bauen? Und wie komme ich zu meiner Bewilligung? Unverständliches Recht macht die Rechtsunterworfenen gleichgültig, apathisch, oder es macht sie zornig, nimmt ihnen ihre Würde und lässt bei ihnen die nötige Rechtsüberzeugung nicht entstehen.<sup>52</sup>

#### (b) Redaktionelle Eingriffe sind politische Eingriffe

Die redaktionellen Eingriffe der Sprachdienste der Schweizerischen Bundeskanzlei im Dienste der Verständlichkeit gehen in der Regel ziemlich tief. Nicht selten wecken sie die schlafenden politischen Hunde in einem Gesetzestext: die Formelkompromisse an den Stellen, an denen der politische Prozess nicht zum Konsens geführt werden konnte. Sie können aber auch aus andern Gründen ans Materielle rühren. Ein Beispiel – von Werner Hauck (ausführlich diskutiert in Hauck 1986, S. 196 f.) – sei hier kurz angeführt:

#### **Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (SR 351.1)**

#### **Entwurf zu Art. 37 Ablehnung [von Auslieferungsgesuchen]**

Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn:

---

und Gleichheitspathos im Grundrechtskatalog der Verfassungen hat denn auch nichts Künstliches, sondern ergibt sich aus dem Inhalt der Rechtssätze selbst. Das Pathos des Allgemeinen und Unbedingten, das in den ersten Artikeln des Grundgesetzes zum Ausdruck kommt, wirkt nüchtern und keineswegs übertrieben. Es dürfte an einzelnen Stellen sogar eher noch deutlicher hervortreten.“ Noll verweist an dieser Stelle auf Luhmann, Rechtssoziologie 2, S. 225, wo es heißt: Die heutige Gesetzessprache „vermittelt weder Gedächtnis- noch Überzeugungshilfen und eignet sich überhaupt nicht zum Hören oder Lesen, sondern nur zum Nachschlagen bei der Suche nach spezifischen Problemlösungen. Jener im Wort konkretisierten Überzeugungsmittel scheint das positive Recht nicht mehr zu bedürfen.“

<sup>52</sup> Einen aktuellen Einblick in die Verständlichkeitsdiskussion um Gesetze wird der Jubiläumsband 2001 des Rechtshistorischen Journals bieten (erscheint im Herbst 2001).

- a. die Schweiz die Verfolgung der Tat oder die Vollstreckung des Strafentscheides übernehmen kann und dies im Hinblick auf die soziale Wiedereingliederung des Verfolgten angezeigt erscheint; oder
- b. im ersuchenden Staat die Todesstrafe oder eine die körperliche Integrität beeinträchtigende Sanktion verhängt werden kann und nicht ausreichend gesichert erscheint, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt oder der Ausgelieferte nicht gegen seinen Willen einer seine körperliche Integrität beeinträchtigenden Massnahme unterworfen ist.

### **Vorschlag Redaktionskommission**

<sup>1</sup> Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn die Schweiz die Verfolgung der Tat oder die Vollstreckung des ausländischen Strafentscheides übernehmen kann und dies im Hinblick auf die soziale Wiedereingliederung des Verfolgten angezeigt erscheint.

<sup>2</sup> Sie wird abgelehnt, wenn nicht ausreichend gesichert ist, dass der Verfolgte im ersuchenden Staat nicht hingerichtet oder einer Behandlung unterworfen wird, die seine körperliche Integrität beeinträchtigt.

Eine gründliche redaktionelle Analyse hat hier den politischen Sinn, die Ratio legis hinter dem Wortlaut aufgedeckt mit der Konsequenz, dass aus der Kann-Bestimmung eine zwingende Bestimmung wurde. Davon ließen sich hier auch die für das Materielle zuständigen Experten überzeugen. Das Beispiel zeigt, dass Gesetzesredaktion weit mehr ist als Oberflächenkosmetik.

### **(c) Kategorisierungen, Benennungen**

Ein etwas weniger dramatisches Beispiel, das aber doch den latent politischen Charakter von Gesetzesredaktion zeigt, ist das folgende, zurzeit in der Schweiz gerade aktuelle Beispiel aus dem Entwurf einer einheitlichen schweizerischen Strafprozessordnung:

#### **Schweizerische Strafprozessordnung (Vorentwurf Dez. 2000)**

**Art. 164** Schutzmassnahmen bei der Einvernahme von Kindern, geistig Abnormen und Taubstummen

<sup>1</sup> Einvernahmen von Kindern unter 15 Jahren oder von geistig Abnormen werden auf das Notwendige beschränkt; mehrfache Befragungen werden vermieden.

<sup>2</sup> Die Verfahrensleitung kann spezialisierte Straf- oder Sozialbehörden beauftragen, Kinder unter 15 Jahren und geistig Abnorme einzuvernehmen oder dazu Familienangehörige, andere Vertrauenspersonen oder Sachverständige beiziehen.

<sup>3</sup> Taubstumme werden schriftlich oder nach den Bestimmungen von Absatz 2 einvernommen.

Ich nenne nur zwei Eingriffe, die sich uns hier aufdrängen: Einmal fragt man sich, warum hier Kinder, geistig Abnorme und Taubstumme zusammen be-

handelt werden. Offenbart sich da nicht eine sehr fragwürdige Kategorisierung von Personengruppen? Man wird die Bestimmungen also auseinander nehmen müssen. Zum zweiten finden wir uns vor einem typischen Benennungsproblem: „Geistig Abnorme“ ist die Terminologie des Strafgesetzbuchs aus den 30er Jahren. Hier gilt es einen Bruch mit dieser juristischen Benennungstradition zu wagen. Zeitgemässer wäre, von „geistig Behinderten“ zu reden. Doch versucht man heute, gerade auch diese Benennung zu vermeiden, da sie die Betroffenen tendenziell auf ihre Behinderung reduziert, und stattdessen von „Menschen mit geistiger Behinderung“ zu sprechen.<sup>53</sup> Ein Blick in eine aktuelle Revision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuchs klärt uns allerdings darüber auf, dass weder der Ausdruck „geistig Behinderte“ noch „Menschen mit geistiger Behinderung“ zur Disposition steht, sondern es wohl „Menschen mit einer schweren psychischen Störung“ heißen muss. Dies jedenfalls ist die Entscheidung in der genannten Revision.<sup>54</sup>

Wie soll ich die Sache nennen – die einzelne Sache, aber auch: Wie soll ich den einzelnen Wirklichkeitsausschnitt im Wortverbund sprachlich (re-)konstruieren? Diese Fragen stellen sich in der Gesetzesredaktion täglich, und es sind immer Fragen, die unsere Arbeit tendenziell politisch machen.<sup>55</sup>

#### (d) Geschlechtergerechte Gesetzessprache

Ein besonderer Fall von Positionsbezug in Benennungsproblemen ist die geschlechtergerechte Personenbezeichnung. Die schweizerische Gesetzgebung ist, was die deutsche Fassung der Texte anbelangt, seit Mitte der 90er Jahre konsequent geschlechtergerecht. Auch das ist eine politische Frage, eine sprachpolitische, aber auch eine der Politik mit Mitteln der Sprache (vgl. dazu Albrecht 2000). Eine geschlechtergerechte Gesetzessprache erfüllt das berechnete Anliegen der Frauen, mitgenannt zu werden, wenn sie mitgemeint sind. Sie dient darüber hinaus dem Bemühen, Gesetzestexte so zu schreiben, dass sie nicht nur von abstrakten juristischen Kategorien im Ge-

<sup>53</sup> Die Diskussionen wurden in Schweiz unlängst geführt (und werden wohl noch breiter geführt werden) bei der Ausarbeitung des Behindertengleichstellungsgesetzes (Entwurf im BBl 2001, 1715). Man hat sich in diesem Gesetzesentwurf im Titel und in der Definition (Art. 2) für „Menschen mit Behinderungen“ entschieden, im weiteren Textverlauf dann für „Behinderte(r)“. Die EU-Grundrechtscharta von 2000 spricht ebenfalls von „Menschen mit Behinderung“.

<sup>54</sup> Vgl. Botschaft vom 21.9.1998, Separatdruck S. 99 ff.

<sup>55</sup> Hier kann ich auch auf die Beispiele (Schuldrecht, Mietrecht, Streikrecht, Wettbewerbsrecht) verweisen, die Uwe Wesel in seiner „Juristischen Weltkunde“ unter der These „Die Sprache des Juristen ist ideologisch“ anführt (Wesel 2000, S. 174 ff.): Es geht darum, die Augen dafür zu öffnen, dass es die neutrale, die unideologische sprachliche (Re)Konstruktion von rechtsrelevanter Wirklichkeit in einem Gesetzestext nicht geben kann. Die sprachliche Konzeption der Gesetze unterscheidet sich in diesem Punkt nicht grundsätzlich von der sprachlichen Konzeption von rechtlich zu beurteilenden Sachverhalten. Vgl. dazu die Beiträge etwa von Ludger Hoffmann und Christoph Sauer in diesem Band.

wande des generischen Maskulinums bevölkert sind, sondern von Menschen mit Fleisch und Blut. Auch wenn deren Geschlecht juristisch keine Rolle spielt, so ist es eben doch ein wichtiges Mittel zur Markierung, dass auch Gesetze wirkliche Menschen meinen. Statt hier eines der zahllosen Beispiele für gelungene, kreative Lösungen aus der schweizerischen Gesetzgebung zu zitieren<sup>56</sup>, will ich ein Beispiel anführen, wie man es eher nicht machen sollte – es handelt sich um die vielleicht berühmteste Bestimmung aus dem schweizerischen Recht, um Artikel 1 des Zivilgesetzbuches (ZGB) von 1907:

**Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)**

**Fassung bis zum 31. Dezember 1999: Art. 1 Anwendung des Rechts**

<sup>1</sup> Das Gesetz findet auf alle Rechtsfragen Anwendung, für die es nach Wortlaut oder Auslegung eine Bestimmung enthält.

<sup>2</sup> Kann dem Gesetz keine Vorschrift entnommen werden, so soll der Richter nach Gewohnheitsrecht und, wo auch ein solches fehlt, nach der Regel entscheiden, die er als Gesetzgeber aufstellen würde.

<sup>3</sup> Er folgt dabei bewährter Lehre und Überlieferung.

**Fassung seit dem 1. Januar 2000: Art. 1 Abs. 2**

<sup>2</sup> Kann dem Gesetz keine Vorschrift entnommen werden, so soll das Gericht nach Gewohnheitsrecht und, wo auch ein solches fehlt, nach der Regel entscheiden, die es als Gesetzgeber aufstellen würde.

Man hat hier eine Revision von Teilen des ZGB zum Anlass genommen, dieses insofern geschlechtergerecht umzuformulieren, als im ganzen Gesetz „der Richter“ durch „das Gericht“ ersetzt wurde. Das scheint auf den ersten Blick eine elegante Lösung. Auf den zweiten Blick allerdings kommen Zweifel, ob hier nicht der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben worden ist: An die Stelle des heute reichlich abstrakt, weil generisch zu lesenden Maskulinums „Richter“ ist definitiv das Abstraktum „Gericht“ getreten. Dabei spricht doch einiges dafür, dass zumindest Artikel 1 Absatz 2 nicht ein abstraktes Gremium, sondern Richterinnen und Richter als Menschen aus Fleisch und Blut, die voll im Leben stehen, meint. Eine Nuance, vielleicht, worüber die Juristinnen und Juristen die Schultern zucken mögen. Ein lebendiger Rechtstext lebt aber nicht zuletzt auch davon.

#### **(4) Drei Wünsche zum Schluss**

Als Allerletztes formuliere ich aus der Sicht der Gesetzesredaktion drei Wünsche an die akademische Linguistik:

(1) Ich wünsche mir in der Schweiz ein linguistisches Observatorium für die politische Sprache, das den aktuellen politischen Sprachgebrauch beobachtet, beschreibt, kritisiert und uns in der Gesetzesredaktion die Augen öff-

<sup>56</sup> Man lese z. B. die neue Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999 (SR 101).

net für die ideologischen Wortkämpfe und für die sprachlichen Konsensfallen – ein Ausdruck von Anna-Katharina Pantli –, in denen wir drinstecken oder in die wir reintappen, ob wir es nun wissen oder nicht.

(2) Ich wünsche mir eine Rechtslinguistik mit einem Sensorium für die politische Unruhe in Gesetzestexten und für die juristische Spracharbeit des Stilllegens von politisch unruhigen Textstellen.<sup>57</sup>

(3) Und ich wünsche mir – im Sinne von Günther Grewendorf (2000) – ganz allgemein eine linguistische Pflege des Rechts im Hinblick auf die Verständlichkeit, aber darüber hinaus im Hinblick auf die unvermeidbare politische Zeitgenossenschaft der Gesetzgebung.

## Literatur

- Albrecht, Urs (2000): „Unsere Sprache ist verbildet durch einen Maskulinismus.“ Die deutsche Schweiz auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Sprache. In: Elmi-ger, Daniel/Wyss, Eva Lia (Hg.): Sprachliche Gleichstellung von Frau und Mann in der Schweiz. Ein Überblick und neue Perspektiven Neuchâtel. S. 11–46. (= Bulletin VALS/ASLA 72).
- Balzer, Philipp/Rippe, Klaus Peter/Schaber, Peter (1997): Was heisst Würde der Kreatur? Bern. (= Schriftenreihe Umwelt 294).
- Bertschi, Martin/Gächter, Thomas (2000): Schöne Worte? Zur Eignung der Präambel, des Zweckartikels und des Appells an die Verantwortung als Leitlinien staatlichen Handelns. In: Gächter, Thomas/Bertschi, Martin (Hg.): Neue Akzente in der „nachge-führten“ Bundesverfassung. Zürich. S. 33–48.
- Bobbert, Monika/Düwell, Marcus/Jax, Kurt (Hg.) (2001): Ethik – Umwelt – Recht. Tü-bingen. (= Ethik in den Wissenschaften 13).
- Burkhardt, Armin (1995): Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Pra-xis parlamentarischer Kommunikation. Berlin/New York.
- Burkhardt, Armin (1996): Politolinguistik. In: Klein, Josef/Diekmannshenke, Hajo (Hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Berlin/New York. S. 75–100. (= Sprache, Poli-tik, Öffentlichkeit 7).
- Busse, Dietrich (2000): Textsorten des Bereichs Rechtswesen und Justiz. In: Brinker, Klaus et al. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeit-genössischer Forschung. Berlin/New York. S. 658–675. (= HSK 16.1).
- Die Würde des Tieres (2001). Eine gemeinsame Stellungnahme der Eidgenössischen Ethikkommission für die Gentechnik im ausserhumanen Bereich (EKAH) und der Eidgenössischen Kommission für Tierversuche (EKTV) zur Konkretisierung der Würde der Kreatur beim Tier. Bern. (auch unter: [www.ekah.ch](http://www.ekah.ch)).
- Dieckmann, Walther (1969): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Se-mantik der politischen Sprache. Heidelberg.

<sup>57</sup> Es gibt zum Beispiel eine Typologie des Rechtswortschatzes, die von Müller-Tochter-mann (1959) stammt und über Oksaar (1967), Dieckmann (1969) bis hin zu Klein (1998/99, S. 1373) weitererzählt wird (bei Klein sind die „natürlichen Begriffe“ weg-gefallen). Diese Typologie nützt im hier interessierenden Bereich des Grenzgänger-tums von Gesetzestexten zwischen Politik und Recht nichts. Was man bräuchte, wären Typen wie „politisch unruhiger Begriff“, „Zielbegriff“, „Schrankenbegriff“, „deonti-scher Begriff“ usw.

- Forstmoser, Peter/Schlupe, Walter R. (1992): Einführung in die Rechtswissenschaft. Bd. 1: Einführung in das Recht. Bern.
- Goetschel, Antoine F. (1989): Tierschutz und Grundrechte. Bern/Stuttgart.
- Grewendorf, Günther (2000): Die sprachliche Pflege des Rechts. Linguistische Aspekte der Rechtsprüfung. In: Sprache des Rechts. LiLi/Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 96–114.
- Haß-Zumkehr, Ulrike (1998): Die Weimarer Reichsverfassung. Tradition, Funktion, Rezeption. In: Kämper, Heidrun/ Schmidt, Hartmut (Hg.): Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte. Berlin/New York. S. 225–249. (= IDS-Jahrbuch 1997).
- Hattenhauer, Hans (1987): Zur Geschichte der deutschen Rechts- und Gesetzessprache. Hamburg.
- Hauck, Werner (1986): Verständliche Gesetzessprache. Eine Herausforderung an die Staatsverwaltung. In: Öhlinger, Theo (Hg.): Recht und Sprache. Wien. S. 193–204.
- Hermanns, Fritz (1982): Brisante Wörter. Zur lexikalischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Germanistische Linguistik 3–6/80, S. 87–108.
- Hermanns, Fritz (1989): Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen. S. 69–149.
- Hermanns, Fritz (1995): Kognition, Emotion, Intention. Dimensionen lexikalischer Semantik. In: Harras, Gisela (Hg.): Die Ordnung der Wörter. Kognitive und lexikalische Strukturen. Berlin/New York. S. 138–179.
- Hesse, Konrad (1994): Verfassung und Verfassungsrecht. In: Benda, Ernst et al. (Hg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. 2., neubearb. u. erw. Aufl. Berlin/New York. S. 3–17.
- Hoffmann, Ludger (1998/99): Fachtextsorten der Institutionensprachen I: das Gesetz. In: Hoffmann, Lothar et al. (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft. Berlin/New York. S. 522–528. (= HSK 14).
- Keller, Christoph (1999): Hier spricht die Stimme der Vernunft. In: Das Magazin Nr. 51 vom 23. 12. 1999. S. 26–33.
- Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen. S. 3–50.
- Klein, Josef (1998/99): Die politische Fachsprache als Institutionensprache. In: Hoffmann, Lothar et al. (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft. Berlin/New York. S. 1371–1381. (= HSK 14).
- Klein, Josef (2000): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Brinker, Klaus et al. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin/New York. S. 732–755. (= HSK 16).
- Lötscher, Andreas (1995): Der Stellenwert der Verständlichkeit in einer Hierarchie der kommunikativen Werte von Gesetzen. In: Watts, Richard J./Werlen, Iwar (Hg.): Perspektiven der angewandten Linguistik. Neuchâtel. S. 109–127. (= Bulletin suisse de linguistique appliquée 62).
- Lötscher, Andreas (1996): Zweckartikel – zwecklos? In: LeGes (Gesetzgebung heute). Heft 1/1996, S. 91–109.
- Lötscher, Andreas (2000): „Würde der Kreatur“ – „intégrité des organismes vivants“. Sprachanalytische Beobachtungen zu Bedeutung und Auslegung zweier umstrittener Ausdrücke. In: LeGes – Gesetzgebung & Evaluation. Heft 2/2000, S. 137–156.



- Mader, Luzius (1999): Die Sozial- und Umweltverfassung. In: AJP – Aktuelle juristische Praxis, S. 698–705.
- Mader, Luzius (2000): Keine „dignité de la créature“ in der Verfassung. Redaktionelle Änderung im Französischen gerechtfertigt. In: Neue Zürcher Zeitung vom 7.1.2000.
- Müller, Georg (1999): Elemente einer Rechtssetzungslehre. Zürich.
- Müller-Tochtermann, Helmut (1959): Zur Struktur der deutschen Rechtssprache. Beobachtungen und Gedanken zum Thema Fachsprache und Allgemeinsprache. In: Muttersprache 69, S. 84–92.
- Nussbaumer, Markus (1997): „verständlich und zeitgemäss?“ – Anmerkungen zur (deutschen) Sprache des Verfassungsentwurfs 1996. In: LeGes – Gesetzgebung heute. Heft 1/1997, S. 13–49.
- Nussbaumer, Markus (1998): Nachrichten von einer gesellschaftlichen Text-Grossbaustelle. Die Schweiz gibt sich eine neue Verfassung. In: Sprachreport. Heft 2/1998, S. 7–11.
- Oksaar, Els (1967/88): Sprache als Problem und Werkzeug des Juristen. In: Oksaar, Els: Fachsprachliche Dimensionen Tübingen 1988. S. 84–114. (= FFF 4). [Zuerst in: ARSP/Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 1967. S. 91–132].
- Praetorius, Ina/Saladin, Peter (1996): Die Würde der Kreatur (Art. 24<sup>novies</sup> Abs. 3 BV) (= Schriftenreihe Umwelt 260). Bern.
- Rhinow, René (2000): Die Bundesverfassung 2000. Eine Einführung. Basel.
- Schweizer, Rainer J./Saladin, Peter (1995): Art. 24<sup>novies</sup>. In: Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Basel/Zürich/Bern.
- Sitter-Liver, Beat (1999): Verfassung ohne „dignité de la créature“. Unkorrekte Änderung im Nachführungsprozess. In: Neue Zürcher Zeitung vom 26.7.1999.
- Sobota, Katharina (1992): Rhetorisches Seismogramm – eine neue Methode in der Rechtswissenschaft. In: JZ – Juristenzeitung, S. 231–237.
- Spaemann, Robert (2001): Europa – Rechtsordnung oder Wertegemeinschaft? In: Neue Zürcher Zeitung 20./21.1.2001.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin et al. (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York.
- Teutsch, Gotthard M. (1987): Mensch und Tier. Lexikon der Tierschutzethik. Göttingen.
- Teutsch, Gotthard M. (1995): Die „Würde der Kreatur“. Erläuterungen zu einem neuen Verfassungsbegriff am Beispiel des Tieres. Bern.
- Wesel, Uwe (2000): Juristische Weltkunde. Eine Einführung in das Recht. 8., vollständig überarb. u. aktualisierte Aufl. Frankfurt/M. (= stw 467).

THEO STEMMLER

## Zur Sprache der deutschen Landesverfassungen: Ein Test

### Abstract

Der Beitrag nimmt die sprachlichen Defizite aufs Korn, die sich in fast allen deutschen Landesverfassungen finden und leider zahlreiche Novellierungen überdauert haben. Verschraubte Syntax und altertümlicher Fachjargon führen zu missverständlichen, oft unfreiwillig komischen Texten. Besonders die Sprache der Verfassungen Bayerns und Baden-Württembergs ist reparaturbedürftig: Diesen beiden Gesetzeswerken sind die meisten Beispiele für solch stilistisches Unvermögen entnommen.

### I

Die Verfassungen der deutschen Länder sind – wie auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – im Laufe der Jahre immer wieder novelliert worden. Diese Änderungen betrafen die Verfassungsinhalte – Überholtes wurde gestrichen (wie erst vor kurzem die Todesstrafe in der bayerischen Verfassung), neue Wertvorstellungen wurden aufgenommen (wie erst vor kurzem der Tierschutz in der baden-württembergischen Verfassung): Gut so! Bis auf eine Ausnahme (die Baden-Württemberger beseitigten die „Dauer des Wohnsitzes“) berücksichtigten die Novellierungen nie den sprachlichen Ausdruck: Schlecht so! Der Bürger hat Anspruch auf verständliche, makellos formulierte Gesetzes- und Verfassungstexte – leider taucht dieses Grundrecht auf gutes Deutsch bisher in keiner deutschen Verfassung auf.

Dass der sprachliche Ausdruck der deutschen Landesverfassungen nie verbessert wurde, erscheint umso unverständlicher, als sich den zuständigen Landtagen für derartige Reformen viel Zeit und manche Gelegenheit bot. Dies gilt in besonderem Maße für die beiden mit weitem Abstand reparaturbedürftigsten Verfassungen. Die Bayern haben es seit 1946 – und trotz sechs Novellierungen – versäumt, die Sprache ihrer Verfassung auf Vordermann zu bringen. Und die Baden-Württemberger haben (bis auf die erwähnte Ausnahme) seit 1953 keine der achtzehn Novellierungen für sprachliche Verbesserungen genutzt – eine sogar für eine Verschlechterung. Übrigens wurde auch in den 46 Novellierungen unseres Grundgesetzes sprachlich nichts reformiert.

Da lob' ich mir unsere Schweizer Nachbarn, deren Politiker offenbar die deutsche Sprache und die mündigen Bürger ernster nehmen als es die unsrigen tun. Die wohl nicht als revolutionär geltenden Schweizer haben ihre seit 1874 geltende und immer wieder novellierte Bundesverfassung vor zwei Jahren regelrecht runderneuert – gerade auch sprachlich. Die Begründung für solch eine Reform ist in der Einleitung zu dieser neuen Verfassung nachzulesen – unsere Politiker sollten sie sich hinter die Ohren schreiben:

Die vorliegende neue Bundesverfassung ist vollständiger, verständlicher und übersichtlicher als die geltende. Diese Transparenz ist wichtig, denn eine Verfassung hat auch eine Informationsfunktion. Die rechtliche Grundordnung des Staates soll in einer Demokratie nicht allein den Juristen zugänglich sein.

Dieses Versprechen besserer Verständlichkeit und größerer Transparenz wird von der neuen Schweizer Bundesverfassung in vorbildlicher Weise eingelöst. Nur zwei Beispiele. Der alte Artikel 24 (in der Fassung vom 7.12.1975) begann syntaktisch festverschraubt:

Zur haushälterischen Nutzung und zum Schutz der Wasservorkommen sowie zur Abwehr schädigender Einwirkungen des Wassers stellt der Bund in Berücksichtigung der gesamten Wasserwirtschaft auf dem Wege der Gesetzgebung im Gesamtinteresse liegende Grundsätze auf über:

a. die Erhaltung und Erschliessung der Wasservorkommen ...

Jetzt heißt es im neuen Artikel 76:

Der Bund sorgt im Rahmen seiner Zuständigkeiten für die haushälterische Nutzung und den Schutz der Wasservorkommen sowie für die Abwehr schädigender Einwirkungen des Wassers ...

Punktum! Basta! So schön kann Verfassungsprosa sein.

Ein zweites Beispiel zeigt, wie die Schweizer einen – neben der Syntax – weiteren neuralgischen Punkt in vielen Gesetzes- und Verfassungstexten beseitigt haben. Aus ihrer Verfassung ist altes terminologisches Gerümpel, sprachlich Veraltetes überhaupt, entfernt. Im Artikel 24 (ebenfalls in der Fassung vom 7.12.1975) hieß es früher:

Der Bund ist befugt, gesetzliche Bestimmungen über die Fortleitung und die Abgabe der elektrischen Energie zu erlassen.

Aus diesem hinterwäldlerischen, die moderne Energiewirtschaft nur unzureichend beschreibenden Satz ist jetzt geworden (Artikel 91, Absatz 1):

Der Bund erlässt Vorschriften über den Transport und die Lieferung elektrischer Energie.

## II

Wir verlassen die frische Schweizer Höhenluft und setzen uns nun der stickigen Syntax und verdorrten Begrifflichkeit einiger deutscher Länderverfassungen aus – *einige* sind gemeint, keineswegs alle. Dies ist in der Tat auffäl-

lig: Ein starkes Gefälle im sprachlichen Niveau legt es nahe, unsere sechzehn Länderverfassungen in drei Gruppen zu sortieren – fußballerisch bewertet, in drei Spielklassen: Bundes-, Zweite Bundes-, Regional-Liga. Drei Länder spielen in der obersten Klasse: Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Ihre Verfassungen sind syntaktisch klar formuliert und frei von onomasiologischen Missgriffen, insbesondere von Archaismen, die im juristischen und administrativen Fachjargon oft noch ihr kümmerliches Dasein fristen.

Elf Länder spielen in der Zweiten Bundesliga: Ihre Verfassungstexte enthalten die noch erträgliche Zahl von zwei bis sechs Beanstandungen. Die Verfassungen zweier Länder enthalten so viele Mängel, dass sie nur für die Regional-Liga taugen: jene von Baden-Württemberg und von Bayern – ausgerechnet Ländern, die ich besonders wertschätze. Die baden-württembergische bringt es immerhin auf zwanzig, die bayerische auf sage und schreibe – neudeutsch sagt man: ganze – dreiunddreißig verunglückte Passagen.

Welcher Art die sprachlichen Mängel sind, werde ich gleich beschreiben. Warum sie sich gerade in den zwei genannten Verfassungen haarsträubend häufen, sich jedoch in den drei vorher erwähnten überhaupt nicht finden, lässt sich nicht beantworten, wenn man von anthropologisch-ethnischen Witzeleien einmal absieht. Keineswegs spielt das jeweilige Alter eine Rolle. Die billige Gleichung „alt = überholt“ gilt nicht: Die recht passable hessische Verfassung (mit nur zwei Beanstandungen) ist noch einige Tage älter als die bayerische, die sprachlich wohl beste – die hamburgische – stammt immerhin aus dem Jahre 1952.

### III

Und nun zu einer Auswahl syntaktischer Delikatessen aus allen deutschen Landen.

Jede anständige Verfassung beginnt mit einer Präambel – nur zwei Landesverfassungen (Saarland und Schleswig-Holstein) verzichten auf eine solche. Mit einem derartigen Vorspann beginnt bei den meisten bereits das syntaktische Elend. Nehmen wir etwa den sogenannten „Vorspruch“ zur baden-württembergischen Verfassung – ein Satzungenstück von 115 Wörtern, die aneinandergereiht eine Länge von mehr als anderthalb Metern ergeben. Der Satz – übrigens durch die Novellierung im Jahre 1995 noch undurchsichtiger geworden – lautet:

#### **Vorspruch**

Im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen be-seelt, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, dem Frieden zu dienen, das Gemeinschaftsleben nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit zu ordnen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern, und entschlossen, dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken, hat sich das

Volk von Baden-Württemberg in feierlichem Bekenntnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten und den Grundrechten der Deutschen kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt durch die Verfassungsgebende Landesversammlung diese Verfassung gegeben.

Dieses (auch durch die dreimalige Wiederholung von „Verfassung“ scheußliche) Monstrum bleibt weiten Teilen der Bevölkerung sicher unverständlich. Nicht zufällig verbirgt sich in diesem Vorspruch das syntaktische und politische Subjekt – das „Volk“ – irgendwo in der Mitte des Satzdickichts.

Dass es auch anders geht, zeigen etwa die Verfassungen von Sachsen-Anhalt und von Brandenburg. Letztere beginnt – kaum zu glauben! – mit den Bürgern:

Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, haben uns in freier Entscheidung diese Verfassung gegeben ...

Genauso eindrucksvoll beginnt die Verfassung von Sachsen-Anhalt:

In freier Selbstbestimmung gibt sich das Volk von Sachsen-Anhalt diese Verfassung.

So etwas liest und hört man gern: Die Präambel nimmt sprachlich bereits vorweg, was der folgende Artikel 2, Absatz 2 ausdrücklich feststellt: „Das Volk ist der Souverän.“

Bleiben wir bei der Syntax. Drei Typen reparaturbedürftiger Konstruktionen tauchen in den Verfassungen immer wieder auf:

- bis zur Unverständlichkeit riesige Satzklammern und Schachtelsätze,
- unklare Subjekt-Objekt-Beziehungen,
- exzessive Genitiv-Häufung.

Einige Beispiele. Der in den meisten Verfassungen enthaltene Amtseid ist nicht gerade leser- oder hörerfreundlich formuliert. Bei dem gängigen Muster müssen wir sieben Infinitive über uns ergehen lassen, bis endlich das heiß ersehnte finite Hilfsverb auftaucht – etwa in der niedersächsischen Verfassung (Artikel 31, Absatz 1):

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.“

Dass es auch ohne solch eine üppige Klammer geht, zeigt die Verfassung von Schleswig-Holstein. Dort lautet der Amtseid (Artikel 28, Absatz 1):

„Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben.“

Doch ist die Amtseid-Klammer vieler deutscher Verfassungen noch Gold gegen andere Beispiele solcher syntaktischer Grausamkeiten – etwa in Artikel 81, Absatz 2 der saarländischen Verfassung:

Als Äußerungen in Ausübung des Mandats sind insbesondere die von Abgeordneten in Ausschusssitzungen des Landtages, in Sitzungen der Fraktionen, in Verhandlungen mit der Landesregierung oder für die Landesregierung, als Mitglied einer Abordnung des Landtages sowie die in schriftlichen Anträgen an den Landtag abgegebenen Erklärungen anzusehen.

Auch für den Schachtelsatz, diesen Triumph deutscher Satzbaukunst, liefern die Verfassungen genügend Beispiele. Wohlgermerkt: Nicht komplexe Konstruktionen überhaupt werden von mir kritisiert, sondern verunglückte Sätze, deren Hypotaxe krachend über einem ratlosen Leser zusammenbricht. Nur zwei Beispiele – die schönsten ihrer Art. In der saarländischen Verfassung lautet der Artikel 85, Absatz 1:

Das gleiche gilt für einen Abgeordneten, der vorsätzlich Mitteilungen, deren Geheimhaltung in einer Sitzung des Landtages oder eines seiner Ausschüsse beschlossen worden ist, in der Voraussicht, daß diese öffentlich bekannt werden, einem anderen zur Kenntnis bringt.

Und noch geheimnisvoller heißt es in Artikel 61, Absatz 3 der bayerischen Verfassung:

Die Anklage gegen ein Mitglied des Landtags ist darauf gerichtet, daß es in gewinnsüchtiger Absicht seinen Einfluß oder sein Wissen als Mitglied des Vertretungskörpers in einer das Ansehen der Volksvertretung gröblich gefährdenden Weise mißbraucht hat oder daß es vorsätzlich Mitteilungen, deren Geheimhaltung in einer Sitzung des Landtags oder einer seiner Ausschüsse beschlossen worden ist, in der Voraussicht, daß sie öffentlich bekannt werden, einem anderen zur Kenntnis gebracht hat.

In kuriosem Kontrast zu solchen syntaktischen Ödemen steht übrigens ein magersüchtiger Satz wie: „Mehrheit entscheidet.“ (Artikel 2, Absatz 2 der bayerischen Verfassung). Solche *Anorexia nervosa* findet sich auch in Artikel 27, Absatz 1 der thüringischen Verfassung. Dort wird unfreiwillig komisch in schlichtester Parataxe wie auf einem Plakat verkündet: „Kunst ist frei. Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

Sachtexte sollen auf Anhieb verständlich sein und den Leser oder Hörer nicht in die Irre führen oder in tiefer Ratlosigkeit zurücklassen. Diese scheinbar triviale Forderung wird in den Landesverfassungen längst nicht immer erfüllt. Was soll etwa der folgende Artikel 5, Absatz 1 der brandenburgischen Verfassung bedeuten:

Die den Einzelnen und den gesellschaftlichen Gruppen in dieser Verfassung gewährleisteten Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt, Rechtsprechung und, soweit diese Verfassung das bestimmt, auch Dritte als unmittelbar geltendes Recht.

Wer um Himmels willen ist mit „Dritte“ gemeint?

Unklare syntaktische Bezüge können groteske Folgen haben – so in Artikel 138 der bremischen Verfassung:

Richter, die vorsätzlich ihre Pflicht, das Recht zu finden, verletzt haben, können auf Antrag der Bürgerschaft oder des Senats vor das Bundesverfassungsgericht gezogen werden, wenn dies zum Schutze der Verfassung oder ihres Geistes gegen Mißbrauch der richterlichen Gewalt erforderlich erscheint.

Können Richter wirklich vor ein Gericht „gezogen“ werden – zum Schutze „ihres Geistes“? Vor Geisteskrankheiten womöglich?

Sehr eindrucksvoll auch der folgende Artikel 51, Absatz 2 der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern:

Das Verfahren der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode ist beendet, sobald der Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen neuen Ministerpräsidenten wählt und gehehmt, solange über einen Antrag auf Wahl eines neuen Ministerpräsidenten noch nicht entschieden ist.

Dieser Satz bezieht seinen irritierenden Charme aus der eigentlich nicht beabsichtigten Gleichordnung der Partizipien „beendet“ und „gehehmt“ durch die koordinierende Konjunktion „und“.

Ziemlich häufig wird die Unklarheit eines Verfassungsartikels durch undeutliche Subjekt-Objekt-Beziehungen gewährleistet. Genauer: Die Struktur eines Satzes wird des öfteren nicht gleich durchschaubar, weil bei vielen Substantiven Nominativ und Akkusativ gleich lauten und daher nicht eindeutig als Subjekt oder Objekt erkennbar sind. So gerät man über folgenden Satz aus der bremischen Verfassung (Artikel 47, Absatz 3) ins Grübeln:

Das hierfür geltende Recht wird das Gesetz über die Betriebsvertretungen ... schaffen ...

Dass am Anfang des Satzes nicht das Subjekt steht, sondern das morphologisch identische Akkusativ-Objekt, sorgt hier für Verwirrung. Ähnliche Fälle sind etwa:

Die Finanzierung von Lern- und Lehrmitteln regelt das Gesetz. (Thüringen, Artikel 24, Absatz 3)

oder:

Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid regelt das Gesetz. (Hessen, Artikel 124, Absatz 4)

Den Urhebern der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern ist es in Artikel 30, Absatz 2 vorzüglich gelungen, solche syntaktische Unklarheit mit unserem drittgenannten Typus reparaturbedürftiger Konstruktionen zu vereinen – der exzessiven Genitiv-Häufung, vor der auch kein Geringerer als Harald Weinrich in seiner *Textgrammatik* warnt (1993, S. 711):

Man vermeidet ... die Stufung von Genitiv-Adjunkten mit formgleichen Flexiven, außer wenn ebendies aus parodistischer Absicht zu künstlerischen Zwecken geschieht ...

Solche künstlerische Absicht lag den Verfassungsvätern und -müttern aus Mecklenburg-Vorpommern sicher fern, doch erzielt der von ihnen generierte Artikel realparodistische Wirkung:

Die Feststellung des Entwurfs des Haushaltsplanes des Landtages, Entscheidungen nach Artikel 29 Abs. 6 Satz 2 und solche, die Verhaltensregeln für die Abgeordneten betreffen oder die Fraktionen des Landtages in ihrer Gesundheit berühren, trifft der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat.

Doch manch andere Landesverfassung lässt sich ebensowenig lumpen, wenn es um den Genitiv geht – so heißt es etwa in der baden-württembergischen:

Die Ernennung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Rechnungshofs bedarf der Zustimmung des Landtags (Artikel 83, Absatz 2).

Und so weiter und so fort.

Nicht am Genitiv, sondern seltsamerweise an der Präposition *zu* delektieren sich die Bremer in Artikel 17 ihrer Verfassung. Diese grandiose Kakophonie aus sechsmaligem *zu* bzw. achtmaligem *z* hört sich so an:

Das Recht, sich zu gesetzlich zulässigen Zwecken zu Vereinen oder Gesellschaften zusammenzuschließen, steht allen Bewohnern der Freien Hansestadt Bremen zu.

#### IV

Und jetzt zur oft bedenklichen – neudeutsch: suboptimalen – Wortwahl der Verfassungstexte. Die Zahl der aus diesem Grund reparaturbedürftigen Passagen ist weit höher als jene der syntaktisch verunglückten. Nunmehr kommen ganz überwiegend Bayern und Baden-Württemberg zu Wort, deren Verfassungen sprachlich mehr als alle anderen zu wünschen übrig lassen.

Doch gemacht: Ehre, wem Ehre gebührt. Zunächst soll von jenen Ländern die Rede sein, deren Verfassungen nur wenige verbesserungsbedürftige Benennungen enthalten. Auch in dieser kleinen Gruppe wird bereits die ganze Bandbreite onomasiologischer Defizite erkennbar. Diese reicht von antiquierten, oft im Fachjargon konservierten über ungewollt mehrdeutige, ungeschickte bis zu logisch falsch eingesetzten und daher irreführenden Bezeichnungen.

Längst deplaziert erscheint mir die Verwendung des Wortes „Werkstätige“ (Artikel 33, Absatz 3) in der saarländischen Verfassung aus dem Jahre 1947, da mit ihm unweigerlich die DDR assoziiert wird. Ob öffentliche Schulen Schülerinnen und Schüler „zusammenfassen“ können – so in der Verfassung von Schleswig-Holstein (Artikel 8, Absatz 3) – wage ich zu bezweifeln. Und ähnlich komisch wirkt Artikel 29, Absatz 1 der nordrhein-westfälischen Verfassung: „Die Verbindung weiter Volksschichten mit dem Grund und Boden ist anzustreben.“ Dies muss man sich einmal vorstellen! Hohles Pathos entlarvt sich hier selbst.

Sprachlicher Muff, im bürokratisch-administrativ-juristischen Fachjargon erhalten, gibt dem Bürger einige Rätsel auf – so etwa in Bremen. Artikel 88 lautet:

Der Vorstand hat eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, wenn ... wenigstens ein Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft schriftlich darauf anträgt.

Nein – nicht: „... dies schriftlich beantragt“, sondern: „... darauf anträgt“. Dies muss ja wohl nicht sein, dass der heutige Gesetzgeber so redet wie Kleist oder Schiller:



Hier verfaßte er mit Hülfe eines Rechtsgelehrten ... eine Beschwerde, in welcher er ... auf gesetzmäßige Bestrafung ... antrug. (*Michael Kohlhaas* aus dem Jahre 1810)

Oder:

So trag' ich darauf an, daß die Vollstreckung des Richterspruchs ihm übertragen werde. (*Maria Stuart*, IV, 6, aus dem Jahre 1800)

Genauso verwirrend wirkt der folgende Satz aus der hessischen Verfassung (Artikel 22, Absatz 2) auf den Bürger:

Niemand darf für Handlungen ... strafrechtlich verantwortlich gemacht werden, die ihm nicht persönlich zur Last fallen.

Uns Heutigen können arme Verwandte zur Last *fallen*, doch Handlungen nur zur Last *gelegt* werden. Ärgerlich ist solch fachsprachlicher Jargon, weil es ihm „an Allgemeinverständlichkeit mangelt“ (Bußmann 1983, S. 225) und er uns daher zu zeitraubendem mehrfachen Lesen zwingt.

Während fachsprachlichen Ausdrücken natürliche Verteidiger in Gestalt der jeweiligen Fachvertreter zur Verfügung stehen, findet sich wohl niemand, der sich für logisch falsch eingesetzte Wörter ernsthaft ins Zeug legt. Ausgerechnet in der taufrischen, im Jahre 1992 verabschiedeten Verfassung des Landes Brandenburg finden sich gleich mehrere solcher Unglücksfälle. Erstes Beispiel (Artikel 25, Absatz 1):

Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern ... insbesondere die kulturelle Eigenständigkeit und die wirksame politische Mitgestaltung des sorbischen Volkes.

Dies kann ja wohl nicht angehen. Was hier gesagt wird, wollte man eigentlich nicht sagen: dass das ohnehin leidgeprüfte sorbische Volk mitgestaltet werden soll. Nein: „Mitwirkung“ der Sorben ist gemeint.

Das zweite Beispiel findet sich im Artikel 13, Absatz 1:

Die Freiheit des Gewissens, des Glaubens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich; ihre ungestörte Ausübung wird gewährleistet.

Hier war der Gesetzgeber ausnahmsweise mit Worten allzu sparsam: Ein religiöses Bekenntnis kann man ja zur Not „ausüben“ – doch das Gewissen oder den Glauben? Oder – noch schlimmer – sollen etwa die diversen Freiheiten ausgeübt werden?

Auch im Artikel 38 derselben Verfassung reißt lexikalische Sparsamkeit den Gesetzgeber ins sprachliche Verderben:

In Heimen, Krankenhäusern ... und ähnlichen öffentlichen Einrichtungen ... sind Gottesdienste, Seelsorge und andere religiöse Handlungen den Kirchen ... zu ermöglichen.

Richtig ist es, Gottesdienste unter religiösen Handlungen aufzuführen – doch falsch, die semantisch vielschichtige Seelsorge den semantisch engeren religi-

ösen Handlungen unterzuordnen. Oder im Fachjargon: „Gottesdienst“ ist ein Hyponym des Hyperonyms „religiöse Handlung“ – „Seelsorge“ jedoch nicht.

Und nun von der Zweiten Bundesliga zu den Regionalligisten Baden-Württemberg und Bayern. Genießen Sie mit mir zum Abschluss unseres Verfassungstests ein Brillantfeuerwerk sprachlicher Insuffizienz.

Elementare Phänomene wie Polysemie, Konnotation oder Kontext sind den Urhebern der beiden Verfassungen gänzlich unbekannt. Unbekümmert verwenden sie daher Begriffe, die ungewollt mehrdeutig sind, ja oft einen Beigeschmack haben – auf gut Schwäbisch eben: „a Gschmäckle“. Da erfahren wir im Artikel 3, Absatz 1 der baden-württembergischen Verfassung, dass Sonn- und Feiertage „Tage der Erhebung“ seien. Solchen revolutionären Elan hätten wir den Baden-Württembergern gar nicht zugetraut. Das kommt davon, wenn man die ursprüngliche Formulierung „Tage der seelischen Erhebung“ (Artikel 139 der Weimarer Verfassung) des präzisierenden Adjektivs beraubt und auf diese Weise mehrdeutig macht. (Viele andere Landesverfassungen haben übrigens den Wortlaut des Weimarer Originals beibehalten: Hessen, Sachsen, Thüringen zum Beispiel.)

Ungemein zweideutig und daher komisch wirkt Artikel 116 der bayerischen Verfassung, in dem von „Staatsangehörigen ohne Unterschied“ die Rede ist. Sind hier womöglich Hermaphroditen gemeint – androgyne Wesen wie Michael Jackson etwa? Und die Vorschrift des Artikels 122, „im nachbarlichen Verkehr“ seien alle „zur gegenseitigen Hilfe verpflichtet“, weckt unberechtigte promiskuitive Hoffnungen.

Gar nicht mehr komisch, sondern eher bedrohlich finden wir die Feststellung: „Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte ...“ (Artikel 106, Absatz 3 der bayerischen Verfassung.) Ebenso drohend wirkt die Ankündigung, dass in Bayern „jeder von der öffentlichen Gewalt Festgenommene“ spätestens am Tage danach dem zuständigen Richter vorzuführen sei (Artikel 102, Absatz 2). Dies klingt gewaltig – gewaltiger als „... von der Polizei Festgenommene“.

Trotz der lebensfrohen, barocken Gemütsart der Bayern ist die Häufigkeit hedonistischer Elemente in ihrer Verfassung überraschend. Ein starker Hang zur Genusssucht macht sich bemerkbar. „Der ungestörte Genuß der Freiheit“ wird jedem Bürger in Artikel 117 garantiert – ebenso „der Genuß der bürgerlichen ... Rechte“ im Artikel 107, Absatz 3. Die Geistlichen wiederum „genießen den Schutz des Staates“ (Artikel 144, Absatz 1). Besonders erfreulich in diesem Zusammenhang ist der durch Artikel 141, Absatz 3 erlaubte „Genuß der Naturschönheiten“. Mehr noch: „Die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte im ortsüblichen Umfang ist jedermann gestattet“. Hier ist offenbar die bayerische Variante des gemeindeutschen Mundraubs gemeint.

Während dieser Artikel auf Vegetarisches abzielt, appelliert ein anderer in bedenklicher Weise an kannibalische Instinkte: „Gesunde Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes.“ Da läuft einem ja das Wasser im Mund zusammen.

Dass die bayerische Verfassung laut Artikel 99 „dem geistigen ... Wohl aller Einwohner“ dienen soll, ist zwar löblich, jedoch angesichts ihres sprachlichen Zustandes ein frommer Wunsch. Dass sie aber auch dem „leiblichen Wohl“ der Bürger dient, klingt noch unglaublicher. Sollen sich die Bayern etwa – in einer Travestie des Schlaraffenlandes – durch ihre Verfassung hindurchvespern?

Antiquierte Ausdrücke und rätselhafter Fachjargon finden sich in beiden Verfassungen zuhauf – oft mit komischem Effekt. So wird die Jugend Baden-Württembergs mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, dass sie „in Bündnen gegliedert“ ist (Artikel 12, Absatz 2). Könnten hier etwa Vereine gemeint sein? Ferner wird sie – und das Lehrpersonal – interessieren, dass „in allen Schulen der Geist der Duldsamkeit und der sozialen Ethik waltet“ (Artikel 17, Absatz 1). Das walte Gott!

Wenig menschenfreundlich, doch auch in anderen Verfassungen üblich ist die Feststellung: „Der Präsident ist oberste Dienstbehörde ...“ (Artikel 32, Absatz 3). Müssen solche uralten Jargonausdrücke bis in alle Ewigkeit von einer Generation zur nächsten weitergeschleppt werden? Muss etwa die Mehrheit der Stimmberechtigten einem Verlangen „beitreten“ (Artikel 43, Absatz 2) anstatt sich ihm anzuschließen, wie es jeder normale Sprachbenutzer tut? Muss das Amt des Ministerpräsidenten immer noch wie anno Tobak „erledigt werden“? (Artikel 47 und Artikel 55, Absatz 2).

Auch die bayerische Verfassung enthält gehäuft Ausdrücke, die noch nie an das Ohr eines normalen Sterblichen gedrungen sind, oder ihm eigentlich vertraute Wörter, deren Bedeutung ihm aber unbekannt ist. So stellt er sich unter „Schluß der Tagung“ (Artikel 17, Absatz 3) eben den Schluss einer Tagung vor. Falsch! Hier ist das „Ende der Sitzungsperiode“ gemeint. Was soll man unter „Bedarfsdeckungsgebieten“ (Artikel 155) verstehen – unter „Ob-sorge“ (Artikel 162) oder einer „Vergabung“ (Artikel 12, Absatz 2)? „Das Straferkenntnis“ (Artikel 95, Absatz 3) bleibt ihm semantisch dunkel und als grammatisches Neutrum suspekt.

Auch wenn es um die letzten Dinge geht, schrecken die Urheber der bayerischen Verfassung vor keiner sprachlichen Antiquität zurück: „Die Gemeinden haben dafür zu sorgen, daß jeder Verstorbene schicklich beerdigt werden kann“ (Artikel 149, Absatz 1). Im ersten Moment denkt der bayerische Verfassungsfreund an ein „schickes“ Begräbnis, an Schickimicki und an Schickeria. Falsch! Ein Begräbnis gemäß der bayerischen Verfassung soll nicht französischen Chic haben, sondern „sich schicken“ – angemessen sein: also Weißbier, nicht etwa Prosecco beim Leichenschmaus!

Wie ihre Kollegen in anderen Bundesländern (siehe oben!) lassen auch die bayerischen Verfassungskünstler ihre Sprache im Originalkostüm der deutschen Klassik einherstolzieren. Der Artikel 39 etwa lautet:

Die Staatsregierung hat die Anträge und Vorlagen des Senats ungesäumt dem Landtag vorzulegen.

Nicht ein „Antrag ohne Saum“ ist gemeint, sondern dass er unverzüglich vorgelegt werde. Fast zweihundert Jahre zuvor (1733) tönt es in Goethes *Götz von Berlichingen* (III):

Und wenn Ihr seht, daß sie mich angreifen, so fällt ungesäumt in die Seiten.

Und ganz ähnlich bedeutet im Artikel 185 das Adverb „ehestens“ nicht das, was jeder heutige Sprachbenutzer vermutet – „frühestens“ –, sondern das, was es vor langer Zeit in den *Wahlverwandtschaften* (1809) besagt – „baldmöglichst“:

... indem Charlotte mit einiger Befremdung vernahm, daß sie ehestens geschieden werden sollte.

Natürlich gibt es für solche archaischen oder obsoleten Wörter billige Ausreden, meist die schwer widerlegbare Behauptung, das betreffende Wort sei in der – regionalen oder sozialen – Umgebung des Verwenders noch durchaus gebräuchlich. Doch keine Ausflüchte gelten für Wörter oder Phrasierungen, die falsch eingesetzt oder unidiomatisch verwendet werden und so dem allgemeinen Sprachgebrauch nicht entsprechen. In derartigen lexikalischen und idiomatischen Fehlern werden oft genug Denkfehler manifest. Zunächst einige Beispiele aus dem „Ländle“.

Gemäß Artikel 16, Absatz 3 sollen Zweifelsfragen „behoben“ werden. Nein – Missstände oder Mängel werden behoben, Zweifelsfragen geklärt. Gleich in zwei Artikeln (26,4 und 62,2) wird behauptet, Wahlen seien durch das Volk „vorzunehmen“. Nein – das Volk wählt. Vorgenommen – also: durchgeführt – werden Wahlen von irgendwelchen Ämtern.

Und zum Schluss einige bayerische Schmankerln. Artikel 151, Absatz 1 plädiert für „die allmähliche Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten“. Das geht so nicht: Die Kosten der Lebenshaltung können sich erhöhen, doch die Lebenshaltung selbst wird verbessert – oder verschlechtert.

Von der „Reinhaltung“ und „Gesundung“ der Familie ist die Rede (Artikel 125, Absatz 2). „Reinhaltung“: ja – „Gesundung“: nein. Die bayerischen Familien sind doch nicht so krank, dass sie gesunden müssen: „Gesunderhaltung“ war wohl gemeint.

Immer wieder gehen die Formulierungen haarscharf daneben. Da ist von „Nachteilen der Geburt“ (Artikel 118, Absatz 3) die Rede, wo „Benachteiligung aufgrund der Herkunft“ gemeint ist. Da soll „die Entschlußkraft ... der Organe gehoben“ werden (Artikel 77, Absatz 2), wo man sie eher „stärken“ sollte. Da sind Kleinbetriebe „gegen Aufsaugung“ (Artikel 153) zu schützen, wo man sie eigentlich vor „Übernahmen durch größere“ bewahren sollte. Und was unsere heutigen „Kids“ von der Forderung halten, die Schulen sollten „auch Herz und Charakter bilden“ (Artikel 131, Absatz 1), kann ich mir lebhaft vorstellen: nichts. Charakter: ja – doch Herz? Ein Herz für Kinder? Die pathetische Vagheit des Begriffs lässt Zweifel an der pädagogischen Durchsetzbarkeit aufkommen.

Das schönste Beispiel onomasiologischen Unvermögens findet sich im Artikel 140. Dort ist die Rede von der staatlichen „Unterstützung schöpferischer Künstler, Gelehrter und Schriftsteller ..., die den Nachweis ernster künstlerischer oder kultureller Tätigkeit erbringen.“ Die logischen Alternativen, die dieser Satz provoziert, sind überwältigend. „Nicht schöpferische Künstler“ – gibt’s die? Nein – vielmehr gute oder schlechte. Originell auch die Unterscheidung zwischen künstlerischer und kultureller Tätigkeit. Dass die künstlerische Tätigkeit eine „ernste“ sein soll, richtet sich nicht gegen Vertreter der leichten Muse: „Ernsthaft“ ist eigentlich gemeint. Und wie soll hier der ungemein bürokratisch klingende „Nachweis“ erbracht werden? Durch irgendeine Bescheinigung, ein Gütesiegel etwa?

A propos Gütesiegel. Im Sinne dieses Artikels 140 gebe ich zwei von ihm Betroffenen das Schlusswort: einem Gelehrten und einem Künstler, der auch Schriftsteller war. Der Rechtshistoriker Hattenhauer (1995) sagte vor einigen Jahren in einer Rede:

Die Rechtslaien sollten sich viel unbekümmerter die Freiheit nehmen, die Juristen und Beamten auf die Güte ihrer Sprache hin zu prüfen und diese gegebenenfalls öffentlich zu kritisieren.

Dies habe ich heute getan.

Und Karl Valentin (1985, S. 85) – ein ernsthafter, doch unernster Künstler – forderte vor einigen Jahrzehnten: „Es ist an der Zeit, sich in den Nicht-einmischungspakt hineinzumischen.“

Dies habe ich heute versucht.

## Literatur

Weinrich, Harald (1993): Textgrammatik der deutschen Sprache. Mannheim.

Bußmann, Hadumod (1983): Lexikon der Sprachwissenschaft. Stuttgart.

Hattenhauer, Hans (1995): Denkfehler zeigen sich in Stilfehlern. In: FAZ, 8.12.95, S. 17.

Valentin, Karl (1985): Gesammelte Werke in einem Band. Frankfurt/Main.

GERARD-RENÉ DE GROOT

## Rechtsvergleichung als Kerntätigkeit bei der Übersetzung juristischer Terminologie

Übersetzungsfehler können schlimme Folgen haben. In der Zeitschrift „Art Newsletter“ von August 2000 erschien die Nachricht, dass die Zerstörung des berühmten Klosters Monte Cassino im Zweiten Weltkrieg vermutlich auf einen Übersetzungsfehler zurückzuführen ist.

Der amerikanische Geheimdienst hatte Teile eines deutschen Telefongesprächs über Monte Cassino abgehört, in dem auf die Frage „Wo ist der Abt?“ die Antwort gegeben wurde: „Der Abt ist bei den Mönchen in Monte Cassino“. Der Geheimdienst glaubte, dass es sich um eine militärische Information handele und dass „Abt“ eine Abkürzung des deutschen Wortes „Abteilung“ sei und vermutete deshalb, dass sich eine Abteilung der deutschen Armee in Monte Cassino aufhielt. Folge war die völlige Zerstörung des berühmten mittelalterlichen Klosters.

Gott sei Dank haben nicht alle Übersetzungsfehler solche verheerenden Folgen. Sonst gäbe es apokalyptische Verhältnisse, denn Übersetzungsfehler sind keineswegs selten. Recht häufig ist dies der Fall, wenn juristische Texte zu übersetzen sind. Das Übersetzen juristischer Texte ist besonders schwierig, weil die juristische Terminologie systemgebunden ist; dadurch ist die Vernetzung juristischer Termini im Rechtssystem außerordentlich stark. Wenn man mit lediglich allgemeinen sprachlichen Kenntnissen solche Texte zu übersetzen versucht, sind gravierende Fehler so gut wie sicher. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Zieltext (die Übersetzung) als sehr mangelhaft einzustufen ist, ist außerordentlich groß. So sah ich einmal in der deutschen Übersetzung eines Briefes eines niederländischen Anwalts „ontbinding van een overeenkomst“ (Auflösung eines Vertrages) – offensichtlich etymologisch inspiriert – übersetzt als „Entbindung eines Übereinkünftes“. Solche Ergebnisse verhindern die effektive Kommunikation mit deutschsprachigen Kollegen. So etwas fördert nur die Lachmuskulatur.

### I. Thesen zur Übersetzung juristischer Terminologie

Was muss man sich bei der Übersetzung juristischer Texte vor Augen halten?

1. Wesentlich ist, sich ständig bewusst zu machen, dass das Übersetzen juristischer Terminologie Rechtsvergleichung ist.

Bei der Übersetzung juristischer Terminologie muss zunächst die Bedeutung des zu übersetzenden Begriffs in dem mit der Ausgangssprache verbundenen Rechtssystem (Ausgangsrechtssystem) festgestellt werden. Daraufhin muss versucht werden, in dem mit der Zielsprache verbundenen Rechtssystem (Zielrechtssystem) einen Terminus mit der ‚gleichen‘ Bedeutung zu finden: Dieser Vorgang ist Rechtsvergleichung. Selbstverständlich muss die Bedeutung des Ausgangsbegriffs sehr sorgfältig festgestellt werden. Man muss sehr genau überprüfen, was im Ausgangstext steht. Manchmal geschieht dies nicht ausreichend gründlich und infolgedessen sucht man im Zielrechtssystem auch nach einem falschen Äquivalent. Einige Beispiele sollen diese These erläutern:

Beispiel I:

Art. 729 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches lautet:<sup>1</sup>

„Fahrniseigentum geht, trotz Verlust des Besitzes, erst dadurch unter, dass der Eigentümer sein Recht aufgibt, oder dass in der Folge ein anderer das Eigentum erwirbt.“

In einer englischen Übersetzung<sup>2</sup> lautet diese Vorschrift:

„The ownership of a chattel is not destroyed by loss of possession, provided the owner has not abandoned his right to it or the chattel has not be acquired by a third person.“

Offensichtlich haben die Übersetzer nicht ausreichend genau untersucht, was hier „geht unter“ bedeutet und haben es deshalb auf der Grundlage allgemeinsprachlicher Kenntnisse – vollkommen falsch – mit „destroyed“ übersetzt.

Beispiel II:

Im griechischen Staatsangehörigkeitsgesetz wird mehrfach das Wort „homogenis“ verwendet. Dies ist u. a. der Fall in Art. 5, wo bestimmt wird, dass ein im Ausland lebender „homogenis“, der ohne oder unbekannter Staatsangehörigkeit ist, als Grieche anerkannt werden kann, wenn er sich als Grieche verhält und das Alter von 21 Jahren erreicht hat. Er muss dazu bei dem für seinen Wohnsitz zuständigen griechischen Konsulat einen Antrag stellen. Was bedeutet nun „homogenis“? In einer niederländischen Übersetzung dieses Gesetzes<sup>3</sup> wurde dieses Wort übersetzt mit „een persoon van Griekse afstamming“, auf deutsch: „eine Person griechischer Abstammung“. In eini-

<sup>1</sup> Vgl. § 959 BGB: „Eine bewegliche Sache wird herrenlos, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt.“ Eine Bestimmung, deren Formulierung eindeutig nicht geschlechtergerecht ist.

<sup>2</sup> Williams, Ivy/Wyler Siegfried/Wyler, Barbara: The Swiss Civil Code. English Version. Zürich (ReMaK) 1987.

<sup>3</sup> In: Nationaliteitswetgeving. Loseblattausgabe. VUGA, 's-Gravenhage.

gen Artikeln des übersetzten Textes fiel zunächst gar nicht auf, dass dies falsch, jedenfalls sehr ungenau war. Man bekam den Eindruck, dass die betreffenden Personen die griechische Staatsangehörigkeit früher einmal besessen, aber später verloren hatten, also „ehemalige griechische Staatsangehörige“ sind. Die Interpretation, dass es sich um nicht-griechische Kinder griechischer Eltern handeln könnte, schied nämlich aus, da nach griechischem Staatsangehörigkeitsrecht die griechische Staatsangehörigkeit von allen Kindern griechischer Staatsangehörigen durch Abstammung (*iure sanguinis*) erworben wird. Seltsam erschien dann aber eine Vorschrift (Art. 29), in der die Rede ist von „homogenis“, die in Griechenland geboren worden waren, aber ihre durch Geburt erworbene griechische Staatsangehörigkeit verloren hatten. Dies wäre dann selbstverständlich entweder tautologisch oder in irgendeiner Hinsicht falsch.

Als ich einmal mit dieser Vorschrift konfrontiert wurde und die niederländische Übersetzung mit einer deutschen Übersetzung des gleichen Textes verglich<sup>4</sup> stellte sich heraus, dass tatsächlich ein Fehler gemacht worden war. „Homogenis“ ist jemand, der ethnischer Grieche ist (also jemand griechischen Volkstums), und für solche ethnischen Griechen sieht das griechische Staatsangehörigkeitsgesetz diverse Vergünstigungen vor. Der Übersetzer hatte offensichtlich diese Kenntnisse nicht und verstand deshalb den Ausgangstext nicht. Die Übersetzung konnte schon deshalb nicht korrekt werden.

Ein sehr gutes Verständnis der Terminologie des Ausgangstextes ist also unerlässlich. Wenn auch nur die geringste Unsicherheit besteht, muss anhand von Gesetzestexten, Lexika und juristischen Kommentaren die genaue Bedeutung eines Ausgangsbegriffes überprüft werden. Unterlässt man dies, kann man jede Übersetzung nur als abenteuerlich bezeichnen.

Leider werden sehr häufig bereits in dieser Phase Fehler gemacht. Sogar die beste Übersetzungsstrategie hilft dann nicht mehr. Jede Übersetzung erfordert ein eingehendes und genaues Verständnis des Ausgangstextes.

2. Es muss grundsätzlich aus einer Rechtssprache in eine andere Rechtssprache (und nicht in die umgangssprachliche Terminologie der Zielsprache) übersetzt werden.

Der Inhalt des Ausgangstextes muss also genauestens analysiert werden. Dabei muss man den *juristischen* Inhalt der Begriffe ermitteln. Man übersetzt also aus einer *Rechtssprache*, nicht aus der *Umgangssprache*. Nicht die allgemeinsprachliche Bedeutung eines Wortes muss übersetzt werden, sondern der *juristische* Inhalt.

<sup>4</sup> In: Bergmann/Ferid: Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht. Loseblattausgabe. Frankfurt am Main.



Dieser Inhalt muss in der Zielsprache dann anschließend auch nicht in der Umgangsterminologie der Allgemeinsprache ausgedrückt werden, sondern wiederum in der *Rechtssprache*.

Auch hierbei muss man wieder sorgfältig arbeiten. Besonders vorsichtig sollte man sein, wenn es in der Zielsprache Wörter gibt, die etymologisch den zu übersetzenden Wörtern der Ausgangssprache entsprechen. Sie als Übersetzungen der Ausgangstermini zu verwenden, ist verführerisch, es ist aber unbedingt notwendig, vorher deren Inhalt genauestens zu überprüfen. Regelmäßig stellt sich dann heraus, dass es doch dermaßen wesentliche inhaltliche Unterschiede gibt, dass es unverantwortlich wäre, die betreffenden Wörter als Übersetzungen zu benutzen.

Auch hier sollen wieder einige Beispiele gegeben werden.

#### Beispiel I:

Wie muss „Anerkennung der Vaterschaft“ ins Portugiesische übersetzt werden? Wenn man auf umgangssprachlicher Ebene übersetzt, läge „reconhecimento de paternidade“ auf der Hand. Diese Übersetzung ist jedoch abzulehnen. Wenn man das portugiesische Zivilgesetzbuch studiert, stellt sich heraus, dass es zwei Arten der „reconhecimento de paternidade“ gibt: „perfilhação“ und „decisão judicial em accção de investigação“. Die Anerkennung der Vaterschaft ist eindeutig die „perfilhação“ (siehe Art. 1847 ff. Codigo civil portugues).

#### Beispiel II:

Der niederländische Terminus „nationaliteit“ kann weder im Deutschen mit „Nationalität“ noch im Italienischen mit „nazionalità“<sup>5</sup> noch im Schwedischen mit „nationalitet“ wiedergegeben werden, weil letztere Begriffe die ethnische Zugehörigkeit zu einem Volke bezeichnen, während in der niederländischen Rechtssprache dieser Terminus die formelle Beziehung zwischen einer Person und dem Staat bezeichnet (wie übrigens auch englisch „nationality“, französisch „nationalité“, portugiesisch „nacionalidade“ und spanisch „nacionalidad“). „Nationaliteit“ (und das Gleiche gilt für den betreffenden englischen, französischen, portugiesischen und spanischen Terminus) ist deshalb in den genannten Sprachen zu übersetzen mit „Staatsangehörigkeit“, beziehungsweise „cittadinanza“ und „medborgerskap“.

3. Juristische Terminologie ist systemgebunden. Dies verursacht erhebliche Komplikationen. Innerhalb einer bestimmten Sprache gibt es häufig nicht nur eine, sondern mehrere Rechtssprachen. Innerhalb einer jeden Sprache

---

<sup>5</sup> So aber vollkommen falsch Tortura, Giovanni: Dizionario giuridico/ Dictionnaire juridique. Italiano-Francese/ Français-Italien. 3. Auflage. der *nationalité acquise/ d'origine* übersetzt mit *nazionalità acquisita/d'origine*.

gibt es eben so viele Rechtssprachen, wie es Rechtssysteme gibt, in denen die betreffende Sprache Rechtssprache ist.

Deshalb gibt es u.a. innerhalb der deutschen Sprache mehrere Rechtssprachen. Deutsch ist ja bekanntlich Rechtssprache in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, in der Schweiz, in Liechtenstein, aber auch in Belgien und Italien. Weiter müssen wir in Betracht ziehen, dass Deutsch auch eine Amtssprache der Europäischen Union ist, was zu zusätzlichen Komplikationen führt.

Auch die niederländische Sprache wird in mindestens fünf unterschiedlichen Rechtssystemen als Rechtssprache verwendet (in den Niederlanden, auf den Niederländischen Antillen, in Aruba, Belgien und Surinam) und ist zusätzlich Amtssprache der Europäischen Union.

4. Wenn innerhalb der Zielsprache mehrere Rechtssprachen existieren, ist es notwendig zu entscheiden, in welche Zielrechtssprache übersetzt werden soll.

Muss man z. B. aus der niederländischen Sprache ins Deutsche übersetzen, dann muss man entscheiden, ob man zu übersetzen hat in die deutsche Rechtssprache Belgiens, Deutschlands, Italiens, Liechtensteins, Österreichs oder der Schweiz.

Selbstverständlich gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen diesen Rechtssprachen, aber auch beachtliche Unterschiede, und gerade diese Unterschiede verursachen Schwierigkeiten, wenn man das eben formulierte Prinzip („Wähle eine bestimmte Rechtssprache innerhalb der Zielsprache“) nicht beachtet.

#### Beispiel I:

Wenn man den niederländischen Terminus „Commissaris der Koningin“ (wörtlich übersetzt: „Kommissar der Königin“) ins Deutsche übersetzen muss, wäre ein mögliches Äquivalent in der Rechtsterminologie Deutschlands: „Regierungspräsident“, in der Terminologie Österreichs käme aber möglicherweise „Landeshauptmann“ eher in Betracht.

#### Beispiel II:

Oben wurde betont, dass der niederländische Terminus „nationaliteit“ im Deutschen mit „Staatsangehörigkeit“ wiederzugeben ist. Dies gilt für eine Übersetzung in die deutsche Rechtssprache der Bundesrepublik Deutschland. Übersetzt man für ein österreichisches Publikum, dann wäre die Übersetzung mit „Staatsbürgerschaft“ angemessen.

Wenn die Ausgangssprache in mehreren Rechtssystemen als Rechtssprache fungiert, muss man auch bei der Analyse des Ausgangstextes genauestens darauf achten, in der Terminologie welchen Rechtssystems der Ausgangstext

formuliert ist. Sonst können wieder Fehlinterpretationen auftreten. Wenn z. B. in einem aus Belgien stammenden niederländischen Text über Insolvenzrecht die Rede ist von „gerechtelijk akkoord“ („concordat judiciaire“), bedeutet dies, dass der Schuldner im Rahmen eines Vergleichsverfahrens zur Abwendung eines Konkurses einen Aufschub seiner Zahlungsverpflichtungen bekommt<sup>6</sup>, während dies in den Niederlanden das Ende eines Konkurses durch (Zwangs-)Vergleich mit den Gläubigern (Art. 138 ff. Faillissementswet)<sup>7</sup> bedeuten würde. Im niederländischen Rechtssystem würde man im Falle eines gerichtlich angeordneten Zahlungsaufschubs von „surséance van betaling“ sprechen (Art. 213 ff. Faillissementswet)<sup>8</sup>.

5. Welches Zielrechtssystem gewählt wird, hängt von den mutmaßlichen Adressaten der Übersetzung ab.

Meistens ist es nicht kompliziert, diese Wahl zu treffen. Entscheidend sind an erster Stelle die Wünsche des Auftraggebers und das Ziel der Übersetzung.

Nur selten ist diese Wahl schwierig, aber *nie* darf unterlassen werden zu wählen.

Das Zielrechtssystem zu bestimmen, ist dann besonders wichtig, wenn die Zielsprache (z. B. Englisch) in sehr vielen Rechtssystemen als Rechtssprache benutzt wird. Statt dessen in die „Umgangssprache“ innerhalb der Zielsprache zu übersetzen, ist abzulehnen. Dies tat z. B. John Crabb in seiner englischen Übersetzung des französischen Zivilgesetzbuches.<sup>9</sup>

Richtig ist die Wahl von Haanappel und Mackaay in ihrer englischen Übersetzung des niederländischen Zivilgesetzbuches.<sup>10</sup> Sie wählten als Zielterminologie die Rechtsterminologie Quebecs und folgten dieser Wahl konsequent. Ein Nachteil dieser Wahl ist selbstverständlich, dass die Übersetzung ungewohnt oder gar schwierig für diejenigen ist, die die Terminologie Quebecs nicht beherrschen.<sup>11</sup> Dies begründet jedoch keine Kritik an der

---

<sup>6</sup> Siehe Gesetz vom 17. Juli 1997 ‚betreffende het gerechtelijk akkoord‘. Belgisch Staatsblad, 28 Oktober 1997.

<sup>7</sup> Das Gesetz spricht von „akkoord“ und „gehomologeerd akkoord“, in der Literatur wird jedoch auch von „gerechtelijk akkoord“ gesprochen.

<sup>8</sup> Siehe auch den Anhang bei der Europäischen Insolvenzverordnung 1346/2000 vom 29. Mai 2000.

<sup>9</sup> Crabb, John H.: The French civil code. 2. Auflage. Littleton (Rothman)/ Deventer (Kluwer) 1995.

<sup>10</sup> Haanappel, P. P. C./Mackaay, E.: New Netherlands civil code. Patrimonial law/ Nouveau code civil néerlandais. Le droit patrimonial/ Nieuw Nederlands Burgerlijk Wetboek. Het vermogensrecht. Deventer (Kluwer) 1990.

<sup>11</sup> Quebec hat anders als die meisten englisch-sprachigen Jurisdiktionen nicht ein „common law“-System, sondern ein auf die kontinental-europäische Tradition zurückgehendes Zivilgesetzbuch. Das heutige zweisprachige (französisch-englische) Zivilgesetzbuch trat 1995 in Kraft und benutzt eine französische Terminologie, die weitgehend der des französischen Code civil entspricht und beinhaltet in der Englischen Fassung viele Wörter, die französisch inspiriert sind.

Übersetzung von Mackaay und Haanappel, sondern kann höchstens Anlass zur Forderung nach weiteren englischen Übersetzungen in z. B. die Terminologie von England und Wales sein.

6. Im gewählten Zielrechtssystem muss der Übersetzer Termini suchen, die äquivalent sind mit den zu übersetzenden Begriffen des Ausgangsrechtssystems. Wegen der extremen Systemgebundenheit juristischer Begriffe ist logischerweise eine völlige Äquivalenz nur möglich, wenn die Ausgangssprache und die Zielsprache sich auf dasselbe Rechtssystem beziehen. Dies ist strenggenommen nur dann der Fall, wenn innerhalb eines zwei- oder mehrsprachigen Rechtssystems übersetzt wird, z. B. wenn in Italien ein italienischer juristischer Text aus dem Italienischen ins Deutsche zu übersetzen ist und die Zielrechtssprache die deutsche Rechtssprache Italiens ist.

Wenn es in einem solchen Falle in der deutsch-italienischen Rechtssprache noch kein Äquivalent gibt, begegnet man allerdings besonderen Problemen, auf die ich hier nicht ausführlich eingehen kann. Die Kriterien bei der Wahl eines Neologismus werden dann außerordentlich wichtig.<sup>12</sup>

7. Eine fast völlige Äquivalenz kann man feststellen, wenn

a) die für die Übersetzung relevanten Rechtsgebiete des Ausgangsrechtssystems und des Zielrechtssystems teilweise vereinheitlicht oder harmonisiert sind (z. B. infolge der legislativen Aktivitäten der Europäischen Union).

Eine gewisse Schwierigkeit dabei ist allerdings, dass, wenn man z. B. einen juristischen Text aus dem Deutschen ins Niederländische zu übersetzen hat, manchmal bestimmte Teile des Textes in terminologischer Hinsicht aus Begriffen eines mehrsprachigen, vereinheitlichten (oder harmonisierten) Rechtssystems bestehen, während in anderen Teilen des gleichen Textes die Begriffe nationalrechtlichen Ursprungs sind. Man braucht dann schon recht gute Rechtskenntnisse, um diese beiden terminologischen Kategorien von einander zu unterscheiden.

Zusammen mit Frau Rita Trampus-Snel der Universität Triest habe ich vor einiger Zeit einmal als Beispiel eines solchen Mischtextes einen niederländischen Text zum internationalen Verfahrensrecht in dieser Perspektive analysiert, um eine Übersetzung ins Italienische vorzubereiten.<sup>13</sup>

b) in der Vergangenheit ein Begriff aus dem einen Rechtssystem in das andere Rechtssystem übernommen worden ist und der betreffende Begriff sich

<sup>12</sup> Siehe hierzu: de Groot, Gerard-René: Vertaling in een rechtstaal „in statu nascendi“. Rede gehalten anlässlich der Veröffentlichung des ersten niederländisch-friesischen juristischen Wörterbuchs, am 11. Dezember 2000 in Leeuwarden; de Groot, Gerard-René: Das Übersetzen juristischer Terminologie. In: De Groot/Schulze: Recht und Übersetzen. Baden-Baden (Nomos) 1999, S. 35–41.

<sup>13</sup> Snel Trampus, Rita D./de Groot, Gerard-René. In: Schena, Leandro/Snel Trampus, Rita D. (ed.): Traduttori e giuristi a confronto. Interpretazione traducnte e comparazione del discorso giuridico. Volume I, Bologna (Cooperativa Libreria Universitaria Editrice Bologna) 2000, S. 58–91.

in dem zweiten Rechtssystem noch nicht selbstständig weiterentwickelt hat (Rezeption). Von einer Rezeption können wir nicht nur sprechen, wenn ein Staat große Teile eines anderen Rechtssystems übernommen hat (Globalrezeption), sondern auch wenn einzelne Rechtsinstitute von einem Staat aus einer anderen Jurisdiktion übernommen wurden (partielle Rezeption).<sup>14</sup>

Anders als bei einer Vereinheitlichung können sich im Falle der Rezeption Begriffe ganz selbstständig weiterentwickeln. Wenn also Begriffe aus einem bestimmten (Ausgangs-)Rechtssystem übernommen worden sind, sind die übernommenen Begriffe nach einiger Zeit manchmal nicht mehr völlig äquivalent mit den Ausgangsbegriffen. Man muss deshalb bei dieser Kategorie Vorsicht walten lassen.

Eine weitgehende Äquivalenz kann selbstverständlich auch vorkommen, wenn Ausgangs- und Zielrechtssystem Begriffe aus demselben Drittrechtssystem übernommen haben. In einem solchen Falle ist aber sehr genau zu kontrollieren, ob sich in (einem der) beiden Rechtssysteme(n) der Inhalt des Begriffes geändert hat.

Beispiel:

Vgl. „Conselho de familia“ im portugiesischen *Codigo civil* und „familieraad“/„conseil de famille“ in belgischem Zivilgesetzbuch (Art. 405 e. v.). Beide Rechtssysteme haben diesen Begriff aus dem französischen Recht übernommen („conseil de famille“) (Art. 407 *Code civil français*).

8. Eine völlige Äquivalenz von Begriffen des Ausgangs- und des Zielrechtssystems ist in allen anderen Fällen eher selten. In der (Übersetzungs-)Praxis reicht aber eine approximative Äquivalenz von Begriffen aus, um folgern zu dürfen, dass ein Begriff als Übersetzung eines anderen benutzt werden darf.

Berühmt ist die These von Isaac Kisch in der Festschrift Rotondi,<sup>15</sup> dass „marriage“ weder völlig äquivalent ist mit „Ehe“, noch mit „mariage“, noch mit „matrimonio“, noch mit „huwelijk“, weil Ehehindernisse, Ehegüterrecht und Ehescheidungsgründe von Rechtssystem zu Rechtssystem unterschiedlich sind. Zum niederländischen Begriff des „huwelijk“ ist heutzutage noch hinzuzufügen, dass ein „huwelijk“ auch zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts geschlossen werden kann<sup>16</sup>, während dies – bis

<sup>14</sup> Zu den unterschiedlichen Formen der Rezeption siehe: Rheinstein, Max: Einführung in die Rechtsvergleichung. München (Beck) 1974, S. 124–131.

<sup>15</sup> Kisch, Isaac: *Droit comparé et terminologie juridique*. In: Mario Rotondi: *Inchieste di diritto comparato*. Padova/New York 1973, S. 407–423; ebenfalls veröffentlicht in: Fritschy, G. (ed.): *Vertalen vertolkt. Verhalen over vertalen*. Nederlands genootschap van vertalers. Amsterdam 1976. S. 124–139.

<sup>16</sup> Ab dem 1. April 2001. Siehe Gesetz vom 8. März 2001, Staatsblad 2001, 128. Seit 1998 war es bereits möglich, eine registrierte Partnerschaft zwischen Personen des gleichen Geschlechts zu schließen. Nunmehr steht gleichgeschlechtlichen Beziehungen auch das eigentliche Institut „huwelijk“ (Ehe) offen.

jetzt<sup>17</sup> – bei einer „Ehe“, „marriage“, „mariage“ oder „matrimonio“ nicht möglich ist. „Quant à la substance“ sind die erwähnten Begriffe jedoch gleich und wegen dieser approximativen Äquivalenz dürfen sie als Übersetzungen füreinander verwendet werden.

Dass eine ausreichende, approximative Äquivalenz vorhanden ist, geht übrigens auch aus der Existenz völkerrechtlicher Abkommen hervor, die – im Prinzip – die Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen vorsehen. Hinzuweisen ist zum Beispiel auf das Haager Eheschließungsabkommen von 14. März 1978, das u. a. die Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen regelt. Bei nicht hinreichender Äquivalenz wäre ein solches Abkommen kaum vorstellbar.

9. Ob eine approximative Äquivalenz vorhanden ist, hängt von Kontext und Ziel der Übersetzung ab.

Wichtig dabei ist, ob etwaige Unterschiede für die Benutzer der Übersetzung *relevant* sind.

Barbara Kielar aus Warschau hat darauf besonders ausführlich hingewiesen.<sup>18</sup>

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang weiter auf die sogenannte *Skopos*-Theorie, die für juristische Übersetzungen von Stefanos Vlachopoulos aus Korfu ausgearbeitet wurde.<sup>19</sup>

Für unterschiedliche Ziele können von einem Text unterschiedliche adäquate Übersetzungen angefertigt werden. Allerdings muss man sich wohl darüber im Klaren sein, dass in der Praxis häufig eine zunächst für ein bestimmtes Ziel angefertigte Übersetzung anfängt, ein eigenes Leben zu führen.

Wenn z. B. die Übersetzung eines Urteils von einem Auftraggeber in Auftrag gegeben wird, der kein Jurist, aber von jenem Urteil betroffen ist, kann man es durchaus vertreten, dass bestimmte juristisch-technische Details dieses Urteils globaler übersetzt werden als in einem Fall, in dem dasselbe Urteil für einen Juristen zu übersetzen wäre. Wenn der Nicht-Jurist/Auftraggeber nach Lesung der Übersetzung jedoch inhaltlich nicht mit dem Ergebnis des Urteils einverstanden ist, wird er möglicherweise die Übersetzung einem Anwalt geben, damit dieser ihn bei einem Berufungsverfahren berät. Eigent-

<sup>17</sup> In Belgien hat die Regierung am 9. April 2001 beschlossen, dem Parlament vorzuschlagen, die Ehe ebenfalls für gleichgeschlechtliche Partner zu öffnen.

<sup>18</sup> Kielar, Barbara Z.: *Language of the law in the aspect of translation*. Diss. Warsaw 1976.

<sup>19</sup> Vlachopoulos, Stefanos: *Theorie und Praxis des Übersetzens juristischer Texte* (auf Griechisch). Diss. Ionische Universität, Corfu 1998; siehe auch Vlachopoulos, Stefanos: *Die Übersetzung von Vertragstexten: Anwendung und Didaktik*. In: Sandrini, Peter (Hg.): *Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache*. Tübingen (Narr) 1999, S. 137–154.

lich brauchte man dann aber eine andere, neue Übersetzung, doch wird diese in der Praxis nicht hergestellt. Es ist deshalb in der Praxis vernünftig, in der Regel von einer Übersetzung auszugehen, mit der auch ein Jurist arbeiten kann.

10. Es ist ohne weiteres möglich, dass bestimmte Wörter in einem bestimmten Kontext (für ein bestimmtes Ziel) akzeptable Äquivalente sind, in einem anderen Kontext (für ein anderes Ziel) jedoch nicht.

Beispiel:

Wenn der niederländische Begriff „rechter-plaatsvervanger“ in einem Urteil benutzt wird, kann er ohne weiteres schlicht und einfach als „Richter“ übersetzt werden.

Wenn das gleiche Wort in einem Lebenslauf (*curriculum vitae*) auftaucht, ist die Übersetzung mit „Richter“ jedoch ungenau und häufig irreführend. Eine Übersetzung mit „stellvertretender Richter“ oder „Richter im Nebenamt“<sup>20</sup> ist dann notwendig. Diese „genaue“ Übersetzung aber auch zu verwenden, wenn dieser Begriff in einem Urteil auftaucht, ist nicht notwendig und wirft in dem Zusammenhang häufig sogar unnötige Fragen auf.

Es könnte z. B. der Eindruck erweckt werden, dass dieser Richter bei der Vorbereitung der Urteilsfindung weniger wichtig gewesen sei. In der Praxis ist jedoch meistens das Gegenteil der Fall: Häufig ist der sog. Stellvertreter im Richterkollegium der eigentliche Referent des betreffenden Urteils.

11. Weiter ist zu beachten, dass sehr häufig lediglich eine Teiläquivalenz festgestellt werden kann.

Beispiel I:

So muss das deutsche Wort „Richter“ im Spanischen manchmal mit „juez“, in anderem Kontext aber mit „magistrado“ übersetzt werden.<sup>21</sup> Gerichte, die von einem Einzelrichter gebildet werden, werden als „juzgados“ bezeichnet. Gerichte, in denen die Sachen von einem Richterkollegium bearbeitet werden, heißen „tribunales“. Die Richter der „juzgados“ werden als „jueces“ bezeichnet, die der „tribunales“ als „magistrados“.

<sup>20</sup> So: Boele-Woelki, K./van der Velden, F. J. A.: *Nederlandse rechtsbegrippen vertaald. Frans-Engels-Duits*. 2. Auflage (bearbeitet von J. H. M. van Erp/ C. B. P. Mahé/ G. J. W. Steenhoff). 's Gravenhage (T. M. C. Asser Instituut) 1998. Weniger adäquat ist m. E. der Übersetzungsvorschlag in Langendorf, a. o. O.: „Ersatzrichter“.

<sup>21</sup> Dieses Beispiel entnehme ich: Vanden Bulcke, Patricia: *De gerechtelijke structuur in Spanje: aanzet tot een globale vergelijking met de Belgische structuur, met een randbemerking over de vertaalproblematiek rond de benamingen van gerechtelijke instanties*, *Linguistica Antverpiensia* 1992, S. 142. Siehe ferner ausführlich: Oosterveld-Egas, M. C. Reparaz/ Vuyk Bosdriesz, J. B. (Hg.): *Juridisch Woordenboek Nederlands-Spaans/Diccionario Neerlandés-Español*. Maklu Uitgevers, Antwerpen/T. M. C. Asser Instituut, 's Gravenhage 1990, S. 177 unter dem Stichwort „rechter“.

### Beispiel II:

Auch das Übersetzungsäquivalent des Begriffes „Richter“ im Niederländischen ist nicht immer „rechter“; ein Richter in einem Oberlandesgericht oder Bundesgerichtshof muss im Niederländischen als „raadsheer“ bezeichnet werden, denn dies ist die Bezeichnung der niederländischen „Richter“, wenn die in einem „gerechtshof“ oder im „Hoge Raad“ arbeiten. Dabei ist bemerkenswert, dass in der niederländischen Rechtssprache der Ausdruck „raadsheer“ für Männer und für Frauen verwendet wird. Die Richterin eines Oberlandesgerichtes muss im Niederländischen als „raadsheer“ bezeichnet werden und nicht als „raadsdame“, was linguistisch durchaus denkbar wäre. Dies fällt um so mehr auf, als der Ausdruck „raadsman“ (für „Anwalt“) im Niederländischen das feminine Pendant „raadvrouw“ besitzt. Die niederländische Rechtsterminologie ist hierin also nicht geschlechtergerecht. Auch bei der niederländischen Übersetzung des deutschen Worts „Richter“ gibt es ein Problem hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit: Wenn das deutsche Wort „Richterin“ zu übersetzen ist, muss berücksichtigt werden, dass in der niederländischen Rechtssprache auch eine Richterin als „rechter“ bezeichnet wird.

### Beispiel III:

Problemen begegnet man auch bei der Übersetzung eines Satzteils wie „eine Staatsangehörigkeit erwerben“ oder „to acquire a nationality“ ins Französische. Auf der Hand liegt eine Übersetzung mit „acquisition de la nationalité“, aber Vorsicht ist geboten, weil das französische Recht streng zwischen „acquisition de la nationalité“ und „attribution de la nationalité“ unterscheidet. Letzteres ist ein Erwerb von Rechts wegen, während im Falle einer „acquisition“ die Staatsangehörigkeit nach der Geburt z. B. durch Einbürgerung erworben wird.

12. Bereits aus den Thesen (10) und (11) folgt, dass Übersetzungsvorschläge sehr häufig nicht umkehrbar sind.

Es ist jedoch außerordentlich ärgerlich, dass dennoch einige sogenannte juristische Wörterbücher Übersetzungsvorschläge umdrehen (manchmal offensichtlich automatisch durch Computereinsatz).

Dies ist vollkommen inakzeptabel und könnte womöglich sogar die Auflösung des Lexikon-Kaufvertrages wegen Schlechtleistung/ Leistungsstörung rechtfertigen. Es ist erschütternd festzustellen, dass dennoch Wörterbücher verkauft werden, in denen offensichtlich Ausgangstermini und Übersetzungsvorschläge ohne weiteres umgekehrt worden sind. Solche Umdrehungen traf ich in folgenden Wörterbüchern an:

Cano Rico, J. R.: Diccionario de derecho. Español-Inglés-Francés. Madrid 1994;

Lindbergh, E.: International law dictionary. Deventer 1993 = Internationales Rechtswörterbuch 1993, Neuwied 1993;



Parsenow, G.: Fachwörterbuch für Recht und Wirtschaft. Schwedisch-Deutsch/Deutsch-Schwedisch. 2. Auflage, Köln 1985;

van Capelle, M. A./Punt, H. G.: Internationale vaktermenlijst voor juristen, fiscalisten, accountants, bankwezen, handel en industrie. Arnhem 1989.

13. Falls kein akzeptables Äquivalent gefunden werden kann, muss eine der folgenden *drei* Ersatzlösungen befolgt werden:

a) Nicht Übersetzen: D. h. man belässt in der Zielsprache den ursprünglichen Ausdruck der Ausgangssprache (eventuell mit einer Erläuterung);

b) Umschreibung: Man kann sogar daran zweifeln, ob die Umschreibung eine selbstständige Ersatzlösung darstellt. Wenn die Umschreibung einen annähernd richtigen Eindruck des Ausgangsbegriffes vermittelt, hat sie den Charakter eines approximativen, deskriptiven Äquivalents. Sonst ähnelt die Umschreibung einem Neologismus.

c) Man entwickelt einen Neologismus, d. h. man verwendet in der Zielsprache ein Wort, das im Zielrechtssystem nicht (oder nicht mehr) gebräuchlich ist.

In der Literatur wird gelegentlich durchaus eine größere Zahl von Kategorien für Ersatzlösungen unterschieden; meiner Ansicht nach sind jedoch einige der vorgeschlagenen Kategorien lediglich Subkategorien der genannten Ersatzlösungen.

14. Nicht-Übersetzen ist lediglich dann akzeptabel, wenn die betreffenden Begriffe der Ausgangssprache für Leser der Zielsprache eine gewisse Transparenz aufweisen.

Dabei ist es m. E. – anders als in der Literatur vertreten wurde<sup>22</sup> – ohne Bedeutung, ob die Ausgangssprache von vielen oder von wenigen Menschen gesprochen wird.

Etymologische Verwandtschaft von Zielsprache und Ausgangssprache ist m. E. wesentlich wichtiger, wie auch etymologische Verwandtschaft der Ausgangssprache mit den im Zielsprachengebiet häufig gelernten Fremdsprachen (wie z. B. in den Niederlanden: Deutsch, Englisch und Französisch).

Eine gewisse *Transparenz* der nicht übersetzten Termini muss vorhanden sein. Nur dann darf man sich für Nicht-Übersetzen entscheiden.

Eine solche Transparenz darf man übrigens nicht zu schnell annehmen. So wurde behauptet<sup>23</sup>, dass der spanische Begriff „finca rustica“ für niederländische (und damit wohl auch für deutsche) Leser ausreichend transparent sei,

<sup>22</sup> Vgl. z. B. Sarcevic, Susan: Translation of legislation with special emphasis on languages with limited diffusion. In: Nekeman, Paul (ed.): Translation, our future/La traduction, notre avenir. Proceedings of the XIth World Congress of FIT. Maastricht 1988, 455–462.

<sup>23</sup> Vanden Bulcke, Patricia: Aspecten van de juridische vertaalproblematiek: Verantwoord „vertalen“ bij gebrek aan equivalente begrippen. Enkele voorbeelden Spaans/Nederlands, *Linguistica Antverpiensia* 1993, S. 229.

um im Zieltext unübersetzt verwendet zu werden. M. E. gibt es diese Transparenz nicht. Man braucht schon relativ gute Kenntnisse der spanischen Sprache und Kultur, um die Bedeutung des Begriffes zu ahnen.<sup>24</sup>

15. Ein Neologismus muss ebenfalls so gewählt werden, dass der gewählte Terminus für den Leser der Zielsprache informativ ist. Möglichkeiten sind u. a.:

- a. „wörtliche Übersetzung“, d. h. eine an der Umgangssprache der Ausgangssprache und der Zielsprache orientierte Übersetzung der Elemente, aus denen sich der zu übersetzende juristische Begriff des Ausgangsrechtssystems zusammensetzt.

Beispiel I:

Der deutsche Begriff „Bundestag“ könnte auf Niederländisch mit „bonds-dag“ übersetzt werden, nachdem man festgestellt hat, dass eine Übersetzung mit dem Ausdruck „Tweede Kamer“, der direkt gewählten Kammer der Volksvertreter im niederländischen Parlament („Staten-Generaal“), als approximativem Äquivalent wegen zu großer Unterschiedlichkeit dieser beiden Institutionen ausscheidet. „Bund“ wird dann durch „bond“ übersetzt, „Tag“ durch „dag“, obwohl „bond“ im niederländischen Staatsrecht keine Bedeutung hat und „dag“ in der niederländischen Sprache fast ausschließlich im Gegensatz zu „nacht“ („Nacht“) benutzt wird. Auf parallele Weise könnte man „Bundesrat“ ins Niederländische als „bondsraad“ und „Bundesregierung“ als „bondsregering“ übersetzen.

Beispiel II:

Oben wurden bereits einige Bemerkungen zu möglichen Übersetzungen des niederländischen Begriffs „commissaris der Koningin“ gemacht. Falls man zu dem Ergebnis kommt, dass die Befugnisse eines deutschen Regierungspräsidenten oder eines österreichischen Landeshauptmannes zu sehr von denen eines niederländischen „commissaris der Koningin“ abweichen, wäre ein Neologismus wie „Kommissar der Königin“ angemessen.<sup>25</sup>

- b. Eine gemäß der Regeln der Zielsprache angepasste Verwendung des betreffenden Begriffes des Ausgangsrechtssystems. Diese Lösung kommt einem Nicht-Übersetzen sehr nahe, ist aber dennoch als Neologismus einzustufen.

<sup>24</sup> „Rustica“ ist verwandt mit „rustikal“ und referiert deshalb auf „ländlich“. Die „finca“ ist eine Art Grundstück. „Finca rustica“ kann deshalb mit „ländliches Grundstück“ oder „Landgut“ übersetzt werden. Letzteres Äquivalent wird gegeben von Becher, Herbert J.: Wörterbuch der Rechts- und Wirtschaftssprache. Teil I, Spanisch-Deutsch. 5. Auflage, München (Beck) 1999.

<sup>25</sup> So Boele-Woelki/van der Velden a. a. O.; Langendorf, a. a. O. gibt als Übersetzungsvorschlag: „der königliche Kommissar“.

- c. Ein Begriff aus der Rechtsgeschichte, z. B. (Abwandlungen) römisch-rechtliche(r) Begriffe.

Beispiel: Problematisch ist die Übersetzung des Begriffes „dingliches Recht“ („diritto reale“, „droit réel“, „zakelijk recht“) ins Englische, da es im common law diese Kategorie nicht gibt. Bei der Übersetzung des Art. 16 EuGVÜ (Brüssel 1968) hat man deshalb den halb-römischrechtlichen Begriff „right in rem“ verwendet.

- d. Ein Begriff aus einem anderen Rechtssystem, in dem die Zielsprache aber ebenfalls als Rechtssprache genutzt wird.

Man importiert dann gewissermaßen in die Terminologie des Zielrechtssystems Wörter bzw. Begriffe eines dritten Rechtssystems als Übersetzung der Ausgangsbegriffe. Man muss hier Vorsicht walten lassen, aber wenn die Begriffe des dritten Rechtssystems bei Juristen, die im Zielrechtssystem ausgebildet sind, bekannt oder für diese wenigstens transparent sind, kann dies eine attraktive Lösung sein.

Beispiel I:

So könnte man den deutschen Begriff „Hypothek“ in die englische Rechtssprache des Vereinten Königreichs mit „hypothec“ übersetzen (siehe Art. 2666 Civil Code von Quebec), wenn man der Ansicht ist, dass der englische Begriff „mortgage“ nicht ausreichend äquivalent ist.

Beispiel II:

Falls man in die niederländische Rechtssprache der Niederlande den portugiesischen Begriff „Conselho de familia“ zu übersetzen hat, wird man feststellen, dass es im niederländischen Rechtssystem keinen äquivalenten Begriff gibt. In Belgien gibt es jedoch den „familieraad“ mit einer ähnlichen Funktion und Zusammensetzung als in Portugal. Man könnte deshalb diesen belgisch-niederländischen Rechtsterminus als Neologismus in die Rechtssprache der Niederlande einführen.

Beispiel III:

Bei der Einführung von Neologismen, die aus einem anderen Rechtssystem stammen, muss man aber vorsichtig sein. Der verwendete Terminus darf nicht potentiell irreführend sein. So gibt es im portugiesischen Recht zwei Sorten der Adoption: die „adopção plena“ und die „adopção restrita“ (Art. 1977 Código civil português). Wie sind diese Begriffe nun in die Rechtssprache der Niederlande zu übersetzen, wo es nur eine einzige Art der Adoption gibt? Die niederländische „adoptie“ entspricht der „adopção plena“.

Letzteres wäre demnach grundsätzlich mit „adoptie“ zu übersetzen. Für die „adopção restrita“ besteht in der Niederlande kein Äquivalent, in Belgien aber wohl, nämlich die „gewone adoptie“, der in Belgien neben der „volle adoptie“ steht (siehe Art. 343 ff. Belgisches Zivilgesetzbuch). „Gewo-

ne adoptie“ ist für niederländische Juristen aber irreführend, da diese annehmen könnten, es handle sich um diejenige Adoption, die im niederländischen Recht „gewoon“ (= normal) ist, d. h. die „volle“ Adoption. Besser ist deshalb eine Übersetzung mit „eenvoudige adoptie“<sup>26</sup>, oder „zwakke adoptie“<sup>27</sup>. Falls beide portugiesischen Begriffe in einem Text stehen, wäre für „adopção plena“ „volle adoptie“ oder „sterke adoptie“ angemessen.

Entscheidend für die Wahl eines bestimmten Neologismus ist immer der Informationswert der unterschiedlichen Lösungen.

e. Die Benutzung eines „naturalisierten Begriffs“, d. h. einer bereits allgemein üblichen („naturalisierten“/eingebürgerten) Ersatzlösung.

Wörterbücher können bei diesem Einbürgerungsprozess eine wichtige Rolle spielen.

Beispiel:

Der niederländische Begriff „cassatiemiddel“ könnte auf Deutsch übersetzt werden mit „Kassationsgrund“<sup>28</sup> oder „Kassationsbegründung“<sup>29</sup>, da „cassatie“ auf Deutsch immer mit „Kassation“ übersetzt wird.

## II. Konsequenzen der vorhergehenden Thesen für mehrsprachige juristische Wörterbücher

Es ist offensichtlich, dass die oben vertretenen Thesen zur Übersetzung juristischer Terminologie Konsequenzen für die Übersetzungsvorschläge zweisprachiger juristischer Wörterbüchern haben. Diese Konsequenzen können in folgenden Thesen zusammengefasst werden<sup>30</sup>:

1) Mehrsprachige juristische Wörterbücher sollten sich auf Übersetzungsvorschläge zwischen zwei Rechtssystemen beschränken, da das Übersetzen juristischer Texte ein rechtsvergleichendes Übersetzen von einem Rechtssystem in ein anderes ist. Übersetzungsvorschläge gelten deshalb in Prinzip lediglich im Verhältnis zu einem Rechtssystem und nicht auch für Rechtssysteme, in denen als Rechtssprache die gleiche Sprache verwendet wird. Wenn Übersetzungsvorschläge zwischen zwei oder mehr Amtssprachen einunddesselben Rechtssystems gemacht werden sollen, liegt die Beschränkung auf dieses eine Rechtssystem auf der Hand.

<sup>26</sup> So Senaeve, Patrick: Personen- en familierecht. Leuven 1999, S. 313.

<sup>27</sup> So z. B. K. Boele-Woelki, Internationaal Privaatrecht, Verordeningen, Verdragen en Wetten. 3. Auflage, 's Gravenhage (T.M.C. Asser Instituut), S. 151, als Kurzumschreibung einer im Ausland vorgenommene Adoption, die die familienrechtlichen Beziehungen zu den ursprünglichen Eltern nicht aufgehoben hat. Gemäß Art. 27 des Haager Adoptionsabkommens vom 29. Mai 1993 kann eine solche Adoption u. U. in einer „vollen“ oder „starken“ Adoption umgesetzt werden.

<sup>28</sup> So Boele-Woelki/van der Velden, a. o. O.

<sup>29</sup> So Langendorf, a. o. O.

<sup>30</sup> Vgl. de Groot, Gerard-René. In: Peter Sandrini (Hg.) Übersetzen von Rechtstexten. Tübingen (Narr) 1999, S. 212–214.

- 2) Ein zweisprachiges juristisches Wörterbuch darf sich nicht darauf beschränken, lediglich Übersetzungsvorschläge ohne weitere Erläuterungen oder andere Hinweise zu geben. Solche „Wörterlisten“ sind höchstens als Gedächtnisstützen noch einigermaßen brauchbar. Es ist notwendig, im Wörterbuch ausdrücklich auch auf die Kontexte der zu übersetzenden Begriffe und die Kontexte der Übersetzungsvorschläge hinzuweisen. Die Kontexte könnten am besten anhand von Zitaten von Gesetzesvorschriften, Urteilen, Urkunden oder aus der juristischen Literatur gezeigt werden. Auf diese Art und Weise können die Benutzer solcher Wörterbücher relativ schnell die Stellung eines Begriffes im Rechtssystem einschätzen und rechtsvergleichend entscheiden, ob ein bestimmter Übersetzungsvorschlag im konkreten Fall als Äquivalent benutzt werden kann. Außerdem können anhand von Zitaten eventuell typische Kollokationen gezeigt werden.
- 3) Wenn Ziel- und Ausgangssysteme Rechtssysteme von Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, müssen die von der Europäischen Union benutzten Wörter in den betreffenden Amtssprachen der Union unter Hinweis auf typisch europarechtliche Texte gekennzeichnet werden.
- 4) Das Wörterbuch muss angeben, ob der Ausgangsbegriff und der Übersetzungsvorschlag äquivalent, annähernd äquivalent oder lediglich partiell äquivalent sind. Die Herausgeber eines zweisprachigen juristischen Wörterbuches dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass die präsentierten Übersetzungsvorschläge immer Standardäquivalente sind.
- 5) Wenn im Zielrechtssystem ein Äquivalent (beziehungsweise ein annäherndes oder partielles Äquivalent) fehlt, muss dies ausdrücklich angegeben werden. Das Wörterbuch muss dann eine Umschreibung in der Terminologie des Zielrechtssystems geben oder einen Neologismus vorschlagen.
- 6) Wörterbücher müssen Neologismen als solche kennzeichnen und die Wahl des Neologismus ausdrücklich begründen. Zumindest soll angegeben werden, ob der Neologismus historisch fundiert, einem anderen Rechtssystem entliehen oder anders (z. B. durch wörtliche Übersetzung) zustande gekommen ist.
- 7) Ausgangsbegriffe und Übersetzungsvorschläge dürfen nie ohne weiteres „umgekehrt“ werden. Durch „Umkehrung“ der Ausgangsbegriffe einerseits und partielle Äquivalente, Umschreibungen oder Neologismen andererseits können nutzlose oder – noch schlimmer – völlig falsche Übersetzungsvorschläge entstehen.
- 8) Übersetzungsvorschläge müssen nach größeren Änderungen des Ausgangsrechtssystems oder des Zielrechtssystems überprüft werden. Nach einer (Neu-)Kodifikation eines wichtigen Rechtsgebiets (wie Strafrecht, Verwaltungsrecht oder Zivilrecht) ist jedenfalls die Neuauflage eines zweisprachigen juristischen Wörterbuches erforderlich.
- 9) Der Nutzwert des Wörterbuches wird dadurch erhöht, dass eine allgemeine Einführung in die betreffenden Rechtssysteme gegeben wird, indem der

Aufbau der Staatsorgane, Gang der Gesetzgebung, die Gerichtsverfassung und Struktur eines Zivilprozesses und Strafprozesses kurz schematisch dargestellt werden.

In solch einer Einführung muss davor gewarnt werden, die Übersetzungsvorschläge immer als Äquivalente der Begriffe des Ausgangsrechtssystems zu nehmen. Die Benutzer eines zweisprachigen juristischen Wörterbuches sollten – eventuell durch Literaturhinweise – in die Problematik der Übersetzung juristischer Terminologie eingeführt werden.

Die Gretchenfrage, die gestellt werden muss, lautet: Gibt es Wörterbücher, die die von mir formulierten Kriterien auch nur einigermaßen erfüllen? – Es gibt sie, aber eindeutig zu wenige.

Ich habe im Jahre 2000 zusammen mit Coen van Laer etwa hundert juristische Wörterbücher zu den Sprachen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Übersetzungsvorschläge miteinander verglichen. Manche dieser Wörterbücher sind miserabel, die meisten sind schlecht, nur wenige (etwas weniger als 10%) sind interessant und beispielhaft. Eine Liste der betreffenden Wörterbücher ist veröffentlicht, in der (auf niederländisch) einige kurze Bemerkungen zu den unterschiedlichen Wörterbüchern gemacht wurden.<sup>31</sup>

Ein detailliertere Vergleichung der besten Wörterbücher wird folgen. Es würde den Rahmen dieses Vortrages sprengen, wenn ich auf diese Vergleichung näher eingehen würde. Eines ist jedoch zu betonen: Es ist dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die das allgemeine Niveau der juristischen Wörterbücher verbessern. Juristische Wörterbücher sollen so gestaltet werden, dass klar ist, dass die von ihnen gegebenen Übersetzungsvorschläge das Ergebnis rechtsvergleichender Forschung sind; sie müssen Hinweise auf Gesetzesquellen, Literatur und so weiter enthalten, die die weitergehende Rechtsvergleichung zur Kontrolle des jeweiligen Übersetzungsvorschlags erleichtern.

Es wäre wünschenswert, eine Konferenz zu organisieren, in der die Autoren beispielhafter juristischer Wörterbücher die von ihnen befolgte Methodik erläutern und diskutieren könnten. Auf einer solche Konferenz sollten am Ende detaillierte Kriterien für juristische Wörterbücher aufgestellt werden. Einzuladen wären m. E. jedenfalls die Autoren folgender guten Wörterbücher:

Anderson, R. J. B.: *Anglo-Scandinavian law dictionary of legal terms used in professional and commercial practice*. Oslo 1977;

Dietl, C. E. et al.: *Wörterbuch für Recht, Wirtschaft und Politik mit erläuternden und rechtsvergleichenden Kommentaren*. Vol. 1: Englisch-Deutsch

<sup>31</sup> de Groot, G. R./van Laer, C. J. P.: *Juridische woordenboeken binnen de Europese Unie*. De Juridische Bibliothecaris. 2000, S. 17–32.

einschließlich der Besonderheiten des amerikanischen Sprachgebrauchs. 6. Auflage, München 2000 und Vol. 2: Deutsch-Englisch einschließlich der Besonderheiten des amerikanischen Sprachgebrauchs. 4. Auflage, München 1992;

Franchis, F. de: Dizionario giuridico. Vol. 1: Inglese-Italiano. Milano 1984 und Vol. 2: Italiano-Inglese. Milano 1996;

Hesseling, G.: Juridisch woordenboek (Nederlands-Frans, met woordenlijst Frans-Nederlands) privaatrecht. Antwerpen 1978 (Leider sind die Übersetzungsvorschläge dieses Wörterbuches teilweise veraltet, weil sowohl das französische wie das niederländische Zivil(prozess)recht seit Ende der siebziger Jahre wesentlich verändert wurden).

Internationales Institut für Rechts- und Verwaltungssprache: Vol. Zivilprozessrecht. Deutsch-Französisch. Köln 1982; Vol. Strafprozess. Deutsch-Französisch. Köln 1985; Vol. Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht. Deutsch-Französisch. Köln 1985 (Leider ist dieses Institut, das seinen Sitz in Berlin hatte, dort wohl zusammen mit der Mauer verschwunden).

Und „last, but not least“ Oosterveld-Egas Repáraz, M. C. und Vuyk-Bosdriesz, J. B. (red): Juridisch woordenboek Nederlands-Spaans. (Diccionario jurídico neerlandès-español), met register Spaans-Nederlands. Antwerpen/'s Gravenhage 1990.

Auf der Grundlage der Erfahrungen der Autoren dieser Wörterbücher und in Perspektive der oben formulierten Thesen muss es möglich sein, detaillierte Richtlinien für eine neue, bessere Generation juristischer Wörterbücher auszuarbeiten.

PETRA BRASELMANN

## Gleiches Recht für alle – in allen Sprachen?

### 0. Einleitung

Die Einladung zu dieser Jahrestagung verdanke ich Publikationen über „Sprachprobleme in Urteilen des EuGH“, die vor etwa 10 Jahren in sprachwissenschaftlichen und juristischen Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht wurden.<sup>1</sup> Ich ahnte nicht, welche Flut von Reaktionen auf mich zukommen würden. Besonders durch einen Artikel in der Wochenzeitung *Die Zeit* (Braselmann 1992b) erhielt ich verschiedene Einladungen. Das Niedersächsische Justizministerium verpflichtete mich 1993 und 1994 als Referentin zu Jahrestagungen der „Deutschen Richterakademie“ in Trier.

Das interdisziplinäre Thema wurde interdisziplinär publiziert, und damit bekam ich „interdisziplinär“ Kritik, d. h. von beiden Seiten. Von den Juristen Klippel/Wohlrab (1992) gleich nach dem Erscheinen meines Aufsatzes „Der Richter als Linguist“ (Braselmann 1991). Die Replik auf meine Ausführungen wurden humorig mit der Überschrift „Die Linguistin als Richterin“ titulierte. Immerhin befanden die Autoren: „Die Lektüre des Aufsatzes lohnt: Es beeindruckt, wie durch linguistische Analysen Auslegungsspielräume eingegrenzt und Wortbedeutungen präzise herausgearbeitet werden“ (Klippel/Wohlrab 1992, S. 90). Die Stellungnahme schließt mit den Worten: „Der auf EG-Recht gemünzte Vorschlag Braselmanns, eine ‚Urversion‘ in einer Sprache der EG nebst amtlichen Übersetzungen einzuführen, ist durchaus erwägenswert; ... [es] erscheint ... aber vielleicht als verständlich, daß Juristen glauben, auch mit der bisherigen Regelung weiterleben zu können – insbesondere dann, wenn sprachpolitische Gründe für deren Beibehaltung sprechen“ (Klippel/Wohlrab 1992, S. 93).

Eine andere juristische Stellungnahme meint, meine „Verdammung“ des Wertes von Übersetzungen „korrigieren“ zu müssen, die darin bestehe, „einen einzigen Text als Urversion einzuführen, und wenn fragliche Fälle auftreten, möge man sich auf die amtliche Übersetzung, die dann rechtlich auch bindend ist, berufen“ (Frosini 1995, S. 139).

---

<sup>1</sup> Cf. Braselmann 1991, 1992a, 1992b, 1993, 1996.



Umgekehrt ist es richtig. Ich formulierte damals in der von Frosini zitierten Studie folgendermaßen: „Warum kehrt man nicht auch im EG-Recht zur bewährten Verfahrensweise zurück, die sich auch im Völkerrecht findet: Einer Urversion, die im Zweifelsfall herangezogen werden kann, werden amtliche Übersetzungen (die durchaus auch juristisch bindend sind) beigelegt.“ (Brasermann 1992b, S. 48). Im besten Fall ist die Verdrehung dieses nicht unwichtigen Sachverhaltes nicht Frosini selbst zuzuschreiben, sondern der Fehlleistung der Übersetzerin, die sein italienisches Werk ins Deutsche übertragen hat. Was dann natürlich pikanterweise ein weiteres Argument für meine (von Frosini kritisierte) linguistisch begründete Skepsis gegenüber Übersetzungen wäre.

Ganz entschieden wehre ich mich allerdings gegen eine neuere Stellungnahme<sup>2</sup>, die meinen Aufsatz (Brasermann 1992a) folgendermaßen kritisiert: „Die Vielsprachigkeit wird in der europäischen Gemeinschaft als ein Grundübel angesehen: sie hindere die Integration und erschwere Rechtssprechung. Das geht soweit, daß eine einzige Originalfassung gefordert wird. Nicht gesehen wird dabei, welche wichtige Rolle die Sprachenvielfalt in der Gemeinschaft spielt“. Ich habe nie und an keiner Stelle Vielsprachigkeit innerhalb der EU als „Übel“ angesehen, schon gar nicht die wichtige Rolle der Sprachenvielfalt in der Gemeinschaft angezweifelt. Hier handelt es sich um eine überzogene, verallgemeinernde Interpretation, die bezeichnenderweise vor Jahren nicht gekommen ist, sondern jetzt – im Zeitgeist der drohenden „Globalisierung“ durch das Angloamerikanische.<sup>3</sup> Es scheint gegenwärtig nicht „politisch korrekt“ zu sein, die Gleichwertigkeit und Authentizität aller sprachlicher Versionen nicht permanent zu beschwören (Versionen, die nachweisbar Übersetzungen sind), weil damit – und hier beginnt die unzulässige Verallgemeinerung – angeblich die Gleichwertigkeit aller EU-Sprachen selbst in Frage gestellt sei. Dies liegt und lag mir ferne.

Ich werde im Folgenden zunächst einige Gedanken zur genuinen Sprachlichkeit von Recht anstellen und daran anschließend einige Aspekte der Übersetzung ansprechen, um dann auf die Auslegungsmethoden des EuGH einzugehen. Dem folgt ein Exkurs über Ideal und Wirklichkeit der Vielsprachigkeit. Abschließend illustriere ich den Umgang des EuGH mit vielsprachigen Gesetzestexten anhand der Analyse eines Urteils.

## 1. Recht und Sprache

Das Recht ist neben der Sprache das Kulturgut schlechthin. *Lex*, das Gesetz, und *lexis*, das Wort, haben eine gemeinsame Wurzel. An der etymologischen Nähe von Recht und Rede gibt es keinen Zweifel: Recht wird gesprochen

<sup>2</sup> Buerstedde/Christensen/Sokolowski 1999, S. 2.

<sup>3</sup> Zur „Globalisierung“, cf. Brasermann 2002, Wilss 2000.

(*ius dicere* ist das Etymon von *judicare*, *judex*, *judicium*), der Richter ist der „Mund des Gesetzes“ (Montesquieu), er „spricht im Namen des Volkes“ (Großfeld 1985, S. 1580). Sprachliche Gegebenheiten spiegeln die Weltsicht einer Kultur: Zum Menschsein gehört es geradezu, über eine Sprache zu verfügen und in einer wie auch immer gearteten politischen Gemeinschaft zu leben, die das menschliche Handeln durch Regeln, Konventionen und Werte bestimmt. Verstöße gegen die soziale Ordnung, die die jeweilige Lebensgemeinschaft, oder: der Staat, in sprachlichen Texten, oder: Gesetzen, festgeschrieben hat, werden geahndet, und zwar von einer dazu berufenen Institution: die Rechtsprechung bzw. -ausübung. Zwischen Weltsicht und Sprache herrscht ein dialektisches Verhältnis: ändert sich das eine, hat dies Auswirkungen auf das andere. Sprache schafft die begrifflichen Kategorien, mit denen wir die Welt wahrnehmen. Diese Auffassung wurzelt in einer Tradition, die sich bis zur Antike zurückverfolgen lässt und hinter der Namen wie Herder, Humboldt, Weisgerber, Saussure, Sapir, Whorf u. a. stehen. Griffig ist sie von Wittgenstein (1960, § 5.6) in eine Formel gebracht: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“. Diese rigorose Auffassung ist indes heute nicht unbestritten. Übereinstimmung besteht dahingehend, dass die Struktur der Sprache zwar kein „unentrinnbares Gefängnis“ für den Geist darstellt<sup>4</sup>, dass sie aber doch eine starke „Sogwirkung“ für unser Denken hat (Großfeld 1984, S. 4). – Ich möchte das komplizierte Verhältnis von Sprache und Recht kurz in vier Punkten umreißen:

1. *Rechtsauslegung ist Sprachauslegung*, Gesetzesinterpretation ist Interpretation von sprachlich fixiertem, Rechtsprechung ist Verbalisierung allgemein anerkannter Werte bzw. verbalisierte Sanktionierung bei Verstößen gegen diese Werte.

2. *Rechtshandlung ist Sprechhandlung*, und es geht in Rechtshandlungen um das Verstehen eines sprachlichen Normtextes.<sup>5</sup> Dieser enthält als Ausgangsinformation Referenzanweisungen, die den Rechtsausleger auffordern, auf den jeweiligen Wirklichkeitsbereich Bezug zu nehmen.<sup>6</sup> Recht lebt also in der Sprache und durch die Sprache, sehen wir einmal vom Gewohnheitsrecht ab, das sich durch wiederholten Vollzug konstituiert. Sprache ist „Delphi“, sagt Novalis<sup>7</sup> – aber die Jurisprudenz braucht wohldefinierte, klare Bezeichnungen, die immer wieder anwendbar sind. Es herrscht eine schier unüberwindbare Kluft zwischen der Vieldeutigkeit der natürlichen Sprache und ihrer Funktion als eindeutige Handlungsanweisung in der Rechtsprechung. Diese Kluft zu überbrücken, ist die Aufgabe der Rechtsausleger, um die sie

<sup>4</sup> Dagegen spricht schon die Existenz von künstlichen Symbolsystemen als Grundlage abstrakten Denkens, das dennoch nicht völlig sprachunabhängig ist.

<sup>5</sup> Vgl. auch Wimmer/Christensen 1989, S. 35s.

<sup>6</sup> Cf. Jeand'Heur 1989, S. 25.

<sup>7</sup> Cf. Großfeld 1990, S. 34.

nicht zu beneiden sind. Sprache ist kein homogenes System, sondern regional, stilistisch, gruppenspezifisch, ideologisch und kontextuell ausdifferenziert. So versteht es sich von selbst, dass Bezeichnungen von außersprachlichen Sachverhalten und Referenzen oft Gegenstand von Rechtsfällen sind: Was in Norddeutschland „Bier“ genannt wird, erfüllt in Süddeutschland, z. B. als Malzbier, oft nicht die Kriterien, die eine Bezeichnung „Bier“ erlauben. Es ließen sich eine Vielzahl solcher Beispiele bringen.

3. *Sprache gestaltet Recht.* Denn es ist z. B. nicht unerheblich, ob der Embryo als „werdendes Leben“ oder als „menschliches Leben“ bezeichnet wird. Die Formulierung und die dahinter steckende Bewertung hat Konsequenzen für den Rechtsschutz des ungeborenen Kindes. Gleiches gilt für den „Todesschuss“ und den „finalen Rettungsschuss“. Sprache bzw. Sprechweise gibt Auskunft über die ideologische Zugehörigkeit und die Wertvorstellungen der Sprachbenutzer: So macht es einen Unterschied, ob ich die gleiche Sache als „Giftmüll“ oder als „Entsorgung“, als „Mauer“ oder als „antifaschistischen Friedenswall“ bezeichne.

4. *Sprache bewirkt*, und diesen Effekt machen sich vor allem Politiker und Werbeleute zunutze: Auf den Verbraucher wirken Bezeichnungen wie „entrahmte Frischmilch“ positiver als „Magermilch“, und für den Steuerzahler scheint die „Solidaritätsabgabe“ versöhnlicher als eine zusätzliche „Steuerabgabe“. Die Juristen Bernhard Großfeld (1985) und Paul Kirchhof (1987) haben immer wieder darauf hingewiesen, dass insbesondere in der Politik die Sprache Herrschaft über das Recht ausübt. Über euphemistische Verhüllungen hinaus können sprachliche Formulierungen, wie etwa „soziale Hängematte“ (statt: „soziales Netz“) oder wie „Nur-Hausfrau“ („nur“: hat angeblich keinen Beruf, „arbeitet“ nicht – wer nicht arbeitet, bekommt auch keine Rente, etc.) auf Rechtsveränderung abzielen (Großfeld 1985, p. 1577s.).

## 2. Problem der Übersetzung

Wenn nun die Struktur der jeweiligen Sprache „Sogwirkung“ für unser Denken hat, so gilt dies auch für den Aufbau und den Inhalt von Rechtsnormen. Daraus folgt, dass grundlegende Rechtssätze unter Umständen ihren Inhalt ändern können, wenn sie übersetzt werden. Mehrsprachige Gesetzestexte sind aber die Realität unserer interkulturellen Gesellschaft und Basis von Institutionen wie Völkerrecht, Vereinte Nationen und Europäische Gemeinschaft. Einem besonderen Problem sah sich der Deutsche Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen gegenüber: er hatte amtliche Texte dreier Mitgliedsländer zu vereinheitlichen, deren gemeinsame Sprache das Deutsche ist: (ehemalige) DDR, BRD und Österreich. Obgleich dasselbe Sprachsystem verwendet wird, haben die Länder aufgrund verschiedener Weltansichten unterschiedliche Ausdrücke. Paqué (1983, S. 20), der frühere Leiter des Übersetzungsdienstes, gibt anschauliche Beispiele und beschreibt den Ent-

scheidungsprozess für die einheitliche Chartafassung. So spricht die (ehemalige) DDR von den „künftigen Generationen“, die vor „der Geißel des Krieges“ bewahrt werden sollen, die Bundesrepublik von den „künftigen Geschlechtern“ und Österreich von den „kommenden Generationen“. In Österreich ist die Rede von „Würde und Wert der menschlichen Person“, bei der BDR und DDR dagegen von „Persönlichkeit“ – wohl noch ein Ausfluss des Persönlichkeitskultes des 19. Jahrhunderts und Effekt einer, wie Paqué meint, missverstandenen Goetherezeption. Ein aktuelleres Beispiel von Divergenzen innerhalb *einer* Sprache stellt das Protokoll 10 der österreichischen Beitrittsverhandlungen zur EU dar. Die österreichischen Unterhändler haben die Amtlichkeit von 23 Austriazismen, u. a. *Beiried* (Roastbeef), *Topfen* (Quark) und *Paradeiser* (Tomaten) auf EU-Ebene bewirkt, die in den neuen Rechtsakten den in Deutschland verwendeten Ausdrücken hinzugefügt werden (Ammon 1995, S. 209).

Probleme also schon im Rahmen einer Sprache. Wieviel mehr Divergenzen muss es zwangsläufig bei Übersetzungen in verschiedene Sprachen geben? Denn Sprachen gliedern die Wirklichkeit unterschiedlich, und mögliche sprachliche Entsprechungen decken niemals genau den gleichen Referenzbereich ab. Ein klassisches Beispiel ist die lateinische Entsprechung zu deutsch *Onkel* bzw. französisch *oncle*: das Lateinische unterscheidet für denselben Referenzbereich den „Onkel väterlicherseits“, *patruus*, vom „Onkel mütterlicherseits“, *avunculus*. Der Übersetzer muss also bei einer Übertragung in die modernen Sprachen, will er genau übersetzen, das entsprechende Adjektiv hinzusetzen, was unter Umständen je nach Textsorte eine archaisch anmutende Stilvariante mit einbringt, die nicht intendiert ist. Übersetzt er in die klassische Sprache, muss er sich zwischen zwei Bezeichnungen entscheiden, die der Ausgangstext nicht beinhaltet. Als Beispiel für ähnliche Situationen in modernen Sprachen mag frz. *louer* gelten, das einen Referenzbereich ausgrenzt, der im Deutschen durch zwei Bezeichnungen abgedeckt ist: 1. ‚mieten‘, 2. ‚vermieten‘. Gleiches gilt für dt. *Richter*, das frz. 1. ‚juge‘ und 2. ‚magistrat‘ entspricht, wobei frz. *magistrat* im Deutschen neben 1. ‚Richter‘ auch 2. ‚Staatsanwalt‘ bedeuten kann. Solche Gegebenheiten können bei einem Rechtsvergleich nicht zu unterschätzende Verwirrungen auslösen.

Zwangsläufig müssen sich so im Rahmen mehrsprachiger Verträge Probleme stellen. Im Montanvertrag differiert der französische maßgebliche Text: „En cas de *difficulté* sur le sens et la portée d'un arrêt ...“ von der deutschen amtlichen Übersetzung: „Besteht ein *Streit* über Sinn und Tragweite des Urteils ...“. Nach dem französischen Text ist eine Auslegungsklage bereits zulässig, wenn „Schwierigkeiten“ hinsichtlich der Auslegung eines Urteils vorliegen, ohne dass zwischen den Parteien ein eigentlicher „Streit“ besteht, wie es der deutsche Text vorschreibt. – Dies ist kein Einzelbeispiel. Solange man aber, wie in diesem Fall und auch im Völkerrecht, auf *eine* Urfassung zurückgreifen kann, lassen sich die sprachlichen Probleme beheben, wenn auch

mühsam, da sich der einzelne Kläger nie auf die Übersetzung in seiner Muttersprache verlassen kann.

### 3. Auslegungsmethoden des EuGH

Anders die Situation in den übrigen Verträgen der europäischen Gemeinschaft: hier werden alle nunmehr elf (nach der zu erwartenden Osterweiterung noch bedeutend mehr) amtssprachliche Versionen (man kann es nach dem Vorangegangenen kaum glauben) als „gleichermaßen verbindliche *Urschriften*“ angesehen (Art. 248 des EGV). Dieser theoretische Anspruch hat natürlich seinen politischen Grund: alle Mitgliedsländer sind gleichberechtigt, alle Sprachen sind gleichwertig. Praktisch kann dieser Anspruch nicht eingelöst werden – und wird es auch nicht: Erstens ist die Verkehrs- und Arbeitssprache des europäischen Gerichtshofs nach wie vor Französisch (oder Englisch). Die Dominanz dieser beiden Sprachen ist also schon hier im Vorfeld gar nicht zu leugnen. Zweitens: Selbst wenn immer wieder von *den* authentischen Urfassungen die Rede ist, gibt es – schon aus ganz trivialen Gründen – *eine* Fassung (meistens die französische), die dann in die anderen Amtssprachen übersetzt wird.

Eine solche Behauptung läßt sich nachweisen<sup>8</sup> und ist auch den Verantwortlichen am EuGH durchaus bewusst. So spricht etwa der Generalanwalt in der Rs. 100/84 (Urt. v. 28.3.1985, Slg. 1985, S. 1173) von „schludriger Übersetzung“. In einer anderen Rechtssache (Rs. 29/69, Urt. v. 12.11.1969, Slg. 1969, S. 422) heißt es: „Mit Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte der Entscheidung ist der französischen Fassung der Vorzug zu geben“. Manchmal werden durch Verhandlungen offenbar gewordene Übersetzungsfehler explizit korrigiert, wie in folgenden Fällen: Ein Fürsorgeempfänger klagt wegen der Nennung seines Namens auf einem Gutschein zum Bezug von verbilligter Butter („Buttergutschein“). Bei einem Vergleich der verschiedenen sprachlichen Fassungen zeigt sich, dass die deutsche „ein auf den Namen ausgestellter Gutschein“ und niederländische Version „op naam gestelde bon“ eine überpräzisierende Übersetzung des französischen allgemeineren Terms „bon individualisé“ (so auch it. „buono individualizzato“) ist. Zwischen den konkurrierenden Ausdrücken *individualisieren* und *auf den Namen ausstellen* besteht eine partizipative Opposition: der letztere ist der spezifischere Term, dessen Referenz- und Anwendungsbereich ein Teilbereich des unspezifischeren *individualisieren* ist. Die niederländischen und die deutschen überpräzisierenden Ausdrücke werden berichtigt im Sinne von „Individualisierung“, aber ohne Namensnennung, also ggfs. durch anonyme Nummern (Braselmann 1992a, S. 61). In einem anderen Fall (Rs. 9/79, Slg. 1979, S. 2728) wird ein Beihilfeanspruch nicht geleistet, da im Urteil die niederländische feminine Form *echtgenote* ‚Ehefrau‘ gegen die Norm des

<sup>8</sup> Dies konnte ich bei einigen Urteilen zeigen; cf. Braselmann 1991, 1992a, 1992b.

Niederländischen als „generisch“ aufgefasst wird.<sup>9</sup> Der Übersetzungsfehler wird getilgt, wie man der mehrsprachigen terminologischen Datenbank des Übersetzungsdienstes der europäischen Kommission EURODICAUTOM (mit über 6 Millionen Einträgen in 12 Sprachen)<sup>10</sup> entnehmen kann.

Die Beispiele mögen reichen, um zu zeigen, dass sich die Beteiligten in der Regel durchaus klar darüber sind, dass es sich bei den sogenannten „authentischen Fassungen“ um Übersetzungen einer Fassung handelt, in der der originale Text ausgehandelt wurde.<sup>11</sup> Offiziell muss dies aber negiert werden und kein Richter und keine Richterin darf bei sprachlich ausgelösten Streitfällen einer Fassung den Vorzug geben. So wundert es dann auch nicht, dass der europäische Gerichtshof in seinen Urteilen unter den vier klassischen Auslegungsmethoden – der *grammatischen* (Wortlautauslegung), der *systematischen* (Auslegung des gesetzlichen Zusammenhanges), der *historischen* (Auslegung nach dem Willen des historischen Gesetzgebers und dem von ihm verfolgten Zweck) und der *teleologischen* (Auslegung nach „Sinn und Zweck“ des Gesetzes) – bei sprachlichen Problemen die subjektivste, da nicht objektiv rekonstruierbar, nämlich die teleologische Auslegungsmethode favorisiert (Bleckmann 1986, S. 4ss.).<sup>12</sup> Dass dies nicht immer die befriedigendste Lösung ist, wird von vielen Juristen angemahnt.<sup>13</sup> So gesteht selbst mein Kritiker Frosini (1995, S. 139) zu, dass die teleologische Auslegungsmethode (die ich in meinen Schriften als *ultima ratio* kritisiere) „verfänglich“ und problematisch ist, da sie „niemand außer dem Gesetzgeber selbst kennt“ und da sie leicht in eine „Interessenjurisprudenz“ münden kann.

Die Auslegung im „Lichte der übrigen Versionen“ kann unter Umständen dem Ziel der Rechtssicherheit zuwiderlaufen. Dies ist dann der Fall, wenn entweder der entsprechende Text in einer Weise ausgelegt wird, die zu der

<sup>9</sup> Während es sich bei den italienischen, französischen und englischen Ausdrücken (*con-iuge, conjoint, spouse*) um distributionelle Äquivalenzen handelt, die geschlechtsspezifisch unmarkiert sind, handelt es sich bei den niederländischen (*echgenote* bzw. *echtgenoot*) und deutschen Ausdrücken (*Ehegattin/Ehegatte*) um Doppeltermini, die in partizipativer Opposition zueinander stehen: der maskuline unmarkierte Term kann als generischer Term sowohl den Mann als auch die Frau mit einschließen, nicht aber umgekehrt: die feminine Form (*Ehegattin, echgenote*) ist die markierte.

<sup>10</sup> Es handelt sich um Einträge in 11 Amtssprachen, zusätzlich in Latein. – In diese Datenbank (<http://eurodic.ip.lu>) sind verschiedene Korpora integriert, so auch das von der Europäischen Kommission herausgegebene *Wörterbuch zur Europäischen Vertragssprache* (1974/1983), in dem 6 sprachliche Versionen in Fragmenten einander gegenübergestellt werden, im Sinne einer partiellen Interlinearübersetzung.

<sup>11</sup> Vgl. etwa auch: Rs. 13/61 (Slg. 1962, S. 97ss.), Rs. 61/72 (Slg. 1973, S. 301ss.), Rs. 76/77 (Slg. 1977, S. 2485ss.), Rs. 55/87 (Slg. 1988, S. 3847ss.), Rs. 100/90 (Slg. 1990, S. 5090ss.).

<sup>12</sup> Zur umstrittenen Funktion des Wortlautes (dem von seinen Befürwortern vor allem in den Bereichen des Verfassungsrechtes und des Strafrechtes besondere Relevanz beigemessen wird) vgl. auch Depenheuer 1988 und Christensens Ausführungen in diesem Tagungsband zur sogenannten „starken“ bzw. „schwachen Theorie“.

<sup>13</sup> Cf. z. B. Oksaar 1967, S. 121, Riese 1963, S. 515.

normalen einzelsprachlichen Bedeutung der Wörter in Widerspruch steht: etwa wenn, wie im o. a. EuGH-Urteil geschehen, niederl. *echtgenote* nicht nur als ‚Ehefrau‘ ausgelegt wird, wie es das Niederländische vorsieht, sondern dass (gegen die Sprachnorm) beschlossen wird, darunter auch den ‚Ehemann‘ zu verstehen, für dessen Bezeichnung das Niederländische einen eigenen Term hat: *echtgenoot*. Ein anderes Urteil desselben Gerichtshofes beschließt (gegen die standardsprachliche Norm des Deutschen), eine Ware *Scherstaub* zu nennen, ungeachtet der Tatsache, dass keinerlei „Staub“ nachweisbar ist. Eine solche (willkürlich anmutende) Interpretation hat empfindliche zolltarifliche Konsequenzen.<sup>14</sup> Andererseits ist das Ideal von gemeinschaftlicher Rechtsprechung aufgrund von gleichrangigen Wortlauten kaum durchführbar, wenn die eine Version einen allgemeinen Term (z. B. *Blume*), die andere einen spezifischen vorschreibt (etwa: *Rose*): Im deutschen Text sind im Rahmen des Wettbewerbsrechtes „alle Vereinbarungen zwischen Unternehmern“ verboten, die den Handel „zwischen Mitgliedstaaten zu *beeinträchtigen* geeignet sind ...“. Der französische Text verwendet hier *affecter*, der italienische *pregiudicare*, der niederländische *ongunstig kunnen beïnvloeden*.<sup>15</sup> Der französische und der italienische Ausdruck umfassen ganz allgemein jede Art von ‚Beeinflussung‘, unabhängig davon, ob sie positiv oder negativ ist. Der deutsche und der niederländische Ausdruck konkretisieren dagegen auf eine ‚*ungünstige* Beeinflussung‘. Wie wieder der entsprechende Eintrag im EUROTICAUTOM beweist, ist der Übersetzungsfehler in der niederländischen Version nach der Verhandlung im Vertragstext getilgt worden, es ist nur noch von *beïnvloeden* die Rede. Die deutsche Version dagegen bleibt unkorrigiert, es bleibt bei *beeinträchtigen*.

Dies sind keine linguistischen Spielereien, sondern solche Divergenzen haben konkrete wirtschaftliche Auswirkungen (z. B. auf das Steuer- und Wettbewerbsrecht) oder sozialpolitische Konsequenzen. Je nach Formulierung und damit je nach Rechtslage kommen Unfallversicherungen, Beihilfen oder Renten zum Tragen oder werden verweigert<sup>16</sup>, werden unterschiedliche Steuer- und Zollsätze erhoben<sup>17</sup>, Subventionen gewährt oder nicht. Das Beispiel *biologischer Anbau* bzw. *culture biologique* illustriert dies besonders schön: Während mit den entsprechenden Termini in Spanien und Portugal lediglich ‚Anbau außerhalb von Treibhäusern‘ gefordert wird, muss in Deutschland gewährleistet sein, dass auf den Einsatz von ‚Kunstdünger, Unkraut- oder Insektenvernichtungsmittel‘ verzichtet wird. Das heißt doch aber, dass unter-

<sup>14</sup> Cf. Braselmann 1991, 1992a und b.

<sup>15</sup> Cf. Riese 1963, S. 523s.

<sup>16</sup> Vgl. Rs. 6/67 (Slg. 1967, S. 293ss.), Rs. 9/79 (Slg. 1979, S. 2717ss.), Rs. 42/89 (Slg. 1990, S. 31ss.).

<sup>17</sup> Cf. Rs. 824/79 und 825/79 (Slg. 1980, S. 3053ss.), Rs. 165/78 (Slg. 1979, S. 1837ss.), Rs. 80/76 (Slg. 1977, S. 425), Rs. 200/84 (Slg. 1985, S. 3363), Rs. 395/93 (Slg. 1994, S. 4027ss.).

schiedliche nationale Auflagen zu gleichen EU-Subventionen führen können, was, wie der Jurist Armbrüster (1990, S. 246) betont, die Betroffenen am „gleichen (Gemeinschaft-)Recht für alle“ mit Bestimmtheit zweifeln läßt.

#### 4. Ideal und Wirklichkeit: Mehrsprachigkeit und das Französische

Unter den Sprachen der EU hat das Französische eine Sonderstellung. Die originalen Vertragstexte sind auf Französisch (oder Englisch) ausgehandelt und werden dann in die übrigen Amtssprachen übersetzt (Engberg 1999, S. 89 nota 3). Alle elf Amtssprachen sind prinzipiell auch Arbeitssprachen der EU-Organe; in der Praxis werden jedoch oft nur Französisch und Englisch verwendet (Kjaer 1999, S. 63 nota 1). Von diesen beiden Sprachen hat das Französische als Sprache der Diplomatie die längere Tradition und die stärkere Stützung durch eine staatlich dirigierte Sprachpolitik, deren Ziele nicht nur den nationalen Geltungsbereich abdecken, sondern sehr wohl auch den internationalen. Ich möchte hier auf die *nationalen* Konsequenzen der letzten beiden französischen Sprachgesetze von 1975 und 1994 nicht weiter eingehen, ebenso wenig wie auf die zahlreichen Gerichtsverhandlungen und Urteile innerhalb Frankreichs wegen „Anglizismenmissbrauchs“, für die diese Gesetze die Rechtsgrundlage bilden.<sup>18</sup> Mich interessieren hier die *internationalen* Auswirkungen. Schon das Sprachgesetz von 1975 trug anti-europäische Züge. Es verstieß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, es erwies sich als Handelshemmnis und damit als Verstoß gegen den EWG-Vertrag. Eine Verschärfung erfuhr das Gesetz durch die *Circulaire* vom 20.10.1982 unter Mitterrand, wonach bereits beim Passieren der Grenze alle Waren mit französischen Dokumenten versehen sein mussten. Dies rief die EU-Kommission auf den Plan und der Erlass wurde außer Kraft gesetzt. Gegenwärtig wird nach der neuen Gesetzgebung zwischen Warenverkehr innerhalb der EU und mit Nicht-EU-Ländern unterschieden (Braselmann 1999a, S. 128ss.). Dem Vorwurf des nationalen Chauvinismus begegnet man mit der Forderung nach Multilingualismus. Multilingualismus gegen (englischen) Monolingualismus wird zur Hauptaufgabe des 21. Jahrhunderts erklärt. Denn nur die Forderung nach „Französisch überall“ war im Rahmen eines vereinten Europa nicht mehr glaubwürdig – bleibt aber im Prinzip erhalten (Braselmann 2001, S. 171ss.). Ungeniert fordern die Franzosen weiter „le français – première langue de l'Europe“. Es werden offizielle Verlautbarungen veröffentlicht, die ein Affront gegen die gleichberechtigten Partner sein müssten.

Zu den internationalen Aktivitäten nur zwei Beispiele: Kommissare fuhrten zu den Olympischen Spielen nach Nagano und Sydney, um die Präsenz des Französischen in Ansagen und Plakatierungen zu kontrollieren (nicht etwa

<sup>18</sup> Cf. Braselmann 1999a, 1999b, 2000, 2001.



die des Deutschen oder des Spanischen). Oder: das 1998 erschienene *Vademecum* mit einem Vorwort von Jospin, das in 10 Punkten Verhaltensmaßregeln für alle Franzosen liefert, die in irgendeiner Weise Kontakt mit den europäischen Institutionen haben.<sup>19</sup> Der Inhalt zeigt, dass es mit der Mehrsprachigkeitsforderung nicht so ganz ernst gemeint ist. So sprechen Vertreter Frankreichs auf allen Sitzungen Französisch – mit oder ohne Übersetzung. Sollte dies nicht möglich sein, ist dies der Behörde zu melden und die Sitzung zu vertagen. Bei informellen bilateralen Sitzungen ist Französisch zu bevorzugen etc. Vor diesem Hintergrund ist die Bemerkung von Poulsen (2000, S. 92) zumindest bedenkenswert:

Angesichts der integrativen Kräfte, die sich im offenen Markt und in der EU-Bürokratie geltend machen, dürfte die Gleichberechtigung von z. Zt. 11 Sprachen eine ideale Forderung bleiben. Nebenbei bemerkt hört man gelegentlich die Auffassung, dass diese Sprachpolitik vor allem dazu dienen soll, die französische Sprache abzusichern.

## 5. Urteil des EuGH: Rechtssache 90/74

Ich möchte zum Abschluss auf ein Urteil des EuGH eingehen, das das Verwaltungsrecht betrifft. In der Rechtssache 90/74<sup>20</sup> klagt eine Beamtin (Bürohauptsekretärin der Laufbahn C 1) gegen die Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Ihrer Meinung nach verstößt das von der Kommission veranstaltete interne Auswahlverfahren aufgrund von Prüfungen und Befähigungsnachweisen für eine Höherstufung gegen Artikel 5 des Beamtenstatus. Die Maßnahmen sahen u. a. Pflichtprüfungen vor, die aus einem schriftlichen und zwei mündlichen Teilen bestanden. Das Erreichen einer bestimmten Punktezahl in der schriftlichen Prüfung war die Voraussetzung für die Zulassung zu den mündlichen Prüfungen. Die Klägerin erreichte diese notwendige Punktezahl nicht und schied folglich aus dem Verfahren aus. Die Beamtin beantragt, die Prüfungen für unwirksam zu erklären, und argumentiert mit sechs Rügen, die vor allem auf Fehler in der Organisation und Durchführung der Prüfungen abzielen.

Für uns ist hier besonders die vierte Rüge interessant, in der geltend gemacht wird, dass das Verfahren statuswidrig gewesen sei, weil der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zum Zeitpunkt der Prüfungen aus Altersgründen den Beamtenstatus nicht mehr innegehabt habe. Die Klägerin bezieht sich hierbei auf Artikel 3, Absatz 1 und 3 des Anhangs III zum Beamtenstatut, der im deutschen Text folgendermaßen lautet:

1. Der Prüfungsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und einer oder mehreren Personen, die von der Anstellungsbehörde bestellt werden, sowie einem Beamten, der von der Personalvertretung benannt wird.

... ..

<sup>19</sup> Vollständiger Text unter [http://www.france.diplomatie.fr/fr/monde/fran\\_euro/index.html](http://www.france.diplomatie.fr/fr/monde/fran_euro/index.html)

<sup>20</sup> Urt. v. 16.10.1975, Slg. 1975, S. 1123–1147.

3. Die unter den Beamten ausgewählten Mitglieder des Prüfungsausschusses müssen mindestens der gleichen Besoldungsgruppe angehören, die für den zu besetzenden Dienstposten vorgesehen ist.

Was den ersten Absatz angeht, so besteht zwischen den herangezogenen Fassungen (deutsch, englisch, französisch) keine Divergenz. Man kann nun diesen Absatz dahingehend interpretieren, dass *nur* das von der Personalvertretung benannte Mitglied Beamter zu sein hat, die anderen Mitglieder nicht. Es ist aber auch die Interpretation möglich, dass das von der Personalvertretung benannte Mitglied Beamter (und nicht etwa Arbeiter oder Angestellter) sein muss. Dann ist über den Status der übrigen Mitglieder und damit auch des Vorsitzenden nichts ausgesagt. In dieser Deutung ist Absatz 1 ambig. Eine Klärung kann möglicherweise Absatz 3 bringen, auf den sich die Klägerin vor allem beruft und folgert, dass die Mitglieder des Prüfungsausschusses *ausnahmslos* Beamte hätten sein müssen. Die vom Gericht hinzugezogenen englischen und französischen Fassungen lauten im entsprechenden Absatz 3, wie folgt:

Members of the Selection Board shall be chosen from officials whose grade is at least equal to that of the post to be filled.

Les membres du jury, choisis parmi les fonctionnaires, doivent être d'un grade au moins égal à celui de l'emploi à pourvoir.

Der Generalanwalt gesteht nur der englischen Version von Absatz 3 zu, dass sie den Beamtenstatus *aller* Mitglieder verlangt. Die deutsche und die französische Version dieses Absatzes dagegen sind für ihn eindeutig in dem Sinne, dass nur die Forderung bestehe, dass *dann, wenn* die Mitglieder Beamte sind, diese mindestens der gleichen Besoldungsgruppe angehören müssten, ohne dass jedoch alle Mitglieder und damit auch der Vorsitzende des Prüfungsausschusses notwendigerweise Beamte zu sein hätten. Das Gericht schließt sich dieser Meinung an, die Klägerin verliert.

Meiner Meinung nach ist hier nicht richtig verfahren worden, zumindest was die Auslegung des französischen und des deutschen Wortlautes des dritten Absatzes angeht. Die englische Version ist in der Tat eindeutig: aufgrund der Konstruktion „members ... shall be chosen“ müssen alle Mitglieder Beamte sein, ganz im Sinne des Argumentes der Klägerin. Im Sinne der Logik ist hier ein Allquantor anzusetzen. Demgegenüber ist die deutsche Version von Absatz 3 zweideutig, und die Zweideutigkeit liegt darin, dass – im Gegensatz zu dem finiten Verb des Englischen – hier ein Partizip Perfekt verwendet wird. Eine Äußerung wie: „Die unter den Beamten *ausgewählten* Mitglieder ...“ kann determinativen Sinn haben („nur die Mitglieder, die Beamte sind“) und damit den Existenzquantor meinen, oder aber explikativen Sinn haben („alle Mitglieder sind Beamte“) und damit wie das Englische als Allquantor ausgelegt werden. Das heißt, beide Auslegungen sind aufgrund der Zweideutigkeit möglich.

Besonders schön lässt sich der explikative und determinative Sinn eines Relativsatzes (bzw. einer diesen verkürzenden Partizipialkonstruktion) im Französischen demonstrieren.<sup>21</sup> Der Satz „Die Soldaten, die müde sind, singen“ kann ins Französische übersetzt werden als: „Les soldats, qui sont fatigués, chantent“, oder: „Les soldats qui sont fatigués chantent“. Während im Deutschen beide Interpretationen, die explikative *und* die determinative, möglich sind, werden diese im Französischen deutlich voneinander unterschieden: Die erste Version mit Kommata signalisiert den explikativen Sinn („Die Soldaten, die alle müde sind, singen“). Die zweite Version ohne Kommata impliziert die determinative Interpretation und sondert eine Klasse von Soldaten aus („nur solche, die müde sind, singen“). Das gesprochene Französisch verwendet zur Markierung des explikativen Gebrauchs Sprechpausen, die im geschriebenen Französisch eben durch Kommata wiedergegeben werden.

Soviel Aufwand um ein Komma, könnte man dagegen einwenden. Die Gesetzgeber (bzw. die Übersetzer) sind sich aber des „explikativen Kommas“ bzw. des „determinativen Nicht-Kommas“ durchaus bewusst, wie eine entsprechende Analyse des bereits genannten *Wörterbuchs zur Europäischen Vertragssprache* (1974/1983) zeigt, in dem selten Belege für Explikativität aufscheinen, viele dagegen für Determinativität. Dieser Befund muss nicht weiter verwundern, denn Explikativität nimmt bereits gegebene Informationen wieder auf und findet sich darum in Fachtexten selten. Bei dem Vergleich der einzelnen Belege bin ich auf eine diesbezügliche Inkonsistenz gestoßen, die sich in folgenden Sätzen zeigt:

224: toute discrimination, fondée sur la nationalité, entre les travailleurs des Etats membres

539: toute discrimination exercée en raison de la nationalité

504: toutes pratiques concertées qui sont susceptibles d'affecter le commerce

In Satz 224 („toute discrimination, fondée“) ist das Komma angemessen, denn es handelt sich eindeutig um Explikativität, da „toute“ (*jede, alle*) eine lexikalische Allquantorindizierung ist. Das Komma ist damit eigentlich redundant. In den Sätzen 539 und 504 wird ebenfalls „toute(s)“ verwendet, das Komma jedoch nicht gesetzt, was fälschlich Determinativität bedeuten müsste. Sätze 539 und 504 sind meiner Meinung nach falsch interpunktiert<sup>22</sup> und es kann unter Umständen zu juristischen Streitigkeiten kommen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der französische Wortlaut in Absatz 3 („Les membres du jury, choisis parmi les fonctionnaires, ...“) durch die Kommatasetzung eindeutig den Allquantor und damit den explikativen Sinn („alle Mitglieder sind Beamte“) impliziert; nur im Falle des Fehlens der

<sup>21</sup> Vgl. z. B. Grevisse, 1975, § 1011.

<sup>22</sup> Auch EURODICAUTOM, in das das interlineare *Wörterbuch zur Europäischen Vertragssprache* (1974/1983) eingeht, verzeichnet weiter diese problematische Interpunktion.

Kommata wäre die Argumentation des Gerichts, hier handle es sich um die Bedeutung ‚nur die Mitglieder, die Beamte sind‘, zutreffend. Da nun, wie oben gesagt wurde, Absatz 1 in allen drei sprachlichen Versionen ambig bleibt, kann er keine Interpretationsleistung für Absatz 3 bereithalten. Andererseits bleibt zwar der deutsche Text von Absatz 3 ebenfalls ambig, nicht aber der englische und der französische, die eindeutig sind im Sinne des Allquantors. Es kann also nur eine Monosemierungsrelation von Absatz 3 auf Absatz 1 vorliegen, nicht umgekehrt. Es kommt noch dazu, dass die deutsche Version sicher nicht die Urfassung ist, eher die französische, oder die französische *und* die englische. Denn es gibt auch mehrsprachige Gesetzestexte, wo *realiter* von zwei authentischen Urfassungen auszugehen ist.

Dies bedeutet nun konkret für unseren Fall: Im Gegensatz zur Annahme im Urteil sprechen die hinzugezogenen Fassungen alle mehr weniger *für* die Klägerin. Denn sowohl der englische als auch der französische Text (Absatz 3) sind dahingehend eindeutig, dass Allquantoren vorliegen, d. h. dass *alle* Mitglieder Beamte sein müssen. Die deutsche Version ist zweideutig und lässt dadurch zumindest in einer ihrer beiden Möglichkeiten die explikative (‚alle Beamten sind Mitglieder‘) Interpretation zu. Die Auslegung „im Lichte der übrigen Versionen“ hätte so, wenigstens in dieser Rüge, zugunsten der Klägerin beurteilt werden müssen. Ob die hier vorgestellte sprachliche Interpretation letztlich zu einem anderen Urteil hätte führen müssen, und zwar im Sinne der Klage, kann und will ich nicht entscheiden.

## 6. Schlussüberlegung

Ziel meiner Ausführungen war es, auf sprachliche Probleme hinzuweisen, die sich bei der Rechtsprechung zwangsläufig ergeben müssen. Viele dieser Probleme ließen sich mit Hilfe des linguistischen Analyseinstrumentariums oft schon im Vorfeld lösen. Ich plädiere für eine verstärkte Zusammenarbeit der Rechtswissenschaft und der Sprachwissenschaft (die Tagung in Mannheim sollte ein wesentlicher Anstoß sein), wobei ich den Profit bisher nur eindimensional sehe, nämlich dass die Linguistik der Jurisprudenz nützlich sein kann. Sind die mehrsprachigen (oft voneinander abweichenden) Gesetzestexte erst einmal rechtskräftig, müssen die Rechtsausleger irgendwie damit fertig werden, denn nun gilt es, divergente Übersetzungen (die als solche nicht einmal gekennzeichnet sind) einheitlich auszulegen. Die Linguistik bietet keine Patentlösungen an – auch nicht für die wahrlich nicht einfache Übersetzerarbeit – sie hilft aber, Probleme zu diagnostizieren, zu prognostizieren und damit zu reduzieren.

Und ich wage es, weiterhin dafür zu plädieren, bei divergenten Fassungen aus rein technischen (und nicht politischen!) Gründen zum „Prinzip des Vorranges der Urfassung“ zurückzukehren, das sich im Völkerrecht bewährt hat, und damit die Fiktion der „elf gleichberechtigten Urfassungen“ aufzugeben und zu den als solche gekennzeichneten amtlichen Übersetzungen zu stehen

(und damit die *eine* Urfassung, wie es die Praxis ist, eben nicht nur „unter dem Tisch zu handeln“). Gleichberechtigung ist gut und schön und entspricht der europäischen Idee. Wenn der Preis für dieses ideologische Aushängeschild aber die Schaffung zusätzlicher Verfahrenshindernisse und unter Umständen sogar die Ungleichbehandlung der Mitgliedsländer *in concreto* ist, wiegen dann die Vorteile die Nachteile wirklich auf?<sup>23</sup> Ich brauche wohl hier nicht mehr zu betonen – und damit komme ich auf die anfangs zitierte Kritik zurück – dass ich damit wahrlich nicht dem Monolingualismus das Wort rede. Wenn die Sprachenvielfalt und die Gleichberechtigung der Sprachen überhaupt in Frage gestellt ist, dann doch durch die EU selbst, die zwei Sprachen, nämlich Französisch und Englisch, gegenüber den anderen bevorzugt.

## Literatur

- Ammon, Ulrich (1995 u.a.): Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz: das Problem der nationalen Varietäten. Berlin/New York.
- Armbrüster, Klaus (1990): Rechtliche Folgen von Übersetzungsfehlern oder Unrichtigkeiten in EG-Dokumenten. In: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 8, S. 246–248.
- Arndt, Adolf (1961): Umwelt und Recht. In: Neue Juristische Wochenzeitschrift 27, S. 1200–1202.
- Bleckmann, Albert (1986): Studien zum Europäischen Gemeinschaftsrecht. Köln u. a.
- Braselmann, Petra (1991): Der Richter als Linguist. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 68, S. 68–85.
- Braselmann, Petra (1992a): Übernationales Recht und Mehrsprachigkeit. In: Europarecht 1, S. 55–74.
- Braselmann, Petra (1992b): Neun Sprachen vor Gericht. In: Die Zeit 22, S. 48.
- Braselmann, Petra (1993): Comment dire le même droit pour tous dans plusieurs langues?. In: LIBER 13, S. 4–6.
- Braselmann, Petra (1996): Transnational Law and Multilingualism. In: Gessner, Volkmar/Hoeland, Armin/Varga, Csaba (Hg.): European legal cultures, Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sydney. S. 532–538.
- Braselmann, Petra (1999a): Sprachpolitik und Sprachbewusstsein in Frankreich heute. Tübingen.
- Braselmann, Petra (1999b): Sprachkontakt und Sprachgesetzgebung: Sprachbewusstsein und Sprachpolitik in Frankreich. In: Ohnheiser, Ingeborg/Kientpointner, Manfred/Kalb, Helmut: Sprachen in Europa. Sprachsituation und Sprachpolitik in europäischen Ländern. Innsbruck. S. 267–280.
- Braselmann, Petra (2000): Reinheitsgebot für die Sprache. Kampf den Anglizismen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 86 (11/4/2000), B 2 (Beilage „Frankreich“, S. 2).
- Braselmann, Petra (2001): Institutionelle Sprachlenkung in Frankreich: neue Wege. In: Häßler, Gerda (Hg.): Texte und Institutionen in der Geschichte der französischen Sprache, Bonn, S. 165–188.
- Braselmann, Petra (2002): ‘Globalisierung’ von Sprachen und Kulturen. In: Zybатов, Lew N. (Hg.): Sprachkompetenz-Mehrsprachigkeit-Translation. Akten des 35. Linguis-

<sup>23</sup> Gelegentlich ist allerdings von Juristen auch die Meinung zu hören, dass der Gesetzgeber „aus Gründen eines politischen Kompromisses ... bewußt vage und offen formuliert“ (Klippel/Wohlrab 1992, S. 93).

- tischen Kolloquiums in Innsbruck 2000, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 2001 [im Druck].
- Buerstedde, Wolfgang/Christensen, Ralf/Sokolowski, Michael (1999): Leaving Babel. Die Aufgabe des Übersetzens als Chance für die Arbeit des EuGH [Internetversion, ersch. in: Müller, Friedrich/Wimmer, Rainer (Hg.): Neue Untersuchungen zur Rechtslinguistik].
- Depenheuer, Otto (1988): Der Wortlaut als Grenze. Thesen zu einem Topos der Verfassungsinterpretation. Heidelberg.
- Engberg, Jan (1999): Übersetzen von Gerichtsurteilen: Der Einfluß der Perspektive. In: Sandrini, Peter (Hg.): Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache. Tübingen. S. 83–101.
- Frosini, Vittorio (1995): Gesetzgebung und Auslegung. Baden-Baden.
- Gerichtshof der europäischen Gemeinschaften (1969ss.) (Hg.): Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes. Luxemburg.
- Grevisse, Maurice (1975): Le bon Usage. 10. Aufl. Gembloux.
- Großfeld, Bernhard (1984): Sprache und Recht. In: Juristen Zeitung 1, S. 1–6.
- Großfeld, Bernhard (1985): Sprache, Recht, Demokratie. In: Neue Juristische Wochenschrift 28, S. 1577–1586.
- Großfeld, Bernhard (1990): Unsere Sprache: Die Sicht des Juristen. Opladen.
- Jeand'Heur, Bernd (1989): Gemeinsame Probleme der Sprach- und Rechtswissenschaft aus der Sicht der Strukturierenden Rechtslehre. In: Müller, Friedrich (Hg.): Untersuchungen zur Rechtslinguistik. Interdisziplinäre Studien zu praktischer Semantik und strukturierender Rechtslehre in Grundfragen der juristischen Methodik. S. 17–26. Berlin.
- Kirchhof, Paul (1987): Die Bestimmtheit und Offenheit der Rechtssprache. Berlin/New York.
- Kjær, Anne Lise (1999): Überlegungen zum Verhältnis von Sprache und Recht bei der Übersetzung von Rechtstexten der Europäischen Union. In: Sandrini, Peter (Hg.): Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache. Tübingen. S. 63–79.
- Klippel, Diethelm/Wohlrab, Klaus (1992): Die Linguistin als Richter. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 69, S. 90–93.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) (1974/1983): Wörterbuch zur Europäischen Vertragssprache. Bd. 1. Brüssel/Luxemburg.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Übersetzerdienst (Hg.): EURODICAUTOM, <http://eurodic.ip.lu>. (online).
- Oksaar, Els (1967): Sprache als Problem und Werkzeug des Juristen. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 53, S. 91–132.
- Paqué, Ruprecht (1983): Deutsche Sprachentscheidungen im politischen Umfeld der Vereinten Nationen. In: Multilingua 2/1, S. 19–26.
- Poulsen, Sven-Olaf (2000): Gefährden die großen mitteleuropäischen Sprachen Englisch, Deutsch und Französisch das Dänische im Rahmen der EU und in Dänemark selbst. In: Wilss (Hg.), S. 86–95.
- Riese, Otto (1963): Das Sprachenproblem in der Praxis des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften. In: von Caemmerer, Ernst/Nikisch, Arthur/Zweigert, Konrad (Hg.): Vom Deutschen zum Europäischen Recht. Band 2. Tübingen. S. 507ss.
- Wimmer, Rainer/Christensen, Ralph (1989): Praktisch-semantische Probleme zwischen Linguistik und Rechtstheorie. In: Müller, Friedrich (Hg.): Untersuchungen zur Rechtslinguistik. Interdisziplinäre Studien zu praktischer Semantik und strukturierender Rechtslehre in Grundfragen der juristischen Methodik. Berlin. S. 27–46.
- Wilss, Wolfram (Hg.) (2000): Weltgesellschaft, Weltverkehrssprache, Weltkultur. Globalisierung versus Fragmentierung. Tübingen.
- Wittgenstein, Ludwig (1960): Tractatus logico-philosophicus. 8. Aufl. London/Bradford.

INGO WARNKE

## Umbrüche in Recht und Sprache der Frühen Neuzeit

### Abstract

Recht und Sprache stehen seit jeher in einer systematischen Verknüpfung. Die Epochenwende um 1500 begründet wichtige rechtliche und sprachliche Gegebenheiten, die bis in die Gegenwart wirksam sind. Ausgehend von der geschichtswissenschaftlichen Formel der ‚Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen‘ werden die Veränderungen im Rechtssystem und in den Kommunikationsformen der Frühen Neuzeit als komplexe Transformation mittelalterlicher Vorstellungen dargestellt. Exemplarisch wird auf die sprachgeschichtlichen Konsequenzen der Rezeption des römischen Rechtes ebenso eingegangen wie auf die Veränderungen in der Wissensverteilung und die Stellung des Deutschen gegenüber dem Latein des Mittelalters wie des Humanismus.

### 1. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen

Das Verhältnis von Sprache und Recht ist nicht allein von eminenter Bedeutung für die Akzeptanz eines Rechtssystems und seine verfassungsgemäße Verankerung in einer Gesellschaft, es stellt auch einen kulturgeschichtlich zentralen Gegenstand dar. Versteht man Kultur als „die Gesamtheit der Gewohnheiten eines Kollektivs“ (K. Hansen 1995, S. 15), so gehören das Rechtssystem und das Sprachsystem zweifellos zu den konstituierenden Faktoren einer Kultur, sie sind Ergebnis einer usuellen Struktur der sozialen Organisation und stehen damit in einer Vielzahl historischer wie systematischer Bezüge. Sowohl das Recht als auch die Sprache können gemäß der kulturwissenschaftlichen Institutionentheorie (vgl. etwa G. Melville 2001) als Systeme der Symbolisierung von Ordnungsprinzipien verstanden werden, die sich diskursiv etablieren und entfalten. Beispielhaft erscheinen die Bezüge beider in historischen Phasen des Umbruchs, die das Rechtssystem ebenso erfassen wie sie durch Veränderungen desselben begründet werden. Derartige Umbrüche sind häufig auch durch Wandlungen der kommunikativen bzw. diskursiven Strukturen im Allgemeinen gekennzeichnet. Im nachfolgenden soll die historische Perspektivierung des Verhältnisses von Sprache und Recht auf den Beginn der Frühen Neuzeit konzentriert werden, genauer auf Umbrüche im Übergang vom Spätmittelalter zur Neuzeit. K. von Greyerz (2000, S. 343) bestimmt in seiner Geschichte der Religion und Kultur in der Frühen Neuzeit das 16. Jahrhundert als Phase eines „tiefgreifenden Wandels“. Die Vorstellung einer radikalen geschichtlichen Wandlung

mit Beginn der Neuzeit ist weit verbreitet, in den historischen Wissenschaften der letzten Jahre wird in diesem Zusammenhang häufig die Bezeichnung *Umbruch* verwendet. Doch die Annahme, der Beginn der Neuzeit sei als Bruch mit den mittelalterlichen Traditionslinien zu beschreiben, ist keineswegs zwangsläufig. So plausibel die Mutmaßung einer gänzlichen Neuorientierung der Gesellschaft mit Beginn der Neuzeit auch gemacht werden kann, so verweisen Kontinuitäten doch andererseits auf die Übertragung mittelalterlicher Konzepte in das 16. und 17. Jahrhundert. J. Huizinga (1924) versteht in seiner bedeutenden Studie *Herbst des Mittelalters* das ausklingende Mittelalter und die beginnende Neuzeit nicht als zwei deutlich voneinander geschiedene Formen, denn mitten im Garten der mittelalterlichen Vorstellungen seien die neuen Denkweisen der Humanisten entstanden. Sein mentalitätsgeschichtlicher Ansatz zeigt, dass die Neuzeit nicht als originär neue Zeit erscheint, sondern als sukzessiver Wechsel der kulturellen Formen zu verstehen ist. Es sollte daher nicht unberücksichtigt bleiben, dass die um 1500 einsetzenden politischen, sozialen und religiösen Transformationen selbstredend rückgebunden sind an die mittelalterliche Ordnung des Consoziums und das entsprechende Weltmodell. Die Epochenschwelle um 1500 ist keine Scheidelinie unvermittelter Welten, sie stellt vielmehr einen Zeitraum massiver Umbildungen dar. Die gänzlich neue Sicht auf die Welt, wie sie etwa in der Kopernikanischen Wende vom geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild zum Ausdruck kommt oder in der Entdeckung des amerikanischen Kontinents kann nicht als Modell für einen epochalen Bruch in toto verstanden werden.

Auch für die Kennzeichnung der rechtlichen und sprachlichen Situation spielt dies eine Rolle, denn der Prozess des Umbruchs ist keine einfache Substitution, ganz im Sinne J. Huizingas (1924) etabliert sich das Neue im Umfeld und durch Umgestaltung des Alten. Das Charakteristikum der Frühen Neuzeit als Epoche einerseits der radikalen Neubestimmung andererseits der Verwurzelung in der Tradition gewachsener Bezugssysteme wird in der neueren Geschichtswissenschaft mit der Formel der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen beschrieben (vgl. K. Kellermann 1999, S. 124). Neues und Altes stehen nicht im Verhältnis der eindimensionalen Progression, sondern verschränken sich in vielen Bereichen miteinander. Dies kann für das Rechtsverständnis daran deutlich gemacht werden, dass die heutige Vorstellung der Ersetzung älterer Rechtsvorschriften bzw. Vertragsinhalte durch je neuere in der Frühen Neuzeit noch keineswegs durchgesetzt war. Dieses moderne, dynamische Rechtsverständnis, in dem das Recht sich mit der Gesellschaft verändert und damit eine an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientierte Progression hat, ist der Frühen Neuzeit noch weitgehend fremd. Es ist in mittelalterlicher Tradition das *gute alte Recht*, auf das man sich jederzeit berufen kann und das keineswegs immer schriftlich fixiert ist. Noch das 18. Jahrhundert hält Beispiele dafür bereit. So wird im Jahr 1735 durch königlich-preußisches Edikt die Arbeitszeit der in Preußen lebenden Mau-



rer Gesellen verlängert. Bis dahin verbrachten diese den Montag als so genannten *blauen Montag* in den Wirtshäusern. Die Maurer und Zimmerleute akzeptieren den neuen Erlass nicht, der die Arbeitsleistungen erhöhen sollte und zu diesem Zweck den Herbergswirten verboten hatte, den Gesellen am Montag Bier auszuschenken. Die Gesellen protestieren scharf mit Verweis auf den *gewohnheitsrechtlichen* Anspruch auf einen betrunkenen Montag. Sie beziehen sich mithin der Sache nach auf überholtes Recht, das als Gewohnheitsrecht jedoch für relevanter gehalten wird als das neu gesetzte königliche Recht. Nur durch massive Restriktionen kann der König das neue schriftliche Recht durchsetzen, die Streikenden werden gefangen genommen, kommen nach Spandau in Festungshaft, zwei werden hingerichtet.

Im alltagsweltlichen Rechtsverständnis des 18. Jahrhunderts wirkt also noch immer die Struktur der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, denn neues Recht ist gesetzt, altes Recht wird als fortgeltend erachtet. Man kann in diesem Zusammenhang von einer Simultanität des Diversen sprechen, die kulturgeschichtlich oft als Kennzeichen der Moderne angeführt wird, jedoch bereits für die Frühe Neuzeit relevant ist. Dies gilt auch für die räumliche Gliederung des Rechtes. Nicht Reichsrecht bricht Territorialrecht und so in Fortsetzung bis zu den kleinsten Rechtskreisen – dies entspräche der heutigen föderalistischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland wie sie durch Bezug auf Art. 31 GG bestimmt ist –, nein umgekehrt, noch in der Frühen Neuzeit beschränkt der engere rechtliche Rahmen die Gültigkeit des umfassenden Geltungsrahmens, was der spätmittelalterlichen Rechtsordnung entspricht. Auch dadurch kommt es noch in der Frühen Neuzeit zur Gleichzeitigkeit rechtlicher Normen, die zum Teil gänzlich unterschiedlichen Rechtsvorstellungen verpflichtet sind.

Wenn hier also das Etikett des *Umbruchs* verwendet wird, so keineswegs in der Vorstellung, das Recht und die entsprechenden sprachlichen Bezüge der beginnenden Neuzeit seien als Substitutionsprozess mittelalterlicher Gegebenheiten zu erfassen. *Umbruch* meint nicht die Ablösung mittelalterlicher Vorstellungen durch neuzeitliche Konstrukte, sondern lediglich eine Transformation, bei der das Neue im Umfeld des Alten etabliert wird. Dies schmälert die Wirkungsmächtigkeit der Veränderungen keineswegs.

## 2. Wandlungen im Recht um 1500

Bei der Periodisierung des juristischen Diskurses nach Teildomänen bestätigt sich der generelle Befund, dass um 1500 eine epochale Wandlung zu konstatieren ist (vgl. I. Warnke 1999, S. 411). Nachdem die Rechtsbücher des 13. Jahrhunderts im Verlauf des Spätmittelalters unterschiedliche regionale Ausformungen fanden, ist die Vertextungstradition dieser wichtigen spätmittelalterlichen Textsorte um 1500 im wesentlichen beendet, wenngleich dies nicht heißt, dass die Rechtsbücher damit für die Neuzeit keine Bedeutung mehr hatten. Im Gegenteil waren sie weiterhin wirkungsmächtig, jedoch

kommt es nicht mehr zur Neuformulierung gleich gearteter Rechtskompilationen. Die Epochengrenze vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit ist also in der Kommunikationsdomäne der Rechtsbücher deutlich gezogen. Demgegenüber sind die Verhältnisse im Reichsrecht wesentlich komplexer, doch auch hier ist um 1500 ein deutlicher Einschnitt erkennbar, der vorrangig verfassungsgeschichtlich begründet ist. Mit dem Wormser Reichstag von 1495 kulminieren die Bestrebungen einer Neuordnung des Reiches, von hier aus erfolgt nicht nur die Grundlegung der politischen Struktur des Reiches in der Neuzeit, sondern infolge des Wormser Reichstages wird auch eine gänzlich neue Vertextungstradition begründet, was man an der zahlenmäßigen Aufwertung der Reichsgesetzgebung im 16. Jahrhundert deutlich erkennt. Untergraben wird die Aufwertung der Gesetzgebungsaktivitäten des Reiches durch die Territorialrechte, deren volkssprachige Vertextungsgeschichte bei einer Mikroperiodisierung nach Teildomänen um 1500 auch eine Ruptur erfährt. Die *Plenitudo potestatis* bzw. *Machtvollkommenheit*, also das Recht der Fürsten in ihrer Kompetenz als oberste Richter ihres Machtbereichs, unter anderem alle Prozesse entscheiden zu können, ist hierfür wesentlich verantwortlich. Im 16. Jahrhundert kommt es durch verfassungsgeschichtliche Umbildungen und eine damit verbundene Machterweiterung der Territorien ebenso wie durch die Rezeption gelehrten Rechts und die wachsende Bedeutung protestantischer Territorien zu einem Vertextungsschub, der dieses Jahrhundert als Höhepunkt territorialer Rechtssetzung im Deutschen Reich überhaupt markiert. Und auch die Entwicklung der volkssprachigen Vertextung in den Stadtrechten ist durch den Umbruch um 1500 gekennzeichnet. Wesentlicher Ausdruck dieser Epochenschwelle ist der einsetzende Versuch, das überlieferte Stadt- aber auch Landrecht zu verbessern und in Reformationen zu überarbeiten. Diese Reformationen sollten das Recht neu systematisieren und mit römischen Rechtsvorstellungen ergänzen. Die Stadtrechtsreformationen stellen somit den Versuch einer Neuformulierung des partikularen Rechts dar, die häufig auf römisch-rechtliche Vorstellungen zurückgriffen und zudem eine stringente Systematik bei der Vertextung einzulösen versuchten – auch dies eine Neuerung der kommunikativen Praxis. Dabei tragen die prominenten Stadtrechtsreformationen keineswegs zur fachsprachlichen Isolation der Rechtssprache bei, sondern sind, wie die *Wormser Reformation* besonders deutlich zeigt, um Allgemeinverständlichkeit bemüht.

Es fällt dabei auf, dass zeitgleich die ersten Versuche der populären Vermittlung römischen Rechtsguts unternommen werden. Dabei dürfte die Intention nach Verständlichkeit bei den Stadtrechtsreformationen wie bei den populären Darstellungen in etwa die gleiche sein.

Bereits diese wenigen Hinweise verdeutlichen die Bedeutung des 16. Jahrhunderts als Phase der Transformation mittelalterlicher Kommunikationsformen. Es versteht sich von selbst, dass die Verhältnisse im einzelnen dargestellt werden könnten; dies ist jedoch nicht Zweck einer Überblicksdarstellung. Hier soll eine Konzentration auf drei Themenbereiche erfolgen, die

deutlich machen kann, was Rechtswechsel, Medienwechsel und Sprachwechsel in der Frühen Neuzeit bedeuten: Erstens die bereits erwähnte Rezeption des römischen Rechtes, zweitens die Transformation der Wissensverteilung und drittens die Stellung der deutschen Rechtssprache im Humanismus bzw. des Deutschen als Sprache des Reiches.

## 2.1 Die Rezeption des römischen Rechtes

Wenn auch das römisch-kanonische Recht in Deutschland bereits im Spätmittelalter bekannt war, so setzt die wirkungsvolle Rezeption erst seit der zweiten Hälfte des 15. Jh. ein. Es entstehen in Folge dieser Aneignung des gelehrten Rechtes wie bereits erwähnt umfängliche reformierte Rechtskodifikationen in den Städten – etwa Nürnberg und Freiburg – und Territorien, die entscheidende Exemplare eines Textmusterwandels in der Rechtskodifikation sind. Der Bezugstext ist dabei das *Corpus iuris civilis* Iustinians aus dem 6. Jh. Die Systematik dieser Kodifikation ist Vorbild wichtiger frühneuzeitlicher Rechtstexte und bedingt damit vielfache intertextuelle Bezüge. U. Eisenhardt (1999, S. 90) führt aus, dass der Vorgang der Aneignung des römischen Rechtes in Deutschland ein eminent bedeutsamer Bildungsprozess der gelehrten Juristen ist. Sprachgeschichtlich kann dieser Vorgang als Inkorporation lateinischer Vertextungstraditionen in die deutsche Textmusterausprägung verstanden werden. Die Beschäftigung mit dem römischen Recht sowohl vor als auch während der Ausprägung des *Usus modernus* seit dem 16. Jahrhundert ist nicht nur rechtsgeschichtlich folgenreich, sondern auch sprachgeschichtlich bedeutsam, weil die Ausrichtung auf das *Corpus iuris civilis* den Inhalt und die Textarchitektur der frühneuzeitlichen Kodifikationen prägt. Anstelle der gewohnheitsrechtlich überlieferten und weit gestreuten Rechtsauffassungen trat mit der Rezeption des römischen Rechtes ein abstraktes Bezugssystem, das es im Deutschen sprachlich zu spezifizieren galt.

In Bezug auf den Medienwechsel in der Frühen Neuzeit ist in diesem Zusammenhang vor allem darauf zu verweisen, dass das römische Recht ein geschriebenes Recht ist. Wir haben es zu tun mit einer *Ratio scripta*, die dem Gewohnheitsrecht medial gegenläufig ist, auch wenn gewohnheitsrechtliche Normen bereits im Mittelalter schriftlich fixiert wurden. Für das in Deutschland rezipierte römische Recht ist jedoch die Schriftform konstitutiv. Im ersten Buch der Institutionen des *Corpus iuris civilis* heißt es: *Iustitia est constans et perpetua voluntas ius suum cuique tribuens*. [Gerechtigkeit ist der unwandelbare und dauerhafte Wille, jedem sein Recht zu gewähren.] Unwandelbarkeit und Dauerhaftigkeit lassen sich am besten schriftlich sichern und so stehen Recht und Schrift in einer funktionalen Korrelation, die im Selbstverständnis der römischen Rechtsauffassung zum Ausdruck kommt und durch die Rezeption des römischen Rechtes in Deutschland gefestigt wird (vgl. I. Warnke 1997). Auch im Spätmittelalter spielt zwar das positiv gesetzte Recht schon eine wichtige Rolle, doch die an der römischrechtlichen Vertextungstradition ausgerichteten Reformationen festigen die Bedeutung der

Schriftlichkeit, die zeitgleich mit den neuen Möglichkeiten des Buchdrucks wirksam ist. P. von Polenz (2000, S. 114 ff.) Darlegungen zur Aufwertung der Schriftlichkeit seit dem 15. Jahrhundert können aus rechtssprachengeschichtlicher Sicht vollkommen bestätigt werden. Dass gerade im „15. Jahrhundert die eigenständige Funktion geschriebener Sprache auf vielfältige Weise deutlich“ (P. von Polenz 2000, S. 115) wird, begründet sich in der Rechtsdomäne vor allem aus der Aneignung des römischen Rechtes. Die Rezeption ist ein Vorgang der Schriftauslegung, der Übersetzung und Adaptation und stärkt im Zuge der allgemeinen Aufwertung der Schriftlichkeit in der Frühen Neuzeit die Bedeutung des geschriebenen und damit potentiell dauerhaft gültigen Wortes. Dabei ist auch zu bedenken, dass der schriftliche Prozessgang an Bedeutung gewinnt. Die Rezeption ist folglich ein Kulminationsprozess rechtlicher und sprachlich-medialer Neuerungen. In den Wandlungsvorgängen von Recht und Sprache der Frühen Neuzeit steht sie an prominenter Stelle.

## 2.2 Transformation der Wissensverteilung zu Beginn der Neuzeit

Eine besondere Ausprägung erfährt die literale Rechtsaneignung in der Popularjurisprudenz der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert. Die lateinischen Rechtsnormen verlangten nach einer allgemein verständlichen Aufarbeitung für den juristischen Laien und so entsteht ein neuer Texttyp, die laienadressierte Normensammlung. Wolfgang Stämmler (1926) hat in seiner Abhandlung über das Verhältnis von Popularjurisprudenz und Sprachgeschichte im 15. Jahrhundert bereits früh die Bedeutung der populären Vermittlung römischrechtlicher Inhalte für die Sprachgeschichte hervorgehoben. Es sind die Formular- und Titulbüchlein, die als Stillehren für den Schriftverkehr Verbreitung fanden und es sind die umfänglichen deutschsprachigen Aneignungen der römischrechtlichen Vorstellungen, die das neue Recht populär machten. Hervorzuheben sind der *Laienspiegel* des Ulrich Tenngler, der 1509 mit einem Vorwort von Sebastian Brant erschien und in mehreren Ausgaben und Auflagen hervorragende Bedeutung für die Rechtspraxis der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts hatte. Der Laienspiegel verzichtet bewusst auf eine gelehrte Darstellung und versucht eine einfache Fassung der komplexen Rechtsmaterie vor allem für die Schöffengerichte, die auf Grund einer umfänglichen juristischen Kenntnis Tennglers erfolgt. Wir haben es hier mit einem neuen Typ der Rechtsdarstellung zu tun, mit einem Medienwechsel besonderer Art, für die auch der *Klagspiegel* ein Beispiel ist. Ein Text, der Anfang des 15. Jh. von einem unbekannten Autor verfasst wurde und 1516 durch Sebastian Brant mit dem Ziel allgemein verständlicher Informationsaufbereitung herausgegeben wurde; dies ergibt sich eindeutig aus der Vorrede Sebastian Brandts, in der es heißt: *Teutsch red ich mit lateinischen zungen/Darumb hab man der wort wol acht/Die auß latein seind teütsch gemacht/Die seind (so vil möglich gewesen)/Verteütscht, das yeder die mag lesen*. Diese juristische Speculumliteratur ist zu verorten in den Transformationen des Wissens um 1500. In François Rabelais satirischem Roman *Garg-*

*antua und Pantagruel* aus der ersten Hälfte des 16. Jh. wird Gargantua durch Erziehung bzw. Bildung zum guten Fürsten, nicht durch Abstammung. Bildung und Wissen werden in der Frühen Neuzeit zu Persönlichkeitswerten und insofern medial aufgearbeitet und transferiert. F. Rabelais vertritt das humanistische Ideal einer umfassenden Bildung. Eben in diesen Kreis des humanistischen Bildungsideals gehört auch die Funktion der Speculumtexte wie der zahlreichen Antikenübersetzungsliteratur der Zeit. Als Referenztext sei hier nur noch Friedrich Riederers *Spiegel der wahren Rhetorik* von 1493 genannt, eine Übersetzung der lateinischen *Rhetorica ad Herrenium* (vgl. J. Knappe 2000, S. 111).

Karina Kellermann (1999, S. 124) vertritt den plausiblen Standpunkt, dass Gelehrsamkeit und Information im Umbruch vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit zunehmend vom Anspruch auf „allgemeine Zugänglichkeit“ geprägt sind. Dies ist auch in der Rechtsdomäne zu beobachten in den laienadressierten Fachbüchern und dem Versuch der sprachlich einfachen Fassung komplexer Zusammenhänge. In diesen Kontext gehören auch die umfangreichen Übersetzungen der Institutionen des *Corpus iuris civilis* durch Thomas Murner, Ortholph Fuchesperger und Andreas Perneder, allesamt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstanden, sowie weitere juristische Übersetzungsliteratur, die keinesfalls durchweg Beispiele für formelhaftes Kanzleideutsch sind, sondern sich um stilistische Feinheit bemühen. Das 16. Jahrhundert zeigt sich mithin auch unter dem Aspekt der neu etablierten Formen zur Wissensverteilung für die Rechts- und Sprachgeschichte als Zeit der massiven Veränderungen.

S. Wichter (1994, S. 250) geht davon aus, dass in der Frühen Neuzeit die diatopische Subsystemdimension des mittelalterlichen Deutsch ersetzt wird durch die sprachlich manifeste „Dimension der horizontalen und vertikalen Wissensdifferenzierung“. Er meint darin eine „tiefgreifende strukturelle Gewichtsverlagerung im Varietätenraum“ erkennen zu können. In I. Warnke (1999) ist die horizontale Dimensionierung als Ausbau polyfunktionaler Leistungsfähigkeit einer Sprache beschrieben. Gleichlaufend mit dieser domänenspezifischen Ausgliederung ist nun die Differenzierung der kommunikativen Reichweite bei der Vermittlung gesellschaftlich unterschiedlichster Gruppen von Sprachteilhabern; sie ist ein Kennzeichen kultureller Differenziertheit sowohl der Sprache als auch der vermittelten Inhalte. Der bei S. Wichter als Vertikalität bezeichnete und auf lexikologische Fragen beschränkte Aspekt ist sprachgeschichtlich bedeutsam und als ein alle sprachlichen Ebenen betreffendes Kennzeichen von Kultursprachen einzuordnen.

### 2.3 Die deutsche Rechtssprache im Humanismus

Dass die juristische Fachliteratur gleichwohl lateinisch war und dies im Kontext des Humanismus auch gar nicht anders beabsichtigt wurde, zeigt wiederum, wie in der Frühen Neuzeit das Ungleichezeitige gleichzeitig gilt. Das dialektische Verhältnis von deutscher Sprache und Latinität kennzeichnet ja

überhaupt die sprachlichen Verhältnisse im Übergang zur Frühen Neuzeit. Günter Hess (1971, S. 366) bezeichnete die Einstellung der Humanisten als „Ideologie einer exklusiven lateinischen Kaste“, die sich auch in einer Distanz gegenüber der deutschen Sprache äußerte. Die Vorstellung von der Barbarensprache steht jedoch der Entdeckung der Volkssprache etwa in der lutherischen Reformation oder eben auch im juristischen Diskurs gegenüber. Joachim Knappe (2000) zeigt in seiner ausgezeichneten Abhandlung zum Verhältnis von deutscher Sprache und Nation, dass es infolge dieser dialektischen Spannung zu einer sukzessiven Revision des Sprachhierarchiekonzeptes zugunsten des Deutschen kommt. Dies kann dann bis zu Christian Wolffs (1679–1754) Plädoyer für das Deutsche als Wissenschaftssprache und darüber hinaus nachverfolgt werden. Das Deutsche verliert die im Humanismus gesetzten Attribute des Vulgären zunehmend, was nicht zuletzt durch die Verwendung eben der Volkssprache in der Rechtssetzung und zunehmend im allgemeinen juristischen Schrifttum befördert wird. Denn der Sprachpatriotismus des 17. Jahrhunderts – dies hat H. Hattenhauer (1987) deutlich gemacht – ist für die Aufwertung des Deutschen als Reichssprache nicht zuletzt durch die soziolinguale Abgrenzung gegenüber den Franzosen bzw. dem Französischen bedeutsam. Hier ist jedoch immer zu bedenken, dass die Frühe Neuzeit kaum eindeutige Profile aufweist. Die Festigung des Deutschen als Reichs- und Rechtssprache durch den Sprachpatriotismus und in Folge der Versuche einer nationalen Identitätsstiftung nach dem 30-jährigen Krieg kann eine Verdrängung des Lateins aus der juristischen Fachkommunikation noch nicht nachhaltig begründen. So setzt sich etwa Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) für die Pflege der deutschen Rechtssprache ein, stellt jedoch gleichfalls die Bedeutung des Lateins als Rechtssprache nicht wirklich in Frage. Erst mit dem Ausklang des 18. Jahrhunderts kommt es zu einer Befestigung des Deutschen auch in der juristischen Fachkommunikation, wobei die großen Kodifikationen der Spätaufklärung und vor allem das *Allgemeine Landrecht* (1794) durch Verwendung einer aufgeklärten deutschen Gesetzessprache sicher katalysatorische Wirkung hatten.

Werden in der *Goldenen Bulle* von 1356 noch Deutsch, Latein, Italienisch und Tschechisch als Reichssprachen genannt, so ist der sprachliche und rechtsgeschichtliche Umbruch in der Frühen Neuzeit als zunehmende Aufwertung des Deutschen zu erfassen. Sowohl in der ersten *Wahlkapitulation* von 1519 als auch in der Reichskammergerichtsordnung von 1555 werden nur noch Deutsch und Latein als Reichssprachen anerkannt. Wenn sich auch in den katholischen Territorien das Latein länger als in protestantischen Kreisen hielt, so hatte das Latein nach und nach nur noch den Status einer *lingua vernacula* im amtlichen Schrifttum des Reiches. Der Sprachendualismus im Reich der Frühen Neuzeit erfuhr eine deutliche Gewichtung zugunsten des Deutschen, wie etwa daran zu erkennen ist, dass das Reichskammergericht Deutsch verhandelte, die Reichstagsabschiede in Deutsch verfasst waren und auch bei der Kaiserkrönung Deutsch gesprochen wurde.

### 3. Die kulturwissenschaftliche Verschränkung von Rechts- und Sprachgeschichte

Die Geschichte der deutschen Sprache ist mit der Rechtsgeschichte auf das Engste verbunden, selbst die Konzentration auf Umbrüche in der Frühen Neuzeit macht es nicht möglich alle relevanten Aspekte auch nur anzuschneiden, derart zahlreich sind die Vernetzungen – man könnte etwa noch auf die Sprache der alltagsweltlich bedeutenden Polizeiordnungen eingehen, die weite Verbreitung fanden und das konkrete Zusammenleben etwa in den frühneuzeitlichen Städten regelten. Hinzu kommt, dass die initialen Impulse für die Durchsetzung einer deutschen Rechtssprache und damit auch für die grundlegende Etablierung einer später ausgebauten Kultursprache nicht erst mit Beginn der Neuzeit gesetzt werden, sondern bereits in der Wende zum Spätmittelalter erkennbar werden. Dass 13. und auch 14. Jahrhundert ist der Zeitraum, in dem die erstmalige Ausprägung einer nachhaltig wirksamen Vertextungstradition in deutscher Sprache erfolgt. Die Umbrüche des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts resultieren aus den voraussetzenden Entwicklungen des Spätmittelalters. Die Rezeption des römischen Rechtes, die Transformationen in der Wissensverteilung und die Modifikationen in der Stellung der deutschen Rechtssprache im Humanismus bzw. des Deutschen als Sprache des Reiches sind folglich nicht isoliert von der Etablierung einer deutschen Rechtsvertextungstradition im Spätmittelalter zu sehen. Dennoch kann im eingeschränkten Sinne einer massiven Transformation der mittelalterlichen Verhältnisse von Umbrüchen die Rede sein, die sich im Wechsel der Rechtssysteme im Zuge der Rezeption des römischen Rechtes im Reich, in den Territorien und den Städten ergeben, im Medienwechsel von der gewohnheitsrechtlich-mündlichen bzw. handschriftlichen Überlieferung zum gedruckten Gesetzestext vollzogen werden, nicht zuletzt in der laien-adressierten Wissensvermittlung und schließlich im Wechsel von einem deutsch-lateinischen Sprachendualismus hin zu einer vollgültigen aufgeklärten deutschen Rechtssprache in den Kodifikationen des 18. Jahrhunderts ihren Ausdruck finden. Diese Umbrüche haben sprachgeschichtliche Konsequenzen bei der Herausbildung einer deutschen Kultursprache. Ausführlich wird darauf in I. Warnke (1999) eingegangen. Hier sei lediglich darauf verwiesen, dass nach Einar Haugen (1987, S. 59 ff.) die Standardisierung einer Sprache nicht nur der Prozess der Aussonderung regionaler Formen hin zu einer Leitvarietät ist – E. Haugen nennt dies *selection*. Dieser Aspekt wird in der sprachgeschichtlichen Forschung zur Herausbildung des Neuhochdeutschen in den letzten Jahrzehnten fraglos hervorgehoben und findet insbesondere in der Ausgleichstheorie seinen Ausdruck (vgl. W. Besch 1967). Bei der Standardisierung kommt neben der Aussonderung regionaler Formen jedoch auch der Entfaltung der funktionalen Reichweite einer Sprache wichtige Bedeutung zu – E. Haugen (1987, S. 61) nennt diese *elaboration*: „*Elaboration is in some ways just a continued implementation of a norm to*

meet the functions of a modern world.“ Eben diese Funktionsentfaltung ist unter anderem begründet durch die Umbrüche in Recht und Sprache der Frühen Neuzeit.

Dabei ist es nicht von ausschlaggebender Bedeutung, ob etwa die Speculumliteratur der Frühen Neuzeit ihr Ziele einer Wissensvermittlung an den Laien tatsächlich erreicht hat. Der Geltungsanspruch der jeweiligen Texte ist das eigentlich wirksame Prinzip in den geschichtlichen Umbrüchen. Unabhängig davon, ob die Erklärungsbehauptung tatsächlich eingelöst wurde, ist der Anspruch auf Erklärung, der Anspruch auf Verwendung des Deutschen, der Anspruch auf Adaptation des römischen Rechtes etc. wirksam bei der Veränderung der diskursiven Strukturen. Im diskursanalytischen Ansatz der Geschichtswissenschaft, wie er etwa von B. Jussen/C. Koslofsky (1999) vertreten wird, geht man davon aus, dass die Untersuchung von Institutionen, zu denen Sprache und Recht auch gehören, durch Analyse der Symbolisierung ihrer Ordnungsleistungen erfolgt. Das Recht benötigt dafür die Sprache seit jeher. Eine historische Beschäftigung mit ihrem Verhältnis untersucht unter diskursanalytischem Aspekt nicht die Normen und ihre Geltung selbst, sondern „nurmehr die Ordnungsbehauptungen, Geltungsansprüche, Handlungs- und Rollenstilisierungen (ebd., S. 15). Die gegenwärtigen Bezüge von Recht und Sprache erscheinen vor diesem Hintergrund als kulturelle Erscheinungsformen mit einer hochdifferenzierten Geschichte.

#### 4. Literatur

- Besch, Werner (1967): Sprachlandschaften und Sprachausgleich im 15. Jahrhundert. Studien zur Erforschung der spätmittelhochdeutschen Schreibdialekte und zur Entstehung der neuhochdeutschen Schriftsprache. München.
- Eisenhardt, Ulrich (1999): Deutsche Rechtsgeschichte. 3., überarb. Aufl. München.
- Greyerz, Kaspar von (2000): Religion und Kultur. Europa 1500–1800. Göttingen.
- Hattenhauer, Hans (1987): Zur Geschichte der deutschen Rechts- und Gesetzessprache. Göttingen.
- Haugen, Einar (1987): Blessings of Babel. Bilingualism and Language Planning. Problems and Pleasures. Berlin/New York/Amsterdam.
- Hansen, Klaus P. (1995): Kultur und Kulturwissenschaft. Tübingen/Basel.
- Hess, Günter (1971): Deutsch-Lateinische Narrenzunft. Studien zum Verhältnis von Volkssprache und Latinität in der satirischen Literatur des 16. Jahrhunderts. München.
- Huizinga, Johan (1924): Herbst des Mittelalters. Studien über Lebens- und Geistesformen des 14. und 15. Jahrhunderts in Frankreich und in den Niederlanden. München.
- Jussen, Bernhard/Koslofsky, Craig (Hgg.) (1999): Kulturelle Reformation. Sinnformationen im Unbruch 1400–1600. Göttingen.
- Kellermann, Karina (1999): Zwischen Gelehrsamkeit und Information: Wissen und Wahrheit im Umbruch vom Mittelalter zur Neuzeit. In: Schaefer, Ursula (Hg.): Artes im Mittelalter. Berlin. S. 124–140.
- Knappe, Joachim (2000): Humanismus, Reformation, deutsche Sprache und Nation. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin/New York. S. 103–138.
- Melville, Gert (Hg.) (2001): Institutionalität und Symbolisierung. Köln.



- Polenz, Peter von (2000): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd. 1. 2., überarb. und erg. Aufl. Berlin/New York.
- Stammler, Wolfgang (1926): Popularjurisprudenz und Sprachgeschichte im XV. Jahrhundert. In: Behaghel, Otto (Hg.): Festschrift Friedrich Kluge. Tübingen. S. 133–139.
- Warnke, Ingo (1997): Recht und Schrift. Zum rekursiven Bedingungsverhältnis von Literalität und juridischem Diskurs. In: Adamzik, Kirsten et al. (Hg.): Domänen- und kulturspezifisches Schreiben. Frankfurt et al. S. 223–238.
- Warnke, Ingo (1999): Wege zur Kultursprache. Die Polyfunktionalisierung des Deutschen im juristischen Diskurs (1200–1800). Berlin/New York.
- Wichter, Sigurd (1994): Experten- und Laienwortschätze. Umriß einer Lexikologie der Vertikalität. Tübingen.

HANS HATTENHAUER

## Wie der Rechtsstaat zur Sprache kam: 1854–1881–1930–1937–1986

### Texte

1. (1) Der Staat soll Rechtsstaat sein, das ist die Losung und ist auch in Wahrheit der Entwicklungstrieb der neueren Zeit. (2) Er soll die Bahnen und Grenzen seiner Wirksamkeit wie die freie Sphäre seiner Bürger in der Weise des Rechts genau bestimmen und unverbrüchlich sichern und soll die sittlichen Ideen von Staats wegen, also direkt, nicht weiter verwirklichen (erzwingen), als es der Rechtssphäre angehört, d. i. nur bis zur notwendigsten Umzäunung. (3) Dies ist der Begriff des Rechtsstaates, nicht etwa dass der Staat bloß die Rechtsordnung handhabe ohne administrative Zwecke, oder vollends bloß die Rechte der Einzelnen schütze, (4) er bedeutet überhaupt nicht Ziel und Inhalt des Staates, sondern nur Art und Charakter dieselben zu verwirklichen. (5) Der Rechtsstaat steht daher im Gegensatz vor allem zum patriarchalischen, zum patrimonialen, zum bloßen Polizei-Staate, in welchem die Obrigkeit darauf ausgeht, die sittlichen Ideen und die Nützlichkeitszwecke in ihrem ganzen Umfang und nach einer moralischen, daher arbiträren Würdigung eines jeden Falles zu realisieren, (6) er steht nicht minder aber auch im Gegensatze zum Volksstaate (Rousseau, Robespierre), wie ich ihn nennen möchte, in welchem das Volk die vollständige und positive politische Tugend von Staats wegen jedem Bürger zumutet und seiner eigenen jeweiligen sittlichen Würdigung gegenüber keine rechtliche Schranken anerkennt – (7) Zustände, von denen der erste ein naturgemäßer Anfang, welcher nur nachher überwunden werden muss, der letztere aber eine absolute Verirrung ist.

Friedrich Julius Stahl (AD 1802–1861), *Die Philosophie des Rechts*, Band II: *Rechts- und Staatslehre*, 1854–56 (ND 1963), S. 137 f.

2. (1) Die Theorie des Rechtsstaates versucht es, zwischen den beiden extremen Prinzipien der Herrschaftssouveränität und Volkssouveränität eine Vermittlung herzustellen. (2) Nach derselben soll weder der absolute Wille der Minorität noch auch der der Majorität massgebend sein: (3) nur die Idee der Gerechtigkeit, das absolute Recht soll im Staate verwirklicht werden. (4) Zur Verwirklichung des Rechts und der Gerechtigkeit im Staate aber gehört es,

dass Jedem ein gleiches Mass von Rechten zustehe. (5) Die Theorie des Rechtsstaates beruht auf dem Grundsatz der Gleichheit. (6) Denn zum Begriff des absoluten Rechts können wir gar nicht anders gelangen als mit Zuhilfenahme und durch Vermittlung des Grundsatzes der Gleichheit. ... (7) Indem nun dem Rechtsstaat die Verwirklichung des Rechts im Staate als Aufgabe zugeteilt wurde, musste man zu seiner Grundlage die *Gleichheit* fordern – (8) denn nur auf dem Grunde der Gleichheit liess sich das allen zustehende Recht formulieren. (9) Indem der Rechtsstaat das Recht verwirklichen, jedem sein Recht widerfahren lassen soll, muss er eo ipso jedem *das gleiche Recht* einräumen. (10) An diesem *gleichen Recht für Alle* scheitert aber ... das Wahngelbde des Rechtsstaates. (11) Denn dieses gleiche Recht ist der gerade Gegensatz zum Begriff des Staates. (12) Als Herrschaftsordnung, als nothwendige Ueber- und Unterordnung von Herrschenden und Beherrschten schliesst der Staat jedes *gleiche Recht* aus, macht es in seinem Bereiche, auf seinem Gebiete unmöglich. (13) Als Herrschaft ist der Staat nothwendigerweise das ungleiche Recht, d. h. die ungleiche Berechtigung. (14) Die Idee des Rechtsstaates ist ein Phantom, das vom wirklichen Staat auf jedem Schritt und Tritt Lügen gestraft wird. (15) Aber diese Idee ist auch ein verhängnisvolles Phantom, weil es die Massen täuscht und ihnen Trugbilder vorzaubert, denen sie nachjagen; sie ist ein Irrlicht, das die Verirrten in's Verderben lockt.

Ludwig Gumplowicz (AD 1838–1909), Rechtsstaat und Socialismus, 1881, 134 f.

3. (1) Der Rechtsstaatsgedanke in seiner Verbindung mit dem Freiheitsprinzip zeigte sich uns als bestes, edelstes deutsches Gedankengut aus den Zeiten höchster und sittlicher Blüte Deutschlands. (2) Er ist in seinem theoretischen wie praktischen Bestande bedroht und gefährdet durch das Erstarken und Umsichgreifen des Machtstaatsgedankens in Faschismus und Bolschewismus. (3) Er hat von der deutschen Wissenschaft nicht die Pflege und Ausgestaltung erfahren, die ihm nach seiner Herkunft und bedrohten Stellung zukommt, sondern ist weit eher dem gegnerischen Staatsdenken preisgegeben worden. (4) Deshalb stellen wir den Rechtsstaat neben den Machtstaat und diesem gegenüber, wir treten für seine Berechtigung neben dem Machtstaate und diesem gegenüber ein. (5) Wir beschränken uns aber nicht darauf, das Daseinsrecht für den Rechtsstaat neben dem Machtstaate zu fordern und daneben den Machtstaat in seinem Daseinsrecht zu belassen. (6) Der Standpunkt des rechtsphilosophischen Relativismus, welcher sich darauf beschränkt, die in den Worten Recht und Staat enthaltenen Ausgestaltungsmöglichkeiten herauszustellen, es aber ablehnt, sich *für die eine oder andere dieser Möglichkeiten beweisbar zu entscheiden*, ist nicht der unsere. (7) Wir sind der Überzeugung, dass wir uns nicht damit zu begnügen haben, Rechtsstaat und Machtstaat lediglich auf einer einzigen nämlichen Wertebene nebeneinander und einander gegenüber treten zu lassen. (8) Wir glauben, dass – ganz abgesehen von kulturellen, zeitlichen und geographischen Be-

dingtheiten, die für die eine oder die andere Möglichkeit und zwar im heutigen Deutschland für den Rechtsstaat mit seinem Freiheitsgedanken sprechen – eine rein logisch begründete Wertunterscheidung zwischen Rechtsstaat und Machtstaat gemacht werden kann und gemacht werden muss, und dass diese Entscheidung zugunsten des Rechtsstaats zu erfolgen hat.

Friedrich Wilhelm Darmstaedter (AD 1883–1957), *Die Grenzen der Wirksamkeit des Rechtsstaates. Eine Untersuchung zur gegenwärtigen Krise des liberalen Staatsgedankens*, 1930, S. 144 f.

4. (1) Rechtsstaat ist die organisierte Lebensform des Volkes, die alle völkische Lebenskraft zur Sicherung des Rechts des Volkes auf Leben nach innen und außen zusammenfasst. (2) Und wir wissen, zur Sicherung dieses Lebensrechts taugt nicht ein System, das die Volkskraft in verschiedene rivalisierende Gewalten atomisiert, wie es das System der demokratischen Rechtsstaatsideologie tut; (3) hierzu taugt nur zusammengeballte Volkskraft, wie nur die geballte Ladung den Front-bedrohenden Tank zu bändigen vermochte; (4) dies organisierte zum Einsatz Bringen der geballten Ladung der völkischen Kraft zum Schutz des Volkslebens ist unser Begriff vom Rechtsstaat.

Roland Freisler (AD 1893–1945), Artikel *Rechtsstaat* in Handwörterbuch der Rechtswissenschaft. Bd. VIII: Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36, 1937, S. 572 f.

5. (1) Alle politischen, juristischen, ökonomischen und sozialen Prinzipien taugen nur so viel und solange, als sie sich im Bereich der praktischen Vernunft bewegen und realisiert werden. (2) So steht es auch mit dem Rechtsstaat. (3) Er ist keine Staats-Form und kein -Zustand. (4) Er bezeichnet ein dynamisches Prinzip; denn die richtige Definition des Rechtsstaats lautet: (5) Ein Staat ist in dem Maße Rechtsstaat, in dem die Ausübung der öffentlichen Gewalt rechtlich geregelt und die Einhaltung dieser Regeln gerichtlich kontrollierbar ist. (6) *In dem Maße!* (7) Das Ausmaß hängt von der jeweiligen Lage des jeweiligen Staates ab; vom Maße seiner äußeren und inneren Sicherheit und deren Bedrohung, von den gesellschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen, aber auch von der Vernunft seiner Bürger. (8) Der Rechtsstaat funktioniert und behauptet sich nur solange, als er moderat statt extrem, mit praktischer Vernunft statt mit eifernder Ideologie, mit common sense statt Radikalität, realisiert und praktiziert wird. (9) In diesen Grenzen wird er glänzen – sein Elend beginnt, wo er sie überschreitet.

Karl August Bettermann (geb. AD 1913), *Der totale Rechtsstaat*, 1986, S. 36

## 1. Rechtsstaat

Vorbildliche Rechtssprache zeichnet sich durch Klarheit aus und durch Eindeutigkeit ihrer Begriffe. Diese sind in der Regel um so fester und gewisser, je mehr sie in der alltäglichen Rechtspraxis Verwendung finden müssen. Das Recht ist uns nicht bloßer *Überbau* im Sinne marxistischer Lehre. Es hat ei-

nen eigenen Rang und Wert in der Kultur eines Volkes, doch ist es von dessen politischer Verfassung nicht zu trennen. *Rechtssprache ist immer auch*, im weiteren Sinne des Wortes, *politische Sprache*. Wie das Recht nicht aus sich selbst erklärt werden kann und von den ihm vorgegebenen Glauben abhängt, so ist auch die Rechtssprache angewiesen auf ein Vokabular, das die allgemeine Überzeugung vom Wesen des Rechts und der Rechtsordnung zum Ausdruck bringt. Diesen Dienst leistete in der Zeit christlicher Rechtsdeutung und leistet zum Teil noch bis heute das Wort *Gerechtigkeit* in seiner römisch-christlichen Deutung. Hierher gehört auch das Wort *Rechtsstaat*.<sup>1</sup>

Dieses Wort und die damit verbundene Rechtsidee sind jung. Wie das Wort *Staatsbürger* ist auch *Rechtsstaat* auf dem Boden der Aufklärung und der Französischen Revolution erwachsen. Kant verwendete es noch nicht, als er im Jahre 1797 seine Rechtslehre verfasste. Den die Freiheit des Bürgers nach gleichen Gesetzen ordnenden Staat nannte er *Republik*. Aber bereits ein Jahr später kam das neue Wort in der Wendung *Rechts-Staats-Lehre* zur Sprache und machte als *Rechtsstaat* alsbald Karriere. Natürlich wüssten wir gerne mehr über die Frühgeschichte des Wortes. Aber da lassen uns die Wortforscher im Stich. Grimms Wörterbuch bringt überhaupt keinen Beleg und bei Herrmann Paul wird nur ein Beleg von Görres aus dem Jahre 1826 mitgeteilt. Zu dieser Zeit aber scheint das Wort *Rechtsstaat* schon seinen Neuheitscharakter verloren gehabt zu haben. Jedenfalls gehört es seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zum rechtspolitischen Programm des bürgerlichen Zeitalters. Statt auf die überlieferte Metaphysik der christlichen Gerechtigkeit zurückzugreifen, bot man nun das betont innerweltliche und angeblich metaphysikfreie Ideal eines Rechtsstaats an, dessen Recht allein gutes Recht und dessen Staat allein ein guter Staat sei. Das neue Wort sollte unter den Bedingungen einer fortgeschrittenen Säkularisierung von Kultur und Recht, nach Verabschiedung des Heiligen Reiches den weiterhin bestehenden Bedarf nach dem Recht vorgegebenen Leitbegriffen befriedigen. Es sollte die nun verbindliche Überzeugung der Bürger vom Recht durch eine kurze und einleuchtende Vokabel zum Ausdruck bringen, sollte mitteilen, was es vom Recht nun zu glauben galt. So ist *Rechtsstaat* kein eigentlicher Rechtsbegriff, sondern ein Rechtsideal, wenn man so will, ein rechtspolitisches Schlagwort. Damit teilt es das Schicksal aller derartiger Schlagwörter, Gegenstand des politischen Meinungsstreits und unterschiedlichen Deutungen zugänglich zu sein.

Seit dem Aufkommen des Wortes hat man bis heute unzählige Bekenntnisse zum Rechtsstaat abgelegt. Hier muss es genügen, auf vier von 200 in der von Jürgen Brand und mir verfassten Sammlung von Rechtsstaatstex-

---

<sup>1</sup> Michael Stolleis, Artikel *Rechtsstaat*, Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, 4 (1990, Sp. 367 ff.).

ten<sup>2</sup> einzugehen. Dabei verdient eigentlich ein jeder von ihnen eine gründlichere und schulgerechte stilistische Auslegung, als dies hier möglich ist. Doch sei Bescheidenheit geboten durch Beschränkung auf vier Fragen:

- Wer sind die Verfasser, welche Epoche und politisches Bekenntnis vertreten sie?
- Welche Worte werden häufiger verwendet und in welchen gedanklichen Kontext gehören sie?
- Welche Antithesen werden gebildet?
- Welche Metaphern werden verwendet?

## 2. Gesellschaft und Geschichte

Neben Friedrich Carl von Savigny (AD 1779–1861) und Ernst Ludwig von Gerlach (AD 1795–1877) gehörte Friedrich Julius Stahl (AD 1802–1861)<sup>3</sup> zu den geistvollsten Vertretern der preußischen Konservativen. Anders als jene war er kein Edelmann, oder auch, wie nur Gerlach, ein eingeborener Preuße. In München vom Judentum zum Christentum lutherischer Konfession übergetreten, war er schließlich in Berlin als Professor, Mitglied des Herrenhauses und Kirchenpolitiker hervorgetreten. Seine Lehre vom Rechtsstaat trug er vor in der Zeit König Friedrich Wilhelms IV. auf dem Gipfel der nachrevolutionären Reaktion. Um so erstaunlicher ist es, dass Stahl bei Erörterung des Rechtsstaats hier nicht das Stichwort *Gottesgnadentum* aufnahm, auch nicht vom *christlichen Staat Preußen* handelte, sondern das nun bereits allseits gängige, nicht mehr allein den Liberalen gehörende Wort *Rechtsstaat* im bürgerlichen Kontext erörterte. Er machte damit aus dem politischen Schlagwort einen Rechtsbegriff, ganz nach der Methode der von Savigny begründeten *Begriffsjurisprudenz*. Dass er damit einen politischen Zweck verfolgte, ist offensichtlich. Wo es gelingt, aus politischen Schlagworten Rechtsbegriffe zu machen, werden diese wissenschaftlich gebündigt und rational kontrollierbar.

Wer einen Juristentext stilistisch prüfen will<sup>4</sup>, tut gut daran, als erstes nach überflüssigen Wörtern, Satzteilen und Sätzen zu suchen. Was man ersatzlos streichen kann, ohne dass dadurch der mitgeteilte Gedanke verkürzt oder verändert würde, gehört nicht in einen juristischen Text. Leider gibt es von

<sup>2</sup> Jürgen Brand u. Hans Hattenhauer, *Der Europäische Rechtsstaat. 200 Zeugnisse aus seiner Geschichte*, 1994.

<sup>3</sup> Christoph Link, *Friedrich Julius Stahl (1802–1861). Christlicher Staat und Partei der Legitimität*, in: Helmut Heinrichs u. a. (Hg.), *Deutsche Juristen jüdischer Herkunft*, 1993, S. 59 ff.

<sup>4</sup> Bundesministerium der Justiz (Hg.), *Handbuch der Rechtsförmlichkeiten*, 2. Aufl. 1999; Gesellschaft für deutsche Sprache, *Fingerzeige für die Gesetzes- und Amtssprache*, 11. Aufl., 1998; Hans Hattenhauer, *Stilregeln für Juristen*, in: Jörn Eckert u. Christian Hattenhauer, *75 Klausuren aus dem BGB*, 10. Aufl., 1999, S. 221 ff.; ders., *Die rechtshistorische Exegese*, 1975, S. 35 ff.

solchem Sprachballast heute bei den Juristen mehr denn je. Prüft man aber mit diesem Maßstab Stahls Text, so erweist er sich als makellos. Hier ist jedes Wort nötig oder doch hilfreich, um den Gedanken verständlich zu machen. Nirgends begegnen Füllwörter, Wiederholungen oder Ausschmückungen. Selbst der Superlativ *notwendigst* – heute würden viele sagen *allernotwendigst* – ist für den Ausdruck des Gemeinten unentbehrlich. Ebenso fehlen ausschmückende Adjektive. Wo diese oder Adverbien begegnen, machen sie den Gedanken deutlicher und können nicht ohne Substanzverlust ersatzlos gestrichen werden.

Das gilt auch für das Wort *naturgemäß* am Ende des Textes. Es ist die Entsprechung zu *Entwicklungstrieb*. Mit beiden ordnete Stahl den Gedanken- gang für seine Leser geschichtsphilosophisch ein. Der Rechtsstaat war ihm danach nicht nur etwa die Frucht einer politischen *Losung* seiner Zeit, sondern wurde als historisch notwendig behauptet, als das Ergebnis einer *Entwicklung*. Dieses aus der Natur stammende, dort etwa das Erblühen einer Rose beschreibende Wort behauptete damals und behauptet für viele bis heute in seiner Übertragung auf die Geschichte, dass jene nach einem ihr innewohnenden, ihrer Natur entsprossenen Gesetz aus einem früheren, niederen Zustand zu höheren fortschreite: *sich entwickle*, und dass dies wie in der Natur, also *naturgemäß* durch einen *Trieb* geschehe. Deshalb begegnet hier zweimal das diesen Geschichtsglauben zum Ausdruck bringende Wort *Naturtrieb*. Durch Berufung auf diese geschichtliche Entwicklung erfuhr der Rechtsstaat seine unbestreitbare Rechtfertigung als eine notwendige Erscheinung der fortentwickelten, voll erblühten, erwachsenen bürgerlichen Kultur. Dass in diesen beiden Wörtern das Glaubensbekenntnis des Historismus zum Ausdruck kommt, braucht hier gewiss nicht weiter ausgeführt zu werden.

Die Suche nach dem durch sein häufiges Vorkommen ausgewiesenen Zentralbegriff des Textes führt zum Wort *Staat*. Fünfmal kommt es als solches vor, zweimal ist es die unausgesprochene Ergänzung zu *patriarchalisch* und *patrimonial* und fünf weitere Male begegnet es als Wortverbindung mit *Recht*, *Polizei* und *Volk*. Außerdem begegnet zweimal das Wort *Recht* als solches und einmal *rechtlich* sowie, abgesehen von *Rechtsstaat*, in den Wortverbindungen *Rechtsordnung* und *Rechtssphäre*. *Staat* und *Recht* sind die Leitbegriffe des Textes. Dabei kommt nach der Worthäufigkeit dem Staat im Verhältnis zum Recht der Vorrang zu. Er war inzwischen in der Gestalt des Nationalstaates und nach dem Verlust seiner metaphysischen Begründung selbst zur Quellen der Offenbarung geworden. Das galt jedenfalls für die Offenbarung des Rechts durch den Staat, während dieser sich im Übrigen in der säkularisierten Kultur seinen Rang einer Autorität mit der Geschichte, der Natur und der Wissenschaft teilen musste. Das Verhältnis von *Recht* und *Staat* war eindeutig geklärt: der Staat war die Quelle des Rechts, der Rechtsstaat eine Erscheinungsform des Staates, nicht aber die diesen begründende

Voraussetzung. Der Gedanke, dass das Recht älter sein könne als der Staat, war über dieser Staatslehre verblasst.

Aus dem Oberbegriff des Staates leitete Stahl die Unterbegriffe antithetisch ab: *Rechtsstaat* hier und *Polizeistaat*, *Volksstaat*, *Patrimonilstaat*, *Patriarchalstaat* dort. Er bestritt nicht, dass es auch jene gab und betonte, dass sie früher sogar eine Daseinsberechtigung gehabt hatten. Doch sei der Polizeistaat als eine dieser Staatsformen nunmehr geschichtlich überholt und nicht länger legitim. Dabei hatte allerdings der *Polizeistaat* des Absolutismus nichts mit dem zu tun, was man heute darunter versteht. Das Wort *Polizei* hatte damals die weitere Bedeutung von „Verwaltung“. Der Staat der *guten Policy* war kein hoheitlicher Disziplinierungsapparat, sondern eine patriarchalische Erziehungsanstalt, mit Kirche und Schule als den wichtigsten Institutionen staatlicher Sittenpflege des Obrigkeitsstaates. Dieser sah seinen Auftrag darin, die Untertanen zu vorbildlicher Lebensweise zu erziehen, sie *mores* zu lehren. In der staatskirchlichen Verfassung des Alten Reiches war dies durchaus berechtigt. Stahl deutete daher auch an, dass dieses Amt des Staates als Moralwächter, *custos morum* nach dem damaligen Stand der Sitten auch berechtigt gewesen war. Nun aber sollte der Staat kein Recht zur moralischen Erziehung seiner zu Bürgern gewordenen Untertanen mehr haben: Er sollte in diesem Sinne Rechtsstaat sein. Recht und Moral sollten in der bürgerlichen Welt voneinander getrennte Wege gehen.

Damit griff Stahl, ohne dies zu erwähnen, zurück auf Wilhelm von Humboldts (AD 1767–1835) Schrift „Ideen von einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“. Jener hatte sie im Jahre 1792 zwar verfasst, wegen der Zensur nicht aber zum Druck bringen können. Erstmals war sie soeben, im Jahre 1851, im Druck erschienen. Was zu Zeiten Kants und Humboldts das Glaubensbekenntnis allein der Aufklärer gewesen war, war inzwischen Grundüberzeugung der gesamten bürgerlichen Kultur, auch ihrer Konservativen geworden. Der Staat sei nur zur Sicherung des Friedens seiner Bürger verpflichtet und berechtigt, nicht aber zur Sittenpflege. Diese Lehre beruhte auf der Überzeugung von dem wesensmäßigen Unterschied, sogar Gegensatz von Staat und Gesellschaft. Dem Staat gehörten das Recht und der Zwang, der Gesellschaft die Sittlichkeit und die Freiheit. Beide Ordnungen verwalteten danach und erzwangen notfalls ihre jeweiligen Normen autonom und unabhängig voneinander. In der ihre Mündigkeit beanspruchenden bürgerlichen Gesellschaft war der Staat als Moralwächter überflüssig und unerwünscht geworden. Rechtsstaat war danach nur jener Staat, der sich auf die Erfüllung seiner ureigenen Aufgabe der Friedenssicherung beschränkte und sich hütete, den Bürger sittlich belehren oder moralisch erziehen zu wollen.

Diesen Gegensatz von *Rechtsstaat* und *Polizeistaat* brachte Stahl durch eine weitere Antithese zum Ausdruck, indem er dem *Recht* die *sittlichen Ideen* ge-



genüber stellte. Dabei fällt auf, dass er auf der einen Seite zwar mit einem Wort auskam, auf der anderen aber statt schlicht von *Sittlichkeit*, nun sogar im Plural, von den *sittlichen Ideen* redete. Hier nun kommt Stahl doch nicht ohne einen ausschmückenden Stil aus. Er tut dies aber nicht mit Adjektiven oder Superlativen, sondern durch Auflösung des Wortes *Sittlichkeit*: Indem er anstelle der Sittlichkeit die *Ideen* als Leitwort verwendete und jene in das Reich der Ideen erhöhte, stattete er die Sittlichkeit mit metaphysischem Rang aus und entzog sie dem Zugriff und verändernden Einfluss des Staates wie des Bürgers. Wo es um die Bestimmung der Staatsaufgaben ging, unterwarf Stahl sich der *Losung der neueren Zeit*, wo er dagegen auf die nun dem Bürger anvertraute Sittlichkeit zu sprechen kam, blieb er konservativ und machte sie menschlichem Handeln unzugänglich. Das alles geschah indessen, ohne dass Stahl sich religiöser Sprache bediente oder in die Welt fremder Bilder auswich. Mit straffem und sparsamem Stil brachte er seinen Begriff des Rechtsstaats einschließlich der ihn tragenden philosophischen Grundlagen vollkommen zum Ausdruck.

### Rechtsstaat contra Gleichheit

Der Staatsrechtler und Soziologe Ludwig Gumplowicz (AD 1838–1909)<sup>5</sup> gehörte der auf Stahl folgenden Generation an. Einer Krakauer jüdischen Familie entstammend und der evangelischen Konfession angehörend, hatte er Rechtswissenschaft und Nationalökonomie studiert. An der Krakauer Fakultät war er mit seinen Habilitationsplänen wegen seiner politischen Tätigkeit bei den Radikaldemokraten gescheitert. Deshalb hatte er sich eine neue Heimat an der Universität in Graz gesucht und sie dort auch gefunden. Dort habilitierte er sich mit einer Arbeit zum Thema *Rasse und Staat*, erhielt schließlich einen ordentlichen Lehrstuhl für das Staatsrecht und erwarb sich weltweites Ansehen als *Begründer der deutschen Soziologie*. Die durch den Titel seiner hier zitierten Schrift *Rechtsstaat und Socialismus* nahegelegte Vermutung, er sei ein Sozialist gewesen, trifft nicht zu. Mag er diesem politischen Lager auch näher gestanden haben als den Konservativen der Historischen Rechtsschule, so verwarf er als ein eigenständiger und origineller Denker doch auch deren Lehre. In seinem Buch stellte er als erster auch die Geschichte des Rechtsstaatsbegriffs dar. Im Vorwort dieser Schrift klagte er resignierend:

„Und so ist mir jede Hoffnung geraubt, mein Buch eine günstige Aufnahme finden zu sehen, mich mit meinen sehr geehrten Herren Recensenten auf einen besseren Fuß zu stellen. Die herrschende Staatslehre einerseits und der sie bekämpfende Socialismus andererseits, sie beide, dess bin ich mir nur zu gut bewusst, müssen gereizt und tief verletzt sich gegen mich wenden; zwei mächtige Gegner, gegen welche die Kraft des Einzelnen nicht ausreicht.“

<sup>5</sup> MDB 7 (1966), Sp. 306 ff.; Franco Savorgnan, Vorwort zu Ludwig Gumplowicz, *Soziologische Essays*, 1928, S. IX ff.; Franz Oppenheimer, Vorwort zu Ludwig Gumplowicz, *Grundriss der Soziologie*, 1926, S. VII ff.

Es war mit dem Übergang von der so genannten Begriffsjurisprudenz zur beschreibend-soziologischen Staatslehre ein Wechsel der Methoden unvermeidlich geworden und von Gumplowicz auch so gewollt. Damit einher ging ein solcher des Sprachstils. Der Jurist verwaltet Sollensnormen und erzwingt deren Beachtung, der Soziologe erforscht und beschreibt das Sein. An diesem fundamentalen Unterschied nahm auch die soziologische Lehre vom Rechtsstaat teil. Das zeigt sich bereits an dem im Text enthaltenen Sprachballast.

Man kann bereits fragen, warum in Satz 1 das Wort *extrem* verwendet wird, obwohl sich beide antithetisch gebrauchten Begriffe bereits gegenseitig erläutern. Die Wendung (Satz 3) *Idee der Gerechtigkeit, das absolute Recht* wirkt wie eine Verdopplung, deren zweiter Teil die Erläuterung des ersten sein soll. Sie ist für einen Juristen aber falsch und irreführend. Das hat der Jurist Gumplowicz gewiss auch selbst gewusst. Warum hat er sich dann aber dennoch so ausgedrückt? Die Gerechtigkeit, die hier als *Idee* bezeichnet wird, ist nicht dasselbe wie das *absolute Recht*, ein der Person gegen alle anderen zustehender Anspruch. In Satz 4 wie auch Satz 7 kann man ohne sachlichen Verlust auf die Worte *im Staate* verzichten. Wo anders als dort soll der Staat für Gerechtigkeit sorgen? Satz 8 ist lediglich eine Wiederholung der Sätze 5 und 6. In Satz 9 lassen sich die Worte *das Recht verwirklichen* ersatzlos streichen, zumal sie auch eine Wiederholung aus Satz 7 sind. Eine überflüssige Verdopplung ist auch der, in sich noch einmal gedoppelte, Schluss von Satz 12 *macht es in seinem Bereiche, auf seinem Gebiete unmöglich*. In Satz 13 werden, wiederum juristisch falsch, die Worte *Recht* und *Berechtigung* synonym gebraucht, wobei letzteres das erstere zwar erläutern soll, diesen Dienst aber nicht leisten kann. Aber warum bedarf es überhaupt einer Erläuterung? Unnötiger Wortaufwand findet sich schließlich in Satz 15, wo die Worte *denen sie nachjagen; sie ist ein Irrlicht* ersatzlos gestrichen werden können.

Ein eigenartiges Stilmittel sind die Anführungszeichen. Viermal werden sie verwendet, um die Worte *gleiches Recht* einzurahmen. Man trifft diese Technik heute mehr denn je in höchstrichterlichen Urteilen. Dabei werden nicht etwa fremde Texte zitiert, sondern die Anführungszeichen dienen der Distanzierung des Autors von dem, was er sagt. Er will nicht zu seinem Text stehen, nicht wirklich beim Wort genommen, ernst genommen werden. Wo Anführungszeichen, anders als bei Zitaten, unter Anwendung auf den eigenen Text eines Autors begegnen, steckt darin ein Stück Unlauterkeit. Hier hält man sich nicht an die christliche Lehre, dass eine Rede „Ja, ja!“ oder „Nein, nein!“ sein soll, sondern will erklärtermaßen undeutlich bleiben, ohne sich dafür schämen zu müssen oder zur Rechenschaft gezogen werden zu können. Die Frage lautet also: Wen zitiert Gumplowicz hier? Handelt es sich bei dem *gleichen Recht* um eine fremde Formel oder um eine von ihm selbst erdachte Wendung? Da letzteres der Fall ist, sind die Anführungszeichen unangebracht.

Dass Gumpłowicz auch den Rechtsstaat unter Verwendung seiner eigenen Definition des Staatsbegriffs beurteilt, ist selbstverständlich. Allerdings tut er dies nicht etwa unter Bezugnahme oder sogar deutlicher Verwerfung der Definition Stahls. Obwohl er sich zu jenem und dessen Verhältnis zur Historischen Rechtsschule über mehrere Seiten (S. 50–58) äußert, fällt kein Wort zu Stahls Rechtsstaatsbegriff. Täte der Soziologe das nämlich, so würde er damit zugleich seinen eigenen Staatsbegriff relativieren und diskutierbar machen. Ihm ist der Staat eine (S. 12) *Herrschaftsordnung und notwendige Ueber- und Unterordnung von Herrschenden und Beherrschten*. Der Staat hat eigentlich mit dem Recht nichts zu tun. Er entsteht durch Machtausübung der Stärkeren über Schwächere, durch Eroberung und Unterwerfung. Diesem Charakter als Machtinstrument verliert er auch nach seiner Entstehung nicht. Das Schlüsselwort von Gumpłowicz' Staatsbegriff *Rassenkampf* kommt in diesem Text zwar nicht vor, doch weht der Geist des zur Eroberung aufbrechenden und sich dazu berufen wissenden Imperialismus durch den gesamten Text. Das zwingt zur Verwerfung alles juristisch-begrenzenden Vokabulars und zur Verwendung eines allein am Faktum ausgerichteten Rechtsbegriffs, der dann aber mit dem herkömmlichen Rechtsbegriff nichts mehr zu tun hat.

Daher sind auch die besonders häufig verwendeten Worte *gleich* und *Gleichheit* nicht die wahren Schlüsselbegriffe des Textes. Sie dienen vielmehr als Antithesen zum hier verwendeten Staatsbegriff. *Staat* ist das Gegenteil von *Gleichheit*. Dabei wird jedoch der ursprüngliche Sinn des grundrechtlichen Gleichheitssatzes verfälscht. Denn einerseits gibt es sehr wohl Staaten mit ungleichem Recht. Der Ständestaat etwa war nicht auf Macht, sondern auf die Idee der Gerechtigkeit gegründet, obwohl er einem jeden Stand sein eigenes, unterschiedliches Recht zugewiesen hatte. Er hatte aber einem jeden Untertan jeglichen Standes freien Zugang zu den Gerichten garantiert, welche *ohne Ansehen der Person* zu urteilen hatten. Zudem redete Gumpłowicz nicht von der *Gleichheit vor dem Gesetz* oder wenigstens der *Gleichberechtigung* sondern nur von der *Gleichheit* als einem tatsächlichen Zustand. Dass aber die Bürger eines Staates in tatsächlicher Hinsicht jemals anders als untereinander ungleich und dies auch im Verhältnis zur Gewalt des Staates gewesen wären, hatte auch bisher niemand behauptet. Die Antithese lautet also *Herrschaftsstaat contra Rechtsstaat*.

Hier nun wich der Autor in Bildsprache aus. Er verwendete zur Kennzeichnung des Rechtsstaates nicht etwa das durch die Rechtssprache dafür vorgesehene Wort *Fiktion*, redete auch nicht in der Sprache der Philosophen von einer *Utopie*. Vielmehr bezeichnet er den Rechtsstaat als ein *Phantom* und ein *Irrlicht*. Beide Worte deuten auf etwas Unheimliches, Gespenstisches und lebensgefährlich Verführendes hin. Wo man damit zu tun bekommt, bekreuzigt man sich und ruft nach dem Exorzisten. Um dies zu unterstreichen, benutzt er sie auch. Das zur Stigmatisierung des Rechtsstaats verwendete Vo-

kabular wirkt erregt und leidenschaftlich. Dennoch bleibt die Frage unbeantwortet, worin denn nun die den *Massen* drohende Gefahr des Rechtsstaats besteht und wie sie sich in der Wirklichkeit äußert. Der Rückgriff auf diese Metaphern appelliert an die Furcht vor dem Irrationalen und wirkt selbst irrational, weil er die dem Gelehrten angemessene Haltung rationalen Abstands zu dem zu erforschenden Gegenstand vermissen lässt.

### Verteidigung des Rechtsstaats

Die Schrift des Heidelberger Landgerichtsrats und Dozenten Friedrich Darmstaedter (AD 1883–1957)<sup>6</sup> war auf Vorschlag des die Fakultät beherrschenden Gustav Radbruch in die Reihe der Fakultätsveröffentlichungen aufgenommen worden. Das ist deshalb bemerkenswert, weil Darmstaedter Radbruchs Lehre vom Relativismus frontal angriff. Waren Radbruch in jenen katastrophenschwangeren Jahren der Weimarer Präsidialdiktatur nun etwa selbst Zweifel am Wert dieser seiner Philosophie gekommen? Man kann diesen Gedanken nicht verdrängen, wenn man die Wendungen im Werk des berühmten Mannes kennt, der im Laufe seines Lebens nacheinander dem Relativismus wie dem Sozialismus und dem Naturrecht gehuldigt hat. Darmstaedter war in Heidelberg Lehrbeauftragter für Rechtsphilosophie und wäre dies nie geworden, wäre er nicht bei Radbruch *persona grata* gewesen. Anders als letzterem widerfuhr Darmstaedter das harte Schicksal der Emigration; dazu mag, abgesehen von seiner jüdischen Abstammung, auch sein eindeutiges Bekenntnis gegen den Nationalsozialismus beigetragen haben. Auch während der Zeit seiner Emigration blieb er mit seinem Lehrer und wohl auch Freund Radbruch in Verbindung. Später kehrte er von England nach Heidelberg zurück.

Je genauer man Darmstaedters Stil befragt, um so klarer erweist sich dessen Verwandtschaft mit jenem Radbruchs. Dessen Stil war von der schöngeistigen Literatur des 19. Jahrhunderts geprägt worden. Das hatte ihm zwar bei Fachjuristen den Vorwurf eingetragen, er sei in Wahrheit kein Jurist, hatte seinem Ruf als Rechtsphilosophen indessen nicht geschadet. Für Darmstaedter scheint er das wissenschaftliche wie stilistische Vorbild gewesen zu sein. Auffällig sind bereits die Wortverbindungen. Aus dem *Rechtsstaat* ist hier die *Rechtsstaatsidee*, aus der *Freiheit* das *Freiheitsprinzip* geworden. Das sollte wohl edler und weniger sachlich-juristisch klingen und dem Rechtsstaat zusätzlichen Glanz verleihen. Es machte den Text blumiger, ließ ihn eher poetisch als juristisch werden, nahm ihm aber auch den bei Juristen geforderten straffen und eindeutigen Charakter. Beseitigt man aus dem Text den Wortballast und verdichtet ihn auf das Gemeinte, so hätte er etwa so lauten können:

<sup>6</sup> Dorothee Mussnug, Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, 1988, S. 86, 94, 137, 162, 171 f., 191, 200, 225.

„Der freiheitssichernde Rechtsstaat ist eine der kostbarsten Vermächtnisse deutscher Kultur. Er ist bedroht durch die bolschewistische und faschistische Lehre vom Machtstaat. Die deutsche Wissenschaft hat den Rechtsstaat nicht hinreichend gepflegt und die Pflege der Staatslehre seinen Gegnern überlassen. Heute muss der Gegensatz von Rechtsstaat und Machtstaat und die Unverzichtbarkeit des Rechtsstaats besonders betont werden. Wir verwerfen die Lehre des Relativismus, der sich darauf beschränkt, die möglichen Bedeutungen der Worte Recht und Staat zu ermitteln, es aber ablehnt, sich für die eine oder die andere dieser Möglichkeiten beweisbar zu entscheiden. Abgesehen von dem in Deutschland den Rechtsstaat bevorzugenden kulturellen Erbe, besteht bereits ein logischer Unterschied zwischen dem Rechtsstaat und dem Machtstaat. Danach gebührt dem Rechtsstaat der Vorrang.“

Die Worte *Bolschewismus* und *Faschismus* machen deutlich, dass es dem Verfasser um eine politische Frage ging. Das war nicht ohne Schwächung des fachjuristischen Charakters des Textes, seiner Klarheit und seines Stils zu erreichen. Der Verfasser agitierte statt zu definieren. Er sah den Rechtsstaat angegriffen und wollte ihm mit seiner Rechtsphilosophie zur Hilfe kommen. Dabei griff auch er nicht zurück auf die Definition Stahls. Das Problem der Trennung von Recht und Moral widersprach dem sozialistischen Denken seines Lehrers. Auch er scheint diese verworfen zu haben, obwohl die Rechts- und Staatslehren der von ihm bekämpften Totalitarismen ausgerechnet unter Berufung auf ihre angeblich besseren politischen Moralen den Rechtsstaat und die bürgerliche Freiheit bekämpften. Sein Hauptargument gegen den von ihm so genannten *Machtstaat* holte Darmstaedter sich aus der Kulturgeschichte, die in ihm wehmütige Erinnerungen an die bürgerliche Kultur des vergangenen Jahrhunderts weckte. Erst danach berief er sich auch auf die Logik, welche gleichfalls zugunsten des Rechtsstaats spreche.

Dieses Argument wird gewissermaßen ergänzend nachgeschoben. Dass der Verfasser mit *logisch* die juristische, verfassungsrechtlich klar definierte Lehre vom Rechtsstaat meinte, erkennt heute nur noch der Fachmann. Bereits seit dem späten 19. Jahrhundert, dann aber unverhüllt in den Jahren der Weimarer Republik war die auf strenge Rationalität und Wissenschaftlichkeit pochende *Begriffsjurisprudenz* in Verruf geraten. Man redete von ihr nun mit überheblicher Verachtung und schwärmte statt vom Begriff vom *Zweck*, vom *Rechtsgefühl*, von der *Wirklichkeit* des Rechts. Zur Rechtfertigung der auf undemokratischem Wege eingeführten Republik beriefen sich deren Anhänger auf die *normative Kraft des Faktischen*. Der berühmte Strafverteidiger Max Alsberg (AD 1877–1933) pries die das Recht offenbarende Kraft dieser *Wirklichkeit* im Jahre 1929<sup>7</sup> als eine Errungenschaft der neuen Zeit. Es sei ein überwundener Irrglaube, *durch willkürliches Konstruieren aus der Phantasie heraus die Geheimnisse des Rechts enthüllen zu können*. Heute gehe es darum, *Erfahrung und Denken zu schöpferischer Synthese zu vereinen*. Es könne die *Wahrheit im Recht nur auf dem Wege über die Wirk-*

<sup>7</sup> Max Alsberg, Wilhelm Kahl, 1929, S. 7f.

*lichkeit gefunden werden.* Die aber hatte angeblich mit Logik nichts zu tun und ließ sich nicht *formaljuristisch* und durch Rechtsbegriffe erfassen. So scheint für Darmstaedter ein Rückgriff auf die Logik als das Hauptargument zur Begründung des Rechtsstaats wegen ihres geschwundenen Ansehens politisch nicht geraten gewesen zu sein. Immerhin war sie ihm als Hilfsargument aber noch willkommen. Insgesamt hatte das Wort *Rechtsstaat* an juristischem Gehalt eingebüßt, was es als Schlagwort des politischen Tageskampfes wieder hatte hinzugewinnen sollen.

Als Gegensatz zu seinem Rechtsstaatsbegriff verwendete Darmstaedter das Wort *Machtstaat*. Damit knüpfte er an das zur damaligen juristischen Allgemeinbildung gehörende Erbe der preußischen Aufklärung an. Nicht erst die Bolschewisten oder Faschisten hatten das Wort *Machtstaat* erfunden und in Umlauf gebracht. Den Gegensatz von *Recht* und *Macht* hatte vielmehr die Justiz des ausgehenden 18. Jahrhunderts in ihrem Kampf um politische Unabhängigkeit formuliert und in die Antithese von *Rechtsspruch* und *Machtsspruch* gefasst.<sup>8</sup> Es ist deutsche Tradition, der Macht als solcher einen obszönen Charakter beizulegen, von *Machtpolitik* statt schlicht von *Politik* zu reden. Nur wo Macht durch Recht und Verfassung eingebunden, definiert ist, gilt sie bei uns als gerechtfertigt. Diese Überzeugung vom Nutzen allein rechtlich verfasster Macht war unter dem Eindruck der Agonie der Republik zum Gegensatz von Recht und Macht geschrumpft.

### Heldenhafter Rechtsstaat

Als Roland Freisler (AD 1893–1945)<sup>9</sup> im Jahre 1938 seine Sicht des Rechtsstaats veröffentlichte, klebte noch nicht der schreckliche Blutgeruch des Volksgerichtshofes an seinem Namen. Der Nationalsozialismus Hitlers stand soeben auf der Höhe seiner Macht. Freisler sorgte als Staatssekretär im Reichsjustizministerium für die Umsetzung der Parteipolitik im Recht. Er hatte also guten Grund, sich öffentlich über das Verhältnis der NSDAP zum Rechtsstaat zu äußern. Und er war dazu intellektuell auch befähigt. Wäre er nur ein zweitklassiger Jurist gewesen, hätte er sich unter den Spitzenjuristen der deutschen Justiz wohl nicht lange halten können. Aber das war er keineswegs. Nach dem Krieg war er aus der russischen Gefangenschaft heimgekehrt und hatte in Kassel Karriere gemacht als Staranwalt der NSDAP, Kommunalpolitiker, Abgeordneter im preußischen Landtag und schließlich im Reichstag. Wie bei anderen Juristen der NSDAP verbanden sich in ihm hohe juristische Begabung mit äußerster politischer Leidenschaft. Es war damals die Zeit, in der das Wort *fanatisch* als Lob Verwendung fand. Freisler

<sup>8</sup> Werner Ogris, Artikel Machtspruch, Handwb. z. Dt. RG, 3 (1984), Sp. 126 ff.

<sup>9</sup> Gert Buchheit, Richter in roter Robe. Freisler Präsident des Volksgerichtshofes, 1968; Helmut Ortner, Roland Freisler – Mörder im Dienste Hitlers, 1993.

war zu klug, als dass er das bewährte Wort *Rechtsstaat* schlicht verworfen hätte. Es genoss noch immer ein hohes politisches Ansehen, das sich auch für die Rechtspolitik der NSDAP nutzen ließ. Ebenso klar war es aber, dass nun unter *Rechtsstaat* etwas grundsätzlich Anderes zu verstehen sei, als dies bisher der Fall gewesen war.

Im Vergleich mit den Ausführungen Darmstaedters zeichnet sich dieser Text durch straffe Diktion aus. Es fällt schwer, ihn kürzer zu fassen. So schreibt kein Poet, kein Feuilletonist und kein Theoretiker des Staatsrechts. Der forensische Praktiker dagegen hat es gelernt, sich kurz zu fassen. Ihm sind die knappsten Schriftsätze in der Regel auch die besten. So bleibt die Suche nach Sprachballast hier unergiebig. Schmückende Adjektive fehlen; auch das Wort *geballt* ist als Bestandteil des militärtechnischen Fachausdrucks *geballte Ladung* unentbehrlich. Ebenso lässt sich der letzte, vierte Satz als Zusammenfassung des bisher Ausgeführten stilistisch gut vertreten. Dennoch ist der Text inhaltlich alles andere als traditionell. Während der Satzbau am Juristenstil festhält, kommt das politisch Neue in der Wortwahl und in der Metaphorik zur Sprache. Nicht das Recht, nicht der Staat oder gar der Rechtsstaat bestimmen die Wortwahl. Hauptwort ist vielmehr das *Volk*. Mit seinen Zusammensetzungen *Volkskraft*, *Volksleben* und dem Adjektiv *völkisch* begegnet es siebenmal. Ihm folgt an Häufigkeit das *Leben*. Die daraus gewonnene Verbindung *Volksleben* macht den Kern der Botschaft aus. Was sich im Streben der früheren Jahrzehnte nach *Wirklichkeit* angedeutet hatte, war nun verbindliche Staatslehre geworden. Dieses Volk war ein Lebewesen, ausgestattet mit dem Recht auf Verteidigung seines Daseins gegen jedermann und in jeglicher Weise. Darwins Idee vom *Kampf ums Dasein* hatte bereits im Jahre 1872 durch Rudolph von Jherings (AD 1818–1892) *Kampf ums Recht* Aufnahme bei den Juristen erfahren. Die Natur, genauer: die Biologie, war Vorbild auch für Staat und Recht geworden. Der Mensch galt als Wolf unter Wölfen, dem Staat sollte der *Ameisenstaat* Vorbild sein. Das verlangte eine *kraftvolle* Sprache und verbot alle saft- und kraftlose Gedankenblässe. Der Kult der kraftvollen Tat war Leitbild der staatstragende Theorie geworden.

Während Freisler sich beim Volksbegriff an den Sprachstil der Völkischen hielt, schlug er in seiner Metaphorik einen anderen Ton an. Die Kriegsmetapher zwingt dem gesamten Text ihren Charakter auf. Gute Juristen halten sich an das Gesetz und die vereinbarte Fachsprache. Sie meiden daher Beispiele, Bilder und Metaphern. Was im Recht dargelegt werden soll, muss auch in dessen Sprache ausgedrückt werden. Metaphern sind dem Juristen dagegen Signale, dass der so Redende entweder bewusst aus der traditionellen Rechtssprache ausbrechen will oder zu diesem Stilmittel greift, weil er mit der Fachsprache (noch) nicht zurecht kommt. Freisler verwendete die Kriegsmetapher nicht aus Unvermögen, sondern um die traditionelle Rechtssprache und deren Rechtsidee zu überwinden und bloß zu stellen. So wirkt

das Bild von dem die Front bedrohenden Panzer und der ihn zum Stehen bringenden *geballten Ladung* geradezu trotzig. Das Bild von den zu einem Sprengsatz gebündelten Handgranaten war damals noch in guter Erinnerung. Die Hilflosigkeit und der Schrecken der deutschen Soldaten bei ihrer ersten Begegnung mit den rollenden Festungen des Feindes waren unvergessen. Ebenso aber auch der Stolz darüber, dass man es geschafft hatte, selbst mit diesen Ungetümen fertig zu werden.

Freisler hätte dieses Bild nicht so begeistert verwendet, wenn es ihm nicht durch die politische Bildsprache seiner Zeit nahe gelegt worden wäre. Diese entsprach in ihrer Vielfalt dem Synkretismus der NS-Ideologie. Hitler hatte von den Völkischen das Ideal der konfliktfreien Volksgemeinschaft übernommen und sich die westeuropäische Rasselehre zu eigen gemacht. Er hatte bei Mussolini das Führerideal als Gegenmodell zum marxistischen Kollektivdenken und den Ständestaat als Alternative zum Massenproletariat kennen gelernt. Wo es aber um die liturgische Darstellung der höchsten Staatsideale ging, leistete die NSDAP dies durch ihren *Kult der toten Helden*<sup>10</sup> und durch eine mit Kriegserfahrung gesättigte Bildsprache. Der *unbekannte Gefreite aus den Schützengräben des Weltkrieges* war das durch Opfergang und Mut geprägte Leitbild der Politik. Es ließ auch jene Parteigenossen sich kämpferisch geben, die als Kriegsuntaugliche – wie Joseph Goebbels – oder Nachgeborene nicht hatten am Kampf teilnehmen können. Freisler konnte sich dieser Kriegsmetaphorik um so eher bedienen, weil er 1914 als Freiwilliger eingerückt war, mochte er durch die russische Gefangenschaft auch bereits im November 1914 aus der Front geschieden sein. So blieb der Rechtsstaat zwar dem Namen nach erhalten, doch war nun sein bisheriges Wesen – um am Bilde Freislers festzuhalten – von Panzern der völkischen Lebenskraft platt gewalzt und von der geballten Ladung einer neuen politischen Lehre in die Luft gesprengt worden. Aus diesem Grunde brauchte er sich bei der Widerlegung der Lehre von der Gewaltenteilung und der parlamentarischen Demokratie nicht lange aufzuhalten. Dieser Gegner schien endgültig erledigt zu sein. Mit einer gründlichen Kritik wäre der Leiche aus der Sicht Freislers zu viel Ehre erwiesen worden.

### Rechtspflegestaat

Der nur scheinot gewesene Gegner erlebte nach 1945 in Deutschland seine Auferstehung. Das deren Vollendung bildende Ereignis wurde die Genehmigung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat und dessen In-Kraft-treten am 23. Mai 1949. Auf allen Seiten bekam man nun glühende Bekenntnisse zum Rechtsstaat zu hören. Dennoch konnte man auch weiterhin mit diesem Wort sehr Unterschiedli-

<sup>10</sup> Sabine Behrenbeck, *Der Kult der toten Helden. Nationalsozialistische Riten, Mythen und Symbole*, 1996.



ches meinen. Auffällig an der deutschen Nachkriegsgeschichte ist es, dass von einer Rückkehr zur Definition Stahls nicht die Rede war. Auch das Grundgesetz suchte diesen Weg nicht. Es ließ es an Bekenntnissen zum Rechtsstaat nicht fehlen, fand aber das wichtigste Instrument zu dessen Sicherung in einer Stärkung der Richtermacht durch Garantie totalen richterlichen Rechtsschutzes. Art. 19 (4) bestimmte:

„Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. ...“

Hinzu kam die Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts mit seinem Recht der Prüfung und Verwerfung parlamentarischer Beschlüsse. Damit betrat die Bundesrepublik Deutschland den Weg in einen in diesem Maße bisher unbekannt gewesenen Rechtspflegestaat. Die Stärkung der Richtermacht ging allerdings auf Kosten des Parlaments. Nicht der vom Volk gewählte gesetzgebende Volksvertreter zog den Richtern die Grenzen ihrer Macht, sondern der demokratisch nicht legitimierte Richter-Beamte unterwarf den Volksvertreter seiner Kontrolle. Das hatte eine neue Sicht des Richteramtes und ein gestärktes Selbstbewusstsein der Richter zur Folge, ohne dass man vorläufig die Frage der Politisierbarkeit und politischen Belastbarkeit der Richter stellte. Die dadurch geschaffenen politischen Probleme haben sich heute selbst bis zum Rechtslaien herumgesprochen: Verloren gegangen ist die unbedingte Bindung der Richter an das Gesetz. Gewachsen ist die politische Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. Als einem Ersatz- und Kryptogesetzgeber schieben ihm die Abgeordneten Fragen zu, deren Entscheidung ihnen lästig ist und für die sie die politische Verantwortung vor dem Wähler nicht übernehmen wollen. Gewachsen ist der Arbeitsanfall der Gerichte, gewachsen vor allem der von den Massenmedien und Parteien auf die Gerichte ausgeübte Druck sowie die durch Parteibuchpatronage geförderte Politisierung der Gerichtsbarkeit.

Als sich Karl August Bettermann (geb. 1913)<sup>11</sup> im Jahre 1986 mit dieser Erscheinungsform des Rechtsstaats befasste, geriet sein Vortrag zum Protestschrei und Warnruf. Diese *wirklich herausragende Juristenpersönlichkeit der Nachkriegszeit* (Rupert Scholz) hatte zu dieser Zeit als Bundesrichter am Bundesverwaltungsgericht und sodann als Hochschullehrer das Staats- und Verwaltungsrecht der Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt. Er wusste wie nur wenige, welches die wahren Probleme und Gefährdungen des Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland sind. Unter Anspielung auf Ernst Forstoffs 1933 geprägte Formel vom *Totalen Staat* stellte Bettermann den sich als Rechtsstaat gebenden Rechtspflegestaat an den Pranger. Aus jahrzehn-

---

<sup>11</sup> Roman Schnur, Karl August Bettermann zum 80. Geburtstag, Juristenzeitung 1993, S. 781 f.

telanger Erfahrung die Summe seines Juristenlebens ziehend, wollte er keine weitere theoretische Analyse des Rechtsstaatsbegriffs mitteilen, sondern eine politische Schwachstelle der Verfassung aufdecken. Das rechtfertigte auch den leidenschaftlichen Stil seiner Streitschrift, etwa die Wiederholung *In dem Maße!* und einen Wortaufwand, der eher Sprach- als Schreibstil, weniger theoretisch-juristisch als praktisch-politisch ist. Zur Warnung und aus Protest gebrauchte der Verfasser das Wort *Rechtsstaat*, obwohl er in Wahrheit den überzogenen Rechtspflegestaat damit meinte. Dass man unter *Rechtsstaat* bisher anderes verstanden hatte, wusste Bettermann gewiss. Indem er aber sein Anliegen unter diesem Leitbegriff vortrug, schloss er sich dem gängigen Verständnis an und verstärkte damit zugleich die Dringlichkeit seiner Warnung.

Die Suche nach den am häufigsten verwendeten Schlüsselworten und -wendungen bringt deren drei zutage:

- Maß, Ausmaß (4 x)
- Prinzip (2 x)
- praktische Vernunft (2 x).

Bei diesem Rechtsstaat geht es um *Maß* und Menge. Er hat einen quantitativen Charakter. Dieses *Maß* kann unterschiedlich ausfallen und sich im Laufe der Zeit wandeln. Überschreitet der Rechtsstaat eine durch die *praktische Vernunft* gesetzte kritische Menge an Unvernunft, verliert er seinen Charakter. An die Stelle einer festen Definition des Rechtsstaatsbegriffs wird die Beschreibung eines beweglichen Zustandes gesetzt. In dieser ist allerdings noch eine Definition enthalten. Nicht jeder Staat ist als solcher ein Rechtsstaat, sondern nur derjenige, *in dem die Ausübung der öffentlichen Gewalt rechtlich geregelt und die Einhaltung der Regeln gerichtlich kontrollierbar ist*. Im Rechtsstaat muss die Bindung der Staatstätigkeit an Gesetze und das Recht des Bürgers auf Anrufung der Gerichte garantiert sein. Er ist mithin allemal ein Rechtspflegestaat und nur als ein solcher möglich. Er kann aber – und damit wird die Struktur einer Definition gesprengt – in unterschiedlichem Maße, mehr oder weniger ein Rechtsstaat sein, indem er entweder zu wenig oder auch zuviel Rechtsschutz gewährt. Aus der Wohltat des Rechtsstaats kann eine Plage werden, wenn die praktische Vernunft nicht beachtet wird. Am gut gemeinten Streben nach dem *totalen Rechtsstaat* kann der Rechtsstaat scheitern.

Auf dieser Grundlage beruht die Antithese: von *Prinzip* und *Staatsform und Staatszustand*. So redet einer, der den Wandel angeblich unwandelbarer Verfassungssätze miterlebt hat und als Realität anerkennt. Der Rechtsstaat lässt sich nicht endgültig durch Verfassungssätze sichern. Er kann im Verfassungsvollzug abhanden kommen. Wo lässt sich unter diesen Bedingungen Hilfe gegen das Scheitern finden? Im *Prinzip*! Was aber ist ein Prinzip und

ist es als Gegenbegriff zu *Staatsform* geeignet? Reicht dazu der Appell an die *praktische Vernunft* aus? An dieser Stelle schwieg Bettermann. So überzeugend er die den Rechtsstaat bedrohenden Gefahren aufgezeigt hatte, so einsilbig zeigt er sich hier. Allerdings nur hier. Denn an wegweisenden Vorschlägen hat Bettermann es an anderer Stelle nicht fehlen lassen – leider ohne bei den Politikern für seine Vorschläge Gehör zu finden.

HEIDRUN KÄMPER

## „Übergesetzliches Recht“. Reflexionen nationalsozialistischen Unrechts in der frühen Nachkriegszeit

### Abstract

Urteilsbegründungen sind zeit- und damit sprachgeschichtliche Dokumente. Sie sind Psychogramme der Gesellschaft eines Staates. In der ersten Nachkriegsdekade reflektieren sie die zwei Seinsformen des deutschen Gemeinwesens bis und ab 1949. Der Beitrag rekonstruiert vor diesem Hintergrund richterliche Selbstprofile, welche die Rechtsprechung der ersten Nachkriegsdekade bestimmen, um anschließend an drei Beispielen der Frage nachzugehen, wie es möglich ist, dass ein Richter im Rahmen einer konzisen Argumentation dasselbe Argument abweist, das ein anderer Richter, ebenso konzis argumentierend, akzeptiert. Die theoretische Grundlegung dieser Untersuchung besteht – ihrem Erkenntnisinteresse und vor allem der Beschaffenheit der untersuchten Textsorte ‚Gerichtsurteil‘ folgend – aus einem Ensemble argumentations- und konzeptanalytischer Aspekte: Urteilsbegründungen sind ihrem Zweck nach argumentierende Texte, die im Argumentieren Schuldkonzepte realisieren. Überlegungen hierzu sind der Untersuchung vorangestellt.

### 1. Vorbemerkung

„[Er] tat nicht mehr als ... ein Sachbearbeiter tut, auf dessen Schreibtisch ein ihn nicht betreffendes Schriftstück gelangt“ – er gibt dieses weiter. Aber „nicht in jeder Weitergabe eines Vorgangs [ist] eine Förderung [zu sehen]“, ja „gerade aus der Weitergabe ... ergibt sich das Fehlen des Willens, diesen Vorgang zu fördern“ (260/1950; VIII 9).<sup>1</sup>

Diese Formulierungen aus einer Urteilsbegründung des Jahres 1950 bestätigen unser Bild von der Rechtsprechung der frühen Bundesrepublik, Rechts-

---

<sup>1</sup> Alle Zitate aus Urteilsbegründungen stammen aus: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966. Amsterdam. 1968 ff. Der Fundort des Zitats wird verifiziert durch Angabe der laufenden Urteilsnummer/Jahreszahl seiner Veröffentlichung; Bandzahl in römischen, Seitenzahl in arabischen Ziffern. Diese Sammlung enthält Urteile, die in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland gefällt wurden. Die folgenden Befunde gelten also nicht für den justiziären Umgang mit NS-Unrecht in der SBZ/DDR; vgl. dazu Rückerl, Adalbert (1984): NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung. 2. überarbeitete Auflage. Heidelberg. S. 209 ff.; Wrobel, Hans (1989): Verurteilt zur Demokratie. Justiz und Justizpolitik in Deutschland 1945–1949. Heidelberg. S. 234 ff.

und Zeithistoriker haben es fixiert: Es herrschte „ein[...] ziemlich breite[r] Konsens, die Vergangenheit ruhen zu lassen“<sup>2</sup> und die allgemeine „Auffassung, die juristische Bewältigung der Vergangenheit sei durch die Prozesse der Besatzungszeit abgeschlossen ... Die Stimmung war eher für einen Schlußstrich unter die Vergangenheit“.<sup>3</sup> Die Geschichtsschreibung hat die „Unfähigkeit, in rechtlichen Formen Trauerarbeit zu leisten“ und „eine Fülle von Abwehrmechanismen, die die Gestalt juristischer Konstruktionen annehmen“<sup>4</sup>, festgestellt ebenso wie die „Wiederherstellung des nationalsozialistischen Justizapparats und der Interpretationseliten der Diktatur“<sup>5</sup>. Das Scheitern der Entnazifizierung<sup>6</sup> sei hier als Grund zu veranschlagen und der lustlosen Verfolgung von NS-Gewalttaten gäben die Amnestiegesetze von 1949 und 1954 legitimierenden Ausdruck der bundesdeutschen Haltung zu Nazi-Unrecht.<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Weber, Jürgen (1984): Einleitung. In: Weber, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.): Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland. München. S. 11.

<sup>3</sup> Wesel, Uwe (1997): Geschichte des Rechts. Von den Frühformen bis zum Vertrag von Maastricht. München. S. 517.

<sup>4</sup> Perels, Joachim (1999): Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung. Frankfurt/New York. S. 92.

<sup>5</sup> Ebd. S. 187.

<sup>6</sup> Vgl. zur fehlenden ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und zur personellen und geistigen Kontinuität der juristischen Zunft: Müller, Ingo (1989): Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München. Bes. S. 204 ff.; Perels, Joachim (1998): Die Restauration der Rechtslehre nach 1945. In: Redaktion Kritische Justiz (Hg.): Die juristische Aufarbeitung des Unrechts-Staats. Baden-Baden. S. 237–264; Wrobel (1989 [s. Anm. 1]), Laage, Clea (1998): Die Auseinandersetzung um den Begriff des gesetzlichen Unrechts nach 1945. In: Redaktion Kritische Justiz (s.o.), S. 265–297. Die Tatsache, dass ‚Nazi-Richter‘ der strafrechtlichen Verfolgung nicht ausgesetzt waren – ein besonderer Aspekt ausgebliebener ‚Vergangenheitsbewältigung‘ – begründet Diestelkamp mit einer „durch Solidarität geprägte[n] Gruppenmentalität in der Richterschaft“ (Diestelkamp, Bernhard [1988]: Die Justiz nach 1945 und ihr Umgang mit der eigenen Vergangenheit. In: Justizalltag im Dritten Reich. Hg. von Bernhard Diestelkamp und Michael Stolleis. Frankfurt/M. S. 131–149, hier S. 146). Hinsichtlich der Bewertung der praktizierten Rechtsprechung in Bezug auf die junge Bundesrepublik indes herrscht je nach Interpretationsfokus Uneinigkeit, Peter Steinbach und Joachim Perels sind prototypische Antagonisten: Während Steinbach „die juristische Verfolgung von NS-Straftätern in der Bundesrepublik im Einklang mit den Grundprinzipien des Rechtsstaates“ sieht (Steinbach, Peter [1981]: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945. Berlin. S. 12), verbucht Perels „die bemerkenswerte Tatsache, daß in der Justiz das nationalsozialistische Recht, in vollständigem Gegensatz zu rechtsstaatlichen Normen und Verbürgungen unserer Verfassung, modifiziert vielfach weiter angewandt wurde“ (Perels 1999 [s. Anm. 4], S. 21), die „Suspensionierung der demokratischen Rechtsordnung im Blick auf die Bewertung der nationalsozialistischen Justizverbrechen“ (ebd. S. 23), ein „Auseinandertreten von rechtsstaatlichem Anspruch und Demokratie“ (ebd. S. 179); vgl. außerdem Perels 1998 (s.o.), S. 238.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Frei, Norbert (1996): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München.

Die Lektüre von Urteilsbegründungen zu Verfahren, die nationalsozialistische Gewaltverbrechen zum Gegenstand haben, bestätigt dieses Bild – einerseits. Andererseits liefern aber Tat- und Täterprofile der ersten Nachkriegsjahre das Bild entschlossener Purifizierung:

Wahre Pflichterfüllung gegenüber Deutschland [hätte] darin bestanden ..., den Kampf gegen die tatsächlichen Verderber des deutschen Vaterlandes, nämlich das Nazitum, zu führen, mindestens aber passiven Widerstand gegen dessen verbrecherische Handlungen zu leisten (020/1947; I 416).

Dieser Text stammt aus einer Urteilsbegründung des Jahres 1947. Sein Verfasser macht den Angeklagten mitverantwortlich für das

Gesamtergebnis, dass Deutschland den zweiten Weltkrieg auf seinen eigenen Trümmern beschliessen konnte und sein moralisches Ansehen in der ganzen Welt verloren [habe].

Kompromisslos stellt dieser Richter fest:

mit durchaus persönlicher Untadelhaftigkeit hat es weiter nichts auf sich, wenn sie Leuten eignet, die sich so, wie K., dazu hergaben, einer so unzweifelhaft schlechten Sache zu dienen (020/1947; I 417).

Richter sind empfindlich und argumentieren damit, wenn der Angeklagte

sich nach der meist jetzt von nationalsozialistischen Angeklagten beliebten [sic!] Methode mit Nichtwissen zu exkulpieren gesucht [hat] (020/1947; I 414).

So lassen sich Urteilsbegründungen auch als Psychogramm der deutschen Nachkriegsbefindlichkeit lesen, die Fundamentaletisierungen gleichkommen:

wir Deutschen [ziehen] uns gar zu leicht auf Schicksal und Tragik zurück [...] ... [Es ist] leichter, sich als Opfer der Umstände hinzustellen und die Schuld ausser uns zu suchen, sich aus der Wirklichkeit in die Illusion zu flüchten ... [Es ist aber eine] gefährliche Illusion, wenn man glaubt, sich der Schuld, welche nicht nur den Verführer, sondern auch den Verführten trifft, durch das bequeme Mittel des Appells [sic!] an das Mitleid entziehen zu können, und wer diese Illusion fördert, leistet dem deutschen Volk vor dem Forum der Menschheit einen schlechten Dienst. (022/1947; I 482)

Richter geben ihrem Entsetzen Ausdruck, ihre Affektkontrolle ist außer Funktion, wenn sie etwa die „Einmaligkeit“ und „Ungeheuerlichkeit“ (017/1947; I 314) des nationalsozialistischen ‚Euthanasie‘-Programms feststellen, eine Erschießung kurz vor Kriegsende als „Bestialität“ (020/1947; I 417) erkennen, wenn sie „stärkste Zweifel an der Möglichkeit einer so bestialischen Handlungsweise zu überwinden“ hatten (270/1951; VIII 266).

Schlussstrich-Atmosphäre? Abwehr? Verweigerung? Widersprüchliche Einstellungen zum Nationalsozialismus und seinem Unrecht, zu den Tätern und ihren Taten bestimmen die Signatur der ersten zehn Nachkriegsjahre. Zu begründen ist diese Aporie grundsätzlich mit unterschiedlichen Einstellungen

der einzelnen Richter zu den Unrechtstaten der Nazizeit. Gleichzeitig sind aber auch gesellschaftspolitische Abhängigkeiten zu konzedieren und obwohl Urteile mit purifizierenden Absichten für das Jahr 1955 belegt sind ebenso wie solche mit exkulpierenden für das Jahr 1946, lässt sich von einem tendenziellen Einstellungsbruch seit etwa 1948/49 sprechen: Mit der Staatsgründung ist der Perspektivenschwenk von der zu verabscheuenden Tat zum zu entlastenden Täter abgeschlossen. Während Urteile nach der Staatsgründung tendenziell auf Exkulpierung abzielen – man stellt Unschuld fest –, sind die der frühesten Nachkriegszeit tendenziell von ehrlichem Entsetzen, dem Drang nach Sühne und Wiedergutmachung bestimmt – man stellt Schuld fest.<sup>8</sup>

Eine linguistische Aufgabe halten solche Urteile bereit, allererst, weil sie zeitgeschichtliche Dokumente und damit auch sprachgeschichtliche sind, indem mit ihren Ausdrucksformen Zeitgeschichte sprachlich offenbar und damit linguistisch beschreibbar ist. Von besonderer zeit- und damit sprachgeschichtlicher Bedeutung ist die Widersprüchlichkeit der Urteilsbegründungen. Vereinfacht gesagt ist zu fragen: Welche sprachlichen Muster werden jeweils realisiert, wenn der eine Richter im Rahmen einer konzisen Argumentation dasselbe Argument abweist, das ein anderer Richter – ebenso konzis argumentierend – akzeptiert? Zur Beantwortung dieser Frage soll die Untersuchung von Urteilsbegründungen mit einem Ensemble argumentations- und konzeptanalytischer Instrumente ausgestattet werden.

### 1.1 Argumentationsanalyse

Urteilsbegründungen bestehen aus einem Komplex von Einzelargumenten, die ausgerichtet sind auf ein intendiertes Argumentationsziel. Nehmen wir – vereinfachend – Entlegitimieren und Exkulpieren als die beiden prinzipiellen Argumentationsziele von Urteilsbegründungen an, entsprechend den beiden prinzipiellen forensischen Erkenntnismomenten ‚schuldig‘ bzw. ‚nicht schuldig‘. Der jeweilige Fokus bzw. Referenzbereich der Argumente – also das, worauf sie sich inhaltlich beziehen – realisiert die entlegitimierende bzw. exkulpierende Funktion von Urteilsbegründungen.

Nehmen wir außerdem an, dass Gerichte eine Form von Öffentlichkeit darstellen<sup>9</sup> – sie sind wie Medien Instanzen kollektiver Interpretation von Wirk-

<sup>8</sup> Die Zeit- und Rechtsgeschichte hat die „von 1945 bis etwa 1948 vorherrschende Praxis, die Geltung des nationalsozialistischen Terror- und Diskriminierungsrechts in Zweifel zu ziehen“ erkannt und beschrieben ebenso wie die Einebnung in den fünfziger Jahren (Perels 1999 [s. Anm. 4], S. 187); vgl. außerdem Wrobel (1989 [s. Anm. 1], S. 242): „Falsch wäre die Behauptung, deutsche Gerichte hätten sich der Ahndung dieser Straftaten verschlossen“.

<sup>9</sup> „die Justiz [ist] Teil der öffentlichen Meinung ..., [spiegelt] also auch die in der Öffentlichkeit existenten Strömungen, Meinungen und Grundpositionen“ (Steinbach 1984 [s. Anm. 10], S. 34). Insofern unterscheidet sich „die Argumentation der Rechts-

lichkeit. Urteilsbegründungen spiegeln demnach die kollektive öffentliche Meinung, die Norm, das (in der Terminologie Wolfgang Kleins) ‚kollektiv Geltende‘<sup>10</sup> und das ‚kollektiv Fragliche‘.<sup>11</sup>

Zur Erschließung von Argumentstrukturen werden im Folgenden Urteilsbegründungen in zwei Hinsichten dargestellt: In Urteilsbegründungen profilieren Richter – erstens – nicht nur Tat und Täter, zur Feststellung von Schuld und Unschuld, sondern auch ihr eigenes Tun. Richterliche Selbstprofile geben mithin Aufschluss über das Selbstverständnis der rechtsprechenden Instanz – sie sind Voraussetzungsargumente. Denn dieses Selbstverständnis ist – zweitens – Bedingung für die juristische Bewertung von Argumenten, die die Entscheidungsfindung dieser Instanz begründen. Drei solcher Argumente sind Topoi der Nachkriegsjustiz: ‚Gesetz ist Gesetz‘, ‚Befehl ist Befehl‘ und ‚Nichtwissen‘ – wir rekonstruieren ihren widersprüchlichen Argumentstatus in den beiden ersten Nachkriegsepochen bis und ab 1948/49.

Mit der Aufdeckung richterlicher Argumentationsstrategien sind Urteilsbegründungen nicht nur in funktionaler Hinsicht beschrieben. Sie ermöglichen zugleich den Zugriff auf semantische Strukturen.

## 1.2 Konzeptanalyse

Zur Darstellung der semantischen Struktur dieser sprachlichen Konstruktionen applizieren wir den in der Kognitionsforschung entwickelten Begriff des Konzepts.<sup>12</sup> Konzepte sind Konstrukte zur Beschreibung und Darstellung kognitiver Prozesse. Sie werden vorgestellt als komplexe kognitive Raster, in denen Wissen verarbeitet und gespeichert wird. Konzepte werden durch sprachliche Aussagen repräsentiert. Solche (mit Josef Klein) „typischen Realisierungen“<sup>13</sup> von Wissensbeständen sind durch außersprachliche Faktoren

---

lehre und der Rechtspraxis [nicht] von der öffentlichen und massenhaften Derealisation der NS-Vergangenheit ..., diese [findet] vielmehr in der juristischen Argumentation ihren Fortgang“ (Laage 1998 [s. Anm. 6], S. 289).

<sup>10</sup> Klein, Wolfgang (1985): Argumentationsanalyse. Ein Begriffsrahmen und ein Beispiel. In: Josef Kopperschmidt/Helmut Schanze (Hg.): Argumente – Argumentation. Interdisziplinäre Problemzugänge. München. S. 217.

<sup>11</sup> In diesem Sinn ist Hubert Rodingen zu verstehen, der darlegt, dass Kriminalität keine Eigenschaft von Personen oder Handlungen ist, sondern diesen von der Gesellschaft bzw. ihren Institutionen „zuschrieben“ wird (Rodingen, Hubert [1977]: Pragmatik der juristischen Argumentation. Was Gesetze ausrichten und was rechtens ist. Wiesbaden. S. 123).

<sup>12</sup> „Als Mikrobausteine unseres Kognitionssystems ermöglichen sie [Konzepte] die ökonomische Speicherung und Verarbeitung subjektiver Erfahrungseinheiten durch die Einteilung der Informationen in Klassen nach bestimmten Merkmalen.“ (Schwarz, Monika [1992]: Kognitive Semantiktheorie und neuropsychologische Realität. Repräsentationale und prozedurale Aspekte der semantischen Kompetenz. Tübingen. S. 55).

<sup>13</sup> Klein, Josef (1998): Linguistische Stereotypbegriffe. Sozialpsychologischer vs. semantiktheoretischer Traditionsstrang und einige frametheoretische Überlegungen. In: Heinemann, Margot (Hg.): Sprachliche und soziale Stereotype. Frankfurt/M. u. a. S. 39.



bedingt. Solche Faktoren sind z. B. historische, gesellschaftlich-politische, biografische. Besonders sind zu veranschlagen Bedingungen des jeweiligen Kommunikationsbereichs – hier also die der Rechtsprechung – sowie Bedingungen der Textsorte – über die der Textsorte Urteilsbegründung haben wir oben verhandelt.<sup>14</sup>

Konzepte sind je nach Erkenntnisinteresse zu spezifizieren. Unsere Texte – Urteilsbegründungen – repräsentieren Aspekte des Schuld diskurses der frühen Nachkriegszeit. Ihre Aussagen sind in semantischer Hinsicht Realisierungen von Schuld konzepten der ersten Nachkriegsdekade in der Domäne des Rechts.

Die konzeptuellen Realisierungen, welche die Gerichte in ihren Urteilsbegründungen niederlegen, haben textsortenbedingt Argumentstatus, dienen zur Erreichung des Argumentationsziels. Ihre jeweilige Funktion im Rahmen des Argumentationsgangs zur Offenlegung des Weges zu Urteil und Strafmaß wird im Sinn einer juristischen Bewertung festgelegt: Der Richter stellt die geschehene Gewalt dem der gesellschaftlichen Norm entsprechenden Ziel ihrer Entlegitimierung bzw. Exkulpierung gegenüber – unter der Voraussetzung seines eigenen Tuns. Fragen wir also zunächst nach dem richterlichen Selbstverständnis.

## 2. Richterliche Selbstprofile

Sie haben in den Anfangsjahren Bekenntnischarakter – man verpflichtet sich der Fundamenteethik von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrecht. In diesem Sinn verstehen sich Gerichte als rationalistische Aufklärer. Sie geben sich etwa auf,

das sogenannte Euthanasie-Programm aus dem Dunkel und der Atmosphäre des Geheimnisvollen an das helle Licht einer scharfen und umfassenden Betrachtung (017/1947; I 318)

zu holen, nennen es das „dunkle Werk“ (ebd. 320), verpflichten sich,

was ... wirklich geschehen ist, festzustellen ... den Blick zu klären und die Tatbestände zu entwirren (ebd. 320).

Sie sehen dies nicht nur als

die erste Rechtsaufgabe des Gerichts ... der letzten Gerechtigkeit wegen, sondern ... auch ..., um der historischen Wahrheit willen (ebd. 320).

<sup>14</sup> Wir folgen hier Josef Klein, der „Differenzierungen ... nach gesellschaftlichen Teilsystemen“ voraussetzt, „deren Diskursnormen an je spezifischen Relevanzkriterien ausgerichtet sind, als auch nach Textsorten, deren argumentative Ausprägungen weitgehend funktional, adressaten- und/oder themenspezifisch bestimmt sind“ (Klein, Josef [2000]: Komplexe topische Muster. Vom Einzeltopos zur diskurstypspezifischen Topos-Konfiguration. In: Schirren, Thomas/Ueding, Gert [Hg.]: Topik und Rhetorik. Ein interdisziplinäres Symposium. Tübingen. S. 623–649, hier S. 625 f.).

Anspielend an die Thymokratie des Nationalsozialismus kennzeichnen Richter ausdrücklich

Recht und Pflicht des Gerichtes, seine Entscheidung auf objektive Erwägungen und nicht auf subjektive Assoziationen zu stützen ... zum Herzen muss kein anderer Zugang sein als durch den Verstand (022/1947; I 482).

Solches Spiel auf dem Klavier der Rechtsstaatlichkeit hat auch Signalcharakter. Adressaten der Urteile sind nicht zuletzt die kontrollierenden Besatzungsmächte, und Motiv der selbstreflexiven Formulierungen in Urteilsbegründungen dieser Zeit ist auch die Mitteilung an sie: Die Deutschen haben den Nationalsozialismus überwunden, Entnazifizierung und Reeducation sind auf gutem Weg:

Deutschland [blieben] dank der Besatzungsmächte die Schrecken einer Revolution erspart ... der deutschen Justiz [bleibt] die Pflicht, durch gerechte Betrachtung der geschehenen Delikte den Staat und die Bürger vor künftigen ähnlichen Auswüchsen der Menschheit zu schützen. Demokratie ist nicht identisch mit unbegrenzter Toleranz, und Milde dürfen diejenigen nicht erwarten, die die allerersten Pflichten von Menschlichkeit missachten. (020/1947; I 417)

Richter der frühen Nachkriegszeit verstehen sich darüber hinaus als Historiographen: Ihr Aufklärungs- und Entdeckerwille, ihr Streben nach Erkenntnis und der Beantwortung der Rankeschen Frage, ‚wie es wirklich war‘, bestimmen ihre Interpretation des Nationalsozialismus und ihr Selbstbild:

Der Terrorakt, der hier ... vollzogen wurde, gab ... Gelegenheit, geradezu als in wissenschaftlicher Reinkultur prüfbarer Fall, Wesen und Charakter der Hitlerdiktatur offen zu legen (020/1947; I 415).

Die heutige Zeitgeschichte erkennt diese Leistung der Nachkriegsgerichte unumschränkt an.<sup>15</sup>

Das Rechtsdenken der frühen Nachkriegszeit ist beherrscht von dem Thema ‚Naturrecht vs. Positivismus‘. Nicht zuletzt Gustav Radbruch hat diesen Diskurs mit seinem Beitrag ‚Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht‘ aus dem Jahr 1946 initiiert und die „Rechtssuche der Erschütterten“ ist die

<sup>15</sup> „ohne den umfassenden Ausforschungs- und Verfolgungswillen der Rechtsprechung [wäre] die volle Wahrheit, wie sie sich uns heute darstellt, kaum in den bekannten Konturen ans Licht gekommen“ (Steinbach, Peter [1984]: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945. Einige Bemerkungen, Fragen und Akzente. In: Weber, Jürgen/Steinbach, Peter [s. Anm. 2], S. 13–39, hier S. 35); vgl. außerdem Broszat, Martin (1981): Siegerjustiz oder strafrechtliche ‚Selbstreinigung‘ – Vergangenheitsbewältigung der Justiz 1945–1949. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4, S. 543.

„ontologische Rechtssuche“<sup>16</sup>, indem sie den Schaden des nationalsozialistischen Positivismus durch die Anwendung idealistischen Naturrechts wiedergutzumachen suchen.<sup>17</sup> Dieser Naturrechtsgedanke bestimmt auch die richterliche Selbstsicht, man verpflichtet sich ihm ausdrücklich, etwa

durch genaue Prüfung der Delinquenten und angemessene Betrachtung des Delikts überparteilich und nach den allgemeingültigen Grundsätzen der Gerechtigkeit und den überzeitlichen der Sittlichkeit, wie sie unsere Kultur seit Jahrtausenden überliefert hat, das Urteil zu finden. (020/1947; I 415)

Die westlichen Besatzer geben ihre Entnazifizierungsbemühungen bald auf, Integration in das westliche Bündnis und Zuspitzung des Kalten Kriegs sind die Gründe<sup>18</sup> – in der deutschen Öffentlichkeit deutet man dies kollektiv als ‚erledigt‘ und Richter passen ihre Selbstsicht und damit auch ihre Interpretation nationalsozialistischer Gewalt diesem Wandel tendenziell an. Der Klimawechsel drückt sich vor allem in einer rückläufigen Versprachlichung richterlichen Tuns aus. Wir suchen jetzt vergebens nach Selbstvergewisserung und Bekenntnis, nach dem sprachlichen Ausdruck allgemeiner fundamentalethischer Verpflichtungen. Statt dessen

sieht sich der Richter, der heute darüber zu urteilen hat, inwieweit die Widerstandsbestrebungen und -handlungen im Sinne des Strafrechts ... gerechtfertigt waren, vor eine Aufgabe gestellt, die die Grenze dessen berührt, was mit den Mitteln irdischer Rechtsprechung entschieden werden kann (420/1955; XIII 352).

<sup>16</sup> Gast, Wolfgang (1988): Juristische Rhetorik. Auslegung, Begründung, Subsumtion. Heidelberg. S. 313.

<sup>17</sup> Zur Radbruchschen Formel und ihrem Diskurs vgl. u. a. Saliger, Frank (1995): Radbruchsche Formel und Rechtsstaat. Heidelberg; Walther, Manfred (1998): Hat der juristische Positivismus die deutschen Juristen wehrlos gemacht? In: Redaktion Kritische Justiz (Hg.) (s. Anm. 6), S. 299–322. ‚Wären sie es doch gewesen!‘ möchte man ausrufen – Juristen der Nachkriegszeit, die sich auf den Zwang des Positivismus berufen, übersehen, dass ein konsequentes Bekenntnis zu positivem Recht Auswüchse der NS-Gewalt gerade verhindert hätte. Gustav Radbruchs Versuch, Naturrecht wieder zu inthronisieren, hält Dieter Simon demnach für „handgreiflich falsch ...“, weil die Juristen des Dritten Reiches bedauerlicherweise jeglichen Positivismus hatten vermissen lassen“ (Simon, Dieter [1990]: Zäsuren im Rechtsdenken. In: Broszat, Martin [Hg.]: Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. S. 153–167, hier S. 154). Insofern habe die „Radbruch-These ... rezeptionsgeschichtlich vor allem die Funktion gehabt, diese Kontinuität zu verdecken und eine angemessene Analyse und damit ‚Aufarbeitung‘ der Vergangenheit beträchtlich zu erschweren“ (Walther 1998 [s. o.], S. 321 f.).

<sup>18</sup> Vgl. zu diesem politischen Aspekt rückläufiger Anstrengungen, NS-Unrecht zu verfolgen u. a.: Ostendorf, Heribert (1995): Die – widersprüchlichen – Auswirkungen der Nürnberger Prozesse auf die westdeutsche Justiz. In: Hankel, Gerd/Stuby, Gerhard (Hg.): Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen. Hamburg. S. 73–97, hier S. 75 f.; Sigel, Robert (1992): Im Interesse der Gerechtigkeit. Die Dachauer Kriegsverbrecherprozesse 1945–1948. Frankfurt/M., New York. S. 170.

Vor dem Hintergrund einer solchen höchstrichterlichen Ethik, die einer Selbstaufgabe gleichkommt und die richterlichem Tun den Boden eines positiven Schuldkonzepts entzieht, sucht man Halt in der Geschichte und ihren Tatbeständen, soll heißen, in dem Vorfindlichen des Nationalsozialismus und seiner Rechtslage:

[es ist] nicht entscheidend, wie sich die Ereignisse ... nach heutiger Erkenntnis darstellen. Eine solche rückschauende Wertung würde dem Angeklagten nicht gerecht werden. Bei der Beurteilung der strafrechtlichen Schuld ... ist ... ins Auge zu fassen, wie sich seine Aufgabe nach der Gesetzeslage und den sonstigen Gegebenheiten zur Tatzeit darstellte, mit der Unerbittlichkeit der damals geltenden Gesetze (420/1955; XIII 352).

Die Selbstverständnisse der Gerichte sind gleichsam Voraussetzungsargumente, die die sprachliche Konstituierung wenn nicht von nationalsozialistischem Unrecht, dann doch seiner Bewertung determinieren. So erklärt sich u. a. die kontradiktorische Interpretation gleicher Topoi, die entlegitimierenden oder exkulpierenden argumentativen Status haben können.

### 3. Topoi der Nachkriegsjustiz

Die disparaten Ethiken der ersten zehn Nachkriegsjahre werden besonders offensichtlich, wenn man bestimmte Topoi einander vergleichend gegenüberstellt. Gerichte, die über NS-Vergehen zu urteilen haben, sind mit einer Reihe von Argumenten konfrontiert, die die Verfahren stereotypisch durchziehen. Am Beispiel dreier solcher Argumente – ‚Gesetz ist Gesetz‘, ‚Befehl ist Befehl‘ und ‚Nichtwissen‘ – sei die widersprüchliche richterliche Interpretation von NS-Gewalt, die disparate sprachliche Konstituierung von Recht und Unrecht des Nationalsozialismus dargelegt.

#### 3.1 ‚Gesetz ist Gesetz‘

Der Topos ‚Gesetz ist Gesetz‘ gibt den Gerichten u. a. zu prüfen auf, ob bestimmte Anweisungen, die vom NS-Staat erlassen wurden, überhaupt bindenden Rechtscharakter hatten – ob sie Gesetze und demnach zu befolgen waren. Wenn Gerichte nationalsozialistisches Unrecht zu pönalisieren die Absicht haben, verneinen sie diese Frage. Ärzte in Verhandlungen zu Euthanasie-Vergehen machen etwa ein sog. Gesetz Hitlers vom 1. September 1939 in diesem Sinn geltend. Ein Urteil von 1946 erkennt seine Gültigkeit mit Argumenten der Rechtsstaatlichkeit nicht an:

Das Gesetz ... war schon deshalb kein Gesetz, weil es nicht nur nicht verkündet, sondern seine Geheimhaltung denen, die von ihm Kenntnis erhielten, sogar unter Androhung von Zuchthaus- oder Todesstrafe auferlegt worden ist (033/1946; I 40).

Grundsätze der Naturrechtslehre werden außerdem in entlegitimierender Absicht eingeführt:

Die Gesetze Adolf Hitlers über die sogenannte Euthanasie verstießen ... in krasser Form gegen diesen letzten Naturrechtssatz [von der Heiligkeit menschlichen Le-

bens] ... und stellten sich damit ausserhalb jeden Rechts. Diese Gesetze ... konnten wegen ihres elementaren Unrechtsgehalts niemals zur Würde und Wirkung des Rechts gelangen (017/1947; I 343 f.).

Wenn Gerichte dagegen zu exkulpieren suchen, bestätigen sie, dass etwa Befehle zur Evakuierung von Juden

formell ordnungsmässige Weisungen einer obersten Reichsbehörde [waren, die] auf unmittelbare Anordnungen Hitlers und anderer höchster Staatsstellen zurück[gingen] (283/1950; VIII 492) –

so ein Urteil von 1950. Man stellt fest, dass die Anordnungen der nationalsozialistischen Staatsführung – trotz ‚Röhmputsch‘ und ‚Kristallnacht‘ – „allgemein beachtet und angewandt“ (ebd.) wurden – die legitimierende ‚normative Kraft des Faktischen‘ wird hier in exkulpierender Absicht geltend gemacht.

Im Jahr 1955 mag der BGH einem

Richter, der damals einen Widerstandskämpfer wegen seiner Tätigkeit in der Widerstandsbewegung abzuurteilen hatte und ihn in einem einwandfreien Verfahren für überführt erachtete ... heute in strafrechtlicher Hinsicht kein[en] Vorwurf [machen], wenn er angesichts seiner Unterworfenheit unter die damaligen Gesetze nicht der Frage nachging, ob dem Widerstandskämpfer etwa der Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstands unter dem Gesichtspunkt eines höheren, den Strafandrohungen des staatlichen Gesetzes vorausliegenden Widerstandsrechte zur Seite stehe (420/1955; XIII 352).

Nationalsozialistischem Unrecht werden in entlegitimierender Absicht rechtsstaatliche Voraussetzungen entgegengehalten. Diese rechtsstaatliche Norm ist Prämisse, die damit die Subsumtion der These ‚Gesetz ist Gesetz‘ unmöglich macht. In exkulpierenden Urteilen hingegen wird als Prämisse der nationalsozialistische Unrechtsstaat vorausgesetzt – die Subsumtion der These ist approbiert.

### 3.2 ‚Befehl ist Befehl‘

Der Topos ‚Befehl ist Befehl‘ ist ein verkürzt zitierter Grundsatz des Beamten- und Soldatenrechts. Er hat Gültigkeit mit der Einschränkung, dass der Befehl nicht zu befolgen ist, wenn er die Begehung einer Straftat bedingt.

1947 bescheinigt ein Gericht einem Täter, der eines Massenvernichtungsverbrechens angeklagt ist und Handeln auf Befehl geltend machen möchte:

Beamte [sind] zwar zum Gehorsam verpflichtet, aber nicht zu blindem Gehorsam (022/1947; I 482),

und die Regelung, dass

Beamte einen verbrecherischen Befehl oder eine verbrecherische Anweisung nicht befolgen dürfen ... galt sogar für die frühere deutsche Wehrmacht (ebd.).

Insofern also

Anordnungen über die Deportation der Juden jede gesetzliche Grundlage fehlte, [durften sie] selbst nach dem damals geltenden Recht ... nicht befolgt werden (ebd.).

In Urteilen mit exkulpierender Absicht bekommen deutsche Beamte ihre Verpflichtung „zur Befolgung der dienstlichen Anordnungen“ (283/1950; VIII 492) ausdrücklich bestätigt. Zwar wird die Einschränkung des Grundsatzes, der bei Befehl zur Begehung einer erkennbaren Straftat von dieser Verpflichtung entbindet, nicht in Frage gestellt. Man deutet aber diesen Grundsatz neu. Beamten könne z. B. weder das Recht noch die Pflicht

zuerkannt werden, von sich aus die ... Rechtmässigkeit einer solchen der gerichtlichen Nachprüfung entzogenen, noch dazu als Kriegsmassnahme bezeichneten Anordnung zu verneinen, [zumal sie] diese bei einer Anordnung einer Obersten Reichsbehörde als selbstverständlich gegeben ansahen (ebd. 494).

Außerdem sei eine „offenbare [...] Unrechtmässigkeit“ „hinsichtlich der Evakuierung – so wie sie sich den Angeklagten darstellte“ – gar nicht erkennbar gewesen, die Anordnungen zur Evakuierung der jüdischen Bevölkerung

beschränkten sich ... auf ... Eingriffe in die persönliche Freiheit und das Eigentum, zu denen die Reichsbehörden auf Grund der damals gültigen gesetzlichen Bestimmungen allgemein als befugt angesehen wurde (ebd. 492).

M. a. W.:

[Die] Überzeugung, dass die Oberste Reichsführung ihre Grenzen missbräuchlich überschreite und die Evakuierung der Juden willkürlich und widerrechtlich war, musste sich den Angeklagten ... nicht notwendig aufdrängen (ebd. 493).

Zum Zweck der Exkulpierung wird der nationalsozialistische Unrechtsstaat auf eine entlastende Bewertungsgrundlage des jeweiligen Vergehens hin rekonstruiert:

Man war es gewöhnt, dass der allmächtige Staat sich über die Interessen und Wünsche des einzelnen ... bedenkenlos hinwegsetzte ... Die in der Austreibung der Juden aus ihrer Heimat für jeden erkennbar liegende grosse Härte wurde ... dadurch weniger deutlich, dass die Juden in Deutschland durch die ... Judengesetzgebung bereits fast völlig entrechtet [waren] und ... als Menschen zweiter Klasse behandelt wurden ... die Angeklagten konnten sich deshalb sagen, dass die Juden in den neuen Siedlungsgebieten [die Rede ist von Theresienstadt] ... mindestens kein wesentlich schlimmeres Los erwarten könne (ebd. 493).

Diese argumentative Teleologie wird besonders offensichtlich seit der Einführung des Amnestiegesetzes von 1954, indem Richter seither Recht unter den Bedingungen der Entlastungsargumente dieses Gesetzes konstituieren.

Diese Entlastungsargumente beziehen sich auf die „unverschuldete Notlage“ zur Zeit des Kriegsendes und auf Straftaten, die unter dem Einfluss dieser „Wirren“, vor allem in der Annahme einer Dienstpflicht begangen wurden.<sup>19</sup> Man hält dementsprechend etwa in einem Urteil des Jahres 1955 einem Angeklagten zugute, der „volle Gebrauch“ seiner durchschnittlichen allgemeinen Einsichtsfähigkeit sei durch die „besonderen Umstände erheblich erschwert“ gewesen, er sei „hochgradig erregt“ und „für Entschliessungen ... innerlich indisponiert“ gewesen. Man beschreibt ihn als „typischen Nur-Untergebenen ... in untergeordneter Stellung“, der „jeden Befehl eines Vorgesetzten ohne Nachdenken und ohne Kritik hinzunehmen“ bereit war und die „Pflicht zur Befehlsausführung in jedem Falle für unverbrüchlich“ gehalten habe (alle 419/1955; XIII 275) – diese Prädikationen sind als Gesinnungsbonus zu verstehen.

Seit Erlass des Straffreiheitsgesetzes von 1954 wird Schuld auf die Argumente dieses Gesetzes hin zugerichtet. Kennzeichen solcher exkulpierenden Argumentation ist die Einführung der Kategorie der Haupttäter – Hitler, Himmler, Göring, Heydrich, Eichmann. Man pönalisiert deren Untaten, indem man etwa feststellt, dass sie „die Freiheitsberaubung als Beamte im Sinne des Strafgesetzes vorgenommen“ haben und mit beherzter Entschlossenheit ist man zu ihrer Verurteilung bereit, denn es bestehe

kein Grund, höchste Staatsfunktionäre von der aus der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben des Staates erwachsenden erhöhten strafrechtlichen Verantwortlichkeit auszunehmen (283/1952; VIII 485).

Diese ‚Sühne‘ bietet die Entlastungsmöglichkeit der Beihilfe, die Konstruktion der „Angeklagten als Werkzeuge“. Die Tragfähigkeit dieser Konstruktion wird gewährleistet, indem man zwar den diktatorischen nationalsozialistischen Unrechtsstaat reproduziert, jedoch nicht zum Zweck der Profilierung des Angeklagten, sondern der Haupttäter. Mord aus „niedrigen Beweggründen“, „massloser Vernichtungswille“, „in ihrer Handlungsweise auf die tiefste Stufe verantwortungslosen menschlichen Handelns herabgesunken“ – diese Prädikationen referieren auf die toten Haupttäter, sie haben sich eines

<sup>19</sup> § 3 dieses Gesetzes betrifft „Straftaten aus Not“ und sagt Straffreiheit für nicht vorbestrafte Täter zu, die „infolge der Kriegs- oder Nachkriegsereignisse in einer unverschuldeten Notlage“ die Tat begangen haben, sofern keine höhere Strafe als ein Jahr Gefängnis verhängt oder zu erwarten war. § 6 bestimmt: „Für Straftaten, die unter dem Einfluss der aussergewöhnlichen Verhältnisse des Zusammenbruchs in der Zeit zwischen dem 1. Oktober 1944 und dem 31. Juli 1945 in der Annahme einer Amts-, Dienst- oder Rechtspflicht, insbesondere auf Grund eines Befehls, begangen worden sind, wird ... Straffreiheit gewährt, wenn nicht dem Täter nach seiner Stellung oder Einsichtsfähigkeit zuzumuten war, die Straftat zu unterlassen, und keine schwerere Strafe als Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe ... verhängt oder zu erwarten ist“.

Mordes schuldig gemacht, die Angeklagten haben „Beihilfe geleistet“ (420/1952; XIII 321).<sup>20</sup>

Die Interpretation nationalsozialistischen Unrechts geht also nicht dahin, dieses zu leugnen, im Gegenteil:<sup>21</sup> Unrecht wird als Unrecht geschmäht, eine Untat wird als Straftat bewertet, die Verletzung ethischer Grundsätze wird festgestellt. Mit der argumentativen Separierung von Tat und sie ausführendem Täter aber löst der Richter gleichzeitig einen drohenden Normenkonflikt, der in der Schmähung der Tat eines gleichzeitig zu exkulpierenden Täters liegt. Dem Gebot der Schlüssigkeit des Entscheidungstextes bezüglich Sachverhalt und Ergebnis<sup>22</sup> kommen diese Richter nach, indem sie strafrechtlich beachtliche Schuldmerkmale vom Nebentäter, sprich: Gehilfen, auf tote Haupttäter übertragen; je größer deren Schuld, umso geringer die der Ausführenden. Die Kategorie der toten Haupttäter ist also in der Tat ein Entlastungsargument – nicht zuletzt für das Tun der Gerichte.

Wir sehen also: Während der Topos ‚Befehl ist Befehl‘ im Sinn eines Entlastungsarguments entwertet wird, indem das ethisch empfindende und denkende Individuum als Prämisse gesetzt wird, lautet die Bewertungsgrundlage exkulpierender Urteile: Der NS-Staat war ein Unrechtsstaat, errichtet und getragen von Haupttätern, die Tatausführenden haben unter seinen Bedingungen gehandelt und konnten nicht anders. Der Verstoß gegen ethische Prinzipien ist nicht ihnen anzulasten.

### 3.3 ‚Nichtwissen‘

Schließlich der Argumentationsfokus ‚Nichtwissen‘ – wie ‚Gesetz ist Gesetz‘ und ‚Befehl ist Befehl‘ ein kodifizierter Grundsatz, der die Feststellung subjektiver Schuld zum Nachweis des Vorsatzes bezweckt.

<sup>20</sup> Aus zeit- und rechtsgeschichtlicher Sicht wird vermerkt, dass die „Problematik des Handelns auf höheren Befehl ... in den NS-Verbrecherprozessen nicht bewältigt wurde. Es sind ... die rechtlichen Begründungen der Ergebnisse, die einer Kritik nicht standhalten. ... Gehilfenwille und Befehlsnotstand wurde zu oft aus dem bloßen objektiven Vorliegen eines Befehls geschlossen, und dabei nicht berücksichtigt, daß die wahren Motive vieler Befehlsempfänger bloßer Gehorsamsautomatismus, soziales Anpassungsbedürfnis oder ideologische Übereinstimmung waren“ (Ducklau, Volker [1976]: Die Befehlsproblematik bei NS-Tötungsverbrechen. Freiburg i.Br., S. 213). Vgl. außerdem Rückerl (1984 [s. Anm. 1], S. 274 ff.); Wrobel (1989 [s. Anm. 1], S. 248).

<sup>21</sup> Gerichte konnten „zwar die Augen vor den ungeheuren Verbrechen, die vor ihnen ausgebreitet wurden, nicht verschließen, sie wollten aber niemanden dafür verantwortlich machen“ (Müller 1989 [s. Anm. 6], S. 250).

<sup>22</sup> „Die Abbildung dessen, was jeweils Recht ist, muß auch in sich und in den Bezügen zu ihrem Kontext ‚stimmen‘, das heißt: ein geschlossenes Gefüge ergeben. Der Sachverhalt, den der Entscheidungstext festhält, die rechtliche Konsequenz (das Ergebnis) und die Begründung (rechtliche Argumentation) müssen ‚schlüssig‘ zueinander stehen“ (Gast 1988 [s. Anm. 11], S. 89).



Des Ko. Nichtwissenstaktik konnte das Beweisergebnis nicht aus der Welt schaffen, dass er ... an der Berndestragödie vollen Anteil nahm (020/1947; I 417) –

wenn Richter eine positive Schuldfeststellung intendieren, konzipieren sie eine Schuldvorstellung, die keinen Platz bietet für Ignoranz. Ein Urteil von 1947 erkennt als unerheblich, dass

die drei Angeklagten den Inhalt der Erlasse ... nicht kannten und daher nicht in vollem Umfange übersahen, welchen Verfolgungsmassnahmen die Juden ... ausgesetzt waren ... was sie wussten, nämlich dass Juden zwangsweise abgeschoben [wurden], genügt (022/1947; I 490).

Das Wohlwollen der zur Exkulpierung bereiten Richter dagegen kennt keine Grenzen, wie sie z. B. Lebenserfahrung und Verstand, Ethik und Rechtsempfinden setzen. Einem Angeklagten wird zur Last gelegt, dass auch „durch seine Mitwirkung Menschen in Auschwitz mit Zyklon B getötet worden sind“ (415/1955; XIII 110), indem er selbst Zyklon B geliefert habe. In der Urteilsbegründung wird zwar konzidiert, er habe sich nicht widersetzt, sich nicht gewundert,

was die SS mit ‚Sterbehilfe‘ zu tun hatte, kümmerte sich nicht um die strengen Vorschriften ... kurz, er machte eben mit (ebd. 121) –

so die Feststellung des Gerichts 1955. Aber obwohl es sich gerade mit dieser Einführung Argumente für eine positive Schuldfeststellung geliefert hat, meint das Gericht, es sei

durch nichts bewiesen, dass der Angeklagte gewusst hat, was in ... Auschwitz vor sich ging (ebd.).

Die endgültige Hinrichtung eines positiven Schuldkonzepts vollstreckt dieser Richter dann mit dem Beil der Kausalität:

eine Feststellung dahin, dass das von dem Angeklagten gelieferte Zyklon B nicht zu Tötungen benutzt worden ist, [kann] nicht getroffen werden, [es ist aber auch] nicht bewiesen ..., dass mit dem von dem Angeklagten gelieferten Zyklon jemand getötet worden ist (ebd. 122).

Mit dieser Präsupposition, dass Schuld nur im Sinn eines direkten Kausalzusammenhangs besteht und der gleichzeitigen Behauptung, dass diese Kausalität bei der Lieferung von Zyklon B nach Auschwitz nicht gegeben sei, erreicht der nachsichtige Richter sein Ziel der Entlastung.<sup>23</sup>

‚Was sie wussten genügt‘ und ‚es ist nicht bewiesen‘ – an keiner Stelle wird die aporetische Logik richterlicher Argumente in der frühen Nachkriegszeit

<sup>23</sup> Als Charakteristikum der Nachkriegsjustiz wird bewertet, dass „Fragen der Kausalität ... sich genauester Prüfung [erfreuten]“ (Wrobel 1989 [s. Anm. 1], S. 246).

so offenbar wie hier. Es ist die Logik der Setzung – von Fraglichem und von Geltendem. Es sei nicht geleugnet, dass jede „juristische Argumentation ... allgemeine Sätze [verwendet], mit deren Hilfe sie konkrete (individuelle) Vorgänge schrittweise in die Allgemeinheit des Gesetzes ... hineinwertet“<sup>24</sup>. Aber: Auf dem zur Entlastung führenden Transformationsweg von nationalsozialistischem Unrecht zu justiziablem Schuld sachverhalt geht allzu oft die Logik verloren, die die Wahrheit der Geschichte erzwingt.

#### 4. Schlussbetrachtung

Das Schuldkonzept von Gerichten mit einem von rechtsstaatlichem demokratischem Denken geprägten Selbstverständnis ist von positiven Schuldmerkmalen bestimmt. Schuld bedeutet Verstoß gegen allgemein-ethische naturrechtliche Grundsätze. Der Täter ist mündig und kennt diese Grundsätze und ist damit schuldig im Sinne des Strafrechts. Schuld bestimmen diese Gerichte im Sinn von Sollens-Entwürfen.

Gerichte, deren Selbstverständnis von der Aufgabe bestimmt ist, Schuld in den Rahmen der Bedingungen einzufügen, die zur Zeit des Nationalsozialismus herrschten, legen ein von negativen Merkmalen geprägtes Schuldkonzept zugrunde. Voraussetzung hierfür ist zum einen die Trennung von Tat und Täter. Zwar bedeutet Schuld auch für diese Gerichte den Verstoß gegen die allgemein-ethische naturrechtliche Norm. Indem aber den Tätern die Kenntnis dieser Norm im einzelnen Fall abgesprochen wird, sind sie sozusagen unmündig und damit unschuldig im Sinne des Strafrechts. Die zweite Voraussetzung dieses Schuldkonzepts ist die Differenzierung des Täterbegriffs in Haupttäter und Gehilfe, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, offenbare Normverstöße leugnen zu müssen, um mithin einem drohenden Normkonflikt zu entgehen. Wenn nationalsozialistische Gewalt im Sinn von Unrecht festgestellt wird bei gleichzeitiger Freisprechung der diese Gewalt ausübenden Personen, wird Schuld gedeutet im Sinn von Nicht-Könnens-Entwürfen.<sup>25</sup>

Wir stellen mithin fest: Die konzeptuelle Dichotomie von Schuldkonzepten der NS-Justiz in der frühen Nachkriegszeit ist motiviert durch die beiden Argumentationsziele Entlegitimieren bzw. Exkulpieren. Diese beiden disparaten Argumentationsziele bestätigen die historische und gesellschaftliche Re-

<sup>24</sup> Gast 1988 (s. Anm. 11), S. 39.

<sup>25</sup> Wir finden demnach die Hypothese Josef Kleins bestätigt, „daß die Domänen- und/oder Diskursspezifika von Argumentation sich nicht zuletzt darin manifestieren kann, daß aus der Gesamtmenge der Topoi eine bestimmte Auswahl getroffen wird und die Argumentation im Rahmen mehr oder weniger fester Topoi-Konstellationen abläuft“ (Klein 2000 [s. Anm. 14], S. 625).

lativität von Recht und lassen es gerechtfertigt erscheinen, von zwei Ethiken zu sprechen – sie reflektieren die beiden Seinsweisen der Deutschen in den ersten zehn Nachkriegsjahren. M. a. W.: Schuldkonzepte in Urteilsbegründungen der Jahre 1945 bis 1955 konstituieren gegensätzliche Wirklichkeitsmodelle eines Unrechts- wie eines Rechtsstaats – unter den Bedingungen der jeweils gültigen gesellschaftlichen Norm.

HANS JÜRGEN HERINGER

## Eine Beleidigung!

Ein paar linguistische Überlegungen

### Abstract

„Das Wort Beleidigung wird im Strafrecht in sehr verschiedener Bedeutung gebraucht“, heißt es in einer Dissertation von 1933.

Die Frage war mir gestellt: Was können Linguisten beitragen zur Rechtssprechung? Beleidigen scheint auf den ersten Blick ein kommunikativer Akt. Zu einem solchen hätte die Linguistik gewiss etwas zu sagen. Hier werden einige Ansatzpunkte für linguistische Fragestellungen am Beispiel des Beleidigens freigelegt. Grundlage für *die Skizze ist eine Aktbeschreibung*.

Im Paragraph 185 StGB heißt es einfach:

#### **Einfache Beleidigung**

Die Beleidigung wird mit Geldstrafe oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn die Beleidigung mittels einer Tätlichkeit begangen wird, mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Nach meiner Auffassung ist die juristische Tätigkeit im Grunde eine Auseinandersetzung mit Texten. Auch Handlungen, um die es im Prozess im wesentlichen geht, gehen nur textuell ein. Sie müssen gedeutet und verbalisiert werden und natürlich auch durch die Verbalisierung gedeutet werden. Insofern hat die linguistische Handlungstheorie hier etwas zu sagen.

Das scheint besonders plausibel, wenn es gar um vorwiegend sprachliche Akte geht wie beim Beleidigen.

Für diese Thesen will ich ein Exempelchen geben, indem ich die Aktstruktur der Strafverfolgung einer Beleidigung skizziere. Der Akt wird dabei komponentiell analysiert, wie es in der Handlungstheorie und in den Kognitionswissenschaften üblich ist.

### 1. Die Beteiligten

Es sind im Grunde vier Mitspieler beteiligt: der Beleidiger A, der Beleidigte B, der Nachweis C, der Verfolger D. Diese vier sind nicht einheitlich als Personen zu verstehen, sondern als Rollen, wie unschwer bei C zu erkennen.

## 1.1 Der Beleidiger

Als A kommen alle Personen in Frage, und zwar nur Menschen. Ausgenommen sind wohl Unzurechnungsfähige und Kinder.

## 1.2 Die Beleidigte

Mit B steht es komplizierter. Wer kann beleidigt werden? Alle Personen, auf jeden Fall auch Geistesranke. Allerdings kann man Tote nicht beleidigen.

Besonders interessant ist die Gruppenproblematik. Denn auch Gruppen können beleidigt werden. Dabei ist der Akt distributiv gedacht: Von der Beleidigung der Gruppe geht sie auf jedes Mitglied der Gruppe über, und so wird nicht eigentlich das Individuum beleidigt. Allerdings muss die Gruppe abgrenzbar sein. Das verlangt eine Identifizierung über die Bezeichnung der Gruppe, meistens Ausdrücke für Institutionen wie „die Bundeswehr“.

Ein linguistisches Schmankerl wäre der Unterschied von *alle* und *jeder*. Wenn ich eine Gruppe mit *alle X* beleidige, meine ich dann wirklich jeden? Wenn ich etwa sage „Alle Soldaten sind Mörder“, habe ich dann jeden einzelnen Soldaten gemeint? Schon auf den vordergründigen Blick nicht. Denn derartige Generalisierungen sind ja nie im logischen Sinn ernst gemeint. Und das weiß eigentlich jeder. Denken Sie an: Einmal ist kein Mal und zweimal ist immer.

Eine andere Frage ist, ob beleidigen sozusagen bitransitiv ist. Wenn ich schon ein Individuum über die Gruppe beleidigen kann, kann ich dann auch die Gruppe über die entsprechende Deskription eines Individuums beleidigen? Das scheint im Allgemeinen nicht angenommen, im Speziellen aber schon. Zum Beispiel kann man einen Polizisten beleidigen mit „Sie Polizist!“ Das bedürfte einer guten Rechtfertigung. Genügt die beleidigende Absicht?

Spektakulär ist eine andere Indirektheit: A beleidigt die Frau, damit die Familie, damit den Ehemann.

„So ist eine Beleidigung des Ehemannes in einem Fall bejaht worden, in dem sich einer rühmte, mit einer verheirateten Frau Ehebruch getrieben zu haben, und ebenso, als jemand ohne Einwilligung des Ehemannes eine nächtliche Bierreise mit der Ehefrau unternommen hatte.“ (Koch 1967, S. 16)

In einer Revision des StGB der Nazizeit heißt es sogar:

„Ehrenkränkungen der Ehefrau treffen auch den Ehemann.“ (Schubert/Regge/Rieß/Schmid 1988, S. 135)

Oder ein A hat Sex mit der Tochter und beleidigt damit den Vater. Das klingt recht archaisch, nicht wahr?

## 1.3 Der Nachweis

C kommt erst ins Spiel, wenn die Beleidigung nachgewiesen werden soll. Dann braucht es nämlich juristische Beweismittel.

Wenn die Beleidigung in einem kommunikativen Akt besteht, muss B nicht anwesend sein. Es genügt, wenn die Äußerung gegenüber einem Dritten geschieht.

Allerdings ist wohl im prototypischen Fall  $B = C$ . Darum muss auch nicht unbedingt ein C dabei sein. Das ist für A von Vorteil. Sie muss dann ihre Tatsachenbehauptung nicht beweisen.

Für die Cs gibt es aber gewisse Einschränkungen. So sind As Äußerungen im Familienkreis nicht verwertbar. Eigentlich sind alle Äußerungen nicht verwertbar, die nicht für Dritte bestimmt sind. Der C ist immer ein Lauscher an der Wand, wenn A nicht weiß, dass es ein C gibt. Auch das wäre natürlich eine diskussionswürdige Bedingung. Auf jeden Fall ist dieser Schutz auch wichtig für uns Wissenschaftler. Denn was schreibt man nicht alles als Kommentar in die Bücher der anderen.

Da es hier eigentlich um den Beweis geht, muss C keine Person sein. Es gelten auch manifeste Cs, zum Beispiel Ton- oder Video-Aufnahmen und natürlich Texte.

#### 1.4 Der Verfolger

Die Verfolgung ist nur durch die Justiz möglich. Hier tritt also der ganze juristische Apparat ein bis zur Richterin, die letztlich das Urteil spricht.

## 2. Die Erzeugung

Wie jeder Akt ist Beleidigen intern strukturiert durch die indem-Relation.

A beleidigt, indem A ...

Was geht da alles? Wie macht A das? Gewöhnlich wird als nächster Schritt in der Erzeugung angesehen:

... indem A Bs Ehre angreift.

Hierbei findet man durchaus auch schärfere Formulierungen wie „Ehrabschneidung“, „Ehrenkränkung“ und dergleichen. Sie werden zum Teil als Oberbegriff für die verschiedenen Beleidigungsdelikte verwendet. Und sie klingen natürlich recht ungewöhnlich oder gar künstlich in der heutigen Zeit, dürfen aber nicht einfach als juristische Termini genommen werden, ohne dass ihre Fundierung in der normalen Sprache, im normalen alltäglichen Handeln geleistet wäre. In jedem Fall stellt sich die Frage: Wie macht man nun dies, die Ehre angreifen? Es werden gewöhnlich drei Fälle unterschieden, sozusagen drei mediale Ausformungen.

### 2.1 Äußerung verbal

Hier wird klassisch differenziert: Tatsachenbehauptung und Werturteil. Diese Unterscheidung ist für mich alles andere als klar, eher ein Sumpf. Unter Werturteil fallen etwa auch Beschimpfungen, die wohl ganz andere kommu-

nikative Akte sind, weil sie nicht propositional sind und damit im logischen Sinn keine Aussage sind, mithin kein Urteil.

Auf jeden Fall füllt diese Unterscheidung Bände und man könnte auch linguistisch ein Scherflein beitragen. Wichtig ist die Unterscheidung deshalb, weil man im Fall der Tatsachenbehauptung den Nachweis erbringen und sich so salvieren kann. Bei der Behauptung einer Verurteilung von B, etwa er sei ein Dieb, ist das meist ganz einfach und salviert regelmäßig, wenn das Urteil rechtskräftig ist.

Eine andere Frage ist aber, ob die Behauptung ernst gemeint war. Ernst gemeint, auch ein linguistischer Leckerbissen.

Bei den Werturteilen gibt es interessanterweise genügend Wörter, die extra dafür da sind zu beleidigen. Das sollte uns zu denken geben.

Hier ist auch der prototypische Fall der Beleidigung angesiedelt, bei dem es gar nicht darauf ankommt, welches Schimpfwort verwendet wurde. Ich erinnere an die Bühlersche Anekdote:

„Ein Bonner Student soll einmal, so geht die Fama, im Wettkampf das schimpfthüchteste Marktweib mit den Namen des griechischen und hebräischen Alphabetes allein (,Sie Alpha! Sie Beta! ...') zum Schweigen und Weinen gebracht haben. Eine psychologisch glaubwürdige Geschichte, weil beim Schimpfen wie in der Musik fast alles auf den ‚Ton‘ ankommt“. (Bühler 1965, S. 32)

Hier gilt dann auch  $B=C$ , weil eben die indirekte Beschimpfung nicht möglich ist.

Interessant für Linguisten ist die besondere Einschätzung von sog. Redensarten wie „leckmich“, die sehr stark landschaftlich und schichtenspezifisch beurteilt werden. Die Richter urteilen hier in der Regel nach ihrer überlegenen und objektiv gedachten Sprachkompetenz.

Mithin auch dies ein Fressen für Linguisten.

## 2.2 Gestisch

Wir haben spezielle Gesten, die extra zum Beleidigen da sind, sozusagen von uns speziell für diesen Zweck erfunden und konventionalisiert sind.<sup>1</sup> (Abb. S. 304)

„Hierzu rechnen u. a. das Ausspucken vor einem anderen, übertriebene Respektbezeugungen vor einem Vorgesetzten, Ausräuchern des Stuhles, auf dem jemand gesessen hat, Herausrecken der Zunge, einem anderen die Tür vor der Nase zuschlagen, ihm betont nicht aus dem Wege gehen.“ (Koch 1967, S. 23)

<sup>1</sup> Der sog. Stinkefinger (warum heißt er so?) hat eine lange Tradition. Kollege Wolfgang Müller ließ mir einige Hinweise zum *digitum impudicus* zukommen. Wer etwa Lexikon (1928–1931, S. 178) oder Vorberg (1985, S. 149) liest, könnte sich fragen, ob man mit dieser Geste Frauen beleidigen kann. Mir ist allerdings bisher nicht aufgefallen, dass die heutigen Anwender eine geschlechtliche Differenzierung der Empfänger beachten. Mit Geschichte haben sie nichts am Hut. Aber vielleicht sollte man auch den *digitus venerius* wiederbeleben.



### 2.3 Tötlich

Tötlich sind insbesondere Berührungen und gewalttätige Handlungen. In der Regel liegt hier eine Schädigung von B vor, die auch noch anders strafbelegt ist. Tötliche Beleidigungen werden darum auch stärker bestraft.

Besonders betroffen sind die Geschlechtsehre und geschlechtliche Handlungen. Wie ja überhaupt das Geschlechtliche eine Hauptspielwiese des Beleidigens darstellt. Hier zeigt sich die kulturelle und kulturnormierende Grundlage des Beleidigens besonders schön.<sup>2</sup>

Erwähnenswert wäre noch, dass der Beleidigen-Akt auch durch Unterlassung vollzogen werden kann. Das gilt wohl für verbale Akte und ist besonders schwer abzugrenzen von der Unhöflichkeit. Gemeint ist zum Beispiel das Weglassen der Anrede „Herr“ und ähnlicher Firlefanz.

### 3. Gelingen

Die Grundidee des Beleidigens und seiner Strafwürdigkeit ist, dass irgendwas von B geschädigt wird. Nicht sein Eigentum, sondern er als Person. Dabei geht es durchaus um Körper und Seele. Aber nicht so direkt, wie mir scheint, vielmehr geht es um so etwas wie den Sozialstatus, dessen Prototyp wohl die Ehre sein soll.

<sup>2</sup> Ich habe mir eine linguistische Analyse des Wortfelds verwandter Verben verkniffen. Erwin Koller weist mich auf eine schöne Geiler-Predigt hin, in der es um das „Schelten“ (contumelia) geht. Da findet sich auch eine Abgrenzung zum „Lästern“ (convicium) und zum „Verweisen“ (improprium).



### 3.1 Ernsthaftigkeit

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Beleidigung ist, dass sie ernst gemeint ist oder, besser gesagt, dass, was gesagt wurde, ernst gemeint war. Denn erst dann wird es zur Beleidigung. Aber auch das ist natürlich Wischiwaschi und darum dürfen weder A noch B hierüber befinden, sondern der Richter, der Bescheid weiß.

So wurde etwa die oben gezeigte Geste von Clement im Vorfeld der Öffentlichkeit schon als nicht ernst gemeint akzeptiert. Übrigens noch ein Tipp: Eine Retourkutsche, um die es sich hier gehandelt haben soll, wird auch nicht als Beleidigen gesehen. Warum wohl?

### 3.2 Objektiv

Aus A ist beleidigt folgt nicht, dass A beleidigt wurde. „Es wird nicht schon dadurch ein Wort zur Beleidigung, weil der, welcher damit gemeint ist, es so empfindet.“ (Koch 1967, S. 12)

Das wäre sicherlich etwas einfach und gemein gegenüber A. Die Alpha-Beta-Geschichte zeigt aber, dass die Absicht von A irgendwie höher bewertet wird als das Verständnis von B. Dennoch muss sozusagen objektiv festgestellt werden, ob eine Beleidigung vorliegt oder nicht. Dafür ist nur der Richter zuständig. Er bestimmt, was objektiv vorliegt. Eine besondere Kunst, ein besonderes Privileg. Obgleich wir da auch gern mitreden würden.

### 3.3 Adressiert

Das Ganze muss natürlich an den Mann oder an die Frau kommen. Dafür gibt es verschiedene Wege. Normal scheint die mündliche Äußerung oder der schriftliche Text.

In modernen Zeiten entstehen hierbei ganz neue Probleme. Nehmen Sie folgenden Fall und das zugehörige Urteil.

#### **Stinkefinger beleidigt auch die Kamera**

Wer seinen gestreckten Mittelfinger einer zur Verkehrskontrolle aufgestellten Videokamera entgegenhält, erfüllt den Tatbestand der Beleidigung. Der Auto Club Europa wies auf einen entsprechenden Beschluss des Bayerischen Oberlandesgerichts hin, in dem davon ausgegangen wird, dass der per Video dokumentierte so genannte Stinkefinger den Polizeibeamten gegolten habe und nicht einer „toten Sache“. Der Kraftfahrer, dem die missachtende Geste zur Last gelegt wurde, hatte sich damit herausreden wollen, dass seiner Meinung nach die Kamera überhaupt nicht in Betrieb gewesen sei. Doch der Film bewies das Gegenteil und zeigte den Fahrer, wie er mit Blick zur Videokamera den linken Arm hob und dicht hinter der Frontscheibe den Mittelfinger streckte.

Wenn der Akt gelungen ist, ist keine Heilung möglich.

#### 4. Die Verfolgung

Beleidigen ist ein Antragsdelikt. Darum müssen wir die Mitspieler-Liste etwas erweitern. Es braucht einen Antragssteller. Eigentlich beginnt ein E, der den Antrag stellt. Antragsberechtigt ist prototypisch der B. Wenn öffentliches Interesse besteht, können auch andere den Antrag stellen. In Sonderfällen: der Vorgesetzte usw.

Es verfolgt der ganze juristische Apparat. Also D ist nicht nur einer.

Das Interessanteste bei der Verfolgung ist das Strafmaß: Was gibt es wo-für? Unter diesem Aspekt werden die Urteile auch in der Öffentlichkeit diskutiert, weniger vielleicht damit man weiß, was einem blüht, sondern vielmehr unter dem Gleichheits- und Gerechtigkeitsaspekt. Werfen Sie einen Blick auf die Zusammenstellung.

1. „Du Schlampe!“ (zu einer Politesse)	Preis 3.800 DM
2. „Trottel in Uniform!“ (zu einem Polizisten)	Preis 3.000 DM
3. „Idioten! Ihr gehört in die Nervenheilanstalt!“ (zu Polizisten)	Preis 3.000 DM
4. Ausgestreckter Mittelfinger (zu einem Autofahrer)	Preis 2.200 DM
5. „Raubritter!“ (zu einem Polizisten)	Preis 2.000 DM
6. Scheibenwischer-Geste (zu einem Polizisten)	Preis 2.000 DM
7. „Verfluchtes Wegelagerer-Gesindel!“ (zu einem Polizisten)	Preis 1.800 DM
8. „Sie sind ja krankhaft dienstgeil!“ (zu einem Polizisten)	Preis 1.500 DM
9. Vogel zeigen (zu einem Polizisten)	Preis 1.500 DM
10. „Sie Holzkopf!“ (zu einem Polizisten)	Preis 1.500 DM
11. Ring aus Daumen und Zeigefinger formen (zu einem Autofahrer)	Preis 1.350 DM
12. „Dumme Kuh!“ (zu einer Politesse)	Preis 1.200 DM
13. Duzen eines Polizisten	Preis 1.200 DM
14. „Du Asozialer!“ (zu einem Polizisten)	Preis 1.125 DM
15. „Was willst Du, Du Vogel!“ (zu einem Polizisten)	Preis 1.000 DM
16. „Zu dumm zum Schreiben!“ (zu einem Polizisten)	Preis 900 DM

Natürlich dürfen wir die Beschreibungen des Katalogs nicht so vordergründig sehen, dass nur der Wortlaut zählt. Der Richter ist gehalten, den ganzen Zusammenhang zu berücksichtigen, nach seinem unlinguistischen Verstand. Die Grundidee scheint: Je nach der Menge der Ehre, um die es geht, wird das Strafmaß festgesetzt.

Wichtig ist für uns: Welche Kriterien werden angewandt? Eine besondere Rolle scheint das Duzen zu spielen. Hier fällt gleich auf, dass Duzen allein

(13.) offenbar teurer sein kann als Duzen zusammen mit einer Beschimpfung (14., 15.). Aber da geht es nur um kleine Preisunterschiede.

Erstaunlicher ist die Tatsache, dass Duzen so schlimm sein soll. Wie konnte eigentlich das diskriminierende Duzen entstehen? Ist Duzen nicht eigentlich was Nettes? Hier müssen wir als Linguisten auch die Frage stellen, wie der Richter all die unterschiedlichen Gebräuche des Du unterscheiden will. Wie ist das diskriminierende Du abzugrenzen vom vertraulichen, dem intimen, dem brüderlichen, dem exemplarischen, dem solidarischen, dem hierarchischen, dem asymmetrischen, dem therapeutischen, dem didaktischen, dem tierischen, dem sozialistischen? Wie war das eigentlich in DDR mit dem Duzen eines Polizisten?

Interessant erscheint mir auch, dass sozusagen die gleiche intermediäre Intention mit unterschiedlichem Preis belegt wird. So dürften doch 6. und 9. verbalisiert das Gleiche sein. Und muss also zur Beurteilung einer Geste vorher eine verbale Paraphrase her? Warum sollte die eine Geste sonst teurer sein als die andere. Was steckt also hinter 4., dass es so teuer ist?

Wir erkennen an der Strafliste auch: Es geht vor allem um Beamte (besonders Frauen, darum ist 1. so teuer). Daraus ersehen wir eine gesellschaftliche Funktion des Delikts. Funktionsträger sollen geschützt werden. Dies ist neben oder mit der Ehre ein kultureller Grundpfeiler des Beleidigens.

## 5. Fazit

Was lernen wir aus dieser Betrachtung?

- Zuerst einmal: Es gäbe schon etwas für die Linguistik zu sagen. Aber wer will das schon? Gäbe es Abnehmer?
- Der prototypische Fall oder wie man jemanden am besten beleidigt: Beleidigen mit einem klar adressierten Schimpfwort, das als Beleidigung anerkannt ist, im Beisein von B und C.
- Beleidigen hat irgendwie neurotische Züge, es ist vollständig kulturbestimmt.

Außerdem ist das Thema anregend. Jedenfalls habe ich noch zwei interessante Weiterführungen von Kollegen zugesandt bekommen, ein kommunikativer Akt, der leider nicht so üblich ist.

Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort: Ich wäre eigentlich selbst gern ein Mensch, der nicht beleidigt werden kann. Ich schaffs aber noch nicht immer und überall.

## Literatur

- Bühler, Karl (1965): Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart.
- Koch, Hans-Jörg (1967): Ich lasse mich nicht beleidigen. Wilhelm Goldmann Verlag, München.

- Hartl, Joseph (1884): Die alten deutschen Kunstworte der Anatomie. Wilhelm Braumüller Verlag, Wien.
- Institut für Sexualforschung (Hg.) (1928–1931): Bilderlexikon der Erotik. 4 Bde. Wien.
- Schubert, Werner/Regge, Jürgen/Rieß, Peter/Schmid, Werner (1988): Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozessrechts. Walter de Gruyter Verlag, Berlin, New York.
- Vorberg, Gaston (1985): Glossarium Eroticum. Müller & Kiepenheuer Verlag, Hanau, Main.

NORBERT RICHARD WOLF

## Gibt es den sprachlichen Fingerabdruck?

Oder: Was kann die Kriminalistik  
von der Sprachwissenschaft erwarten?

Gewissermaßen als öffentlicher Abschluss der so genannten ‚Barschel-Affäre‘ tauchte nach dem Tode des Politikers ein Brief auf, in dem Barschel seinem damaligen Partei-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein vorwarf, von allen Machenschaften gewusst, aber keinerlei Unterstützung gewährt zu haben. Dieser Brief wurde im ARD-Magazin ‚Panorama‘ am 18. Oktober 1988 einem ‚forensischen Linguisten‘ gezeigt, der aufgrund einiger weniger lexikalisch-stilistischer Kriterien zu dem Urteil kam, dass der Brief authentisch sei; diese Beurteilung gipfelte in dem Satz: „Dieser Brief ist keine Fälschung.“ Zudem sprach unser Linguoforensiker von einem „sprachwissenschaftlichen Fingerabdruck“<sup>1</sup>, wobei er sicher einen ‚sprachlichen Fingerabdruck‘ meinte. In der Folge stellte sich heraus, dass der Brief eine Fälschung war: Die Unterschrift Barschels war kopiert worden; das Ganze soll sogar eine Destabilisierungsaktion der DDR-Staatssicherheit gewesen sein.<sup>2</sup> Gleichwohl, das linguistische Gutachten, durch das Fernsehen verbreitet, erregte die öffentlichen Gemüter. In einem satirischen Artikel formulierte die Hamburger Wochenzeitschrift ‚Die Zeit‘, dass es dem forensischen Linguisten geglückt sei, „Laien für jene sprödeste aller Geisteswissenschaften zu interessieren“, und prophezeite gleichzeitig, dass nach einer genaueren Prüfung vor allem durch „Zweifler und Mäkler“ des Bundeskriminalamts „die Linguistik“ bald wieder das sein würde, „was sie bislang war: eine Orchidee aus Papier, kein Fall fürs Leben“ (Müller-Schöll 1988, S. 57).

Der televisionäre Sachverständige hatte, wie schon gesagt, von einem „Fingerabdruck“ gesprochen. Ein Fingerabdruck ist nach allgemeinem Verständnis ein „auswertbarer, die Linien der Haut erkennen lassender Abdruck der Innenfläche eines Fingers“ (Duden 1999, Bd. 3, S. 1240), wobei das Adjektiv *auswertbar* als Attribut zu *Abdruck* bedeutet, dass ein Fingerabdruck ein individuelles Kennzeichen ist, das einer und nur einer Person zukommt.

---

<sup>1</sup> Vgl. die zusammenfassende Dokumentation dieses Falls bei Grimm (1991, S. 9).

<sup>2</sup> Auf die methodischen Fehler des linguistischen Gutachters geht ausführlich Steinke (1990 S. 326–328) ein.

Ein ‚sprachlicher Fingerabdruck‘ wäre dann ein ‚auswertbares sprachliches Merkmal, das nur einer Person zukommt‘. Ein sprachlicher Fingerabdruck ist also eine „individuell charakteristische Verwendungsweise gedanklich-sprachlicher Formen“ (Krahl/Kurz 1979, S. 61), also ein individualstilistisches Merkmal. „Individualstilistische Besonderheiten sind in gewissem Sinn durchgängig, sie können in allen Kommunikationsbereichen und bei verschiedenen Anlässen zutage treten“ (Krahl/Kurz 1979, S. 61), sie scheinen – wenn wir dieser Formulierung vertrauen – textsorten- und situationsunabhängig zu sein. In diesem Sinn bezeichnet der Terminus ‚Individualstil‘ „den charakteristischen Stilhabitus eines jeden sprachgebrauchenden Menschen“ (Sanders 1973, S. 109).

Auch in der Kriminalistik – dafür ist nicht nur der erwähnte forensische Linguist ein Zeuge – folgt man gerne der Annahme, dass es den Individualstil als ‚sprachlichen Fingerabdruck‘ gibt. Sowohl Ermittlungsbehörden als auch Gerichte, vor Allem Strafgerichte bedienen sich gerne sprachwissenschaftlicher Sachverständiger, insbesondere zur Ermittlung von Tätern bzw. zur Identifizierung von Autoren. Und so überrascht es nicht, dass dem „Germanisten, dem Philologen überhaupt [...] öfters die Aufgabe gestellt“ wird, „zu einem bekannten Text den unbekannten Autor zu suchen“ (Betz 1964, S. 25; vgl. auch Betz 1975), wobei hier, wie wir noch sehen werden, nur eine Aufgabe der forensischen Stilanalyse formuliert ist.

Doch hier beginnt auch die Problematik, die derartige Aufgaben dem Sprachwissenschaftler nicht leicht macht. Es soll mit sprachwissenschaftlichen Methoden etwas bewiesen werden, wozu kriminalistische Methoden und Techniken nicht ausreichen. Solche kriminalistischen Methoden wären „die Daktyloskopie, die Personenbeschreibung, die Bewertung von Schuhspuren, Werkzeugspuren, Reifenspuren“, und der Kriminalist, von dem diese Aufzählung stammt, meint dann auch: „Alles bei einer Person ist individuell, die Papillarleisten, die Haut, das Haar, die Sekrete, die Fingernageloberfläche [...], die Iris, der Gang, die Sprache, die Bewegungen, die Handschrift, das Benutzen technischer Hilfsmittel wie Schreibschablonen oder Schreibmaschinen und schriftlich auch der Schreibstil und die Ausdrucksweise.“ (Steinke 1990, S. 321) „Schreibstil“ und „Ausdrucksweise“ werden also die gleiche Aussagekraft zugesprochen wie der Daktyloskopie oder, etwas später, der DNA-Analyse.

Ich möchte dem an einem ‚konkreten‘ Beispiel nachgehen. Es handelt es sich um die Entführung eines jungen Mannes, dessen Ehefrau dann insgesamt vier, natürlich anonyme, Erpresserbriefe bekam; diese Briefe waren alle mit derselben Schreibmaschine, die nie gefunden wurde, getippt worden. Das Lösegeld betrug 21 Millionen Mark. Geraume Zeit nach diesen Ereignissen wurde ein Verdächtiger verhaftet, und es kam zu einer Anklage und einer Gerichtsverhandlung. Während des Prozesses bekamen mehrere Gutachter

den Auftrag, zu untersuchen, ob die Erpresserbriefe vom Angeklagten stammen könnten. Als Vergleichsmaterial wurden mehrere Geschäfts- und Privatbriefe des Angeklagten zur Verfügung gestellt.

Alle diese Briefe sind ziemlich kurz, gerade die Geschäftsbriefe bestehen oft nur aus einigen wenigen Sätzen, in denen z. B. eine Taucherausrüstung bestellt wird. Dennoch sind die Erpresserbriefe am ehesten mit Geschäftsbriefen vergleichbar, schließlich ist auch eine Erpressung eine Art geschäftlicher Vorgang und wird auch häufig so formuliert. Dennoch weisen alle vier Erpresserbriefe Besonderheiten auf, die sich so in 'normalen' Briefen nicht finden. Sehen wir uns das erste und längste Täterschreiben einmal an.

- 1 Wir haben [REDACTED] an einem sich eren Ort festgesetzt. Jede Kontaktmöglichkeit mit der Aussenwelt ist ihm mit absoluter Sicherheit genommen. Da wir nicht bereit sind - und es vor allem aus Gründen des Geldübernahmeverfahrens technisch nicht möglich ist - die Operation durch irgendwelche Einflüsse über den blamabigen Abschluß am Freitag, den 17.12.76 hinaus verzögern zu lassen, haben wir bis auf etwas Wasser auf die Proviantierung und Entsorgung verzichtet. Der Aufenthaltsort [REDACTED] wird von uns aus Sicherheitsgründen nicht mehr kontaktiert - und er wird auch für immer aus unserem Bewußtsein gestrichen, wenn einer der folgenden Fälle eintritt:
- 10 1. Lösegeld wird nicht 100 % termingerecht und in voller Höhe bereitgestellt. (Verhandlungen oder gar Beweise des Wohlbefindens können auf Grund des festgelegten Operationsverlaufes nicht stattfinden)
2. Polizeieinsatz in irgendwelcher Form wird bemerkt.
3. Lösegeld ist falsch oder gekennzeichnet. (UV-Tinte, Berührungsfarbstoffe, Strahlung usw.usw. All dies wird vor der Freilassung von Vahleuten geprüft.)
4. Der Geldübernahmekurier - der nicht weiß, was er überbringt - wird in irgend einer Weise verfolgt, oder anderweitig observiert.
- 20 Der Einsatz von Peilsignalquellen gleich welcher Art, wird von uns mit Sicherheit festgestellt! (M.F. und IR - Peilung, Geiger Müller usw. Auch der Einsatz von Sprechfunk wird überwacht.)
- Publikation irgend welcher Art, vor und nach Beendigung des Unternehmens vor Ablauf von drei Jahren. Auch nach der Freilassung hat eine Publikation die Liquidierung eines Angehörigen des Hauses [REDACTED] zur Folge - und sein Sie sicher, wir haben die Mittel.
- Wie wichtig es ist, die Bedingungen alle Wortgetreu einzuhalten, wird klar, wenn Sie folgendes wissen:
- 30 [REDACTED] ist an seinem Aufenthaltsort über eine Zeitschaltung, die für kommenden Freitag, 17.12. - 17,00 Uhr aktiviert ist, an das Kraftstromnetz angeschlossen. Bei nicht rechtzeitiger Befreiung tritt zum genannten Zeitpunkt innerhalb von Sekunden der Tod ein.
- Die Auslösesumme beträgt 22 000 000.-- DM (Einundzwanzig Millionen) in gebrauchten, nicht notierten Tausendmarken Scheinen, untergebracht in zwei kleinen Koffern. Die Bündelung hat in straffer Form mittels Tesafilm einmal längs und quer in Bündeln zu je 1,5 Mill. DM zu erfolgen.
- Als Übergabeperson wird [REDACTED]s Bruder [REDACTED] oder [REDACTED] bestimmt. Der Überbringer hat mit dem Geld am Freitag, den 17.12.76 um 11,00 Uhr in der Reception des Hotel Sheraton in München Bogenhausen zu warten.
- 40 Die Bekanntgabe des Aufenthaltsortes erfolgt 3 Stunden nach Übernahme und Prüfung des Geldes.
- Sollte eine von uns nicht kontrollierbare Entwicklung abzusehen sein, wird aus Sicherheitsgründen die gesamte Aktion, egal in welcher Phase befindlich, sofort gestoppt und als gescheitert betrachtet.
- Eine erfolgreiche Wiederholung ist an jedem Ort, zu jeder Zeit und mit Jedermann möglich.
- 47 [REDACTED] allerdings würde dann nicht mehr in unserer Mitte weilen.

Wir sehen sofort, dass typische Merkmale der Textart 'Brief' hier fehlen: Angabe des Absenders, Datum, Anrede, Schlussformel mit Unterschrift.

Dieser Brief ist, was auch äußerlich zu sehen ist, in sechs Abschnitte geteilt: Der erste Abschnitt (Z. 1-10) informiert über den „Aufenthaltsort“ (Z. 8)

des Entführten. Der zweite Abschnitt (Z. 11–26) nennt in fünf Punkten Bedingungen für die Übergabe des Lösegelds. Der dritte Abschnitt (Z. 27–32) gibt Kenntnis von einer elektrischen Anlage. Der vierte Abschnitt (Z. 33–36) teilt die Höhe des Lösegelds mit. Der fünfte Abschnitt (Z. 37–46) instruiert über die Übergabemodalitäten. Der letzte Abschnitt, der aus nur einem Satz besteht (Z. 47) spricht von der Konsequenz in dem Falle, dass eine Bedingung nicht eingehalten wird.

Mit einer Ausnahme sind alle Sätze Aussagesätze mit Zweitstellung des finiten Verbs. Die eine Ausnahme steht in Z. 26; der Äußerungsteil *und sein Sie sicher* ist durch einen Gedankenstrich vom Vorausgehenden abgetrennt resp. mit diesem verbunden, was durch die Konjunktion *und* ebenfalls ausgedrückt wird. *sein Sie sicher* ist eine appellative Formel, die, an den Leser gerichtet, eindringlich darauf hinweisen soll, dass das Angedrohte eintreten wird. Das zweimal verwendete Modalitätsverb *haben* (Z. 35 und 38) hat innerhalb der Aussagesätze expliziten Aufforderungscharakter.

Durch diese Aussagesätze wird alles als bestehende und nicht außer Kraft zu setzende, nicht in Frage zu stellende Tatsache dargestellt. Dieser Eindruck wird durch zahlreiche unpersönliche Konstruktionen gestützt: *Jede Kontaktmöglichkeit mit der Aussenwelt ist ihm mit absoluter Sicherheit genommen* (Z. 1–3); *Lösegeld wird nicht 100% termingerecht und in voller Höhe bereitgestellt* (Z. 1 f.); *Polizeieinsatz in irgendwelcher Form wird bemerkt* (Z. 14); *Als Übergabeperson wird NN s Bruder NN oder NN3 bestimmt* (Z. 37); *Eine erfolgreiche Wiederholung ist an jedem Ort, zu jeder Zeit und mit Jedermann möglich* (Z. 45 f.). Der Leser wird, wie gesagt, einmal angesprochen. Der oder die Entführer referiert/referieren auf sich mit dem Personal- bzw. Possessivpronomen der ersten Person Plural (Z. 1, 3, 6, 8, 9, 20, 26), vor allem also im ersten Abschnitt, der ja über die Maßnahmen der Täter informiert. Das Possessivum *unser* in Z. 47 hat eine andere Funktion. Das pluralische Pronomen erlaubt eine größere Anonymität als die Singularform *ich*. Relativ häufig – relativ zum gesamten Vorkommen – steht das Pronomen *wir* in passivischen Konstruktionen, die den Vorgang oder Zustand deutlicher fokussieren, als dies das Aktiv täte.

Die letzten beiden Sätze sind nicht ohne rhetorische Fähigkeiten formuliert. Eine vergleichbare rhetorische Gestaltung begegnet in den Geschäftsbriefen nirgends, ist allerdings dort auch nicht notwendig. Auch die drei weiteren Täterbriefe, die ebenfalls keine Datum- und Absenderangabe, auch keine Art von Unterschrift aufweisen, sind ohne eine solche rhetorische Gestaltung geschrieben; sie enthalten auch nur die Anweisungen (deshalb hier weit mehr Aufforderungsformen), was konkret zu tun ist. Der Autor/die Autoren dieses ersten Briefes verstehen also durchaus, gezielt zu formulieren.



Das Gericht hatte bei diesem Verfahren mehrere Sprach- und einen Literaturwissenschaftler als Gutachter bestellt. Der Literaturwissenschaftler formulierte explizit, dass er „Eigentümlichkeiten des sprachlichen Ausdrucks“<sup>3</sup> suche, damit sind individualstilistische Elemente oder Züge gemeint. Und er glaubte diese auch in der „Tendenz zum substantivischen Stil“ festgestellt zu haben, und zwar sowohl in den Täterschreiben als auch in den Geschäftsbriefen.

Im ersten Erpresserbrief will der Gutachter drei derartige Fälle gefunden haben:

- (1) *Bei nicht rechtzeitiger Befreiung tritt zum genannten Zeitpunkt innerhalb von Sekunden der Tod ein (Z. 31 f.).*  
Alternativformulierung des Gutachters: *Wird er nicht rechtzeitig befreit, stirbt er zum genannten Zeitpunkt innerhalb von Sekunden.*
- (2) *Auch nach der Freilassung hat eine Publikation die Liquidierung eines Angehörigen des Hauses NN zur Folge (Z. 25 f.).*  
Alternative: *Sollte auch nach der Freilassung etwas publiziert werden, so wird ein Angehöriger des Hauses NN getötet werden.*
- (3) *Die Bekanntgabe des Aufenthaltsortes erfolgt 3 Stunden nach Übernahme und Prüfung des Geldes. (Z. 40 f.)*  
Alternative: *Der Aufenthaltsort wird 3 Stunden nach Übernahme und Prüfung des Geldes bekanntgegeben.*

Der Gutachter stellt also in allen Fällen dem „Substantivstil“ einen „Verbalstil“ gegenüber. Diese Gegenüberstellung aber macht nicht nur eine mögliche individuelle Eigenart sichtbar, sondern weist auf die jeweils besonderen stilistischen Funktionen der Substantivierungen hin:

**ad (1):** Die Konstruktion mit dem Substantiv erlaubt mehreres: Das bedeutungsschwere Substantiv *Tod* kann im Gegensatz zum Verb *sterben* an den Schluss des Satzes treten, wodurch es mehr Gewicht erhält. Die substantivische Fügung ist, anders als die verbale mit *sterben*, unpersönlich; das Geschehen wird geradezu als Fügung des Schicksals dargestellt. Als anderes Verb stünde *töten* zur Verfügung, doch setzt dieses ein Agens voraus, was der Schreiber sicher vermeiden wollte.

**ad (2):** Die substantivische Fügung erlaubt die Verwendung der Wortgruppe *zur Folge haben*; das Ursache-Folge-Verhältnis, um das es dem Autor geht, wird auf diese Weise viel deutlicher ausgedrückt als bei der verbalen Alternative. Außerdem hat *Liquidierung* in bestimmten Texten schon den makabren Charakter eines ‚Fachterminus‘.

<sup>3</sup> Ich zitiere aus dem damaligen maschinenschriftlichen Gutachten des Literaturwissenschaftlers.

**ad (3):** Diese Konstruktion ermöglicht eine deutliche Zweiteilung des Satzes; die erste Substantivgruppe bildet das Thema, die zweite, verbunden mit dem Funktionsverb *erfolgen*, bringt das Rhema, das die wichtige Information enthält. Auf diese Weise wird mit dem Thema für den Leser eine Spannung aufgebaut, die dann mit dem Rhema gelöst wird. Die verbale Konstruktion hätte nicht diesen Effekt.

Es wird also deutlich, dass der „Substantivstil“ die Rhetorik des ganzen Briefes stützt, dass der Autor Möglichkeiten, die die deutsche Sprache bietet, geschickt der Rhetorik der Erpresserbriefe dienstbar zu machen weiß. Derartiges bieten die Belege aus den Briefen des Angeklagten nicht. Hier wirken die substantivischen Fügungen, ohne dass ich dies hier im Detail belegen kann, eher ‚geschraubt‘ und ‚papieren‘.

Der Gutachter stellt allerdings fest, dass diese „Merkmale [...]“ sicher nicht so signifikant“ sind, „daß man von ihnen auf eine Identität der beiden Verfasser schließen könnte, aber sie stützen den [...] Befund, daß der Beschuldigte als Verfasser der Erpresserbriefe nicht auszuschließen ist“.

Interessant an diesem Fall – dies sei hier eigens angefügt – ist, dass der Gutachter u. a. betont, dass „sich als individuelles Stilmerkmal eine Vorliebe für gewisse Wörter und Ausdrücke nicht feststellen“ lässt. Dem widerspricht er in einer späteren Veröffentlichung, in der er nun doch ein deutlicheres Indiz gefunden haben will. Es ist das Adjektiv *befindlich*, das auch im ersten Täterschreiben (Z. 44) vorkommt. Es begegnet in zwei weiteren Täterbriefen: *Gehen Sie zu dem Fach, zu dem der beiliegende Schlüssel paßt. Verhalten Sie sich nach der dort befindlichen Anweisung*; und: *Gehen Sie mit dem Geld und dem hier im Schließfach befindlichen Koffer zu den Toiletten ...* Dieses Adjektiv taucht auch in drei Geschäftsbriefen des Angeklagten auf, was natürlich angesichts 77 Blättern mit Briefen – im Gegensatz zu vier Täterschreiben – nicht allzu viel ist. Dazu der Kommentar des Gutachters: „Nach den einschlägigen Wörterbüchern zählt dies Adjektiv zum *Papierdeutsch*.“ (Jöns 1982, S. 283) Und dann der Schluss: „Wir haben es mit einer konstatierbaren Besonderheit des Sprachgebrauchs zu tun, der man Indizienwert für die Verfasseridentität zusprechen kann.“ (Jöns 1982, S. 284)

Zunächst möchte man natürlich die Frage stellen, warum der Gutachter darauf nicht schon bei seiner Tätigkeit vor Gericht gestoßen ist. Wie dem auch sei, dass in drei Täterbriefen dieses Adjektiv vorkommt, ist sicherlich auffällig; dass es auch in den Briefschaften des Angeklagten dreimal begegnet, ist schon nicht mehr so auffällig. Schließlich ist es auch ein überaus praktisch handhabbares Adjektiv, das zwar nicht allzu häufig begegnet, aber auch nicht immer als ‚papierdeutsch‘ charakterisiert werden kann, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Im Widerspruch zu den über ihn noch heute im Umlauf befindlichen Ansichten hat er die direkte Tendenzliteratur oft genug angezweifelt und abgelehnt. (Reich-Ranicki 1993, S. 73)

Der Schock eines so gewaltigen Empfindungsstromes, wie er durch LSD erzeugt wird, gefährdet den sensiblen, noch in Entwicklung befindlichen Psycho-Organismus auf jeden Fall. (Hofmann 1993, S. 76)

Und nun plötzlich wußte ich, was mir fehlte: jenes Geräusch fehlte, welches bei jedem in Ordnung befindlichen Dampfkessel sich meldet, wenn die Betriebsspannung erreicht und überschritten wird. ... (Doderer 1986, S. 73)

und den Krummstab in der Rechten, mit gravitätischen Schritten in vollem Ornate einmal hin und her durch den Raum stolzierte, hatte der Küster auch schon, affenartig behende, eine Lade aufgerissen, mit einem einzigen Griff alle in der Handkasse befindlichen Geldscheine zu sich gesteckt, und floh in langen Sprüngen durch den Verkaufsraum und auf die Straße. (Doderer 1986, S. 100)

Auch war, was ich jetzt feststellen konnte, zu unerwartet, zu sehr außerhalb jeder Gedankenverbindung befindlich, als daß es eine Wahrnehmung schon früher, und vor dem unwiderleglichen Augenschein, hätte in mir auslösen können. (Doderer 1986, S. 116)

Wutanfall, daß er in etwa einem Meter Höhe mit beiden Beinen zugleich gegen die Wand sprang und in ein hier hängendes Bild hinein, das, schmal und hoch, hinter Glas und Rahmen befindlich war. (Doderer 1986, S. 125)

Sie schlossen mit Gummizug an. War man in den Ärmeln, dann ergriff man die darin befindlichen Stöcke, an welchen vorn die Hände festsäßen. (Doderer 1986, S. 152)

Ich habe zehn dtv-Bände, die alle im Jahre 1993 erschienen sind und am Würzburger Lehrstuhl für deutsche Sprachwissenschaft maschinenlesbar zur Verfügung stehen, durchsucht, dazu den Roman ‚Kassandra‘ von Christa Wolf und die Sammlung von Erzählungen Heimito von Doderers, die unter dem Titel ‚Der Oger‘ herausgegeben worden sind. Auch hier fällt auf, dass Doderer dieses Adjektiv fünf Mal verwendet. Ob man es als ein individualstilistisches Element Doderers bezeichnen kann, vermag ich dennoch nicht zu sagen.

Halten wir an dieser Stelle resümierend fest: Es ist durchaus möglich, dass es das Phänomen ‚Individualstil‘ gibt. Es handelt sich jedoch nicht um ein Merkmal, das kontextfrei und textartenunabhängig vorkommt, sondern wir müssen uns immer zuallererst vor Augen halten, dass ‚Stil‘ das Wie mit einem jeweils bestimmten Zweck eines sprachlichen Textes ist. Und unter diesem Gesichtspunkt wird es nahezu unmöglich, individualstilistische Elemente zur Autoridentifizierung heran zu ziehen. Zu diesem eher pessimistischen Schluss kommen auch andere sprachwissenschaftliche Autoren.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Man vgl. nur die einschlägigen Beiträge in den Sammelbänden Kniffka (1990) und Grewendorf (1992).

Diese pessimistische Beurteilung der sprachwissenschaftlichen Möglichkeiten ist zweifach zu begründen:

1. Das Vergleichsmaterial gehört in den meisten „Fällen einer anderen Textsorte an als das fragliche Material“; desgleichen sind die „Produktionsbedingungen der Erpresserbriefe“ ebenfalls in den meisten Fällen „ungeklärt“ (Hehn 1992, S. 199), so dass es oft kaum möglich ist, zu entscheiden, ob nur eine Person als Autor in Frage kommt oder ob man es mit mehreren Verfassern zu tun hat.
2. Es scheint überhaupt problematisch zu sein, ein Phänomen wie den Individualstil ‚dingfest‘ zu machen. Sobald man mit ‚harten‘ Methoden an dieses Phänomen heran zu gehen versucht, verschwimmt es gewissermaßen. Dies zeigt sich auch bei so genannter ‚schöner Literatur‘, bei der ja die bewusste sprachstilistische Gestaltung eine wichtige Rolle spielt. Ich verweise hier nur auf die Untersuchung an Texten Thomas Manns durch Christian Grimm (1991) oder auf die nie enden wollende Frage nach der Autorschaft von ‚Bonaventuras Nachtwachen‘. Alle Bemerkungen zu individualstilistischen Elementen, auch meine vorgetragenen Beobachtungen zu dem einen Täterschreiben, sind letztlich intuitiv, impressionistisch und somit nur bedingt beweiskräftig. Andererseits, wenn man wie Christian Grimm (1991) mit statistischen Methoden den Stil etwa Thomas Manns und einiger Zeitgenossen untersucht, dann kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, dass das, was man sehr gerne für typisch für Thomas Mann hält, sich viel häufiger etwa bei Hermann Hesse findet.

Auf der anderen Seite ist auch schon versucht worden, nachzuweisen, dass Täterschreiben nicht von einem einzigen Autor stammen können. Im Falle des österreichischen Briefbombenattentäters Franz Fuchs versuchte ein Wiener Kollege, zu zeigen, dass die damaligen Briefe „von mehreren, fachlich unterschiedlich versierten Autoren“ ([http://tv.orf.at/thema/990201/990201\\_2.htm](http://tv.orf.at/thema/990201/990201_2.htm), 02.03.01.) stammten. Dieses Gutachten, das aus „ca. 3000 Blatt“ (Eder 2001) bestehen soll, wurde vom Gericht nie berücksichtigt, möglicherweise, wie manche vermuten wollten, auch deshalb, weil das offizielle Österreich nicht von der „Einzeltäterthese“ (Thurnher 2000, S. 8) abzurücken wollte.<sup>5</sup>

Wenn wir aber „von mehreren, fachlich unterschiedlich versierten Autoren“ sprechen, dann geht es vermutlich nicht so sehr um tatsächliche oder ver-

<sup>5</sup> Das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden wurde mit einem Gutachten beauftragt. In der Diskussion nach dem Vortrag meldete sich eine Mitarbeiterin des BKA zu Wort und teilte mit, dass das eigentliche Gutachten des Wiener Kollegen etwa 150 Seiten Umfang gehabt und dass der Rest hauptsächlich aus statistischen Tabellen und Diagrammen bestanden habe, dass das Ganze kaum gerichtsverwertbar gewesen sei. Dass also dieses Gutachten beim Prozess in Graz nicht in Erscheinung getreten ist, dürfte also keine politischen Gründe haben.

meintliche individualstilistische Elemente, sondern viel mehr um Textmerkmale, die auf ein bestimmtes Täterprofil schließen lassen. Eine derartige Fragestellung, etwa nach der „fachlichen Versiertheit von Autoren“ spielt natürlich nur bei dem Versuch, ein ‚Täterprofil‘ zu erstellen, eine Rolle, nicht aber wenn es darum geht, einen Täter zu identifizieren. Beim Täterprofil besteht die Aufgabe darin, heraus zu finden, „in welchen sozialen Kreisen oder Berufsgruppen der Täter vielleicht zu suchen ist, ob er einen Dialekt spricht oder Ausländer ist, wie groß seine stilistischen Fähigkeiten sind, ob er einen bestimmten Wortschatz bevorzugt und dergleichen mehr“ (Jöns 1982, S. 276). Das Ergebnis einer solchen Untersuchung wird „aber immer recht unbestimmt bleiben“, die Analyse kann höchstens einige „Anhaltspunkte“ (Jöns 1982, S. 276) liefern.

Ich möchte dies kurz anhand eines Beispiels exemplifizieren. In den Jahren 1997 und 1998 wurde eine Lebensmittelkette auf nahezu schon konventionelle Weise erpresst; die Konzernleitung bekam in dieser Zeit acht Briefe, ein weiterer gleichlautender Brief ging an eine Reihe von Bürgermeistern in der Umgebung des Sitzes der Konzernleitung. Auf andere Weise wurde kein Kontakt gesucht. Die Kriminalpolizei gab ein sprachwissenschaftliches Gutachten in Auftrag, acht Fragen wurden dabei eigens hervor gehoben:

- Deutscher/Nichtdeutscher
- Besteht Identität hinsichtlich Textverursacher?
- Dialektische und geographische Herkunft der Textverursacher
- Hinweise Bildungsniveau
- Hinweise zur Altersbestimmung
- Hinweise auf Beruf
- Interpretation der Scheibfehler
- weitere ermittlungsrelevante Hinweise.

Der erste dieser Briefe war auch der längste (s. Abb. 2). Als erstes kann man feststellen, dass alle Briefe von ein und derselben Person geschrieben worden sind: Sie wurden auf einer mechanischen Schreibmaschine getippt, deren Typen ziemlich verschmutzt waren. Auffällig sind die Datumsangaben, bei denen nach der Monatszahl und dem dazu gehörigen Punkt einmal die Leertaste gedrückt wurde (vgl. Z. 47); diese trifft auch auf Datumsschreibungen im Briefinnern zu (Z. 23). Der Autor verwendet häufig die Formel *von etwas ausgehen*. Diese auffällige Vorliebe lässt ebenfalls vermuten, dass es sich bei allen Briefen um einen Autor handelt.

Zur Herkunft des Autors finden sich kaum sprachliche Merkmale. Zwei Phänomene können als schwache Indizien gelten:

- (1) In einem Brief begegnet die Form *Inseiter* anstelle der fremdwörtlichen Schreibung *Insider*. Die eingedeutschte Graphie könnte als hyperkorrek-

te Form eines Schreibers interpretiert werden, der aus einem Gebiet der ‚binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung‘ kommt, das wäre aus dem Ostfränkischen, dem südlichen Thüringischen und dem Obersächsischen.

- (2) Zweimal wird in Anreden das Adjektiv *wert* verwendet: *Werter Herr 1. Bürgermeister* und *Werte Damen und Herren*. Die Anrede mit diesem Adjektiv gilt heute als „veraltend“ (Duden 1999, Bd. 10, S. 4494); sie wurde allerdings im öffentlichen und geschäftlichen Leben der DDR häufig verwendet; selbst geraume Zeit nach der Wiedervereinigung war die Anrede *Werte Fahrgäste* auf Bahnhöfen oft zu hören.

Diese beiden Phänomene könnten also auf einen Sprecher/Schreiber aus dem südlichen Thüringen oder aus Sachsen verweisen.

1 Do (-)

■■■■■ GmbH & Co.-KG  
Fährstr. 12  
91330 ■■■■■

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Ich habe hiermit die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihr Unternehmen ausgewählt habe, dafür zu sorgen, mein seitlich begrenztes Leben anspruchsvoller zu gestalten.  
10 Ich wurde durch eine heimtückische Krankheit zu einem Außenseiter der Gesellschaft.  
Ihr Unternehmen habe ich ausgewählt, weil ich dort einkaufe und weil Sie ein solventes Unternehmen sind. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe keinen Groll auf Sie, ich glaube nur, daß Sie 5 (fünf) Mio. DM nicht umwerfen. Mir würden diese Mio. aber das Leben schöner machen.  
Als Alternative für die Zahlung bedrohe ich Sie mit einer Giftbeimischung in Lebensmittel im bundesweiten Rahmen an.  
Gehen Sie davon aus, daß ich diese Zeilen erst meine!  
20 Bis jetzt wissen nur Sie und ich von diesem Schreiben, Sie bestimmen, ob es so bleibt. Die Presse und Mitkonkurrenten würden sich vor Freude überschlagen, Ihre Kunden sicherlich nicht.  
Ich habe keine Skrupel andere Menschen mit in den Tod zu nehmen, ich habe meine Krankheit auch nicht durch Menschenliebe bekommen.  
Sie teilen mir in der Samstagsausgabe (18.10. 1997), Partneranzeigen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung durch folgende Anzeige Ihre Bereitschaft mit:

- Am einen besonderen Herrn  
Die schöne Frau von Seite 1  
sucht Dich.  
30 Ich habe "fast Alles", Ende  
30, Raum: ■■■■■, möchte  
"Alles", wirklich "Alles"  
mit Dir teilen. Sag mir, was  
ich sonst noch für Dich tun  
kann?

- Anzeige mit Rahmen umgeben unter Postfachadresse, diese Person wird dann auch meine Kontaktperson sein, damit meine folgenden Nachrichten nicht in falsche Hände gelangen können. Eine Telefonnr. wäre auch von Vorteil plus einer Handynr.  
40 Nach Ihrer Bereitschaftserklärung erhalten Sie innerhalb einer Woche weitere Anweisungen.  
Mein Konzept ist klar in Vor- und Nachbereitung, Ihre Aufgabe ist die Schadensbegrenzung.  
Sie werden im Ernstfall, bei Nichtbereitschaft oder Nichtzahlung, in keinem Falle mitgeteilt bekommen, in welchen Lebensmitteln oder Märkten das Gift ist, Sie werden alle Märkte ausräumen müssen, darauf mein Ehrenwort!  
47 Mit freundlichen Grüßen

Do (-)

9.10. 1997

Zum Bildungsniveau nur einige knappe Bemerkungen: Der Schreiber scheint ein geübter Tipper zu sein, Fehler kommen kaum vor, Unsicherheiten zeigen sich lediglich in der Kommasetzung. Der Stil des Autors zeugt von Ironie, Zynismus und Selbstbewusstsein. Es handelt sich sicher nicht um einen ‚einfachen‘ Menschen, der nicht gewohnt ist, seine Gedanken und Wünsche schriftlich zu fixieren. Zeichen von schriftlicher Unbeholfenheit kommen nicht vor; an diesem Urteil ändert auch ein Fall von lexikalisch-syntaktischer Kontamination nichts: *Als Alternative für die Zahlung bedrohe ich Sie mit einer Giftbeimischung in Lebensmittel im bundesweiten Rahmen an.* (Z. 15 f.). Der Autor ist zudem ziemlich sicher im Gebrauch von Fremdwörtern. Eine Reihe von Eigenarten bzw. Formulierungen lässt darauf schließen, dass der Autor im Geschäfts- oder Verwaltungsstil geübt ist.

Es kann natürlich nicht gesagt werden, wie weit derartige Feststellungen die Fahndung unterstützt haben. Gleichzeitig muss auch an dieser Stelle betont werden, dass alle Beobachtungen letztlich auf der Intuition des Gutachters beruhen, man könnte aber auch sagen, dass auch die stilistische Intuition nicht unbedingt zu keinen brauchbaren Ergebnissen führt. Ich persönlich bin, vor Allem bei den in der Regel geringen Textmengen, die in der forensischen Textanalyse zur Verfügung stehen, eher gegenüber allen statistischen Methoden<sup>6</sup> skeptisch.

In unserem Material finden sich keine signifikanten Fehler, die der Identifizierung von Schreibern dienen könnten. Allerdings ist auch aus dem Bereich der ‚Fehlerlinguistik‘ noch nicht hinreichend geklärt, was ein ‚signifikanter‘ Fehler sein kann.

Halten wir also fest: Die Sprachwissenschaft ist nicht imstande, einen ‚sprachlichen Fingerabdruck‘<sup>7</sup> zu liefern. Es gibt keine linguistische Daktyloskopie. Was wir leisten können, das geht über Hinweise nicht hinaus. Die Kriminalistik wird sich wohl weiterhin vor allem ihrer spezifischen Methoden bedienen müssen, um Eindeutigkeit zu erlangen.

## Literatur

### 1. Korpustexte

Doderer, Heimito von (1986): *Der Oger und andere Kurzgeschichten*. München (dtv 10615).

Hofmann, Albert (1993): *LSD – mein Sorgenkind*. 2. Aufl. München. (dtv 30357).

<sup>6</sup> Wie sie z.B. Lipold 1999 vorschlägt.

<sup>7</sup> In der Diskussion nach dem Vortrag wies eine Mitarbeiterin der Abteilung Linguistik des BKA darauf hin, dass dort der Begriff ‚Fingerabdruck‘ überhaupt nicht mehr verwendet werde, weil er in die Irre führe. Christa Baldauf (vgl. ihren Beitrag in diesem Band) formulierte demgemäß auch, dass es weniger um einen „Fingerabdruck“ als vielmehr um einen „Fingerzeig“ gehe.

Reich-Ranicki, Marcel (1993): Über Ruhestörer. Juden in der deutschen Literatur. München. (dtv 11677).

## 2. Wissenschaftliche und journalistische Literatur

- Betz, Werner (1964): Text und Autor. Germanistische Argumente in der Rechtspflege. In: Moser, Hugo/Schützeichel, Rudolf/ Stackmann, Karl (Hg.): Fs. Josef Quint. Bonn. S. 25–28.
- Betz, Werner (1975): Sprachkritik. Das Wort zwischen Kommunikation und Manipulation. Zürich.
- Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in zehn Bänden. 3. Aufl. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1999.
- Eder, Anja (2001): Franz Fuchs – doch kein Einzeltäter? <http://joynt.at/artikel/volume34/fuchs.htm>, 02.03.01.
- Grewendorf, Günther (Hg.) (1992): Rechtskultur als Sprachkultur. Zur forensischen Funktion der Sprachanalyse. Frankfurt (Main). (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1030).
- Grimm, Christian (1991): Zum Mythos Individualstil. Mikrostilistische Untersuchungen zu Thomas Mann. Würzburg. (Würzburger Beiträge zur deutschen Philologie 6).
- Hehn, Wolfgang (1992): Sprache und Erpressung. In: Grewendorf (1992), S. 194–206.
- Jöns, Dietrich (1982): Der philologische Steckbrief. Über den Einsatz der Philologie bei der Täterermittlung. In: Gesellschaft und Universität. Festschrift zur 75-Jahr-Feier der Universität. Mannheim. S. 273–287.
- Kniffka, Hannes (Hg.) (1990): Texte zur Theorie und Praxis forensischer Linguistik. Tübingen. (Linguistische Arbeiten 249).
- Krahl, Siegfried/Kurz, Josef (1979): Kleines Wörterbuch der Stilkunde. Leipzig.
- Lipold, Günter (1999): „... denn deine Sprache verrät dich“. Zur Autorenbestimmung in der forensischen Linguistik. In: Klanska, Maria/Wiesinger, Peter (Hg.): Vielfalt der Sprachen. Fs. Aleksander Szulc. Wien 1999. S. 241–258.
- Müller-Schöll, Nikolaus: Aus dem Staub. In: Die Zeit Nr. 46, 11.11.1988, S. 57.
- Sanders, Willy (1973): Linguistische Stiltheorie. Göttingen. (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1386).
- Steinke, Wolfgang (1990): Die linguistische Textanalyse aus kriminalistischer Sicht. In: Kniffka (1990), S. 321–338.
- Thurnher, Armin (2000): Heimgniederlage. Nachrichten aus dem neuen Österreich. Wien.



CHRISTA BALDAUF

## Autorenerkennung im BKA – Linguistik unter Zugzwang?

### Abstract

Erpressung ist eine Straftat, die sich meist in einer ersten Phase rein sprachlich manifestiert und so liegt es nahe, die Sprachwissenschaft zur Klärung eines derartigen Falles heranzuziehen. Ist es möglich, für eine Ermittlung relevante Aussagen über den Verfasser zu machen, den Verfasser zu kategorisieren? Ist er ein notorischer Schreiber, ein alter Bekannter, oder handelt es sich um einen ersten unbeholfenen Versuch? Diese und andere Fragen werden an Linguisten und Linguistinnen im BKA herangetragen, die sich in eine sehr ungewöhnliche Rolle einfinden und ihre Methodik auf sehr spezifische Fragestellungen zuschneiden müssen.

Der Aufsatz soll die konkreten Bedingungen der linguistischen Arbeit im Bereich der Autorenerkennung im BKA vorstellen. Dabei werden Aufgabenstellungen, Methodik, Probleme und Forschungsdesiderate skizziert. Ziel ist es, Sprachwissenschaftler zu erreichen, die an einer konkreten Anwendung ihres Faches sowie an der Lösung sehr spezifischer Problemstellungen interessiert sind, und somit eine stärkere fachliche Vernetzung zu schaffen.

### 1. Einführung

„Hallo meine Herren,  
um erst gar keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Ich will Sie erpressen!“

So beginnt eines der zahlreichen Schreiben, die sich fast täglich in die BKA-Tatschreibensammlung einreihen und die Banalität, ja die Jovialität des Bösen demonstrieren.

Die Texte, die im Sachgebiet ‚Autorenerkennung‘ des BKA bearbeitet werden, könnten sich nicht treffender als mit der Phrase „How to do things with words“ (Austin 1962) umschreiben lassen, nur dass hier nicht versprochen, getauft, ernannt oder gewettet wird, sondern erpresst, bedroht und bekannt. Sprache ist in diesen Zusammenhängen nicht primär Kommunikationsmittel, sondern Druckmittel bzw. Tatmittel. Dies geschieht z. T. ausgesprochen explizit, manchmal gar explizit performativ, das Verb *erpressen* gesellt sich zu den performativen Verben (vgl. Abb. 1). Auch die Textfunktion wird wie in kaum einem anderen Text von zahlreichen Verfassern explizit benannt, es ist hier kein Platz für Missverständnisse (vgl. Abb. 2).

E I L T S E H R !!!!!

Geschäftsführung der [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Sehr geehrte Geschäftsführung,

hiermit erpressen wir Ihre Gesellschaft um fünf Millionen DM!

Wenn Sie auf unsere Forderung nicht eingehen, vergiften wir diverse Lebensmittel in Ihren Filialen im gesamten Bundesgebiet, ohne diese Lebensmittel zu kennzeichnen.

Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir eine Flasche Multivitaminsaft aus Ihrem Sortiment in der [REDACTED]-Filiale in [REDACTED]-Str. [REDACTED] mit dem Gift 3-(1-Methyl-2-pyrroli-dinyl)-pyridin vergiftet.

Dieses Gift wirkt bereits in Mengen von 0.05 Gramm tödlich und ist in dem Saft nicht zu erkennen!

Sie erkennen diese Flasche an dem Giftigkeitsaufkleber.

Wie Sie weiter erkennen müssen, ist an der Flasche keine weitere Manipulation festzustellen, die einen Kunden davon abhalten könnte, diese Flasche zu kaufen.

Wir geben Ihnen bis zum 29.04. [REDACTED] Zeit, uns Ihren Entschluß bzgl. unserer Forderung in der WAZ in einer überregional erscheinenden Anzeige mitzuteilen:

veröffentlichen Sie in der WAZ am 29.04. [REDACTED] eine Anzeige mit dem Text

[REDACTED] grüßt Ihren Mäusebären,

wenn Sie auf unsere Forderung eingehen.

Veröffentlichen Sie in der WAZ am 29.04. [REDACTED] eine Anzeige mit dem Text

[REDACTED] grüßt Ihren Mäusebussard,

wenn Sie nicht auf unsere Forderung eingehen.

Dann allerdings werden wir mit o.a. Gift Anschläge auf Ihre Filialen verüben, bis Sie auf unsere Forderung eingehen werden. (Zu weiteren Punkten siehe unten).

Abb. 1: Erpresserschreiben mit explizit performativer Formel

Im Falle von Erpressung handelt es sich um eine Straftat, die i. d. R. in einer ersten Phase nur sprachlich greifbar wird. Sofern im Vorfeld niemand entführt, keine Lebensmittel vergiftet oder keine Bombe gezündet wurde, manifestiert sich die Straftat im sog. inkriminierten Schreiben. Nicht selten ist ein Schreiben die einzige Spur, die den Ermittlern zur Verfügung steht. Liefern andere Ermittlungsansätze wie z. B. DNA- oder Dokument-Analysen keine Ergebnisse, so bleibt die Sprache – sonst nichts. Dabei weisen Verfasser gelegentlich explizit darauf hin, dass Handschuhe getragen, keine Sekretpuren hinterlassen und somit keinerlei Spuren gelegt wurden. Schon während der Täter dies schreibt, legt er jedoch eine Spur, die Spur seines sprachlichen Vermögens bzw. Unvermögens und die seines Stils. Ist dies der Fall, so greift man zurück auf die Methoden der Sprachwissenschaft und hofft, aus Sprache Spuren lesen zu können.

Dies ist ein Erpresserbrief in dem wir Sie auffordern,

## 5 Millionen DM

an uns zu bezahlen. Ansonsten werden wir stark gesundheitsgefährdende Stoffe und Maden in verschiedene Produkte aus ihrem Sortiment beifügen.

Sie können sich bestimmt noch an den Fall [REDACTED] vor ca. 6 Monaten erinnern und an dessen Auswirkungen auf den Umsatz der Firma [REDACTED]. Nicht nur das, der gute Ruf dieser Firma ist zerstört.

Wir bitten Sie uns den gewünschten Betrag ohne einschalten der Polizei zu übergeben. Da wir gute Beziehungen zur Kripo pflegen wird es uns sicherlich nicht entgehen falls Sie trotz dieser Warnung dort Hilfe suchen.

Sollten Sie sich nicht an diese Abmachung halten, so werden wir uns an die Presse wenden und der Öffentlichkeit mitteilen, daß sich gesundheitsschädliche Stoffe in Ihren Produkten befinden.

Die Auswirkungen können sie sich sicherlich vorstellen. Ihre Umsatzeinbußen überschreiten den von uns geforderten Betrag um ein Vielfaches, gerade jetzt, wo das Weihnachtsgeschäft bevorsteht!

Wir für uns halten uns an die Regeln, wenn Sie dies auch tun wird sich Ihr entstandener Schaden sehr gering halten.

Bezüglich der Geldübergabe werden wir uns in Kürze wieder bei Ihnen melden.

Abb. 2: Erpressers Schreiben mit Textfunktionsbezeichnung

Die Variationsbreite der Texte ist groß, sie reicht von sehr groben, auf visuellen Eindruck ausgerichteten Schmierereien bis hin zum professionell gestalteten Geschäftsbrief (Artmann 1996). Die Entstehungsbedingungen sind unbekannt, sie sind jedoch sicherlich ungewöhnlich: Ein hoher Stressfaktor, Alkohol- oder Drogenmissbrauch und die mögliche Beteiligung von mehr als einer Person (z. B. Diktat, punktuelle Formulierungshilfen [,multiple Autorschaft', Kniffka 1998, S. 284]) sind Faktoren, die bei einer Analyse stets berücksichtigt werden müssen.

Einzigartig innerhalb des kriminaltechnischen Instituts des BKA, das die gesamte Palette der klassischen Forensik umfasst, ist die Tatsache, dass im Rahmen der linguistischen Textanalyse keine physikalische Spur untersucht wird, sondern der schriftlich fixierte Niederschlag sprachlichen Vermögens und konzeptioneller Herangehensweisen. Nur wenig ist objektiv messbar,

und auch auf messbaren Größen, wie z. B. die der Fehler- oder Merkmals-häufigkeit, baut sich stets eine Interpretation der Befunde durch den Sachverständigen auf. Von einem sprachlichen Fingerabdruck kann daher zwar nicht gesprochen werden, Sprache ist jedoch ein derart inhärenter Teil unseres Verhaltens und unserer Biografie, dass sie sehr wohl etwas über den Einzelnen aussagen kann.

Der Linguist oder die Linguistin befindet sich indes in einem ungewohnten Umfeld. Aussagen müssen möglichst schnell, z. T. unter erheblichem Zeitdruck erfolgen, möglichst konkret ausfallen, linguistischen Laien verständlich sowie schnell zugänglich sein und dürfen nicht zur gewaltsamen Stürmung der Wohnung eines unbescholtenen Bürgers durch ein Sondereinsatzkommando führen. Die Aussage eines Linguisten kann sehr konkrete außersprachliche Auswirkungen haben. Auch muss gewährleistet sein, dass der Linguist oder die Linguistin mit dem Ergebnis vor Gericht bestehen kann, die Ausführungen müssen für eine spätere Beweisführung verwendbar sein und auf solider wissenschaftlicher Basis stehen. Eine Gratwanderung, die täglich bewältigt werden muss.

Auf einen Linguisten oder eine Linguistin im BKA kommt darüber hinaus ein gehöriges Maß an Überzeugungsarbeit zu, die Eignung des Faches für die Kriminalistik muss sich noch bewähren. Skepsis muss in die Erkenntnis umgewandelt werden, dass es sich lohnt, sprachliche Spuren zu verfolgen. Häufig ist dies der Fall. Wo nicht, muss dies überzeugend begründet, viel sprachwissenschaftliches Basiswissen vermittelt werden.

Die Linguistik des BKA befindet sich im Referat „Sprechererkennung, Tonträgerauswertung und Autorenerkennung“, gesprochene und geschriebene Sprache werden unter einem Dach analysiert, obwohl sie aus methodischen Gründen, die sich aus der Beschaffenheit des Untersuchungsgegenstandes ableiten, weitgehend unabhängig voneinander arbeiten (Gfroerer/Baldauf 2000). Während die Methodik der Sprechererkennung inzwischen auch international als standardisiert angesehen werden kann (Künzel 1987) und in den Köpfen der Kriminalisten als lohnender Ermittlungsansatz angesehen wird, befindet sich die Autorenerkennung im Aufbau. Während die Sprechererkennung bereits in verschiedenen Landeskriminalämtern vertreten ist, ist die Autorenerkennung dies bisher nur im BKA, wo Aufträge aus dem gesamten Bundesgebiet bearbeitet werden müssen. Das Fallaufkommen ist dabei erheblich. Die Eingangszahlen liegen jährlich bei ca. 100 Vorgängen, sprunghaft angestiegen sind seit 1997 rechtsorientierte Vorgänge. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich der Produkterpressung, einen weiteren wachsenden Bereich stellen z. Z. rechtsextremistische Bekenner schreiben, Appelle und Schmähbriefe dar.

Im Folgenden soll die Arbeit eines Linguisten oder einer Linguistin im BKA dargestellt, die Methodik skizziert und auf Forschungsdesiderate hingewiesen werden, die in diesem Bereich noch sehr zahlreich sind. Ziel ist es, einen größeren Interessenten- und Spezialistenkreis für die hier gegebenen

Fragestellungen gewinnen zu können. Da im BKA ausschließlich Autoren-erkennung betrieben wird, wird auf andere Ausprägungen der forensischen Linguistik hier nicht eingegangen (vgl. dazu z. B. Levi 1982, Kniffka 1990, Levi/Graffam Walker 1990, Grewendorf 1992, Shuy 1998).

## 2. Aufgaben der Linguistik im BKA

Die Linguistik des BKA entstand – wie so viele BKA-Einrichtungen – während der Hochzeit des Terrorismus. Angestoßen durch die Aktivitäten der Rote Armee Fraktion in den 70er Jahren, wurde die Nutzbarkeit der linguistischen Textanalyse von Schriftsachverständigen erkannt, die im Rahmen der Analyse von Schrift nicht umhin konnten, auch sprachliche Merkmale zu registrieren, deren Auswertbarkeit möglich erschien (Hecker 1990). Der Ansatz wurde durch das Bundeskriminalamt aufgegriffen und wird in einem Sachgebiet „Autorenerkennung“ innerhalb des Kriminaltechnischen Instituts bis heute weitergeführt.

Hauptaufgabe der Linguistik ist die Erstellung von Behördengutachten nach § 256 StPO (Jessnitzer 1988), die sowohl im Bereich der Ermittlung genutzt werden, wo es um die Analyse anonymer Schreiben und die Einschätzung des Verfassers geht, als auch im Bereich der Beweisführung, wo es um Autorschaftsvergleiche, die Belastung bzw. Entlastung konkreter Beschuldigter anhand von Vergleichsmaterial geht.

Für die Ermittlung wird die Linguistik dann interessant, wenn die Spurenlage karg ausfällt bzw. wenn sich die Straftat – wie im Falle einer Erpressung – weitgehend oder zu einem maßgeblichen Teil schriftsprachlich abspielt. Spektakuläre Beispiele finden sich vor allem im Bereich der Produkterpressung. Gefordert wird in diesen Fällen i. d. R. eine Textanalyse bzw. eine Autoreneinschätzung, die Ermittlungshinweise geben, den möglichen Täter kategorisieren und eingrenzen soll.

Liegen Schreiben vor, so ist ihre Analyse auch integraler Bestandteil der Täterprofilierung, die Information des Linguisten fließt hier unterstützend ein. Treten mehrere anonyme Schreiben auf, so z. B. eine Serie von Initial- und Folgeschreiben im Rahmen einer über mehrere Wochen oder Monate laufenden Erpressung oder eine Abfolge von Bekennerschreiben im Rahmen einer Anschlagsserie, so stellt sich für die Ermittlung die zusätzliche Frage der Zusammengehörigkeit von Taten oder des Auftretens von Trittbrettfahrern, zu deren Klärung u. U. ein Textvergleich beitragen kann.

Ein weiterer erkennungsdienstlicher Aspekt der linguistischen Arbeit ist der routinemäßig durchgeführte Abgleich eines Tatschreibens mit der Tatschreibensammlung des BKA. Zur Zentralstellenfunktion des BKA gehört die Führung einer zentralen Sammlung, in diesem Falle einer Tatschreibensammlung mit dem Schwerpunkt „Erpresserschreiben“, eine Datenbank, in die alle im gesamten Bundesgebiet eingehenden Tatschreiben eingestellt werden. Ziel dieses Projekts ist es, mögliche frühere Schreibleistungen eines

Verfassers aufzufinden und u. U. gegebene Tatzusammenhänge zu erkennen. Das System unterstützt die Gutachtenerstellung darüber hinaus durch die Möglichkeit, die Häufigkeit bestimmter Merkmale und damit ihre Signifikanz anhand der authentischen Materialsammlung überprüfen zu können.

Neben der erkennungsdienstlichen Funktion dient die Textsammlung als ideale Forschungsgrundlage, ein repräsentatives Corpus, welches sich ohne jegliches Zutun des Linguisten kompiliert.

Der klassische Textvergleich, d. h. der Vergleich von Tatschreiben mit Schreiben von Beschuldigten im Hinblick auf Autorenidentität, dient sowohl der Ermittlung als auch der Beweisführung. Es werden Festplatten oder aber Briefe an Behörden oder Privatbriefe sichergestellt, die als Vergleichsmaterial übersandt werden. Wichtig sind hier materialkritische Aspekte wie Zeitnähe der Textentstehung und Vergleichbarkeit der Textsorte und des Registers. Die Erfüllung dieser Bedingungen ist jedoch nicht immer möglich, Schmähbriefe oder Erpresserschreiben finden nur schwer Entsprechungen in üblichen Gebrauchstexten, die Bedingungen des forensischen Textvergleichs sind selten ideal. Die sich daraus ergebenden Einschränkungen müssen expliziert, die Notwendigkeit häufig ausladender Differenzierungen muss überzeugend vertreten werden.

### 3. Methodische Grundlagen

Nach wie vor stehen Stil- und Fehleranalyse im Vordergrund der linguistischen Analyse (Baldauf 1999). Während das Fehlervorkommen Rückschlüsse auf das sprachliche Vermögen bzw. Unvermögen eines Verfassers zulässt, wird Stil mit Sandig als „ein wesentliches Mittel sprachlicher Selbstdarstellung“ (Sandig 1995, S. 31) angesehen. Neben der Fehleridentifizierung sind Überlegungen zur Fehlergenese (schreibtechnisch bedingt, aussprachebedingt, stressbedingt o. ä. [vgl. Spillner 1990]) von besonderer Relevanz. Wird u. U. auf Umlaute und den Buchstaben  $\beta$  verzichtet, weil die verwendete Tastatur diese Zeichen nicht bereitstellt? Sind bestimmte Fehlschreibungen Reflexe regional gefärbter Aussprache? Sind Tippfehler anzunehmen aufgrund der Nähe von Buchstaben auf der Tastatur? Ist das Fehlerprofil plausibel oder könnte es sich um eine Verstellung handeln? Sind Transfererscheinungen mögliche Ursache bestimmter Fehler?

Versteht man unter Stil aus der Produktionsperspektive eine charakteristische Wahl von durch das Sprachsystem zur Verfügung gestellten sprachlichen Mitteln (Fleischer/Michel/Starke 1996), so können auch hier Fragen nach dem Warum einer bestimmten Wahl oder aber Übereinstimmungen in der Konzeption mehrerer Schreiben aufschlussreich sein. So teilten z. B. verschiedene Schmähbriefe die auffällige Konzeption eines ‚schleichenden‘ Angriffs auf den Rezipienten, ein Umschlagen des Tons im Verlauf eines Textes, der in seinen ersten Zeilen den Eindruck eines sachlichen, zustimmenden Schreibens erweckte.

Aufschlussreich kann darüber hinaus auch der Widerspruch zwischen den aus der Rezeptionsperspektive gegebenen Erwartungen und tatsächlichem Textinhalt sein. Im Rahmen einer empirischen Analyse (Stein/Baldauf 2000) zeigte sich ein offensichtlicher Konflikt zwischen der für die Textsorte Brief erwartbaren Verwendung von Höflichkeitsformeln und dem damit kaum vereinbaren Inhalt der Erpressung. Da für die Lösung eines derartigen Konflikts dem Verfasser keinerlei Anleitungen vorliegen, sind individualtypische Lösungsstrategien, die Grundlage eines Textvergleichs sein können, zu erwarten.

Das Herausfiltern des Individuellen und biografisch Bedingten aus dem textsorten- und textfunktionsbedingt Erwartbaren ist Aufgabe des Autorenerkenners. Die Unkonventionalität des Textinhalts favorisiert dabei den individuell geprägten Umgang mit seiner sprachlichen Realisierung.

Ebenen oder Elemente der Sprache, die für eine Autoreneinschätzung oder einen Urheberschaftsvergleich von besonderer Relevanz sind, sind nicht zu benennen, jeder Fall lässt andere Strukturen in den Vordergrund treten. Von Interesse sind dabei in erster Linie Vorkommen mit „Signalwirkung“ oder „Indikatorfunktion“ (Fleischer/Michel/Starke 1996, S. 43), die Rückschlüsse auf den Verfasser zulassen. Tendenzen der Gegenwartssprache (z. B. Glück/Sauer 1990) und Jugendsprache können Rückschlüsse auf die Generationszugehörigkeit eines Täters erlauben, aussprachebedingte Rechtschreibfehler oder Regionalismen auf die Region der Sprachprägung, Fehler und evtl. Interferenzen auf die Muttersprache, sofern diese nicht Deutsch ist (vgl. Bickes/Kresic 2000), fachsprachliche oder verwaltungssprachliche Elemente auf Ausbildung oder Tätigkeit, Ausdruck und Fehlerprofil können eine Grobeinschätzung des Bildungsgrades und der Erfahrung in der Textproduktion zulassen. Relevanz kommt dabei stets nur Merkmalskomplexen bzw. Merkmalsprofilen zu, nie Einzelmerkmalen, die Kinder des Zufalls sein könnten.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass – wie in der Ermittlung allgemein üblich – auf der Basis von spezifischen Befunden Hypothesen erstellt werden, die für einen spezifischen Fall und nur diesen gelten. Die Ergebnisse werden mit Hilfe einer Skala von Wahrscheinlichkeiten wiedergegeben. Von einem ‚sprachlichen Fingerabdruck‘ kann nicht die Rede sein, wohl aber von einem ‚sprachlichen Fingerzeig‘.

#### **4. Der Forschungsauftrag**

Dem folgenden von Püschel für die Stilanalyse formulierten Merksatz kommt im Rahmen der Autorenerkennung besondere Gültigkeit zu: „Verschaffe dir Kenntnisse auf möglichst vielen Gebieten der Linguistik. Je mehr du über Sprache weißt, desto mehr fällt dir an Texten auf und desto sicherer kannst du das, was dir auffällt, benennen.“ (Püschel 1995, S. 312).

Da die Gebiete der Linguistik inzwischen fast unüberschaubar sind, kann nur ein Teil der relevanten Gebiete von einzelnen Linguisten abgedeckt

werden. Was nicht bekannt ist, kann jedoch auch im forensischen Kontext nicht erkannt werden. So sind z.B. Interferenzen nur als solche zu erkennen, von Verstellungsversuchen abzugrenzen und spezifischen Muttersprachen zuzuordnen, wenn die Strukturen der jeweiligen Quellsprache bekannt sind. Dialektale Einflüsse aus fremden Dialektgebieten erschließen sich weniger gut als die der eigenen Heimat. Es ist daher notwendig und wünschenswert, auf sehr spezifisches Fachwissen an Universitäten und Forschungsinstituten zurückgreifen zu können, eine stärkere fachliche Vernetzung anzustreben.

## 5. Linguistik unter Zugzwang?

Nur selten bietet sich die Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit eines sehr theoretischen Faches wie das der Sprachwissenschaft zu überprüfen. Nur selten bietet sich die Möglichkeit, das Fach auf derart konkrete Art anzuwenden wie dies im Bereich des Rechts gegeben ist. Dabei gilt es Grenzen abzustecken aber auch die Möglichkeiten, die das Fach bietet, auszuschöpfen. Nicht nur im Rahmen der Autorenerkennung, auch im Rahmen von Verhandlungen mit Tätern, von Vernehmungen und der Wertung von Zeugenaussagen hat die Linguistik Potenzial. Innerhalb der Autorenerkennung ist sie Ermittlungsinstrument und Instrument zur Erschließung von Beweiswerten. Da sprachliche Spuren dem Laien zugänglicher sind als z. B. die Analyse von DNA und der Muttersprachler nur ungern über seine Kompetenz diskutiert, sind eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen der forensischen Textanalyse und ein Abstecken des Terrains des Sprachwissenschaftlers besonders wichtig.

Wenn es mit Hilfe der Linguistik möglich ist, Straftaten aufzuklären, zu überführen aber auch zu entlasten, solange sprachliche Spuren immer wieder die einzigen Spuren sind, die zu einem Bombenleger oder einer Geisel führen können, sollte die Linguistik eine Suche nach Wegen, ihre konkrete Anwendung in diesem Bereich zu optimieren, aktivst betreiben. Dass die Linguistik hier einen maßgeblichen Beitrag leisten kann, wird an der täglichen Fallarbeit deutlich. Grundsätzliche Zweifel sind sicherlich berechtigt, aber auch sie benötigen ein empirisches Fundament.

## Literatur

- Artmann, Peter (1996): Tätertexte – eine linguistische Analyse der Textsorten Erpresserbrief und Drohbrief. München.
- Austin, John L. (1962): How to do things with words. Cambridge, Mass.
- Baldauf, Christa (1999): Zur Signifikanz sprachlicher Merkmale im Rahmen des Autorschaftsnachweises: Ansätze und Desiderate der forensischen Linguistik. In: Archiv für Kriminologie 204/3,4, S. 93–105.
- Bickes, Hans/Kresic, Marijana (2000): Fehler, Text und Autor. Zur Identifizierung von Merkmalen der Ausgangssprache bei nicht-muttersprachlichen Schreibern. In: Baldauf, Christa (Hg.) (2000): 2. Symposium Autorenerkennung des Bundeskriminalamtes vom 03. bis 05. April 2000. Wiesbaden. S. 110–132.



- Fleischer, Wolfgang/Michel, Georg/Starke, Günter (1996): *Stilistik der deutschen Gegenwartssprache*. Frankfurt/Berlin u. a.
- Gfroerer, Stefan/Baldauf, Christa (2000): *Sprechererkennung, Tonträgerauswertung und Autorenerkennung*. In: *Kriminalistische Kompetenz. Kriminalwissenschaften, kommentiertes Recht und Kriminaltaktik für Studium und Praxis*. Hrsg. von Norbert Beleke. Kap. II, 14: *Kriminaltechnik*. S. 3–16.
- Glück, Helmut/Sauer, Wolfgang Werner (1990): *Gegenwartsdeutsch*. Stuttgart.
- Grewendorf, Günther (Hg.) (1992): *Rechtskultur als Sprachkultur. Zur forensischen Funktion der Sprachanalyse*. Frankfurt.
- Hecker, Manfred (1990): *Forensische Linguistik und forensische Schriftuntersuchung – zwei methodisch verwandte Disziplinen?* In: Kniffka, Hannes (Hg.) (1990): *Texte zu Theorie und Praxis forensischer Linguistik*. Tübingen, S. 231–245.
- Jessnitzer, Kurt (1988): *Der gerichtliche Sachverständige. Ein Handbuch für die Praxis*. Köln/Berlin/Bonn/München.
- Kniffka, Hannes (Hg.) (1990): *Texte zu Theorie und Praxis forensischer Linguistik*. Tübingen.
- Kniffka, Hannes (1998): *Forensische Phonetik und forensische Linguistik*. In: *Festschrift für Georg Heike*. Hg. von Bernd J. Kröger et al. (Forum Phonicum 66). Frankfurt. S. 279–291.
- Künzel, Hermann (1987): *Sprechererkennung. Grundzüge forensischer Sprachverarbeitung*. Heidelberg.
- Levi, Judith N. (1982): *Linguistics, Language and the Law: A Topical Bibliography*. Bloomington, IN.
- Levi, Judith N./Graffam Walker, Anne (Hg.) (1990): *Language in the Judicial Process*. New York.
- Püschel, Ulrich (1995): *Stilpragmatik – Vom praktischen Umgang mit Stil*. In: Stickel, Gerhard (Hg.) (1995): *Stilfragen*. Berlin/New York. S. 303–328.
- Sandig, Barbara (1995): *Tendenzen der linguistischen Stilforschung*. In: Stickel, Gerhard (Hg.) (1995): *Stilfragen*. Berlin/New York. S. 27–61.
- Shuy, Roger (1998): *The Language of Confession, Interrogation, and Deception*. Thousand Oaks/London/New Deli.
- Spillner, Bernd (1990): *Status und Erklärungspotential sprachlicher Fehler*. In: Kniffka, Hannes (Hg.) (1990): *Texte zu Theorie und Praxis forensischer Linguistik*. Tübingen. S. 97–113.
- Stein, Stephan/Baldauf, Christa (2000): *Feste sprachliche Einheiten in Erpresserbriefen. Empirische Analysen und Überlegungen zu ihrer Relevanz für die forensische Textanalyse*. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 28/3, S. 377–403.

GERHARD STRUCK

## Fachsprachenerwerb, sprachliche Dressur und versteckte Wertungen in der deutschen Juristenausbildung

### Abstract

1. Bestimmte Sprachformen werden in der deutschen Juristenausbildung in einem Maße eingeübt, dass die Bezeichnung Dressur berechtigt ist. Fachsprache in einem anspruchsvollen Sinn des Begriffs spielt dabei Nebenrolle.
2. Die starke Konzentration auf die Einübung bestimmter Wort- und Satzfolgen stehen in Gegensatz dazu, dass Wertungen von rhetorischer Stimmungsmache beeinflusst werden. Als Analyseinstrument sind Regeln der Eristik wichtig, aber wichtiger sind wohl rhetorische Mittel, die die Sprachwissenschaft untersuchen könnte. Die problematische Zusammenführung von Sprachreglementierung und Stimmungsmache ist in der Ausbildung nicht Thema.
3. An die Sprachwissenschaft wird der Appell gerichtet, sich mit der Sprache in der Juristenausbildung zu beschäftigen, weil die Juristenausbildung der wissenschaftlichen Aufklärung über sich selbst dringend bedarf.

### 0. Ausgangslage in der deutschen Juristenausbildung

Das Zentrum der Juristenausbildung ist die Klausur. Der Jurastudent schreibt im Laufe der 8 bis 12 Semester mindestens 6, normalerweise aber eher 12 bis 20, mit Übungsklausuren auch 30 bis 50 Klausuren. Man hat 3 oder 5 Stunden Zeit zur Bearbeitung einer in fotokopierter Form vorgelegten Aufgabe; diese ist ein 10 bis 20, auch 30 Zeilen langer Text, in dem eine fiktive Geschichte in der Gegenwart erzählt wird und mit der Frage nach rechtlichen Konsequenzen verbunden ist. Das Examen wird sehr stark von Klausuren beherrscht. Wo Hausarbeiten vorgesehen sind, haben sie geringere Steuerungswirkung als das Vermögen des Examenskandidaten, Klausuren zu schreiben. In den hier thematisierten Hinsichten ist der Stil der Hausarbeiten nicht von dem der Klausuren unterschieden. Auch die mündlichen Prüfungen folgen formal und inhaltlich in vielen Fällen diesem Schema. Andere Leistungsformen (z. B. freies Sprechen und Argumentieren) sind völlig randständig.

Dem entspricht, dass es eine reichhaltige Ausbildungsliteratur gibt. In keinem anderen Fach hat die Ausbildungssituation und die Leistungskontrolle in der Ausbildung einen solchen Grad der Verselbständigung durch eigene Literatur, eigene Veranstaltungen und eigene privatwirtschaftliche Angebo-

te gefunden wie in der Rechtswissenschaft. Das klassische Geschäft der Repetitoren, also von Lehrveranstaltungen gegen Bezahlung außerhalb der Universität, ist die Einübung von Klausuren und die Rückmeldung über Examenanforderungen, also der Sache nach wiederum Klausurorientierung. Es gibt zwar auch Seminarreferate oder sogar didaktische Experimente wie Rollenspiele zu Gerichtsverhandlungen und anderes Abweichendes, aber die folgenden Ausführungen betreffen gewissermaßen 90 % der Juristenausbildung von 95 % der Juristen.

Alle diese Phänomene ließen sich nun mit sehr vielen Details weiterhin beschreiben und z. B. hinsichtlich ihres nur schwachen Bezuges zu den wirklichen professionellen Arbeitsformen und -feldern kritisieren. Hier aber zu den

## 1. Thesen

Mein Thema hier ist die Sprache, hinsichtlich derer ich Beobachtungen (die natürlich eine Selektion aus vielerlei interessanten Aspekten sind) zu zwei Hauptthesen verdichten will.

Erstens: Bestimmte Sprachformen werden in der deutschen Juristenausbildung in einem Maße eingeübt, dass das hässliche Wort Dressur berechtigt ist. Unterthese dazu: Fachsprache in einem anspruchsvollen Sinn des Begriffs spielt dabei Nebenrolle. Zweitens: Die starke Konzentration auf bestimmte Wort- und Satzfolgen steht in Gegensatz dazu, dass Wertungen von rhetorischer Stimmungsmache beeinflusst werden. Anmerkung dazu: Diese problematische Erscheinung ist in der Ausbildung nicht Thema.

Insgesamt zielen die Ausführungen darauf ab, die Sprachwissenschaft zu einer Beschäftigung mit der Sprache in der Juristenausbildung zu ermuntern, weil die letztere der wissenschaftlichen Aufklärung über sich selbst dringend bedarf.

## 2. Sprachliche Dressur

Die Einübung juristischer Sprachformen geschieht an Fällen wie dem folgenden:

*K nimmt an V's Kiosk Band 137 der Reihe „Schmerzen im Herzen – ein Arztroman“ aus dem Regal und legt das Heft und die DM 2,-, die der Preisaufdruck ausweist, auf den Tisch. V nimmt das Geld und schiebt das Heft zu K herüber.*

*Hat V das Geld zu Recht vereinnahmt? (Schimmel 2000, S. 28)*

Diese kurze und für Anfänger gedachte Beispiel stammt aus dem Buch des Rechtsanwaltes Schimmel: „Juristische Klausuren und Hausarbeiten richtig formulieren“, das im Luchterhand-Verlag erschienen ist. Das Buch kam 1997 auf den Markt und hat schon jetzt eine Neuauflage. Man kann sicher sein, dass dieses Buch stellvertretend für ein ganzes Sortiment zitiert werden darf. Im Klausurmuster ist klar, dass der Kioskinhaber das Geld als Kaufpreis behalten darf, wenn ein Kauf zustande gekommen ist und das Ro-

manheft die Leistung war. Das wird nun mit einigen Fachworten ausgedrückt, nämlich Anspruch, Tatbestandsmerkmal und Sachverhalt. Soweit es um die Manier des Schreibens von Klausuren geht, ist das fachsprachliche Vokabular mit einem halben bis einem ganzen Dutzend Termini vollständig erfasst. Sachverhalt bedeutet als Vokabel die Fallerzählung von diesem Kioskbesitzer, Anspruch z. B. ist hier eine Formulierung im Gesetz, in der gesetzlich festgelegt ist, dass ein Bürger (z. B. Verkäufer) von einem anderen Bürger (z. B. Käufer) zu Recht und notfalls durch Klage vor Gericht erfolgreich eine bestimmte Leistung verlangen kann. Tatbestand und das als Bestandteil darin enthaltene Tatbestandsmerkmal sind Sätze und Worte im Gesetz, die abstrakt die Voraussetzungen beschreiben, unter denen das Gesetz eine bestimmte Rechtsfolge vorsieht. Man spricht juristisch von Anspruchsgrundlage in Präzisierung des allgemeinsprachlichen Begriffs Rechtsgrundlage.

Die Leistung des Autors Schimmel, besteht nun im Angebot von Formulierungsvorschlägen. In diesem hoch spezialisierten Buch sind es einige Hundert, in weniger spezialisierter Ausbildungsliteratur finden sich immer noch viele Formulierungsvorschläge, z. B.:

*Ein Anspruch des „Anspruchsteller“ gegen „Anspruchsgegner“ auf „Anspruchsziel“ / Der von „Anspruchsteller“ geltend gemachte Anspruch auf „Anspruchsziel“ kann sich (zunächst/nur) aus „Anspruchsgrundlage“ ergeben/auf „Anspruchslage“ gründen/stützen. (Schimmel 2000, S. 37)*

Das wird nun vielfach variiert:

*Ein Anspruch des „Anspruchstellers“ gegen „Anspruchsgegner“ würde voraussetzen, dass ... (Schimmel 2000, S. 38)*

Die Masse der Formulierungsvorschläge ergibt sich allerdings auch daraus, dass doch unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund gestellt werden müssen. Z. B. kann es angemessen sein:

*Angesichts des Fehlens (z. B. vertraglicher Verbindungen zwischen den Beteiligten) kommen nur (z. B. deliktische, aus vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzungen entspringende) Ansprüche in Betracht.*

Der Vorteil der Lektüre von Schimmel besteht nun darin, dass noch krassere sprachliche Engführungen durch Abschreiben der Formulierungsvorschläge vermieden werden. Diese sind namentlich im Strafrecht eingeübt worden und führen z. B. zu folgendem Standardsatz am Anfang einer Strafrechtsklausur:

*Es ist zu prüfen, ob sich der A durch die Wegnahme der Brieftasche des B strafbar nach § 242 StGB wegen Diebstahl gemacht hat.*

Die Formel „es ist zu prüfen, ob“ ist dabei so gängig, dass allein sprachliche Variationen vom Stile „fraglich ist, ...“ bereits eine positive Leistung

sind. Allerdings ist die Hauptmasse der Vorschläge von Schimmel und vergleichbaren Autoren nicht auf so einfache Beispiele bezogen, sondern bringt durchaus schwierigere Leistungen auf den Punkt:

*Ein großer/bedeutender/gewichtiger/nennenswerter/zunehmender usw. Teil/Der überwiegende/größte Teil der Lehre/der Schrifttums nimmt an/geht davon aus, daß ...* (Schimmel 2000, S. 81)

Das Prinzip wird durch eine Formatierungsvariante durchsichtiger:

<i>Ein großer</i> <i>Ein bedeutender</i> <i>Ein gewichtiger</i> <i>Ein nennenswerter</i> <i>Ein zunehmender</i> <i>Der überwiegende</i> <i>Der größte</i>	<i>Teil</i>	<i>der Lehre</i> <i>des Schrifttums</i>	<i>nimmt an</i> <i>geht davon aus,</i>	<i>dass ...</i>
---	-------------	--	---	-----------------

Es versteht sich von selbst, dass dabei Hinweise zur Grammatik gegeben werden:

*Dagegen/Demgegenüber wird eingewandt/behauptet/geltend gemacht, daß ... (indirekte Rede – Konjunktiv! –).* (Schimmel 2000, S. 80)

Es findet also eine sprachliche Einengung statt. Diese steht in einer Parallelität zu einer inhaltlichen Einengung. Während bezüglich der sprachlichen Einengung durchaus selbst in der Ausbildungsliteratur noch kritisch hinterfragend Andeutungen vorkommen, findet die inhaltliche Einengung keine Erwähnung. Abwegig wäre im Jurastudium z. B. folgende Bearbeitung dieser Klausur, die ich hier der Deutlichkeit wegen ausformuliere:

*Gesellschaftspolitisch gesehen ist die Produktion von Trivilliteratur, die von Herzen und Schmerzen handelt, ein Unterfall der „Traumfabriken“, vergleichbar Hollywood-Filmen und TV-Serien. In einer Zeit nachlassender gesellschaftlicher Relevanz von Religionen, die die Funktion des Opium des Volkes wahrnehmen konnten, kommt solchen Traumfabriken eine wichtige gesellschaftsstabilisierende Funktion zu. Also bekommt der V für seine gesellschaftlich nützliche Leistung zu Recht Geld.*

Eine solche Bearbeitung wäre ebenso abwegig wie das Schreiben von wertenden Kommentaren, etwa als Vorbemerkung:

*Zuerst möchte ich den Tonfall der Sachverhaltsschilderung monieren. In den Übertreibungen (z. B. der kitschige Titel mit Schmerzen und Herzen) wird ein Stück deutschen Akademikerdünkels sichtbar, von dem ich mich distanzieren möchte.*

Solche Bezüge zum gesellschaftlichen Hintergrund oder zur individuellen Problemsicht sind – verkürzend gesprochen – tabu genauso wie etwa ein individuelle Distanzierung von Akademikerdünkel, der im Klausurtext spürbar wird (z. B.: „Band 137“ signalisiert: immer derselbe Inhalt!).

Korrektoren von juristischen Arbeiten sind bekanntlich notengläubig und Studierende bekanntlich notenfixiert. Die Entscheidung der Note setzt viel häufiger an der Akzeptabilität der gewählten Formulierung an. Die durchgängige Textstruktur, die für Klausuren vorgeschrieben wird, hat weitere Eigenheiten. Eine weitere Regel mit außerordentlich weitergehender Befolgung lautet: Das Wort „ich“ ist zu vermeiden! Der Richter entscheidet, der Rechtsanwalt plädiert, aber die Vorbereitung auf solche Berufspraxis geschieht unter strikter Verdrängung des Subjekts. Die schon zitierte Standardformel „*Es ist zu prüfen, ob ...*“ lässt auch die Frage danach offen, wer denn jenes „es“ ist, wer die Kommandogewalt über denjenigen hat, der nun in die Arbeit des Prüfens eintritt. Ein besonders zynisches, aber in der Ausbildung bei Studierenden sehr beliebtes Buch sagt hierzu:

*Wir schreiben nie: „Ich bin der Auffassung ... Statt dessen quälen wir uns über ein „Richtigerweise ist hier festzuhalten ...“ bis zu einem „Man muß also festhalten, daß ...“. Ich glaube, daß die Vermeidung des Wortes „ich“ damit zu tun hat, daß die Vermeider sich vor der Verantwortung drücken. Darin haben die Deutschen viel Erfahrung.“ (Braunschneider 2000, S. 44 f.)*

Im weiteren wird dann in diesem Buch die Regel der Absenz des „ich“ strikt eingehalten, denn es geht dem Autor darum, den Studierenden klipp und klar zu sagen, wie sie den maximalen Erfolg in Klausuren erzielen (*Braunschneider 2000, Vorspann III*). In allen Fallsammlungen wird diese „ich“-Losigkeit der Klausursprache nicht im Stile der Alt-68er thematisiert, sondern als einzig denkbar eingeübt.

Dem korrespondiert eine (sicherlich auch statistisch nachweisbare) Verschiebung vom Aktiv zum Passiv. Über die aus dem Klausurentraining und aus Büchern wie Schimmel gewonnene Varianzbreite der Formulierungen hinweg bleibt der Oberton der juristischen Klausurtexte:

*Festzuhalten ist ... Dem kann nicht gefolgt werden ... In der Literatur ist dem widersprochen worden ... Die Klage ist abzuweisen ... etc.*

Es wird also von der bekannten Tendenz des Passivs, den Handelnden nicht auszuweisen, reichlich Gebrauch gemacht, und junge Juristinnen und Juristen üben dies ein.

Die Striktheit der sprachlichen Vorgaben und die fraglose Einübung unter Sanktionsdruck rechtfertigt ein deutliches Wort: Hier findet Dressur statt.

Die Tatsache, dass Bücher wie dasjenige von Schimmel eine (eben sehr beschränkte!) Varianzbreite der Formulierungen anbieten, steht dazu nicht in Gegensatz: Jeder Dressurakt wird unschön, wenn er zur hundertprozentigen Automatik wird.

Zu den eben beschriebenen Phänomenen steht anderes in diametralem Gegensatz, und ich will für's erste reden von:

### 3. Ergebnisrelevante Rhetorik

So, wie der Klausurverfasser keine Emotion und keine Betroffenheit zeigen darf, so darf er auch nicht offen wahrnehmen, wenn der Klausursteller in die Aufgabe bereits die Entscheidung einfließen lässt, die jener für sich im Vorfeld gefunden hat. Die Variantenfülle des Versteckens von Wertungen steht in diametralem Gegensatz zu der Sprödigkeit reglementierter Wortformeln. Dazu ein Beispiel aus einem beliebten Studienbuch zum Strafrecht.

*Student Seltsam „bemalt“ die Straßenfront des Gebäudes der rechtswissenschaftlichen Fakultät mit politischen Parolen, deren Entfernung stundenlange mühevollen Arbeit erfordert. Strafbarkeit des Seltsam (S)?* (Krey 1997, S. 114)

Das rechtswissenschaftliche Problem ist klar: Der Graffiti-Sprayer schlägt keine Steinbrocken aus der Steinwand, sondern die Sprühfarbe tritt als neue weitere Substanz nur zum Vorhandenen hinzu. Bei einem entsprechend engen Verständnis des Wortes „Sachbeschädigung“ im Strafgesetzbuch hätte sich „Seltsam“ nicht strafbar gemacht. Für die Diskussion wird nun ein bestimmtes Fachvokabular entwickelt. So beginnt der Bearbeiter zuerst einmal „Theorien“ im Sinne des juristischen Sprachgebrauchs auszuarbeiten, nämlich verdichtete Gesichtspunkte. In diesem Falle geht es dann folgerichtig um die

*Zustandsveränderungstheorie.* (Krey 1997 S. 115)

Die herrschende Meinung will, dass der Sprayer nach dem Sachbeschädigungsparagraphen im Strafgesetzbuch bestraft wird, weil schon die Verminderung der wirtschaftlichen Brauchbarkeit dafür ausreichen soll. In dem ganzen Text spielt eine spezifische Fachsprache eigentlich nur eine Rolle in Gestalt von einigen ungeläufigen Termini, denen man höchstens wegen ihrer absonderlichen Länge ihre Zugehörigkeit zur juristischen Fachsprache ansieht. Käme ein junger englischer Jurist in die deutsche Juristenausbildung, so hätte er keine große Mühe, diesen Vokabelapparat zu lernen, aber das implizite Curriculum, das sich durch sprachliche Rituale einerseits und durch souffierte Wertungen andererseits ergibt, in das müsste er durch einen Sozialisationsprozess hineinkommen. Auch im Vortrag von Wilhelm Griefhaber zu fremdsprachlicher Fachausbildung und fachspezifischer Fremdsprache

chenausbildung (Grießhaber 2002) dürfte deutlich geworden sein, dass in der Juristenausbildung andere Dimensionen als der strikte Fachsprachenerwerb erstrangig sind.

Darauf soll der Blick nun gelenkt werden:

Wer als Studierender einen solchen Fall gestellt bekommt, merkt sofort, welchem Ergebnis der Aufgabensteller zuneigt. Dass der Student den Namen *Seltsam* trägt, hat ersichtlich damit zu tun, dass er vom Aufgabensteller zwar als schwachsinnig angesehen wird, aber für die Zwecke der Klausurstellung nicht ganz und gar schwachsinnig sein darf. Dann nämlich wäre die Sache wegen der Schuldunfähigkeit all zu klar und es gäbe nichts zu lernen. Die *politischen Parolen* sind eben in Deutschland ein „politisch Lied, ein garstig Lied“. Die Arbeit der Putzkräfte zur Beseitigung ist nicht nur stundenlang, sondern auch *mühevoll*. Übergangen wird, dass es professionelle Graffiti-Entferner gibt, die ihren Lebensunterhalt durch den Einsatz von geeigneten Hochdruckspritzen und Reinigungskemikalien verdienen. Der Höhepunkt der Verwerflichkeit ist aber dadurch eingetreten, dass der Student *Seltsam* ausgerechnet das Gebäude der juristischen *Fakultät* beschmiert. Unterm Strich: Jeder Klausurschreiber weiß nach der Lektüre des Aufgabentextes sofort, dass der *Seltsam* bestraft werden muss – jedenfalls bei diesem Aufgabensteller!

Zur Verdeutlichung des juristischen Problems seien zwei alternative Aufgabenstellungen vorgeführt, die juristisch in keiner Weise abweichend sind:

*Der junge Existenzgründer E hat leider nicht Geld genug, um für seine Leistungen auf dem Computerservicemarkt zu werben. So sprayt er auf die Gartenmauer des Villenbesitzers V an einer Hauptverkehrsstraße „Computerhilfe. Alle Programme. Telefon-Nr. 0172 000.“. V schaltet die Staatsanwaltschaft ein und will Bestrafung des E erreichen.*

*Wie ist die Rechtslage?*

Auch dieses Beispiel spricht für sich. Der Aufgabensteller könnte noch hinzufügen, dass der V *sowieso* den überwiegenden Teil des Jahres in seiner Zweitvilla in Marbella verbringt.

Trotzdem darf der Klausurbearbeiter mit keinem Wort erkennen lassen, dass er die Emotionen des Aufgabenstellers erkennt oder teilt oder dass er sich mit Blick auf die Korrektur an dem Ergebnis orientieren wird. Er muss so tun, als ob er völlig neu und unbefangen in die Prüfung einträte. Daran erinnert ihn spätestens der letzte Buchstabe im vorgegebenen Text. Für die Bearbeitung durch den Studierenden verwandelt sich der Student *Seltsam* wieder in einen puren S! Stimmungsmache darf nicht penetrant werden!



Eine noch andere Fassung des Klausurproblems in einem Sachverhalt könnte lauten:

*A sprayt fünf Worte an die Wand des Gebäudes des B. Die Beseitigung der Aufschrift benötigt mehrere Stunden Arbeitsaufwand. Wie ist die Rechtslage?*

Bei dieser letzten Fassung würde jeder trainierte Klausurbearbeiter davon ausgehen, dass er für diesen Aufgabensteller Strafbarkeit wie Nicht-Strafbarkeit des Handelnden als Ergebnis präsentieren kann. Ob ein deutscher Professor so viel Mitleid mit den jungen Existenzgründern in der Computerbranche hat, dass er auch mit der mittleren Fassung die Akzeptanz der Nicht-Strafbarkeit signalisiert, darüber kann man nur spekulieren. Jedenfalls die eingangs genannte reale Aufgabenstellung steuert auf Strafbarkeit als einzig richtiges Ergebnis der Bearbeitung zu – soviel ist jedem Bearbeiter klar.

Interessant ist die Frage, was für Mitteilungsformen es eigentlich sind, in denen das geschieht, was hier vordergründig „Stimmungsmache“ genannt wird.

Dazu hier eine exemplarische Überlegung:

An die Literaturwissenschaftler wäre die Frage zu richten, ob es eine spezifische Terminologie zu stimmungsmacherischen Namen gibt. Man erinnere sich etwa an die Buddenbrooks, wo ein Herr Grünlich nicht nur etwas grün hinter den Ohren ist, sondern später wohl auch etwas grünlich im Gesicht, als sein Hauptgläubiger die Kredite nicht länger prolongiert. Die Fiktion hat eben mehr Aussagemittel als Sätze mit Subjekten, Prädikaten, Objekten. Die Integration der einschlägigen Wissenschaft könnte nützlich werden um in der Juristenausbildung etwas Aufklärungsarbeit zu leisten.

Nachdem ich bisher ein wenig einnehmendes Bild der Juristenausbildung gezeichnet habe, darf man die Frage erwarten, ob es nicht Ansätze zu verbessernden Veränderungen gibt. Es gibt sie und ich mache sie exemplarisch fest an einem Text des Passauer Ordinarius Johann Braun. Braun hat ihn im Beck-Verlag, dem angesehensten juristischen Verlag, im Jahre 2000 mit anderen zusammen als „Der Zivilrechtsfall – Klausurlehre für Anfänger und Fortgeschrittene“ veröffentlicht. Dort findet sich eine Klausurstellung unter dem neckischen Titel: „*Schlechte Aussichten bei guter Hoffnung*“:

*„Schlechte Aussichten bei guter Hoffnung“*

*A betreibt eine Glaserei mit zehn Beschäftigten, darunter die Sekretärin B, die die gesamte Verwaltungsarbeit erledigt. Einen Betriebsrat gibt es in dem Betrieb nicht. Er ist auch bisher von niemand vermisst worden, weil A mit seinen Leuten konzilient zusammenarbeitet.*

*Eines Tages wird B schwanger. Sechs Wochen vor der Niederkunft wird sie vorschriftsmäßig von der Arbeit freigestellt. A behilft sich mehr schlecht als recht ohne B und hofft, daß sie nach dem Ende des Mutterschutzes, also acht Wochen nach der Niederkunft, ihre frühere Arbeit wieder aufnimmt. Statt dessen entscheidet sich B dafür, einen Erziehungsurlaub von 12 Monaten zu nehmen. A muß sich daher notgedrungen bemühen, für diese Zeit eine Ersatzkraft einzustellen.*

*Auf die ausgeschriebene Stelle bewerben sich ausschließlich Damen, darunter Fräulein C. Beim Vorstellungsgespräch wird C u. a. gefragt, ob sie schwanger sei, was sie entschieden verneint. Darauf wird die für die Zeit von 12 Monaten eingestellt. Tatsächlich ist Fräulein C im fünften Monat schwanger und weiß dies auch. Eine Woche nach Aufnahme der Arbeit offenbart sie sich dem A und erkundigt sich dabei zugleich nach dem Beginn des Mutterschutzes.*

*A fühlt sich durch die abermaligen Belastungen, die er hier auf sich zukommen sieht, finanziell und organisatorisch überfordert. In einer ersten Aufwallung erklärt er der C gegenüber den Vertrag für null und nichtig. Im nachhinein kommen ihm Zweifel, ob er damit vor Gericht Erfolg haben wird. Er sucht daher Rechtsanwalt R auf und bittet um Rechtsrat.*

*Welche Überlegungen wird R anstellen? (Braun 2000, S. 151)*

Passau gilt als Ort der effizienten und modernen Ausbildung von Juristen. Das ist in diversen Hinsichten richtig. Dazu gehört etwa, dass Braun die einseitige Fixierung der deutschen Juristenausbildung auf die Richterrolle ausdrücklich aufkündigt und im Wechsel dazu (z. B. hier) die Berufsrolle des Rechtsanwaltes als Ansatzpunkt der Bearbeitung ausweist. Weiterhin gehört zu Brauns Modernität, dass er die Phase der Überlegungen ausdrücklich thematisiert, die dem Niederschreiben von „*Es ist zu prüfen, ob ...*“ vorangeht. Allerdings bleiben dann Herstellungsebene und Darstellungsebene weiterhin streng getrennt. Auf's Papier bringen soll der junge Jurist auch in Passau genau die Wortformeln, die er bei Schimmel abschreiben kann. Außerdem trainiert Braun seine lernenden jungen Juristen bemerkenswerterweise manchmal (und so auch in diesem Falle) darin, eine erwartungswidrige positiv-rechtliche Vorgabe ernst zu nehmen und schlicht in eine Klausurlösung umzusetzen. Dies kann man z. B. an folgendem Umstand klar machen: Das Gesamtergebnis der Klausur wird durch den Rechtssatz bestimmt, dass die Frage nach der Schwangerschaft verboten ist, und die verbotene Frage ohne Sanktion mit einer Lüge beantwortet werden darf; dementsprechend muss der Handwerksmeister hinnehmen, dass er das Arbeitsverhältnis nicht einseitig beenden kann und die für ihn nachteiligen Folgen der Schwangerschaft der Arbeitnehmerin auszuhalten hat. Dieses Ergebnis, das positiv-rechtlich in aller Klarheit vorgegeben ist, tritt auch nach der Musterlösung der Klausur ein, obwohl die C „*entschieden*“ auf die Frage nach der Schwangerschaft hin verneint hatte. Sie ist also eine impertinente, heimtückische Lügnerin, die den Handwerksmeister in Sicherheit wiegt. In allen altmodischen Strafrechtsfällen wäre allein dadurch schon klar gewesen, dass ihr Verhalten nicht sanktionslos bleiben kann.

Allerdings legt der gesamte Text nahe, dass hier dem Handwerksmeister ein Unrecht angetan wird. Es ist ziemlich deutlich, dass der Autor der Klausuraufgabe und der Musterlösung wenig von Betriebsräten und Gleichberechtigung der Frau in der Arbeitswelt hält, und lieber die Interessen des Handwerksmeisters geschützt sähe.

Die für eigentlich richtig gehaltene Lösung des sozialen Problems wird nirgendwo ausformuliert, sondern sie lässt sich nur denken: Fräulein C soll halt heiraten und sich dann richtig um ihr Kind kümmern, und deshalb soll der Arbeitgeber richtigerweise kündigen können. Diese Nachricht wird zum Teil übermittelt durch den mitgeteilten Sachverhalt selbst, der tendenziös ausgeformt ist. Der 10-Leute-Betrieb ist der Grenzfall, für den normalen 100-Leute-Betrieb ist der Arbeitgeber weniger mitleidserregend. Das Problem entsteht durch zwei Schwangerschaften; wenn die befristete Einstellung aus anderem Anlass geschähe, so änderte das nichts am juristischen Problem, nur wäre der Mutterschutz für eine Schwangere nicht so leicht als Übertreibung zu brandmarken. Das Fräulein C hat nicht nur vorehelich Unzucht getrieben, sondern plazierte seine Frage nach dem Mutterschutz ausgesprochen hämisch. Die Sachverhaltsfiktion folgt also den Regeln der Eristik. Diese Eristik ist ein Niemandsland zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und Künsten wie Logik, Dialektik, Rhetorik, Wissenschaftssoziologie etc. (Anton 2001, Schopenhauer o. J.). Da die Juristen sich ihrer nicht annehmen und in der Ausbildung so getan wird, als gäbe es so etwas gar nicht, wäre hier jeder Beitrag von anderen förderlich.

Aber auch der Aspekt der tendenziösen sprachlichen Fassung des Textes kann aufgewiesen werden. Trotz des modernen Zugriffs auf die Arbeitswelt fällt auf, dass der Passauer Zivilrechtler in einem Punkte den Standard der political correctness der Frauengleichberechtigung nicht erreicht. Sowohl die Ausdruckweise „Damen“ als die Rede von „Fräulein“ wirken heute despektierlich. Die altfränkische Rede von der „guten Hoffnung“ wirkt verharmlosend in einem harten, vielleicht sogar existenziellen Konflikt der Beteiligten. Noch ein Beispiel: Wenn ich den Satz höre „Das hat bisher auch noch niemand vermisst!“, dann klingt dies in meinen Ohren ähnlich wie „Das ist so überflüssig wie ein Kropf!“ Ob in der Aussage zum fehlenden Betriebsrat der Firma eine Abfälligkeit liegt, kann man allerdings auch anzweifeln. Klausurtexte zeigen immer wieder die Bemühung von Autoren, durch burschikose Ausdrucksweisen das Erlernen der „trockenen“ Juristerei für Studierende attraktiver zu machen. Tatsächlich werden Witzchen in erstaunlichem Umfange goutiert. Andererseits ist die Auswahl des einzelnen burschikosen Ausdrucks aus dem Kreise der denkbaren Darstellungsformen doch in vielen Fällen anders zu interpretieren: Da ist die Rede von den „Damen“ die Macho-Variante von Burschikosität. Auch im Ganzen kann man diese Verteidigung nicht gelten lassen. Auch wenn man die Rede von

„Fräulein C“ nur als burschikos nehmen wollte, so bliebe doch folgendes zu bemerken: Eine schlichtere Alltagssprachliche Beschreibung des Sachverhaltes hätte den Einsatz des Wortes „unverheiratet“ oder „ledig“ verlangt und damit deutlicher den Blick darauf gerichtet, ob denn die Sekretärin B, deren Arbeit so positiv gewürdigt wird, ein eheliches oder ein nichteheliches Kind in die Welt gesetzt hat. Die Information fehlt aber. Das schiefe Vergleichspaar Fräulein/Sekretärin ist nicht kontradiktorisch wie unverheiratet/verheiratet und lenkt den Leser von der Frage ab, welche Relevanz der standesamtliche Trauung im Arbeitsrecht zukommen könnte (nämlich keine!).

Es handelt sich hier um etwas, was ich als Nichtfachmann mit hausbackener Rhetorik und Eristik benennen möchte. Ich hoffe aber, dass die Sprachwissenschaft genauere Terminologien und Analysen aufzeigen kann, was dann wieder aufklärerisch auf die Ausbildungspraxis einwirken könnte.

Noch ein letztes Beispiel:

In der Musterlösung fällt die letzte Fußnote ins Auge. Sie bildet den Abschluss des ganzen zehnsseitigen Textes und lautet:

*„Die früher nach § 9 Abs. 3 MutterSchG bestehende Möglichkeit, daß die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde eine gegen § 9 Abs. 1 MutterSchG verstößende Kündigung ausnahmsweise für zulässig erklären konnte, wurde durch Gesetz vom 20.12.1996 (Bundesgesetzblatt I 2110) mit Wirkung vom 1.1.1997 aufgehoben. Die Lage, in die sich A mit seinem Kleinbetrieb befindet, ist also politisch gewollt.“ (Braun 2000, S. 160)*

Für den Fall, dass irgend ein Leser es nicht gemerkt haben sollte, formuliere ich noch einmal im Klartext:

*Die feministische Politik der letzten Jahre schädigt das deutsche Handwerk schwer!*

Die Textgestaltung als Fußnote suggeriert notwendige Kürze. Allerdings hätte es sehr viel Platz auch nicht gebraucht, den Kern der Sache zu beleuchten. Es geht für die wertende Einschätzung schließlich nur um drei Beteiligte, nämlich um den Steuerzahler, der als Bürger weniger Steuern zahlen will und deshalb Stagnation und Abbau des Sozialstaates veranlasst, und dann die zwei Individuen Arbeitnehmerin und Arbeitgeber, die unter gegebenen Randbedingungen die Last der gesamtgesellschaftlichen demographischen Reproduktion in irgend einem Mischungsverhältnis tragen müssen. Dem Problem dieser Binnenverteilung unter zweien wird man natürlich nicht gerecht, wenn man nur den einen von dreien, nämlich den Handwerksmeister, mit seinen Problemen zu Worte kommen lässt.

Endgültig rhetorisch ist aber die Schlussstellung der Aussage zur politisch gewollten Schädigung des Glasermeisters. Die Alleinstellung am Schluss erinnert an die derzeit bei sehr vielen Werbesendungen beobachtbare Text-

struktur. Eine längere Zeit erfährt der Zuschauer etwas von den objektiven Vorzügen und Leistungen des Werbungsobjekts, aber dann, wenn die Musik schon ausklingt und die „objektiven“ Argumente alle vorgebracht sind, folgt eine kurzer Werbespruch am Schluss, der sich ins Gedächtnis eingraben soll.

*Dresdner Bank, die Beraterbank.*

Ich hoffe auch hier, dass sich die Sprachwissenschaft in ihrer Unterabteilung „Sprache in der Werbung“ mit dieser Technik beschäftigt hat und auch hier mit Analysen aufwarten kann. Diesem rhetorischen Muster folgt die Anti-Werbung gegen die derzeitige Sozial- und Wirtschaftspolitik. Natürlich könnte man im Ernst nicht von dem zugespitzten Detail aus weitreichende Folgerungen ableiten, aber das rhetorische Muster funktioniert eben unabhängig von der Überzeugungskraft des ganzen als rationale Argumentation. Man kann sogar die Meinung vertreten, dass es den Kunstregeln der juristischen Falllösung eher entsprochen hätte, einen eigenen Abschnitt „ordentliche Kündigung“ vor den Abschnitt „fristlose Kündigung“ zu setzen. In solch einem Abschnitt zu einer ordentlichen Kündigung wäre dann möglich gewesen, die gesetzliche Änderung zu erwähnen, derentwegen sich eine nähere Untersuchung heute erübrigt. Eine solche frühzeitige Erwähnung hätte aber die effekthascherische Rhetorik der Darstellung gestört.

In der juristischen Ausbildungsliteratur, soweit sie von Hochschullehrern geschrieben ist, werden Phänomene dieser Art überhaupt nicht angesprochen. Von den Repetitorien ist das marktschreierische Unternehmen Hemmer mit seiner „Hemmer-Methode“ seinem Anspruch nach auf dieser Ebene präsent. Dort liest man als Punkt 4 der „Hemmer-Methode“:

*Der Aufgabensteller als „imaginärer Gegner“. Der Fall ist vom Ersteller als kleines Kunstwerk gewollt. Diesen Ersteller muß der Student als imaginären Gegner bei einer Falllösung berücksichtigen. Er muß also versuchen, sich in die Gedankengänge, Annahmen und Ideen des Erstellers hineinzudenken und dessen Lösungsvorstellung wie im Dialog möglichst nahezukommen ... Wir fragen daher konsequent bei der Falllösung: Was will der Ersteller des Falles („sound“) ... Wie wird bestmöglicher Konsens mit dem Korrektor erreicht?*

Das Wort *sound* wird hier nach dem Sprachverständnis der Studierenden, die ich gefragt habe, etwa gleichbedeutend mit *message* eingesetzt. In seiner eigenen Ausbildungspraxis beschäftigt sich das Repetitorium allerdings dann auch nicht mit diesem *sound*.

In der Umsetzung dieser Hemmer-Methode geht es dann in vielem und u. a. auch in diesem Punkte viel schlichter zu. Hinweise auf dieser Ebene sind mir in Hemmer-Texten genauso wenig wie anderswo aufgefallen und müssen

wohl zumindest sehr selten sein. Von einer konzentrierteren Aufarbeitung der ästhetischen und rhetorischen Mitteilungsmittel ist auch das Hemmer-Repetitorium genauso weit entfernt wie alle anderen juristischen Texte. Wenn ein Aufgabentext politische Einschätzungen, Stimmungen, und Gefühle transportiert, dann hat der Aufgabensteller dies einerseits zu merken, aber muss er u. a. mit sprachlichen Mitteln unsichtbar machen, ob etwas gemerkt hat.

Im Ganzen: Die reale Modernisierung der Juristenausbildung betrifft also nicht das Verhältnis von oberflächlicher starrer Reglementierung und untergründiger Rhetorik. Etwas mehr Integration sprachwissenschaftlicher Analyse könnte eine aufklärerische Wirkung haben.

## Literatur

- Anton, Karl-Heinz (2001): Mit List und Tücke argumentieren – Technik der boshaften Rhetorik. 2. Aufl. Wiesbaden: Gabler-Verlag.
- Braun, Johann (2000): Der Zivilrechtsfall – Klausurenlehre für Anfänger und Fortgeschrittene. München: Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Grißhaber, Wilhelm (2002): Fachspezifische Fremdsprach(en)ausbildung für Juristinnen und Juristen im Spannungsfeld zwischen fremdsprachlicher Fachausbildung und fachspezifischer Fremdsprachenausbildung. In diesem Band. S. 343–354.
- Krey, Volker (1997): Strafrecht Besonderer Teil. Bd. 2, 11. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer Verlag
- Schimmel, Roland (2000): Juristische Klausuren und Hausarbeiten richtig formulieren. 2. Aufl., Neuwied: Luchterhand-Verlag.
- Schopenhauer, Arthur: Die Kunst, Recht zu behalten – Eristische Dialektik. [www.gutenberg.aol.de](http://www.gutenberg.aol.de)
- Schütte, Wolfgang (1982): Die Einübung des juristischen Denkens – Juristenausbildung als Sozialisationsprozeß. Frankfurt/New York: Campus Verlag. (Campus Forschung 253).
- Seibert, Thomas-Michael (1977): Zur Fachsprache in der Juristenausbildung – Sprachkritische Analysen anhand ausgewählter Textbespiele aus juristischen Lehr- und Lernbüchern. Berlin: Duncker und Humblot. (Schriften zur Rechtstheorie 57).
- Ohne Autorenangabe (1997): basics Zivilrecht. 2. Aufl., Hemmer/Wüst Verlag.

WILHELM GRIEßHABER / JOANNA BECKER

## FFA im Spannungsfeld zwischen fremdsprachlicher Fachausbildung und fachspezifischer Fremdsprachenausbildung

### Abstract

An zahlreichen deutschen Hochschulen gibt es zusätzlich zu grundständigen rechtswissenschaftlichen Studiengängen auch Lehrangebote zu Grundlagen nichtdeutscher Rechtssysteme, für die sich der Terminus „Fachspezifische Fremdsprachenausbildung (für Juristinnen und Juristen)“ (FFA) etabliert hat. Zunächst werden einige Merkmale des anglo-amerikanischen Rechts (*common law*) vorgestellt. Am Beispiel der Münsteraner FFA wird ein integratives Konzept juristischer und fachsprachlich ausgerichteter Kurse vorgestellt. Anhand von Kursevaluationen und der Forschungsergebnisse des interdisziplinären Forschungsprojekts „Verhaltensmuster englischer und deutscher Juristen und ihre Vermittlung in der Juristenausbildung“ wird gezeigt, dass die Studierenden dazu tendieren, Sprachprobleme als Fachprobleme wahrzunehmen und eher zu einer fremdsprachlichen Fachausbildung tendieren. Daraus werden curriculare und didaktische Konsequenzen für die FFA entwickelt, die die Erwartungen der Studierenden aufgreifen sollen und den sprachlichen Anforderungen gerecht werden können.

### 1. Das Grundverhältnis von Sprache und Recht

Das Recht vollzieht sich im Medium der Sprache. Es existiert nicht unabhängig von seiner sprachlichen Gefasstheit, wie für die Rechtswissenschaft Kirchhof in seinem Beitrag in diesem Band ausführt. Das gilt sowohl für Gesetze und Verordnungen als auch für die Institutionen der Rechtspflege. Im Studium der Rechtswissenschaft erfolgt deshalb auch „ein regelrechtes Training auf Kürze und präzise Ausdrucksweise“ wie die Anwältin Kasperek (1996, S. 63) im Rückblick auf ihr Studium feststellt. Nach Hattenhauer (in diesem Band) muss sich der Jurist bei jedem Satz fragen, was man ersatzlos streichen könne, ohne dass der Sinn verlorengehe. Struck (2001, S. 1) qualifiziert diese Praxis in seinem Beitrag folgendermaßen: „Bestimmte Sprachformen werden in der deutschen Juristenausbildung in einem Maße eingeübt, daß das hässliche Wort Dressur berechtigt ist.“ Dies kann nach Kasperek sogar dazu führen, dass „man manchmal meint, das ganze Leben bestünde nur noch aus einzelnen Tatbestandsmerkmalen, die es zu subsumie-

ren gilt“ (S. 63). Beim Blick über die Rechtsgrenzen wird jedoch schnell deutlich, dass die Abstraktheit und Komprimiertheit des deutschen Rechts und seiner Sprache nicht universell sind. Das anglo-amerikanische *Common Law*, seine innere Rechtslogik wie seine sprachliche Verfasstheit unterscheiden sich fundamental vom vertrauten deutschen System. Im Zuge der gewachsenen und weiter wachsenden internationalen Verflechtung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik werden Kenntnisse dieses Rechtssystems für fachliches juristisches Handeln unverzichtbar. Wie stark das Englische vorgezogen ist, zeigt ein Blick auf den Arbeitsmarkt. Bei bis zu 40 % der Stellenanzeigen großer Anwaltskanzleien und Wirtschaftsunternehmen werden zumindest englische Sprachkenntnisse verlangt (Basedow 1990), eine Zahl, die inzwischen sicher höher liegen dürfte. Die Diskussion um die geringer werdende Rolle und Funktion der deutschen Sprache gegenüber dem unaufhaltsam weiter vordringenden Englischen ist ja auch *ein* Reflex auf diese Entwicklungen.

## 2. Einige Merkmale des *Common Law*

Betrachten wir nun einige Merkmale der englischen Rechtskultur und Rechtssprache. Die tiefgreifenden Unterschiede zum deutschen System zeigen sich schon darin, dass ganz England ungefähr so viele Richter hat wie der Stadtstaat Hamburg. Die englische Gesellschaft muss also über effiziente Mechanismen zur außergerichtlichen Beilegung der dort sicherlich auch vorhandenen Streitfälle verfügen, während die deutsche Gesellschaft großen Wert auf das Einklagen vermeintlicher oder tatsächlicher Rechtspositionen legt. Ähnlich tiefgreifende Unterschiede zeigen sich auf nahezu allen Betrachtungsebenen.

So ist zum Beispiel ein juristisches Studium nicht zwingend Voraussetzung für eine Anwaltstätigkeit, obwohl mittlerweile die meisten englischen Juristen an einer Universität Recht studiert haben. Die Juristenausbildung war und ist gleichsam ständisch organisiert und obliegt für einen Teil der Juristen, den *barristers*, den sog. *Inns of Court*. Die Teilung der Anwaltschaft in zwei Berufsgruppen, in *barristers* und *solicitors*, mit unterschiedlichen Aufgabenfeldern und unterschiedlichem Standesrecht, markiert einen weiteren charakteristischen Unterschied, auch wenn sich hier durch das europäische Recht einiges ändert. Selbst die Umgangsformen der beiden Berufsstände sind verschieden und wesentlich formaler als in Deutschland. Sogar im Berufsalltag äußern sich die unterschiedlichen Systeme. So spricht einiges dafür, dass englische Anwälte, die häufiger als deutsche nach ihrem Zeitaufwand bezahlt werden, zeitintensiver verhandeln oder dass deutsche Anwälte, die eine besondere Vergleichsgebühr erhalten, stärker auf das Zustandekommen von Vergleichen drängen.



Diese Bedingungen sind zu berücksichtigen, wenn man sich mit dem *Common Law* und der Sprache des englischen Rechts beschäftigt. Das in einer eigenen Tradition stehende *Common Law* bildet ein eigenständiges Rechtssystem mit eigener Begrifflichkeit. Pescatore, ehemaliger Richter am Europäischen Gerichtshof in Straßburg, meint dazu: „Die Interkommunikation zwischen beiden Rechtskulturen ist nicht möglich, solange nicht wenigstens eine gegenseitige Kenntnis dieser Fundamentalien und ein minimales Verständnis dafür bestehen.“ (1997, S. 4).

Unter fachsprachlichen Aspekten stellen Krause & von Unwerth 1986 bezüglich der Lexik folgende Besonderheiten fest: allgemeinsprachliche Lexik in besonderer juristischer Bedeutung, z. B. *provision*, das im juristischen Kontext nicht *Vorrat*, sondern *Vorbehalt* bedeutet; archaische Wendungen wie *whereas* und Wendungen aus dem Lateinischen wie *stare decisis* oder genuin juristische Ausdrücke wie *bailment* oder *tort*. Syntaktisch ist die Rechtssprache durch altertümliche, umständliche, ja unverständliche Ausdrücke und auffällig lange Sätze geprägt. Als typisch werden komplexe binominale Wendungen wie *attached to or incorporated in* genannt. Bezüglich der Pragmatik werden die turn-Zuweisung oder das story-telling vor Gericht erwähnt.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob derartige Feinheiten überhaupt in einem begrenzten fremdsprachlichen Zusatzstudium vermittelbar sind. Dies ist nicht das Ziel der FFA, der fachspezifischen Fremdsprachenausbildung. Allerdings zeigen die Beispiele, dass eine enge fachsprachliche, an Fachwortschatz und Grammatik orientierte Ausbildung viel zu kurz greifen würde. Die Ausbildung muss auch fachliche Inhalte in der Fremdsprache berücksichtigen. Eine solcherart fach-fremdsprachliche Ausbildung kann derzeit nur auf wenige fundierte Erkenntnisse aufbauen und muss mit Erfahrungswerten, Versuch und Irrtum arbeiten. Dies wird später am Münsteraner Beispiel deutlich.

### 3. Das Grundkonzept der fachspezifischen Fremdsprachenausbildung

Seit den 80er Jahren haben mehrere deutsche Universitäten Angebote zu nichtdeutschen Rechtssystemen und Rechtssprachen entwickelt. Unter der inzwischen eingebürgerten Bezeichnung „Fachspezifische Fremdsprachenausbildung“ integrieren sie Allgemein- und Fachsprachkurse mit rechtswissenschaftlichen Veranstaltungen. An der Uni Münster hat das entsprechende Angebot den Status eines eigenen, interdisziplinären Studiengangs, der gemeinsam vom Fachbereich Rechtswissenschaft und vom Sprachenzentrum getragen wird. Er schließt nach insgesamt vier Semestern mit einer Zertifikatsprüfung ab.

<b>Voraussetzungen:</b> Vertiefte Fremdsprachkenntnisse, Immatrikulation in Rechtswissenschaft
<b>Testatsphase:</b> 1. und 2. Fachsemester Berufsbezogener Sprachfertigkeitkurs I: Office Skills for Law (SPZ) Einführung in das System des Common Law Einführung in die juristische Arbeitsweise des Common Law Grundzüge des britischen und amerikanischen Verfassungsrechts
<b>Zertifikatsphase:</b> 3. und 4. Fachsemester Grundzüge des anglo-amerikanischen Privatrechts Praxis-Vorbereitungskurs: Experience in Law mit 3 wöchigem Praktikum (SPZ) Vertiefungskurs in einem Gebiet des Common Law Berufsbezogener Sprachfertigkeitkurs II: Professional Skills for Law (SPZ)
<b>Wahlpflichtprogramm:</b> Legal Translating (obligatorisch) (SPZ) Wahlweise Debating in English, Cultural Studies, Fachveranstaltungen usw. (SPZ/JUR.)

#### Übersicht 1: Struktur des FFA-Studiengangs

Interessenten müssen vor der Zulassung in einem *Sprachtest* vertiefte allgemeine Fremdsprachkenntnisse nachweisen. Die Ausbildung zielt darauf ab, die Studierenden für den Umgang mit Angehörigen des anglo-amerikanischen Rechtssystems handlungsfähig zu machen. In diesem Konzept sind die philologischen Anteile weder auf die Vermittlung fachsprachlicher Termini noch auf Lektürekurse beschränkt, sondern haben einen eigenständigen Stellenwert. Sie zielen auf die Vermittlung der im späteren Berufsalltag benötigten sprachlichen Fertigkeiten. Diese Zielsetzung spiegelt sich auch in den Veranstaltungstiteln wieder: *Office Skills for Law* und *Professional Skills for Law*. *Office Skills* führt in grundlegende Verwendungsweisen der englischen Sprache in Kanzleien und Gerichten ein und umfasst z. B. das Erstellen von Protokollen, das Lesen von Texten unter juristischen Gesichtspunkten mit anschließenden schriftlichen Zusammenfassungen oder das Schreiben kurzer argumentativer Texte. *Professional Skills* bereitet auf die Abschlussprüfung vor, in der unter anderem ein Gespräch mit einem anglo-amerikanischen Anwalt simuliert wird und *legal essays* zu schreiben sind, wie sie im Beruf anfallen. Dabei geht es um die Verwendung der englischen Sprache *in a professional manner*. Zentraler Studienbestandteil ist ein dreiwöchiges *Praktikum*, das in der Regel im Ausland absolviert wird. Bei der Besorgung

eines Praktikumsplatzes lernen die Studierenden, sich wirklich adressatenbezogen darzustellen und sich auf den Leser ihrer bis zu zwanzig, dreißig Bewerbungen einzustellen. Die im Praktikum gewonnenen Erfahrungen werden von den Studierenden als sehr wertvoll eingeschätzt. Im *Wahlpflichtprogramm* müssen die Studierenden eine obligatorische Veranstaltung zum Übersetzen und einen selbst gewählten thematischen oder fachübergreifenden Kurs absolvieren. Dieses integrative Konzept steht für eine fachspezifische Fremdsprachenausbildung.

#### 4. Das Verhältnis von Sprach- und Fachinhalten in der FFA

Nach über fünf Jahren und mehreren Evaluationen, unter anderem in dem von der Volkswagenstiftung geförderten Forschungsprojekt „Verhaltensmuster englischer und deutscher Juristen und ihre Vermittlung in der Juristenausbildung“, zeigen sich Probleme in dem interdisziplinären Studiengang. Immer wieder loben Studierende das Praktikum, kritisieren aber die geringe Effizienz der *Praxisvorbereitungskurse*. Auch die einführenden *Office Skills* Kurse werden unterschiedlich beurteilt. Von vielen Studierenden werden sie lediglich als Vorbereitung auf die Suche nach einem Praktikumsplatz wahrgenommen. Die *Professional Skills* Kurse erhalten zwar durchweg gute Noten, doch schätzen die Studierenden andere Aspekte als die, die die Veranstalter für wichtig halten (s. u. studentische Statements).

##### **Das hat mir besonders gut gefallen:**

Besonders gut war, dass ehemalige Examensklausuren besprochen worden sind.

zielgerichtete Vorbereitung auf die Abschlussklausur, schwerpunktorientierte Wiederholung

Wiederholung, Examensvorbereitung anhand vorheriger Examensklausuren, gute Lehrerin

die konkrete Vorbereitung auf Examen und Examensschwerpunkte

nochmaliges Wiederholen der wichtigen Punkte, Vorbereitung auf Abschlussklausuren

dass examensrelevanter Stoff wiederholt wurde und dass man Fragen diesbezüglich stellen konnte

##### **Das sollte anders sein:**

größerer Kursraum

der Kurs könnte kleiner sein, um in dem kurzen Zeitraum mehr schaffen zu können

Es sollte mehr mögliche Fragen + Essays behandelt werden. Der Rest des Skriptes bereitet nicht auf das Examen vor, und ist somit überflüssig.

mehr Unterricht dieser Art und schon in früheren Semestern

noch mehr Fälle bearbeiten

**Was ich sonst noch sagen möchte:**

Das erste mal, dass gezielt Lösung von Fällen geübt wurde  
 die Kurse sollten untereinander besser abgestimmt und eher auf die  
 Schwerpunkte des gewählten Rechts eingehen  
 der Kurs sollte noch mehr zu einer Art Repetitorium für die Abschluss-  
 prüfung der FFA besucht werden  
 Freitag nachmittags: schlechte Zeit  
 Die Fälle werden nicht mustergültig besprochen

Typische studentische Statements zu *Professional Skills* in der Kursevaluation

Wie sich die Studierenden die FFA vorstellen, ergibt sich besonders anschaulich aus ihren frei formulierten Stellungnahmen zu *Professional Skills*, die vor dem Abschlussexamen absolviert werden. Durchgängig zeigt sich, dass die Studierenden die Veranstaltung vor allem als *Vorbereitung auf die Prüfung* schätzen. Diese Konzeption zieht sich durch die Stellungnahmen, unabhängig davon, ob sie sich zu guten oder verbesserungswürdigen Seiten der Ausbildung äußern. Im Kern loben die Studierenden die „zielgerichtete Vorbereitung auf die Abschlussklausur“. Neben der „schwerpunktorientierte(n) Wiederholung“ des relevanten Stoffes erwarten sie dessen Anwendung auf Fälle und die Simulation von Prüfungsteilen und lehnen konsequenterweise die Behandlung neuer Inhalte ab. Offensichtlich orientieren sie sich am „Repetitorium“ der grundständigen Juristenausbildung. Etliche wünschen sich die philologischen Kurse als *Lektürekurse* zu den Fachvorlesungen, in denen die Fremdsprachexperten Hilfestellung bei der Erarbeitung schwieriger Texte geben. Zu dieser engen Fachorientierung passt auch die geäußerte Kritik am Konzept der fächerübergreifenden *Ergänzungskurse*, in denen die juristischen Fachinhalte vermisst werden. Als wichtigstes Beurteilungskriterium ergibt sich aus den Statements der wahrgenommene *fachliche Fortschritt*, und zwar in den rechtswissenschaftlichen wie in den philologischen Veranstaltungen. Die Studierenden verfolgen also eher das Konzept einer *fremdsprachlichen Fachausbildung*, d.h. einer Ausbildung in/für ein rechtliches System in der betreffenden Rechtssprache.

Was folgt aus diesen Statements und Erwartungen hinsichtlich der Rolle fremdsprachlicher Fertigkeiten? Kurzfristig möchten die Studierenden im Examen gut abschneiden und erwarten deshalb zu Recht eine gute Vorbereitung auf die Prüfung. Mit Blick auf den Beruf streben sie auf der Basis vertiefter allgemeiner Fremdsprachkenntnisse – durch den Eingangstest vor Studienbeginn ermittelt – den Erwerb fachlicher Handlungskompetenzen in einem fremden Rechtssystem an. Für dieses Ziel stehen die Fremdsprachkenntnisse lediglich in einem instrumentellen Verhältnis. Ihre sprachlichen Schwächen nehmen sie nicht als sprachliche wahr, sondern als fachliche. Dies zeigt sich auch in den Äußerungen von Studierenden zu ihren Prakti-

kumserfahrungen, die in dem Forschungsprojekt erhoben wurden (s. Statements zu Praktikumserfahrungen).

**Womit waren Sie die meiste Zeit Ihres Praktikums beschäftigt?**

Briefe und Faxe schreiben.

Telefonieren; deutsch–englisch; Korrespondenz; abheften; kopieren.

Akten prüfen; Urteile suchen; Lesen und Schreiben.

Gerichtsbesuche; einige Tage bei Richtern; viele Gerichtstermine.

**Worin lagen die größten Schwierigkeiten Ihrer Tätigkeiten?**

Akten verstehen. Präzise Ausdrucksweise und Fachvokabular.

Einarbeiten in völlig neue Rechtsgebiete.

Kenntnis in englischen Fachtermini.

Rechtsfragen in Bibliothek klären.

**Welchen Ratschlag würden Sie Ihren KommilitonInnen zur Vorbereitung geben?**

Spezielles Interesse bei Bewerbung zeigen.

Rechtsterminologie des Landes lernen.

Sprachliche und sozial-kulturelle Vorbereitung.

Seien Sie offen für alles.

Typische studentische Statements zu ihren Praktikumserfahrungen (VW-Projekt)

Die Studierenden nennen, kaum überraschend, sehr viele textbezogene Tätigkeiten bis hin zur Abfassung von Briefen (zur Behandlung deutscher Normen in englischer Anwaltskorrespondenz s. Gießhaber 1999). Unter den Schwierigkeiten dominieren fachliche, z. B. „Fachvokabular“, „Fachtermini“, „Rechtsfragen“ usw. Auch bei den Ratschlägen zur Vorbereitung finden sich Hinweise zur fachlichen Vorbereitung („Rechtsterminologie“). Mit dieser dem Fachwissen beigemessenen Bedeutung korrespondiert das vereinzelt geäußerte Lob an den ansonsten deutlich kritisierten *Experience* Kursen bei der Verbesserung des „fachspezifische(n) Fremdwörtervokabular(s)“. Allgemein fremdsprachliche Aspekte spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Passend dazu stellen sie in der Erhebung des VW-Projektes zu ihren Praktika einen mit 16 % bescheidenen Zuwachs der als „gut“ eingeschätzten Lesekenntnisse fest, während der Zuwachs bei den als nur „befriedigend“ eingeschätzten juristischen Kenntnissen mit 29 % deutlich höher eingeschätzt wird. Allerdings werden beide Werte durch den mit 41 % sehr hohen Zuwachs konversationeller Kenntnisse deutlich übertroffen (s. Abb. 1). Dieser hohe Anstieg allgemeinsprachlicher Fertigkeiten wird von den Studierenden jedoch nicht im gleichen Maße wahrgenommen wie ihre Probleme im fachlichen Bereich und die dort erzielten Verbesserungen.

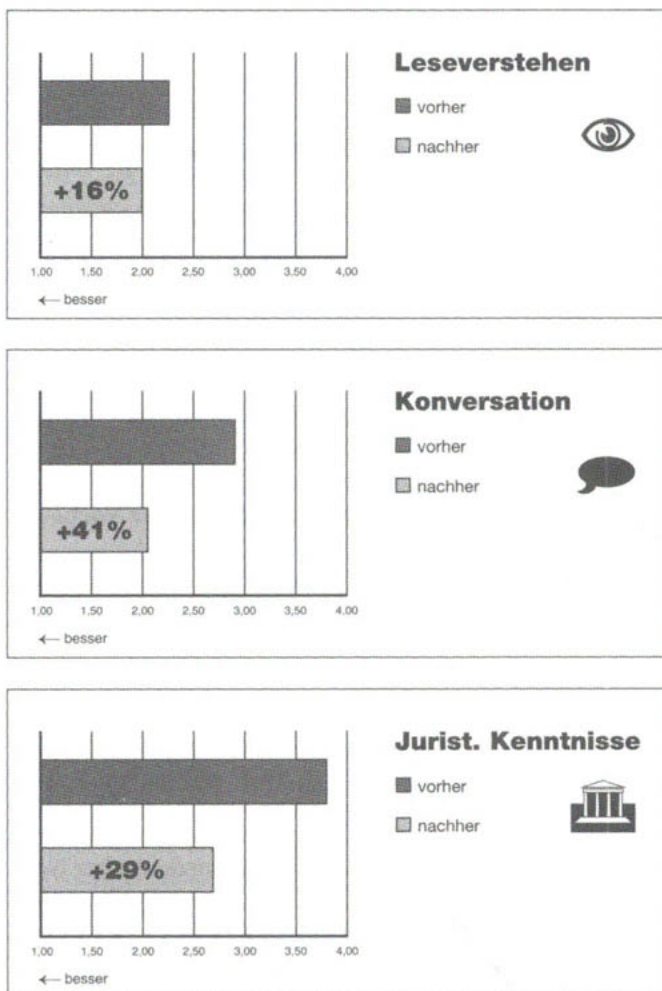


Abb. 1: Bewertung von Fertigkeiten im Praktikum (VW-Projekt)

Die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung großer fachlicher, vor allem terminologischer, Probleme und den kaum genannten/wahrgenommenen all-gemeinsprachlichen Problemen deckt sich mit der weithin beobachteten Tat-sache, dass Fachleute, z. B. Techniker, vor allem unbekannte oder fehlende Fachtermini in der fremdsprachlichen Fachkommunikation als Problem wahr-nehmen, während der Stand der allgemeinen Sprachkenntnisse als nicht so problematisch eingeschätzt wird. Insgesamt scheint es so, als ob sprachlich bedingte kommunikative Probleme primär als fachliche wahrgenommen werden, als Fehlen benötigter Fachkenntnisse und Fachtermini. Diese Pro-bleme zeigen sich in einem Gespräch deutscher Studierender mit einem eng-

lischen Anwalt für Arbeitsrecht (s. Griebhaber 2001). Darin verwechselt ein Fragesteller nach den von Frau Thatcher ergriffenen rechtlichen Maßnahmen *rights* und *power* und bemerkt an der Nachfrage des Anwalts, dass dieser die Frage nicht verstanden hat. Dieses durch das Fehlen passender Begriffe ausgelöste Kommunikationsproblem kann zu der oben vorgestellten Selbsteinschätzung führen. Allerdings hätten sich die Probleme durch eine diskursive Behandlung der lexikalischen Lücke, durch eine Umschreibung etwa, lösen lassen. Anstatt die Frage zu modifizieren, den Inhalt zu umschreiben usw. ergänzt der Student nur unsicher „what's the main points?“. Damit vergeblich er konversationelle Möglichkeiten zur Klärung fachlicher Verstehensprobleme.

Ähnlich eingeschränkt ist die Wahrnehmung sprachlicher Fertigkeiten im Bereich der Textproduktion. Die meisten Studierenden haben mit dem englischen *essay*, der dem deutschen juristischen Gutachtenstil diametral entgegengesetzt ist, große Probleme. Im deutschen System gilt es, die zu beurteilenden Fälle nachvollziehbar unter eine Regel zu subsumieren. Dieses im Studium eingebläute Vorgehen wird in sprachlich korrektes Englisch übertragen. So schreibt z. B. ein Prüfling zu der Frage, ob eine bereits erteilte Kauforder nachträglich durch ein Telegramm widerrufbar ist: „... posted acceptance, the *postal rule applies* and the telegraph is invalid.“ Der Kommentar eines Dozenten dazu lautet: „... to write this is to write with no ground. There is no point to it. It is nothing more than an imperfect exercise in memory. It has no use and no purpose.“ (Mellors 1997, S. 2). Denn im *Common Law* kann man nicht einfach eine Regel anwenden, sondern muss das Recht im Gericht finden. Das erfordert nach Mellors ein philosophisches Verständnis des Rechts und eine kritische Evaluation seiner Wirkung im konkreten Fall, die dem Leser, bzw. Richter vermittelt werden muss. Deshalb muss das schreibende Subjekt auftreten und auch in juristischen *essays* zur Überzeugung des Lesers rhetorische Mittel einsetzen. Solche Prinzipien stehen hinter den von englischen Juristen formulierten Anforderungen an juristische Schreibfertigkeiten, wie sie im Lehrbuch von Webb et al. (2000) gegeben werden:

„The Law Society's written standards for the Legal Practice Course require that students should be able to prepare a range of documents and formulate and present a *coherent* piece of writing based upon facts, general principles and legal authority in a *structured*, concise and, when appropriate, *persuasive manner*.“ (Webb et al. 2000, S. 64; Hervorhebungen durch den Vf.)

Die in dem Zitat genannten Anforderungen an juristische Schriftstücke, dass sie kohärent, strukturiert und persuasiv sein sollen, sind nicht mit dem Textwissen eines deutschen Juristen, sondern mit dem eines angelsächsischen Juristen zu verstehen. Deshalb bliebe ein Rechtsunterricht, der sich auf die bloße Vermittlung von Sprache und Rechtsinhalten beschränkte, unvollständig.

## 5. Curriculare und didaktische Konsequenzen

Die erste Konsequenz betrifft das Curriculum. Der von den Studierenden als überflüssig oder gar als Zeitverschwendung eingeschätzte *Praxis-Vorbereitungskurs* wird gestrichen, auch wenn noch unklar ist, wie die Weitergabe der Erfahrungen an die nachfolgenden Generationen erfolgen kann. Der nächste Schritt erscheint wenig spektakulär, insofern es ‚nur‘ um neue Kursbezeichnungen geht: die *Office Skills for Law* sollen – inhaltlich modifiziert – *Conversation and Presentation Skills for Lawyers* heißen, und aus den *Professional Skills* sollen *Writing and Research Skills for Lawyers* Kurse werden. Was ändert sich dadurch? Aus Äußerungen der Studierenden ist bekannt, dass die bisherigen Bezeichnungen den Studierenden nicht vermitteln, dass sie selbst kommunikativ handeln sollen, dass die fremdsprachlichen Kurse auf die Erweiterung ihrer fach-fremdsprachlichen Handlungsmöglichkeiten abzielen.

Inhaltlich sollen die Kurse stärker als bisher *Fachinhalte* aufgreifen. Im ersten Kurs sollen die Studierenden in der Fremdsprache detailliert über ihr Fachwissen sprechen, bzw. sprechen lernen, sie sollen ihre Meinung vertreten und überzeugend ausdrücken können, und sie sollen lernen, ihren Kollegen Konzepte überzeugend zu präsentieren, eine für die Einwerbung von Aufträgen in den sogenannten *beauty contests* ganz wichtige Fertigkeit. Der zweite Kurs soll das inzwischen erworbene Rechtswissen aufgreifen und nun vermitteln, wie man mit diesem Fachwissen Texte schreibt. Dazu gehört – wie im richtigen Leben in der Anwaltskanzlei – die Literaturrecherche in der Bibliothek und im Internet, das Lesen von Fachbüchern, Fällen und Akten. Am Ende des Kurses ist ein typischer englischer *essay* zu schreiben.

Damit die Studierenden die Diskrepanz zwischen ihrem deutschen Textwissen und dem erforderlichen englischen Textwissen wahrnehmen und sich aktiv um die Aneignung des englischen Stils bemühen, sind neue didaktische Konzepte erforderlich. Ein in der Erprobung befindlicher *erfahrungsbasierter* Ansatz besteht darin, die Studierenden einen an einer englischen Universität verfassten englischen Text, der den deutschen Konventionen folgt, analysieren und bewerten zu lassen. Die anschließend mitgeteilte schlechte Bewertung durch einen englischen Professor sensibilisiert die Studierenden in ersten Erfahrungen für die Frage nach den Gründen der schlechten Bewertung und nach den unterschiedlichen Textkonventionen. Von dieser Erfahrung aus kann der andere Schreibstil eher vermittelt werden.

Als methodisches Prinzip wird angestrebt, die Studierenden in den Kursen Kanzleien mit verschiedenen Aufgaben und Funktionen bilden zu lassen. Als Vertreter kooperierender oder konkurrierender Institutionen haben sich die Studierenden gegenseitig jeweils etwas Relevantes mitzuteilen und nicht nur der Lehrperson gegenüber ihr Wissen und Können zu demonstrieren. Allerdings, das soll nicht verschwiegen werden, steigt die Arbeitslast in der Organisation der Kurse und der Ausarbeitung von Kursmaterialien und Settings.



Die Änderungen haben im Verhältnis von Fach- und Fremdsprachwissen weitreichende Wirkungen: schon bisher unterrichten in den *Office* und *Professional Skills* Kursen muttersprachliche, juristisch und nicht philologisch ausgebildete Lehrkräfte. Der Einsatz nichtphilologischer Lehrkräfte wird mit dem neuen integrativen Konzept steigen. Das ist als Zeichen dafür zu sehen, dass sich die traditionellen rein philologischen Studiengänge für außerfachliche Angebote öffnen müssen, damit die Absolventen auch weiterhin ihre philologischen Kenntnisse am Arbeitsmarkt einsetzen können. Wenn die Philologien sich nicht öffnen, werden sie in solchen Bereichen wie der Juristenausbildung an den Rand gedrängt, da sie durch sprachlich kompetente Juristen ohne philologische Ausbildung ersetzt werden. Allerdings würde diese von fremdsprachlich kompetenten Fachleuten getragene fremdsprachliche Fachausbildung den Interessen der Studierenden entgegenkommen, den Erfordernissen jedoch nicht gerecht werden. Dieses Problem, am Beispiel der Juristenausbildung aufgezeigt, stellt sich auch im Verhältnis zu anderen Fächern. Noch hat die Philologie eine Chance, bei der Bewältigung der neuen Aufgaben aktiv mitzuwirken und sich ein Arbeitsfeld zu erschließen, in das sie erste Schritte getan hat.

## Literatur

- Basedow, Jürgen (1990): Juristen für den Binnenmarkt – Die Ausbildungsdiskussion im Lichte einer Arbeitsmarktanalyse. In: NJW 43, S. 959–963.
- Grießhaber, Wilhelm (1999): Perspektivierende Bezugnahme auf ausgangssprachliche Rechtsverhältnisse im anwaltlichen Handeln. In: Groot, G.-R. de/Schulze, R. (Hg.): Recht und Übersetzen. Baden-Baden. S. 201–213.
- Grießhaber, Wilhelm (2001): Verfahren und Tendenzen der funktional-pragmatischen Diskursanalyse. Vom Speiserestaurant zum Cybercafé. In: Ivanyi, Zsuzsanna/Kertész, András (Hg.) (2001): Gesprächsforschung: Tendenzen und Perspektiven. Frankfurt/M. S. 75–95.
- Hattenhauer, Hans (2001): Wie der Rechtsstaat zur Sprache kam. 1854–1881–1930–1937–1986. Jahrestagung 2001 des IdS, Sprache und Recht. Mannheim, Vortragsmanuskript.
- Kasperek, Elisabeth (1996): Erfahrungen in einer Rechtsanwaltspraxis. In: Cölfen, H./Januschek, F. (Hg.) (1996): Linguistische Beratung ... im Spiegel der Praxisfelder. OBST 53/96. S. 61–74.
- Kirchhof, Paul (2001): „Rechtsprechen ist mehr als Nachsprechen von Vorgeschiedenem“ – Zur Textinterpretation als Methode richterlicher Rechtsfindung. Jahrestagung 2001 des IdS, Sprache und Recht. Mannheim. Vortragsmanuskript.
- Krause, Jürgen/Unwerth, Heinz-Jürgen von (1986): Englisch für Juristen. Zur Begründung eines Fachsprachenkurses. In: Seminar für Sprachlehrforschung der Ruhr-Universität Bochum (Hg.) (1986): Probleme und Perspektiven der Sprachlehrforschung. Frankfurt/M. S. 395–413.
- Mellors, Timothy (1997): Report into the FFA Performance Based upon 1997 Examinations and Hausarbeit. Münster: WWU Sprachenzentrum.
- Pescatore, Pierre (1997): Recht in einem mehrsprachigen Raum. Ansprache gehalten am 10. Januar 1997 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zum Anlass der

Verleihung der ersten Diplome der Fachspezifischen Fremdsprachenausbildung für Juristen. Münster: WWU.

Struck, Gerhard (2001) Fachsprachenerwerb oder sprachliche Dressur? Jahrestagung 2001 des IdS, Sprache und Recht. Mannheim. Vortragsmanuskript.

Webb, Julian et al. (2000): Lawyers' Skills. 8. Auflage. London.

KATHARINA FALKSON / INGRID LEMBERG / EVA-MARIA LILL

## Das Deutsche Rechtswörterbuch

Ein Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache

### I. Konzeption des Wörterbuchs

Das Deutsche Rechtswörterbuch (DRW) ist ein historisches Wörterbuch, das die Sprache des Rechts in alphabetisch geordneten Wortartikeln darstellt. Sprache des Rechts wird dabei in einem sehr umfassenden Sinn verstanden, d. h. das Wörterbuch geht weit über den engeren Begriff der Fachsprache des Rechts hinaus und bietet keineswegs nur Erklärungen zu juristischen Fachtermini an. Es beschreibt vielmehr einen kulturhistorischen Wortschatz, der für die Ausbildung einer Sprache des Rechts grundlegend war.

Konzipiert wurde das DRW im 19. Jahrhundert für Historiker, insbesondere Rechtshistoriker. Ihren Forschungen zu mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Rechtsquellen sollte das Wörterbuch als Hilfsmittel dienen. Dabei bedeutet „ältere deutsche Rechtssprache“ im Untertitel des DRW im Verständnis des 19. Jahrhunderts die Rechtssprache aller westgermanischen Sprachen. Das DRW berücksichtigt in seinen Wortartikeln somit die historischen Sprachstufen des Hochdeutschen (Althochdeutsch, Mittelhochdeutsch, Frühneuhochdeutsch), des Niederdeutschen (Altsächsisch, Mittelniederdeutsch), des Niederländischen (Mittelniederländisch), Friesischen (Altfriesisch) und Englischen (Altenglisch). Der zeitliche Rahmen, der gesteckt wird, ist damit sehr weit: vom Beginn der schriftlichen Überlieferung von Rechtswörtern in den westgermanischen Sprachen, z. B. im Altenglischen schon ab dem 6. Jahrhundert, bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Die weitaus meisten Texte stammen jedoch aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit, und der größte Teil sind deutsche Texte.

Das Corpus des DRW (ca 7.900 Quellensiglen) umfasst eine Vielzahl von Textsorten. Ausgewertet und als Belegstellen für die Wortartikel exzerpiert wurden insbesondere Rechtstexte jeder Art wie Gesetze, Verordnungen, Vertragstexte, Rechtsbücher, Lehrbücher zu allen Rechtsgebieten, Gerichtsurteile, ländliche Rechtsweisungen, Akten, Verzeichnisse von Steuern, Abgaben und Dienstleistungen, Handelsbücher usw., aber auch literarische Texte in ihren rechtlichen Bezügen.

Geographisch stammen diese Quellen aus allen Regionen Europas, in denen eine der genannten Sprachen bzw. Varietäten entweder heute noch ge-

sprochen wird oder in historischer Zeit gesprochen wurde. Es sind dies neben Deutschland, Österreich, Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, England und den baltischen Staaten auch historische Regionen wie Schlesien, Böhmen, Mähren und Siebenbürgen.

Das DRW verfügt mithin über ein umfangreiches Belegarchiv, das den Wortartikeln zugrunde liegt. Es handelt sich dabei sowohl um ein Zettelarshiv (2,5 Millionen Belege), in dem ältere Texteditionen exzerpiert sind, als auch um ein elektronisches Textarchiv (36 Megabyte), das maschinenlesbare neuere Texteditionen enthält.

In seiner Breite ist das DRW damit ein wahrhaft europäisches Wörterbuch, das die Rechtsentwicklung, aber auch die kulturelle Entwicklung des mitteleuropäischen Raums in seinen Wortartikeln erkennen lässt. Mit seiner umfassenden lexikographischen Darstellung deutscher Wortgeschichte und seinen disziplinübergreifenden sprach- und kulturgeschichtlichen Bezügen zählt es wie das Deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm zu den großen historischen Wörterbüchern des Deutschen.

## II. Veröffentlichungsplan

Das Projekt der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist auf 16 Bände geplant. Der zehnte Band (bis zum Buchstaben R) wird im September 2001 komplett vorliegen, jeder neuere Band enthält ca. 6.000 Wortartikel. Der gesamte im DRW zu bearbeitende Wortschatz beläuft sich auf ca. 120.000 Wortartikel. Alle zwölf bis dreizehn Monate erscheint eine Doppellieferung. Ein Band, bestehend aus fünf Doppellieferungen, erscheint alle fünf Jahre. Im Jahre 1998 erschien der Nachdruck des Deutschen Rechtswörterbuchs im Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, so dass das Werk bis zum derzeitigen Bearbeitungsstand komplett lieferbar ist. Der Abschluß des DRW ist für 2030/35 geplant.

## III. Produktion des Wörterbuchs

Bei der Artikelerstellung im Rechtswörterbuch erfolgt die Datenaufnahme sowohl der Artikel(köpfe) als auch der dazugehörigen historischen Belege in Datenbanken mittels des Datenbanksystems *Faust* (Doris Land Software). Auch die vollständigen bibliographischen Angaben zu dem Quellenkorpus sind in einer Datenbank erfasst.

Der große Vorteil der Datenaufbereitung in Datenbanken ist – neben der Übersichtlichkeit und Fehlerreduzierung – vor allem die Möglichkeit der „Verlinkung“, d. i. das Setzen von Referenzen von einem Objekt auf ein anderes. So werden einem Artikelobjekt, das den Artikelkopf enthält (Abb. 1), die entsprechenden historischen Belege aus der jeweiligen Datenbank über die Belegreferenz zugeordnet (Abb. 2), ebenso einem historischen Beleg die entsprechende Quelle über die Sigle als Referenz (Abb. 3). Auch Verweise von einem Artikel auf einen anderen sind möglich, wobei automatisch ein

Rückverweis gesetzt wird (Abb. 4). So kann man sich dort „durchklicken“, wo im gedruckten Werk ein anderer Band in die Hand genommen werden müsste.

**Verweisstrukturen  
im Deutschen  
Rechtswörterbuch  
innerhalb des  
Datenbanksystems  
*Faust***

1:1/1 Objekt 131761: Artikel

Bearbeiten Referenzen Ansicht Sortierung Liste Zusätze Hilfe

Gliederungsebene: pachtpflichtig

mit Erkl. höhere Ebene? ☐ Objekt weglassen? ☐

Drucklemma: pachtpflichtig

Grundwort: pflichtig

Wortklasse: adj.

Erklärung: zur Zahlung einer -Pacht (IV) <verpflichtet>

Verw./Erklärung: Pacht-4.0

Syn.-Verweis auf: pachtbar

Verweis von: pachtbar

Verweis von: pachtbauer

Belegreferenz: pachtpflichtig

Abb. 4 Artikelobjekt

1:1/1 Objekt 121805: Artikel

Bearbeiten Referenzen Ansicht Sortierung Liste Zusätze Hilfe

Gliederungsebene: pachtbauer

mit Erkl. höhere Ebene? ☐ Objekt weglassen? ☐

Drucklemma: Pachtbauer

Grundwort: Bauer

Wortklasse: m.

Erklärung: einem Grundherren -pachtpflichtiger -Bauer, auch übr. (Beleg 1629)

Verw./Erklärung: pachtpflichtig

Belegreferenz: pachtbauer

Abb. 1 Artikelobjekt

1:1/1 Objekt 126615: Beleg

Bearbeiten Referenzen Ansicht Sortierung Liste Zusätze Hilfe

zu Gliederungsebene: Pachtbauer

eg weglassen? ☐ Nur Funds ☐ Kommentar ☐

Belegtext: leibzucht-verträge der #pachtbauern]

Dabierung: 1826

Sortierdabierung: 1826.02

Signat: Scotti, Cleve V

Fundstelle: 131

Abb. 2 Belegobjekt

1:1/1 Objekt 16637: Quellenobjekt

Bearbeiten Referenzen Ansicht Sortierung Liste Zusätze Hilfe

Quellensigle: Scotti, Cleve

andere Sigle:  in

Gültig: Ja ☐

Ungültig - Bereich:  Wird zitiert als:

Umlies - Bereich:  Umliesen auf:  dort S.

Dabierung - Bereich:  Dabierung:  SQ:

Signatur: J 3539 (Mark)

Titel: Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogthum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind

Zusatz: vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der königlich preussischen Regierungen im Jahr 1816

Verfasserangabe: zusammengestellt u. hrsg. von J. J. Scotti

Verlag: Düsseldorf: Wulf

Serie: Provinzialgesetze, Samml. 2

Erschienen: 1 - 5 (1826)

Abb. 3 Quellenobjekt

Verlinkungen erlauben es auch, andere, inhaltliche Zusammenhänge herzustellen. So gibt es in den Erfassungsmasken für die Artikelköpfe Felder, die für die Verlinkung mit den Artikeln bedeutungsverwandter oder -ähnlicher Wörter vorgesehen sind, sog. *Synonym-Verweise* (z. B. *Pfaffendirne* ‚Beischläferin eines → Pfaffen (I)‘ – Syn.-Verweise auf die Artikel *Pfaffenbraut*, *-frau*, *-hure*, *-kellerin*). Weiterhin kann durch *Vergleiche-Verweise* auf andere Artikel verwiesen werden, die thematisch bzw. sachlich Ähnliches behandeln. Durch derartige Zusammenstellungen wird gleichsam ein Wortfeld geschaffen, das die Bedeutungserläuterung des aktuellen Artikels stützt und ihn in einen weiteren rechtlichen oder allgemein kulturhistorischen Kontext stellt (z. B. *Pfaffensohn* ‚nicht-ehelicher Sohn eines Geistlichen‘ – Vgl.-Verweise auf die Artikel *Hurensohn (II)*, *Kebssohn*).

Ein weiterer Vorteil des Programms *Faust* besteht in der Möglichkeit, aus Textfeldern *Indizes* der darin enthaltenen Wörter zu erstellen. So existiert beispielsweise eine Wortliste, alphabetisch zusammengestellt aus allen bisher erfassten historischen Belegtexten. Hierin kann bei der Bearbeitung eines neuen Artikels recherchiert werden, ob das zu behandelnde Wort zufällig in Belegen anderer Artikel auftritt, um darauf eine Referenz zu setzen. Auf diese Weise vermehrt sich das Belegmaterial, was zu einer höheren Qualität der Wortartikel führt. Ebenso liegt ein Index zu den Wörtern vor, die in den Bedeutungserläuterungen verwendet werden. Über diesen kann bei der Arbeit an einem Artikel nach sachlich verwandten Begriffen gesucht werden (z. B. Suche nach anderen Maßeinheiten).

Weitere Erleichterungen sowohl bei der Arbeit an einem Artikel als auch beim Lesen desselben bringen die *Faksimiles*, die einem historischen Beleg zugeordnet werden können. Diese digitalen Kopien von Textseiten aus Originalquellen werden während der Belegaufnahme von den MitarbeiterInnen per Scanner erstellt. Unklare Textstellen oder Belegschnitte werden so am Original nachprüfbar. Zusätzliche Informationen sind durch verschiedene Indizes, z. B. zu zitierten Quellen, Grundwörtern oder Belegklassifikationen, sowie durch Recherchen zu phraseologischen Gebrauchsmustern und Rechtssprichwörtern abrufbar.

Weiterhin existiert ein ständig wachsendes *Textarchiv*, in dem vielbenutzte Quellen maschinenlesbar vorliegen. Neben einem vollständigen Wortindex stehen hier verschiedene Recherchemöglichkeiten zur Verfügung.

Zur Zeit werden im Rahmen eines DFG-geförderten Zusatzprojektes die noch nicht maschinenlesbar vorliegenden ersten sechs Bände des DRW in *Faust* erfasst, so dass diese Recherchen über das gesamte bisher bearbeitete Material möglich sind.

#### IV. Das Deutsche Rechtswörterbuch im Internet

Neben der Fortsetzung der Publikation in Buchform wird das Wörterbuch seit September 1998 in zunehmendem Umfang auch im WWW veröffentlicht: Die Internetversion basiert auf dem Export der entsprechenden Daten aus der Datenbank und ihrer makrogestützten Konvertierung in HTML-Dateien. Die Wörterbuchartikel selbst bieten die selben Angabepositionen wie die Artikel des gedruckten Wörterbuchs: Neben den obligatorischen Angaben zum Lemma, zur Wortart, zur Erklärung und zu Belegen finden sich häufig auch weitere morphologische Angaben sowie Wortbildungshinweise und Verweise auf bedeutungs- oder sachverwandte Wörter. Die Verweise sind hypertextualisiert, ebenso die Quellsiglen in den Belegen, letztere führen in die jeweilige Titelaufnahme des Quellenverzeichnisses.

In der Online-Fassung haben wir die Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Darstellungsformen der Artikel, die man je nach Benutzerfrage auswählen kann. Die Funktion *Gliederungsübersicht* bietet einen raschen Überblick über die Erläuterungsteile des Artikels, was insbesondere bei hochgradig polysemen Wörtern wertvoll ist. In der Funktion *Volldarstellung*, die mit oder ohne Belegbeispiele gewählt werden kann, werden alle Informationspositionen des Erläuterungsteils dargestellt. Neben den Lemmata kann man nach ausgefallenen Schreibformen zu Wortvorkommen wie z. B. *aa-rtēge*: *Örtich* (eine Münzbezeichnung und ein Landmaß) oder *moyenisse*: *Mühnis* („Belastung, Beeinträchtigung, Behinderung“ rechtlicher und tatsächlicher Art) und Mehrfachschreibformen wie *maul*: *Mal*, *Maul* suchen. Datenbankrecherchen sind in der derzeitigen Netzfassung nicht möglich, längerfristig aber ebenso geplant wie ein weiterer Ausbau der Internetfassung mit systematischen Verlinkungen mit weltweiten Netzressourcen, in erster Linie mit anderen Wörterbüchern und Sachlexika, aber auch mit maschinenlesbaren Texten, elektronischen Faksimiles, historischen Bilddatenbanken oder digitalen Fachausstellungen. Die Grundlagen dazu werden in einem DFG-Projekt zur Einrichtung des Heidelberger Hypertextservers HDHS erarbeitet.

Die Abbildung (Abb. 5) zeigt ein Vernetzungsbeispiel eines Quellenzitats mit der entsprechenden elektronischen Faksimileseite, hier aus der Bamberger Halsgerichtsordnung von 1507 (im Wörterbuchartikel *nachgehen*, Gliederungspunkt I). Das elektronische Faksimile des Originaldrucks wurde von der Mannheimer Universitätsbibliothek im Netz veröffentlicht.

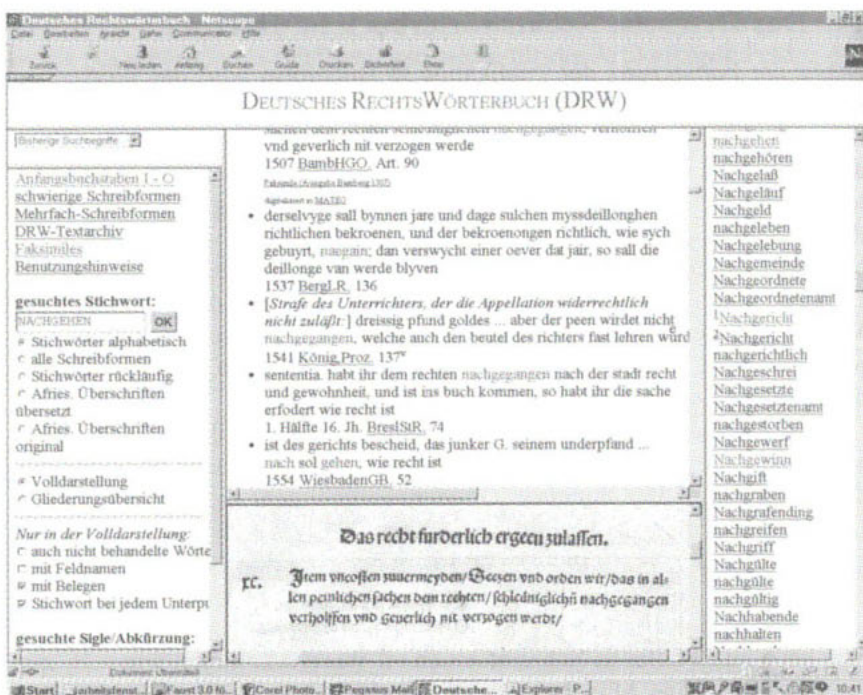


Abb. 5: Ausschnitt aus DRW-Online



ANGELIKA BECKER

## Interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Sprache des Rechts“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften – Projektdarstellung

Ende 1999 hat sich an der BBAW eine aus Juristen und Linguisten zusammengesetzte Arbeitsgruppe „Sprache des Rechts“ gebildet mit dem Ziel, das interdisziplinäre Gespräch über Schnittfelder zwischen Sprache und Recht voranzutreiben und empirische Forschung zu ausgewählten Untersuchungsbereichen zu initiieren.<sup>1</sup> Zwar gibt es eine breite Literatur zu „Sprache und Recht“, die aber zum großen Teil an einer Kritik der stilistischen und fachsprachlichen Aspekte von Rechtssprache und ihrer Unverständlichkeit für den juristischen Laien ausgerichtet ist (cf. Pfeiffer/Strouhal/Wodak 1987). Den für viele Jahre einzigen Versuch interdisziplinärer Zusammenarbeit stellte in den frühen 70er Jahren die Darmstädter „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe ‚Analyse der juristischen Sprache‘“ dar (cf. Rave/Brinkmann/Grimmer (Hg.) 1971a, 1971b, 1972), der es vor dem linguistischen Hintergrund einer logischen Kalkülsprache um die formale Erfassung rechtssprachlicher Prozesse mit dem Ziel einer Automatisierung rechtlicher Entscheidungen ging. Die in das Projekt gesetzten Hoffnungen scheiterten insbesondere an einer verengten Orientierung auf den Normtext und der mangelnden Berücksichtigung des dogmatischen Kontextes juristischer Interpretation. Die nicht erfüllten Erwartungen machen deutlich, dass eine einfache Übertragung von Begrifflichkeiten, theoretischen Modellen und Analysemethoden von einer Disziplin auf die andere eine adäquate Erfassung von Sprache-Recht-Schnittstellen nicht erlaubt. Eine fundierte Vorstellung von der Komplexität der Beziehung zeigen die Veröffentlichungen von Mitgliedern der Heidelberger Arbeitsgruppe Rechtslinguistik, die aus einem jahrelangen fachübergreifenden Diskussionszusammenhang zwischen Juristen und Linguisten hervorgegangen sind (cf. Busse 1992, 1993).

Es gibt zahlreiche Berührungspunkte zwischen Recht und Sprachwissenschaft (cf. Klein 2000), die wesentlich in der Bindung des Rechts an die Sprache be-

---

<sup>1</sup> Mitglieder der AG sind M. Bierwisch, R. Dietrich, W. Klein, D. Simon, Ch. Windbichler.

gründet sind: gesetzliche Normen sind sprachlich konstituiert. Rechtstexte richten sich primär an Institutionen, denen die Rechtsverwirklichung obliegt, aber auch an die Bürger als juristische Laien. Die beiden Adressatengruppen interpretieren Rechtstexte in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen und vor unterschiedlichem Wissenshintergrund. In dem Vorhaben der AG geht es um verschiedene Aspekte des Verstehens von Rechtstexten.

In einem ersten Arbeitsplan (cf. Berliner Arbeitsgruppe 2000) hatte die AG drei Untersuchungsbereiche herausgegriffen, auf die die Arbeit zunächst fokussiert sein sollte: a) Vergleich von BGB und dem ZGB der DDR unter dem Aspekt der Verständlichkeit für den Laien, b) sprachliche Spielräume der Gesetzesauslegung und c) rechtliche Anforderungen an die Sprache bei Texten, die sich unmittelbar an den Verbraucher wenden und dem Transparenzgebot unterliegen (z. B. Allgemeine Versicherungsbedingungen).<sup>2</sup> Die Untersuchungen sollten drei Bedingungen erfüllen: sie sollten interdisziplinär durchgeführt werden, eine empirische Grundlage haben und „prinzipiengeleitet“ sein. Zu den Untersuchungsbereichen wurden erste explorative Studien durchgeführt, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

Lasser (2000) unternimmt einen Vergleich von Paragraphen des BGB und des ZGB unter den Aspekten der „Lesbarkeit“, „Verstehbarkeit“, „Brauchbarkeit“ und „Anwendbarkeit“ für den juristischen Laien. Diese Kriterien für Textverständlichkeit analysiert sie aus linguistischer Perspektive anhand von spezifischen Fachtextmerkmalen, Orientierungshilfen im Text und textuellen Kohärenzeigenschaften. Lasser diagnostiziert, dass das ZGB dem „gebildeten“ Laien wesentlich zugänglicher ist und macht Vorschläge für ein „verständlicheres BGB“, wobei sie auch auf die Nutzung interaktiver Medien als Textgestaltungsmittel (Hypertext) verweist.

Dietrich/Kühn (2000) führten zwei Experimente zum Verstehen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung durch. Im ersten Versuch wurde das Verstehen bei Studenten ohne juristischen Hintergrund gemessen, und zwar anhand der Methoden „freies Erinnern“, Fragebeantwortung und Lösung von Praxisfällen. Ziel war es, das bei den Rezipienten erzeugte mentale Modell in der Form von Gedächtnisinhalten sichtbar zu machen. Es zeigte sich, dass die Texte gut erinnert wurden, das Verstehen aber durch die Wissensschemata der Probanden fehlgesteuert wurde. Den Probanden fehlte ein klares Konzept von „Versicherung der Haftpflicht“; vielmehr verarbeiteten sie die Information unter dem Einfluss eines verzerrenden Schemas von „Versicherungsschutz“, was sie zu „falschen“ Inferenzen bei der Lösung der Praxisfälle verleitete. In einem zweiten Experiment wurde das Verstehen von Studenten der Rechtswissenschaft

---

<sup>2</sup> Die Richtlinie 93/13/EWG legt fest, dass die dem Verbraucher in Verträgen schriftlich vorgelegten Klauseln „klar und verständlich“ abgefasst sein müssen.

(ohne spezielle Kenntnis des Versicherungswesens) mit dem von Studenten anderer Fachrichtungen verglichen. Die Ergebnisse zeigten, dass Erfahrung im Umgang mit juristischen Texten das Verstehen nicht wesentlich beeinflusst. Die Jura-Studenten beurteilten die Praxisfälle ebenso korrekt bzw. falsch wie die Nicht-Juristen, was gleichermaßen auf mangelndes Hintergrundwissen zurückzuführen war.

Schmidt (2001) befasst sich ebenfalls mit der Verständlichkeit von Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Hausratsversicherung. Im Mittelpunkt steht ein Aspekt der Textkohärenz, und zwar die lineare Abfolge der Äußerungen im Text. Bei den Allgemeinen Versicherungsbedingungen sind verschiedene Linearisierungskriterien denkbar, z. B. die Chronologie des Vertragsverlaufs (Vertragsabschluss – Prämienzahlung – Versicherungsfall und Abwicklung – Kündigung), eine hierarchische Ordnung (z. B. erst die Angabe des Versicherungsumfangs, dann die Nennung der Einschränkungen) oder eine gewichtende Reihung der Paragraphen (Wichtiges an den Anfang, Allgemeines vor Speziellerem). Ziel der Untersuchung war es, empirisch zu erfassen, ob die in den Versicherungsbedingungen wirkendem Linearisierungskriterien denen entsprechen, die ein Durchschnittsverbraucher der Abfolge der Informationen zugrundelegen würde. Zu diesem Zweck wurden 20 Versuchspersonen folgende Aufgaben gestellt: sie sollten Paragraphenüberschriften, die die Inhalte der jeweiligen Paragraphen widerspiegeln, in eine Anordnung bringen, zu inhaltlichen Blöcken gruppieren und die Blöcke mit einer Überschrift versehen. Ferner wurden ihnen zwei Fragebögen vorgelegt, von denen der erste offenen Fragen zu den eigenen Ordnungsstrategien und -kriterien enthielt, während der zweite Fragebogen Ordnungskriterien vorgab, relativ zu denen die Versuchspersonen ihre Vorgehensweisen situieren sollten. Die Auswertung ergab, dass die von den Versuchspersonen erstellten Reihenfolgen an spezifischen Punkten von der Originalversion abwichen. Dies konnte im wesentlichen auf die Orientierung der Versuchspersonen auf hierarchische und chronologische Ordnungskriterien zurückgeführt werden, deren Stellenwert auch in der Selbsteinschätzung der Versuchspersonen deutlich wurde.

Der Untersuchungsbereich „Sprachliche Deutungsspielräume der Gesetzesauslegung“, der Phänomene lexikalischer und struktureller Mehrdeutigkeit und Vagheit erfassen sollte, löste in der AG eine – für die gesamte Projekthematik zentrale – Diskussion zum Bezug zwischen dem sprachwissenschaftlichen Begriff der *Interpretation* und dem juristischen Begriff der *Auslegung* aus. Gesetzesauslegung erfolgt in einem komplexen Prozess der Vernetzung von Texten (Gesetzestext, Kommentare, Urteile), expertenspezifischem Wissensrahmen und Sachverhalten in der Welt. Der „Wortlaut des Gesetzes“ ist dabei nur ein Faktor unter vielen, so dass auch eine dem Gesetzeswortlaut direkt entgegenlaufende Auslegung möglich ist. Der „Verstehensprozess“ des Juristen unterscheidet sich somit fundamental von dem des

Laien. Dies wirft eine Reihe von theoretischen und methodischen Fragen auf, die auch im Mittelpunkt eines von der AG durchgeführten Workshops zu „Sprache und Recht“ im April 2001 standen<sup>3</sup>: Sind zentrale linguistische Begriffe der Verstehensanalyse (z. B. Textkohärenz, mentale Modelle, geteiltes Hintergrundwissen, schemageleitete Inferenz etc.), die auf der Grundlage ganz anderer Textsorten entwickelt worden sind, auf das „Verstehen“ von Gesetzestexten übertragbar?<sup>4</sup> Wie lassen sich die unterschiedlichen Verstehensprozesse von Juristen und Laien methodisch vergleichen? Ist die von Linguisten oft geforderte, von Juristen eher belächelte Forderung nach „verständlichen Gesetzen“ überhaupt sinnvoll und einlösbar? Offensichtlich erfordert die Klärung dieser Fragen eine intensive Grundlagendiskussion, die die AG in verschiedenen Plattformen voranzutreiben hofft. So ist die Einrichtung eines ‚eForums‘ im Internet in Vorbereitung, in dem Interessierte ihre Positionen zur Diskussion stellen können.

Für die unmittelbar anstehende empirische Arbeit der AG ergab sich die Schlussfolgerung, sich zunächst auf das Verstehen juristischer Texte zu konzentrieren, die explizit an den Verbraucher gerichtet sind und für die der Gesetzgeber Verständlichkeit ausdrücklich vorschreibt. Geplant ist eine empirische Untersuchung zum Verstehen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die neu eingeführten, allgemein als „Riester-Produkte“ bekannten Altersvorsorgeverträge. Gegenstand ist das Verstehen in Abhängigkeit von sprachlicher Form, Hintergrundwissen und der spezifischen Problemstellung des Versicherungsnehmers. Diese Faktoren sollen kontrolliert variiert werden. Zur Erfassung des Verstehensprozesses wird unter anderem die Methode des „lauten Denkens“ herangezogen.

## Literatur

- Berliner Arbeitsgruppe (2000): Sprache des Rechts. Vermitteln, Verstehen, Verwechseln. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 7–33.
- Busse, D. (1992): Recht als Text. Untersuchungen zur Arbeit mit Sprache in einer gesellschaftlichen Institution. Tübingen: Niemeyer.
- Busse, D. (1993): Juristische Semantik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Dietrich, R./Kühn, K. (2000): Transparent oder verständlich oder wie was verstanden wird – Eine empirische Untersuchung zum Verstehen eines juristischen Textes. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 67–95.
- Klein, W. (2000): Was uns die Sprache des Rechts über die Sprache sagt. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 115–148.

<sup>3</sup> Ein Tagungsband ist in Vorbereitung.

<sup>4</sup> Die perspektivische Verengung, die sich aus der stillschweigenden Präferenz für bestimmte Diskurstypen ergibt, und die Notwendigkeit einer Korrektur von Standardannahmen, die aus dem Einbezug von juristischen Texten resultiert, zeigt Klein (2000) für die Bereiche „Definitheit“, „Temporalität“ und „Satzmodus“ auf.

- Lasser, I. (2000): Verständliche Gesetze – eine Utopie? Bemerkungen aus linguistischer Sicht zur sprachlichen Gestaltung von BGB und ZGB der DDR. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 34–63.
- Pfeifer, O.E./Strouhal, E./Wodak, R.: Recht auf Sprache. Wien: Orac.
- Rave, D./Brinckmann, H./Grimmer, K. (Hg.) (1971a): Logische Struktur von Normsystemen am Beispiel der Rechtsordnung. Darmstadt.
- Rave, D./Brinckmann, H./Grimmer, K. (Hg.) (1971b): Paraphrasen juristischer Texte. Darmstadt.
- Rave, D./Brinckmann, H./Grimmer, K. (Hg.) (1972): Syntax und Semantik juristischer Texte. Darmstadt.
- Schmidt, C. (2001): Zur Verständlichkeit von Allgemeinen Versicherungsbedingungen. Empirische Untersuchungen zur Linearisierung der VHB 92 (Allgemeine Hausratsversicherungsbedingungen). Unveröffentlichte Masterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für deutsche Sprache und Linguistik.

## **Podiumsdiskussion:**

### **Kann man Gesetze verständlich machen?**

Beiträge von

Ingeborg Lasser  
Barbara Wieners-Horst  
Werner Hauck  
Ulrich Karpen

Einleitung und Moderation

Ulrike Haß-Zumkehr

#### **ULRIKE HAß-ZUMKEHR**

##### **Einführung in die Podiumsdiskussion**

„die gegenwärtige rechtssprache erscheint ungesund und saftlos, mit römischer terminologie hart überladen.“ so klagte schon Jacob Grimm (1854, Sp. XXXI). Das goldene Zeitalter „der alten, reichen gerichtssprache“ (ebd.) sei im 15. und 16. Jahrhundert zu Ende gegangen. Derselbe Jacob Grimm befand jedoch mit Bezug auf seine eigene Disziplin, die Sprachwissenschaft, es sei „keine not, dass allen alles verständlich“ (ebd. Sp. XII). Wer drin steckt in einer Materie, meint in der Regel, auf eine differenzierte sprachliche Darstellung keinesfalls verzichten zu können.

Optimistischer als Jacob Grimm fragen wir uns heute erneut: „Kann man Gesetze verständlich machen?“ – Der Schriftsteller und Politiker Vaclav Havel vertritt die Ansicht: Ja! Man muss können: Das Funktionieren der Europäischen Union sei in einem ganzen „Koffer voll mit Verträgen, Zusätzen und Ergänzungen“ festgehalten. Aber es müsse „die Essenz dieses Konvolut in Worte gefasst werden, die jeder Grundschüler verstehen kann.“ (in: Die Zeit vom 1.2.2001, S. 3).

Nun gibt es unter Juristen auch die entgegengesetzte Position, nämlich: Man kann eine schwierige Materie nicht in einfache Worte fassen, und die Änderung einer Formulierung ändert zwangsläufig auch den Inhalt des Satzes. Rechtstexte sind in der Tat sehr oft Texte von Experten für Experten. Aber eben doch nicht immer. Schuldfähigkeit bemisst sich auch daran, ob der Täter vom Verbot gewusst hat oder wissen konnte.

Die nachfolgende Diskussion wird sich dem Verhältnis von Gesetzessprache, Gesetzgebung und den privaten wie institutionellen Anwendern von Gesetzen widmen, gewissermaßen als dem Dreieck der Verständlichkeit. Dies

ist ein spannungsgeladenes und doch meist funktionierendes Dreieck. Dafür dass es funktioniert, sorgen manchmal Sprachwissenschaftler und Sprachwissenschaftlerinnen in staatlichen Organen. Zwei von ihnen, Frau Wieners-Horst und Herr Hauck, werden anschließend zu Wort kommen.

Verständlichmachen ist in der Praxis meist ‚Ringens um bessere Formulierungen‘. Dies ist, insbesondere wenn es den gängigen Regeln ‚kurze Sätze‘ und ‚deutsche Wörter‘ folgt, im Ergebnis selten befriedigend. Sind andere Verfahren denkbar? Müsste nicht schon in der Grundschule das juristische Grundwissen vermittelt werden, ohne das auch ‚einfach‘ formulierte Gesetze nicht verstanden werden können? Oder sind Gesetzeskommentare für Laien denkbar? Und: sind nicht auch die Medien als Vermittler lebenslangen Lernens für eine erklärend-aufklärende Rolle beim Verständlichmachen von Gesetzen geeignet?

Ein Gesetz zu verstehen ist etwas anderes als die Bedienungsanleitung eines Videorecorders oder ein Gedicht zu verstehen. Verständlich-Machen muss beginnen mit der Frage nach den Faktoren, die die Verständlichkeit von Texten, insbesondere von Gesetzestexten beeinflussen. Die Praxis des Verständlich-Machens hängt davon ab, wie Verständlichkeit bestimmt wird. Sie hängt aber auch von außersprachlichen Bedingungen ab. Ein Gesetz verstehen heißt es anwenden zu können und unter Umständen auch: die Folgen seiner Anwendung zu überschauen. Aber kann der Gesetzgeber oder irgend jemand sonst dies überhaupt gewährleisten? Vielleicht kann man Gesetze nicht wirklich verständlicher machen, oder nur um den Preis rechtsfunktionaler Einbußen.

Wenn Verständlichkeit von Gesetzen letztlich mit Anwendbarkeit zusammenfällt, dann muss man sich mit den Anwendern befassen: Existenzgründer beispielsweise sollten die für ihre Branche verbindlichen Gesetze kennen und umsetzen. Nicht nur ausgebildete Juristen, auch die Standesbeamtin und der Forstwirt, der Verwaltungsleiter und die Betriebsrätin des IDS müssen wissen, wann und in welchen Fällen welche Gesetze anzuwenden sind. Verständliche Gesetze müssten demnach von einem recht heterogenen Kreis von Adressaten angewendet werden können. Die Frage, für wen Gesetze eigentlich verfasst werden, führt über sprachliche und rechtliche Aspekte im engeren Sinne hinaus und zu politischen Aspekten hin, wie dies an öffentlich geführten Verfassungsdiskussionen deutlich wird.

Aber nicht nur die Adressaten von Gesetzen sind heterogen, offenbar trifft dies ebenso auf die Verfasser zu. Die Rede von „dem“ Gesetzgeber verhüllt, dass es sich hier um eine ebenfalls heterogene Gruppe aus Beamten und diversen Lobbyisten handelt. Wie man am Stil und an den politischen Schlagworten mancher Gesetze sehen kann, schreibt die öffentliche Meinung ebenfalls oft mit.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Podiums werden die angerissenen Fragen und Aspekte unterschiedlich gewichten, je nach ihrer eher praktischen Erfahrung oder eher wissenschaftlich-theoretischen Beschäftigung mit Gesetzestexten.

Frau Dr. Ingeborg Lasser, ist Assistentin am Lehrstuhl für Psycholinguistik an der Universität Potsdam. Im Rahmen der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Sprache des Rechts“ bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (siehe den Beitrag von Carolin Schmidt in diesem Band) hat sie sich mit sprachwissenschaftlichen Aspekten von Gesetzestexten auseinandergesetzt. In einer ihrer jüngsten Veröffentlichungen vergleicht sie die Verständlichkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs Deutschlands und des Zivilgesetzbuches der DDR.

Frau **Barbara Wieners-Horst**, ist examinierte Germanistin und hat im deutschen Bundestag Erfahrung als wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Abgeordneten gesammelt. Seit 1996 leitet sie nicht nur den Redaktionsstab der Gesellschaft für Deutsche Sprache beim Deutschen Bundestag, nein: sie *ist* dieser Redaktionsstab. Dessen Ziel ist es, „daran mitzuwirken, dass die Gesetze bei ihrer Verabschiedung die sprachliche Güte haben, die man von ihnen erwartet“. Und weil Frau Wieners-Horst dieses Ziel mit einer halben Stelle umzusetzen versuchen muss, hat Klaus Harpprecht sie in der „Zeit“ (12. Okt. 2000, S. 61) „eine arme Frau“ genannt. Dabei ist sie außerordentlich reich an einschlägigen Erfahrungen mit unserem Thema.

Herr Dr. **Werner Hauck** ist Philologe und Doktor der Rechte ehrenhalber. Er leitet die deutsche Sektion der zentralen Sprachdienste der Schweizerischen Bundeskanzlei in Bern, die ganz sicher aus mehr als einer halben Stelle besteht. Herr Hauck hat in seiner Funktion unter anderem eine „Verwaltungsinterne Redaktionskommission“ ins Leben gerufen, in der sehr interdisziplinär um verständliche Gesetze gerungen wird. Außerdem unterrichtet und fördert er in der Schweiz die Kunst der Gesetzgebung wie dies auch Prof. Dr. **Ulrich Karpen** tut. Er ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Hamburg, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Vorsitzender des dortigen Rechtsausschusses und Vorsitzender der 1987 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung sowie der seit 1991 bestehenden European Association of Legislation. Beide Organisationen verstehen sich „als organisatorische Basis für praktische und theoretische Bemühungen um die Gesetzgebung, wobei interdisziplinäre Ansätze im Vordergrund stehen“.

INGEBORG LASSER

## Man kann Gesetze zugänglicher machen

### 1. Verstehen und Verständlichkeit

Verstehen – als kognitiver Prozess – hängt einerseits davon ab, ob die angebotene Sprache so strukturiert ist, dass das sprachverarbeitende System grundsätzlich gut mit ihr zu Rande kommt. Neben diesen rein textimmanenten Faktoren bestimmt die Interaktion des Lesers mit dem Text maßgeblich den Verstehensprozess (z. B. Rickheit und Strohner 1999). So hängt das Ver-



stehen eines Textes beispielsweise stark davon ab, inwieweit das Vorwissen, welches der Textproduzent beim Rezipienten vorausgesetzt hat, tatsächlich bei ihr/ihm vorhanden ist und davon, wie geübt der Rezipient im Umgang mit der Textsorte ist, mit der er sich gerade beschäftigt (vgl. Rickheit 1995). Weitere Faktoren, die den Grad sowie Art des Verstehens bestimmen, sind beispielsweise des Lesers momentane psychische Verfassung und sein aktuelles Interesse an dem Text (vgl. auch Kintsch 1974).

Verständlichkeit – als Eigenschaft des Textes – entsteht auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Ausprägungen. Sauer (1995) unterscheidet beispielsweise „lesbare“, „verstehbare“, „brauchbare“ und „anwendbare“ Texte. Er nennt einen Text *lesbar*, wenn er auf der Ebene der lokalen Wahrnehmungseinheiten (an der textuellen Oberfläche) der Wahrnehmung des Lesers keine oder nur geringe Schwierigkeiten bereitet. Dies betrifft z. B. das Schriftbild oder die Spaltenbreite des Textes. Ein Text ist nach Sauer dagegen *verstehbar*, wenn „die lokalen Einheiten vom Leser kognitiv verarbeitet werden können“. Dies ist z. B. auf das Vorwissen des Lesers zu beziehen, also darauf, ob er die verwendeten Wörter mit inhaltlichen Begriffen füllen kann und ob die gemachten Präsuppositionen dem Leser präsent sind, etc. Bei einem *brauchbaren* Text ergänzen sich Augensinn und Kognition. Eine Frage der Brauchbarkeit ist es z. B., ob der Text dem Leser Orientierungspunkte dahingehend bietet, wo der Leser sich zu einem bestimmten Zeitpunkt im Text befindet. *Anwendbare* Texte sind schließlich solche, die den Leser nach Abschluss der Lektüre befähigen, bestimmte Anschlusshandlungen auszuführen.

Diese Klassifikation (lesbar, verstehbar, brauchbar, anwendbar) zeigt, wie durch das Zusammenwirken verschiedener Texteeigenschaften mit der Kognition unterschiedliche Verstehensebenen angesprochen werden. Es lässt sich bei der Texterstellung jeweils entscheiden, welche Art des Verstehens angestrebt werden soll.

Kognitives Verstehen und Verständlichkeit eines Textes sind demnach in vielerlei Weise miteinander verknüpft. Dies vorausgesetzt, behandle ich im folgenden stichpunktartig einige Anregungen zur Verbesserung einiger textueller Faktoren sowie der Lese-Bedingungen bei Gesetzes- und Verwaltungstexten, mit dem Ziel, diese *lesbarer*, *verstehbarer*, *brauchbarer* und ggf. auch *anwendbarer* (im Sinne Sauers) zu machen. In der gebotenen Kürze werde ich noch die Möglichkeiten anreißen, welche die Gestaltung von Gesetzestexten als Hypertext bietet.

## 2. Textfaktoren

### a. Lesbarkeit und Layout

Sieht man sich die Textoberfläche der meisten Gesetzestexte an (z. B. Beck'sche Reihe, Schönfelder Gesetzessammlung, aber auch viele elektronische Versionen), wird klar, dass hier das, was Paul Kirchhof in seinem Vortrag den „nackten, asketischen“ Charakter von Gesetzen genannt hat, in der

äußeren Form reflektiert wird. Einzeiliger Einspaltendruck, kaum Hervorhebungen, wenig sichtbare Textstruktur, etc. sind die Regel. Dies ist nicht nur wenig einladend, sondern bildet für den weniger geübten Leser schon auf der allerersten Stufe des Textzugangs ein Lesehindernis (vgl. für die Bildschirmoberfläche Wandmacher 1993). Auf der Webseite des Bundesamts für Arbeit und Sozialordnung (<http://www.bma.bund.de/> – zuletzt eingesehen am 16.01.02) kann man dies einmal intuitiv nachvollziehen. Dort wird z. B. das seit 1. Januar 2001 gültige „Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge und zur Änderung und Aufhebung arbeitsrechtlicher Bestimmungen“ in zwei Versionen angeboten: einmal in einer „Nacktversion“ und zum anderen (unter <http://www.teilzeit-info.de/index2.html>) in einer deutlich lesbareren Version (mit Hervorhebungen, Absetzungen und Zweispalten-Druck) zum Herunterladen.

Für die Gültigkeit des Gesetzes sind Layoutfragen selbstredend irrelevant. Für die Anwendung und Interpretation des Gesetzes durch juristische Experten mögen sie ebenfalls unerheblich sein.<sup>1</sup> Für die Schaffung von Zugängen zum Gesetzestext für den gebildeten Laien ist die Textoberfläche jedoch von unerlässlicher Relevanz und bedarf dringend der Gestaltung durch Experten.

#### b. Kohärenz

Textverstehen setzt auch voraus, dass neue Information laufend mit der bereits verarbeiteten integriert wird. Dieser Prozess generiert ein zunehmend umfangreicheres mentales Textmodell mit vielfältigen Beziehungen zwischen den im Text vorkommenden Referenten. Zusätzlich muss der Leser neu gewonnene Information in sein Modell der außertextlichen Welt integrieren. Außerdem beinhaltet Textverstehen, dass der Leser sein außertextliches Wissen in den Text einbringt (Inferenzen). Bei erfolgreichem Verstehen entsteht beim Leser ein *kohärentes* Textmodell.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass Gesetzestexte meist nicht von vorn bis hinten durchgelesen werden, sondern eher wie Nachschlagewerke fungieren. Das Leseverhalten kommt dem „Lesen in Fetzen“ (Schmitz 1996) gleich, bei dem sich jeder Leser je nach Benutzungssituation seinen eigenen Weg durch das Werk sucht. Daher sind besondere Anforderungen an die Realisierung von lokaler und globaler Kohärenz auf Textebene zu stellen.<sup>2</sup> Da der Text nicht in seiner Gesamtheit gelesen wird, ist lokale Kohärenz z. B. innerhalb von Paragraphen von besonderer Bedeutung. Globale Kohärenz muss sich weniger deutlich vom Anfang in Richtung Ende

<sup>1</sup> Mein Vorschlag beinhaltet nicht, dass diese „nackten“ Ausgaben notwendigerweise beseitigt werden.

<sup>2</sup> Zum Kohärenzbegriff siehe z. B. Rickheit (1991), Rickheit und Strohner (1993). Zur mentalen Kohärenzbildung bei expositorischen Texten hat Schnotz (1997) eine umfangreiche und aufschlussgebende Studie vorgelegt. Zu Kohärenz und Hypertext siehe Storrer (1999).

des Textes ausbreiten. Vielmehr muss sich globale Kohärenz, wo dies möglich ist, durch geeignete Mittel von mehreren wahrnehmbaren Stellen aus in möglichst viele Richtungen herstellen lassen. Aus Platzgründen können hier nur zwei konkrete Anregungen genannt werden.

Teilüberschriften: Überschriften aller Gliederungsebenen sind, wenn sie entsprechend sinnvoll ausgewählt und als solche erkennbar sind, in hohem Maße geeignet, zur Kohärenz eines größeren Textes beizutragen und das Hin- und Herspringen zwischen einzelnen Textstellen zu erleichtern. Diese Möglichkeit der Kohärenzbildung wurde z. B. auch in den modernen Ausgaben des BGB unausgeschöpft gelassen.<sup>3</sup>

Verweise: Explizite Verweise stellen Verbindungen her zu verwandten Textstellen, die sich nicht in unmittelbarer Nähe befinden. Zu viele Verweise machen einen gedruckten Text allerdings unübersichtlich. Hier könnten benutzerorientierte Hypertext-Versionen (*adaptive hypertext*) entwickelt werden.

### c. Lexik und Syntax

Im Umfeld der Rechtswissenschaft hat die Stilkritik (vor allem im Hinblick auf Wortwahl und Satzlänge bzw. -komplexität) eine lange Tradition, die sich in der Gegenwart fortsetzt (vgl. z. B. die Überblicke in Fuchs-Kahkar 1997 und Jaspersen 1998). Solche generalisierenden Ansätze können richtungsweisend sein, doch fehlt ihnen die Anbindung an psycholinguistische und kognitive Modelle des Textverstehens. Nun ist es sicherlich unrealistisch, zu fordern, bei der Gesetzesformulierung seien die aktuellsten psycholinguistischen und kognitionswissenschaftlichen Ergebnisse direkt einzubeziehen. Es gibt jedoch einige robuste Ergebnisse, welche durchaus berücksichtigt werden könnten, z. B. bezüglich Pronomenreferenz der Interpretation ambiger Nominalphrasen.

Wie Werner Hauck und Barbara Wieners-Horst hier im Anschluss demonstrieren werden, tut Sprachberatung schon während des Gesetzgebungsprozesses Not. Denn gerade *weil* Gesetzgebung allzu häufig eine politische und juristische Gratwanderung darstellt, sollte die Kompetenz für die Formulierung unterstützend *von separater Seite* eingebracht werden. Letztlich wird das Gesetz von der Sprache transportiert und bildet die Grundlage für ein ausgeprägtes Netz aus Folgetexten wie Verwaltungsvorschriften, Bürgerinformationen, Medienberichten, Urteilen, Klageschriften etc. Deshalb ist Sprachberatung schon während der Erschaffung des Gesetzes (siehe das Schweizer Modell) nicht nur angebracht, sondern notwendig, wenn man um die Erhöhung der Transparenz dieser Texte für den Bürger besorgt ist.

---

<sup>3</sup> Die Überschriften in den Ausgaben BGB sind nicht Teil des Erlass textes, sondern wurden nachträglich von den Verlagen hinzugefügt. Umso mehr ist zu bemängeln, dass sie wenig kohärenzfördernd sind. Dies wird in Lasser (2000) näher diskutiert.

### 3. Lese-Bedingungen

#### a) Vorurteilen entgegenwirken

Eine Studie von Ingo Warnke (2000) gibt Anlass zu der Annahme, dass sich die „Unverständlichkeit deutscher Gesetze“ als Stereotyp festgefressen hat. Die Bevölkerung bezweifelt den Willen des Gesetzgebers, rechtliche Normen verständlich abzufassen – vielfach jedoch ohne tatsächlich Kenntnis von diesen Texten zu haben. Es ist daher generell näher zu erforschen, wo der Bürger sein Wissen über Gesetze erwirbt. Sicherlich kommt hier gerade den Verwaltungstexten – also Texten, die das Recht durchsetzen sollen – eine prominente Rolle zu.<sup>4</sup> Verwaltungsangestellte sind also gefragt, sich damit auseinanderzusetzen, wie ihre Texte optimiert werden können, so dass sie gebildeten Laien zugänglicher sind. Erfolgversprechender wäre es allerdings, wenn in diesen Bereichen ausgebildete Experten in Verstehens- und Verständlichkeitsfragen (Linguisten!) direkt mit den jeweiligen Verfassern zusammenarbeiten würden.

#### b) Vorwissen verbessern

Wie Paul Kirchhof hier bemerkt hat, muss das Gesetz dem Bürger „erklärt“ werden. Wer soll die Vermittlerrolle übernehmen? Es muss jemand sein, der sich nicht nur als Formulierungskünstler hervortun kann, sondern jemand der Kompetenz in Verstehens- und Verständlichkeitsfragen vorweisen kann.<sup>5</sup>

Im Informationszeitalter setzt sich der Anspruch durch, dass man durch ein gewisses Maß an Allgemeinbildung – in Grenzen – befähigt ist, sich in jedes neue Fachgebiet einzuarbeiten. Dies ist auch für das Recht nicht abwegig, denn der Umgang mit Rechtstexten kann geübt werden, insbesondere wenn einige Grundlagen vermittelt wurden, z. B. in der Oberstufe der Se-

<sup>4</sup> Ein vermutlich typisches Beispiel: Die Autorin dieses Beitrags erhielt im Juni 2001 ein zweiseitiges Schreiben von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, in dem ihr mitgeteilt wird, dass „das auf Antrag vom 04.08.2000 eingeleitete Statusfeststellungsverfahren“ ergeben hat, dass sie ihre berufliche Tätigkeit für einen bestimmten Arbeitgeber selbstständig ausübe, und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Das Formschreiben (übrigens mit den klassischen Verwaltungstext-Merkmalen wie Nominalstil, unpersönlichen Passivkonstruktionen etc.) enthielt für die Adressatin keinerlei neue Information. Über die Selbständigkeit hatte sie ja selbst niemals Zweifel. Der Initiator des Verfahrens bleibt ungenannt und der eigentliche Zweck des Schreibens (nämlich Überprüfung einer Scheinselbständigkeit) wird ebenfalls mit keiner Silbe erwähnt. Eine Rechtsbehelfsbelehrung ist wohl beigelegt, denn gegen den Bescheid kann Widerspruch eingelegt werden. Soll man sich wehren gegen etwas, das man nicht verstehen kann? Das Beispiel vermittelt den starken Eindruck, dass Behörden im Jahr 2001 in der Tat nicht adressatengerecht formulieren.

<sup>5</sup> Das allgemeine Interesse und der Bedarf an Information werden durch die verstärkte Aktivität von Fernsehsendern und Printmedien reflektiert. Einschlägige Fernsehsendungen werden seit einiger Zeit auch mit Internetseiten und CDs begleitet (vgl. die CD-Rom „Der PC-Anwalt“ vom WISO-Verlag). Aber auch die meisten Zeitungen und Wochenmagazine veröffentlichen regelmäßig Seiten zum Thema „Recht“).

kundarschulen. Die von einigen Bundesländern derzeit durchgeführte Maßnahme, in der Lehrerausbildung mehr Gewicht auf ältere Literatur statt auf Sprachwissenschaft (z. B. Analyse von Verwaltungstexten nach textlinguistischen Aspekten) zu legen, ist allerdings denkbar ungeeignet, hier zu Fortschritten zu gelangen.

#### 4. Gesetze als Hypertext

Der Textbegriff der heranwachsenden Generation ist von der Entwicklung des Hypertextes (interaktiven, mehrdimensionalen Textformen) bereits nachhaltig geprägt (vgl. Rickheit/Strohner 1999 S. 299, Bucher 1996). Mit Hypertext werden die Grenzen, innerhalb derer sprachliche Information linear vermittelt werden muss, gesprengt. Es war oben bereits die Rede davon, dass Gesetzestexte nicht immanent linear „narrativ“ aufgebaut sind. Gesetzestexte sind also für die Darstellung als Hypertext par excellence geeignet: Begriffe können im Stil einer Online-Hilfe mit Definitionen oder Hinweisen verbunden oder unterlegt werden. Vernetzungen (Links) zu anderen Textstellen oder Texten können problemlos hergestellt werden. Dies nützt Nicht-Juristen wie auch Juristen. Allgemein erhöhen solche Maßnahmen z. B.

- die *Verstehbarkeit* für den juristischen Laien (durch Verbindungen zu Beispielen oder Definitionen)
- die *Brauchbarkeit* für alle Rezipienten (durch Verwendung von Farben, Symbolen, Menüs und anderen gestalterischen Mitteln)
- die *Anwendbarkeit* für den juristischen Theoretiker (durch Verbindungen zu Kommentaren u. ä.)
- die *Anwendbarkeit* für den juristischen Praktiker (z. B. durch Verbindungen zu konkreten Urteilen).

Es geht also darum, textimmanente Möglichkeiten sinnvoll auszuschöpfen.

#### 4. Fazit

Zugänglich formulierte Gesetze und günstige Rezeptionsbedingungen auf Seiten des Lesers können nur das Ergebnis konzertierter Maßnahmen sein: Textoberflächliche und außertextuelle Faktoren sind zu optimieren, so dass der Leser das, was er begreifen kann, schneller versteht bzw. sich überhaupt erst einmal einen Zugang zum Text verschaffen kann. Intensive Sprachberatung während der Gesetzesentstehung und Nutzung der modernen Texttechnologie sind weitere nutzbringende Ansätze.

Herr Seibert hat in seinem Vortrag vor allfälligem Appellantentum gewarnt. Ich stimme ihm von Herzen zu, wünsche mir aber gleichzeitig eine dauerhafte, lebendige, fachübergreifende Diskussion darüber, welche Wege einzuschlagen sind, damit die Bevölkerung langfristig bereit ist, den Preis für die Rechtsstaatlichkeit zu entrichten.

## Literatur

- Fuchs-Khakhar, Christine (1987): Die Verwaltungssprache zwischen dem Anspruch auf Fachsprachlichkeit und Verständlichkeit. Stauffenburg Verlag, Tübingen.
- Jaspersen, Andrea (1998): Über die mangelnde Verständlichkeit des Rechts für den Laien. Dissertation. Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn.
- Hess-Lüttich, Ernest/Holly, Werner/Püschel, Ulrich (1996) (Hg.): Textstrukturen im Medienwandel. (forum Angewandte Linguistik Band 29). Peter Lang, Frankfurt.
- Kintsch, Walter (1974). The representation of meaning in memory. Erlbaum, Hillsdale, N. J.
- Lasser, Ingeborg (2000): Verständliche Gesetze – eine Utopie? Bemerkungen aus linguistischer Sicht zur sprachlichen Gestaltung von BGB und ZGB der DDR. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 118, S. 34–66.
- Meutsch, D. (1989): Text- und Bildoptimierung. In: Antos, G./Augst, G. (Hg.): Textoptimierung. Peter Lang, Frankfurt/M. u. a., S. 8–37.
- Rickheit, Gert (1991): Kohärenzprozesse. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Rickheit, Gert (1995): Verstehen und Verständlichkeit von Sprache. In: Spillner (Hg.), S. 15–29.
- Rickheit, Gert/Strohner, Hans (1993): Grundlagen der kognitiven Sprachverarbeitung. Francke Verlag, Tübingen.
- Rickheit, Gert/Strohner, Hans (1999): Textverarbeitung: Von der Proposition zur Situation. In: Friederici, Angela (Hg.). Sprachrezeption. Hogrefe, Göttingen u. a. (Enzyklopädie der Psychologie, Band 2). S. 271–306.
- Sauer, Christoph (1995): Ein Minimalmodell zur Verständlichkeitsanalyse und -optimierung. In: Spillner (Hg.), S. 149–171.
- Sauer, Christoph (1999): Die Verständlichkeit von Texten, Visualisierungen und Bildschirmen. Untersuchungen zur Leseaufgabenunterstützung. In: Jakobs, Eva-Maria/Knorr, Dagmar/Pogner, Karl-Heinz (Hg.): Textproduktion. HyperText, Text, KonText. Lang, Frankfurt/M. u. a. S. 93–110.
- Schmitz, Ulrich (1996): ZAP und Sinn. Fragmentarische Textkonstitution durch überfordernde Medienrezeption. In Hess-Lüttich/Holly/Püschel (1996).
- Schnotz, Wolfgang (1997): Aufbau von Wissensstrukturen: Untersuchungen zur Kohärenzbildung beim Wissenserwerb mit Texten. Überarbeitete, teilweise gekürzte Version von Schnotz 1991. Weinheim. Beltz Psychologie Verlagsunion.
- Spillner, Bernd (1995) (Hg.): Sprache: Verstehen und Verständlichkeit. Kongreßbeiträge zur 25. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL e. V. Peter Lang, Frankfurt am Main. (forum angewandte linguistik band 28).
- Storrer, Angelika (1999): Kohärenz in Text und Hypertext. In: Lobin, Henning (Hg.): Text im digitalen Medium. Linguistische Aspekte von Textdesign, Texttechnologie und Hypertext Engineering. Wiesbaden. S. 33–65.
- Strohner, Hans (1990): Textverstehen. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Wandmacher, Jens (1993). Software-Ergonomie. Walter de Gruyter, New York.
- Warnke, Ingo (2000): Kolloquium Transferwissenschaft. 4. Oktober 2000. [http://www.germanistik.uni-halle.de/tagungen/transfer\\_2000/programm.htm](http://www.germanistik.uni-halle.de/tagungen/transfer_2000/programm.htm)

**BARBARA WIENERS-HORST****Die Arbeit des Redaktionsstabes der Gesellschaft für deutsche Sprache beim Deutschen Bundestag**

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat die deutsche Bundesregierung immer wieder die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) um Formulierungshilfen für Gesetzentwürfe gebeten. Schließlich ließ 1966 Parlamentspräsident Eugen Gerstenmaier den Redaktionsstab der GfdS beim Deutschen Bundestag einrichten. Vorausgegangen war die parlamentarische Behandlung des Raumordnungsgesetzes, das ein Fülle verunglückter Formulierungen enthielt, über die sich die Abgeordneten in der Plenardebatte mokierten. Aus dem Bundestag selbst kam die Anregung, die sprachliche Prüfung von Gesetzen im Gesetzgebungsverfahren zu verankern.

Seitdem steht eine Mitarbeiterin der GfdS den obersten Bundesbehörden mit sprachlichem Rat zur Seite. Aus dieser Zeit stammt auch die Bezeichnung *Redaktionsstab*, da die Bundestagsverwaltung in den ersten Jahren zwei Referenten aus den eigenen Reihen dem Redaktionsstab zur Verfügung stellte.

Wer die eingangs zitierten Sätze aus der Geschäftsordnung der Bundesministerien liest, stellt sich vermutlich nicht vor, dass der Redaktionsstab schon seit langem nur noch aus einer einzigen Person besteht. Denn der hohe Anspruch der sprachlichen Prüfung von Gesetzen mit dem Ziel größtmöglicher Verständlichkeit, wie es in der Geschäftsordnung festgelegt ist, kontrastiert mit der ernüchternden Wirklichkeit einer halben Stelle, mit der diese Aufgabe bewältigt werden soll.

Die Sprachprüfung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen der Bundesregierung ist naturgemäß die vordringlichste Aufgabe, die die meiste Zeit in Anspruch nimmt. Daneben ist es gute Tradition, die Beschäftigten aus Bundestag und Ministerien bei ihren alltäglichen Fragen zu Rechtschreibung, Zeichensetzung, Grammatik, Stil, Wortherkunft usw. telefonisch zu beraten. Das *Procedere* der Sprachprüfung lässt sich recht kurz beschreiben:

- Die Bundesministerien senden dem Redaktionsstab die Entwurfsfassungen von Gesetzen – im Idealfall in einem möglichst frühen Stadium, auf jeden Fall rechtzeitig vor der Weiterleitung an das Bundeskabinett.
- Im Redaktionsstab werden die Entwürfe und Begleittexte durchgesehen, es werden Verstehenshindernisse vor allem im Gesetzentwurf geortet, Formulierungsalternativen erarbeitet und begründet und die so verbesserten und kommentierten Texte an die Fachreferate in den Ministerien zurückgesandt.

- Dort werden die Vorschläge geprüft und übernommen, wenn sie den Verfasserinnen und Verfassern ebenfalls einleuchten. Der Erfahrung nach werden rund 90 % aller Verbesserungsvorschläge akzeptiert.

Der Vorteil dieses Vorgehens ist, dass eine unbeteiligte und unabhängige Person, die in die Genese des Entwurfs nicht involviert ist, einen Blick von außen auf seine sprachliche Gestalt wirft. Gewissermaßen fungiert die Germanistin im Redaktionsstab als ständige Probandin für größtmögliche Verständlichkeit. Denn die Autorinnen und Autoren der Texte, die sich intensiv mit dem Regelungsinhalt beschäftigt haben, können ihrem Text oft nicht mehr mit kritischer Distanz begegnen. Meistens sind sie dankbar dafür, dass jemand von außen unnötige Verstehenshindernisse ausräumen hilft.

Der wesentliche Nachteil dieses Verfahrens ist jedoch, dass es keine Verpflichtung zum Diskurs über den Text und seine mögliche Verbesserung vorsieht. Die eingangs zitierte Geschäftsordnung beschreibt nur, was der Redaktionsstab mit den Entwürfen macht, gibt aber nicht vor, wie seine Vorschläge in den Ministerien behandelt werden sollten. Die Verbesserungen und Argumente des Redaktionsstabes können auf guten Willen und Verständnis treffen und angenommen werden; die Auseinandersetzung mit der Kritik und den Vorschlägen geschieht jedoch freiwillig und ist letztlich immer vom Wohlwollen der Verfasserinnen und Verfasser eines Entwurfs abhängig. (Häufiger als Außenstehende vielleicht annehmen, spielen auch Zeitdruck und andere außersprachliche Faktoren in einer großen Verwaltung eine wichtige Rolle.)

Dieser Nachteil könnte angesichts der gegenwärtigen Situation in der Bundesverwaltung sicherlich nur durch die institutionelle Verankerung der Zusammenarbeit, eines echten Diskurses zwischen den Verfasserinnen und Verfassern und denjenigen, die die Sprachprüfung durchführen, ausgeglichen werden.

Beim Orten von Verstehenshindernissen bewegt sich die Mitarbeiterin im Redaktionsstab zwischen der urdemokratischen Forderung nach maximaler Verständlichkeit, wie sie in der o.g. Geschäftsordnung erhoben wird, und dem von Ludger Hoffmann formulierten „Postulat minimaler Verständlichkeit“: „Gesetzestexte sollten mit Ausdrücken und Konstruktionsweisen formuliert werden, über die in der Regel verfügt, wer Deutsch kann und sich in den jeweils geregelten Lebensbereichen hinreichend auskennt.“ (Hoffmann 1992, S. 152)

Keine Diagnose ohne Therapie – der nächste Schritt ist der wichtigste, nämlich die Erarbeitung von Formulierungsalternativen. Der Redaktionsstab soll mit Verbesserungsvorschlägen konkrete Sprachhilfe leisten und darf sich nicht auf Kritik beschränken. Dabei sollen sprachliche Verbesserungen Inhalt und Intention einer Regelung natürlich nicht verändern.

Die Verbesserungsvorschläge des Redaktionsstabes können im Hinblick auf ihre Häufigkeit kategorisiert werden nach Lexik, Syntax und Textgestaltung. Diese Kategorisierung folgt einem Gutachten, das eine Arbeitsgruppe



der GfdS 1996 für das Bundesjustizministerium erstellt hat (Frank-Cyrus et al. 1996). Hierin wurden zwei größere Auszüge von Gesetzen sprachlich analysiert und verbessert. Aus den Verbesserungsvorschlägen wurden rund zwei Dutzend praktische Formulierungsempfehlungen abgeleitet und vorgestellt (siehe die Aufstellung am Ende dieses Beitrags). Die Relevanz dieser Empfehlungen wird im Wesentlichen durch die tägliche Praxis des Redaktionsstabes immer wieder bestätigt.

Die Ergebnisse dieses Gutachtens sind ebenfalls eingegangen in die Neuauflage des „Handbuches der Rechtsförmlichkeit“, einer Publikation des Bundesjustizministeriums (1999). Die gute Resonanz der sprachlichen Hinweise in dessen erster Auflage von 1991 hatte das Ministerium dazu bewogen, das Sprachkapitel zu erweitern. Gefordert war jedoch keine systematische Abhandlung über die Gesetzessprache, sondern Empfehlungen, mit denen grundlegenden, kleinen und großen immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten beim Formulieren von Gesetzen begegnet werden sollte – folglich Empfehlungen, deren Relevanz sich demjenigen, der mit den Alltagsproblemen der Gesetzesredaktion nicht vertraut ist, nicht unbedingt erschließt.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit im Redaktionsstab:

Auf dem Gebiet der Lexik wird z. B. auf die Genauigkeit von Bezeichnungen geachtet: Ungebräuchliche, veraltete, gehobene, modische und umgangssprachliche Ausdrücke sollten durch geläufige standard- oder fachsprachliche Wörter und Formulierungen ersetzt werden. Hinzu kommt die Forderung nach angemessenen Ausdrücken.

So wurde in einer Steuerrichtlinie als Kurzbezeichnung für die Formulierung *vorzeitige Beendigung der Altersteilzeit* der Ausdruck *Störfall* eingeführt. Diesen Ausdruck, lexikalisiert als *Störfall in einem Atomkraftwerk*, in Bezug auf Menschen und ihre Arbeitsleistung zu verwenden, ist sicherlich unpassend.

Solche Formulierungen lassen nach den Verfassern fragen. Diese haben nicht den üblichen Wortgebrauch im Blick, sondern „ihren“ sehr speziellen Regelungsgehalt: Wer die Regularien der Anwendung von Gesetzen vor Augen hat, für den ist ein Abweichen vom vorgesehenen Normfall eben eine Störung. Er hat nicht (mehr) die gängige Bedeutung des Ausdrucks vor Augen, sondern nur noch *seinen* Fall und *seine* Norm.

Es besteht die Gefahr, dass solche Ausdrücke vom Gesetz aus durchsickern bis zu den Stellen, an denen die Verwaltung im Kontakt mit den Bürgern steht. Dem Gesetz nachgeordnete Normtexte (Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und -richtlinien) dienen den Verwaltungen als Handlungsanweisung und Interpretationshilfe. Hier wirkt die Forderung nach einer knappen und präzisen Gesetzessprache nur noch schwach nach. Und hieraus entstehen die Textbausteine, die den Sprachstil der Verwaltungen prägen und von den Bürgern und Bürgerinnen oft zu Recht kritisiert werden. Fügungen wie *Wäschewechselhäufigkeit unterer Einkommensgruppen* in der Begründung einer Verordnung zum Bundessozialhilfegesetz wirken noch erheiternd. Aber warum muss eine Gebührenverordnung zum Ausländergesetz

und zum Schengen-Abkommen *Ausländergebührenverordnung* heißen? Der juristisch Ungebildete wird hieraus vielleicht ein Wort *Ausländergebühren* isolieren („... das sind bestimmt Gebühren, die nur Ausländer zahlen müssen ..., weil sie halt Ausländer sind ...?!“), das im gesellschaftlichen Alltag diskriminierend wirkt.

Bei der Wortwahl rät der Redaktionsstab dazu, bei längeren sog. *Gelegenheitsbildungen* (wie z. B. *Datenträgerausgaben*, *Einkünfteerzielungsabsicht*, *Ruhestandsversetzungsverfahren*) zu prüfen, ob sie wirklich aufgrund ihrer Kürze das Erfassen des Inhaltes erleichtern oder, wenn sie nur einmal oder nur selten verwendet werden, die aufgelöste, längere Fügung leichter erfassbar und stilistisch eleganter ist.

Ein typisches Merkmal des komprimierten fachsprachlichen Stils der Gesetzessprache sind *Nominalgruppen*. Niemand wird bezweifeln, dass Nominalgruppen eine sehr ökonomische, verdichtete Sprechweise ermöglichen. Aus den Fachsprachen – so auch aus der Rechtssprache – sind sie nicht mehr wegzudenken. Oft sind Nominalgruppen aber gar nicht knapper und dichter und werden vermutlich gar nicht leichter erfasst.

So stehen z. B. zum Vergleich:

– *dass die Möglichkeit des Eintritts des Versicherungsfalls schon ausgeschlossen ist*

und

– *dass der Versicherungsfall nicht mehr eintreten kann.*

Auch der Inhalt allzu komplexer oder mehrfach verschachtelter *Partizipialgruppen* könnte linear formuliert leichter erfasst werden:

so statt: ... *und ob die sich sonst aus der Anerkennung oder den Auflagen ergebenden Pflichten erfüllt werden*

besser: ... *und ob die Pflichten erfüllt werden, die sich aus der Anerkennung oder den Auflagen ergeben*

und statt: ... *wenn die in § 44 Abs. 4 oder 5 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Mai 2000 geltenden Fassung bezeichneten Voraussetzungen weggefallen sind*

besser: ... *wenn die Voraussetzungen weggefallen sind, die in § 44 Abs. 4 oder 5 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Mai 2000 geltenden Fassung genannt sind.*

Selbst wenn die Umformulierung mit einem Relativsatz gelegentlich etwas länger ist, so kann doch die lineare Gliederung komplexer Inhalte das Erfassen deutlich erleichtern und verkürzen.

Ebenfalls in den Bereich der Lexik fällt der in der Rechtssprache manchmal unnötige Gebrauch von *Funktionsverbgefügen*, ohne die die Fachsprachen ebenfalls nicht mehr auskommen, da sie einen Vorgang häufig differenzierter ausdrücken als das einfache Vollverb. Gleichwohl können sie einen Text mit

zu vielen Substantiven überladen und so das Verstehen erschweren. Für die Verbesserungsvorschläge des Redaktionsstabes heißt dies, zu unterscheiden zwischen inhaltlich notwendigen und überflüssigen Funktionsverbgefügen.

So z. B. statt: ... *in den Fällen, in denen die Beförderung der Arbeitnehmer mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht durchgeführt werden kann*

besser: *in den Fällen, in denen die Arbeitnehmer nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln befördert werden können.*

Oder statt: *Auf die Stellvertreter finden die für die Mitglieder geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.*

besser: *Die Vorschriften für die Mitglieder gelten auch für die Stellvertreter.*

Oder kürzer, einfacher oder eindeutiger:

statt: *auf etwas signifikante nachteilige Auswirkungen haben*

besser: *etwas deutlich verschlechtern*

Ein typisches Beispiel für den komprimierten, abstrakten verwaltungssprachlichen Stil ist § 4 Abs. 3 der Telekommunikationssicherstellungs-Verordnung.

Dieser Absatz lautete im Entwurf:

*Die Zugangsmöglichkeiten von öffentlichen Telefonstellen zu Notrufnummern darf (!) durch die Einräumung von Vorrechten für bestimmte Aufgabenträger nicht beeinträchtigt werden.*

Dieser Satz ist weder sonderlich lang noch enthält er echte Fachtermini (*bestimmte Aufgabenträger* werden in Abs. 1 benannt: Behörden, Hilfs- und Rettungsdienste, Katastrophenschutzdienste u. a.; die *Vorrechte* werden in § 3 Abs. 2 aufgezählt: bevorzugte Herstellung von Anschlüssen und Verbindungen, bevorzugte Beseitigung von Störungen).

Dennoch erschweren die beiden Nominalgruppen das Verstehen: Die inhaltlich tragenden Substantive (*Notrufnummern, Vorrechte*) verstecken sich gleichermaßen an grammatisch untergeordneter Stelle. Die passivische Ausdrucksweise – *darf nicht beeinträchtigt werden* – verweist nicht auf die wichtigen *Notrufnummern*, sondern auf die abstrakten *Zugangsmöglichkeiten*.

Auch die Positionen von Thema und Rhema sind verbesserungsfähig. Und statt als Verbot könnte der Inhalt besser als Gebot formuliert werden, da es um ein Recht der privaten Telefonnutzer geht.

Die verbesserte Fassung lautet:

*Trotz der Vorrechte bestimmter Aufgabenträger müssen Notrufnummern von öffentlichen Telefonstellen aus uneingeschränkt zugänglich sein.*

Nicht immer sind die Verfasser solcher Texte Juristen. Hier waren es Ingenieure, die einen bestimmten Sprachstil, wie er in der Verwaltung gepflegt wird, umgesetzt haben.

Die Verordnung hatte übrigens zu dem Zeitpunkt, zu dem die Beteiligten die Formulierungsalternativen diskutierten, bereits die Hürde der Rechtsförmlichkeitsprüfung durch das Justizministerium genommen.

Im Bereich der Syntax sind häufig der Satzbau und die Satzlänge zu verbessern.

In Bezug auf die Satzlänge gilt als Richtschnur (als nicht mehr, aber als auch nicht weniger!) die sog. große mittlere Satzlänge von 22 Wörtern pro Satz, die durch empirische Untersuchungen bestätigt ist.

Hier trägt der Redaktionsstab zur Textverbesserung bei, indem er Sätze verkürzt, z. B. durch die Aufteilung in mehrere Sätze, oder indem er bei längeren Sätzen besonders übersichtliche Gliederungen anbietet: So können Verschachtelungen vermieden werden, Einschübe oder nachgestellte genauere Bestimmungen in einem eigenen Satz formuliert werden, Substantivklammern und Satzklammern überschaubar gehalten werden usw.

Beispiel für eine Umformulierung:

*Durch die Satzung ist die Zahl der Mitglieder der Vollversammlung und ihre Aufteilung auf die einzelnen in der Anlage A zu diesem Gesetz aufgeführten Gewerbegruppen und auf die in der Anlage B zu diesem Gesetz aufgeführten Gewerbe, die handwerksähnlich betrieben werden können, zu bestimmen.*

Dieser Satz ist durch zwei Substantivklammern und einen Nebensatz überfrachtet, seine Satzklammer ist überdehnt. Er wurde in einen kurzen Hauptsatz und ein Satzgefüge mit zwei Relativsätzen umgeformt:

*Die Satzung bestimmt die Zahl der Mitglieder der Vollversammlung. Sie bestimmt ebenfalls die Zahl der Vertreter aus den Handwerken, die in der Anlage A zu diesem Gesetz aufgeführt sind, und die Zahl der Vertreter aus den handwerksähnlichen Gewerben, die in der Anlage B aufgeführt sind.*

Für den Textaufbau ist Kohärenz im Text oberstes Ziel der sprachlichen Verbesserung, die z. B. erreicht werden kann durch

- deutliche Gliederung,
- das Weglassen von Überflüssigem,
- die genaue Formulierung von (inzwischen obligatorischen) Überschriften,
- die Verkürzung und Verknüpfung durch Pronomen und Adverbien.

Beispiel für eine deutlichere Gliederung:

*(Entwurf) Zur Gültigkeit eines Beschlusses der Innungsversammlung ist erforderlich, dass der Gegenstand bei ihrer Einberufung bezeichnet ist, es sei denn, dass er in der Innungsversammlung mit Zustimmung von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wird, sofern es sich nicht um einen Beschluss über eine Satzungsänderung oder (!) Auflösung der Handwerksinnung handelt.*

Der Vorschlag für die Umformulierung gliedert deutlicher in

1. Bestimmung über die Gültigkeit eines Beschlusses,
2. zwei Bedingungen,
3. eine Ausnahme:

*Ein Beschluss der Innungsversammlung ist nur gültig, wenn der Gegenstand bei ihrer Einberufung benannt war oder drei Viertel der erschienenen Mitglieder zustimmen, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Dies gilt nicht für Satzungsänderungen oder die Auflösung der Handwerksinnung.*

Ein Beispiel für die Verkürzung durch Pronomen:

statt: *Einsätze der hier in Rede stehenden Art* umformuliert: *Einsätze dieser Art*.

Insgesamt trägt der Redaktionsstab dazu bei, dass die Gesetze, die ihm vorgelegt werden, sprachlich verständlicher, flüssiger formuliert und leichter zu erfassen sind.

Doch wo liegen die Grenzen der sprachlichen Verbesserung von Gesetzestexten, wie sie derzeit bei den obersten Bundesbehörden praktiziert wird?

Diese Grenzen sind zum Teil auf das Rechtssystem und auf fachsprachliche Besonderheiten zurückzuführen. So wäre es unredlich, dem Laien durch eine „einfache“ Sprache zu suggerieren, er verstünde eine Norm, wenn nicht das Erfassen ihres Wortlauts, sondern erst ihre juristische Auslegung und Einbindung in die rechtliche Systematik die eigentliche Bedeutung dieser Norm offenbaren würde.

Zahlreiche lexikalische Verstehenshindernisse sind ebenfalls durch das Rechtssystem bedingt, z. B.

- die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe wie *berechtigte Interessen*, *öffentliche Sicherheit* usw.
- die fehlende Definition von Rechtsbegriffen wie *Beleidigung* oder beruhen auf der fehlenden Deckungsgleichheit von Fach- und Gemeinsprache, z. B.
- wenn die fachsprachliche und die gemeinsprachliche Bedeutung auseinanderfallen (Bsp. *steuerbar*: fachsprachlich: *steuerpflichtig*, gemeinsprachlich: *sich steuern lassend*; Bsp. *Nichtigkeit*: fachsprachlich: *Ungültigkeit*, gemeinsprachlich: *Kleinigkeit*)
- oder wenn in der Gemeinsprache Ausdrücke undifferenziert verwendet werden, die fachsprachlich differenziert werden (z. B. *Genehmigung*, *Einwilligung* – gemeinsprachlich: *Erlaubnis*).

Das Wichtigste wurde jedoch bereits genannt und muss wiederholt werden: Ohne den institutionalisierten interdisziplinären Diskurs zwischen Sprachfachleuten und den Juristen und Verwaltungsfachleuten in den Ministerien ist es kaum möglich, grundlegende Mängel an der Sprache von Gesetzen zu beheben, da Inhalt und sprachliche Gestalt eng miteinander verknüpft sind. An die Architektur von Gesetzen rühren, inhaltlich Verzichtbares entlarven, Gliederungen und Formulierungen adressatengerechter gestalten, sind Aufgaben, die letztlich nur Hand in Hand bewältigt werden können. Hier liegt ein nicht zu unterschätzendes Potential der Sprachberatung, das jedoch ohne eine wesentliche Aufwertung der Sprachprüfung durch Parlament und Bundesregierung ungenutzt bleibt.

## Literatur

- Bundesministerium der Justiz (Hg.) (1999): Handbuch der Rechtsförmlichkeit. 2. Auflage. Köln.
- Frank-Cyrus, Karin M./Dietrich, Margot/Wieners-Horst, Barbara (1996): Möglichkeiten der sprachlichen Optimierung von Gesetzestexten. Wiesbaden (Typoskript).
- Hoffmann, Ludger (1992): Wie verständlich können Gesetze sein? In: Grewendorf, Günther (Hg.) (1992): Rechtskultur als Sprachkultur. Frankfurt/M., S. 122–154.

## Zusammenstellung der Empfehlungen aus dem GfdS-Gutachten „Möglichkeiten der sprachlichen Optimierung von Gesetzestexten“. Wiesbaden 1996

### Wortgebrauch

1. Fachbegriffe klar gliedern, eindeutig und einheitlich bezeichnen, ausreichend definieren
2. Wörter genau und wertneutral verwenden
3. Ungebräuchliche, veraltete oder gehobene Wörter ebenso vermeiden wie modische und umgangssprachliche Ausdrücke
4. Wortzusammensetzungen angemessen gebrauchen
5. Statt Funktionsverbgefügen möglichst Vollverben verwenden
6. Außer bei Fachausdrücken die Wortvariation beachten

### Satzlänge und Satzbau

7. Lange Satzgefüge vermeiden
8. Die Häufung von Satzgliedern vermeiden
9. Einschübe oder nachgestellte genauere Bestimmungen in einem eigenen Satz formulieren
10. Die [Verb- oder] Satzklammer nicht überdehnen
11. Die Substantivklammer nicht überdehnen
12. Substantivketten vermeiden
13. Infinitivkonstruktionen richtig gestalten
14. Aktive Verbformen bevorzugen
15. Wichtige Aussage in grammatische Hauptstellen rücken
16. Betroffene Personen ausdrücklich und möglichst geschlechtsneutral benennen
17. Die positive Formulierung der verneinten vorziehen
18. Präpositionen und Konjunktionen richtig gebrauchen

### Textgestaltung

19. Folgerichtiger Aufbau, deutliche Gliederung
20. Überflüssiges weglassen
21. Überschriften genau und umfassend formulieren
22. Aufzählungen deutlich formulieren und klar gliedern
23. Durch einfache rhetorische Figuren die Aussage verdeutlichen
24. Sätze durch Pronomen und Adverbien verkürzen und verknüpfen

WERNER HAUCK

## Textarbeit statt sprachliche Oberflächenkosmetik

### 1. Verständlichkeitsarbeit – nicht Jagd auf Stilblüten

Verständlichkeitsarbeit an Gesetzen und Verordnungen kann nicht sprachliche Oberflächenkosmetik sein, sondern muss viel tiefer in den Text eingreifen und in seinem „Innenleben“ die eigentlichen Hindernisse für die Verständlichkeit aufspüren. Das hat damit zu tun, dass die Gründe für die Unverständlichkeit zumeist außersprachlicher Natur sind, aber ihren Niederschlag in der inneren Verfasstheit eines Textes finden. Die wichtigsten Gründe sind:

- (1) *Involviertheit der Redaktorinnen und Redaktoren in die Sache.* Sie zeigt sich in verschiedener Gestalt:
  - a. *als Dominanz des Verwaltungsinteresses:* Man ist zu leicht versucht, für jeden denkbaren Sachverhalt eines Regelungsbereichs eine möglichst wörtlich zutreffende Bestimmung zu formulieren. Dadurch werden Erlasse völlig unübersichtlich, man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Der Mangel an Abstraktheit führt zudem dazu, dass Regelungen rasch von der Wirklichkeit überholt werden und deshalb ständig revidiert werden müssen. Das verstärkt die Unübersichtlichkeit und beeinträchtigt die Rechtsüberzeugung.
  - b. *als Problem der Perspektive:* Allzu oft werden Erlasse aus einer Verwaltungsperspektive heraus konzipiert. Zuständigkeitsregelungen treten so auf Kosten einer Formulierung der Rechte und Pflichten der Adressatinnen und Adressaten störend in den Vordergrund.
  - c. *als Fachblindheit:* Oft vergisst man aus Fachblindheit, das Wichtigste zu sagen, weil es einem selbstverständlich ist; für die Adressatinnen und Adressaten ist es das aber nicht.
  - d. *als politische Rücksichtnahme:* Immer wieder werden politische Konflikte nicht rechtzeitig ausgetragen. In der Folge wird der Normtext unklar formuliert, er beantwortet wichtige Fragen nicht.

(2) *Gesetzestechische Probleme.* Dazu gehören:

- a. *Fehler in der Systematik.* Die Texte sind unlogisch gebaut und folgen nicht dem Informationsbedürfnis der Adressatinnen und Adressaten. Ein eher lokales Systematikproblem ist der unsorgfältige Umgang mit Regel und Ausnahme (unsaubere Trennung oder zu grosse Distanz).
- b. *Normen sind nicht stufengerecht platziert:* Bestimmungen, die auf Grund ihrer Eingriffstiefe im Gesetz stehen müssten, stehen in der Verordnung oder gar in einem Anhang zu einer Verordnung. Umgekehrt enthält ein Gesetz oft reine Ausführungsbestimmungen.
- c. Es wird bei der Erarbeitung neuer Regelungen *zu wenig auf das normative Umfeld geachtet*, so dass schließlich vergleichbare Sachverhalte unterschiedlich geregelt sind. Das verursacht Unsicherheit.
- d. Regelungen werden über *Definitionen* mit materiellrechtlichem Gehalt realisiert. Oder es werden selbstverständliche Begriffe umständlich definiert. Beides verfremdet die Sprache und zerstört das nötige Vertrauen in das Kommunikationsmittel des Rechts. Statt dass solche Definitionen mehr Präzision bringen, ist Verunsicherung und Verunklärung ihre Folge.
- e. Es wird *zu viel in eine kleine Einheit* hineingepresst. Von „disziplinierendem“ Wert ist folgende Faustregel (dem Schöpfer des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, Eugen Huber, zugeschrieben): „Pro Artikel nicht mehr als drei Absätze. Pro Absatz ein Satz. Pro Satz ein Gedanke.“

(3) *Textentstehung.* Wenn die Verhandlung fertig ist, muss auch der Text fertig sein. Es fehlt ein Abstraktionsprozess, und es fehlt ein Textrevisionsprozess durch unvoreingenommene Köpfe. Oft wird aus wenig einleuchtenden Gründen unnötiger Termindruck auf diese wichtigen Prozesse erzeugt.(4) *Formulierungsprobleme.* Schließlich kommen sprachliche Probleme hinzu: komplexe Syntax, unanschauliche Sprache, zu große Verdichtung, uneinheitliche Terminologie und so weiter. Aber noch einmal: Die wichtigsten Gründe für die Unverständlichkeit sind nicht in erster Linie sprachlicher Art.

## 2. Zwei Beispiele

(a) Verordnung vom 12. Dezember 1977 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (heute nicht mehr geltendes Recht)



**Ausgangstext****Art. 14**

Der Delegierte und die DEH (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe) bestimmen für die Massnahmen der operationellen humanitären Hilfe, ausgenommen bei Soforteinsätzen des schweizerischen Korps für Katastrophenhilfe im Ausland im Falle von plötzlichen natur- oder zivilisationsbedingten Katastrophen, gemeinsam die begünstigten Länder, die auf sie entfallenden Beträge und die Bedingungen, unter denen die Massnahme durchgeführt wird.

**Schlusstext****Art. 14**

<sup>1</sup> Der Delegierte und die DEH bestimmen gemeinsam, für welche Länder, mit welchen Mitteln und unter welchen Bedingungen operationelle humanitäre Hilfe geleistet wird.

<sup>2</sup> Über Soforteinsätze des Katastrophenhilfskorps entscheidet der Delegierte allein.

Kommentar: Das Hauptproblem liegt hier darin, dass der Zuständigkeitskonflikt in Bezug auf Soforteinsätze des Katastrophenhilfskorps nicht geklärt ist. Der Normtext hat eine Leerstelle. Der Konflikt bricht dann im Ernstfall aus und erzeugt Reibungsverluste im ungünstigsten Moment. Hinzu kommen sprachliche Probleme: ein langer, verschachtelter, schon rein optisch unübersichtlicher Satz, der viel unnötigen Ballast mitschleppt.

(b) Entwurf 1977 einer neuen Bundesverfassung

**Ausgangstext****Art. 29 Ordnung des Unternehmens**

Die Gesetzgebung bestimmt die Rechte der Kapitalgeber, die Mitbestimmung der in der Unternehmung Tätigen und der direkt betroffenen Dritten in bezug auf die Unternehmensentscheide.

**Schlusstext****Art. 18 Ordnung des Unternehmens**

Die Gesetzgebung über Unternehmen regelt:

- (a) die Rechte der Kapitalgeber;
- (b) die Zuständigkeit der Leitungsorgane;
- (c) die Mitbestimmung der im Unternehmen Tätigen an den Unternehmensentscheiden;
- (d) die Rechtstellung der von Unternehmensentscheiden direkt betroffenen Dritten.

Kommentar: Die Aufzählung ist sprachlich auffällig, sie scheint unfertig zu sein. Das ist Anlass, genauer über den Gehalt nachzudenken. Befund: Die Bestimmung nennt wichtige Akteure (Leitungsorgane) nicht. Außerdem verleiht sie – in einer möglichen Lesart – den von Unternehmungsentscheidun-

gen direkt betroffenen Dritten Mitbestimmungsrechte, was ein Unding wäre. Also ist die Aufzählung einerseits zu vervollständigen und andererseits deutlicher zu strukturieren.

### **3. Die Verständlichkeitsarbeit muss ihren Platz im Gesetzgebungsverfahren haben. – Gezeigt am Beispiel der Schweiz.**

Was folgt daraus für die Organisation der Verständlichkeitsarbeit innerhalb einer Staatsverwaltung? Die wichtigsten Punkte sind:

- (1) *Interdisziplinarität.* Juristen, Linguisten und Fachleute des jeweiligen Regelungsbereichs müssen eng zusammenarbeiten.
- (2) *Klare Stellung im Verfahren.* Die Redaktionskommission muss obligatorisch beigezogen werden. Die redaktionelle Bearbeitung muss in ein Gesetzgebungsprojekt fest eingeplant werden.
- (3) *Durchsetzungsmittel.* Kann in einer wichtigen Frage kein Konsens erzielt werden, so kann die Redaktionskommission das Problem über die Bundeskanzlerin oder die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements (Justizministerin) direkt in die Regierungssitzung tragen, in der die betreffende Vorlage behandelt wird. Grundsätzlich bleibt aber die Federführung immer beim materiell verantwortlichen Amt.
- (4) *Früher Einsatz und Kontinuität.* Die Verständlichkeitsarbeit muss möglichst frühzeitig beginnen und sich durch das gesamte Verfahren durchziehen, auf allen wichtigen Erarbeitungsstufen eines Erlasses wirksam sein. Dies gilt für ein zweigeteiltes Verfahren Verwaltung/Parlament für beide Phasen, das heißt: die verwaltungsinterne und die parlamentarische Redaktionskommission müssen nach den gleichen Kriterien arbeiten. Daraus ergeben sich Synergien. Wo das nicht der Fall ist, ist Verständlichkeitsarbeit kaum möglich.

### **4. Verständlichkeitsarbeit kann nur in einem guten Klima gedeihen.**

Die Verständlichkeitsarbeit muss eingebettet sein in eine Kultur der Kommunikation zwischen Staat und Bürger, in der die Verständlichkeit einen hohen Stellenwert hat. Zu einer solchen Kultur tragen bei: eine wache, politisch interessierte Öffentlichkeit und eine Rechtswissenschaft, Rechtspolitik und Rechtspraxis, die sich ihrer besonderen Verantwortung in dieser Beziehung bewusst sind und etwas dafür tun: mit einer wissenschaftlichen Begleitung, durch Akzente in der universitären Ausbildung u. a. Um ein gutes Klima zu schaffen hat der Zentrale Sprachdienst der Schweizerischen Bundeskanzlei Folgendes initiiert:

- (a) Seminare („Murtener Gesetzgebungsseminare“); seit 20 Jahren sind das von Praktikern in der Gesetzgebung sehr geschätzte Ergänzungen zur Juristenausbildung an den Hochschulen, die auf Gesetzgebung wenig Wert legt.

- (b) Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG)
- (c) Wissenschaftliche Tagungen zu Fragen der Gesetzgebung
- (d) LeGes – Zeitschrift für Gesetzgebung und Evaluation: eine Brücke zwischen Rechtswissenschaft, Sprachwissenschaft und Evaluationsforschung
- (e) Broschüren: zur sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter, zur neuen deutschen Rechtschreibung, zur Schreibweise und zu Formulierungen in amtlichen Texten, ein Leitfaden der Gesetzgebung; zu den Broschüren werden Weiterbildungskurse angeboten
- (f) Prospekte über den Sprachdienst selbst, die den Dienst und seine Tätigkeit bei der „Kundschaft“ bekannt machen und um Zusammenarbeit werben.

## **5. Die Sprachwissenschaft kann und muss ihren Beitrag leisten.**

Was wird von der Sprachwissenschaftlerin oder dem Sprachwissenschaftler in der Verständlichkeitsarbeit erwartet? Arbeit an der Sprache ist Arbeit am Gedanken. Auch wenn die Gründe für die Schwerverständlichkeit von Gesetzestexten meist aussersprachliche sind, so gibt die Sprache doch Signale, wenn die gedankliche Arbeit noch nicht fertig ist. Von den Mitgliedern einer Redaktionskommission werden also hohe sprachliche Sensibilität und ein waches Interesse an der jeweiligen Regelungsmaterie verlangt. Die Sprachwissenschaft soll benennen, was im mehrheitlich intuitiven Prozess der Redaktion geschieht, damit diese differenzierter und kohärenter wird.

Der Beitrag der Sprachwissenschaft für mehr Verständlichkeit in Gesetzgebung und Rechtsanwendung ist gemessen am Potenzial, das sie hat, viel zu gering. Das ist eigentlich ein Skandal! Es werden hochintelligente Untersuchungen – nicht zuletzt rechtslinguistischer Art – ohne die geringsten Auswirkungen auf die Praxis angestellt. Die Wirkung guter sprachwissenschaftlicher Arbeiten ist völlig verpufft, weil man offensichtlich glaubte, es genüge, Erkenntnisse zu liefern. Wenn die Sprachwissenschaft einen wesentlichen Beitrag für mehr Verständlichkeit im Rechtsleben leisten will, muss sie den Marsch durch die Institutionen antreten, das heißt sie muss dafür kämpfen, dass sprachwissenschaftlich gebildete und sensibilisierte Leute in den staatlichen Verwaltungen arbeiten. Sie muss Anwältinnen und Anwälte der Verständlichkeit ausbilden und sich politisch dafür einsetzen, dass sie Arbeit in der Verwaltung bekommen. Wir brauchen keine Sprachwissenschaft, die über ihre Wirkungslosigkeit jammert, sondern eine Sprachwissenschaft, die sich in die Praxis einmischt. Wir brauchen eine Sprachwissenschaft, die sich als politische versteht und politisch ist.

## ULRICH KARPEN

### Die Pflicht zum notwendigen und zum guten Gesetz

1. Dies ist ein Plädoyer für ein notwendiges, klares, kurzes, verständliches Gesetz. Recht, das nicht verstanden wird, wird nicht akzeptiert. Recht, das nicht akzeptiert wird, wird nicht befolgt. Leerlaufendes Recht unterminiert die Rechtsgeltung und damit einen Pfeiler des Rechtsstaates. (Art. 20 Grundgesetz) Deshalb gibt es eine verfassungsrechtliche Pflicht zum notwendigen und guten Gesetz.
2. Es gibt eine Pflicht zum *notwendigen* Gesetz. Wir leben unter einer Normenflut. Für jeden Bürger der Bundesrepublik Deutschland gelten drei Normmassen: das Bundesrecht, das Recht seines Landes und das Europäische Recht. Das Bundesrecht umfasst gegenwärtig 2.152 Gesetze, 3.132 Rechtsverordnungen. Insgesamt muss der Bundesbürger 88.076 Paragraphen beachten. Ein Hamburger – um nur dieses Land zu nehmen – muss z. Z. ca. 850 Gesetze und Verordnungen sowie ca. 305 Zuständigkeitsanordnungen beachten. Seit 1957 haben die Europäischen Gemeinschaften 997 Richtlinien erlassen, die die nationalen Gesetzgeber umgesetzt haben. Im selben Zeitraum wurden 2.605 Verordnungen erlassen, die direkt anwendbar sind. Das geltende Gemeinschaftsrecht füllt im Amtsblatt rund 70.000 Seiten.  
Das ist offensichtlich zu viel und verlangt dringend nach einer Deregulierung. Therapeutisch wird es um folgende Forderungen gehen müssen:
  - subsidiäre Zurückhaltung des Staates zugunsten der Selbstregulierung der Gesellschaft;
  - der Parlamentsvorbehalt darf sich nicht zu einem allgemeinen Zugriffsrecht des Gesetzgebers entwickeln;
  - mehr Rahmen- statt Detailregelungen,
  - Beachtung des Übermaßverbotes,
  - Vorsicht bei der Anwendung der „Wesentlichkeitstheorie“.
3. Wir haben zu viele und zu schlechte Gesetze. In Bezug auf die Qualität gibt es eine Pflicht zum *guten* Gesetz. Gut ist ein Gesetz, wenn es
  - schlank ist,
  - verständlich ist,
  - vollständig ist, keine Regelungslücken enthält, solide kodifiziert ist,

- wenn es systemverträglich ist, dogmatisch klar, übersichtlich, stimmig,
  - wenn es schließlich funktionsgerecht, zielsicher, vollzugsgeeignet ist, die richtigen Mittel zur Erreichung eines notwendigen Zweckes bereithält.
4. Es gibt eine Pflicht zum *schlanken* Gesetz. Der diagnostische Befund zeigt, dass viele Gesetze übermäßig detailliert sind, an innerer Übernormierung leiden. Das Bundesgesetzblatt kam 1962 bei 23 Gesetzen auf 776 Seiten. 1983 waren es bei 27 Gesetzen 1.600 Seiten und im Jahre 1977 benötigte das BGBl. für 35 Gesetze 3.188 Seiten. Es gibt manche Gründe für diese Detailfreudigkeit. Gesetze sollen computergeeignet sein, auch „gerichtsfest“ in dem Sinne, dass die Vorgabe für die richterliche Entscheidung möglichst engmaschig sein soll. Auch hier wird des Guten zu viel getan. Es sollten die folgenden therapeutischen Ratschläge beachtet werden:
- Oft ist eine weite Verordnungsermächtigung besser als eine gesetzliche Vollregelung,
  - es sollte für eine Renaissance von Generalklausel und Ermessensspielraum geworben werden.
  - Manches lässt sich Satzungen überlassen, wie z.B. der Regelungsbedarf von Hochschulen, Kammern etc.
  - Das Übermaßverbot verlangt Beachtung.
5. Es gibt eine Pflicht zum *kurzen* Text. Artikel 31 des Grundgesetzes ist vorbildlich: „Bundesrecht bricht Landesrecht“. Art. 102 lautet: „Die Todesstrafe ist abgeschafft“, Art. 22: „Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold“. Hingegen ist Art. 29 GG ein Fehlbeispiel. Er regelt die Neugliederung des Bundesgebietes, die Neuzuschneidung der Länder, die faktisch, wirtschaftlich, politisch ein Desiderat ist, allerdings – mit Ausnahme des (gescheiterten) Versuchs einer Fusion von Berlin und Brandenburg – noch nicht ernsthaft in Angriff genommen worden ist. Art. 29 umfasst 8 Absätze und läuft über 2 Seiten. Aus dem Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ ist in Art. 16 a GG ein Ungetüm mit vielen Detailregelungen geworden. Art. 106 GG, der die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern regelt, umfasst 9 Absätze und füllt 3 Seiten. Auch dem eingeweihten Staatsrechtsexperten erschließt sich der Inhalt mit Mühe.
- Die Therapie ist einfach:
- Kein Satz mehr als 8 Wörter!
  - Kein Paragraph mehr als 3 Absätze!
  - Kein Abschnitt mehr als 10 Paragraphen!
6. Es ist ein Gebot des Rechtsstaates, dass Gesetze *verständlich* sein müssen. Eine erste Erleichterung in dieser Hinsicht ist es, dass die Gerichts- und Rechtssprache Deutsch ist. Insofern ist die Bundesrepublik (noch) ein auf dem Prinzip der Einsprachigkeit beruhender Nationalstaat.

Die Verständlichkeit von Normen wird hingegen durch *allgemeine Sprachkrankheiten* beeinträchtigt: zu viele Hauptworte, substantivischer Stil, Schwund an präziser Begrifflichkeit, Mangel an Klarheit und Einfachheit der Wortwahl, Vorliebe für Bandwurmsätze usw. Aber auch eine *unzureichende Systematik* erschwert Verständnis und Anwendung von Normen: Verweisungen, Wiederholungen, Fiktionen, Auslassungen usw.

7. Viele als Schwächen erkannte Schwierigkeiten beim Gesetzesverständnis beruhen auf dem Umstand, dass die Rechts- und Gesetzessprache eine *Fachsprache* ist. Begriffe wie: Beamter, Besitz, Eigentum, Öffentlichkeit, Fahrlässigkeit, Irrtum, Sache, Einrede usw. haben ihre sich dem Laien nicht mühelos erschließende Bedeutung. Das ist bei der Sprache der Techniker, Natur- und Sozialwissenschaftler in gleicher Weise der Fall. Die Frage, ob und inwieweit ein Gesetz umgangssprachlich und umstandslos für jedermann verständlich sein muss oder sich an den Fachmann wenden darf, ist nicht mit einem klaren Ja oder Nein zu beantworten. Man mag drei Gruppen bilden.

Die Forderung nach allgemeiner Erkennbarkeit *für jedermann* ist utopisch. Die Vorstellung vom „einfachen Gesetz“ nach Art der Zehn Gebote muss ein Traum bleiben. Es gibt keine Pflicht zum jederzeit allgemein verständlichen Gesetz. Schon das Preußische Allgemeine Landrecht war als Sprachhandbuch ungeeignet. Gleichwohl bleibt es richtig, dass viele Begriffe, wie „sittenwidrig“, „arglistig“, „Stand der Technik“ von jedermann verstanden werden und im Strom der Zeit die sich wandelnden Vorstellungen der Rechtsgemeinschaft reflektieren.

Viele Gesetze werden sich aber nur dem Juristen erschließen. Hier ist zunächst an den *juristischen Generalisten* zu denken, der dem Laien das Recht verständlich machen kann. Verständlichkeit bedeutet insofern Vermittelbarkeit. Es ist Aufgabe des „Rechtsstabes“, dem Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Verwaltungsbeamte, Sozialarbeiter, Verbandsfunktionäre angehören, als Vermittler zu dienen. Berichte über das Recht in den Massenmedien, in Verbandszeitschriften, Informationsbroschüren von Parlamenten, Ministerien, anderen Behörden helfen mit, den Bürger als Adressaten der Gesetze zu erreichen. Solche „Rechtsfibel“ sind äußerst nützlich. Allerdings darf es keine zwei authentischen Fassungen des Gesetzes geben. Verbindlich ist die Sprachform, die das Parlament verabschiedet hat und die im Gesetzblatt abgedruckt ist.

Letztlich gibt es gesetzliche Vorschriften, die überhaupt nur an *gewisse Spezialisten* adressiert sind. Bilanzvorschriften muss der Kaufmann verstehen, die medizinischen Fachausdrücke des § 3 Bundesseuchengesetz kann nicht jedermann verstehen; die „Abfall“-Definition des § 1 Abfallgesetz bedurfte schrittweiser gerichtlicher Klärung.

8. Manche Unvollkommenheiten, gar handfeste *Fehler* kommen durch die Hektik, auch politische Willkürlichkeiten des Gesetzgebungsverfahrens zustande. Einige Beispiele mögen das belegen.

§ 69 I des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes definiert den „unmittelbaren Zwang“ als das Einwirken auf Personen und Sachen durch Gewalt. § 69 II sieht als „Gewalt“ jede „unmittelbare körperliche Einwirkung auf Personen und Sachen“. Danach ist „unmittelbarer Zwang“ also das „Einwirken auf Personen und Sachen durch unmittelbares Einwirken auf Personen und Sachen“. Das hat mit dem, was alltags-sprachlich unter „Zwang“ verstanden wird, nämlich das Durchsetzen von Geboten wider den Willen des Adressaten, ohne dass ihm Wider-setzlichkeit möglich bleibt, wenig zu tun. Dass alle wissen, was gemeint ist, ist ein schwacher Trost. Die Definition ist ersatzlos zu streichen.

Im Entwurf des Hamburgischen Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid wird angeordnet, dass Volksanträge, die bei Verwirklichung kostenträchtig sind, angeben müssen, aus welchen Quellen die Kosten gedeckt werden sollen. Dieser (richtigen) Vorschrift war in Klammern hinzugefügt: (Deckungsgebot). Diese lehrbuchartige Legaldefinition hatte im Verlauf des Gesetzeswerkes keinerlei Bedeutung. Mit einiger Mühe gelang es, sie zu streichen.

In denselben Gesetzentwurf wurden folgende Bestimmungen aufgenommen: § X Abs. 1: Die Initianten (eines Volksbegehrens) müssen nach Durchführung des Volksentscheides über die Herkunft ihrer Mittel Rechenschaft legen. § X Abs. 2 hieß: Das gleiche, wie in Abs. 1, gilt für einen Zeitpunkt vier Wochen vor Abhaltung des Volksentscheids. Es liegt auf der Hand, dass diese Entwurfsfassung, die alle möglichen Fachfedern überstanden hatte, zu einem Satz zusammengestrichen werden musste (und wurde): Die Initianten müssen vier Wochen vor sowie unmittelbar nach dem Volksentscheid Rechenschaft legen.

Bei einem anderen Entwurf missglückte im Verfassungsausschuss die Beseitigung eines Rechtsfehlers. Es sollte geregelt werden, dass eine bestimmte Entscheidung der Zustimmung des Haushaltsausschusses bedürfe. Der Entwurf sprach aber von „Genehmigung“. Nun steht im BGB, dass die Zustimmung (§ 182) vorher erteilt werden kann (Einwilligung, § 183) oder nachträglich erfolgen kann (Genehmigung, § 184). Obwohl es offensichtlich um eine „Zustimmung“ ging, beharrten die Mehrheitsfraktionen auf dem Begriff „Genehmigung“, weil sie es so geschrieben hatten und sich von der Opposition nicht belehren lassen wollten.

Ein letztes Fehlbeispiel, nun die Änderung der Hamburgischen Verfassung betreffend. Es ist klar, dass die vom Volk gewählten Vertreter „Abgeordnete“ heißen (Art. 38 GG). Als solche sind sie „Mitglieder“ der Körperschaft „Parlament“. Das schlägt sich in der Verfassung, in Gesetzen, in der Geschäftsordnung nieder: Die Mehrheit oder die Minder-

heit oder alle „Mitglieder“ des Parlaments haben diese oder jene Rechte oder Pflichten. Weil es nun schöner sei oder demokratisch klüger oder wie immer: Es wurde beschlossen, den Begriff „Mitglieder“ im Verfassungstext zu eliminieren. Nun ist sinnwidrig von „Abgeordneten des Parlaments“ die Rede.

Gesetzgebung ist so unvollkommen, wie es die Gesetzgeber sind. Gesetzgebung sollte „Kunst“ sein, ist aber sehr oft Menschenwerk.



## Anschriften der Autoren

Dr. Christa Baldauf  
Bundeskriminalamt  
KT 54 Forensische Linguistik  
65713 Wiesbaden

Dr. Angelika Becker  
Arbeitsgruppe ‚Sprache des Rechts‘  
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften  
Jägerstr. 22–23  
10117 Berlin

Joanna Becker  
Westfälische Wilhelms-Universität  
Sprachenzentrum  
Bispinghof 26  
48143 Münster

Univ.-Prof. Dr. Petra Braselmann  
Institut für Romanistik  
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck  
Innrain 52  
A-6020 Innsbruck

Prof. Dr. Dietrich Busse  
Germanistisches Seminar  
Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1  
40225 Düsseldorf

Dr. Dr. Ralph Christensen  
Neckarstr. 24  
68549 Ilvesheim

Dr. Katharina Falkson  
Ingrid Lemberg  
Eva-Maria Lill  
Deutsches Rechtswörterbuch  
Heidelberger Akademie der Wissenschaften  
Karlstr. 4  
69117 Heidelberg

Prof. Gerard-René de Groot  
Riiksuniversiteit Limburg  
6200 MD Maastricht  
Niederlande

Prof. Dr. Wilhelm Griebhaber  
Westfälische Wilhelms-Universität  
Sprachenzentrum  
Bispinghof 2 b  
48143 Münster

Prof. Dr. Gisela Harras  
Institut für Deutsche Sprache  
Postfach 101621  
68016 Mannheim

Prof. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr  
Institut für Deutsche Sprache  
Postfach 101621  
68016 Mannheim

Prof. Dr. jur. Hans Hattenhauer  
Christian-Albrecht-Universität  
Juristisches Seminar  
Leibnizstr. 6  
24118 Kiel

Dr. jur. h. c., lic. phil. Werner Hauck  
Schweizerische Bundeskanzlei  
Zentrale Sprachdienste  
Bundeshaus West  
Gurtengasse 4  
CH-3003 Bern

Prof. Dr. Hans Jürgen Heringer  
Lehrstuhl für Deutsche Philologie  
der Universität Augsburg  
Deutsch als Zweitsprache  
Universitätsstr. 10  
86135 Augsburg

Prof. Dr. Ludger Hoffmann  
Universität Dortmund  
FB 15: Institut für Deutsche Sprache und Literatur  
Emil-Figge-Str. 50  
44227 Dortmund

Dr. Heidrun Kämper  
Institut für Deutsche Sprache  
Postfach 101621  
68016 Mannheim

Prof. Dr. Ulrich Karpen  
Universität Hamburg  
FB Rechtswissenschaft  
Schlüterstr. 28  
20146 Hamburg

Prof. Dr. Paul Kirchhof  
Institut für Finanz- und Steuerrecht  
Friedrich-Ebert-Anlage 6–10  
69117 Heidelberg

Dr. Ingeborg Lasser  
Universität Potsdam  
Institut für Linguistik  
Postfach 601553  
14415 Potsdam

Prof. Dr. Josef Klein  
Präsident der Universität Koblenz-Landau  
Isaac-Fulda-Allee 3  
55124 Mainz-Gonsenheim

Dr. Markus Nussbaumer  
Schweizerische Bundeskanzlei  
Zentrale Sprachdienste  
Bundeshaus West  
Gurtengasse 4  
CH-3003 Bern

Dr. Christoph Sauer  
Waldecklaan 67  
1213 XW Hilversum  
Niederlande

Prof. Dr. Johannes Schwitalla  
Universität Würzburg  
Institut für deutsche Philologie  
Sprachwissenschaft  
Am Hubland  
97074 Würzburg

Prof. Dr. Thomas-Michael Seibert  
Vorsitzender Richter am Landgericht Frankfurt/M.  
Werner-Hilpert-Str. 79  
65197 Wiesbaden

Dr. Michael Sokolowski  
Bergstr. 63  
69121 Heidelberg

Prof. Dr. Theo Stemmler  
Lehrstuhl Anglistik I der Universität Mannheim  
Schloß  
68131 Mannheim

Prof. Dr. Gerhard Stickel  
Institut für Deutsche Sprache  
Postfach 101621  
68016 Mannheim

Prof. Dr. Georg Stötzel  
Germanistisches Seminar der Universität Düsseldorf  
Bereich 23, Gebäude 21  
Universitätsstr. 1  
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. jur. Gerhard Struck  
Universität Hamburg  
Fachbereich Rechtswissenschaft  
Edmund-Siemers-Allee 1  
20146 Hamburg

PD Dr. Ingo Warnke  
Universität GHS Kassel  
FB 09 – Germanistik  
Postfach 101380  
34109 Kassel

Barbara Wieners-Horst  
Redaktionsstab der GfdS beim Deutschen Bundestag  
Görresstr. 15  
53113 Bonn

Prof. Dr. Dr. hc. mult. Norbert Richard Wolf  
Universität Würzburg  
Institut für deutsche Philologie  
Sprachwissenschaft  
Am Hubland  
979074 Würzburg

# Das Institut für Deutsche Sprache im Jahre 2001

## Inhalt

1. Vorbemerkungen
2. Mitarbeiter und Arbeiten der Abteilungen und Arbeitsstellen
3. Tagungen, Kolloquien und Vorträge externer Wissenschaftler am IDS
4. Lehraufträge und Vorträge von IDS-Mitarbeitern
5. Im Berichtsjahr erschienene Publikationen von IDS-Mitarbeitern
6. Kontakte des IDS zu anderen Institutionen, Studienaufenthalte und Besuche in- und ausländischer Wissenschaftler am IDS, Praktika, Besuchergruppen
7. Gremien des Instituts für Deutsche Sprache
8. Besondere Nachrichten
9. Personalstärke, Anschrift, finanzielle Angaben
10. Veröffentlichungen im Jahre 2001

## 1. Vorbemerkungen

### 1.1 Aufgaben und Ziele

Das Institut für Deutsche Sprache (IDS) wurde 1964 in Mannheim gegründet und hat hier seitdem seinen Standort. Es ist die zentrale staatlich geförderte Einrichtung zur Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und ihrer neueren Geschichte. Als Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) wird das Institut finanziell je zur Hälfte vom Bund und vom Land Baden-Württemberg getragen. Hinzu kommen in wechselndem Umfang Mittel von forschungsfördernden Organisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Volkswagen-Stiftung. Förderung erfährt das IDS auch von der Stadt Mannheim und dem Verein der Freunde des Instituts für Deutsche Sprache e. V. In seinen laufenden wissenschaftlichen Arbeiten und seiner Forschungsplanung orientiert sich das Institut an folgenden Richtlinien (i. d. F. vom 5.11.1998), die seinen generellen Auftrag näher bestimmen:

Richtlinien für die wissenschaftliche Arbeit des Instituts für Deutsche Sprache (IDS)

- (1) Das IDS hat die Aufgabe, die deutsche Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte wissenschaftlich zu erforschen und zu dokumentieren. Untersucht wird die deutsche Sprache in

- ihren verschiedenen Ausprägungen. Fragen der Sprachentwicklung, der Sprachnormung, der Sprachkritik, des Sprachkontakts und des Spracherwerbs werden berücksichtigt und zwar auch im europäischen Kontext.
- (2) Das IDS verfolgt in erster Linie längerfristige Vorhaben, die umfangreiche Datensammlungen, eine größere apparative Ausstattung und eine Arbeit in Forschungsgruppen erforderlich machen. Kleinere befristete Projekte sind den größeren Forschungsvorhaben zugeordnet. Bei der Vorbereitung und Durchführung seiner Vorhaben arbeitet das IDS mit Hochschulinstituten und mit anderen Forschungseinrichtungen zusammen.
  - (3) Ziele der Untersuchungen sind übergreifende Darstellungen des Sprachsystems und der Sprachverwendung sowie vergleichende Beschreibungen innersprachlicher Varianten und Darstellungen des Deutschen im Vergleich mit anderen Sprachen.
  - (4) Das IDS nutzt die Möglichkeiten der Datenverarbeitung für seine Forschungen. Es baut maschinenlesbare Korpora zum geschriebenen und gesprochenen Deutsch auf, nutzt zu deren Auswertung Ergebnisse und Methoden der Computerlinguistik und entwickelt auch selbst Verfahren zur Korpuserschließung. Die Korpora sind Grundlage der linguistischen Forschungen des IDS, können aber auch von externen Partnern für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.
  - (5) Die Forschungsergebnisse des IDS stehen als linguistische Grundlagen für den Unterricht in Deutsch als Muttersprache und als Fremdsprache, für die Sprachberatung, die Sprachnormung, die sprachliche Informationsverarbeitung und die Sprachtherapie zur Verfügung.
  - (6) Das IDS leistet wissenschaftliche Dienste für seine eigenen Forschungsvorhaben (DV-Unterstützung, Bibliothek, Textsammlungen, Dokumentationen, Archive). Die Dienste stehen auch Forschern und Forschergruppen außerhalb des IDS zur Verfügung.
  - (7) Aufgabe des IDS ist auch, Verbindungen zwischen der sprachgermanistischen Forschung im In- und Ausland herzustellen und zu erhalten. Diesem Zweck dient vor allem die Veranstaltung von Fachtagungen und Kolloquien.

Neben der Direktion und der Verwaltung besteht das Institut aus folgenden Abteilungen und zentralen Arbeitsstellen:

### **Abteilung Grammatik**

In der Abteilung werden die grammatischen Strukturen des Deutschen erfasst und beschrieben, u. a. auch im Vergleich mit anderen Sprachen.

### **Abteilung Lexik**

Bearbeitet werden lexikologische und lexikografische Aufgaben; hierzu untersucht die Abteilung definierte lexikalische Bereiche und erstellt möglichst umfassende Dokumentationen des deutschen Wortschatzes.

### **Abteilung Pragmatik/Sprachverwendung**

Forschungsgegenstände der Abteilung sind sprachliches Handeln und sprachliche Variabilität, d. h. die Ausprägung und Entwicklung von Sprachunterschieden. Besondere Berücksichtigung findet der mündliche Sprachgebrauch.

### **Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation, Bibliothek**

In der Arbeitsstelle sind die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Presse, Publikationswesen, Dokumentation und Bibliothek zusammengefasst.

### **Zentrale Datenverarbeitungsdienste (ZDV)**

Die ZDV unterstützt die computerbasierten Arbeiten der Abteilungen durch die Bereitstellung und Pflege der erforderlichen Hard- und Software.

## **1.2 Allgemeines und Bemerkenswertes**

Herausragendes Ereignis im Berichtsjahr war wieder die Jahrestagung, die 37. seit der Gründung des IDS, diesmal zu dem Thema: „Sprache – Recht – Öffentlichkeit“. Angesichts dieses Themas mit multidisziplinären Implikationen ist nicht weiter verwunderlich, dass neben mehreren Hundert Germanisten aus dem In- und Ausland auch viele Juristen an der Tagung teilnahmen. Näheres zu den Vorträgen und Diskussionen findet sich in Abschnitt 3.1.

Die Forschungsarbeiten und wissenschaftlichen Dienste des Instituts orientierten sich an dem seit 1998 geltenden mittelfristigen Arbeitsplan, der aber aufgrund personeller und sachlicher Neuerungen in einigen Teilbereichen modifiziert wurde. Über die einzelnen Projekte und Serviceleistungen wird aus den Forschungsabteilungen und wissenschaftlichen Arbeitsstellen in den folgenden Abschnitten berichtet.

Neben den laufenden Arbeiten, zu der auch die aufgabenspezifische Vorlesungs- und Vortragstätigkeit der Mitarbeiter gehörte, war das Institut während des Berichtsjahrs besonders häufig in die öffentliche sprachpolitische Diskussion einbezogen. Das mehrere Jahre lang vorherrschende Thema „Rechtschreibreform“ wurde durch die Themen „Anglizismen im Deutschen“ und „Mehrsprachigkeit“ abgelöst. Mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IDS wurden wiederholt zu Interviews der verschiedenen Medien aufgefordert oder zu Podiumsgesprächen und Vorträgen über diese dominanten Themen eingeladen. An verschiedenen Veranstaltungen zum „Europäischen Jahr der Sprachen“ waren auch Vertreter des IDS beteiligt. Mit seinem Memorandum „Politik für die deutsche Sprache“ (abgedruckt im Sprachreport 2/2001, S. 8–10), das auch mehreren staatlichen Stellen übermittelt wurde, setzte sich der Institutsdirektor unter anderem für die verstärkte schulische Förderung der deutschen Sprache und der Mehrsprachigkeit ein.

Die wissenschaftlichen Außenkontakte des Instituts wurden weiter entwickelt. Hierzu gehörte der Abschluss eines Kooperationsvertrags mit der

Philologischen Fakultät der Lomonosov-Universität in Moskau, der am 22.6.2001 unterschrieben wurde. Er soll besonders die Zusammenarbeit im Bereich der linguistischen Medienforschung erleichtern.

Der Wissenschaftliche Beirat des IDS setzte im Berichtsjahr den Dreijahresturnus seiner Evaluation der Abteilungen des Instituts fort. Abgeschlossen wurde mit insgesamt gutem Ergebnis die Bewertung der Abteilung Grammatik. Als zunächst letzte der drei Abteilungen wurde am 22./23. November die Abteilung Lexik ‚begangen‘. Eine zusammenfassende Bewertung legt der Beirat den anderen Organen des Instituts im Frühjahr 2002 vor.

Über die vielen weiteren Aktivitäten im Institut und anderswo, an denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IDS beteiligt waren, und auch über die im Berichtsjahr erschienenen Publikationen informieren die folgenden Kapitel.

## **2. Mitarbeiter und Arbeiten der Abteilungen und Arbeitsstellen**

### **2.1 Grammatik**

#### **Abteilungsleiterin:**

Prof. Dr. Gisela Zifonun

#### **Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:**

Prof. Dr. Joachim Ballweg – PD Dr. Hardarik Blühdorn (seit 1.4.2001) – Dr. Eva Breindl-Hiller – Dr. Elke Donalies – Helmut Frosch – Lutz Gunkel (seit 1.3. 2001) – Dr. Klaus Heller – Dr. Ursula Hoberg (bis 31.12.2001) – Dr. Marek Konopka (seit 1.4. 2001) – Jaqueline Kubczak – PD Dr. Gereon Müller (seit 1.4.2001) – Dr. Renate Pasch – Dr. Horst Schwinn (seit 1.4.2001) – Helmut Schumacher – Dr. Angelika Storrer (bis 30.9. 2001 beurlaubt) – Prof. Dr. Bruno Strecker – Dr. h. c. Klaus Vorderwülbecke – Dr. Ulrich Hermann Waßner

**Sekretärinnen:** Ruth Maurer – Karin Laton

Die Abteilung Grammatik hat folgende Zielsetzungen:

- a. Sie erforscht und dokumentiert die grammatischen Strukturen der deutschen Gegenwartssprache, auch im Vergleich mit anderen Sprachen und in sprachtypologischer Perspektive.
- b. Sie erschließt grammatisches Wissen für ein sprachinteressiertes Publikum durch ein grammatisches Informationssystem mit angegliedertem Lernsystem.

Damit sucht die Abteilung einerseits ihrem im engeren Sinne wissenschaftlichen Auftrag gerecht zu werden, andererseits aber will sie eine breitere Öffentlichkeit für die Sache der Grammatik als des zentralen sprachlichen Kenntnissystems interessieren und gewinnen. Für die Abteilungsarbeit sind derzeit folgende Schwerpunkte gesetzt:



- Grammatik und neue Medien, mit dem hypermedialen grammatischen Informationssystem GRAMMIS, den Drittmittelprojekten „ProGr@mm“ und „Hypertextualisierung und Textgrammatik (HyTex)“.
- Handbuch der deutschen Konnektoren
- Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich

Daneben wird noch das Projekt „Valenzlexikon deutscher Verben VALBU“ weitergeführt. Die Geschäftsstelle der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung ist als Arbeitsbereich mit Daueraufgaben ebenfalls der Abteilung Grammatik zugeordnet. Projektarbeiten der Arbeitsstelle „Graphie und Orthographie“ (bis zum Jahr 2000) konnten trotz des altersbedingten Ausscheidens des Bearbeiters in reduziertem Umfang weitergeführt werden.

## GRAMMIS

Mit dem Projekt GRAMMIS steht die Entwicklung eines umfassenden multimedialen, elektronisch vernetzten Informationssystems zur deutschen Grammatik, auf das weltweit über das Internet zugegriffen werden kann, auf dem Programm. (<http://hypermedia.ids-mannheim.de/grammis>) Das grammatische Informationssystem soll einem breiten sprachinteressierten Publikum grammatisches Wissen in verständlicher und leicht zugänglicher Weise vermitteln. Es wird unter Nutzung moderner Hyper- und Multi-Media-Techniken in mehreren Stufen rechnergestützt entwickelt. Alle Informationseinheiten sind in XML (Extensible Markup Language) verfasst und damit unabhängig von jeweils verfügbaren Computerplattformen zugänglich. Das System setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen, von denen zunächst folgende bearbeitet werden, weil sie den informatorischen Kern des Systems bilden:

- Systematische Grammatik (Kurzform auf GRAMMIS WWW-Seiten: Grammatik)
- Glossar grammatischer Termini (Kurzform auf GRAMMIS WWW-Seiten: Glossar)
- Grammatisches Wörterbuch (Kurzform auf GRAMMIS WWW-Seiten: Wörterbuch)
- Bibliografie zur deutschen Grammatik

Um das Auffinden gewünschter Informationen für nicht sprachwissenschaftlich vorgebildete Nutzer zu erleichtern, sollen als weitere Komponenten hinzukommen:

- Hauptschwierigkeiten der deutschen Grammatik
- Häufig gestellte Fragen zur deutschen Grammatik
- ein Suchleitsystem

Wissenschaftliche Grundlage von GRAMMIS ist in weiten Teilen (mit Ausnahme der Einheit ‚Wortbildung‘) die am IDS verfasste „Grammatik der

deutschen Sprache“ (Zifonun et al. 1997); die Informationseinheiten werden jedoch nicht einfach in ein neues Medium umgesetzt, sondern so aufbereitet, dass auch ein weniger fachkundiges Publikum angesprochen werden kann. Soweit möglich werden aktuelle Forschungsergebnisse anderer Abteilungsprojekte einbezogen.

Im Zentrum der Arbeit an GRAMMIS stand im Berichtsjahr die Entwicklung weiterer Informationseinheiten zu den Bereichen ‚Systematische Grammatik‘, ‚Glossar grammatischer Termini‘ (ca. 280 Einheiten), ‚Grammatisches Wörterbuch‘ sowie, auf technischer Seite, die Optimierung der Benutzerschnittstelle. Fertig gestellt wurden im Berichtsjahr – soweit dies bei einem Hypertext festgehalten werden kann – die Einheiten ‚Wortbildung‘, ‚Wortstellung‘, ‚Präpositionalphrasen‘, ‚Komplemente‘ und ‚Supplemente‘. Fortgeschritten sind die Arbeiten in den Bereichen ‚Konnektoren‘, ‚Nominalphrasen‘ und ‚Adverbialia‘.

Im Bereich ‚Bibliografie zur deutschen Grammatik‘ werden ständig Neuerscheinungen und – Zug um Zug – Arbeiten aus den Jahren 1995 bis 1998 aufgenommen, die zum Zeitpunkt der Übernahme der Daten durch das IDS nur unzureichend erfasst waren.

(Verantwortlich: Bruno Strecker)

### ProGr@mm

Seit dem 1. April 2001 gibt es ein neues Projekt in der Abteilung Grammatik: ProGr@mm. Das Akronym steht für Propädeutische Grammatik und ist als ein interaktives Lernsystem das hochschuldidaktische Kind von GRAMMIS.

ProGr@mm stellt primär einen Grundkurs zur deutschen Grammatik für die universitäre Lehre dar. Modulare Einheiten der Grammatik werden als Hypertext vernetzt und unter Nutzung neuer Medien und Techniken – teilweise multimedial – aufbereitet und im Internet zur Verfügung gestellt. Die GRAMMIS-Komponenten ‚Terminologisches Wörterbuch‘, ‚Grammatisches Wörterbuch‘, ‚Rechtschreibwörterbuch‘ und ‚Bibliografie zur deutschen Grammatik‘ werden auch von ProGr@mm genutzt. Der Kern von ProGr@mm, die ‚Propädeutische Grammatik‘, ist inhaltlich orientiert an der ‚Systematischen Grammatik‘ von GRAMMIS und dadurch auch an der ‚Grammatik der deutschen Sprache‘. Für die ‚Propädeutische Grammatik‘ werden sowohl eigene Texte entwickelt als auch vorhandene GRAMMIS-Texte für die didaktische Zielsetzung bearbeitet. Sie enthält darüber hinaus geführte Touren durch den Grundkurs. Zu einem späteren Zeitpunkt wird ProGr@mm ‚Seminarbausteine‘ enthalten, die einzelne Bereiche der Grammatik vertiefen und in thematischen Grammatikseminaren an den Hochschulen genutzt werden können.

Im Berichtszeitraum wurden das Konzept für ProGr@mm entwickelt, die technische Voraussetzung für das Projekt geschaffen und die inhaltlichen Bereiche ‚Komplemente‘, ‚Supplemente‘, ‚Tempussystem‘ und ‚Wortarten‘ und die dazugehörigen Übungs- und Kontrollaufgaben fertig gestellt.

Die schon entwickelten Teile von ProGr@mm werden im Wintersemester 2001/02 im Proseminar „Grundkurs Grammatik“ (Prof. Gisela Zifonun) an der Universität Mannheim erprobt und evaluiert.

ProGr@mm ist ein Drittmittelprojekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung über drei Jahre im Rahmen des Förderungsprogramms „Neue Medien in der Bildung“ finanziert wird. Innerhalb des IDS bildet Progr@mm zusammen mit GAIS (GesprächsAnalytisches Informationssystem) aus der Abteilung Pragmatik das abteilungsübergreifende Projekt „Korpustechnologie und linguistische Informationssysteme des IDS“. In beiden Projekten kooperiert die Abteilung unter „PortaLingua“, dem Lern- und Studienportal für Sprach- und Kommunikationswissenschaften, mit Projektgruppen mehrerer Universitäten.

(Verantwortlich: Horst Schwinn)

### Hypertextualisierung und Textgrammatik (HyTex)

Seit November 2001 wird im Projekt HyTex („Hypertextualisierung und Textgrammatik“) erforscht, wie die Annotation textgrammatischer Strukturen durch XML-Markup die automatische Konversion sequentiell organisierter Dokumente in Hypertextdokumente leiten und unterstützen kann (vgl. [www.hytext.info](http://www.hytext.info)). Basierend auf theoretischen Überlegungen zur Hypertextkohärenz werden Strategien entwickelt, implementiert und an einem textgrammatisch annotierten Fachtextkorpus evaluiert. Die textgrammatische Annotation nutzt Kategorien aus der „Grammatik der deutschen Sprache“ sowie aus den Projekten „Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich“ und „Handbuch der deutschen Konnektoren“. Das Projekt wird als Teil der verteilten Forschergruppe „Texttechnologische Informationsmodellierung“ (vgl. [www.text-technology.de](http://www.text-technology.de)) von der DFG finanziert.

(Verantwortlich: Angelika Storrer)

### Handbuch der deutschen Konnektoren

Das „Handbuch der deutschen Konnektoren“ beschreibt ca. 300 Wortschatzeinheiten des Deutschen, die inhaltliche Relationen zwischen Sätzen herstellen. Darunter fallen Einheiten wie *und*, *denn* und *als*, die traditionell als Konjunktionen zusammengefasst werden, aber auch viele Adverbien wie *dann* oder *unterdessen* und Partikeln wie *deshalb*, *doch*, *ja* oder *allein*, die in Grammatiken als Konjunkionaladverbien, Abtönungspartikeln oder Fokuspartikeln beschrieben werden. In einem ersten Teil werden die linguistischen Grundlagen der Beschreibung dargestellt, das Verfahren der syntaktischen Subklassenbildung erläutert und es werden die formalen Gebrauchsbedingungen der einzelnen syntaktischen Klassen beschrieben. Semantik und Pragmatik der Konnektoren werden in einem zweiten Teil ausführlich behandelt. Parallel zur Druckversion wird eine Hypertextversion des Handbuchs erarbeitet, die in das elektronische grammatische Informationssystem GRAMMIS integriert wird.

Im Berichtsjahr wurde an der Druckfassung des ersten Teils des Handbuchs, an der semantischen Klassifikation der Konnektoren und an der Erweiterung der Hypertextversion gearbeitet.

Begleitend zu den Arbeiten am Handbuch wird eine Bibliografie erstellt, von der ein einschlägiger Auszug mit derzeit ca. 1.300 Titeln in der Form einer verschlagworteten, abfragbaren Bibliografie-Datenbank auf den WWW-Seiten des IDS öffentlich zugänglich gemacht wurde. ([www.ids-mannheim.de/gra/konnektoren/](http://www.ids-mannheim.de/gra/konnektoren/))

(Verantwortlich: Renate Pasch)

### Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich (GDE)

Das Ende 1998 begonnene Projekt „Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich“ konnte nach Klärung konzeptioneller Fragen und mit personeller Verstärkung in seine eigentliche Arbeitsphase eintreten. Mit dem Vorhaben soll eine Profilierung der grammatischen Eigenschaften des Deutschen vor dem Hintergrund der entsprechenden Optionen in anderen europäischen Sprachen erreicht werden. Wir versprechen uns auch eine Verbesserung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Grammatikvermittlung im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“. Nicht zuletzt soll das Projekt auf dem Wege eines besseren Verständnisses sprachstruktureller Gemeinsamkeiten und Kontraste Zugang zu dem kulturellen Wert der Sprachenvielfalt im zusammenwachsenden Europa vermitteln. Dabei ist eine eingehendere Kontrastierung mit europäischen Sprachen wie Englisch, Französisch, Polnisch sowie Ungarisch und eine flexible Einbeziehung anderer Sprachen bei Beschreibungsbedarf geplant.

Im Berichtsjahr wurden in der Reihe *amades* zwei „Studien zur Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich“ veröffentlicht: „Der Relativsatz“ und „Das Pronomen Teil I: Überblick und Personalpronomen“. Dabei wurde ein einheitliches Darstellungsformat mit den Schwerpunkten ‚Typologie‘, ‚Belegung der Varianzparameter in den Kontrastsprachen‘ und ‚Das Deutsche‘ zugrunde gelegt. Die Projektgruppe erhofft sich durch diese projektbegleitende Publikation erster Ergebnisse einen intensiven Austausch mit der Fachöffentlichkeit, die der für 2005 geplanten Veröffentlichung des Bandes „Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich“ zugute kommen soll. Weitere Arbeitsschwerpunkte lagen im Bereich der morphologischen Kategorien Genus, Kasus und Numerus sowie bei den Determinativen. Zur Problematik der morphologischen Kategorien im deutschen Nominal und der Paradigmenbildung wurden Lösungsvorschläge erarbeitet, der Fachöffentlichkeit in Vorträgen vorgestellt und projektbegleitend veröffentlicht.

(Verantwortlich: Gisela Zifonun)

### Valenzlexikon deutscher Verben (VALBU)

Die Arbeiten zur Fertigstellung des „Valenzlexikons deutscher Verben“ (Projekt VALBU) wurden fortgesetzt. Das Wörterbuch ist primär für die Verwen-

dung im Bereich Deutsch als Fremdsprache konzipiert und enthält neben den Informationen zur Valenz genaue morphosyntaktische und semantische Erläuterungen zum Gebrauch der Verben sowie Hinweise zu Wortbildung, Stil, und Phraseologie. Die Strukturbeschreibungen sind durch zahlreiche, überwiegend beleggestützte Verwendungsbeispiele illustriert.

Die Überarbeitung und Endredigierung der 630 Wortartikel wurde abgeschlossen. Gelöst wurden die Probleme des Layouts für die Druckfassung des sehr umfangreichen Manuskripts. Für die Einleitung in das Wörterbuch und die weiteren Rahmentexte liegen Entwürfe vor.

Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Partnern, die zweisprachige Versionen von VALBU entwickeln oder verwandte kontrastive Valenzwörterbücher ausarbeiten, konzentrierte sich auf die Unterstützung der japanischen und slowakischen Arbeiten zur kontrastiven Verbvalenz. Fortgesetzt wurde auch die Zusammenarbeit mit dem ungarischen Projekt zur Nominalvalenz und der belgischen CONTRAGRAM-Gruppe, die mehrsprachige Verbvalenz-Wörterbücher erarbeitet.

(Verantwortlich: Helmut Schumacher)

## Graphie und Orthographie

Im Bereich „Graphie und Orthographie“ wurde als Manuskript abgeschlossen: „Bernhard Rust: Regeln für die deutsche Rechtschreibung 1944“ (Reihe *amades IDS*, 2 Bd.). Im Band II sind Ergebnisse verwertet, die innerhalb des Projektes „Orthographiedarstellungen im 19. Jahrhundert“ gewonnen wurden. Innerhalb dieses Projektes wurde mit der kommentierten Dokumentation „Auseinandersetzungen um die deutsche Orthographie im 19. Jahrhundert“ begonnen, und zwar mit den Themen ‚Historische Reflexionen‘, ‚s-Schreibung‘ und ‚Groß- und Kleinschreibung‘ (Reihe *Documenta Orthographica Olms Verlag*). Zu dem Thema ‚Orthographie – Grammatik – Rhetorik‘ wurde ein Rohmanuskript erstellt. Das „Archiv zur Geschichte der Orthographie und der Reformbemühungen“ wurde um zahlreiche insbesondere amtliche Rechtschreibbücher sowie um den Nachlass des österreichischen Reformers Ernst Pacolt erweitert.

Die Geschäftsstelle der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung hatte im Berichtszeitraum mehrere zweitägige Kommissionssitzungen inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten. Eine der Sitzungen fand auf Einladung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (Belgien), eine andere in Berlin statt. Der Geschäftsführer der Kommission nahm, zum Teil zusammen mit weiteren Kommissionsmitgliedern, auch an Sitzungen des Beirats für deutsche Rechtschreibung teil. Im Hinblick auf den dritten turnusmäßigen Bericht der Kommission wurden im Berichtszeitraum eine Reihe von Untersuchungen zur Umsetzung der neuen Rechtschreibung in den verschiedensten Bereichen betrieben. Fortgesetzt wurde die Zusammenarbeit mit den politisch verantwortlichen Stellen, mit Wörterbuchredaktionen, Nachrichtenagenturen, Medien, Schulbuchau-

toren und Schulbuchverlagen, mit pädagogischen Psychologen, Rechtsschreibdidaktikerinnen und -didaktikern sowie Grammatikern. Weiterhin wurde eine umfangreiche Berater- und Auskunftstätigkeit ausgeübt. Publikationen, Interviews und Podiumsdiskussionen gab es im In- und Ausland. (Verantwortlich für die Geschäftsstelle: Klaus Heller)

## 2.2 Abteilung Lexik

### **Abteilungsleiterin:**

Prof. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr

### **Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:**

Cyril Belica – Dr. Michael Brodhäcker – Brigitte O. Endres – Sabine Erb (seit 1.7.2001) – Dr. Kristine Fischer-Hupe – PD Dr. Claudia Fraas (bis 31.10.2001) – Daniel Glatz – Prof. Dr. Gisela Harras – Dr. Manfred Hellmann (bis 30.6.2001) – Prof. Dr. Dieter Herberg – Dr. Irmtraud Jüttner (bis 31.3.2001) – Dr. Heidrun Kämper – Meike Lauer (seit 15.5.2001) – Dr. Michael Kinne – Dr. Elisabeth Link – Dr. Anja Lobenstein-Reichmann – Dr. Sonja Müller-Landmann (bis 31.3.2001) – Pantelis Nikitopoulos – Isolde Nortmeyer – Kristel Proost – Dr. Herbert Schmidt – Dr. des. Ulrich Schnörch – Dr. Doris Steffens – Dr. Kathrin Steyer – Dr. Gerhard Strauß – Dr. Elke Tellenbach (bis 30.6.2001) – Oda Vietze – Doris al-Wadi – Christian Weiß (seit 1.7.2001) – Dr. Edeltraud Winkler.

### **Sekretärinnen:**

Susanne Bergmann (bis 31.10.2001) – Petra Brecht – Joyce-Ann Thompson – Sigrid Ziehr (bis 31.8.2001)

Die Abteilung Lexik erforscht und beschreibt den Wortschatz der deutschen Sprache anhand ausgewählter Elemente (Wörter, Wortteile, Redewendungen) bzw. Bereiche des Wortschatzes (Fremdwortschatz, neuer Wortschatz, Kommunikationsverben). Im Vordergrund des Interesses stehen dabei die Bedeutung und die Verwendungsbedingungen von Wörtern sowie die Veränderungsprozesse, denen der deutsche Wortschatz im Laufe der Zeit unterliegt, und hier vor allem die (zeit-)historischen und die aktuell beobachtbaren Veränderungen. Erforschung und Beschreibung münden in z. T. mehrbändige Wörterbücher und in lexikologische und semantische Konzepte und Methoden. Grundlegend hierfür sind umfangreiche elektronische Korpora schriftlicher (deutschsprachiger) Texte. Zu den Aufgaben der Abteilung Lexik gehört, diese Korpora kontinuierlich auszubauen und die für eine linguistische Auswertung notwendigen Recherchewerkzeuge zu entwickeln. Um die Forschungsergebnisse aus den verschiedenen Projekten der Abteilung sowohl über einzelne Wörter bzw. Wortschatzelemente als auch über Strukturen innerhalb des Wortschatzes zugänglich zu machen, wird an einem datenbankbasierten und internetfähigen Informationssystem gearbeitet: *Wissen über Wörter* (WiW), das lexikalisch-lexikologische, korpusba-

sierte Informationssystem des IDS. Dieses neue Medium ermöglicht die Fortführung bewährter lexikografischer Praxis bei erhöhter Nutzerfreundlichkeit, aber auch die Gewinnung neuer Erkenntnisse über den Wortschatz durch strikte Korpusfundierung, neue Klassifizierungen und vielfach verknüpfbare Suchanfragen.

Im Berichtsjahr wurde ein Projekt der Abteilung inhaltlich abgeschlossen und für die Publikation auf CD-Rom vorbereitet: Das umfangreiche Wörterbuch „Wörter in Texten der Wendezeit – Ein alphabetisches Wörterbuch zum Wende-Korpus des IDS 1989/90“, kurz „Wende-Wörterbuch“ (verantwortlich: Manfred W. Hellmann). Es soll in der IDS-Reihe *amades – Arbeiten und Materialien zur deutschen Sprache* veröffentlicht werden.

### Wissen über Wörter (WiW)

Das Institut für Deutsche Sprache hat Ende 1997 mit dem Aufbau eines „Internet-Wörterbuchs“ begonnen. Im Endausbau wird WiW den Wortschatz der deutschen Sprache (geplant sind 250.000 bis 300.000 Stichwörter) in umfassender Weise dokumentieren, allgemeinverständlich erklären und wissenschaftlich erläutern. Entscheidend ist die Hypertext-Struktur von WiW, die für die Lexikografie eine neue Dimension eröffnet, weil sie den Nutzerinnen und Nutzern, gleich ob Experten oder Sprachinteressierten, eine flexible, auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Informationsauswahl und -tiefe mit entsprechenden Möglichkeiten der Navigation anbietet. Die Vernetzungen zwischen Wortartikeln einerseits und ihren Detailinformationen andererseits dienen nicht nur einer gezielteren Informationsauswahl seitens der Nutzer, sondern lassen auch mehr als bisher üblich über die systematischen Vernetzungen innerhalb des Wortschatzes erkennen. WiW ist als offenes Informationssystem konzipiert, das Schnittstellen zu anderen Projekten und Informationssystemen aufweisen kann und ausbaufähig gehalten wird, denn nur so lässt sich die Dokumentation des deutschen Wortschatzes stets auf aktuellem Stand halten. In die WiW-Datenbank können Ergebnisse aller wortschatzbezogenen Projekte des IDS sowie mittelfristig auch Ergebnisse externer Wortschatzforschungen gebündelt und auch in Beziehung zueinander gesetzt werden. Die Artikelstruktur von WiW unterscheidet sich in wesentlichen Aspekten von der Artikelstruktur gedruckter Wörterbücher, denn hier werden die einzelnen Informationen zu einem Stichwort miteinander und mit den entsprechenden Informationen zu anderen Stichwörtern durch sog. Links vernetzt. So können etwa semantische Netze, Wortfamilien und sachliche Zusammenhänge anschaulich gemacht werden (vergleiche auch: <http://www.ids-mannheim.de/wiw/>).

Die Daten- bzw. Artikelstruktur des Systems wurde 2001 in einem Kolloquium mit externen Experten anhand von Probeartikeln und Kurzvorträgen zu konzeptionellen Aspekten des Projekts diskutiert, an weiteren Stichwörtern getestet und erneut überarbeitet. Einen großen Stellenwert hatte die Weiterentwicklung teilautomatischer Verfahren zur Erzeugung projektspezifi-

scher Listen von Partnerwörtern, die wertvolle Hypothesen zu vielen lexikologischen Angaben liefern können. Diese beruhen auf einem besonders zusammengestellten WiW-Korpus, das im Berichtsjahr definiert wurde. Parallel zu diesen Arbeiten wurde ein datenbankbasiertes Software-Paket ausgewählt und es wurde damit begonnen, dieses den Anforderungen des Projekts anzupassen. Priorität hat die Entwicklung eines lexikografischen Arbeitsplatzes, bei dem die Arbeitsteilung von der Materialsammlung über die ‚Füllung‘ bestimmter Informationsfelder bis hin zu Konsistenzprüfung und Endredaktion festgelegt ist. Parallel dazu muss die mehrdimensionale Nutzeroberfläche mit ihrer Verlinkungs- und Navigationsstruktur entworfen werden.

(Verantwortlich: Ulrike Haß-Zumkehr)

### Neologismenforschung

Seit 1997 werden die Neologismen (Neuwörter und Neubedeutungen) der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts erforscht, soweit sie sich im allgemeinsprachlichen Teil des Wortschatzes der deutschen Standardsprache etabliert haben.

Ziel des Projektes ist die lexikografische Beschreibung und Dokumentation von ca. 800 dieser Neologismen im Rahmen des Internet-Wörterbuchs „Wissen über Wörter (WiW)“ (s. o.). Die Wortartikel werden umfassender und detaillierter, als es in einem Printwörterbuch möglich wäre, Informationen zu den herkömmlichen Datentypen sowie zahlreiche Textbelege enthalten. Darüber hinaus werden sie Informationen zu speziellen Datentypen wie Neologismenart, Aufkommen, Buchung in Wörterbüchern, enzyklopädisches Hintergrundwissen vermitteln. Aufgrund der Pilotfunktion, die das Projekt für WiW hat, ist es an der konzeptionellen Entwicklung von WiW beteiligt.

2001 wurden ca. 220 Wortartikel fertiggestellt, die in der DTD-Struktur computergespeichert sowie als Ausdrucke vorliegen. Weitergeführt wurde die Ermittlung von Neologismen.

(Verantwortlich: Dieter Herberg)

### Erklärende Synonymik kommunikativer Ausdrücke des Deutschen (ESKA)

Unter kommunikativen Ausdrücken werden in erster Linie Verben wie *auffordern*, *versprechen*, *behaupten*, *mitteilen*, *loben*, *erklären* usw. verstanden. Für diese Gruppe von Prädikaten ist ein begriffliches Gerüst entwickelt worden, das die semantischen Eigenschaften der Ausdrücke abzuleiten gestattet, so dass die lexikalischen Informationen unter verschiedenen Aspekten repräsentiert sind wie: unter dem Aspekt der Konzeptualisierung der sprachlichen Ausdrücke, unter dem Aspekt ihrer semantischen Feldzugehörigkeit, dem Aspekt ihrer Argumentstruktur in Abhängigkeit von ihrer Konzeptualisierung sowie unter dem Aspekt ihrer jeweiligen lexikalischen Eigenschaften. Dem Benutzer der Datenbank soll so ermöglicht werden, sich die ihn interessierenden Daten(ausschnitte) je nach Bedürfnis zusammenzustellen.



Im Berichtsjahr 2001 wurden die Gruppen der Direktive (*auffordern*), Repräsentative (*mitteilen*) und Kommissive (*versprechen*) weitgehend abgeschlossen, die Gruppe der Expressive (*loben*) und Deklarative (*erklären*) wurde überarbeitet, und die medialen und instrumentalischen Prädikate wurden weiter bearbeitet. Es besteht Konsens darin, dass die weitere Arbeit an ESKA bis zur Beendigung noch auf dem alten UNIX-System weitergeführt werden und erst die vollständige Datenbank in eine PC-fähige Version konvertiert werden soll. Die Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt (Prof. Dr. Rudolf Wille) wurde fortgesetzt und besonders die Darstellung der Argumentstruktur der Verben im System TOSCANA (*Tools for Concept Analysis*) feinkörniger gestaltet. Es wurden vier Beiträge verfasst, die in einem Sammelband enthalten sind und sich ausführlich mit der semantischen Komponente von ESKA befassen, vgl. dazu unter DFG-Projekt.

(Verantwortlich: Gisela Harras)

### Tendenzen der Lexikalisierung kommunikativer Konzepte (DFG-Projekt)

In diesem Projekt, das im Mai 1999 begonnen wurde, sollen einmal die speziellen Lexikalisierungseigenschaften von Sprechaktverben und zum andern die Art und Weise ihrer Konzeptualisierung erforscht werden. Es geht also darum, sowohl die Eigenartigkeit der Lexikalisierung dieser Verben als auch ihren Bestand bezüglich eines begrifflichen Gesamtsystems zu untersuchen.

Zu diesen beiden Problemkreisen sind von den beiden Mitarbeitern umfangreiche Papiere erarbeitet worden, aus denen zwei Aufsätze (von Glatz und Proost) für einen im Berichtsjahr fertig gestellten Sammelband hervorgegangen sind. Zusammen mit den Beiträgen von Harras und Winkler umfasst der Band: Gisela Harras (Hrsg.) „Kommunikationsverben – konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation“ die folgenden Aufsätze: Gisela Harras: „Performativität, Sprechakte und Sprechaktverben“; Daniel Glatz: „Ereignisstruktur von Kommunikationsverben“; Edeltraud Winkler: „Möglichkeit der semantischen Dekomposition von Kommunikationsverben“; Kristel Proost: „Zum Lexikalisierungsraum kommunikativer Konzepte“; Gisela Harras: „Synonymie und Synonymik“; Edeltraud Winkler: „Aufbau und Gliederung einer Synonymik deutscher Sprechaktverben“.

Im Juli 2001 wurde der Fortsetzungsantrag für das Projekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in vollem Umfang, d. h. für zwei weitere Jahre, genehmigt.

(Verantwortlich: Gisela Harras)

### Deutsches Fremdwörterbuch (DFWB)

Das Deutsche Fremdwörterbuch verzeichnet den deutschen Fremdwortschatz vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart und stellt mit seiner bedeutungsgeschichtlichen Zielsetzung und umfassenden Quellendokumentation das Standardwerk der historischen Fremdwortlexikographie für Sprachge-

schichtler, Germanisten, Linguisten, Lexikologen und Historiker aller Bereiche dar.

Im Berichtsjahr wurde weiter an der Fertigstellung von Bd. 5, der die Buchstaben E und F (*Eau de Cologne – Futurismus*) enthalten wird, gearbeitet. Die Arbeiten an den Artikeln zum Buchstaben E wurden – bis auf vereinzelte Nachträge, Kürzungen des Umfangs – zum Beginn des Jahres abgeschlossen (ca. 450–500 Druckseiten). Von den Artikeln der Alphabetstrecke F ist etwa ein Drittel bearbeitet (ca. 250–300 Manuskriptseiten).

(Verantwortlich: Gerhard Strauß)

### Frühneuhochdeutsches Wörterbuch (FWB)

Als „frühneuhochdeutsch“ bezeichnet man das Deutsch, das von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis zum 17. Jahrhundert gesprochen und geschrieben wurde. Auf überlieferte Texte bauen wir unser Bild von der Gesellschaft und der Geschichte, indem wir aus den Texten „Wirklichkeiten“ (re)konstruieren. Da es schlechterdings nichts gibt, weder Reales noch Gedachtes, auf das man nicht mittels Wörtern Bezug genommen oder das man nicht gar durch den Wortgebrauch konstituiert hätte, sind sprachliche Zeugnisse vergangener Zeit anderen (oft sehr raren) Überlieferungsträgern weit überlegen und eignen sich besonders als Grundlage historischer (Re)Konstruktion. Die Bedeutung von Wörterbüchern, die die vergangenen Sprachstufen erschließen helfen, ist dabei schwerlich zu überschätzen. Das Frühneuhochdeutsche Wörterbuch, welches eine Lücke in der Reihe der Wörterbücher zu den historischen Sprachstufen des Deutschen schließt, wird daher ein willkommenes Hilfsmittel für all diejenigen werden, die sich mit der Sprache und Kultur der frühen Neuzeit auseinandersetzen, die an der Epoche zwischen der späten Scholastik und der frühen Aufklärung, an der Zeit der Erfindung des Buchdrucks, der Entdeckung Amerikas oder an der Reformation (usw.) interessiert sind.

Im Rahmen der 1993/4 begonnenen Beteiligung des IDS am „Frühneuhochdeutschen Wörterbuch“ (Anderson, Goebel, Reichmann) wurde Bd. 4 (b/p 2. Hälfte) von Joachim Schildt abgeschlossen. Für den Bd. 7 (gn-hz) ist die erste Lieferung von *gnaben* bis *grossprechen* fertiggestellt und erschienen (Anja Lobenstein-Reichmann), für den Bd. 12 (f/v) wurden Artikel von *f/v* bis *fechel* fertiggestellt (Elisabeth Link).

### Historisches Textkorpus

Weil die regulären IDS-Korpora weitgehend die Sprache der Nachkriegszeit enthalten, wurde von 1992–1998 an Ergänzungen zum 18. und 19. Jahrhundert gearbeitet. Seit 1999 werden Texte des (frühen) 20. Jahrhunderts digitalisiert, um der Erforschung des aktuellen Wortschatzes eine Vergleichsgrundlage zu verschaffen. Dieses Korpus umfasst drei historisch begründete Phasen: die Zeit der Weimarer Republik (1919–1932), die Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) und die frühe Nachkriegszeit (1945–1955). Es

wurden bis Ende 1999 260 Texte aus Politik, Presse, Literatur und Recht mit insgesamt knapp 1 Mio. laufenden Wörtern aufgenommen und zum größten Teil auch schon recherchierfähig aufbereitet. Das Historische Korpus zum 20. Jahrhundert schließt so die Lücke zwischen dem Historischen Korpus zum 18. und 19. Jahrhundert und dem 1999 begonnenen Projekt „Deutsches Referenzkorpus“ (siehe Abschnitt „Arbeitsgruppe für Korpustechnologie“), das Texte ab 1956 enthält und über die Gegenwart hinaus fortschreibt. Alle Korpora sind in ähnlicher Weise aufgebaut, so dass vergleichende Recherchen möglich sind.

Der Ausbau des Historischen Korpus konnte im Jahr 2001 aus personellen Gründen nicht wesentlich fortgeführt werden. Es wird in der vorliegenden Form aber bereits intensiv von den diversen lexikografischen Projekten des IDS genutzt.

(Verantwortlich: Ulrike Haß-Zumkehr)

### Sprache im Nachkriegsdeutschland (DFG-Projekt)

Was sagt eine Gesellschaft über sich aus, wenn sie ihre politische Vergangenheit – Adolf Hitler und den Nationalsozialismus – als „Dämon“ „das Böse“ oder die „Macht der Finsternis“ bezeichnet? Was bedeutet es, wenn eine Gesellschaft ihre Gegenwart als „Sintflut“, „Endzeit“ oder „Chaos“ empfindet? Was heißt es, wenn die Zukunft in Hochwertwörtern wie „abendländische Kultur“, „christliche Werte“, „Freiheit und Gerechtigkeit“ versprachlicht wird? Diese und andere Fragen werden in dem seit April 2000 von der DGF geförderten Projekt von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe beantwortet, zu der neben zwei Sprachwissenschaftlerinnen auch ein Zeithistoriker gehört. Dem Projekt liegt die Ausgangsüberlegung zugrunde, dass zu keiner anderen Zeit der neueren deutschen Geschichte das Denken in Zeitkategorien so zentral war, wie in der früheren Nachkriegszeit. Daher werden die untersuchten Texte nach den drei Zeitdimensionen geordnet: Aussagen über die vergangene Nazizeit, die Zerstörung und Not der (damaligen) Gegenwart und die künftige Gestaltung der Gesellschaft.

Im Jahr 2000 wurde das Korpus des Projekts festgelegt. Insofern es sich um die Rekonstruktion eines Elitendiskurses handelt, stammen die Quellen aus den Domänen Politik, Theologie/Kirche, Recht, Literatur und Wissenschaft/Philosophie. Eine weitere Gruppe sind Texte aus der Täter-/Opferperspektive. Texte des Korpus werden gelesen, nach einem Klassifikationssystem markiert und digitalisiert/eingescannt. Die Phase der Korpusgewinnung und -strukturierung endete im Dezember 2000. Im Jahr 2001 wurden die klassifizierten Texte (z. T. vor dem Hintergrund einer zeitgeschichtlichen Chronologie) ausgewertet hinsichtlich ihrer Geschichte, ihrer Themen sowie der sprachlichen Repräsentationen der Themen. Grundlage dieser Auswertung ist ihre Reflexion auf der Zeitachse 1945–1955 in Bezug auf die sechs Domänen. Das Ergebnis wird eine monographische Darstellung von Nachkriegsdeutsch als dem Sprachstadium einer Umbruchzeit und die Offenle-

gung ihrer sprachlichen Ausdrucksform sein, mit deren Abfassung begonnen wurde.

(Leitung: Heidrun Kämper)

### Arbeitsgruppe für Korpustechnologie

Die Arbeitsgruppe für Korpustechnologie hat zwei Aufgaben: (1) elektronisches Textmaterial für die Arbeit aller Forschungsprojekte des IDS zu beschaffen, aufzubereiten, zu dokumentieren und als Datenbasis für externe wie interne Wissenschaftler bereitzustellen, die sich mit schriftgebundener Sprache und Wortschatzfragen befassen; (2) die IDS-Korpora geschriebener Sprache zu erschließen und zu analysieren und hierfür Erschließungsmethoden und darauf basierende Analysetechniken zu entwickeln. Elektronische Korpora und die Analysemethoden und -techniken zu deren Erschließung sind als Forschungsinstrumente nicht nur für die linguistische Forschung am IDS zentral, sondern – wie die stets zunehmende Zahl von Online-Nutzern (jährlich ca. 40.000 Online-Nutzungen, davon ca. 30.000 über das WWW, mit ca. 140.000 Suchanfragen) zeigt – auch für die nationale und internationale Germanistik sowie für interdisziplinäre Forschungsinteressen. Das Korpus-Recherche-Instrument COSMAS I steht seit 1997 auswärtigen Nutzern auch über einen WWW-Zugang ohne Registrierungspflicht (<http://corpora.ids-mannheim.de/~cosmas>) weltweit gebührenfrei zur Verfügung.

Im Jahr 2001 wurden mehrere korpusanalytische Machbarkeits- und Kurzstudien für interne und externe Kollegen z. B. folgender Institutionen durchgeführt: Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie, Universität Giessen; Linguistische Datenverarbeitung/Computerlinguistik an der Universität Trier; Lehrstuhl für Psychologie II, Universität Mannheim; Universität Zürich. In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Wissen über Wörter“ (WiW) wurde die erste Version einer korpusbasierten Kookkurrenz-Datenbank zu den ca. 1000 frequentesten Lemmata erstellt. Die Arbeitsgruppe hat sich an der Entwicklung des neuen Recherchesystems COSMAS II durch Beratung und durch schrittweise Übergabe von COSMAS-I-Algorithmen zur Integration in COSMAS II beteiligt.

Die IDS-Textkorpora wurden kontinuierlich erweitert um die neuen Jahrgänge der Zeitungskorpora *Mannheimer Morgen*, *Berliner Zeitung*, *die tageszeitung*, um das Korpus „Biografische Literatur“ (Alfred Kerr, Victor Klemperer) und um die Neuakquisitionen im Rahmen des DEREKO-Projekts (s. u.). Zum Korpus „Belletristik des 20. Jahrhunderts“ kamen Werke von Agnes-Marie Grisebach, Stefan Heym, Hans Joachim Schädlich, Klaus Schlesinger, Bernhard Schlink und Christa Wolf hinzu. Das unter dem Recherche-Instrument COSMAS I verfügbare Korpus-Angebot wurde somit auf rund 1130 Millionen Textwörter (das sind etwa 2,8 Millionen Buchseiten) erweitert und ist somit die größte deutschsprachige Korpusammlung weltweit. Im Bereich der bibliographischen Dokumentation wurde das Textmaterial weiterhin in aufwändiger Handarbeit nach dem aktuell gültigen

Stand des im IDS entwickelten Korpustext-Bibliografiemodells aufgewertet. Über die aktuell verfügbaren Teilkorpora kann man sich auf der Homepage der AG Korpustechnologie (<http://www.ids-mannheim.de/kt>) eingehender informieren.

(Verantwortlich: Cyril Belica)

### Deutsches Referenzkorpus – DEREKO (Drittmittelprojekt)

Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Kooperationsprojekt „Deutsches Referenzkorpus“ (DEREKO) begann im Mai 1999. Kooperationspartner sind das Institut für Maschinelle Sprachverarbeitung (IMS) der Universität Stuttgart und das Seminar für Sprachwissenschaft (SfS) der Universität Tübingen. Ziel ist, die deutsche Gegenwartssprache (von 1956 bis zunächst 2001) möglichst breit und der Sprachwirklichkeit angemessen abzubilden. Das Projekt ist in die Gesamtvorhaben der Arbeitsgruppe für Korpustechnologie eingebunden und schließt unmittelbar an die Korpusakquisitionsarbeiten des IDS in den vergangenen Jahren an und nutzt die Ressourcen innerhalb des IDS.

In dieser Phase des Projekts lag der Schwerpunkt einerseits auf der Akquisition neuer Texte – hier wurden Korpora im Umfang von mehr als 500 Millionen Wörter zur Test-Nutzung freigegeben – andererseits auf der Fertigstellung eines einheitlichen Textmodells in Form einer DTD (Document Type Definition), die sich an dem internationalen „Corpus Encoding Standard“ orientiert. Die aktuelle DEREKO-Textsammlung enthält mehrere deutsche, Schweizer und österreichischer Tageszeitungen (alle mit mehreren Jahrgängen), ca. 150 belletristische Titel und Sachbücher, eine Sammlung von Texten aus Politik und Recht sowie Computer-Fachtexte. Besonders intensiv wurden im Jahr 2001 die urheberrechtlichen Fragen der künftigen Online-Nutzung dieser Korpora untersucht und juristisch geklärt.

(Verantwortlich: Cyril Belica und Ulrike Haß-Zumkehr)

## 2.3 Abteilung Pragmatik

### Abteilungsleiter:

Prof. Dr. Werner Kallmeyer

### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Dr. Jannis Androutsopoulos – Dr. Karl-Heinz Bausch – PD Dr. Nina Berend – Ibrahim Cindark – Sylvia Dickgießer – Dr. Mechthild Elstermann – Prof. Dr. Reinhard Fiehler – Daniela Heidtmann (ab 1.3.2001) – PD Dr. Inken Keim-Zingelmann – Ralph Knöbl – Prof. Dr. Katharina Meng – Ulrich Reitemeier – Dr. Rudolf Schmidt – Dr. Reinhold Schmitt – Dr. Wilfried Schütte – PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy – Dr. Peter Wagener (beurlaubt bis 30.6.2001).

**Toningenieur:** Wolfgang Rathke

**Sekretärinnen:** Doris Richter – Ulrike Willem

Forschungsgegenstände der Abteilung sind sprachliches Handeln und sprachliche Variabilität, d.h. die Ausprägung und Entwicklung von Sprachunterschieden innerhalb des Deutschen. Das Aufgabenfeld umfasst im Einzelnen:

- die Formen des sprachlichen Handelns und ihre Einbettung in die gesellschaftliche Kommunikationsstruktur;
- die Beziehung zwischen der Sprachverwendung und ihren medialen Bedingungen;
- die Sprachvariation im Deutschen und Sprachkontakterscheinungen in Mehrsprachigkeitssituationen unter Beteiligung des Deutschen.

Im Berichtszeitraum konzentrierten sich die Arbeiten auf die folgenden Projekte:

### Sprachliche Integration von Aussiedlern

Das Projekt beschäftigte sich mit der Frage, wie sich Aussiedler aus der GUS und Polen in die Sprach- und Kommunikationsgemeinschaft integrieren, die sie in Deutschland vorfinden. Die Abschlusspublikationen sind im Jahr 2001 erschienen bzw. werden für die Publikation vorbereitet. Die Ergebnisse des Projekts wurden in einem internationalen Kolloquium „Sprachliche Integration von Aussiedlern in den 90er Jahren – Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven“ (IDS, 5.–7.4.01) vorgestellt.

### Eigenschaften gesprochener Sprache

Die Arbeit zielt darauf ab, die Variabilität gesprochener Sprache herauszuarbeiten und mündliche Kommunikation – im Vergleich mit Schriftlichkeit und technisierter Kommunikation – durch die Diskussion ihrer verschiedenartigen Grundbedingungen als eigenständiges Verständigungssystem zu verdeutlichen. Eine Abschlusspublikation wird vorbereitet.

### Gesprächsrhetorik

Eine umfangreiche systematische Darstellung zur „Gesprächsrhetorik“, die vor allem verbale Muster und Verfahren in Problem- und Konfliktgesprächen behandelt, wird zum Druck vorbereitet. Außerdem werden die Projektergebnisse und Beispielanalysen aus der Projektarbeit in das Gesprächsanalytische Informationssystem GAIS aufgenommen.

### Gesprächsanalytisches Informationssystem (GAIS)

Entwickelt wird ein multimediales Informationssystem für die gesprächsanalytische Arbeit von Wissenschaftlern und Studenten. GAIS bietet Informationen und Arbeitsmöglichkeiten zur Gesprächsanalyse allgemein und speziell zu Ergebnissen und Verfahren der Gesprächsrhetorik. Das System umfasst ein Lexikon zur Gesprächsanalyse, Beispielanalysen, Korpora für weitere Analysen, Aufgabenstellungen und Lösungen für das Selbststudium

sowie eine Literaturdatenbank. Ein wichtiger Teil des Systems sind außerdem Programme für die Korpusarbeit und die Aufbereitung von Daten gesprochener Sprache von der Transkription (DIDA) über die Synchronisation von Transkriptionstext und Ton (ALIGNER) bis zur Recherche in den Transkriptionsskorpora (COSMAS II). Die inhaltliche Strukturierung ist im ersten Schritt auf einen für den Hochschulbereich konzipierten Kurs „Gesprächsrhetorik: Beispiel Fernsehgespräche“ ausgerichtet und wird dann fortlaufend auf weitere Themen ausgeweitet.

### Kommunikative soziale Stilistik

Zentrales Vorhaben der Abteilung ist das Projekt „Kommunikative soziale Stilistik“. Ziel ist die Erarbeitung einer Soziostilistik der Kommunikation in Deutschland. Im Zentrum steht der Zusammenhang zwischen der Ausprägung von kommunikativen Stilen, die als Ausdruck der sozialen Identität von gesellschaftlichen Gruppen und Individuen fungieren, und sozialen Prozessen der Integration, Differenzierung, Distanzierung und Ausgrenzung. Ergebnis ist eine grundlegende Darstellung von allgemeinen Stilbildungsprinzipien und Prozessmustern der sprachlich-sozialen Entwicklung, die an einer aspektreichen Auswahl von Kommunikationsvorgängen in unterschiedlichen Domänen der Gesellschaft demonstriert werden. Den Orientierungsrahmen für die einzelnen empirischen Untersuchungen bilden Dimensionen der gesellschaftlichen Gliederung, die in soziologischen und kulturwissenschaftlichen Arbeiten als Grundeigenschaften gesellschaftlicher Realität angesehen werden und deren Ausprägungen für die Bestimmung moderner Gesellschaften herangezogen werden:

- Vertikale Gliederung („Oben und Unten“). Durchgeführt wird ein Teilprojekt „Das kommunikative Handeln von Führungskräften“.
- Arbeit und Freizeit. Es laufen gegenwärtig zwei Teilvorhaben: „Kommunikation in Arbeitsgruppen“ und „Internetkommunikation als Arbeitsinstrument“.
- Migration („Ansässige und Zuwanderer“). Hier läuft ein Teilprojekt „Sprachvariation Deutsch-Türkisch und kommunikative soziale Stile von Migranten“. Ein weiteres Projekt zur kommunikativen Stilistik in der Welt russlanddeutscher Aussiedler wird vorbereitet.
- Lebensalter und Generationswechsel („Jung und Alt“). Gegenwärtig läuft ein Teilprojekt „Stilbildung und Variationspraxis in der medialen und unmittelbaren Kommunikation von jugendkulturellen Sozialwelten“. Vorbereitet wird ein Teilvorhaben zur Alterskommunikation.
- Öffentlichkeit und Privatheit. Dieser Arbeitsbereich wurde vorerst zurückgestellt.

Zwei der genannten Teilvorhaben („Sprachvariation Deutsch-Türkisch und kommunikative soziale Stile von Migranten“ sowie „Stilbildung und Variationspraxis in der medialen und unmittelbaren Kommunikation von jugend-

kulturellen Sozialwelten“) sind zugleich Teilprojekte im Rahmen der von der DFG geförderten Mannheimer Forschergruppe „Sprachvariation als kommunikative Praxis“, die ihre Arbeit am 1.3.2000 aufgenommen hat.

### Lautliche Variation des Deutschen – Standardsprache und regionale Umgangssprachen

Das Projekt wird gegenwärtig vorbereitet. Ziel ist eine Datenbank von Aussprachevarianten deutscher Wörter in der Standardsprache und in den regionalen Umgangssprachen. Die Datenbank kann zur Herstellung eines Aussprachewörterbuches für spezifische Adressatenkreise (u. a. Deutsch als Fremdsprache) genutzt werden. Längerfristiges Ziel ist die Klärung des Zusammenhangs zwischen Sprachvariation und Prozessen des Sprachwandels.

### Korporausbau und Entwicklung von Korpustechnologie

Zunehmende Bedeutung bekommt der Bereich Korporausbau und Entwicklung von Korpustechnologie für Daten gesprochener Sprache. Das korpustechnologische Ziel ist die Einrichtung eines vernetzten Gesamtsystems (Eingabe, Speicherung und Zugriff) für Korpora gesprochener Sprache. Die wichtigsten Komponenten eines solchen Systems sind ein Transkriptionseditor, ein System für Text-Ton-Alignment, eine Datenbank für Transkripte und Zeitmarken, eine Datenbank für den Zugriff auf sämtliche dokumentarische Daten, ein Recherchesystem und ein Ausgabesystem für Transkripte mit Zugriff auf die Tondaten. Die Arbeiten an den folgenden Komponenten des Gesamtsystems wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Abgeschlossen wurden zwei drittelfinanzierte Projekte:

- Text-Ton-Alignment (ein Kooperationsprojekt mit dem Institut für maschinelle Sprachverarbeitung der Universität Stuttgart, Abschluss Ende Juni 2001),
- Datenbank Gesprochenes Deutsch für die computerunterstützte Erfassung und Erschließung der Tonaufnahmen des Deutschen Spracharchivs, der Verwaltungsinformationen und der Transkripte; ein drittmittelfinanziertes Projekt für die Programmierung des Systems wurde im Juli 2001 abgeschlossen. Die Datenbank wird sukzessive mit den vorhandenen digitalisierten und transkribierten Aufnahmen zum gesprochenen Deutsch gefüllt.

### Deutsches Spracharchiv (DSAv)

Aufgabe des Deutschen Spracharchivs (DSAv) ist die Archivierung und Dokumentation von Daten gesprochener Sprache. Hier sind auch die Aufgaben für den internen und externen Service angesiedelt. Die zentrale Dokumentation aller in der Abteilung verwalteten Korpora gesprochener Sprache wurde fortgesetzt, ebenso die Inventur der vorhandenen Begleitmaterialien zum wichtigsten Dialektkorpus (Zwirner-Korpus).



## 2.4 Arbeitsstelle Zentrale DV-Dienste (ZDV)

**Leiter:**

Eric Seubert

**Wissenschaftliche Mitarbeiter:**

Irfan Bilgili (ab 17.4.2001) – Franck Bodmer

**Kaufmännisch-technischer Mitarbeiter:**

Bernd Rolzhäuser

**Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:**

Siegmund Gruschka – Matthias Hördt – Rainer Krauß – Ingrid Schellhammer

**Sekretärin:**

Irmgard Schlösser (bis 31.10.2001) – Susanne Bergmann (ab 1.11.2001)

Die ZDV definiert sich durch ihren Namen als die Arbeitsstelle, in der die zentralen Datenverarbeitungsdienste des IDS abgewickelt werden.

Sie hat die Aufgabe, die wissenschaftlichen Arbeiten der Forschungsabteilungen durch Bereitstellung und Pflege der erforderlichen Hard- und Software zu unterstützen. Hinzu kommen wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Programmierarbeiten in Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen und Arbeitsstellen.

Die Arbeiten der ZDV umfassen zur Zeit

- Sicherung des Betriebs der Rechner im IDS,
- Betreuung des lokalen Netzwerks und der zentralen Internet-Dienste des IDS,
- Erstellung von projektspezifischen Programmen, Skripten und sonstigen Bausteinen,
- Betreuung zentraler Software (darunter die Datenbanksysteme ORACLE und TAMINO) und Entwicklung zugehöriger Anwendungen,
- Entwicklung und Betreuung des Korpus-Recherchesystems COSMAS II sowie
- Mitarbeit bei Konzeption, Erstellung und Aktualisierung des Informationsangebots des IDS im WWW.

### Technische und administrative Arbeiten an PCs

Die durch Abgänge einer Reihe von Mitarbeitern oder Neuanschaffung freigewordenen Rechner wurden nach vorliegenden Anträgen entsprechend aufgerüstet, konfiguriert und anschließend neuen Benutzern zugestellt.

Im vergangenen Jahr wurden so 30 neue PCs angeschafft, installiert und konfiguriert. Von den freigewordenen PCs wurden wiederum 50, wenn notwendig aufgerüstet, umkonfiguriert und ihren neuen Benutzern zugestellt. Die Anzahl der Diagnosen und nachfolgenden Reparaturen an Rechnerhard-

ware, die in Eigenverantwortung von Mitarbeitern der Arbeitsstelle durchgeführt wurden, belief sich auf ca. 50.

Die Datenbank zur besseren Verwaltung der PC-Hardware und -Software im Haus wurde strukturell weiter ausgebaut und mit Daten angereichert. Durch die Datenbank kann die bestehende Inventarisierung von DV-Materialien korrigiert, erweitert und aktualisiert werden.

### Netzwerkanbindung und Netzwerkausbau

Die Netzwerkanbindung an das Weitverkehrsnetz von bisher 2\*64 kBit/sec wurde auf vorläufig 2 Mbit/sec verbessert. Als Übertragungsmedium wird statt einer gemieteten ISDN-/Glasfaserleitung eine Richtfunkstrecke, die vom IDS zum Rechenzentrum der Uni Mannheim verläuft, benutzt. Bis die maximale Übertragungsrate von 10 Mbit/sec voll einsetzbar ist, wird mit der etwas geringeren Rate von 2 Mbit/sec gefahren.

Im dritten Quartal des Jahres wurde die Erweiterung des lokalen Netzwerks fortgesetzt. Die zunächst als drei sukzessive Schritte konzipierten Arbeiten konnten im Berichtsjahr in einem Zug ausgeführt werden. Diese umfassten neben der Installation der Etagen-Switches (zwei pro Stockwerk) die entsprechende Neuverkabelung aller Räume in den jeweiligen Etagen. Der Datendurchsatz auf der Backbone konnte damit von bisher 10 Mbit/sec (Ethernet 10b2) um das 200fache auf 2 x 1 Gbit/sec (Glasfaser) gesteigert werden. Zur qualitativen Verbesserung in Form einer erhöhten Datenbandbreite sowie einer modernen Netzwerktechnologie und -topologie gesellt sich eine quantitative: die Anzahl der vorhandenen, aber noch nicht genutzten Netzwerkanlüsse lässt für die nächsten Jahre Spielraum.

Mit Ausnahme der Bibliothek kann bereits jetzt das ganze IDS am Glasfasernetz partizipieren.

Das veraltete 10-Mbit-Netzwerk samt alter Zimmerverkabelung bleibt für Notfälle bestehen.

In Ergänzung zur PC-Datenbank wurde eine Netzwerk-Datenbank eingerichtet, in der die neue Verkabelung datentechnisch aufbereitet ist.

### Zentrale Hardware und Software

Nachdem der IDS-Server bereits in den vorangegangenen Jahren nach und nach als zentraler Server des IDS abgelöst wurde, musste er im Lauf des Jahres endgültig außer Betrieb genommen werden. Die bis zuletzt noch verbliebenen Dienste – Terminalserver für die X-Terminals der Abteilung „Pragmatik“ und Backup-Server für verschiedene Netzwerk-Dienste – wurden auf einen herkömmlichen, leicht veralteten PC unter Linux migriert. Die im Vorfeld gesicherten Daten wurden den Benutzern auf dem „neuen“ Rechner wieder zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls abgeschaltet wurde der SINIX-Mehrplatzrechner MX300B (nach dem MX300A im vorangegangenen Jahr). Sein kompletter Datenbe-

stand wurde gesichert und archiviert, die Benutzeranschlüsse wurden auf einen der verbleibenden MX300-Rechner umgehängt.

Der WWW-Server wurde wegen ständig steigender Zugriffe und der Einbindung anspruchsvollerer WWW-Applikationen auf einen leistungsstärkeren Rechner migriert. Der zuvor benutzte Rechner fungiert als Backup-Rechner unverändert weiter.

Aufgrund mangelnder Auslastung wurde für den Rechner für Statistikanwendungen (Mehrprozessor-Rechner mit zwei PentiumPro-Prozessoren) ein neues Anwendungsprofil erstellt. Nach einer deutlichen Erweiterung des Festplattenspeichers (durch Anschaffung eines externen Plattenarrays, das bis zu sieben Festplatten mit einer gesamten Kapazität von 250 GB aufnehmen kann) wird der Rechner nun für Multimediaanwendungen und als Speicher für Multimediadaten verwendet.

Statt des vorhandenen Betriebssystems DG/UX, das mittlerweile eine Insellösung im IDS darstellt, wurde eine aktuelle Version von LINUX eingesetzt.

Anfang des Jahres wurde die aktuelle Version von ORACLE (8.1.7) auf dem zentralen Applikationsserver installiert. Das IDS verfügt damit wieder über ein zentrales und modernes Datenbanksystem, das über eine Reihe von Anwendungen allen Benutzern im Haus und weltweit über das WWW zur Verfügung steht.

Auf dem gleichen Rechner wurde auch das XML-basierte Datenbanksystem TAMINO installiert und in Betrieb genommen. Durch die Verwaltung von TAMINO und seiner Anwendungen unterstützt die ZDV nicht nur technisch, sondern in DV-Hinsicht auch konzeptionell die Forschungsarbeiten am Projekt „Wissen für Wörter“ der Abteilung „Lexik“.

Zur optimalen Nutzung der Ressourcen von ORACLE und TAMINO wurden und werden die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen umfassend geschult.

### Zentrale Datenbanksysteme und -anwendungen

Die technische Betreuung des grammatischen Informationssystems GRAMMIS der Abteilung „Grammatik“ umfasste neben der Weiterentwicklung der GRAMMIS-Anwendungen

- die Datensicherung und den Datentransfer für den GRAMMIS-Server und den Datenbankserver,
- die Betreuung des GRAMMIS-Servers und der GRAMMIS-Anwendung auf dem Datenbankserver,
- die Benutzerbetreuung für GRAMMIS.

Für das Projekt ProGr@mm der Abteilung „Grammatik“ wurden die allgemeine technische Betreuung sowie die Implementierungsarbeiten übernommen. Die erste öffentliche Präsentation im Rahmen eines Seminars an der Universität Mannheim verlief nach einem mehrwöchigen Testeinsatz erfolg-

reich. Die Arbeiten am Projekt sind noch nicht abgeschlossen, weitere Anforderungen werden sich im Einsatz entwickeln. Die Anwendung basiert (analog zu GRAMMIS) auf dem PL/SQL-Toolkit von ORACLE.

Für das DFG-Projekt „Zeitreflexion im ersten Nachkriegsjahrzehnt“ der Abteilung „Lexik“ wurde das im vorherigen Jahr entwickelte Dateiverwaltungssystem unter ORACLE weiter ausgebaut und verwaltet.

Im Rahmen der Arbeiten zum Deutschen Fremdwörterbuch der Abteilung „Lexik“ wurde mit der Implementierung von Programmen zur automatischen Erzeugung eines Basis-Stichwortregisters aus den vorliegenden Belegartikeln der Buchstaben A-E heraus begonnen. Die Bereitstellung einer ORACLE-Datenbank mit zugehörigen Masken zur Recherche in den Registern wird im kommenden Jahr vorgenommen.

Die Projektgruppe des IDS-Projekts „Wissen über Wörter“ der Abteilung „Lexik“ wurde über geeignete technische Lösungen beraten. In diesem Zusammenhang wurden Funktionen ausgetestet, die u. a. ORACLE und TAMINO für die Verwaltung von XML-Dokumenten und ihrer Darstellung im WWW bieten. Die effizientere Umsetzung der Vorstellungen der Projektgruppe gab den Ausschlag für den Einsatz von TAMINO. Die dazugehörigen Arbeiten wurden bereits in Angriff genommen.

Das Katalogisierungssystem BISLOK der Bibliothek wurde ebenso wie die Datenbank ESKA der Abteilung „Lexik“ in gewohnter Weise technisch betreut.

## Korpusrecherchesystem COSMAS II

Die ursprünglich für das Berichtsjahr geplante institutsweite Einführung von COSMAS II und die damit verbundene Ablösung von COSMAS I mussten auf Anfang des Jahres 2002 verschoben werden, da sowohl die Ausführungsgeschwindigkeit einiger Funktionen als auch der Umfang einzelner Funktionalitäten von COSMAS II (vor allem im Vergleich mit COSMAS I) noch nicht den Anforderungen der Benutzer im IDS entsprach. Im Januar 2002 wird eine gründlich überarbeitete und verbesserte Version von COSMAS II herausgegeben.

Im laufenden Jahr wurden neben zahlreichen kleineren Verbesserungen die Funktionalitäten für die Lemmatisierung und die Kollokationsanalyse vervollständigt. Das Hauptaugenmerk lag auf der Reduzierung der Ausführungszeiten für Datenbankaufbau, Suche, Sortierung, Kontext- und Frequenzermittlung. So konnten durch Implementierung einer alternativen Indexierungsmethode die Geschwindigkeiten für die Suche deutlich erhöht werden. Eine drastische Reduzierung des Archivumfangs ließ die Ausführungszeiten für die Sortierung und Kontextermittlung ebenso deutlich sinken.

Weitere Performanzsteigerungen lassen sich möglicherweise durch parallelen (statt bisher sequenziellen) Zugriff auf die Textkorpora erreichen – unter der Voraussetzung einer entsprechenden Anpassung der Hardware.

An der COSMAS-II-basierenden Anwendung zur Benutzung der Datenbank Gesprochenes Deutsch des „Deutschen Spracharchivs“ (Abteilung „Pragmatik“) wurden mehrere Korrekturen und kleinere Erweiterungen vorgenommen.

### Korpusbasierte Arbeiten

Für die Arbeitsgruppe „Korpustechnologie“ (Abteilung „Lexik“) wurden das ganze Jahr über routinemäßig die aktuellen Ausgaben der Tageszeitungen „Mannheimer Morgen“, „Berliner Zeitung“ und „taz“ über Konvertierungsroutinen als Korpora für COSMAS (I + II) verfügbar gemacht. Daneben konnten Werke von Stefan Heym, Martin Walser, Victor Klemperer u. a. nach entsprechender Konvertierung den COSMAS-Korpora hinzugefügt werden.

In Zusammenarbeit mit der Projektgruppe DeReKo (Arbeitsgruppe „Korpustechnologie“ der Abteilung „Lexik“) wurden die Arbeiten zur Konvertierung der in COSMAS eingebundenen Korpora aus den im IDS entwickelten und bisher benutzten „Mannheimer Konventionen“ in den SGML-basierenden Standard CES weiter voran getrieben. Nachdem von der Projektgruppe eine Umsetzungstabelle für Primärtext festgelegt wurde, konnten mit Hilfe des eigenentwickelten Korpus-Transformationscompilers TraDuCES alle von der Projektgruppe akquirierten Korpora konvertiert und nach erfolgreichem Abgleich mit der zugehörigen DTD den Kooperationspartnern von DeReKo zum Austesten zur Verfügung gestellt werden.

Eine Umsetzungstabelle für die bibliografischen Daten (BOT-Header) konnte von der Projektgruppe dagegen noch nicht vorgelegt werden. Eine Konvertierung dieser Daten ist daher nur sehr rudimentär möglich.

Derzeit laufen unabhängig von DeReKo die Arbeiten an der Konvertierung der IDS-eigenen Korpora.

### WWW-Service des IDS

Im Bereich WWW-Service des IDS wurde zur konsistenten und aktuellen Haltung von (öffentlichen) Personalinformationen ein Prozedurpaket erstellt, das – völlig automatisiert – diese Informationen für verschiedene Anwendungsgebiete zur Verfügung stellt. Darunter fallen zum einen für die Ausgabe im WWW

1. die automatische Erzeugung zentraler Übersichtsseiten über alle Mitarbeiter/Hilfskräfte des IDS,
2. die automatische Erzeugung dezentraler Übersichtsseiten über die Mitarbeiter/Hilfskräfte der jeweiligen Abteilungen/Arbeitsstellen und
3. die automatische Authentifizierung des alphabetischen Katalogs der IDS-Publikationen.

Zum anderen können aus den Personalinformationen nebenbei – ebenfalls automatisch – diverse interne Mailinglisten erzeugt und ständig aktuell gehalten werden. Zuletzt wird auch die DV-Benutzerverwaltung (Benutzerken-

nungen auf zentralen Rechnern, Mail-Adressen und zugehörige Mailboxen) erheblich erleichtert.

Die notwendigen Daten zu Ein- und Austritt sowie Beschäftigungsart und Einsatzort aller Mitarbeiter und Hilfskräfte werden von der Arbeitsstelle „Verwaltung“ beigesteuert.

Zu den Aufsätzen der Zeitschrift Deutsche Sprache werden in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle „Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation“ mittlerweile auch rückwirkend die jeweiligen Abstracts im WWW verfügbar gemacht.

## 2.5 Zentrale Arbeitsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

### **Leiterin:**

Dr. Annette Trabold

### **Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:**

Franz Josef Berens – Dr. Sabine Karl – Monika Kolvenbach

### **EDV-Mitarbeiter:**

Claus Hoffmann

### **Erstellung von Druckvorlagen:**

Cornelia Häusermann – Joachim Hohwieler – Norbert Volz

### **Bibliothek:**

Lucia Berst – Evgeneia Friedebach (bis 1.8.2001) – Birgit Günther – Eva Teubert (Leitung)

### **Sekretariat/Sachbearbeitung:**

Barbara Stolz

In der Arbeitsstelle sind die Bereiche

- Öffentlichkeitsarbeit und Presse
- Publikationswesen
- Dokumentation
- Bibliothek

organisatorisch zusammengefasst.

Zu den laufenden Aufgaben der Arbeitsstelle zählen: Pflege von Pressekontakten, Redaktion der Zeitschrift „Sprachreport“, Redaktion der Zeitschrift „Deutsche Sprache“, Gästebetreuung, Zusammenstellen von Besucherprogrammen, Betreuung des Vereins der Freunde des IDS, Bearbeitung von Praktikumsanfragen, Tagungsorganisation, Druckvorlagenerstellung für die IDS-Publikationen (siehe Kapitel 10), Erstellung von Präsentationspostern für Projekte und Abteilungen, Zentrale Adressverwaltung, Vertrieb der Eigenverlagspublikationen und die Bearbeitung bzw. themenspezifische Verteilung von Anfragen. Die Anfragen per E-Mail wachsen durch die allgemein steigende Internet-Nutzung weiterhin an.

Neben diesen laufenden Aufgaben war der Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit 2001 die Organisation und Durchführung der Jahrestagung zum Thema „Sprache und Recht“.

Erneut fanden in den Räumen des IDS zwei Ausstellungen statt, die erste trug den Titel „ÜberBLAU“ und zeigte Arbeiten von Christiane Gall-Hieber, Mannheim. Die zweite Ausstellung präsentierte unter dem Titel „thema\_tisch“ zahlreiche in Bilder umgesetzte Sprachspiele. Auch das Thema „Anglizismen in der deutschen Sprache“ sorgte für Medieninteresse und Schlagzeilen. Das IDS wurde mehrfach um Stellungnahmen und Kommentare gebeten.

Die „Dokumentation zur Germanistischen Sprachwissenschaft: Sprachwissenschaftliche Forschungsvorhaben“ ist als abfragbare Datenbank im WWW veröffentlicht. (<http://www.ids-mannheim.de/oea/forsch/>). Diese Datenbank wird stets aktualisiert. Rund 890 Projekte sind zum Jahresende verzeichnet; der Schlagwortkatalog wird regelmäßig terminologisch kontrolliert.

Das Informationsangebot im Internet über das IDS ist im Vergleich zum Vorjahr um weitere 600 Seiten auf nun rund 2200 Seiten angewachsen. Monatlich können seit der zweiten Jahreshälfte 2001 im Durchschnitt 250.000 Zugriffe aus dem In- und Ausland auf IDS-Seiten gezählt werden. Das sind rund 90.000 mehr als in der zweiten Jahreshälfte 2000. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Zentrale DV-Dienste wird das Informationsangebot des IDS im WWW weiter ausgebaut – so werden etwa Abstracts auch zurückliegender Ausgaben zu Aufsätzen der Zeitschrift „Deutsche Sprache“ erstellt – und stetig aktualisiert. Aktuelle Informationen über das IDS können unter <http://www.ids-mannheim.de> abgerufen werden.

In der Bibliothek werden mit dem Katalogisierungssystem BISLOK sämtliche Neuerwerbungen und – soweit möglich – Altbestände erfasst. Sie sind über Stich- und Schlagwortsuche auch sachlich erschließbar, seit der Katalog der Bibliothek online nutzbar ist.

Ausländische Gastwissenschaftler und Nutzer aus den umliegenden Hochschulen werden durch die Bibliotheksangestellten beraten, wobei nicht nur Beratungen in der Bibliothek selbst, sondern vermehrt solche per Post, Telefon und E-Mail zu verzeichnen sind.

Die von der Bibliothek herausgegebenen Neuerwerbungslisten (Erscheinungsweise 3–4 Mal jährlich) dienen der in- und ausländischen Hochschulgermanistik als wichtige Informationsquelle. Sie werden auf Anforderung verschickt und sind darüber hinaus monatlich im Internet aktualisiert abrufbar über <http://www.ids-mannheim.de/oea/neueingang.html>.

## 2.6 Verwaltung und Vorstandssekretariat

### **Verwaltungsleiter:**

Harald Forschner

### **Verwaltungsangestellte:**

Jean Christoph Clade – Gerhard Köck – Hildegard Magis (bis 31.7.2001) – Gerd Piroth – Heike Ripke – Irmgard Schlösser – Hermann Schmitt

**Telefonzentrale/Poststelle:**

Sibylle Heiss-Foster – Hannelore Wittmann

**Hausmeister:** Uwe Zipf

**Direktionsbüro:** Cornelia Pfützer-König

## 2.7 Hilfskräfte am IDS (Stand November 2001)

### **Abteilung Grammatik**

Tamara Altmann; Hagen Augustin; Bouchra Boukhriss Clemente; Christian Drexler; Luis Escarate; Ilona Anna Ewald; Mareike Hafner; Natascha Korol; Beata Kouchnir; Bela Nemoda; Boris Nicklas; Olga Posovitnyuk; Julia Reichert; Jutta Reinisch; Heiko Schoberwalter; Anna Volodina; Wiebke Wagner

### **Abteilung Lexik**

Juliane Borm; Saskia Dams; Mirko Ganz; Tanja Klankert; Ilona Link; Ute Paulokat; Stefaniya Ptashnyk; Ulla Radtke; Roland Reibeling; Jarek Schlauch; Greta Stanaityte; Kristina Türschmann; Nilgün Yavuz

### **Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation, Bibliothek**

Thirza-Kathryn Albert; Dagmar Klitzsch; Sabine Mantel; Alexander Michailidis; Monika Schäfer; Christina Schepers; Liping Yan

### **Abteilung Pragmatik**

Asel Baiborieva; Necmiye Ceylan; Elisabeth-Christine Gamer; Mirko Ganz; Fabian Hörack; Richard Jäger; Julia Kommert; Daniel Kraft; Nina Nikolic; Azim Yasar Özdemir; Björn Peter; Andrea Scheinert; Ersoy Sentürk; Emran Sirim

## **3. Tagungen, Kolloquien und Vorträge externer Wissenschaftler am IDS**

### 3.1 Sprache – Recht – Öffentlichkeit

#### **37. Jahrestagung des IDS vom 13. – 15.3.2001**

In seiner Eröffnungsansprache umriss der Direktor des IDS, **Gerhard Stickel**, den Gegenstand der Tagung. Wer sich mit dem Thema „Sprache und Recht“ beschäftigt, befasst sich mit dem Sprachgebrauch im Rechtssystem, in der Verwaltung und in der Politik – unter historischen und pragmatischen Fragestellungen. Die Sprache des Rechts ist dem Alltag sehr nah, sie enthält wenig Fremdwörter – und doch sind Rechtstexte oft unverständlich für Außenstehende. Die Frage nach der Verständlichkeit spielt daher schon immer eine zentrale Rolle bei der Beschäftigung mit Sprache und Recht. Auch der Kulturbürgermeister der Stadt Mannheim, **Peter Kurz**, hob in seinem Gruß-



wort das Problem der Verständlichkeit hervor: Recht ist geronnene Politik, und wer das Recht nicht mehr versteht, der versteht auch die Politik nicht mehr. Bloße Vereinfachung beseitigt dieses Problem jedoch nicht, vor allem dann nicht, wenn es durch mangelnde Kenntnisse auf der Empfängerseite bedingt ist. Ein solcher Sprachverlust ist eigentlich ein Demokratieverlust, den Kurz vor allem durch vereinfachende mediale Inszenierungen befürchtet.

Das Spannungsfeld von Sprache, Recht und Öffentlichkeit leuchtete der Sprachwissenschaftler **Georg Stötzel** anhand der Beziehung von gesellschaftlichem Wandel zu Rechtswandel aus. Öffentlichkeit und Recht sind Diskurssysteme, deren Verhältnis dann brisant wird, wenn sich gesellschaftliche Wertungen derart verändern, dass davon auch rechtliche Regelungen betroffen sind. Werte sind sprachvermittelt, und wenn sich Werte wandeln, wandelt sich auch die Sprache – die Gerichte müssen dem in ihren Urteilen Rechnung tragen. Allgemein wird auch erwartet, dass das Rechtssystem sich dem gesellschaftlichen Wertewandel anpasst. Die Aufhebung von Straftatbeständen wie „Ehebruch“ oder „Unzucht zwischen Männern“, die Einführung des Straftatbestandes „Vergewaltigung in der Ehe“ sind Beispiele hierfür.

Sprachveränderungen zeigen daher an, dass sich die Interpretation der Wirklichkeit verändert hat. Hierbei ist die Justiz oft zeitnäher am Bedeutungswandel des Wortschatzes als die Redaktionen von Wörterbüchern. Polizisten bezeichneten sich schon 1980 selbst als „Bulle“ und daraus schlossen Gerichte, dass die Verwendung von „Bulle“ allein noch keine Beleidigung ist – im Wörterbuch hingegen wurde noch 1999 „Bulle“ ausschließlich als negative Fremdbezeichnung für „Polizist“ geführt.

Auch „Zeitpunkt des Todes“ ist ein Beispiel für gesellschaftliche Umwertungen – medizinisch-technischer Wandel macht juristische Umdefinitionen nötig. Mit dem Einsatz von Herz-Kreislauf-Maschinen verschob sich der Zeitpunkt des Todes vom Herz- zum Hirntod. Für das Transplantationsgesetz von 1995 musste eine Umschreibung gefunden werden, nach der der Mensch – zugespitzt formuliert – so tot wie nötig und die Organe so lebendig wie möglich sind.

Der Jurist **Thomas Seibert** erheiterte das Publikum mit seiner Deutung des Zwangs zur Abgabe der Steuererklärung als Freiheitsberaubung: das Formular, mit dem sie abgegeben werden muss, strukturiert die möglichen Antworten bereits vor und macht bestimmte Antworten unmöglich. Erst im Gerichtsverfahren besteht die Möglichkeit zur freien Erzählung der Sachverhalte.

## Theorien und Folien

Am Nachmittag des ersten Tages wurden Detailuntersuchungen zu Gerichtspraxis und -verfahren vorgestellt. **Johannes Schwitalla** aus Würzburg untersuchte fingierte Gerichtsverhandlungen in Serien im ZDF und auf Sat 1.

Er konnte aufzeigen, dass sie in Verfahrensablauf und -dauer sowie in der benutzten Sprache von der Wirklichkeit abweichen. Anstelle von Einigungsverhandlungen, die sich in Wirklichkeit oft quälend lange hinziehen, kommt es in den dramaturgisch aufbereiteten Sendungen bereits nach kurzen Verhandlungen zu einer Einigung. Das Auftreten der Personen und ihr Sprachgebrauch wirken insgesamt aufgesetzt. Wie eine Verhandlung abläuft, vermitteln die Serien daher nicht; eine „Botschaft“ liegt darin, dass eine Konfliktlösung immer als möglich angesehen wird.

An realen Fällen stellte **Ralph Christensen** zwei Ansätze der Rechtsanwendung vor. In einem Flugblatt zum 10. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats von 1991 wurden Parallelen zwischen dem Verhalten der bayerischen Staatsregierung und dem, „was Hitler auf seine Fahnen geschrieben hatte“, gesehen. In der ersten Instanz wurden diejenigen, die das Flugblatt verfasst hatten, wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nach § 90a StGB verurteilt, mit der Begründung, dass in dem Flugblatt eine Gleichsetzung des Freistaats Bayern mit dem faschistischen Unrechtsstaat Hitlers vorgenommen wurde. In der zweiten Instanz erfolgte ein Freispruch, da der Text des Flugblatts für das Gericht keine ausdrückliche Gleichsetzung enthielt und damit durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung abgedeckt war.

Christensen geht davon aus, dass jeweils eine von zwei impliziten Sprachtheorien das juristische Urteil bestimmt. Dem erstinstanzlichen Urteil lag die „starke“ Theorie der Sprache zugrunde. Nach ihr steht alles Relevante im Gesetz, und ein Verfahren ist eigentlich nicht mehr nötig. Starken Einfluss auf das Urteilen haben hierbei die Gesetzeskommentare, die Beispiele für abstrakt gefasste gesetzliche Bestimmungen enthalten. Im geschilderten Fall wurde im Kommentar eine Umschreibung des Tatbestands gegeben, die im Urteil ohne weitere Begründung als Inhaltsangabe des Flugblatts übernommen wurde.

Dem Freispruch lag die „schwache“ Theorie der Sprache zugrunde: das Gesetz – plus Kommentar – gibt hiernach nicht objektiv vor, wann der Sachverhalt vorliegt. Vor Gericht tragen vielmehr alle Beteiligten ihre Sichtweise vor, und das Gericht entscheidet nach Anhörung und Abwägung aller Argumente. In der Urteilsbegründung muss das Gericht nicht den Kommentar wiederholen, sondern darlegen, dass es den besseren Argumenten folgt. Dies lässt im fraglichen Fall mehrere Lesarten des Flugblatts zu, also auch die, dass keine Gleichsetzung gemeint war. Normativität wird nach der schwachen Theorie nicht vorgefunden, sondern erst im Verfahren hergestellt.

Ob die beiden Ansätze in der Praxis nebeneinander existieren oder ob in der Praxis nicht eine „schwächliche“ Theorie der Empirie vorherrscht, wurde in der Diskussion aufgeworfen. Bereits das „Bullenbeispiel“ am Vortag hatte gezeigt, dass Richter und Richterinnen in der Praxis nicht nur in Gesetzen oder Wörterbüchern sehen. Auch dass es möglich ist, über mehrere Instanzen in Revision zu gehen und höhere Gerichte immer mit mehreren

Richtern und Richterinnen besetzt sind, ist ein Indiz dafür, dass im deutschen Rechtssystem Rechtsanwendung nicht einfach der starken Theorie einer objektiven Bedeutung folgt.

In Gerichtsverfahren ist somit die Art der Tathergangs- bzw. Sachverhaltsbeschreibung entscheidend. Dies machte **Gisela Harras** aus sprachphilosophischer Sicht klar, indem sie nach den Merkmalen bzw. Bedingungen von Handlungen und Nicht-Handlungen in der Alltagssprache fragte. Ob z. B. „Vergessen, eine Kerze auszulöschen“ als nicht strafrelevante Handlung gewertet werden kann, hängt weitgehend von der Akzeptanz bestimmter Normen ab.

Auch der Verlauf eines Verfahrens wird von sogenannten Normalitätsfolien bestimmt, die **Ludger Hoffmann** in verschiedenen Anhörungen vor Gericht untersucht hat. Weicht eine Vorgangsschilderung vom Erfahrungswissen der Zuhörenden und deren Erwartungen ab, hinterfragen sie es. Dies beeinflusst beispielsweise die Befragung dahingehend, dass man Angeklagten nicht glaubt. Wenn Angeklagte jedoch ihr Verhalten in eine Normalitätsfolie einordnen („ich bin schließlich verheiratet und habe ein Kind, ich würde das nie tun“), haben sie eher eine Chance, glaubhaft zu erscheinen. Dass derartige Folien auch durch interkulturelle Missverständnisse und Vorurteile beeinflusst sein können, zeigte **Jochen Rehbein** an Verhandlungen im Rahmen von Abschiebeverfahren auf.

**Christoph Sauer** aus Groningen knüpfte an diese Untersuchungen an. Für ihn geht der Kampf im Gerichtsaal um Plausibilität. Dazu werden für die zahlreichen Aussagen, die im Laufe eines Verfahrens vorgeschrieben sind, gezielt die Inhalte und sprachlichen Mittel ausgewählt, die das Verständnis der Zuhörenden sichern. Der als Zeuge gehörte Polizist wird eher eine Berichtsform, der Angeklagte eher einen persönlichen Erzählstil wählen. Neben dem Ziel, Verständnis über den Vorgang zu erlangen, werden in Schattendiskursen auch andere Ziele verfolgt: wer Reue zeigt, kann manche Unstimmigkeiten überspielen und die Chancen auf ein mildes Urteil erhöhen.

## Rechtsprechen als Textarbeit

Der Mittwoch begann mit zwei grundlegenden Vorträgen zur juristischen Textauslegung. Der ehemalige Verfassungsrichter **Paul Kirchhof** stellte Überlegungen zum Zusammenhang von Rechtsetzung, Sprache und den kulturellen Grundlagen des Staatsvolks an. Recht lebt in und von Sprache: es basiert auf guten Gewohnheiten, die schriftlich festgehalten werden. Die heutige Rechtssprache ist nüchtern, was zwar eine Distanz zum Staatsvolk mit sich bringt, aber damit zugleich Objektivität, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit sichern soll.

Doch dies lässt sich nicht immer garantieren. Völlig ohne werbende Passagen kommen beispielsweise Verfassungen nicht aus und Bereiche, die noch nicht lange gesetzlich geregelt sind, wie der Naturschutz, suchen ihre

präzise Gesetzessprache erst noch. Vieles, wie „Schule“, „Steuern“, „Partei“ scheint klar, ist aber aus alten Verfassungen übernommen und muss fortgebildet werden. In anderen Bereichen müssen gültige Normen neuen Anforderungen gerecht werden: „Presse“ ist heute nicht mehr nur das, was aus dem Pressstock kommt, und das Rundfunkgesetz gilt längst nicht mehr nur fürs Radio. Ähnliches gilt für veränderte gesellschaftliche Normen: Eine rauchende Frau war noch vor 100 Jahren eine Gefährdung der „öffentlichen Ordnung“, heute hat niemand mehr mit dieser Rechtsauffassung Erfolg vor Gericht. Festzustellen, ob etwas unter eine gesetzliche Regelung fällt oder nicht, bleibt daher in letzter Instanz immer Aufgabe des Gerichts. Es muss zu einem Urteil kommen, da jeder Bürger und jede Bürgerin einen Anspruch auf einen Urteilspruch hat.

Der Referent sitzt einer Expertenkommission vor, die das deutsche Steuerrecht systematisiert. Bisher sind der Arbeitsgruppe ca. 170 Gesetze bekannt, die mit dem Steuerrecht zusammenhängen. Wie viele man am Ende finden wird, wollte er nicht abschätzen. Die Steuerzahler und -zahlerinnen werden bei der Abgabe ihrer Steuererklärung – so griff Kirchhof ein bereits am Vortag gestreiftes Thema auf – planmäßig überfordert. Was in der Steuererklärung an Angaben verlangt wird, ist derart abgehoben von der Alltagssprache, dass es nicht mehr verstanden werden kann. Wer beispielsweise glaubt, seine Ehe sei keine Zugewinnngemeinschaft, weil es keinen materiellen Gewinn gab, Gütertrennung nicht ankreuzt, da dies angesichts des guten Klimas in der Ehe nicht angesagt ist und in der Steuererklärung dann Gütergemeinschaft angibt, gibt damit im Normalfall eine falsche Steuererklärung ab – und das ist – auch wenn es auf Unkenntnis beruht – strafbar.

**Dietrich Busse** aus Köln betrachtete anschließend die juristische Auslegungstätigkeit aus linguistischer Sicht. Seine Kernaussage war, dass nicht ein einzelnes Gesetz bei der Beurteilung eines rechtsrelevanten Vorfalls Anwendung findet. Vielmehr produziert der Richter erst einen neuen Normtext, den er dann auf den vorliegenden Fall anwendet. Im Diebstahlparagrafen des BGB beispielsweise ist von „Eigentum“ oder „fremd“ die Rede. Was darunter zu verstehen ist, wird in anderen Gesetzen oder in Kommentaren erläutert. Dem Juristen oder der Juristin sind diese Regelungen bekannt. Die Verwendung von z. B. „Eigentum“ ruft bei ihnen einen hochkomplexen und bedeutungskonstitutiven Wissensrahmen (>frame<) von Textgeflechten und dadurch die Bedeutung des Paragrafen auf. Juristen und Juristinnen wenden nicht einfach das Gesetz auf den vorliegenden Sachverhalt an, sondern stellen aufgrund ihres Textwissens erst alle einschlägigen Regelungen zusammen, bevor sie urteilen.

Für das abschließende Urteil ist oft nicht so sehr die Bedeutungsebene, sondern die Begründungsebene entscheidend. Kauft jemand beispielsweise ein gebrauchtes Auto mit fehlerhaften Reifen und kommt es zu einem Unfall, so könnten Gesetze verschieden angewendet werden. Erst aufgrund der Beschreibung des Vorgangs z. B. als Verkauf eines betriebsbereiten Autos

oder eines nicht betriebsbereiten Autos – findet das eine oder andere Gesetz Anwendung.

## Sprache vor Gericht

Die Forensik bestimmte den Donnerstag Morgen. Welches Handlungsmuster abläuft, wenn jemand eine Person – zum Beispiel durch die Bezeichnung als „Bulle“ – beleidigt, analysierte **Hans Jürgen Heringer**. Er beobachtete die Beteiligten, die Art der Formulierung und untersuchte die Frage, wann eine Beleidigung erfolgreich ist sowie deren Konsequenzen. Wenn eine Beleidigung erfolgreich ist, also jemand sich durch jemanden – sei es durch eine Äußerung oder durch Gesten – beleidigt fühlt, kann diese Person die Justiz einschalten. Sie verfolgt auf Antrag den Fall und verhängt eine Strafe, normalerweise eine Geldstrafe. Interessant waren die „Preisunterschiede“ für ähnliche Beleidigungen in unterschiedlichen Urteilen.

Mit Erpresserbriefen befasste sich **Christa Baldauf** vom BKA aus Wiesbaden. Mit Beispielen konnte sie kaum dienen, da das BKA-Corpus streng unter Verschluss gehalten wird. Baldauf geht davon aus, dass es zwar keinen „sprachlichen Fingerabdruck“, aber einen Fingerzeig gibt und je mehr man über Sprache weiß, desto besser wird man ihn verstehen. Die linguistische Analyse kann z. B. Sprachgenese bedingte Fehler erfassen; Fehlerprofile und Ausdrucksweisen lassen auch bei Verstellung Rückschlüsse auf bestimmte Personenkreise oder Denkkonzepte zu. Auch Schreiben von Trittbrettfahrern kann man durch einen sprachlichen Vergleich mit Tätertexten identifizieren.

Für **Norbert R. Wolf** aus Würzburg gibt es ebenfalls keinen sprachlichen Fingerabdruck, da letztlich alle Aussagen über den Stil eines Textes impressionistisch sind. Wolf verwies auf einige Prozesse, in denen linguistische Gutachten sich im Nachhinein als falsch erwiesen. Zwar kann man an einzelnen Texten typische syntaktische Merkmale oder Worthäufungen feststellen, doch sind diese vor allem textsortentypisch oder situationsbedingt und keine individuellen Merkmale. Auch der Vergleich mit vermeintlich von derselben Person geschriebenen Texten, führt nicht zu sicheren Ergebnissen, da Erpresser oft den eigenen Sprachstil verstellen und die herangezogenen Vergleichstexte oft älter als der Erpresserbrief sind.

## Recht und Sprache in der juristischen Ausbildung

Sprachprobleme in der juristischen Ausbildung und Rechtsprechung als Sprachproblem wurden am Mittwoch Nachmittag und Donnerstag Vormittag behandelt.

In der EU gibt es offiziell elf Amtssprachen und somit elf amtliche Versionen von Unionsgesetzen. **Petra Braselmann** aus Innsbruck zeigte anhand eines Falls, der vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt wurde, dass dies zur Folge haben kann, dass ein Gesetz in einer deutschen Fassung angewandt wird, die in Details von der französischen oder englischen Urfassung abweicht. Das Urteil lautet dann zu Ungunsten einer Klägerin, die als

Französin evtl. Recht bekommen würde. Zwar sollten mögliche Übersetzungsfehler im Vorfeld linguistisch ermittelt und ausgeschaltet werden, aber gänzlich vermeiden lassen sie sich nicht. Daher wäre es besser, die Urfassung im Zweifelsfall für verbindlich zu erklären.

Für **Gerard-Réne de Groot** aus Maastricht ist das Übersetzen von Gesetzen nicht nur eine sprachwissenschaftliche Angelegenheit, sondern immer auch angewandte Rechtsvergleichung. Zu beachten ist hierbei auch, dass es für einige Sprachen mehrere Rechtssprachen gibt. Hinzu kämen noch die Übersetzungen für die deutschen Rechtssprachen der Schweiz, Liechtensteins, Italiens und Belgiens. Viele Übersetzungen sind auch nur teiläquivalent oder nicht umkehrbar, da die Rechtssysteme sich zu stark unterscheiden. In den Niederlanden beispielsweise können auch zwei Männer eine „Ehe“ eingehen: Die niederländische Bezeichnung für „Ehe“ unterscheidet sich semantisch also erheblich von der in Deutschland gebrauchten Bezeichnung. Nach de Groot sind viele der Wörterbücher, die er untersucht hat, in dieser Hinsicht äußerst unzulänglich.

Eine Konsequenz aus diesen Erkenntnissen wäre die Förderung von Mehrsprachigkeit und internationalem Recht unter Jura-Studierenden. Doch **Wilhelm Griefhaber** aus Münster und **Gerhard Struck** aus Hamburg wussten zu berichten, dass das Interesse der Jura-Studierenden an Sprachkursen nicht darauf gerichtet ist, sich Fremdsprachen anzueignen oder sich in fremde Rechtssysteme einzuarbeiten. Dies geschieht eher durch Praktika vor Ort. Erschwerend kommt hinzu, dass die sprachliche Ausbildung im deutschen Jura-Studium eher mit sprachlicher Dressur als mit Fachsprachenausbildung zu vergleichen ist und auf dieser Grundlage kein Interesse an kontrastiver Sprachbetrachtung geweckt wird.

### Musterland Schweiz?

Am Mittwoch Vormittag unterhielt **Theodor Stemmler** aus Mannheim das Publikum mit verunglückten Formulierungen aus deutschen Landesverfassungen. So gewährt die bayerische Verfassung allen Bürgern und Bürgerinnen die „Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang“, gesunde Kinder sind „das köstlichste Gut eines Volkes“, in Bremen werden Richter vor das Gericht „gezogen“, und die Syntax der Präambel der Verfassung von Baden-Württemberg ist so kompliziert, dass man sie erst nach dem dritten Lesen versteht. Die meisten „Pannen“ ergeben sich nach Stemmler aus einer verunglückten Syntax und unpassender Wortwahl, vor allem durch onomasiologische Fehlleistungen.

In der Schweiz wird man derlei verunglückte Formulierungen vermutlich nicht finden. Dort gibt es für deutschsprachige Gesetze eine siebenköpfige hauptamtliche Redaktionskommission, die an Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden muss. **Werner Hauck**, Vorsitzender der deutschen Sektion der zentralen Sprachdienste der Bundeskanzlei, erläuterte, wie Gesetze unverstündlich werden und wo die linguistische Arbeit beginnt. Entscheidend ist,

dass der Text von Anfang an mit der Kommission gemeinsam erarbeitet und seine Verständlichkeit in allen Phasen des Verfahrens geprüft wird. Formulierungen sollten für die Zielgruppe des Gesetzes verständlich sein und in verschiedenen Gesetzen sollte Gleiches gleich benannt werden – ein Aspekt, der oft vergessen wird, wenn verschiedene Instanzen mit derselben Sache befasst sind. Er warnte vor dem Wahn, alles bis ins Detail abschließend im Gesetz zu regeln – dies sei eine Beamtensicht, und nicht die Perspektive der Rechtsbetroffenen. Mit Beispielen aus der Erarbeitung der neuen Schweizer Bundesverfassung zeigte **Markus Nussbaumer**, dass es der Kommission nicht nur um gelungene Formulierungen und klare Gliederung von Artikeln geht. Gesetze sind ein Arm der Politik, und viele Gesetze – besonders eine Verfassung – enthalten neben klaren Regelungen immer auch Ziel- oder Zweckbestimmungen. Diese können „politisch unruhig“ sein, d.h. es gibt keine einheitliche Interpretation des Ausdrucks, evtl. wird er als Fahnwort sehr unterschiedlich verstanden. Seit 1996 nennt die Schweiz in ihrer Bundesverfassung als ein Staatsziel „Nachhaltigkeit“ – doch dieses Wort ist juristisch noch nicht „stillgelegt“, um seine Bedeutung wird politisch noch gestritten. Gerade in Verfassungen lassen sich derartige Wörter nicht vermeiden – sie sind politisch wünschenswert, um Themen in der Diskussion zu halten. Die Kommission kann aber durch die Nennung wichtiger Bestimmungselemente eine „Reliefgebung“ vornehmen.

Die Wechselwirkungen zwischen politischer Sprache und dem in Gesetzen fixierten Wortschatz machte **Josef Klein** an zahlreichen Beispielen aus der Kommunikation im deutschen Bundestag deutlich. Der parlamentarische Diskurs wirkt wie ein Transmissionsriemen, durch den – durchaus sehr zeittypische – begriffliche Orientierungen aus der politischen Allgemeinsprache in die Rechtssprache transportiert werden. Das Ergebnis scheint hierzulande, wo die Begleitung der Gesetzesformulierung durch eine Kommission fehlt, ungesteuerter und „wilder“ als in der Schweiz.

## Geschichte

In vielen Beiträgen wurde auf den Zusammenhang von Recht, Sprache und Kultur hingewiesen. Der historische Wandel dieses Zusammenhangs wurde in einem eigenen Block behandelt. **Ingo Warnke** aus Kassel stellte die Veränderungen im Übergang zur frühen Neuzeit und ihre Auswirkungen auf Recht und Rechtssprache dar; **Hans Hattenhauer** aus Kiel erläuterte, welche Auffassungen man seit dem 19. Jahrhundert mit „Rechtsstaat“ verband.

**Heidrun Kämper** zeigte anhand von Urteilen aus der Nachkriegszeit den Wandel in der Beurteilung und der Haltung zu NS-Verbrechen auf. 1947 war die Behauptung, man habe nicht alle Erlasse gekannt und nicht genau gewusst, wozu man beiträgt, unerheblich für die Strafbemessung. In späteren Urteilen entlastet Nichtwissen vom Vorwurf des Vorsatzes und wirkt strafmildernd. Parallel dazu wurde durch die Einführung der Kategorien „Haupttäter“ und „Mitläufer“ eine Schuldverlagerung auf einige wenige – meist tote –

Mörder vorgenommen und andere Beteiligte mit dem Hinweis, sie hätten Gesetze befolgen müssen, entschuldigt. Die Schulddefinition hat sich gewandelt. Die Urteilsbegründungen belegen den Wandel der Schuldkonzepte und des Umgangs mit den NS-Verbrechen. Die Vorstellung eines naturrechtlichen Unrechts, die anfangs der Verurteilung zugrunde lag, wurde durch die positivistische Auffassung, man könne Angeklagte nur nach den damaligen Gesetzen verurteilen, ersetzt – moralisches Unrecht wurde zu juristischem Recht. Die Urteilsbegründungen sind daher in ihrer Widersprüchlichkeit besonders interessante Dokumente für die gesellschaftliche Bewertung der NS-Zeit.

### Kann man Gesetze verständlich machen?

Das Abschlusspodium stand unter der Fragestellung „Kann man Gesetze verständlich machen?“

Nach **Ingeborg Lasser** aus Potsdam kann man Gesetze dann verständlich machen, wenn man an Rezeptionsbedingungen und Textfaktoren ansetzt. Große Hoffnung setzte sie in die übersichtlichere Gestaltung der Textoberfläche. Bereits Überschriften und andere Gliederungsmerkmale wie das Absetzen einzelner Elemente bei Aufzählungen machen einen Gesetzestext verständlicher. Im Internet kann man z. B. durch erläuternde Links Kommentar und Gesetz verknüpfen. Gesetze im Internet sieht man sich auch eher an als in gedruckter Form. Doch auch das Lesen von Gesetzen muss geübt werden. Lasser plädiert dafür, Lesestrategien schon in der Schule zu vermitteln. (Allerdings musste sie hier für Baden-Württemberg gleich Pessimismus verbreiten: die neue Prüfungsordnung für das Lehramt an Gymnasien sieht eine weitere Kürzung der sprachwissenschaftlichen Anteile vor.)

**Ulrich Karpén**, Jurist und Vorsitzender des Rechtsausschusses der Hamburger Bürgerschaft, forderte, dass Gesetze überschaubar sein müssen um zumindest von denjenigen, an die sie gerichtet sind, verstanden zu werden. Denn, wenn Recht nicht verstanden wird, wird es nicht akzeptiert, nicht mehr befolgt und damit wird der Rechtsstaat gefährdet. Vor allem sollen Gesetze nicht zu lang und gut verständlich sein. Bei der Abstimmung über Gesetze allerdings, so belegte er mit unterhaltsamen Beispielen, geht es nicht um Verständlichkeit. Wenn die Opposition die Verständlichkeit eines Gesetzes in Frage stellt und bessere Formulierungen vorschlägt, macht sich die Regierungsmehrheit diese normalerweise nicht zu Eigen, sondern stimmt für den eigenen ggf. unverständlichen Entwurf. Als Beispiel für unverständliche Gesetze führte er einige Paragraphen des auf der Tagung öfter bemühten Einkommenssteuergesetzes an. Auf die Frage, ob denn alle Mitglieder einer Fraktion ein Gesetz verstanden haben, dem sie zustimmen, erwiderte er, dass sich Abgeordnete jeweils in verschiedene Bereiche einarbeiten. Für diese Bereiche haben sie eine hohe Kompetenz und können auch Gesetzesentwürfe beurteilen. Für andere Bereiche übernehmen sie die Voten ihrer Fraktionskollegen und -kolleginnen.

**Barbara Wieners-Horst** aus Bonn, ist der „Redaktionsstab“ der Gesell-



schaft für deutsche Sprache (Wiesbaden) beim deutschen Bundestag. Sie verkörpert den Stellenwert, der der gesetzgeberischen Sprachpflege in Deutschland verglichen mit der Schweiz zugestanden wird. Beim Bundestag gibt es nur ihre halbe Stelle, die in sprachlichen Fragen konsultiert werden kann. Ihre Möglichkeiten, die Formulierung von Gesetzen zu beeinflussen, sind daher gering. Sie konzentriert sich primär auf lexikalische und syntaktische Verstehenshindernisse. Oft machen Satzlänge und komplexe Nominalgruppen Gesetzesentwürfe unverständlich – sogar für die, die sie verfasst haben. **Werner Hauck** aus Bern ergänzte die Ausführungen aus seiner Praxis. Die Sprachwissenschaft müsse, so sein Aufruf am Ende, politischer werden und den Marsch durch die Institutionen antreten, sie dürfe sich nicht nur beklagen, sondern müsse „Anwälte der Verständlichkeit“ ausbilden.

Ansatzpunkte für linguistische Arbeit und rechtslinguistische Tätigkeitsfelder gibt es sicher mehr, als den meisten Teilnehmenden zu Beginn der Tagung bewusst war.

### 3.2 Kolloquien/Workshops am IDS

6.2.2001, GAIS – Gesprächsanalytisches Informationssystem, Kolloquium

5.–7.4.2001, Sprachliche Integration von Aussiedlern in den 90er Jahren – Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, Internationales Kolloquium

26.6.2001, Tendenzen der Lexikalisierung kommunikativer Konzepte, Kolloquium

29.6.2001, „Wissen über Wörter“ – linguistische Konzeption und Struktur eines lexikalisch-lexikologischen Informationssystem, Kolloquium

16.–17.11.2001, Reflexivierung, Workshop

### 3.3 Vorträge externer Wissenschaftler im IDS 2001

20.04.2001, Prof. Dr. Rudolf Wille/TU Darmstadt, „Mensch und Mathematik. Logisches und mathematisches Denken“

03.05.2001, Prof. Dr. Heide Wegener/Universität Potsdam, „Pizzen und Kekse – Zur Assimilation von Fremdwörtern an das deutsche Flexionssystem“

15.06.2001, Prof. Dr. Peter Auer/Universität Freiburg, „Syntaktische Subordination und die Linearität der gesprochenen Sprache: Ein Widerspruch?“

15.06.2001, Prof. Dr. Ludwig Eichinger/Universität Kiel, „Syntaktische Präferenzen in informativen Texten. Zum Wandel von Textsortenerwartungen“

15.06.2001, Prof. Dr. Hartmut Günther/Universität Köln, „Stolz darauf, ein (z. B.) Germanist zu sein“

15.06.2001, Prof. Dr. Ludger Hoffmann/Universität Dortmund, „Funktionale Syntax“

15.06.2001, Prof. Dr. Richard Wiese/Universität Marburg, „Zur Konversion im Deutschen“

25.06.2001, Prof. Dr. Bernd Wiese/Berlin, „Zum Bau der Flexionsparadigmen des Neuhochdeutschen aus formbezogener Sicht“

13.07.2001, Prof. Dr. Anatolij Anatol'evič Polikarpov, „Principles of Computational Corpus Classification and Analysis: Russian Newspaper Texts of the End of the 20<sup>th</sup> Century“

21.08.2001, Prof. Dr. Chang San-lii/Taiwan, „Inkongruenz der Handlungsinterpretationen in interkultureller Kommunikation“

05.11.2001, Dr. Renate Raffelsiefen/Hamburg, „Lücken und Paradigmaeffekte in der Flexionsmorphologie des Schwedischen“

#### **4. Lehraufträge und Vorträge von IDS-Mitarbeitern**

##### **4.1 Lehraufträge**

###### **Dr. Jannis Androutsopoulos**

SS 2001, Analyse gesprochener Sprache, Seminar, Pädagogische Hochschule Heidelberg

WS 2001/2002, Sprachvariation in der Medienkommunikation, Proseminar, Germanistische Linguistik und MKW, Universität Mannheim

###### **Michael Beißwenger**

SS 2001, Einführung in die Linguistik, Proseminar, Germanistisches Seminar, Universität Heidelberg

SS 2001, Einführung in die Sprachwissenschaft, Seminar, Institut für Germanistik, Universität Koblenz

WS 2001/2002, Online-Journalismus, Berufsbegleitende Weiterbildung, Akademie für Weiterbildung an den Universitäten Heidelberg und Mannheim e. V.

###### **PD Dr. Nina Berend**

WS 2001/2002, Deutsch in Mehrsprachigkeitssituationen, Hauptseminar, Universität Heidelberg

###### **PD Dr. Hardarik Blühdorn**

SS 2001, Kognitive Linguistik, Hauptseminar, Universität Halle-Wittenberg

WS 2001/2002, Teoria e análise da referência [Referenztheorie und Referenzanalyse], Hauptseminar, Universidade Federal do Rio Grande do Sul, Porto Alegre/Brasilien

###### **Dr. Elke Donalies**

5.6.–7.6.2001, Die deutsche Wortbildung, Hauptseminar als Blockseminar, Universität Köln

**Prof. Dr. Reinhard Fiehler**

SS 2001, Sprache und Kommunikation im Alter, Blockseminar, Universität Bielefeld

**PD Dr. Claudia Fraas**

SS 2001, Kommunikation – Kultur, Strategien, Konflikte, Vorlesung, Universität Chemnitz

SS 2001, Medienwissenschaft, Proseminar, Universität Chemnitz

SS 2001, Text und Hypertext, Proseminar, Universität Chemnitz

SS 2001, Neue Medien – neue Kommunikations- und Informationsformen, Proseminar, Universität Chemnitz

WS 2001/2002, Kommunikation I, Vorlesung, Universität Chemnitz

WS 2001/2002, Einführung in die Medienwissenschaft, Proseminar, Universität Chemnitz

WS 2001/2002, Text und Multimedia, Proseminar, Universität Chemnitz

WS 2001/2002, Neue Medien – neue Kommunikations- und Informationsformen, Proseminar, Universität Chemnitz

**Daniel Glatz**

WS 2001/2002, Deklarative Phonologie, Proseminar, Germanistisches Seminar, Lehrstuhl für Computerlinguistik, Universität Heidelberg

**Lutz Gunkel**

WS 2001/2002, Einführung in die deutsche Grammatik, Proseminar, Universität Heidelberg

**Prof. Dr. Gisela Harras**

WS 2001/2002, Übersetzen, Hauptseminar, Universität Mannheim

**Prof. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr**

SS 2001, Lexikografie II: Wörterbücher schreiben, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002, Einführung in die germanistische Linguistik („Synchronie“), Vorlesung mit Tutorien, Universität Mannheim

**Prof. Dr. Werner Kallmeyer**

SS 2001 (zusammen mit Wilfried Schütte), Aspekte der Gesprächsforschung am Beispiel von Kommunikation über Kunst, Hauptseminar, Universität Mannheim

SS 2001 (zusammen mit Christine Bierbach), Linguistisches Kolloquium, Universität Mannheim

WS 2001/2002 (zusammen mit Wilfried Schütte), Gesprächsinszenierung im Fernsehen, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002 (zusammen mit Christine Bierbach), Linguistisches Kolloquium, Universität Mannheim

**PD Dr. Inken Keim**

WS 2001/2002, Einführung in die Soziolinguistik, Proseminar/Hauptseminar, Universität Mannheim

**Dr. Marek Konopka**

SS 2001, Linguistik, Vorlesung, Schule für Logopädie, Universitätsklinikum Heidelberg

WS 2001/2002, Linguistik, Vorlesung, Schule für Logopädie, Universitätsklinikum Heidelberg

**Dr. Anja Lobenstein-Reichmann**

SS 2001, Mittelhochdeutsch / Frühneuhochdeutsch, Proseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002, Mittelhochdeutsch, Proseminar, Universität Mannheim

**Prof. Dr. Katharina Meng**

SS 2001, Sprachpolitik, Sprachenpolitik und Minderheiten, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002, Spracherwerb, Hauptseminar, Universität Mannheim

**PD Dr. Gereon Müller**

SS 2001, Flexion und Syntax des Nominals, Hauptseminar, Universität Tübingen

WS 2001/2002, Economy in Syntax, Hauptseminar, Universität Mannheim

**Dr. Herbert Schmidt**

SS 2001, Einführung in die diachrone Sprachwissenschaft, Einführungsseminar, Universität Mannheim

SS 2001, Einführung in das Mittelhochdeutsche, Proseminar, Universität Heidelberg

WS 2001/2002, Einführung in die diachrone Sprachwissenschaft, Einführungsseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002, Einführung in das Mittelhochdeutsche, Proseminar, Universität Heidelberg

**Dr. Rudolf Schmidt**

WS 2001/2002, Digitale Sprach- und Bildverarbeitung, Vorlesung, Berufsakademie Mannheim

**Dr. Wilfried Schütte**

SS 2001 (zusammen mit Werner Kallmeyer), Aspekte der Gesprächsforschung am Beispiel von Kommunikation über Kunst, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002 (zusammen mit Werner Kallmeyer), Gesprächsinszenierung im Fernsehen, Hauptseminar, Universität Mannheim

**PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy**

SS 2001, Führungskräfte in den Medien, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002, Einführung in die ärztliche Gesprächsführung, Kurs, Medizinische Fakultät, Universität Heidelberg

WS 2001/2002, Kommunikation von Führungskräften im Spiegel der Medien, Hauptseminar, Universität Saarbrücken

**Dr. Angelika Storrer**

WS 2001/2002, Online-Journalismus, Berufsbegleitende Weiterbildung, Akademie für Weiterbildung an den Universitäten Heidelberg und Mannheim e. V.

**Prof. Dr. Bruno Strecker**

WS 2001/2002, Die Struktur deutscher Nominalphrasen, Hauptseminar, Universität Augsburg

**Dr. Annette Trabold**

WS 2001/2002, Sprachgeschichte, Sprachkultur, Sprachkritik, Seminar, Pädagogische Hochschule Heidelberg

**Dr. Peter Wagener**

SS 2001, Advanced conversation and composition, Seminar, University of Wisconsin, Madison/USA

SS 2001, German dialectology, Vorlesung und Seminar, University of Wisconsin, Madison/USA

**Dr. Ulrich Hermann Waßner**

SS 2001, Semantische Relationen zwischen Sätzen, Hauptseminar, Institut für Deutsch als Fremdsprachenphilologie, Universität Heidelberg

WS 2001/2002, Kausale Konnektoren – Kausale Relationen, Hauptseminar, Institut für Deutsch als Fremdsprachenphilologie, Universität Heidelberg

**Prof. Dr. Gisela Zifonun**

SS 2001, „Fremdwörter“ im Deutschen, Proseminar/Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 2001/2002, Grundkurs Grammatik, Proseminar, Universität Mannheim

## 4.2 Kurse und Kurzseminare

### **PD Dr. Nina Berend**

17.10.2001, Interkulturelle Pädagogik, Workshop, Stadtjugendamt Mannheim

### **PD Dr. Hardarik Blühdorn**

1.8.–3.8.2001, O papel da gramática no ensino e na aprendizagem de línguas estrangeiras – exemplificado na língua alemã [Die Rolle der Grammatik in Unterricht und Erwerb von Fremdsprachen – verdeutlicht am Beispiel des Deutschen], Seminar zur Lehrerfortbildung, VI Encontro de Professores de Línguas e Literaturas Estrangeiras EPLLE Internacional [VI. Internationaler Fremdsprachenlehrerkongress], Universidade Estadual Paulista UNESP, Assis/Brasilien

14.11.2001, Das Internet-Angebot des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim und seine Nutzung im Unterricht des Deutschen als Fremdsprache, Seminar zur Lehrerfortbildung, Goethe-Institut Porto Alegre/Brasilien

### **Dr. Eva Breindl**

8.1.2001, Das grammatische Informationssystem GRAMMIS: Wie schreibt man eine Hypertextgrammatik und wie benutzt man sie?, Hauptseminar Ewald Lang: Was sind und zu welchem Zweck schreibt man Grammatiken?, Humboldt-Universität Berlin

### **Prof. Dr. Reinhard Fiehler**

28.9.2001 (zusammen mit A. Deppermann), Leitung der Sektion „Gesprächsforschung“ zum Schwerpunktthema „Generationen im Gespräch“ auf der Jahrestagung der GAL, Passau

1.11.2001, Workshop „Besonderheiten des Kommunikationsverhaltens im Alter“, 1. Jahrestagung der Gesellschaft für Aphasieforschung und -behandlung, Bielefeld

### **Prof. Dr. Gisela Harras**

1.–2.3.2001 (zusammen mit J. Grabowski), Leitung der AG „Dynamik der schriftlichen Sprachproduktion“, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft, Universität Leipzig

### **Prof. Dr. Dieter Herberg**

18.7.2001, Neologismen, Kurzseminar, Goethe-Institut Mannheim, IDS, Mannheim

### **Prof. Dr. Werner Kallmeyer**

17.2.2001, Zur Arbeit mit großen Korpora, Doktorandenseminar, Romanistisches Seminar, Universität Basel/Schweiz

9.5.2001 (zusammen mit Liisa Tiitula), Stereotype in der finnisch-deutschen Wirtschaftskommunikation, Kolloquium „Wirtschaftskommunikation“, Universität Tampere/Finnland

29.5.2001, Gesprächsrhetorik, Vorlesung, Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft, Universität Bielefeld

5.7.2001, Zur Analyse von Interaktionsmodalitäten, Kolloquium „Interaktionsmodalitäten“, Universität Konstanz

25.7.–27.7.2001, Gesprächsrhetorik, Fortbildungsveranstaltung „Gesprächsführung“, BMI-Schule 1, Heimerzheim

13.12.2001, Sprachvariation und soziale Stile, Ringvorlesung „Sprachliche Variation“, Philosophische Fakultät, Universität Mannheim

#### **PD Dr. Inken Keim**

10.9.–18.10.2001, Einführung in die neuere Soziolinguistik, Vorlesung, Weltsprachenuniversität Taschkent/Uzbekistan

10.9.–18.10.2001, Gesprächsanalyse am Beispiel von Gesprächen aus unterschiedlichen sozialen Milieus in Deutschland, Workshop, Weltsprachenuniversität Taschkent/Uzbekistan

#### **Ulrich Reitemeier**

1.4.–30.11.2001, Soziologie für Logopäden, Deuserschule, Ludwigshafen

#### **Dr. Wilfried Schütte**

7.3.2001, Kommunikation im Internet, insbesondere in E-Mails, Expertenhearing im Rahmen einer Projektwoche „Infoschul II – Telecommunication: past-present-future“ und AG-Arbeit zu den Themen „Internetsprache“ und „soziales Verhalten im Internet“, Heinrich-Hertz-Berufskolleg, Düsseldorf

#### **PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy**

21.3.–23.3.2001, Vortragsmoderationen auf der 7. Arbeitstagung „Neuere Entwicklungen in der Gesprächsforschung“, Universität Freiburg

21.3.2001, Zur Rolle des Kontextes bei der Gesprächsauswertung, Workshop, 7. Arbeitstagung „Neuere Entwicklungen in der Gesprächsforschung“, Universität Freiburg

14.6.2001, Koordinationstreffen der Gesprächsforschung/Pragmatik, IDS, Mannheim

30.6.2001, Communicating Citizenship in Decision Making Procedures, Datensitzung, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Bielefeld

#### **Prof. Dr. Gerhard Stickel**

1.6.–21.6.2001, Entwicklungstendenzen der deutschen Gegenwartssprache, Teil I und II, Kurzzeitdozentur an der Staatlichen Universität der Leningrader Region, St. Petersburg-Puschkin/Russland

**Dr. Annette Tribold**

31.3.–1.4.2001, Workshop „Sprachkritik“, 10. Jahrestagung des Bulgarischen Deutschlehrerverbandes, Dobritsch/Bulgarien

**Dr. h. c. Klaus Vorderwülbecke**

23.2.2001, Landeskunde in Lehrwerk und Ferneseh Sprachkurs, Workshop, Internationale Lehrerfortbildung, Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg/Oberharz

**Dr. Peter Wagener**

18.1.–25.1.2001, Modern German: Language Shift, Change and Loss, Madison Area Technical College, Madison, Wisconsin/USA

12.5.2001, German in Wisconsin, Annual Max Kade Institute Mini-Conference on German Dialects in the Midwest, Madison, Wisconsin/USA

**4.3 Vorträge****Dr. Jannis Androutsopoulos**

7.2.2001, „Fette Bässe über Köpenick!“ Zur (medialen) Kommunikation in Musikszene, Vortragsreihe der Gesellschaft für deutsche Sprache, Universität Heidelberg

9.3.2001, Konturen der SMS-Kommunikation am Beispiel einer Kleingruppe, 24. Stuttgarter Tage der Medienpädagogik, Stuttgart

31.3.2001, Switching from national language to English in media discourse: an analysis of German print and internet texts, Language, the Media and International Communication Conference, Oxford/England

2.6.2001, Schöne neue Schriftlichkeit: Jugendliche Schreibstile in der Gästebuch-Kommunikation, Internationale Fachkonferenz „Jugendsprachen – Spiegel der Zeit“, Universität Wuppertal

12.6.2001, Szenesprache – Szenekommunikation, Gastvortrag, Universität Mannheim

4.7.2001, Stilbildung im Internet, Gastvortrag, Universität Saarbrücken

14.9.2001, Linguistic variation in chat communication: code switching in Hellas, 5<sup>th</sup> International Conference on Greek Linguistics, Paris/Frankreich

19.9.2001, Sprache in virtuellen Gemeinschaften, Vortragsreihe „Heilkunst und Sprache“, Zentrum für interkulturelle Psychologie, Heidelberg

29.9.2001, Vom „TechnoForum“ zum „Punk-Chat“: Stilbildung im Internet, 32. GAL-Jahrestagung, Passau

3.10.2001, (zusammen mit Daniel Kraft), Homepage-Design: Problemlösungsstrategien in einer neuen Textsorte, Germanistentag 2001, Erlangen

27.10.2001, Sprachliche Kreuzungen im Alltagsleben Jugendlicher, Fachtagung des Amtes für rheinische Landeskunde, Köln

16.11.2001, Online-Gemeinschaften und sprachliche Variation, Workshop „Sprache und Kommunikation im Internet“, Universität Hannover



8.12.2001, Sprachliche Kreuzungen im Alltagsleben, „Viele Sprachen lernen ... ein nothwendiges Übel“? Chancen und Probleme der Mehrsprachigkeit, Universität Leipzig

**Michael Beißwenger**

16.11.2001 (zusammen mit Angelika Storrer), Chat-Kommunikation: Kommunikationstheoretische Verortung – sprachliche Besonderheiten – Lust am Spiel, Workshop „Sprache und Kommunikation im Internet“, Universität Hannover

**Cyril Belica**

29.6.2001, (zusammen mit Kathrin Steyer), Die statistische Kookkurrenzanalyse/Korpusbasiertheit, Kolloquium „Wissen über Wörter“ – linguistische Konzeption und Struktur eines lexikalisch-lexikologischen Informationssystems, IDS, Mannheim

**PD Dr. Nina Berend**

31.3.2001, Deutsch-englischer Sprachkontakt in Sprachinseln in den USA, International Symposium on German Settlement Dialects: Sprachinselkonferenz 2001, Max Kade Center for German-American Studies, University of Kansas/USA

5.4.2001, Sprachliche Anpassung. Eine soziolinguistisch-dialektologische Untersuchung zum Russlanddeutschen, Internationales wissenschaftliches Kolloquium, Sprachliche Integration von Aussiedlern in den 90er Jahren – Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, IDS, Mannheim

20.7.2001, Vorüberlegungen zur Gestaltung einer Datenbank von Aussprachevarianten des Deutschen, Soziolinguistentag, Neuphilologische Fakultät, Universität Heidelberg

3.10.2001 (zusammen mit Rudolf Schmidt), Perspektiven der computer-gestützten Untersuchung der Variation im gesprochenen Deutsch, Deutscher Germanistentag 2001, Erlangen

**PD Dr. Hardarik Blühdorn**

13.3.2001, Die Adverbien *hier*, *da*, *dort* und ihre portugiesischen Entsprechungen, Internationales Kolloquium „Die kleineren Wortarten im Sprachvergleich Deutsch-Portugiesisch“, Institute für Romanistik und Germanistik, Universität Rostock

22.5.2001, Zur Semantik des Raums am Beispiel der deiktischen Adverbien *hier*, *da* und *dort*, IDS, Mannheim

2.8.2001, Ensino e aprendizagem de línguas estrangeiras no começo do terceiro milênio – *quo vadunt?* [Lehren und Lernen von Fremdsprachen am Anfang des dritten Jahrtausends – Wohin geht der Weg?], VI Encontro de Professores de Línguas e Literaturas Estrangeiras [Hauptvortrag auf

dem VI. Internationalen Fremdsprachenlehrerkongress EPLLEJ, Departamento de Letras Modernas, Universidade Estadual Paulista UNESP, Assis/Brasilien

26.9.2001, Lehren und Lernen von Fremdsprachen am Anfang des dritten Jahrtausends – Wohin geht der Weg?, Öffentlicher Abendvortrag zum Europäischen Tag der Sprachen, Vortragsreihe „Sprachforum“ des IDS, Mannheim

11.12.2001, Raumadverbien und Demonstrativität. Am Beispiel des Deutschen, Germanistisches Institut, Universität Halle-Wittenberg

11.12.2001, Zur Semantik der deutschen Satzkonnektoren. Am Beispiel von *wenn* und *denn*, Hallesches Linguistenkolloquium, Philosophische Fakultät, Universität Halle-Wittenberg

### **Franck Bodmer**

4.9.2001 (zusammen mit Rudolf Schmidt), Computertechnische Erschließung von Gesprächskorpora, GLDV-Workshop, Werkzeuge zur automatischen Analyse und Verarbeitung von Texten: Formate, Tools, Software-Systeme, Universität Trier

### **Dr. Eva Breindl**

9.1.2001, Vom Buch zum Hypertext: Die „Grammatik der deutschen Sprache“ (GDS) und das grammatische Informationssystem GRAMMIS, Humboldt-Universität Berlin

28.9.2001, Grammatik lernen mit Hypertexten, GAL-Tagung „Sprache Transdisziplinär“, Passau

### **Ibrahim Cindark**

30.11.2001 (zusammen mit Werner Kallmeyer und Inken Keim), Metalinguistische Intuition in der Analyse von sprachlichen Orientierungen in deutsch-türkischen Migrantengruppen, Kolloquium „Metalinguistic Intuitions“ der Forschergruppe „Sprachvariation als kommunikative Praxis“, Universität Mannheim

14.12.2001 (zusammen mit Werner Kallmeyer und Inken Keim), Deutsch-türkische Sprachvariation, Kolloquium „Variation and Contrast: Sociolinguistic and pragmatic perspectives on language in use“, Universität Mannheim

### **Prof. Dr. Reinhard Fiehler**

31.1.2001, Operator-Skopus-Strukturen in gesprochener und geschriebener Sprache, Universität Konstanz

15.2.2001 (zusammen mit Reinhold Schmitt), Kundenorientierte Gesprächsführung. Authentische Beispiele aus der Praxis und wie man es besser machen kann, 45. Ulmer Beton- und Fertigteil-Tage

20.4.2001, Syntaktische Besonderheiten gesprochener Sprache und ihr theoretisches Potenzial, Universität Rostock

18.5.2001, Bewertung von Kommunikationsverhalten – im Kontext von Kommunikationsberatung und -training, 29. Treffen des Arbeitskreises Angewandte Gesprächsforschung, Universität Wien

27.9.2001, Die kommunikative Verfertigung von Altersidentität, 32. Jahrestagung der GAL, Sektion ‚Gesprächsforschung‘, Passau

12.10.2001, Mündlichkeit und gesprochene Sprache als wissenschaftlicher Gegenstand – Wo ist da das Problem?, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung, Landau

30.11.2001, Operator-Skopus-Strukturen im gesprochenen und geschriebenen Deutsch, Freie Universität Berlin

#### **PD Dr. Claudia Fraas**

19.9.2001, Kognition und gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit – Begriffsgeschichte zwischen Kognitivismus und Konstruktivismus, Tagung „Deutsche Sprachgeschichte nach 1945. Theoretische Grundlagen, methodische Möglichkeiten, empirische Forschungsergebnisse“, Universität Düsseldorf

#### **Daniel Glatz**

26.6.2001, Zur Lexikalisierung ereignisstruktureller Eigenschaften bei Sprechaktverben, Kolloquium „Tendenzen der Lexikalisierung kommunikativer Konzepte“, IDS, Mannheim

29.8.2001, On some event structural peculiarities of verbs of communication, 34<sup>th</sup> SLE Meeting: „Language Study in Europe at the turn of the Millennium“, Societas Linguistica Europaea (SLE), Katholieke Universiteit Leuven/Belgien

#### **Lutz Gunkel**

9.5.2001, Das System der infiniten Verbformen im Deutschen, Deutsche Gesellschaft, Universität Kraków/Polen

10.5.2001, Das Passiv im Deutschen, Deutsche Gesellschaft, Universität Łódź/Polen

16.11.2001, Reflexivierung in A.c.I.-Konstruktionen, Workshop „Reflexivierung“, IDS, Mannheim

#### **Prof. Dr. Gisela Harras**

16.03.2001, Mord, Totschlag & Handlung. Verursachung und Verantwortung in der Handlungssprache. 37. Jahrestagung des IDS, Sprache und Recht, Mannheim

26.06.2001, Ein konzeptuelles System für die Semantik von Sprechaktverben, Kolloquium „Tendenzen der Lexikalisierung kommunikativer Konzepte“, IDS, Mannheim

11.07.2001, Einige Merkwürdigkeiten der Semantik von Sprechaktverben, Universität Passau

- 19.07.2001, Sprechakte und Sprechaktverben, Universität Trier  
 31.8.2001 (zusammen mit Kristel Proost), The Lexicalization of Speech Act Evaluations in English, Dutch and German, 34<sup>th</sup> International SLE 2001 Conference „Language Study in Europe at the Turn of the Millennium: Towards the Integration of Cognitive, Historical and Cultural Approaches to Language“, Katholieke Universiteit Leuven/Belgien  
 28.09.2001, Intentionalität als Kategorie der Handlungssprache, Jahrestagung der Gesellschaft für angewandte Linguistik, Universität Passau

**Prof. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr**

- 20.9.2001, Hat die Frauenbewegung Wortschatzgeschichte geschrieben?, Abschiedskolloquium für Georg Stötzel „Sprachgeschichte nach 1945“, Düsseldorf  
 15.11.2001, Hermann Pauls „Prinzipien der Sprachgeschichte“. Von der ersten zur zweiten Auflage, Internationale Konferenz „Geschichte der Sprachwissenschaft in Texten und Konzepten“, Universität Potsdam  
 17.11.2001, Das Projekt „Wissen über Wörter“, Tagung „Sprachkultur und Lexikographie. Von der Forschung zur Nutzung von Wörterbüchern“, Verein zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien e. V., Humboldt Universität Berlin

**Dr. Klaus Heller**

- 11.05.2001: Kommunikative Normen im Wandel, Statement zur Podiumsdiskussion „Sprache – Moden – Normen“, Universität Innsbruck

**Prof. Dr. Dieter Herberg**

- 22.3.2001, „Techno-Deutsch: Worthülsen statt Informationen?“, Tenovision Talk, Cebit, Hannover  
 17.11.2001, Das Projekt „Neologismen der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts“, Tagung „Sprachkultur und Lexikographie“, VfsS und Humboldt-Universität, Berlin

**Prof. Dr. Werner Kallmeyer**

- 29.6.2001 (zusammen mit Inken Keim und Ersoy Sentürk), How young Turks use their communicative repertoire, Workshop on „Modern Urban Bilingualism“, Tilburg/Niederlande  
 28.9.2001, Kommunikative soziale Stile, GAL-Tagung „Sprache TRANS-DISZIPLINÄR“, Universität Passau  
 1.10.2001, Kommunikative soziale Stile und wechselseitige Wahrnehmung sozialer Gruppen, Jahrestagung des Deutschen Germanistenverbandes, Universität Erlangen  
 25.10.2001, Zur pragmatischen Analyse von Mediensprache und Medienkommunikation, Konferenz „Mediensprache aus interdisziplinärerer Sicht“, Philologische Fakultät, Lomonosov-Universität Moskau/Russland

29.11.2001, Gesprächsrhetorik, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Haar

30.11.2001 (zusammen mit Inken Keim und Ibrahim Cindark), Metalinguistische Intuition in der Analyse von sprachlichen Orientierungen in deutsch-türkischen Migrantengruppen, Kolloquium „Metalinguistic Intuitions“ der Forschergruppe „Sprachvariation als kommunikative Praxis“, Universität Mannheim

14.12.2001 (zusammen mit Inken Keim und Ibrahim Cindark), Deutsch-türkische Sprachvariation, Kolloquium „Variation and Contrast: Sociolinguistic and pragmatic perspectives on language in use“, Universität Mannheim

### **Dr. Heidrun Kämper**

14.3.2001, „Übergesetzliches Recht“. Reflexionen nationalsozialistischen Unrechts in der frühen Nachkriegszeit, 37. Jahrestagung des IDS, Sprache und Recht, Mannheim

20.4.2001, Zeitreflexion und Sprachgeschichte. Ein Konzept zur Erforschung des Nachkriegsdeutschen, Tagung „Wissenschaftstheoretische Perspektiven einer künftigen Linguistik“, Ascona, Monte Verità/Italien

21.9.2001, Zeitreflexion in der frühen Nachkriegszeit, Tagung „Deutsche Sprachgeschichte nach 1945“, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

5.12.2001, „Es ist doch nirgendwo so interessant wie hier und heute“. Gegenwartsbewusstsein und Sprache in der frühen Nachkriegszeit, Vortragsreihe „Sprachforum“, IDS, Mannheim

### **PD Dr. Inken Keim**

28.5.2001, Kommunikationsstile in jugendlichen MigrantInnengruppen, Kolloquium „Theorie und Praxis“, Gesamthochschule Kassel

31.5.2001 (zusammen mit Ibrahim Cindark), Der unterschiedliche Umgang mit dem negativen Face in zwei Gruppen jugendlicher MigrantInnen, Internationale Fachkonferenz, „Jugendsprachen – Spiegel der Zeit“, Wuppertal

29.6.2001 (zusammen mit Werner Kallmeyer und Ersoy Sentürk), How young Turks use their communicative repertoire, Workshop on „Modern Urban Bilingualism“, Tilburg/Niederlande

5.7.2001, „Gespanntheit“ zwischen Spiel und Gereiztheit. Einordnung des Konzepts „Gespanntheit“ und Exemplifizierung am Beispiel einer Migrantinnengruppe, Workshop „Interaktionsmodalitäten“, Universität Konstanz

30.11.2001 (zusammen mit Werner Kallmeyer und Ibrahim Cindark), Metalinguistische Intuition in der Analyse von sprachlichen Orientierungen in deutsch-türkischen Migrantengruppen, Kolloquium „Metalinguistic Intuitions“ der Forschergruppe „Sprachvariation als kommunikative Praxis“, Universität Mannheim

14.12.2001 (zusammen mit Werner Kallmeyer und Ibrahim Cindark), Deutsch-türkische Sprachvariation, Kolloquium „Variation and Contrast: Sociolinguistic and pragmatic perspectives on language in use“, Universität Mannheim

**Dr. Anja Lobenstein-Reichmann**

6.10.2001, Luther und die Bauern. Haben die Bauern Luther missverstanden?, 25. Annual German Studies Association Conference, German Studies Association, Washington D.C./USA

**Prof. Dr. Katharina Meng**

5.4.2001, Sprachliche Integration von Aussiedlern – einige Ergebnisse, einige Probleme, Internationales wissenschaftliches Kolloquium, Sprachliche Integration von Aussiedlern in den 90er Jahren – Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven, IDS, Mannheim

27.4.2001, Sprachliche Integration von Aussiedlern: Familie Sennwald, Tagung „Polyphonie in Kultur, Text und Sprache“, Lehrstuhl für russische Sprache, Universität Vilnius/Litauen

28.5.2001, Mehrsprachigkeit aus der Sicht der Familie, Tagung „Chancen und Probleme von Mehrsprachigkeit in der Grundschule“, Fachbereich Germanistik, Primarstufendidaktik, Universität Gesamthochschule Kassel

29.8.2001, Selbstbezeichnungen und kulturelle Selbstverständnisse bei Russlanddeutschen, Tagung „Language study in Europe at the turn of the millenium. Towards the integration of cognitive, historical and cultural approaches to language“, 34<sup>th</sup> SLE Meeting, Katholieke Universiteit Leuven/Belgien

28.9.2001, Kulturelle Zugehörigkeiten als Gegenstand interkultureller Gespräche, Tagung „Sprache transdisziplinär“, 32. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik, Passau

28.10.2001, Russischsprachige Kinder in Deutschland: ihre familiäre Spracherwerbssituation, Tagung „Language Contact and Language Policy before and after the 1992 European Charter. Focus on Multilingual Domains (Administration, Education, Law and Media)“, Seminar für Allgemeine Linguistik und Eurolinguistischer Arbeitskreis Mannheim e.V., Universität Mannheim

**PD Dr. Gereon Müller**

17.2.2001, The Deletion of Morphological Case, Fourth Workshop on Optimality Theoretic Syntax, Universität Stuttgart

1.3.2001, Free Word Order, Morphological Case, and Sympathy Theory, Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS), AG „Clause Structure and Models of Grammar from the Perspective of Languages with Rich Morphology“, Universität Leipzig

24.4.2001, Was bringt die Optimalitätstheorie für die deutsche Grammatik?, Kolloquium, IDS, Mannheim

- 17.6.2001, Freie Wortstellung, morphologischer Kasus und Sympathietheorie, Treffen „Generative Grammatik im Süden“, Universität Bochum
- 23.8.2001, Remarks on Nominal Inflection in German, SFB-Tagung „The Lexicon in Linguistic Theory“, Universität Düsseldorf
- 27.10.2001, V/2 as Remnant vP Movement, Workshop on Head Movement, University of California, Los Angeles/USA
- 7.11.2001, Deutsche Nominalflexion in der Optimalitätstheorie, Linguistischer Arbeitskreis, Institut für Deutsche Sprache und Literatur, Universität Köln
- 7.12.2001, On Phrase Impenetrability, Workshop on the MLC, Universität Potsdam
- 13.12.2001, Remarks on Nominal Inflection in German, Optimality Theoretic Syntax Workshop, Universität Potsdam

### **Kristel Proost**

- 26.6.2001, (Un)möglichkeiten der Lexikalisierung kommunikativer Konzepte, Kolloquium, „Tendenzen der Lexikalisierung kommunikativer Konzepte“, IDS, Mannheim
- 31.8.2001 (zusammen mit Gisela Harras), The Lexicalization of Speech Act Evaluations in English, Dutch and German, 34<sup>th</sup> International SLE 2001 Conference „Language Study in Europe at the Turn of the Millennium: Towards the Integration of Cognitive, Historical and Cultural Approaches to Language“, Katholieke Universiteit Leuven/Belgien
- 28.9.2001, Lücken und Lückenfüller im Wortschatzausschnitt der kommunikativen Ausdrücke, 32. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Sprachwissenschaft, „Sprache transdisziplinär“, Universität Passau

### **Ulrich Reitemeier**

- 5.4.2001, Aussiedler treffen auf Einheimische. Paradoxien der Identitätsarbeit und Schwierigkeiten des Aufbaus gemeinsamer kommunikativer Welten, Kolloquium „Sprachliche Integration von Aussiedlern in den 90er Jahren – Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven“, IDS, Mannheim
- 27.11.2001, Perspektiven der sprachlichen Integration von Aussiedlern, Fachtagung für Sozialarbeit der Diakonie in Baden, „Starke Partner – gute Perspektiven. Gemeinsam in Haupt- und Ehrenamt“, Bad Herrenalb

### **Dr. Rudolf Schmidt**

- 26.3.2001, Automatische Detektion von Aussprachevarianten in Korpora gesprochener Sprache, GESUS Jahrestagung, Universität Bochum
- 30.3.2001, Instrumente zur Erstellung multimedialer Gesprächskorpora, GLDV-Frühjahrstagung, Universität Gießen
- 4.9.2001 (zusammen mit Franck Bodmer), Computertechnische Erschließung von Gesprächskorpora, GLDV-Workshop, „Werkzeuge zur automa-

tischen Analyse und Verarbeitung von Texten: Formate, Tools, Software-Systeme, Universität Trier

3.10.2001 (zusammen mit Nina Berend), Perspektiven der computergetstützten Untersuchung der Variation im gesprochenen Deutsch, Deutscher Germanistentag 2001, Erlangen

### **Dr. Reinhold Schmitt**

15.2.2001 (zusammen mit Reinhard Fiehler), Kundenorientierte Gesprächsführung. Authentische Beispiele aus der Praxis und wie man es besser machen kann, 45. Ulmer Beton- und Fertigteil-Tage

### **Dr. des. Ulrich Schnörch**

29.6.2001, Lemma-Auswahl in WiW und konzeptionelle Perspektiven, Kolloquium „Wissen über Wörter“ – linguistische Konzeption und Struktur eines lexikalisch-lexikologischen Informationssystem, IDS, Mannheim

### **Dr. Wilfried Schütte**

17.1.2001, „Sie ham die Stelle!“ Zur sozialen Welt der Orchestermusiker, Vortragsreihe „Sprachszenen, Szenesprachen“, Gesellschaft für Deutsche Sprache und Germanistisches Seminar, Universität Heidelberg

6.2.2001, GAIS – Gesprächsanalytisches Informationssystem, Kolloquium, IDS, Mannheim

11.5.2001, GAIS – Gesprächsanalytisches Informationssystem, PortaLingua-Projekttagung, Projektverbund „PortaLingua“ („Hochschulverbund zum Einsatz curricularer Bausteine in der Sprach- und Kommunikationswissenschaft – multimediale Lehr- und Lernressourcen für Präsenzlehre, Selbststudium und Weiterbildung“, Konsortialführer Universität Essen) im Rahmen des BMBF-Förderprogramms „Neue Medien in der Bildung“, Essen

5.6.2001, „Thanks for letting me rant off topic“. Zum kommunikativen Stil in professionell genutzten Mailinglisten und anderen Internet-Foren, Ringvorlesung „Homo s@piens – Arbeiten und Leben in der vernetzten Welt“, Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement, Universität Stuttgart

29.6.2001, IDS-Werkzeuge für Gesprächskorpora: DIDA als Editor für Transkriptpartituren und COSMAS-II als Recherchesystem, Workshop „Transkriptionen: Standards, Tools und gesprächsanalytische Anforderungen“, Graduiertenkolleg „Aufgabenorientierte Kommunikation“, Universität Bielefeld

28.9.2001, „TV Total“: Ein Fernsehformat zwischen Postmoderne, Genre-Mix und Marketing, 32. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik (GAL), „Sprache transdisziplinär“, Sektion Medienkommunikation, Rahmenthema: „Das Vergnügen in und an den Medien“, Passau



16.11.2001, Formen der Kommunikationsregulierung in professionell genutzten Mailinglisten, Workshop, „Sprache und Kommunikation im Internet“, Projekt sprache@web, Universität Hannover

**Dr. Horst Schwinn**

12.5.2001, Vorstellung der ProGr@mm-Konzeption, Projektverbund PortaLingua, Universität Essen

**PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy**

27.2.2001, *Was Politiker reden* – Der kommunikative Alltag von Führungskräften der Politik, 5. Arbeitstreffen des Arbeitskreises Linguistische Pragmatik, Universität Leipzig

3.5.2001, Ethnografie gesellschaftlicher Führungskräfte in der Bundesrepublik Deutschland, Fachhochschule Fulda

23.5.2001, Einführung in die ärztliche Gesprächsführung, Medizinische Fakultät der Universität Heidelberg

28.6.2001, Kommunikationsstilistische Eigenschaften gesellschaftlicher Führungskräfte im Spiegel der Medien, Sektion „Textlinguistik/Stilistik“, 32. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik (GAL), „Sprache transdisziplinär“, Universität Passau

30.6.2001, Communicative Involvement in Public Discourses as Paradigm for Citizenship in Decision Making Procedures, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Bielefeld

15.11.2001, Gesprächsanalyse als Instrument zur Untersuchung gestörter Kommunikation, Arbeitstagung „Gestörte Kommunikation“, Philosophische Fakultät, Universität Rostock

**Dr. Doris Steffens**

5.4.2001, Die Neologismen der 90er Jahre im Deutschen unter besonderer Berücksichtigung der Anglizismen, Tagung „Deutsche und Bulgaren im Gespräch“, Universität Sofia/Bulgarien

**Dr. Kathrin Steyer**

22.6.2001, Die korpusbasierte Kookkurrenzanalyse – ein empirischer Weg zur Verifizierung usueller Wortverbindungen, Internationale Phraseologietagung, „Phraseologie und Parömiologie – neue Perspektiven der Forschung“, Ascona/Schweiz

29.6.2001, (zusammen mit Cyril Belica), Die statistische Kookkurrenzanalyse/Korpusbasiertheit, Kolloquium „Wissen über Wörter“ – linguistische Konzeption und Struktur eines lexikalisch-lexikologischen Informationssystem, IDS, Mannheim

**Prof. Dr. Gerhard Stickel**

26.1.2001, Die Entwicklung des Deutschen im mehrsprachigen Europa, Beitrag zum Symposium „Wege zu einer europäischen Identität“, Auftakt-

veranstaltung des Europäischen Jahres der Sprachen 2001, Goethe-Institut, München

1.2.2001, Die Bedeutung der eigenen Sprache im „global village“, 5. Deutsch-Niederländische Konferenz über „Sprache, Kommunikation und Identität im sich verändernden Europa“, Duitsland Instituut, Amsterdam/Holland

12.2.2001, Aktuelle Tendenzen der deutschen Sprache, Goethe-Institut Mailand/Italien

13.3.2001, Eröffnung der Jahrestagung „Sprache und Recht“, 37. Jahrestagung des IDS, Mannheim

24.3.2001, Anglizismen im Deutschen, Klett-Forum, Leipziger Messe

20.4.2001, Deutsch, Englisch und das vielsprachige Europa, Beitrag zu einer Vortragsreihe des Institut Cervantes auf der Expolingua, Madrid/Spainien

8.5.2001, Eigene und fremde Sprachen im vielsprachigen Europa, Ringvorlesung „Sprachen und Sprachpolitik in Europa“, Universität München

24.5.2001, Deutsch als Fachsprache in deutschen Forschungsinstituten, Konferenz der Sektion „Geistes- und Bildungswissenschaften“ der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz, Nürnberg

12.6.2001, Kontrastive Linguistik und Fremdsprachenunterricht, Staatliche Universität der Leningrader Region, St. Petersburg-Puschkin/Russland

14.6.2001, Pragmatik der Negation, Staatliche Universität der Leningrader Region, St. Petersburg-Puschkin/Russland

2.10.2001, Germanistik heute, Sprach- und wissenschaftspolitisches Podium. Germanistentag 2001, Erlangen

25.10.2001, Wie weit sind wir?, Eröffnungsvortrag zur Konferenz „Europa plurilingue – Progetti per la promozione delle lingue nazionali“, Accademia della Crusca, Florenz/Italien

27.11.2001, Podium: „Daheim im Haus Europa – wo wohnt die deutsche Sprache?“, Internationale Konferenz der GfdS „Deutsch im vielsprachigen Europa“, Goethe-Institut Brüssel/Belgien

### **Dr. Angelika Storrer**

16.1.2001, Computervermittelte Kommunikation, Institut für deutsche Sprache und Literatur, Universität Dortmund

28.6.2001, Hypertext und Textgrammatik, Symposium „Sprache und Kommunikation“, TU Aachen

16.11.2001 (gemeinsam mit Michael Beißwenger), Chat-Kommunikation: Kommunikationstheoretische Verortung – sprachliche Besonderheiten – Lust am Spiel, Workshop „Sprache und Kommunikation im Internet“, Universität Hannover

1.12.2001, Deixis in der computervermittelten Kommunikation, Internationale Tagung „Funktionale Pragmatik“, Universität Köln

**Prof. Dr. Bruno Strecker**

28.6.2001, Grammatik im Rahmen von Kommunikationsforschung, Symposium „Kommunikation/Sprache“, RWTH Aachen

**Eva Teubert**

27.11.2001, Das Institut für Deutsche Sprache und seine Bibliothek, Tagung des Arbeitskreises Bibliotheken der WGL, Forschungszentrum Rosendorf

**Dr. Annette Trabold**

19.1.2001, Öffentlichkeitsarbeit für die Wissenschaft, Workshop „Probleme fachexterner Kommunikation in der Öffentlichkeitsarbeit“, Universität Koblenz-Landau

30.3.2001, Das Institut für Deutsche Sprache und aktuelle Entwicklungen der deutschen Sprache, 10. Jahrestagung des Bulgarischen Deutschlehrerverbandes, Dobritsch/Bulgarien

4.4.2001, Das Institut für Deutsche Sprache, Aufgaben und Ziele, Zonta-Club, Mannheim

16.5.2001, Das Institut für Deutsche Sprache, Aufgaben und Ziele; Artes Liberales, Mannheim

**Dr. h. c. Klaus Vorderwülbecke**

19.3.2001, Einführung in den Ferngesprachkurs „Einblicke“, Präsentation von GRAMMIS, Goethe-Institut Tel Aviv/Israel

21.3.2001, Einführung in den Ferngesprachkurs „Einblicke“, Goethe-Institut Jerusalem

12.5.2001, Vorstellung der ProGr@mm-Konzeption, Tagung des Projektverbunds PortaLingua, Universität Essen

23.7.2001, Projekte und Simulationen in und zu Lehrwerken, Lehrerfortbildungsseminar des Goethe-Instituts Augsburg

2.8.2001, Sequenzieren Sie mal! (Phonetik), Internationaler Deutschlehrertag, Luzern/Schweiz

20.10.2001, Unterrichtsprojekte, Deutschlehrertag der „Regio“, Freiburg

**Dr. Peter Wagener**

31.1.2001, Languages in a Virtual World: German and German-American Dialects on the Internet, Max Kade Institute, University of Wisconsin, Madison/USA

31.3.2001, Wozu noch Deutsch? Funktionen und Funktionsverluste des Deutschen in Wisconsin, International Symposium on German, Settlement Dialects: Sprachinselnkonferenz 2001, Max Kade Center for German-American Studies, University of Kansas, Lawrence/USA

10.4.2001, Sprachbiographien deutschstämmiger Emigranten und Ausiedler, German Department, University of Wisconsin, Madison/USA

- 23.4.2001, Sprachverlust, 7. Germanic Linguistics Annual Conference, University of Alberta, Banff/Canada
- 26.4.2001, Corpus Linguistics in the Internet: German Dialects Virtual, Department of Foreign Languages, Iowa State, Ames/USA
- 16.10.2001, Databases of Spoken German, Linguistic Data Consortium, University of Pennsylvania, Philadelphia/USA
- 22.10.2001, Language Loss, Linguistic Laboratories, University of Pennsylvania, Philadelphia/USA
- 23.10.2001, Spoken German online: The virtual German Language Archives, Department of German and Slavic Studies, University of Georgia, Athens/USA
- 27.10.2001, Ist Niederdeutsch eine Minderheitensprache? Zur Sprachpolitik in Norddeutschland, 3<sup>rd</sup> International Symposium on Eurolinguistics, Universität Mannheim

**Dr. Ulrich Hermann Waßner**

- 26.3.2001, Repetitive Konnektoren, Gesellschaft für Sprache und Sprachen e. V. (GESUS), Bochum

**Prof. Dr. Gisela Zifonun**

- 27.4.2001, Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich: Sprachtypologie und einzelsprachliche Grammatikographie, Germanistisches Institut, Universität Potsdam
- 27.9.2000, Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich: Der Relativsatz, Wirtschaftshochschule Kopenhagen/Dänemark

**5. Im Berichtsjahr erschienene Publikationen von IDS-Mitarbeitern**

**Dr. Jannis Androutsopoulos**

Androutsopoulos, Jannis (2001): From the streets to the screens and back again: On the mediated diffusion of variation patterns in contemporary German. In: LAUD Linguistic Agency, Series A: No. 522. Universität Essen. 27 S.

Androutsopoulos, Jannis (2001): *Ultra korregd Alder!* Zur medialen Stilisierung und Popularisierung von „Türkendeutsch“. [http://www.linse.uni-essen.de/papers/ultra\\_korregd/ultra\\_korregd.pdf](http://www.linse.uni-essen.de/papers/ultra_korregd/ultra_korregd.pdf)

Androutsopoulos, Jannis/Hinnenkamp, Volker (2001): Code-Switching in der bilingualen Chat-Kommunikation: ein explorativer Blick auf hellas und turks. In: Beißwenger, Michael (Hg.): Chat-Kommunikation: Sprache, Interaktion, Sozialität & Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Stuttgart: Ibidem. S. 67–401.

Androutsopoulos, Jannis (2001): Von *fett* zu *fabelhaft*: Jugendsprache in der Sprachbiographie. In: Gessinger, Joachim/Sachweh, Svwenja (Hg.): Sprechalter. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 62, S. 55–78.

Androutsopoulos, Jannis (2001): Textsorten und Fankulturen. In: Klein, Josef/ Habscheid, Stephan/Fix, Ulla (Hg.): Kulturspezifika von Textsorten. Tübingen: Stauffenburg. S. 33–50.

Androutsopoulos, Jannis (2001): *selbst, wenn es in der Bravo steht*: Medien über Medien in der Jugendkultur. In: merz [medien + erziehung] 2/ 2001, S. 86–94.

Androutsopoulos, Jannis (2001): What names reveal about the music style: A study of naming patterns in popular music. In: Németh, Enikő (Hg.): Pragmatics in 2000. Antwerp: International Pragmatics Association. Vol. 2, S. 16–29.

Iordanidou, Anna/Androutsopoulos, Jannis (2001): Youth slang in Modern Greek. In: Georgakopoulou, Alexandra/ Spanaki, Marianna (Hg.): A Reader in Greek Sociolinguistics. Frankfurt a. M.: Peter Lang. S. 285–302.

Androutsopoulos, Jannis (2001) [in griechischer Sprache]: Linguistic approaches to journalistic language: genres, variation and ideology. In: Journalists' Union of the Athens Daily Newspapers (Hg.): Journalism and language. Athens: ESIEA. S. 167–184.

Androutsopoulos, Jannis (2001): Kontaktanzeigen – und was man damit machen kann. In: Der Deutschunterricht 2/2001, S. 88–91.

Androutsopoulos, Jannis (2001): Rezension „Eva Martha Eckkrammer/ Eder, Maria Hildegund: (Cyber)Diskurs zwischen Konvention und Revolution. Frankfurt. 2000. 344 S.“ In: *sprache@web*, Universität Hannover. <http://www.websprache.net/literatur/rezensionen/3631348312.htm>

#### **Dr. Karl-Heinz Bausch**

Bausch, Karl-Heinz/Steffens, Doris (2001): „Deutsche und Bulgaren im Gespräch“, Universität Sofia. In: Sprachreport 3/2001, S. 24.

#### **Cyril Belica**

Belica, Cyril (2001): Von absoluten Häufigkeiten zum Differenzenkoeffizienten. <http://www.ids-mannheim.de/kt/diffcoeff.doc>

#### **PD Dr. Nina Berend**

Knipf-Komlósi, Elisabeth/Berend, Nina (Hg.) (2001): Regionale Standards. Sprachvariationen in deutschsprachigen Ländern. Budapest-Pécs: Dialóg Campus Kiadó. S. 164.

#### **PD Dr. Hardarik Blühdorn**

Blühdorn, Hardarik (2001): Generische Referenz: Ein semantisches oder ein pragmatisches Phänomen? In: Deutsche Sprache 29, S. 1–19.

Blühdorn, Hardarik (2001): A codificação de informação espacial no alemão e no português do Brasil: Adposições e advérbios como meios para especificar relações estáticas [Die Kodierung von Rauminformation im Deutschen und im brasilianischen Portugiesisch: Adpositionen und Adverbien als Mittel zur Spezifizierung statischer Relationen]. São Paulo: Humanitas Publicações. 400 S.

**Michael Beißwenger**

Beißwenger, Michael (2001): Stoibers *Kreuzzug* und der *Canossa-Gang* des Bundestrainers. Spuren von Geschichtlichem in metaphorischen Wendungen der Alltagssprache. In: Lehr, Andrea/Kammerer, Matthias et al. (Hg.): *Sprache im Alltag. Beiträge zu neuen Perspektiven in der Linguistik*. Herbert Ernst Wiegand zum 65. Geburtstag gewidmet. Berlin u. a.: de Gruyter. S. 129–149.

Beißwenger, Michael (Hg.) (2001): *Chat-Kommunikation. Sprache, Interaktion, Sozialität & Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Perspektiven auf ein interdisziplinäres Forschungsfeld*. Stuttgart: Ibidem-Verlag. 580 S.

Beißwenger, Michael (2001): Einleitung. In: Beißwenger, Michael (Hg.): *Chat-Kommunikation. Sprache, Interaktion, Sozialität & Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Perspektiven auf ein interdisziplinäres Forschungsfeld*. Stuttgart: Ibidem-Verlag. S. IX–XVI.

Beißwenger, Michael (2001): Introduction. In: Beißwenger, Michael (Hg.): *Chat-Kommunikation. Sprache, Interaktion, Sozialität & Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Perspektiven auf ein interdisziplinäres Forschungsfeld*. Stuttgart: Ibidem-Verlag. S. XVII–XXIII.

Beißwenger, Michael (2001): Das interaktive Lesespiel. Chat-Kommunikation als mediale Inszenierung. In: Beißwenger, Michael (Hg.): *Chat-Kommunikation. Sprache, Interaktion, Sozialität & Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Perspektiven auf ein interdisziplinäres Forschungsfeld*. Stuttgart: Ibidem-Verlag. S. 79–138.

Beißwenger, Michael/Pütz, Ulrike (2001): „hauptsache wir verstehen uns gegeneinander“. Ver(fremd)sprachlichung und Ausdrucksbildung in textbasierten Gehörlosen-Webchats. In: Beißwenger, Michael (Hg.): *Chat-Kommunikation. Sprache, Interaktion, Sozialität & Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Perspektiven auf ein interdisziplinäres Forschungsfeld*. Stuttgart: Ibidem-Verlag. S. 403–429.

Beißwenger, Michael (2001): Rezension: „Hans-Rainer Beck: Politische Rede als Interaktionsgefüge: Der Fall Hitler. Tübingen: Niemeyer. 2001. 225 S. (Linguistische Arbeiten 436)“. In: *Zeitschrift für Angewandte Linguistik* 35, S. 105–118.

**Dr. Eva Breindl**

Breindl, Eva (2001): Rezension: „Pittner, Karin: *Adverbiale im Deutschen. Untersuchungen zu ihrer Stellung und Interpretation*. Tübingen: Stauffenburg Verlag 1999“. In: *Zeitschrift für Sprachwissenschaft* 20/2, S. 280–286.

Breindl, Eva (2001): Präpositionalphrasen. <http://hypermedia.ids-mannheim.de/grammis/>

**Dr. Elke Donalies**

Donalies, Elke (2000): Wortbildungspflege. Folge 3: *Azubi mit Abi*. In: Sprachreport 4/2000, S. 30. (Nachtrag).

Donalies, Elke (2001): Wortbildungspflege. Folge 4: Der maskulistische Hexerich. In: Sprachreport 1/2001, S. 24–26.

Donalies, Elke (2001): Wortbildungspflege. Folge 5: Über Liebes und Böses. In: Sprachreport 2/2001, S. 29.

Donalies, Elke (2001): Wortbildungspflege. Folge 6: Donaudampfschiffahrtskapitänskompisitabildungsexpertenrunde. In: Sprachreport 3/2001, S. 17 f.

Donalies, Elke (2001): Wortbildungspflege. Folge 7: Hipptes Sterbing. In: Sprachreport 4/2001, S. 25 f.

**Dr. Mechthild Elstermann**

Elstermann, Mechthild (2001): Rezension: Die Sprachmauer. In: Sprachreport 3/2001, S. 5–8.

**Prof. Dr. Reinhard Fiehler**

Fiehler, Reinhard (2000): Gesprochene Sprache – gibt's die? In: Ágel, V./Herzog, A. (Hg.): Jahrbuch der ungarischen Germanistik 2000. Budapest/Bonn. S. 93–104. (Nachtrag).

Fiehler, Reinhard (2001): Die kommunikative Verfertigung von Altersidentität. In: Sichelschmidt, Lorenz/Strohner, Hans (Hg.): Sprache, Sinn und Situation. Festschrift für Gert Rickheit zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag. S. 125–144.

Fiehler, Reinhard (2001): Emotionalität im Gespräch. In: Brinker, Klaus/Antos, Gerd/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. 2. Halbband: Gesprächslinguistik. Berlin/New York: de Gruyter. S. 1425–1438. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16.2).

Fiehler, Reinhard (2001): Gesprächsanalyse und Kommunikationstraining. In: Brinker, Klaus/Antos, Gerd/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. 2. Halbband: Gesprächslinguistik. Berlin/New York: de Gruyter. S. 1697–1710. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16.2).

**Dr. Kristine Fischer-Hupe**

Fischer-Hupe, Kristine (2001): Zur Entstehungs-, Editions- und Rezeptionsgeschichte von Victor Klemperers „LTI“. In: Siehr, Karl-Heinz (Hg.): Victor von Klemperers Werk. Texte und Materialien für Lehrer. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag. S. 32–53.

Fischer-Hupe, Kristine (2001): Zu Victor Klemperers „LTI“: ein Auswahl-

register für den Schulgebrauch. In: Siehr, Karl-Heinz (Hg.): Victor von Klemperers Werk. Texte und Materialien für Lehrer. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag. S. 291–301.

**Prof. Dr. Claudia Fraas**

Fraas, Claudia (2001): Usuelle Wortverbindungen als sprachliche Manifestation von Bedeutungswissen. Theoretische Begründung, Methodischer Ansatz und empirische Befunde. In: Nikula, Henrik/Drescher, Robert (Hg.): Lexikon und Text. Vaasa. S. 41–66.

**Daniel Glatz**

Glatz, Daniel (2001): Zur Ereignisstruktur von Kommunikationsverben. In: Harras, Gisela (Hg.): Kommunikationsverben. Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. Tübingen: Narr. S. 33–59. (Studien zur deutschen Sprache Bd. 24).

**Prof. Dr. Gisela Harras**

Harras, Gisela (2001): Alltag, Lebenswelt, Lebensform und Sprache. Ein Gespräch. In: Lehr, Andrea/Kammerer, Matthias et alii (Hg.): Sprache im Alltag. Beiträge zu neuen Perspektiven in der Linguistik. Herbert Ernst Wiegand zum 65. Geburtstag gewidmet. Berlin/New York. S. 41–55.

Harras, Gisela (Hg.) (2001): Kommunikationsverben: Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. Tübingen: Narr. 229 S. (Studien zur deutschen Sprache Bd. 24).

Harras, Gisela (2001): Performativität, Sprechakte und Sprechaktverben. In: Harras, Gisela (Hg.): Kommunikationsverben: Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. Tübingen: Narr. S. 11–32.

Harras, Gisela (2001): Synonymie und Synonymik. In: Harras, Gisela (Hg.): Kommunikationsverben: Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. Tübingen: Narr. S. 131–193.

**Prof. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr**

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Deutsche Wörterbücher – Brennpunkt von Sprach- und Kulturgeschichte, Berlin: de Gruyter. 411 S.

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Zur Mikrostruktur im Hypertext-Wörterbuch. In: Lemberg, Ingrid/Schröder, Bernhard/Storrer, Angelika (Hg.): Chancen und Perspektiven computerunterstützter Lexikographie. Tübingen: Niemeyer. S. 103–115 (Lexicographica. Series Maior, 107).

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Sprache im Alltag als Konstruktion von Lexikografie und Sprachwissenschaft. In: Lehr, Andrea/Kammerer, Matthias/Konerding, Klaus-Peter/Storrer, Angelika/Thimm, Caja/Wolski, Werner (Hg.): Sprache im Alltag. Beiträge zu neuen Perspektiven in der Linguistik. Herbert Ernst Wiegand zum 65. Geburtstag gewidmet. Berlin. S. 57–70.



Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Hermann Paul. In: Neue Deutsche Biographie. Hrsg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 20. Bd., Berlin. S. 115–116.

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Die Grenzen des Stolzes im Deutschen. In: Sprachreport 2/2001, S. 2–4.

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Agathe Lasch (1879–1942?). In: Barner, Wilfried/König, Christoph (Hg.): Jüdische Intellektuelle und die Philologien in Deutschland 1871–1933. Göttingen: Wallstein. S. 203–211. (Marbacher Wissenschaftsgeschichte Bd. 3).

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Zur Sprachkritik der Achtundsechziger. In: Ott, Ulrich/Luckscheiter, Roman (Hg.): Belles lettres/Graffiti. Soziale Phantasien und Ausdrucksformen der Achtundsechziger. Göttingen: Wallstein. S. 115–121.

### **Dr. Klaus Heller**

Heller, Klaus (2001): Statement zu „Verändert elektronische Kommunikation unsere Sprache?“ In: New World 1/2001, S. 7.

Heller, Klaus (2001): Rechtschreibung 2000. Wörterliste der geänderten Schreibungen. Lizenzausgabe in bulgarischer Sprache. Sofia. 78 S.

Heller, Klaus (2001): Die Last der Freiheit oder Von den engen Grenzeiner weit gedachten Norm. Erfahrungen bei der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung. In: Text und Kontext. Zeitschrift für germanistische Literaturforschung in Skandinavien. Kopenhagen/München, Jg. 23, Heft 2, S. 311–331. (Nachdruck aus Språkbrukeren – fri til å velge? Artikler om homogen og heterogen språknorm. Kristiansand 1999).

### **Prof. Dr. Dieter Herberg**

Herberg, Dieter (2001): Neologismen der Neunzigerjahre. In: Stickel, Gerhard (Hg.): Neues und Fremdes im deutschen Wortschatz. Aktueller lexikalischer Wandel. Berlin/New York. S. 89–104. (Jahrbücher des Instituts für deutsche Sprache).

Herberg, Dieter (2001): Anglizismen: Kein Grund zur Panik. Unverdauliche Wörter werden wieder abgestoßen. In: Journalistik Journal, Jg. 4, Nr. 1, S. 22 f.

Herberg, Dieter (2001): Euro: The Career of a European Neologism in German Press Texts (1995–1999). In: Musolff, Andreas/Good, Colin/Points, Petra/Wittlinger, Ruth (Hg.): Attitudes Towards Europe. Language in the unification process. Aldershot/Burlington USA/Singapore/Sydney: Ashgate Publishing Ltd. S. 113–151.

Herberg, Dieter (2001): Euro. Zur Karriere eines europäischen Neologismus in deutschen Presstexten (1995–1999). <http://www.dur.ac.uk/SMEL/depts/german/eurometa/Eurocorp-analysis.htm>

Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (2001): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90.

Berlin, New York: Walter de Gruyter 1997. (Schriften des Instituts für Deutsche Sprache 6). (CD-Rom Sofia 2001).

Herberg, Dieter (2001): Plädoyer für mehr Sensibilität beim Übereinanderreden. In: Antos, Gerd/Fix, Ulla/Kühn, Ingrid (Hg.): Deutsche Sprach- und Kommunikationserfahrungen zehn Jahre nach der „Wende“. Frankfurt am Main/Berlin/Bern. S. 261–263. (Wittenberger Beiträge zur deutschen Sprache und Kultur 2).

### **Prof. Dr. Werner Kallmeyer**

Kallmeyer, Werner/Streeck, Jürgen (2001): Interaction by inscription. In: *Journal of Pragmatics* 33, S. 465–490.

Kallmeyer, Werner (2001): Beraten und Betreuen. Zur gesprächsanalytischen Untersuchung von helfenden Interaktionen. In: *Zeitschrift für Qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung* 2, S. 227–252.

Kallmeyer, Werner (2001): Perspektivenumkehrung als Element des emanzipatorischen Stils in Migrantengruppen. In: Jakobs, Eva Maria/Rothkegel, Annelie (Hg.): *Perspektiven auf Stil. Festschrift für Barbara Sandig zum 60. Geburtstag*. Tübingen. S. 397–418.

### **Dr. Heidrun Kämper**

Kämper, Heidrun (2001): Words, Phrases and Argumentational Structures in the German Debate on Europe in the Early Post-War Period. In: Mulsolf, Andreas/Good, Colin/Points, Petra/Wittlinger, Ruth (Hg.): *Attitudes Towards Europe. Language in the unification process*. Aldershot/Burlington USA/Singapore/Sydney: Ashgate Publishing Ltd. S. 89–113.

Kämper, Heidrun (2001): Europa – Formeln, Begriffe und Argumente in der frühen Nachkriegszeit. <http://www.dur.ac.uk/SMEL/depts/german/eurometa/EuroIdee-analysis.htm>

Kämper, Heidrun (2001): Die Amerikanisierung der deutschen Sprache. In: Junker, Detlef/Gassert, Philipp/Mausbach, Wilfried/Morris, David B. (Hg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch*. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt. S. 496–507.

Kämper, Heidrun (2001): Das Sprach- und Kulturkonzept Victor Klemperers. In: Siehr, Karl-Heinz (Hg.): *Victor von Klemperers Werk. Texte und Materialien für Lehrer*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag. S. 53–69.

Kämper, Heidrun (2001): Jugendsprache um 1900 und die schöne Literatur. In: *Der Deutschunterricht* 1/2001, S. 47–58.

### **PD Dr. Inken Keim**

Keim, Inken (2000): Der Umgang mit territorialen Ansprüchen als Merkmal sozialen Stils. Am Beispiel von Interaktionen aus zwei Frauengruppen in Mannheim. In: Lüger, Heinz-Helmut (Hg.): *Höflichkeitsstile*. Berlin/New York. S. 187–212. (Nachtrag).

Keim, Inken (2001): Klatsch und Tratsch als lustvolles Gruppenerlebnis. Eine ethnographisch-soziolinguistische Studie. In: Ivanyi, Zsuzsan-

na (Hg.): Gesprächsforschung: Tendenzen und Perspektiven. Debrecen. S. 131–153.

#### **Dr. Michael Kinne**

Kinne, Michael (2001): Aus dem Unwörterbuch des Menschen. Über ein Lexikon mit verletzenden, verharmlosenden, täuschungsvollen und beschönigenden, aber auch mit ziemlich harmlosen und sehr vielen ganz braven Wörtern (Rezension). In: Sprachreport 1/2001, S. 18–19.

#### **Ralf Knöbl**

Knöbl, Ralf (2001): Form und Funktion von Sprachmischung. Erstes Kolloquium der DFG-Forscherguppe „Sprachvariation als kommunikative Praxis“ (Mannheim, 1.–2. Dezember 2000). In: Deutsche Sprache 1/2001, S. 90–96.

#### **Dr. Anja Lobenstein-Reichmann**

Lobenstein-Reichmann, Anja (2001): Vom Adel christlicher Freiheit. In: Hartweg, Frédéric (Hg.): Martin Luther. Strasbourg. S. 63–137.

Lobenstein-Reichmann, Anja (2001): Rezension: „Rudolf Grosse (Hg.): Bedeutungserfassung und Bedeutungsbeschreibung in historischen und dialektologischen Wörterbüchern. Stuttgart, Leipzig: Hirzel. 1998“. In: Donhauser, Karin et alii. (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Deutschen Sprache und Literatur. Bd. 123, Heft 1, S. 99–103.

Lobenstein-Reichmann, Anja/Reichmann, Oskar (2001): „... iederman wolt gen himl“. Das frühneuhochdeutsche Wörterbuch als Spiegel der Kulturgeschichte. In: Der Sprachdienst, Jahrgang 45, Heft 4, S. 134–141.

Anderson, Robert R./Goebel, Ulrich/Reichmann, Oskar (Hg.): Frühneuhochdeutsches Wörterbuch. Berlin/New York: de Gruyter. 1989 ff. hier: Frühneuhochdeutsches Wörterbuch (2001): *gnacke* – *grossprecher*. Bearbeitet von Anja Lobenstein-Reichmann. Berlin/New York: de Gruyter. 2001. Spalten 1–512. (Frühneuhochdeutsches Wörterbuch 7/Lieferung 1).

#### **Prof. Dr. Katharina Meng**

Meng, Katharina (2001): Russlanddeutsche Sprachbiografien. Untersuchungen zur sprachlichen Integration von Aussiedlerfamilien. Unter Mitarbeit von Ekaterina Protassova. Tübingen: Gunter Narr. 549 S. (Studien zur deutschen Sprache Bd. 21).

Meng, Katharina (2001): Sprachliche Integration von Aussiedlern. Einige Ergebnisse, einige Probleme. In: Sprachreport 2/2001, S. 4–11.

#### **PD Dr. Gereon Müller**

Müller, Gereon (2000): Elemente der optimalitätstheoretischen Syntax. Tübingen: Stauffenburg Verlag. 344 S. (Erschienen 2001).

Müller, Gereon/Sternefeld, Wolfgang (Hg.) (2001): Competition in Syntax. Berlin: Mouton de Gruyter. 410 S.

Müller, Gereon/Sternefeld, Wolfgang (2001): The Rise of Competition in

Syntax: A Synopsis. In: Müller, Gereon/Sternefeld, Wolfgang (Hg.): *Competition in Syntax*. Berlin: Mouton de Gruyter. S. 1–68.

Müller, Gereon (2001): Order Preservation, Parallel Movement, and the Emergence of the Unmarked. In: Legendre, Géraldine/Grimshaw, Jane/Vikner, Sten (Hg.): *Optimality-Theoretic Syntax*. Cambridge, Mass: MIT Press. S. 279–313.

### **Kristel Proost**

Proost, Kristel (2001): Zum Lexikalisierungsraum kommunikativer Konzepte. In: Harras, Gisela (Hg.) (2001): *Kommunikationsverben: Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation*. Tübingen: Narr. S. 77–129. (Studien zur deutschen Sprache Bd. 24).

Proost, Kristel (2001): Warum *LÜGEN* & CO., aber nicht *WAHRSAGEN*? Asymmetrien im Wortschatz. In: *Sprachreport* 1/2001. S. 14–17.

### **Dr. Herbert Schmidt**

Schmidt, Herbert (Hg.) (2001): *Einführung in die Diachrone Sprachwissenschaft*. Ein Lehr-, Studien- und Übungsbuch für Germanisten. 5., verbesserte, erweiterte und vollständig überarbeitete Auflage. Göttingen. 293 S. (Göttinger Arbeiten zur Germanistik; 459).

### **Dr. Rudolf Schmidt**

Schmidt, Rudolf (2001): Instrumente zur Erstellung multimedialer Gesprächskorpora. In: Lobin, H. (Hg.): *Sprach- und Texttechnologie in digitalen Medien – Proceedings der GLDV-Frühjahrstagung 2001*. Norderstedt. S. 115–127.

### **Dr. Wilfried Schütte**

Schütte, Wilfried/Born, Joachim (2000): Die Stellung des Deutschen in den europäischen Institutionen. In: Besch, Werner/Betten, Anne/Reichmann, Oskar/Sonderegger, Stefan (Hg.): *Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung*. 2. Auflage. Berlin/New York. S. 2175–2186.

Schütte, Wilfried (2001): Alltagsgespräche. In: Brinker, Klaus/Antos, Gerd/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F.(Hg.): *Text- und Gesprächslinguistik. Linguistics of Text and Conversation. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. An International Handbook of Contemporary Research*. 2. Halbband. Berlin/New York: de Gruyter. S. 1485–1492.

### **Dr. des Ulrich Schnörch**

Schnörch, Ulrich (2001): *PONS Großes Schulwörterbuch Deutsch*. Stuttgart/Düsseldorf/Leipzig: Ernst Klett Verlag. 1380 S. (Ulrich Schnörch = Mitautor).

Schnörch, Ulrich (2001): Lemmatisierung und Wortschatzauswahl. <http://www.ids-mannheim.de/wiw/lemmatisierung.html>

Schnörch, Ulrich (2001): Deskriptive vs. Präskriptive Ausrichtung –

Sprachreflexion. <http://www.ids-mannheim.de/wiw/sprachreflexion.html>  
Schnörch, Ulrich (2001): Historische und sachliche Zusatzinformationen.  
<http://www.ids-mannheim.de/wiw/gesa.html>

### **PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy**

Spranz-Fogasy, Thomas (2001): Zur Methodologie der Handlungsstrukturanalyse von Gesprächen (mit Carmen Spiegel). In: Ivanyi, S. (Hg.): Gesprächsforschung. Reihe Metalinguistica. Frankfurt. S. 243–257.

Spranz-Fogasy, Thomas/Deppermann, A. (2001): Teilnehmende Beobachtung in der Gesprächsanalyse. In: Brinker, K./Antos, G./Heinemann, W./Sager, S. F. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Berlin/New York. S. 1007–1013.

Spranz-Fogasy, Thomas/Deppermann, A. (2001): Aspekte und Merkmale der Gesprächssituation. In: Brinker, K./Antos, G./Heinemann, W./Sager, S. F. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Berlin/New York. S. 1148–1161.

Spranz-Fogasy, Thomas/Spiegel, C. (2001): Aufbau und Abfolge von Gesprächsphasen. In: Brinker, K./Antos, G./Heinemann, W./Sager, S. F. (Hg.): Text- und Gesprächslinguistik. Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Berlin/New York. S. 1241–1252.

### **Dr. Doris Steffens**

Bausch, Karl-Heinz/Steffens, Doris (2001): „Deutsche und Bulgaren im Gespräch“, Universität Sofia. In: Sprachreport 3/2001, S. 24.

Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (2001): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1997. (Schriften des Instituts für Deutsche Sprache 6). (CD-Rom Sofia 2001).

### **Dr. Kathrin Steyer**

Steyer, Kathrin (2001): Usuelle Wortverbindungen. <http://www.wiw/mehrwort.shtml>

Steyer, Kathrin (2001): Pragmatische Perspektive. <http://www.wiw/pragmatik.html>

### **Prof. Dr. Gerhard Stickel**

Stickel, Gerhard (2001): Wissenschaftssprachen an deutschen Forschungsinstituten. In: Ehlich, Konrad/Ossner, Jakob/Stammerjohann, Harro (Hg.): Hochsprachen in Europa. Entstehung, Geltung, Zukunft. Freiburg i.Br. S. 309–320.

Stickel, Gerhard (2001): Deutsch als Wissenschaftssprache an außeruniversitären Forschungsinstituten. In: Debus, Friedhelm/Krollmann, Franz Gustav/Pörksen, Uwe (Hg.): Deutsch als Wissenschaftssprache im 20. Jahrhundert. Vorträge des Internationalen Symposions vom 18./19. Januar 2000. Mainz: Akademie der Wiss. und der Literatur. Stuttgart: Steiner. S. 125–142.

Stickel, Gerhard/Gerhardt, Rudolf (2001): Die Sprache der Juristen ist besser als ihr Ruf. In: Zeitschrift für Rechtspolitik mit Rechtspolitischer Umschau, Mai 2001, 34. Jg., S. 229–232.

Stickel, Gerhard (2001): Memorandum: Politik für die deutsche Sprache. In: Sprachreport 3/2001, S. 8–11.

Stickel, Gerhard (2001): Ost- und westdeutsche Spracheinstellungen. In: Kühn, Ingrid (Hg.): Ost-West-Sprachgebrauch – zehn Jahre nach der Wende. Eine Disputation. Opladen. S. 51–64.

Stickel, Gerhard (2001): (Hg.): Neues und Fremdes im deutschen Wortschatz. Aktueller lexikalischer Wandel. Jahrbuch 2000 des Instituts für Deutsche Sprache. Berlin/New York. VIII, 388 S.

### **Dr. Angelika Storrer**

Storrer, Angelika (2001): Sprachliche Besonderheiten getippter Gespräche: Sprecherwechsel und sprachliches Zeigen in der Chat-Kommunikation. In: Beißwenger, Michael (Hg.): Chat-Kommunikation. Sprache, Interaktion, Sozialität und Identität in synchroner computervermittelter Kommunikation. Stuttgart: ibidem. S. 3–24.

Lehr, Andrea/Kammerer, Matthias/Konerding, Klaus-Peter/Storrer, Angelika/Thimm, Caja/Wolski, Werner (Hg.) (2001): Sprache im Alltag. Beiträge zu neuen Perspektiven in der Linguistik. Herbert Ernst Wiegand zum 65. Geburtstag gewidmet. Berlin u. a.: de Gruyter. S. 634.

Storrer, Angelika (2001): Getippte Gespräche oder dialogische Texte? Zur kommunikationstheoretischen Einordnung der Chat-Kommunikation. In: Lehr, Andrea/Kammerer, Matthias et al. (Hg.): Sprache im Alltag. Beiträge zu neuen Perspektiven in der Linguistik. Herbert Ernst Wiegand zum 65. Geburtstag gewidmet. Berlin u. a.: de Gruyter. S. 439–465.

Storrer, Angelika (2001): Schreiben, um besucht zu werden: Textgestaltung fürs World Wide Web. In: Bucher, Hans-Jürgen/Püschel, Ulrich (Hg.): Die Zeitung zwischen Print und Digitalisierung. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 173–205.

Storrer, Angelika (2001): Neue Medien – neue Stilfragen: Das World Wide Web unter stilistischer Perspektive. In: Jakobs, Eva-Maria/Rothkegel, Annely (Hg.): Perspektiven auf Stil. Tübingen: Niemeyer. S. 101–124.

Lemberg, Ingrid/Schröder, Bernhard/Storrer, Angelika (Hg.) (2001): Chancen und Perspektiven computergestützter Lexikographie. Hypertext, Internet und SGML/XML für die Produktion und Publikation digitaler Wörterbücher. Tübingen: Niemeyer. 270 S.

Lemberg, Ingrid/Schröder, Bernhard/Storrer, Angelika: Einführung. In: Lemberg, Ingrid/Schröder, Bernhard/Storrer, Angelika (Hg.) (2001): Chancen und Perspektiven computergestützter Lexikographie. Hypertext, Internet und SGML/XML für die Produktion und Publikation digitaler Wörterbücher. Tübingen: Niemeyer. S. 1–4.

Storrer, Angelika (2001): Digitale Wörterbücher als Hypertexte: Zur Nutzung des Hypertextkonzepts in der Lexikographie. In: Lemberg, Ingrid/Schröder, Bernhard/Storrer, Angelika (Hg.): Chancen und Perspektiven computergestützter Lexikographie. Hypertext, Internet und SGML/XML für die Produktion und Publikation digitaler Wörterbücher. Tübingen: Niemeyer. S. 88–104.

Cölfen, Hermann/Liebert, Wolf-Andreas/Storrer, Angelika (Hg.) (2001): Wissenskonstruktion mit Hypermedien. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie. OBST 63/ 2001. 164 S.

### **Prof. Dr. Bruno Strecker**

Strecker, Bruno (2000): Logik und die Bedeutung von Sätzen der deutschen Sprache. In: Lueken, Geert-Lueke (Hg.): Formen der Argumentation, Leipzig. S. 131–140. (Nachtrag).

Strecker, Bruno (2001): Grammatik in Forschung und Unterricht. In: Grammatik und Grammatikunterricht. Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbands, Heft 1/2001, S. 10–17.

Strecker, Bruno (2001): Kurze Präsentation der „Grammatik der deutschen Sprache“ mit einem Ausblick auf neuere Formen der Grammatikschreibung. In: Grammatik und Grammatikunterricht. Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbands, Heft 1/2001, S. 108–117.

### **Dr. Elke Tellenbach**

Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (2001): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1997. (Schriften des Instituts für Deutsche Sprache 6). (CD-Rom Sofia 2001).

Tellenbach, Elke (2001): Neologismen der neunziger Jahre. Vom Textkorpus zur Datenbank. In: Barz, Irmhild/Fix, Ulla/Lerchner, Gotthard (Hg.): Das Wort in Text und Wörterbuch. Leipzig. S. 105–118. (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse. Band 76, Heft 4).

### **Dr. Annette Trabold**

Trabold, Annette (2001): Deutsch – eine Sprache, die Menschen und Kulturen näher bringt. In: Sprachreport 3/2001, S. 23.

### **Dr. Ulrich Hermann Waßner**

Waßner, Ulrich Hermann (Hg.) (2001): *Lingua et Linguae*. Festschrift für Clemens-Peter Herbermann zum 60. Geburtstag. Aachen: Shaker Verlag. VIII/471 S. (Bochumer Beiträge zur Semiotik. Neue Folge 6.).

Waßner, Ulrich Hermann (2001): *Halb zog sie ihn, halb sank er hin* – Anmerkungen zu einem phraseologischen Konnektor des Deutschen. In: Waßner, Ulrich Hermann (Hg.), *Lingua et Linguae*. Festschrift für Cle-

mens-Peter Herbermann zum 60. Geburtstag. Aachen: Shaker Verlag. S. 447–468. (Bochumer Beiträge zur Semiotik. Neue Folge 6).

### **Dr. Edeltraud Winkler**

Winkler, Edeltraud (2001): Möglichkeiten der semantischen Dekomposition von Kommunikationsverben. In: Harras, Gisela (Hg.): Kommunikationsverben. Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. Tübingen: Narr. S. 61–76. (Studien zur deutschen Sprache Bd. 24).

Winkler, Edeltraud (2001): Aufbau und Gliederung einer Synonymik deutscher Sprechaktverben. In: Harras, Gisela (Hg.): Kommunikationsverben. Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. Tübingen: Narr. S. 61–76. (Studien zur deutschen Sprache Bd. 24).

### **Prof. Dr. Gisela Zifonun**

Zifonun, Gisela (2000): „Man lebt nur einmal“. Morphosyntax und Semantik des Pronomens *man*. In: Deutsche Sprache 3/2000, S. 232–253. (Nachtrag).

Zifonun, Gisela (2001): Die „Grammatik der deutschen Sprache“: eine wissenschaftliche Grammatik als Schlüssel zu authentischem Gegenwartsdeutsch. In: Zickfeldt, Aug. Wilhelm/Issel, Burkhard/Ehlich, Konrad (Hg.): Deutsch in Norwegen. Neue Beiträge im Gespräch zwischen Germanistik, Lehrerbildung und Schule. Regensburg. S. 40–58. (Materialien Deutsch als Fremdsprache 62).

Zifonun, Gisela (2001): Eigennamen in der Narrenschlacht. Oder: Wie man *Walther von der Vogelweide* in den Genitiv setzt. In: Sprachreport 3/2001. S. 2–5.

Zifonun, Gisela (2001): Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich: Der Relativsatz. 104 S. (amades 3/01).

Zifonun, Gisela (2001): Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich: Das Pronomen Teil I. Überblick und Personalpronomen. (amades 4/01).

## **6. Kontakte des IDS zu anderen Institutionen, Studienaufenthalte und Besuche in- und ausländischer Wissenschaftler am IDS, Praktika, Besuchergruppen**

### **6.1 Kontakte zu anderen Institutionen**

Accademia della Crusca, Florenz

Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Bonn

Arbeitskreis der Sprachzentren, Sprachlehrinstitute und Fremdspracheninstitute

Arbeitsstelle Deutsches Wörterbuch, Berlin

Arbeitsstelle Deutsches Wörterbuch, Göttingen

Arbeitsstelle „Sprache in Südwestdeutschland“, Tübingen



DANTE. Deutschsprachige Anwendervereinigung TEX e. V., Heidelberg  
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn  
Deutsche Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS)  
Deutsche Gesellschaft für Dokumentation (DGD), Frankfurt a. M.  
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn  
Deutscher Germanistenverband  
Deutscher Sprachatlas, Marburg  
DIN-Normenausschuss Terminologie, Berlin  
Dudenredaktion des Bibliographischen Instituts, Mannheim  
EURALEX, European Association for Lexicography, Exeter  
Fachverband Deutsch als Fremdsprache  
Fachverband Moderne Fremdsprachen  
Forschungszentrum für die Landessprachen Finnlands, Helsinki  
Fritz-Thyssen-Stiftung, Köln  
GLDV, Gesellschaft für linguistische Datenverarbeitung, Frankfurt  
Geisteswissenschaftliche Zentren, Berlin  
Gesellschaft für angewandte Linguistik e. V. (GAL)  
Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS), Wiesbaden  
Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH, Bonn  
Goethe-Institut/Inter Nationes, München  
Hugo-Moser-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft,  
Essen  
Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart  
International Association of Sound Archives (IASA)  
Institut für niederdeutsche Sprache (INS), Bremen  
Laboratoire d'Automatique Documentaire et Linguistique (LADL), Paris  
Max-Planck-Institut für Psycholinguistik, Nijmegen  
Nederlandse Taalunie, Den Haag  
Nordischer Sprachenrat, Kopenhagen  
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien  
Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau  
Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart  
Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für russische Sprache,  
Moskau  
Universitäten Mannheim und Heidelberg sowie zahlreiche germanistische  
Institute an weiteren Universitäten und Hochschulen im In- und Ausland  
Verein zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien, Berlin  
Volkswagen-Stiftung, Hannover  
Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)

## 6.2 Studienaufenthalte und Besuche in- und ausländischer Wissenschaftler am IDS

- Teuta Abrashi, M. A., Universität Priština, Kosovo, 19.7.–10.8.2001  
 Hasmik Adilkhanyan, Staatliche Universität Erevan, Armenien, 8.11.2001–26.1.2002  
 Margarita Aharonyan, Staatliche Universität Erevan, Armenien, 8.11.2001–26.1.2002  
 Mohammed al-Schaar, Universität Al-Minia, Ägypten, 1.9.2000–1.9.2005  
 Anna Arabyan, Staatliche Universität Erevan, Armenien, 8.11.2001–26.1.2002  
 Dr. Uldus Aslanowa, Universität Baku, Aserbaidshan, 17.9.–17.11.2001  
 Dr. Birte Asmuss, Universität Aarhus, Dänemark, 23.4.–5.5.2001  
 Hrair Baghramyan, Staatliche Universität Erevan, Armenien, 17.11.2000–12.2.2001  
 Dr. Yasemin Balci, Marmara Universität, Istanbul, Türkei, 22.10.–22.12.2001  
 Dr. Maria Teresa Bianco, Istituto Universitario Orientale, Napoli, Italien, 2.4.–28.5.2001  
 Edyta Blachut, M. A., Universität Breslau, Polen, 1.10.2001–31.7.2002  
 Thomas Blumenrath, Jerusan, Armenien, 8.1.–2.2.2001  
 Emilija Bojkovsk, M. A., Universität Skopje, Mazedonien, 20.2.–28.2.2001  
 Kalé Burrige, La Trobe Universität, Melbourne, Australien, 2.5.–1.6.2001  
 Prof. Dr. San-lii Chang, Fu-Jen Universität, Taipei, Taiwan, 20.6.–24.8.2001  
 Prof. Dr. Lesław Cirko, Universität Breslau, Polen, 17.7.–30.7.2001  
 Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Clyne, Monash Universität, Melbourne, Australien, 12.6.–19.6.2001  
 Dr. Ruxandra Cosma, Universität Bukarest, Rumänien, 1.2.–30.6.2001  
 Dr. Winifred Davies, Universität Wales Aberystwyth, U.K., 1.11.–30.11.2001  
 Prof. Maria José Dominguez Vázquez, Universität Santiago de Compostela, Spanien, 1.7.–30.9.2001  
 Prof. Dr. Martin Durrell, Universität Manchester, Großbritannien, 1.10.–1.11.01  
 Prof. Dr. Csaba Földes, Universität Veszprém, Ungarn, 18.7.–25.7.2001  
 Prof. Dr. Jura Gabrieljan, Universität Erevan, Armenien, 8.1.–29.2.2001  
 Vahram Gharibjanyan, Universität Erevan, Armenien, 1.11.2000–15.2.2001  
 Prof. Wanheng Han†, Tianjin, V.R. China, 24.10.2000–24.1.2001  
 Prof. Dr. Kenichi Hashimoto, Doshisha-Universität Kyoto, Japan, 12.4.2000–31.3.2002  
 Prof. Dr. Monica Heller, Universität Toronto, Ontario, Kanada, 10.9.–31.12.2001  
 Karine Horhannisjan, Universität Erevan, Armenien, 1.12.2001–31.2.2002  
 Dr. Manshu Ide, Shinshu Universität Nagano, Japan, 7.11.2001–30.9.2002

- Dr. Uta Itakura, Keio-Universität, Tokio, Japan, 29.1.–31.3.2001
- Gulnara Ishtuganova, Baschkirische Staatliche Universität Ufa, Russland, 14.8.2000–31.8.2002
- Dr. Sally Johnson, Universität Lancaster, Großbritannien, 1.7.2000–30.6.2001
- Prof. Dr. András Kertész, Universität Debrecen, Ungarn, 1.8.–31.10.2001
- Olga Kortschigo, Leo-Tolstoi-Universität, Tula, Russland, 9.8.–27.9.2001
- Dipl.germ. Jelena Kostić, Universität Belgrad, Jugoslawien, 1.7.–31.8.2001
- Dr. Olga Kostrowa, Pädagogische Universität, Samara, Russland, 23.10.–24.10.2001
- Prof. Dr. Elena Kubryakova, Linguistisches Institut Moskau, Russland
- Hung-Ling Kuo, Fu-Jen Universität Taipei, Taiwan, 20.6.–24.8.2001
- Arusyak Kyurkchyan, Staatliche Universität Erevan, Armenien, 17.11.2000–12.2.2001
- Prof. Dr. Duk Ho Lee, Universität Seoul, Korea, 22.6.–25.8.2001
- Barbara Lübke, Universität Santiago de Compostela, Spanien, 5.7.–3.8.2001
- Meike Meliss, Universität Santiago de Compostela, Spanien, 25.6.–20.7.2001
- Inga Meškauskiene, Pädagogische Universität Vilnius, Litauen, 8.1.–8.3.2001
- Hermine Nazaryan, Fremdsprachen-Hochschule Erevan, Armenien, 16.10.2000–1.3.2001
- Klara Olah Tóth, Universität Veszprém, Ungarn, 28.7.–25.7.2001
- Aicha Ouaret, Universität Algier, Algerien, 17.10.–14.11.2001
- Dr. Viktor Portiannikov, Universität Nishnij Novgorod, Russland, 17.10.–19.10.2001
- Beata Raczynska, Pädagogische Universität Vilnius, Litauen, 14.5.–1.7.2001
- Teresa Sanchez-Nieto, Universität Valladolid, Soria, Spanien, 3.7.–30.7.2001
- Dr. Alexander Sawjalow, Universität Nishnij Novgorod, Russland, 17.10.–19.10.2001
- Prof. Dr. Carlo Serra-Borneto, Universität La Sapienza, Rom, Italien, 21.5.–25.5.2001
- Swetlana Simonowa, Universität Nishnij Novgorod, Russland, 17.10.–19.10.2001
- Prof. Dr. Speranța Stanescu, Universität Bukarest, Rumänien, 1.2.–30.4.2001
- Matt Stevens, Universität Oxford, Großbritannien, 16.7.–29.9.2001
- Patrick Stevenson, Universität Southampton, England, 25.6.–29.6.2001
- Mariana Trendafcheva, Universität Plovdiv, Bulgarien, 1.10.–31.7.2001
- Dipl.-phil. Zorica Trpčevska, Universität Tetovo, Mazedonien, 20.4.–5.7.2001

Céline Vié, Universität Sorbonne, Paris, Frankreich, 1.10.–30.11.2001  
 Dr. phil. hab. Maja Volodina, Lomonosov Universität Moskau, Russland  
 Erminka Zilić, Universität Sarajevo, Bosnien-Herzegowina, 4.5.–17.5.2001  
 Prof. Dr. Jianhua Zhu, Tongji-Universität, Shanghai, VR China, 6.8.2001

### 6.3 Praktika

Ungeachtet der Tatsache, dass Praktika am IDS nicht vergütet werden können, ist ein wachsendes Interesse bei Studierenden an Praktika zu verzeichnen. In der Regel dauert ein Praktikum vier Wochen. Die Studierenden sollten die Zwischenprüfung in Sprachwissenschaft abgelegt haben. Die Tätigkeitsbereiche werden nach Interesse der Studierenden von der Arbeitsstelle Öffentlichkeitsarbeit zusammengestellt.

2001 waren als Praktikanten am IDS:

Christian Duis, 24.08.01–30.10.01 (academica); Robert Drehmann, 11.06.01–02.11.01 (Euro-Schule); Jan Eckhard, 03.09.01–28.09.01 (Universität Heidelberg); Serpil Ergun, 04.09.01–21.09.01 (Universität Istanbul); This Fetzter, 19.03.01–27.04.01 (Schweiz); Kerstin Groß, (Universität Freiburg) 05.06.01–29.06.01; Jasmin Christine Hamsch, 13.08.01–07.09.01 (Universität Karlsruhe); Dagmar Herrmann, 23.07.01–31.08.01; Sarah Hitzler 26.02.01–06.04.01 (Universität Bielefeld); Irmtraud Kaiser, 04.07.01–26.07.01 (Universität Heidelberg); Stephanie Morris, 17.09.01–12.10.01 (Universität Basel); Magdalena Muehlemann, 03.09.01–28.09.01 (Universität Heidelberg); Adam Polarz, 23.01.01–16.01.01; Kathia Samland; 19.03.01–06.04.01 (Universität Bremen); Karin Vorderstemann, 19.02.01–16.03.01 (Universität Freiburg); Stefanie Wagner, 13.04.01–4.09.01 (Universität Trier); Kerstin Zipproth, 19.02.01–16.03.01 (Universität Bamberg)

### 5.4 Besuchergruppen

Im Jahr 2001 waren 10 Besuchergruppen – zusammen rund 260 Personen – Gäste im IDS (die Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie Bibliotheksgäste nicht mitgezählt). Darunter waren 22 Deutschlehrerinnen aus 20 Ländern im Rahmen eines Seminars des Goethe-Instituts sowie Absolventen der Diplom- und Verwaltungsakademien Rhein-Neckar. Auch Schülerinnen und Schüler mehrerer Deutsch-Leistungskurse aus Mannheim, Heidelberg und Umgebung lernten die Erforschung der deutschen Sprache an Ort und Stelle kennen. Darüber hinaus informierten sich in- und ausländische Germanistik-Studierende von deutschen Universitäten im Rahmen ihrer Seminare über die Arbeit des IDS. Die Besuchergruppen erwartet ein möglichst auf ihre Interessen und Forschungsschwerpunkte zugeschnittenes Programm, das von einer allgemeinen Einführung in die Arbeit des IDS und von einer Bibliotheksführung eingerahmt wird.

## **7. Gremien des Instituts für Deutsche Sprache**

### **7.1 Stiftungsrat**

Vorsitzender: Ltd. Min. Rat Dr. Klaus Herberger, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Stellvertreter: Reg. Dir. Dr. Manfred Pusch, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Peter Roschy, Freundeskreis des IDS – LR I Becker (bis Juni), LR I Kobsa (ab Juli), Auswärtiges Amt – Bürgermeister Dr. Peter Kurz, Stadt Mannheim – Prof. Dr. Heinrich Löffler, Universität Basel – Min. Rat Kaag, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

### **7.2 Wissenschaftlicher Beirat**

Vorsitzender: Prof. Dr. Heinrich Löffler, Universität Basel

Stellvertreter: Prof. Dr. Ludwig Eichinger, Universität Kiel (bis März)

Prof. Dr. Konrad Ehlich, Universität München – Prof. Dr. Peter Eisenberg, Universität Potsdam – Prof. Dr. Werner Eroms, Universität Passau – Prof. Dr. Cathrine Fabricius-Hansen, Universität Oslo – Prof. Dr. Hans Uszkoreit, Universität des Saarlandes – Prof. Dr. Peter Wiesinger, Universität Wien – Prof. Dr. Norbert Richard Wolf, Universität Würzburg

### **7.3 Direktor**

Prof. Dr. Gerhard Stickel

### **7.4 Leitungskollegium**

Direktor: Prof. Dr. Gerhard Stickel – Abteilungsleiter: Prof. Dr. Werner Kallmeyer (Pragmatik) – Prof. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr (Lexik) – Prof. Dr. Gisela Zifonun (Grammatik) – Mitarbeiterausschussvorsitzende: Dr. Annette Trabold (bis September), Dr. Kathrin Steyer (ab Oktober)

### **7.5 Mitarbeiterausschuss**

(bis September) Vorsitzende: Dr. Annette Trabold – Stellvertreter: Prof. Dr. Bruno Strecker – Helmut Frosch – Ulrich Reitemeier – Eric Seubert – Dr. Kathrin Steyer – Dr. Wilfried Schütte

(ab Oktober) Vorsitzende: Dr. Kathrin Steyer – Stellvertreterin: Dr. Sabine Karl – Dr. Eva Breindl-Hiller – PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy – Dr. Ulrich Waßner – Dr. Anja Lobenstein-Reichmann – Dr. Kristina Fischer-Hupe

### **7.6 Betriebsrat**

Vorsitzender: Claus Hoffmann

Stellvertreter: Dr. Karl-Heinz Bausch

Stefanie Ablaß (bis 30.4.2001) – Jean-Christoph Clade – Dr. Edeltraud Winkler – Wolfgang Rathke (ab 1.5.2001)

### 7.7 Internationaler Wissenschaftlicher Rat (Stand: Dezember 2001)

Professor Dr. Werner Abraham, Groningen, Niederlande – Professor Dr. Ulrich Ammon, Duisburg – Professor Dr. Gerhard Augst, Siegen – Professor Dr. Peter Bassola, Szeged, Ungarn – Professor Dr. Henning Bergenholtz, Århus, Dänemark – Professor Dr. Anne Betten, Salzburg, Österreich – Professor Dr. Harald Burger, Zürich, Schweiz – Professor Dr. Dieter Cherubim, Göttingen – Professor Dr. Michael Clyne, Clayton, Australien – Professor Dr. Tomasz Czarnecki, Gdansk, Polen – Professor Dr. Martine Dalmas, Paris, Frankreich – Professor Dr. Miloje Dordjevic, Sarajevo, Bosnien-Herzegovina – Professor Dr. Dimitrij Dobrovol'skij, Moskau, Russland – Professor Dr. Martin Durrell, Manchester, Großbritannien – Professor Dr. Veronika Ehrich, Tübingen – Professor Dr. Ulla Fix, Leipzig – Professor Dr. Csaba Földes, Veszprem, Ungarn – Professor Dr. Franciszek Grucza, Warschau, Polen – Professor Dr. Walter Haas, Freiburg, Schweiz – Professor Dr. Hans Jürgen Heringer, Augsburg – Professor Dr. Regina Hessky, Budapest, Ungarn – Professor Dr. Rudolf Hoberg, Darmstadt – Professor Dr. Werner Holly, Chemnitz – Professor Dr. Ludwig Jäger, Aachen – Professor Dr. Alan Kirkness, Auckland, Neuseeland – Professor Dr. Gottfried Kolde, Genf, Schweiz – Professor Dr. Erwin Koller, Braga, Portugal – Professor Dr. Jarmo Korhonen, Helsinki, Finnland – Professor Dr. Oddleif Leirbukt, Bergen, Norwegen – Professor Dr. Karl Lepa, Tartu, Estland – Professor Dr. Angelika Linke, Zürich, Schweiz – Professor Dr. Thomas A. Lovik, East Lansing, USA – Professor Dr. René Metrich, Nancy, Frankreich – Prof. Dr. Eva Neuland, Wuppertal – Professor Dr. Henrik Nikula, Turku, Finnland – Professor Dr. Ernesta Racioné, Vilnius, Litauen – Professor Dr. Carlo Serra Borneto, Rom, Italien – Professor Dr. Marisa Siguan, Barcelona, Spanien – Professor Dr. Speranta Stanescu, Bukarest, Rumänien – Professor Dr. Eugeniusz Tomiczek, Breslau, Polen – Professor Dr. Livia Tonelli, Trieste, Italien – Professor Dr. Michael Townson, Dublin, Irland – Professor Dr. Vural Ülkü, Mersin, Türkei – Professor Dr. Sigurd Wichter, Göttingen – Professor Dr. M.I. Teresa Zurdo, Madrid, Spanien

### 7.8 Beiräte

#### **Beirat Deutsches Fremdwörterbuch**

Prof. Dr. Oskar Reichmann, Heidelberg – Dr. Heino Speer, Heidelberg

#### **Beirat Erklärende Synonymik**

Prof. Dr. Herbert Ernst Wiegand, Heidelberg – Prof. Dr. Peter Rolf Lutzeier, London – Prof. Dr. Georg Meggle, Leipzig

## 8. Besondere Nachrichten

### 8.1 Personalia

Prof. Dr. Claudia Fraas ist zum 1. November 2001 auf eine C-3 Professur für Medienkommunikation der TU Chemnitz berufen worden.

Prof. Dr. Gerhard Stickel erhielt am 17. Oktober 2001 in einer Feierstunde des Staatsministeriums Baden-Württemberg das Bundesverdienstkreuz am Bande. Er wurde für seine Verdienste um die Entwicklung des Instituts für Deutsche Sprache zu einer im In- und Ausland als Forschungszentrum hoch geachteten Institution ausgezeichnet.

Außerdem wurde er in den „Beirat Sprache“ des Goethe-Institutes Inter Nationes berufen. Der „Beirat Sprache“ beschäftigt sich mit Projekten und Aufgaben der Abteilung Spracharbeit Ausland (Betreuung der Pädagogischen Verbindungsarbeit und der Sprachkursarbeit weltweit), sowie der Spracharbeit der Institute im Inland und der Sektion Forschung und Entwicklung.

Dr. Peter Wagener, Leiter des Deutschen Spracharchivs war von Juli 2000 bis Juli 2001 für einen Aufenthalt in den USA beurlaubt. Dort war er zunächst als Research Scholar am Max-Kade-Institut der Universität

Madison/Wisconsin tätig, arbeitete an der Modernisierung des Tonarchivs mit reichhaltigen Beständen deutscher Dialekte in den USA und setzte seine Arbeiten zum Sprachwandel fort. Im Frühjahrssemester 2001 war er als Max-Kade-Professor am German Department der Universität Madison/Wisconsin tätig und begründete daneben den Zweigverein Madison der Gesellschaft für deutsche Sprache, Wiesbaden.

PD Dr. Gereon Müller wurde in das Editorial Board des Journal of Comparative Germanic Linguistics aufgenommen.

Dr. Manfred Hellmann (Lexik), Dr. Ursula Hoberg (Grammatik), Dr. Irmtraud Jüttner (Lexik), Hilde Magis (Verwaltung) und Dr. Elke Tellenbach (Lexik) gingen im Laufe des Jahres 2001 in den Ruhestand.

### 8.2 Vermischtes

Mit dem Europäischen Tag der Sprachen am 26. September 2001 begann das Institut für Deutsche Sprache eine öffentliche Vortragsreihe: das Sprachforum. Die Referenten sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IDS, die sich in ihren Vorträgen an ein sprachlich interessiertes Publikum wenden.

Im Jahr 2001 fanden folgende Vorträge statt:

- 26.09.2001, PD Dr. Hardarik Blühdorn, Lehren und Lernen von Fremdsprachen am Anfang des dritten Jahrtausends. Wohin geht der Weg?
- 05.12.2001, Dr. Heidrun Kämper, „Es ist doch nirgendwo so interessant wie heute und hier!“ Sprache und Gegenwartsbewusstsein in der frühen Nachkriegszeit.

Ausführlichere Informationen sind im Internet unter

<http://www.ids-mannheim.de/org/sprachforum/forum1.html> einsehbar.

Seit September 2001 ist die Abteilung Grammatik in eine berufsbegleitende Weiterbildung zum Bereich „Online-Journalismus“ involviert, die von der Akademie für Weiterbildung der Universitäten Heidelberg und Mannheim e. V. angeboten wird. In Kooperation mit der Journalistin Dr. Katrin Bischl wird das texttechnologische und (hypertext)linguistische Know-How, das in den Hypermedia-Projekten der Abteilung aufgebaut wurde, in die Berufsfelder Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit transferiert, d. h. in handwerklich nutzbare Strategien und Leitlinien zur Gestaltung von Hypermedia-Texten umgesetzt. Von Seiten des IDS sind Prof. Dr. Gisela Zifonun (wissenschaftliche Leitung), Dr. Angelika Storrer und Michael Reißwenger M. A. (Dozenten) beteiligt; die Weiterbildung wird vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg für 3 Jahre unterstützt; die Kurse finden in jährlichem Turnus statt (vgl. <http://www.akademie-fuer-weiterbildung.de/>).

Unter Beteiligung des Instituts für Deutsche Sprache fand vom 25. bis 27. Oktober 2001 die zweite Konferenz von Sprachakademien und zentralen Sprachinstituten europäischer Staaten statt, diesmal an der Accademia della Crusca in Florenz. Wie schon die erste Konferenz dieser Art im Dezember 2000 am IDS in Mannheim hatte sie das Thema „Europäische Hochsprachen und europäische Mehrsprachigkeit“. Die Teilnehmer aus neun Staaten der Europäischen Union (B, D, DK, F, GB, I, NL, S, SF) beschloßen die „Mannheim-Florentiner Empfehlungen zur Förderung der europäischen Hochsprachen“. Vereinbart wurde außerdem die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgemeinschaft, die auch Vertreter von Sprachinstitutionen weiterer europäischer Länder aufnehmen soll.

Hans-Olaf Henkel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, besuchte im Dezember das Institut für Deutsche Sprache und informierte sich über aktuelle Forschungsprojekte. Das Institut für Deutsche Sprache gehört zusammen mit 77 anderen außeruniversitären Forschungs- und Serviceeinrichtungen für die Forschung zur Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL). Dies ist ein Zusammenschluß wissenschaftlicher Einrichtungen, die gemeinsam vom Bund und von den Ländern finanziert werden. Näheres unter: <http://www.wgl.de>

## **9. Personalstärke, Anschrift, finanzielle Angaben**

### **9.1 Personalstärke (Stand: 1.11.2001)**

Mitarbeiter (einschl. Teilzeit- und Projektmitarbeiter):	
wissenschaftliche Angestellte:	58
(davon beurlaubt: 1)	
Verwaltungs-/technische Angestellte:	34
Projekt-Mitarbeiter:	14
Insgesamt:	106
Studentische Hilfskräfte	51



## 9.2 Anschrift

Institut für Deutsche Sprache

R5, 6–13

D-68161 Mannheim

Postanschrift:

Postfach 101621

D-68016 Mannheim

Telefon (0621) 1581-0

Telefax (0621) 1581-200

E-Mail: [vorstand@ids-mannheim.de](mailto:vorstand@ids-mannheim.de)

internet: <http://www.ids-mannheim.de>

## 9.3 Haushalt des Instituts im Berichtsjahr

Einnahmen:

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und

Kunst Baden-Württemberg

DM 6.982.000

Bundesministerium für Bildung und Forschung

DM 6.982.000

Stadt Mannheim

DM 20.000

eigene Einnahmen

DM 152.000

DM 14.136.000

Ausgaben:

Personalausgaben

DM 11.362.000

Sachausgaben

DM 2.632.000

Zuweisungen, Zuschüsse

DM 22.000

Investitionen

DM 120.000

DM 14.136.000

Projektmittel:

Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Personalmittel

DM 162.000

DM 162.000

Land Baden-Württemberg:

ALIGNMENT

Personalmittel

DM 22.000

DM 22.000

Referenz-Korpus

Personalmittel

DM 122.400

Sachmittel

DM 30.000

DM 152.400

## DFG:

Tendenzen der Lexikalisierung  
kommunikativer Konzepte

Personalmittel	DM	134.000
Sachmittel	<u>DM</u>	<u>3.200</u>
	DM	137.200

Neue Medien in der Bildung  
Textgrammatische Grundlagen  
Für die Hypertextualisierung

Personalmittel	DM	14.000
Sachmittel	<u>DM</u>	<u>2.000</u>
	DM	16.000

Zeitreflexion im ersten Nachkriegsjahrzehnt

Personalmittel	<u>DM</u>	<u>247.000</u>
	DM	247.000

Sprachvariation als kommunikative  
Praxis: „Sprachvariation deutsch-türkisch“

Personalmittel	DM	64.500
Sachmittel	<u>DM</u>	<u>4.000</u>
	DM	68.500

„Jugendkulturelle mediale Stile“

Personalmittel	DM	64.500
Sachmittel	<u>DM</u>	<u>6.000</u>
	DM	70.500

Summe der Projektmittel

	DM	875.600
Institutioneller Haushalt	<u>DM</u>	<u>14.136.000</u>
	DM	15.011.600

## 10. Veröffentlichungen im Jahre 2001

JAHRBÜCHER DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE SPRACHE

Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York

Redaktion: Franz Josef Berens

Stickel, Gerhard (Hg.): Neues und Fremdes im deutschen Wortschatz. Aktueller lexikalischer Wandel. Jahrbuch 2000 des Instituts für deutsche Sprache. VIII/388 S.

STUDIEN ZUR DEUTSCHEN SPRACHE

Forschungen des Instituts für Deutsche Sprache

Hg. von Bruno Strecker, Reinhard Fiehler und Hartmut Schmidt  
Gunter Narr Verlag, Tübingen

Band 20: Wagner, Franc: Implizite sprachliche Diskriminierung als Sprechakt. Lexikalische Indikatoren impliziter Diskriminierung in Medientexten. 180 S.

Band 21: Meng, Katharina: Russlanddeutsche Sprachbiografien. Untersuchungen zur sprachlichen Integration von Aussiedlerfamilien. 549 S.

Band 23: Schilling, Marcel: Reden und Spielen. Die Kommunikation zwischen Trainern und Spielern im gehobenen Amateurfußball. 447 S.

Band 24: Harras, Gisela (Hg.): Kommunikationsverben: Konzeptuelle Ordnung und semantische Repräsentation. 229 S.

#### DEUTSCHE SPRACHE

Im Auftrag des Instituts für Deutsche Sprache

hg. von Hans-Werner Eroms (Geschäftsführung), Gisela Harras, Heinrich Löffler, Gerhard Stickel und Gisela Zifonun

Redaktion: Franz Josef Berens

Jahrgang 2001: 4 Hefte

#### SPRACHREPORT

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Hg. vom Institut für Deutsche Sprache

Jahrgang 2001: 4 Hefte

SPRACHREPORT Gesamtregister 1996 –2000. Titel und Autoren. Hg. vom Institut für Deutsche Sprache. 2001.

#### VERÖFFENTLICHUNGEN IM EIGENVERLAG

*amades* – Arbeitspapiere und Materialien zur deutschen Sprache

Hg. vom Institut für Deutsche Sprache

Band 1/01: Fleischer, Holm: Wandlungen im Sprachgebrauch – Referenz und Pragmatik der Pronomen in ostdeutschen Zeitungskommentaren. Am Beispiel der Leipziger Volkszeitung vor, während und nach der „Wende“. 204 S.

Band 2/01: Germanistik und Deutschunterricht in 16 Ländern. Berichte aus dem Internationalen Wissenschaftlichen Rat des IDS 1998–1999. 96 S.

Band 3/01: Zifonun, Gisela: Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich: Der Relativsatz. 104 S.

Band 4/01: Zifonun, Gisela: Grammatik des Deutschen im europäischen Vergleich: Das Pronomen Teil I. Überblick und Personalpronomen. 104 S.



---

# Sprachwissenschaft bei de Gruyter

---

## Schlichtung

**Band 1:**

### Streit schlichten

**Gesprächsanalytische Untersuchungen zu institutionellen Formen konsensueller Konfliktregelung**

Herausgegeben von Werner Nothdurft

1995. 23 x 15,5 cm. VIII, 431 Seiten.  
4 Abbildungen, 4 Tabellen. Leinen.

• ISBN 3-11-013508-6

**Band 2:**

Werner Nothdurft

### Konfliktstoff

**Gesprächsanalyse der Konfliktbearbeitung in Schlichtungsgesprächen**

1996. 23 x 15,5 cm. VI, 195 Seiten.  
10 Abbildungen. Leinen.

• ISBN 3-11-013623-6

**Band 3:**

### Schlichtungsgespräche

**Ein Textband mit einer exemplarischen Analyse**

Herausgegeben von Peter Schröder

1997. 23 x 15,5 cm. VI, 277 Seiten.  
Leinen.

• ISBN 3-11-013622-8

(Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Band 5.1- 5.3)

Ingo Warnke

### Wege zur Kultursprache

**Die Polyfunktionalisierung des Deutschen im juristischen Diskurs 1200–1800**

1999. 23 x 15,5 cm. XV, 467 Seiten.  
Leinen.

• ISBN 3-11-016429-9

(Studia Linguistica Germanica 52)

### Sprache im Alltag

**Beiträge zu neuen Perspektiven in der Linguistik**

**Herbert Ernst Wiegand**

**zum 65. Geburtstag gewidmet**

Herausgegeben von Andrea Lehr,  
Matthias Kammerer, Klaus-Peter  
Konerding, Angelika Storrer,  
Caja Thimm und Werner Wolski

2001. 23 x 15,5 cm. XX, 634 Seiten.

1 Frontispiz, 14 Abbildungen.

Gebunden.

• ISBN 3-11-016456-6

Preisänderungen vorbehalten

---

WALTER DE GRUYTER GMBH & CO. KG  
Genthiner Straße 13 · 10785 Berlin  
Telefon +49-(0)30-2 60 05-0  
Fax +49-(0)30-2 60 05-251  
www.deGruyter.de



de Gruyter  
Berlin · New York

---

# Jahrbücher des Instituts für deutsche Sprache bei de Gruyter

---

## **Deutsch – typologisch**

Herausgegeben von Ewald Lang  
und Gisela Zifonun

1996. 20,5 x 13,5 cm. VII, 700 Seiten.  
24 Abbildungen, 19 Tabellen.  
Gebunden.

• ISBN 3-11-014983-4

(Institut für deutsche Sprache –  
Jahrbuch 1995)

## **Varietäten des Deutschen**

### **Regional- und Umgangssprachen**

Herausgegeben von Gerhard Stickel

1997. 20,5 x 13,5 cm. VI, 476 Seiten.  
24 Abbildungen, 14 Tabellen,  
33 Karten. Gebunden.

• ISBN 3-11-015687-3

(Institut für deutsche Sprache –  
Jahrbuch 1996)

## **Das 20. Jahrhundert**

### **Sprachgeschichte - Zeitgeschichte**

Herausgegeben von Heidrun Kämper  
und Hartmut Schmidt

1998. 20,5 x 13,5 cm. VI, 446 Seiten.  
Gebunden.

• ISBN 3-11-016156-7

(Institut für deutsche Sprache –  
Jahrbuch 1997)

## **Sprache –**

### **Sprachwissenschaft – Öffentlichkeit**

Herausgegeben von Gerhard Stickel

1999. 20,5 x 13,5 cm. VIII, 348 Seiten.  
21 Abbildungen, 30 Tabellen.  
Gebunden.

• ISBN 3-11-016490-6

(Institut für deutsche Sprache –  
Jahrbuch 1998)

## **Sprache und neue Medien**

Herausgegeben von Werner Kallmeyer

2000. 20,5 x 13,5 cm. IX, 406 Seiten.  
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen.  
Gebunden.

• ISBN 3-11-016861-8

(Institut für deutsche Sprache –  
Jahrbuch 1999)

## **Neues und Fremdes im deutschen Wortschatz**

### **Aktueller lexikalische Wandel**

Herausgegeben von Gerhard Stickel

2001. 23 x 15,5 cm. VIII, 388 Seiten.  
Gebunden.

• ISBN 3-11-017102-3

(Institut für deutsche Sprache –  
Jahrbuch 2000)

Preisänderungen vorbehalten

---

WALTER DE GRUYTER GMBH & CO. KG  
Genthiner Straße 13 · 10785 Berlin  
Telefon +49-(0)30-2 60 05-0  
Fax +49-(0)30-2 60 05-251  
[www.deGruyter.de](http://www.deGruyter.de)



de Gruyter  
Berlin · New York